

Bernhard Patry

**Die Fraktionen des Europäischen Parlaments:  
Zusammenhalt und Muster der Koalitionsbildung in einer  
erweiterten Legislativkammer – Eine Analyse des  
Abstimmungsverhaltens politischer Akteure**

Dissertation  
zur  
Erlangung des akademischen Grades  
Doktor der Sozialwissenschaften  
in der Fakultät  
für Sozial- und Verhaltenswissenschaften  
der Eberhard-Karls-Universität Tübingen

2007



## **Vorwort:**

Die hier vorliegende Dissertation ist im Bereich der Analyse des Systems der Europäischen Union angesiedelt. Eben in diesem Forschungsfeld steckt eine Problematik verborgen. Obwohl ein Entstehungszeitraum von ca. zwei Jahren (2004-2006) angesetzt und eingehalten wurde, erstreckt sich dieser, die Zeit der Korrektur bis hin zur Veröffentlichung mit einbezogen, über zwei Erweiterungen der Union. Hierin verbirgt sich eine Crux des wissenschaftlichen Prozesses. Die Strukturen verändern sich außergewöhnlich schnell. Während noch auf der einen Seite Charakteristika untersucht werden, führen rasche Veränderungen im schlechtesten Fall dazu, Hypothesen oder gar Prämissen verwerfen zu müssen. Dies zwingt jeden Politikwissenschaftler, jeden Autoren und letztlich jeden Bürger, der sich mit diesem Thema beschäftigt, einen Weg zu finden, mit der „moving target Situation“ umzugehen. Dies gebe ich dem Leser zu bedenken.

Mit dieser kurzen Einführung möchte ich jedoch nicht zur Kapitulation aufrufen, im Gegenteil. Genau hier verbirgt sich der Reiz und Ansporn, sich intensiv mit der Europäischen Union, ihren Institutionen und Akteuren auseinander zu setzen. Die als Forschungsbasis dienende Datenbank stelle ich auch deshalb auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Mein Dank geht zunächst an meinen Doktorvater Prof. Rudolf Hrbek. Bei ihm möchte ich mich v.a. für die wissenschaftliche Unterstützung und die Möglichkeit bedanken, in die Welt der Politikwissenschaft tiefer einzutauchen. Ebenso gilt mein Dank Prof. Josef Schmid, der mir als Zweitkorrektor mit unverkennbar-unmittelbaren Ratschlägen Hilfestellung leistete.

Persönlich danken möchte ich an dieser Stelle Marcus Handte und Tom Pesic, für die technische und gestalterische Unterstützung. Außerdem meiner Familie, die mir während der Zeit der Promotion immer zur Seite stand.

Erwähnen möchte ich ferner noch die zahlreichen Korrektoren, Diskussionspartner und Weggefährtinnen, die mich während der Zeit des Schreibens begleitet und unterstützt haben – Herzlichen Dank.

Letztlich bleibt mir hier noch der Person zu danken, die mich immer wieder mit ihrer Geduld überrascht und mit ihrem klaren Verstand beeindruckt. Katja; vielen Dank dafür, dass du mit mir diesen Weg so umsichtig und vorausschauend gegangen bist!



<i>Tabellenverzeichnis</i> .....	<i>X</i>
<i>Schaubilderverzeichnis</i> .....	<i>XII</i>
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> :.....	<i>XIV</i>
<b><i>Kapitel I: Einleitung und Aufbau der Arbeit</i></b> .....	<b><i>1</i></b>
<b><i>1. Der Arbeitsbereich: Das Europäische Parlament und seine Akteure</i></b> .....	<b><i>1</i></b>
1.1. Die inhaltliche Dimension der Untersuchung.....	<i>2</i>
<b><i>Kapitel II: Datengewinnung</i></b> .....	<b><i>6</i></b>
<b><i>1. Metatheoretische Überlegungen: Begründung des theoriegeleiteten und methodischen Vorgehens</i></b> .....	<b><i>6</i></b>
<b><i>2. Die Datenbank der namentlichen Abstimmungen als Grundlage der Akteursanalyse</i></b> <i>11</i>	
2.1. Gewinnung der Daten.....	<i>11</i>
2.2. Datenanalyse, Erweiterung und Konvertierung der Datenbank .....	<i>14</i>
<b><i>3. Design der stützenden und erweiternden quantitativen Fragebogenanalyse</i></b> .....	<b><i>22</i></b>
3.1. Stichprobe .....	<i>22</i>
3.2. Fragebogendesign .....	<i>23</i>
3.3. Frageformen.....	<i>25</i>
3.4. Skalenniveau.....	<i>27</i>
3.5. Auswertung der Fragebögen.....	<i>28</i>
<b><i>Kapitel III: Theoretische Grundlagen I – Begriffsdefinitionen und Handlungsmotivationen</i></b> .....	<b><i>30</i></b>
<b><i>1. Die Soziologie der (Groß)Gruppen: Positionierung und Handlungskorridore für Akteure</i></b> .....	<b><i>30</i></b>
1.1. Begriffsbestimmungen .....	<i>30</i>
1.2. Fraktionen: Begriffsbestimmung und die Charakteristika von Gruppen .....	<i>31</i>
1.3. Sitzungen in Großgruppen.....	<i>33</i>
<b><i>2. Handlungstheoretische Grundlagen: Die Ansätze der Entscheidungstheorie</i></b> .....	<b><i>39</i></b>
2.1. Theorie der rationalen Entscheidung .....	<i>40</i>
2.2. Empirisch-deskriptive Entscheidungstheorien .....	<i>41</i>
2.3. James Coleman: Grundlegende soziologische Annahmen über das Handeln von Akteuren.....	<i>43</i>
<b><i>Kapitel IV: Geschichtliche und institutionelle Rahmenbedingungen – eine deskriptive Bestandsaufnahme</i></b> .....	<b><i>46</i></b>
<b><i>1. Das Europäische Parlament und seine Parteienkonstellation</i></b> .....	<b><i>46</i></b>
1.1. Historische Entwicklung .....	<i>46</i>
1.2. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments.....	<i>48</i>
1.3. Das Europäische Parlament im Legislativprozess der EU .....	<i>49</i>
1.4. Die Arbeitsforen im Parlament .....	<i>53</i>
1.5. Die Wahlen zum Europäischen Parlament.....	<i>59</i>
1.6. Die Parteienkonstellation im Europäischen Parlament .....	<i>65</i>
1.7. Fazit: Triadische Akteurskonstellation – Vorteilsposition für die Fraktionen .....	<i>78</i>
1.8. Netzwerkverbindungen: Delegationen und Intergroups.....	<i>80</i>

1.8.1.	Parlamentarische Delegationen.....	80
1.8.2.	Intergroups .....	82
<b>2.</b>	<b><i>Entscheidungsmechanismen im Europäischen Parlament: Empirisch-deskriptive Grundlagen.....</i></b>	<b>85</b>
2.1.	Reihenfolge der Abstimmung:.....	86
2.2.	Verhandlungen innerhalb von Gremien und zwischen Fraktionen:.....	88
2.3.	Empirische Untersuchungen: Der Blickwinkel der Entscheidungsträger des Europäischen Parlaments .....	89
2.4.	Interne Koordination der Abstimmungen.....	91
2.5.	Koordination von Koalitionen .....	94
	<b><i>Kapitel V: Intrafraktionelle Dimension – Der Zusammenhalt.....</i></b>	<b>97</b>
<b>1.</b>	<b><i>Kohäsion der Fraktionen im Europäischen Parlament: Stabilität oder Zersplitterung?</i></b>	<b>97</b>
1.1.	Empirische Befunde: Der Status quo .....	99
1.2.	Einflussfaktoren der Kohäsion.....	103
1.2.1.	Kohäsion im Mitentscheidungsverfahren.....	107
1.2.2.	Politikbereiche im Europäischen Parlament .....	108
1.2.3.	Zusammenhalt und Politikbereiche .....	109
1.2.4.	Heterogenität als einflussreiche Größe: Index of Transnationality und Index of Fractionalisation .....	116
1.3.	Fazit: Rückschlüsse auf die interne Stabilität und Struktur der Gruppen .....	124
	<b><i>Kapitel VI: Theoretische Grundlagen II – Akteursentstehung und Entscheidungsfindungsmodelle .....</i></b>	<b>126</b>
<b>1.</b>	<b><i>Die Cleavagetheorie als Erklärungsmodell für die Entstehung der europäischen Fraktionen.....</i></b>	<b>126</b>
<b>2.</b>	<b><i>Milieustrukturen: Über die Gültigkeit des Modells der Spannungslinien oder das Europaparlament als Spiegel der Gesellschaften .....</i></b>	<b>135</b>
<b>3.</b>	<b><i>Das Rechts – Links Schema auf dem Prüfstand .....</i></b>	<b>142</b>
<b>4.</b>	<b><i>Die Theorien der Koalitionsbildung als Erklärungsversuche politischen Entscheidungshandelns.....</i></b>	<b>145</b>
4.1.	Begrifflichkeiten und Faktoren .....	145
<b>5.</b>	<b><i>Ansätze der Koalitionsbildungstheorie.....</i></b>	<b>148</b>
5.1.	Spieltheoretische bzw. machtorientierte Koalitionsentscheidungen.....	150
5.2.	Politikfeldorientierte Koalitionsbildungstheorien.....	151
5.3.	Akteursorientierte Koalitionsbildungstheorien.....	153
5.4.	Institutionelle Theorien der Koalitionsbildung.....	154
5.5.	Modelle der räumlichen Entscheidungsfindung .....	155
5.6.	Resümee: Kombination der Modelle .....	157
<b>6.</b>	<b><i>Surplus majority coalitions – Ein Erklärungsmodell für Koalitionen mit Übergröße</i></b>	<b>160</b>
	<b><i>Kapitel VII: Interfraktionelle Dimension – Spezifika des Fraktionensystems und Muster der Koalitionsbildung .....</i></b>	<b>165</b>
<b>1.</b>	<b><i>Die Effective Number of Parties: Plurales Mehrfraktionensystem.....</i></b>	<b>165</b>
<b>2.</b>	<b><i>Machtverhältnisse – Voting Power im Europäischen Parlament .....</i></b>	<b>167</b>
2.1.	Ein Blick zwischen die transnationalen Fraktionen.....	171

2.2.	EVP-Kombinationen .....	172
2.3.	SPE-Kombinationen.....	173
2.4.	Große Koalitionen.....	176
2.5.	Resümee: Nicht nur die Größe ist entscheidend.....	182
<b>3.</b>	<b><i>Eine nötige Typologisierung kleiner Parteien bzw. Fraktionen:</i></b> .....	<b>185</b>
<b>4.</b>	<b><i>Die Koalitionsbildung zwischen den europäischen Fraktionen: Variationsbreite der Entscheidungsfindung</i></b> .....	<b>189</b>
4.1.	Typisierung grundlegender Koalitionsvarianten und Regelmäßigkeiten des „who gets what“ der großen Fraktionen.....	189
4.2.	Koalitionsvarianten und deren Modulation .....	196
4.3.	Exkurs zur Koalitionsbildung: Rechts-links Schema und Politikraummodelle .	197
<b>A)</b>	<b>Koalitionen mit dominanten Partnern</b> .....	<b>200</b>
4.4.	EVP-ED Koalitionsvarianten und ihre Analyse durch Koalitionsbildungsmodelle	200
4.4.1.	Generalisierte Aussagen .....	204
4.5.	SPE Koalitionsvarianten und ihre Analyse durch Koalitionsbildungsmodelle ..	205
4.5.1.	Generalisierte Aussagen .....	208
4.6.	Resümee: Stammkoalitionsfraktionen und Variationen.....	209
<b>B)</b>	<b>Spielarten großer Koalitionen</b> .....	<b>212</b>
4.7.	Große Koalitionsvarianten und ihre Analyse durch Koalitionsbildungsmodelle	212
4.7.1.	Generalisierte Aussagen .....	218
4.8.	Resümee: Muster und Institutionalisierung der Koalitionsbildung .....	221
<b>5.</b>	<b><i>Übergroße Koalitionen im Europäischen Parlament: Anwendung eines Modells mit empirischer Erklärungskraft</i></b> .....	<b>224</b>
<b>6.</b>	<b><i>Resümee: Rationalität ohne minimal winning Theorem</i></b> .....	<b>234</b>
<b>7.</b>	<b><i>Koalitionsbildung im Mitentscheidungsverfahren – kein beeinflussender Faktor</i></b> ....	<b>236</b>
<b>8.</b>	<b><i>Politikbereiche: Spiegel der Koalitionsmuster</i></b> .....	<b>241</b>
8.1.	Dominante Fraktionen und Koalitionsbildung in Politikfeldmustern.....	248
8.2.	Große Koalitionen und Koalitionsbildung in Politikfeldmustern.....	261
<b>9.</b>	<b><i>Koalitionsbildung im Politikraum: Ein empirisches Modell</i></b> .....	<b>273</b>
<b>10.</b>	<b><i>Fazit: Zentripetale Neigung und Politikfeldorientierung</i></b> .....	<b>289</b>
<b><i>Kapitel VIII: Die unmittelbare Zukunft des Fraktionensystems und resümierende Bemerkungen</i></b> .....		
<b>295</b>		
<b>1.</b>	<b><i>Ausblick: Rumänien und Bulgarien - die Aufnahme neuer parlamentarischer Mitglieder in ein heterogenes Parteiensystem</i></b> .....	<b>295</b>
1.1.	Einschätzungen betreffend des Zusammenhalts der Fraktionen.....	296
1.2.	Folgen für die Koalitionsbildung .....	301
1.3.	Fazit: Viel geübt und doch ist integrative Arbeit nötig.....	303
<b><i>Literaturverzeichnis:</i></b> .....		
<b>316</b>		
<b>1.</b>	<b><i>Fragebogen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments</i></b> .....	<b>324</b>
<b>2.</b>	<b><i>Kohäsion der Fraktionen: Weitere Tabellen und Schaubilder</i></b> .....	<b>330</b>
2.1.	<b>Index of Agreement nach Jahren und Anwesenheit</b> .....	<b>330</b>

<b>2.2.</b>	<b>Index of Agreement in spezifischen Politikfeldern .....</b>	<b>333</b>
<b>2.3.</b>	<b>Index of Agreement und alle evaluierten Politikbereiche in der Gegenüberstellung .....</b>	<b>335</b>
<b>3.</b>	<b><i>Koalitionsbildung</i>.....</b>	<b>341</b>
<b>3.1.</b>	<b>Koalitionsvarianten in Politikbereichen.....</b>	<b>341</b>





## Tabellenverzeichnis

Tabelle II. 1.: Anzahl der Grundgesamtheit, Auswahlgesamtheit und erreichten MEPs.....	24
Tabelle IV. 1.: Sitzverteilung und Fraktionsstärke im EP 1999 – 2004 und 2004 – 2009 im Vergleich.....	73
Tabelle IV. 2: Einfluss der Akteure im Europäischen Parlament .....	90
Tabelle IV. 3: Orientierung der Abgeordneten bei Abstimmungen.....	91
Tabelle V. 1.: Vergleich der Anzahl nationaler Delegationen LP5 und LP6 .....	117
Tabelle V. 2.: Vergleich der Anzahl nationaler Parteien LP5 und LP6 .....	118
Tabelle V. 3.: Indizes of Transnationality, Fractionalisation und Agreement LP5 und LP6 im Vergleich.....	122
Tabelle VI. 1.: Einschätzungen der Bundesbürger „Das ist links“, „Das ist rechts“ .....	144
Tabelle VII. 1.: Klassifikationen von Parteiensystemen basierend auf der Anzahl der Parteien und ihrer relativen Größe .....	165
Tabelle VII. 2.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, ALDE, UEN/IND-DEM Quelle: Eigene Berechnung.....	172
Tabelle VII. 3.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, ALDE, IND-DEM, UEN.....	173
Tabelle VII. 4.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL.....	174
Tabelle VII. 5.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM/UEN .....	174
Tabelle VII. 1.: Klassifikationen von Parteiensystemen basierend auf der Anzahl der Parteien und ihrer relativen Größe .....	165
Tabelle VII. 2.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, ALDE, UEN/IND-DEM Quelle: Eigene Berechnung.....	172
Tabelle VII. 3.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, ALDE, IND-DEM, UEN.....	173
Tabelle VII. 4.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL.....	174
Tabelle VII. 5.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM/UEN .....	174
Tabelle VII. 6.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM, UEN.....	175
Tabelle VII. 7.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE ...	177
Tabelle VII. 8.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE.....	177
Tabelle VII. 9.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA .....	178
Tabelle VII. 10.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, KVEL-NGL/IND-DEM/UEN.....	179
Tabelle VII. 11.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL.....	179
Tabelle VII. 12.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, IND-DEM, UEN .....	180

Tabelle VII. 13.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM/UEN .....	181
Tabelle VII. 14.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM, UEN .....	182
Tabelle VII. 15.: Gesamtanzahl der zur Verfügung stehenden Abstimmungen, Anzahl der getesteten Koalitionen.....	190
Tabelle VII. 16.: Prozentuale Anteile der Fraktionen an der Koalitionsbildung .....	210
Tabelle VII. 17.: Anzahl der Koalitionsvarianten in der 1., 2. und 3. Lesung.....	240
Tabelle VII. 18.: Anzahl der Abstimmungen im Untersuchungszeitraum aufgeschlüsselt nach einzelnen Politikbereichen .....	244
Tabelle VII. 19.: Domänen der Politikbereiche für die dominanten Fraktionen EVP-ED und SPE .....	259
Tabelle VII. 20.: Domänen der Politikbereiche für die dominanten Fraktionen EVP-ED und SPE (trotz Beitritt weiterer großer Fraktion) .....	266
Tabelle VII. 21.: Domänen der Politikbereiche für Große Koalitionen .....	271
Tabelle VII. 22.: Sitzverteilung der Beobachter aus Bulgarien und Rumänien.....	296
Tabelle Anhang 2.1.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2000.....	330
Tabelle Anhang 2.2.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2001.....	330
Tabelle Anhang 2.3.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2002.....	331
Tabelle Anhang 2.4.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2003.....	331
Tabelle Anhang 2.5.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2004.....	332
Tabelle Anhang 2.6.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2004 – 2005 .....	332
Tabelle Anhang 2.7.: Index of Agreement und Politikbereich 2000 .....	335
Tabelle Anhang 2.8.: Index of Agreement und Politikbereich 2001 .....	336
Tabelle Anhang 2.9.: Index of Agreement und Politikbereiche 2002.....	337
Tabelle Anhang 2.10.: Index of Agreement und Politikbereich 2003.....	338
Tabelle Anhang 2.11.: Index of Agreement und Politikbereich 2004.....	339
Tabelle Anhang 2.12.: Index of Agreement und Politikbereich 2004 – 2005 .....	340

## Schaubilderverzeichnis

Schaubild III. 1: Intrafraktionelle Strukturierung .....	35
Schaubild IV. 1.: Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments und ihre Vorsitzenden.....	55
Schaubild IV. 2.: Anzahl der MEPs pro Mitgliedsstaat und Repräsentation pro Einwohner...	60
Schaubild IV. 3.: Wahlbeteiligung in der Europäischen Union, in Prozent. ....	63
Schaubild IV. 4.: Fraktionen und Fraktionsstärke im EP.....	72
Schaubild IV. 5.: Die Organisationsstruktur der Fraktionen .....	77
Schaubild V. 1.: Sitzverteilung im Europäischen Parlament.....	98
Schaubild V. 2.: Index of Agreement im Zeitvergleich 2000 – Mai 2005 .....	100
Schaubild V. 3.: Index of Agreement im Zeitvergleich Januar 2000 – Dezember 2005 .....	101
Schaubild V. 4.: Index of Agreement in westlichen Demokratien .....	102
Schaubild V. 5.: Vergleich des Index of Agreement im Durchschnitt in den Legislaturperioden fünf und sechs (Stand Mai 2005).....	105
Schaubild V. 6.: Vergleich des Index of Agreement im Durchschnitt in den Legislaturperioden fünf und sechs (Stand Dezember 2005).....	106
Schaubild V. 7.: Index of Agreement aller Verfahren und des Mitentscheidungsverfahrens im Vergleich.....	107
Schaubild V. 8.: Politikbereich Index of Agreement Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit im Fraktions- und Jahresvergleich.....	110
Schaubild V. 9.: Politikbereich Index of Agreement Verkehr und Fremdenverkehr im Fraktions- und Jahresvergleich.....	111
Schaubild V. 10.: Politikbereich Index of Agreement Auswärtige Angelegenheiten im Fraktions- und Jahresvergleich.....	112
Schaubild V. 11.: Politikbereich Index of Agreement konstitutionelle Fragen im Fraktions- und Jahresvergleich .....	114
Schaubild V. 12.: Index of Transnationality LP5 und LP6 im Vergleich .....	119
Schaubild V. 13.: Index of Fractionalisation LP5 und LP6 im Vergleich.....	121
Schaubild VI. 1.: Transnationale Europäische Milieus .....	137
Schaubild VI. 2.: Milieustruktur und Cleavages im Europäischen Parlament .....	140
Schaubild VI. 3.: Koalitionen nach acht Koalitionstheorien für eine hypothetische Sitzverteilung.....	150
Schaubild VII. 1.: Prozentualer Anteil der EVP-ED Koalitionen.....	191
Schaubild VII. 2.: Prozentualer Anteil der SPE Koalitionen.....	192
Schaubild VII. 3.: Prozentualer Anteil Großer Koalitionen .....	194
Schaubild VII. 4.: Selbsteinschätzung der MEPs der Verortung ihrer Fraktion auf dem rechts- links Spektrum.....	198
Schaubild VII. 5.: Fraktionen auf dem rechts-links Spektrum .....	199
Schaubild VII. 6.: EVP-ED Koalitionskombinationen.....	201
Schaubild VII. 7.: SPE Koalitionskombinationen.....	206
Schaubild VII. 8.: Große Koalitionskombinationen.....	213
Schaubild VII. 9.: Prozentualer Anteil Großer, EVP Koalitionen und SPE Koalitionen.....	237
Schaubild VII. 10.: Aufschlüsselung der Koalitionskombinationen im Mitentscheidungsverfahren .....	238
Schaubild VII. 11.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP, ALDE, UEN .....	249

Schaubild VII. 12.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP, ALDE, UEN, IND-DEM	251
Schaubild VII. 13.: Koalitionsvariante und Politikbereich: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL.....	253
Schaubild VII. 14.: Koalitionsvariante und Politikbereich: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM.....	255
Schaubild VII. 15.: Koalitionsvariante und Politikbereich: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IDM-DEM, UEN.....	257
Schaubild VII. 16.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, UEN, IND- DEM.....	262
Schaubild VII. 17.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE- EFA, KVEL-NGL.....	264
Schaubild VII. 18.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, UEN.....	268
Schaubild VII. 19.: Koalitionsvariante und Politikbereich: Allparteienkoalition.....	270
Schaubild VII. 20.: Die Fraktionen im rechts-links Spektrum.....	276
Schaubild VII. 21.: Die Fraktionen im Politikspektrum: GASP – EU-Befugnisse.....	279
Schaubild VII. 22.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Föderales System – EU-Befugnisse .....	280
Schaubild VII. 23.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Einwanderung – Soziales.....	283
Schaubild VII. 24.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Umwelt – Soziales.....	285
Schaubild VII. 25.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Steuern vs. Ausgaben – Deregulierung.....	287
Schaubild VII. 26.: Bewertung der Koalitionsbildungsansätze.....	293
Schaubild Anhang 2.1.: Politikbereich Index of Agreement Justiz und Inneres im Fraktions- und Jahresvergleich.....	333
Schaubild Anhang 2.2.: Politikbereich Index of Agreement Wirtschaft und Währung im Fraktions- und Jahresvergleich.....	333
Schaubild Anhang 2.3.: Politikbereich Index of Agreement Auswärtige GASP im Fraktions- und Jahresvergleich.....	334
Schaubild Anhang 2.4.: Politikbereich Index of Agreement Entwicklung und Zusammenarbeit im Fraktions- und Jahresvergleich.....	334
Schaubild Anhang 3.1.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, UEN .....	341
Schaubild Anhang 3.2.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, GRÜNE-EFA, UEN.....	342
Schaubild Anhang 3.3.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM.....	343

## Abkürzungsverzeichnis:

ALDE	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
EAA	Einheitliche Europäische Akte
EDU	Fraktion Europa der Demokratien und Unterschiede
EFA	Freie Europäische Allianz
EFGP	Europäische Föderation Grüner Parteien
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	EG-Vertrag
ELDR	Europäische Liberale und Demokratische Reform – Partei
ENOP	Effective Number of Parties
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
EUV	EU-Vertrag
FL	Fraktionslose
EVP-ED	Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GRÜNE-EFA	Fraktion der GRÜNEN-Europäische Freie Allianz
IND-DEM	Fraktion für Unabhängigkeit und Demokratie
IoA	Index of Agreement
IoF	Index of Fractionalisation
IoT	Index of Transnationality
KVEL – NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken und Nordischen Grünen Linken
MEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
NI	Fraktionslose
RCV	Roll-Call-Vote (namentliche Abstimmung)
SPE	Sozialdemokratische Partei Europas
TUA	Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten / Gemischte Fraktion
UEN	Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen
VVE	Vertrag über eine Verfassung für Europa

## **Kapitel I: Einleitung und Aufbau der Arbeit**

### **1. Der Arbeitsbereich: Das Europäische Parlament und seine Akteure**

Das Europäische Parlament hat sich seit seiner ersten Direktwahl 1979 von einer ehemals konsultativen Versammlung zu einem der wichtigsten Organe im Institutionengefüge der Europäischen Union entwickelt. Vertiefungen und Erweiterungen der Union gingen bislang immer mit einer Stärkung der Befugnisse des Parlaments einher. Obwohl seine Aufgaben (noch) nicht denen nationaler Parlamente gleichen, sind seine funktionalen Strukturen deutlich darauf ausgerichtet. Dies lässt sich unter anderem an seiner zunehmenden Bedeutung im Legislativverfahren oder an der Ausschussarbeit des Parlaments erkennen. Seine Individual- und Gruppenakteure haben sich in diesem Rahmen als hoch sensibel und außerordentlich adaptiv erwiesen. Besonders die parteipolitischen Fraktionen können hier als Motoren der Weiterentwicklung identifiziert werden. Es stellt sich damit gerade für die Wissenschaft die Frage, wie Institutionen und deren Mechanismen funktionieren, die einen solchen Status, eine solche Erfolgsgeschichte hervorbringen konnten. Welcher Handlungslogik folgen also die Akteure des Europäischen Parlaments? Diese Arbeit soll dazu beitragen, eben diese Prozesse tiefergehend auszuleuchten.

Die Entwicklung stagniert allerdings nicht. Das Parlament und seine Akteure stehen neuen Aufgaben gegenüber. So auch der Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004, von 15 auf 25 Mitgliedsstaaten. Diese war und ist wohl eines der einschneidendsten und entscheidendsten Ereignisse ihrer bisherigen Entwicklung. Die Vergrößerung geht allerdings auch mit einer Pluralisierung des gesamten Systems einher, die sich auch unmittelbar auf das Europäische Parlament und seine Fraktionen auswirkt. Die politischen Akteure stehen damit vor einer immensen Herausforderung. Um nun die Handlungsfähigkeit der Institution aufrecht zu erhalten, gilt es, diese zu bewältigen. Ein querliegender Aspekt der Arbeit muss sich somit die Frage stellen, ob und wie dieses Mehr an Heterogenität und Integrationsanforderung die Fraktionen beeinflusst und wie diese damit umgehen.

Es existieren bis heute nur eine begrenzte Anzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen, die die Handlungslogik der europäischen Fraktionen genauer beleuchten. Ein weiteres Ziel der hier vorliegenden Arbeit ist, diese um neue Blickwinkel zu ergänzen. Dies geschieht beispielsweise mit Hilfe politisch-soziologischer Grundannahmen, der Erweiterung statistischen Materials aber auch der Entscheidungsfindungsmodelle der Koalitionsbildungstheorie. Die gesamte Analyse der Fraktionen, und damit der Aufbau der

Arbeit, wird letztlich durch einen Dreischritt geleitet, der sich aus den Annahmen der Gruppensoziologie und der Systemtheorie ergibt. Unter der Voraussetzung gegebener Rahmenbedingungen (1) kennzeichnet sich das Handeln von Akteuren unter diesen Prämissen durch das Verhalten innerhalb einer Gruppe (2) und das Agieren von Systemen bzw. Gruppen untereinander (2).

Das Ergebnis, d.h. die Essenz des Handelns politischer Akteure sind die Vota in Parlamenten. Basis der hier durchgeführten quantitativen Analysen bildet in diesem Zusammenhang eine Vollerhebung von 6252 namentlichen Abstimmungen im Europäischen Parlament. Diese bezieht sich auf den Zeitraum von 2000-2005 und bildet die Basis der Untersuchung des Handelns der europäischen Fraktionen.

Zusammenfassend ergibt sich damit das Hauptanliegen dieser Arbeit. Es bündelt sich letztlich darin, ein insgesamt besseres Verständnis über die Prozesse innerhalb des Subsystems des Europäischen Parlaments zu erlangen. Die übergeordnete Forschungsfrage dieser Arbeit lautet somit: Welcher Logik folgt das Abstimmungsverhalten der politischen Akteure im Europäischen Parlament? Oder auf den Punkt gebracht: Wer stimmt wie ab und warum?

### **1.1. Die inhaltliche Dimension der Untersuchung**

Im Folgenden wird in den genannten dreigliedrigen Aufbau des Forschungsvorhabens eingeführt. Dabei zeigt sich ein charakteristischer Ablauf einer Akteursanalyse in geschichtliche Entwicklung und Rahmenbedingungen (1), Untersuchung der internen Struktur der Akteure (2) und die Beleuchtung ihrer Interaktion untereinander (3).

Bevor allerdings der Untersuchungsprozess beginnen kann, ist es unumgänglich durch eine theoretische Fundierung den Orientierungsrahmen einer Untersuchung zu bilden. Diese soll jedoch nicht nur dazu dienen, einen theoretischen Leitfaden zu bilden, sondern die benutzten Modelle im Wechselspiel mit den empirischen Ergebnissen anzuwenden und zu testen. In dieser Arbeit wird deshalb in einem ersten Schritt die Begründung für das theoriegeleitete und quantitativ-methodische Vorgehen geliefert. Darauf aufbauend wird in die der quantitativen Analyse zugrundeliegenden Forschungsdatenbank der namentlichen Abstimmungen im Europäischen Parlament eingeführt. Zu deren Stützung und Erweiterung wird zudem eine Umfrage bei den Mitgliedern des Europäischen Parlaments herangezogen, auf deren Design ebenfalls eingegangen wird. Diese Maßnahmen dienen dem wissenschaftlichen Kriterium der Nachvollziehbarkeit der Studie. Um das Handeln unterschiedlicher Akteure in der Legislativkammer verstehen zu können, wird in den folgenden Abschnitten in die Soziologie



von Großgruppensitzungen und die Ansätze der Entscheidungstheorie näher eingegangen. Diese Modelle bilden einen ersten Teil des hier verwendeten modularen theoretischen Gefüges.

Im daran anschließenden, ersten und deskriptiven Teil der Analyse der Akteursstruktur des Subsystems des Europäischen Parlaments soll beantwortet werden, welche politischen Spieler existieren, wie sich die Ausformung ihrer Strukturen gestaltet und welche Akteure einen tatsächlichen Einfluss auf die Arbeit des Parlaments ausüben können.

Der Forschungsprozess der gesamten Analyse wird dabei von drei grundlegenden Hypothesen des Handelns der europaparlamentarischen Fraktionen begleitet und angeleitet. Diese lassen sich aufgrund vorhergehenden Forschungsarbeiten begründen, können sich aber im Gegenzug auch auf hier erarbeitete Ergebnisse stützen. Die nachstehende Annahme bildet die erste handlungsleitende Hypothese für den Analyseprozess der hier vorliegenden Untersuchung. *Das Handeln und die Interaktion der (Gruppen)Akteure im Europäischen Parlament sind geprägt von ihrer historischen und institutionellen Entwicklung. Durch die Pfadabhängigkeit und die institutionellen Rahmenbedingungen konnte sich damit ein bewährtes Werte- und Handlungssystem herausbilden, an dem sich das Handeln im Europäischen Parlament orientiert.*<sup>1</sup> (Hypothese 1)

Ein zweiter, jetzt analytischer Abschnitt der Untersuchung beschäftigt sich mit dem intrastrukturellen Handeln der Akteure. In diesem Zusammenhang wird vorwiegend ihr innerer Zusammenhalt detailliert beleuchtet. Mit Hilfe analytischer Indizes bzw. Maßzahlen werden die Kohäsion und die Verschiedenartigkeit der Fraktionen berechnet. Unterschiedliche Tabellen und Schaubilder bieten dabei geeignete Interpretationsgrundlagen um zu zeigen, wie groß der Zusammenhalt der einzelnen Fraktionen ist und ob sich dessen Grad über den Untersuchungszeitraum hinweg unterscheidet. Die im zuvor stehenden Teil ausgearbeiteten historischen und institutionellen Rahmenbedingungen, wie die Bedeutung des Legislativverfahrens, der jeweilige Politikbereich der Entscheidung oder die Heterogenität der europäischen Fraktionen, werden dabei als Einflussfaktoren getestet. Als zweite leitende Hypothese lässt sich in diesem Zusammenhang Folgendes formulieren: *Das interne Gruppenhandeln wird durch die systemischen Rahmenbedingungen und durch die internen Ziele bzw. die Strukturierung der Akteure beeinflusst.* (Hypothese 2)

Bevor damit begonnen wird, die Muster der Interaktion zwischen den politischen Gruppen im Europaparlament zu dechiffrieren, bildet ein weiterer theoretischer Exkurs einen zusätzlichen

---

<sup>1</sup> Zur Begründung der Flexibilität im Parteiensystem vgl.: Kreppel, Amie: *The European Parliament and Supranational Party System: A study in institutional Development*, Cambridge, 2002, S.124f. Zur Hypothesenbildung und deren Untermauerung vgl. u.a.: Ebd., S.30-51, S.45ff und S.187.

Baustein des theoretischen Rahmens. Sowohl das Cleavagemodell der soziohistorischen Parteienentstehung, als auch das soziologische Konstrukt der Milieus führen in die ideologisch-thematische Herkunft der Fraktionen ein und bieten ein basales Orientierungsschema. Das Endergebnis des Zwischenspiels der Fraktionen des Europäischen Parlaments ist die Koalitionsbildung. Bereits etablierte Modelle der politischen Entscheidungsfindung aus der Spieltheorie, Akteurszentrierung oder Politikfeldorientierung bilden, neben einem noch wenig erprobten Modell der Bildung übergroßer Koalitionen, ein geeignetes theoretisches Rahmenkonstrukt. Im Gegenzug wird die Gültigkeit bzw. Anwendbarkeit dieser Modelle dabei anhand von empirischen Daten überprüft.

Der zweite und groß angelegte analytische Arbeitsabschnitt analysiert, wie erwähnt, die Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments. Zunächst wird hierbei beantwortet, wie weitreichend die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten der einzelnen Fraktionen auf die Entscheidungsfindung sein können. Aufgrund der Sitzanzahl der Akteure lassen sich voting-power Maßzahlen berechnen, die eben dies auszudrücken vermögen. Um die große Zahl an möglichen Koalitionsvariationen im Freistilverhandlungssystem der europäischen Legislativkammer zu fassen, wird darauf in einem ersten Analyseschritt eine elementare Einteilung der Koalitionsbildung vorgenommen. Dabei werden grundlegende Regelmäßigkeiten der Entscheidungsfindung sichtbar. In diesem Zusammenhang lässt sich eine Annahme ableiten, auf die sich die Handlungslogik der Fraktionen zurückführen lassen kann. Sie wird als Hypothese 3 postuliert. *Durch die verhältnismäßig geringe Wählerbindung und das Fehlen der ständigen Unterstützung einer Regierung durch eine dauerhafte Koalition, rücken die Motivationen und Ziele des vote-seeking, aber auch office-seeking in den Hintergrund. Das policy-seeking wird dadurch stärker betont.<sup>2</sup> Flexibles und angemessenes situationsabhängiges Regieren wird dadurch möglich.<sup>3</sup> Das Europäische Parlament war, bevor es tatsächliche Legislativbefugnisse bekommen hat, als Parteiensystem sehr polarisiert. Durch die erhaltenen Legislativrechte war es allerdings nötig, konsensual zu arbeiten, um die erforderlichen Mehrheiten zu erreichen. So entstand das Muster der Zusammenarbeit der beiden großen Fraktionen. Es hat sich demnach eine zentripetale Tendenz des Fraktionensystems herausgebildet.* (Hypothese 3) Die Anwendung der Modelle der Koalitionsbildung kann darauf folgend Handlungsmotivationen der Fraktionen

---

<sup>2</sup> Zu den Zielen politischer Parteien siehe etwa: Harmel, Robert/Janda, Kenneth: An Integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: Journal of Theoretical Politics, Vol. 6, Nr. 4; 1994, S. 259-87.

<sup>3</sup> Zur Begründung der Flexibilität im Parteiensystem vgl.: Kreppel, Amie: The European Parliament and Supranational Party System: A study in institutional Development, Cambridge, 2002, S.124f.

verdeutlichen. Die Politikfeldorientierung der Koalitionsbildung lässt sich des weiteren durch ein empirisches Modell der räumlichen Koalitionsbildung untermauern, das auf sekundären Daten basiert und durch primäre Daten erweitert wird.

Das Einbeziehen der zu den hier angestellten Untersuchungen quer liegenden Fragen nach der Integration der Parlamentarier neuer Mitgliedsstaaten in die bestehenden politischen Fraktionen und der damit verknüpften Handlungsfähigkeit des erweiterten Europäischen Parlaments ziehen sich durch die gesamte Akteursanalyse hindurch. Ihre Beantwortung bildet die Grundlage für einen Ausblick auf die beschlossene Erweiterung um die neuen Parlamentsmitglieder Bulgariens und Rumäniens und die damit einhergehende weitere Heterogenisierung der transnationalen Fraktionen.

Durch die im Rahmen dieser Arbeit geleisteten Forschung soll es möglich werden, oben gestellte Fragen und Hypothesen erneut zu prüfen. Die Analyse des Handelns der institutionellen Rahmenbedingungen und der sich darin bewegenden Akteure soll damit letztendlich Aufschluss über die sich entwickelten Fähigkeiten und zukünftige Möglichkeiten der europäischen Legislativkammer geben. Erst durch die eingehende Betrachtung der Rahmenbedingungen des Subsystems des Europäischen Parlaments und das zweidimensionale Verfahren der Akteursanalyse – Zusammenhalt und Koalitionsbildung – ist es möglich das Abstimmungshandeln der politischen Gruppen des Europäischen Parlaments zu ergründen und besser zu verstehen. Diese elementare Gliederung zeichnet zunächst den inhaltlichen Rahmen des Forschungsvorhabens nach. Seine methodisch-theoretische Fundierung wird im kommenden Kapitel näher erläutert.

## **Kapitel II: Datengewinnung**

### **1. Metatheoretische Überlegungen: Begründung des theoriegeleiteten und methodischen Vorgehens**

*„Charakteristisch für die modernen Sozialwissenschaften einschließlich der Geschichte und der Rechtswissenschaft ist [...] nicht mehr die eindeutige Zuordnung von Disziplinen und Methoden, sondern ein Methodenpluralismus, der aus dem ungeklärten Status zahlreicher Grundsatzfragen resultiert. In disziplinübergreifenden Forschungsansätzen sind schließlich Konstruktionsentwürfe und –verfahren wieder pragmatisch gebündelt, die unter dem Vorzeichen unterschiedlicher wissenschaftlicher Grundsatzprogramme erstellt wurden.“<sup>4</sup>*

Im folgenden Kapitel wird in den theoretischen Rahmen der Arbeit eingeführt. Dies dient auch dazu zu zeigen, dass sich das hier angewandte Vorgehen stringent aus dem Forschungsgegenstand und der quantitativen Methodenführung ableiten lässt.

Nachdem die Handlungslogik von Akteuren den Forschungsschwerpunkt der vorliegenden Arbeit darstellt, bedient sich auch ihre Theoriebasis verschiedener Ansätze zur Erklärung der Entstehung von Akteuren und des Akteurshandelns. Dieses Vorgehen ist etwa auch ein Resultat daraus, dass das im Zentrum stehende zentrale Element des Handelns nicht zwangsläufig eindimensional motiviert und linear ist. Die Aktion und Interaktion von Individuen und damit auch von Gruppen, d.h. ihr soziales Handeln, ist ein Ergebnis aus teils unterschiedlichen Motivationen. Diese Vielschichtigkeit zeigt sich schon alleine aufgrund der semantischen Fülle, die der Begriff des Handelns beinhaltet. Sie geht dabei weit über Webers Definition der sozialen Einbindung hinaus.<sup>5</sup> Neben instinktgeleiteten Handlungsoptionen (animal symbolicum)<sup>6</sup> müssen für eine Analyse von Akteuren auf diese Weise die Prämissen des homo oeconomicus<sup>7</sup>, aber eben auch des homo sociologicus<sup>8</sup> und deren Weiterentwicklung berücksichtigt werden.<sup>9</sup> Erst dadurch kann sich ein annäherndes Bild der Bedingungen ergeben, die das Agieren von Akteuren kennzeichnen. Die Analyse ihres

---

<sup>4</sup> Alemann, Ulrich von/Tönnemann, Wolfgang: Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.) Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriß für Studium und Forschung, Opladen, 1995, S.39.

<sup>5</sup> „Soziales Handeln aber soll ein solches Handeln heißen, welches seinem von dem oder den Handelnden gemeinten Sinn nach auf das Verhalten anderer bezogen wird und daran in seinem Ablauf orientiert ist.“ Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe, 6. Aufl., Tübingen, 1984, S.19.

<sup>6</sup> Vgl. Cassierer, Ernst: Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur, Frankfurt, 1990. (Im Original von 1944)

<sup>7</sup> Für die Politikwissenschaft wurde dieses Konzept vornehmlich durch Anthony Downs nutzbar gemacht. Siehe dazu Downs, Anthony: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen, 1968.

<sup>8</sup> Siehe Dahrendorf, Ralf: Homo sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle, 15. Aufl., Opladen, 1977.

<sup>9</sup> Vgl. etwa: Schäfers, Bernhard/ Korte, Hermann: Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, 5. Aufl., Opladen, 2000, S.27.

Handelns muss schon deshalb mehrere Dimensionen umfassen. Es existiert (noch) keine einzelne große Theorie, die das Verhalten von (politischen) Gruppen ausreichend erklären könnte.<sup>10</sup> Dies ist möglicherweise ein Resultat des rigiden Beharrens auf scheinbar unumstößliche Prämissen, das sich nur langsam aufzuweichen beginnt. Auch deshalb scheint hier die Kombination verschiedener Ansätze mittlerer Reichweite der ertragreichste Weg zu sein, die Handlungslogik der Akteure des Europäischen Parlaments erfassen zu können.

In diesem metatheoretischen und methodischen Kapitel zeigt sich darüber hinaus, dass sich nicht nur aus dem Untersuchungsgegenstand, sondern zudem aus der Forschungstechnik ein pluraler Theoriehintergrund ergibt.

*„Theorie und Methode sind aufeinander angewiesen. Eine Theorie ohne methodische Überprüfung und Erweiterung bleibt nutzlos, eine Methode ohne Theorie, welche die Entscheidung über den sinnvollen Einsatz von Methoden lenkt bleibt steril. [...] Eine Methode [kann] nacheinander und nebeneinander gleichzeitig viele Theorien erzeugen (Luhmann)“<sup>11</sup>*

Das Forschungsdesign der Arbeit ist im Bereich der quantitativen Analyse anzusiedeln. Die zur Verfügung stehenden Daten werden demnach mit Hilfe analytischer und empirischer Methodenführung ausgewertet und interpretiert.<sup>12</sup> Die Quellen der Untersuchung gliedern sich hierbei in drei unterschiedliche Ebenen: eine Datenbank aller namentlichen Abstimmungen des Europäischen Parlaments, der Jahre 2000-2005 (1), eine Umfrage mit Hilfe von Fragebögen mit den Parlamentsmitgliedern (2), und weiterer persönlicher Kontakt zum Feld (v.a. E-Mails) (3). Diese drei Ebenen spiegeln gleichzeitig ein Spektrum von Distanz bzw. Objektivität und Nähe bzw. subjektiven Informationen wider. In anderen Worten gesagt, liegt hier eine gegenstandsverankerte Theoriebildung im quantitativen Vorgehen begründet.<sup>13</sup>

Wie kann nun im konkreten Fall der vorliegenden Arbeit der theoretische Rahmen aus der geschilderten Forschungstechnik direkt abgeleitet werden. Folgende Zusammenfassung der grundlegenden Vorgehensweisen der politikwissenschaftlichen Theoriebildung gibt darüber Aufschluss.

*„Als methodische Ansätze in der Theorie der Politik lassen sich folgende sechs herausstellen:*

---

<sup>10</sup> Dies gilt sowohl für die Politikwissenschaft, als auch für die Soziologie. In der Wahlverhaltensforschung oder Neuen Politischen Ökonomie konnte etwa kein einheitliches Handlungsmodell gefunden werden, ebenso wie keine einheitliche Gruppensoziologie etabliert werden konnte. Zu Modellen des Wählerverhaltens siehe: Bürklin, Wilhelm: Wahlen und Wählerverhalten: Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen, 1998. Für das Beispiel einer Handlungstheorie von Gruppen in der NPÖ siehe: Olson, Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns, 5. Aufl., Tübingen 2004. Für den Versuch der Begründung einer Soziologie der Gruppen siehe: Homans, Georg Caspar: Theorie der sozialen Gruppe. Opladen 1972. Oder Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Einführung in die Gruppensoziologie. Geschichte-Theorie-Analysen. Wiesbaden 1994.

<sup>11</sup> Beyme, Klaus von: Die Politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, 8. Aufl., München, 2000, S.87.

<sup>12</sup> Zur begrifflichen Diskussion von Methode, Methodologie und Forschungstechnik siehe etwa: Alemann, Ulrich von/Tönnemann, Wolfgang: Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.) Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriß für Studium und Forschung, Opladen, 1995, S.28ff.

<sup>13</sup> Vgl. zu Grounded Theory: Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L.: Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung, Bern, 1998.

1. *der historisch-genetische*
2. *der institutionelle*
3. *der behavioralistische*
4. *der funktional strukturelle*
5. *der Rational-Choice-Ansatz und*
6. *der vergleichende Ansatz*

*Sie schließen sich in der Anwendung keineswegs aus. Vor allem der vergleichende Ansatz kann mit den fünf anderen kombiniert werden. Keiner dieser Ansätze ist strikt als Methode oder Theorie klassifizierbar, sondern muss bei den einzelnen Autoren jeweils nach dem Selbstverständnis eingeordnet werden.*<sup>14</sup>

Eben auf diese Weise soll hier vorgegangen werden. Grundlage bildet im diesem Fall, wie bereits angedeutet, eine vergleichende Analyse von Aggregatdaten.<sup>15</sup> Das heißt, ein Vergleich auf zwei Ebenen wird hierbei vorgenommen. Einerseits werden die Daten innerhalb der Untersuchung, etwa in Kreuztabellen, gegenübergestellt und so verglichen (1). Auf der anderen Seite wird auch Material aus sekundären Quellen mit den hier gewonnenen Ergebnissen miteinander in Beziehung gesetzt (2). Die Resultate der Berechnungen der vergleichenden Analyse werden wiederum mit verschiedenen theoretischen Ansätzen in Verbindung gebracht, die aus anderen theoretischen Bereichen stammen, um Lösungs- und Erklärungsmuster für die Prozesse innerhalb des Europäischen Parlaments zu finden. Darauf basieren tiefere Untersuchungen und Interpretationen der Ergebnisse.

Aufbauend auf der Identifikation spezifischer Gruppen als Handlungsträger im Parlament ergibt sich dadurch die Frage nach deren Handlungslogik und dem Bereich der hier vorliegenden Analyse. Es soll also nicht etwa das Politische System der EU als Ganzes untersucht werden, sondern, innerhalb der Disziplin der Analyse und des Vergleichs von Systemen, die Akteure im Subsystem des Europäischen Parlaments. Dabei versteht sich von selbst, dass diese in das Gesamt- bzw. Mehrebenensystem mit eingebunden sind. Die Untersuchung bewegt sich demnach nicht auf der Makro-Ebene, sondern im nicht leicht abzugrenzenden meso-sozialen Bereich.

Damit entsteht analog auch die grundsätzliche Struktur der Ansätze, die zu dessen Erklärung herangezogen werden sollen. Neben einer Einführung in die interdisziplinären Handlungstheorien stellt die „Gruppensoziologie“<sup>16</sup> ebenso wie die Neue Politische Ökonomie<sup>17</sup> Erklärungen für das Verhalten in und von Gruppen dar. Sie bietet zudem eine plausible Definitionsmöglichkeit für den Begriff der Gruppe und damit dem hier verwendeten

---

<sup>14</sup> Ebd. S.88.

<sup>15</sup> Siehe dazu Ebd. S.168ff.

<sup>16</sup> Die Anführungszeichen deuten darauf hin, dass es (noch) nicht möglich war, eine Soziologie der Gruppen zu etablieren.

<sup>17</sup> Siehe in diesem Fall: Olson, Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns, 5. Aufl., Tübingen 2004.

Verständnis von Meso-Ebene an. Diese einleitende Basis des theoretischen Rahmens bewegt sich damit u.a. im Bereich der oben genannten behavioralistischen Methode. Bereits an dieser Stelle wird deutlich, dass der hier verwendete Theorierahmen sich nicht ausschließlich aus dem Fundus rein politikwissenschaftlicher Ansätze bedient, sondern sich darüber hinaus fruchtbare Annahmen der Nachbardisziplinen der Soziologie, aber auch der Ökonomie zu nutze macht. Dies wird auch durch einen theoretischen Exkurs in den Bereich des Cleavage- und des Milieuansatzes deutlich. Beide bieten, als historisch-genetische aber auch strukturell-funktionale Ansätze, die Möglichkeit der Erklärung der Entstehung der im Europaparlament vertretenen politischer Gruppierungen.

Die Interaktion zwischen den Akteuren des Europaparlaments wird letztlich mit Hilfe der Ansätze der Entscheidungsfindung erklärt: der Koalitionsbildungstheorie. Ihre Geschichte ist ein Paradebeispiel verhärteter Fronten eines Methoden- und Paradigmenstreits. Bereits seit Rikers Formulierung einer rein rational motivierten Entscheidungsfindung von politischen Akteuren<sup>18</sup> und dem darauf folgenden Widerstreit mit Forschern, die eine Politikgeleitetheit bzw. Sozialisation im Zentrum von Koalitionsentscheidungen sehen, bestehen gespaltene Lager innerhalb der Disziplin der Koalitionsforschung. Außer diesen beiden Hauptfeldern existieren weitere Nebenschauplätze dieser wissenschaftlichen Auseinandersetzung. Diese sind etwa akteurszentrierte, institutionelle oder mathematisch orientierte Koalitionsbildungsansätze. Empirisch jedoch, dies wird sich auch im Verlauf der Arbeit bestätigen, kann kein einzelnes Modell das Handeln politischer Gruppierungen ausreichend erklären. Gerade bei der Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments zeigt sich, dass jeder Teilbereich der Koalitionsbildungstheorie für sich nur einen Teil der zustande kommenden Zusammenschlüsse begründen kann. Nur in einem gezielt angewandten Methodenpluralismus liegt also die Möglichkeit Entscheidungen zwischen den Gruppen des Europäischen Parlaments zu erklären. So besteht auch hier, innerhalb des vergleichenden politikwissenschaftlichen Vorgehens, die Notwendigkeit der Kombination der oben genannten methodischen Ansätze. Die Forschung beginnt dies zu erkennen.<sup>19</sup> Durch diese Herangehensweise der Analyse des Handelns lassen sich politikwissenschaftliche theoretische Prämissen des Rational-Choice-Modells mit strukturfunktionellen und institutionellen in einem fruchtbaren systematischen Eklektizismus verbinden. Der Erfolg eines solchen Vorgehens zeigt sich im Erklärungsansatz der Übergroßen Koalitionen. Durch seine

---

<sup>18</sup> Vgl. Riker, William H.: *The Theory of Political Coalitions*, New Haven, 1962.

<sup>19</sup> Bäck, Hanna/Dumont, Patrick: *A Combination of Methods. The Way forward in Coalition Research*. Unveröffentlichtes Paper zur APSA Konferenz, 2004, S.1-29. <http://www.asu.edu/clas/polisci/cqrm/APSA2004/BackDumont.pdf>

Annahmen gelingt es, sowohl rationale als auch inhaltliche Ziele von Akteuren als Motivation für das Abstimmungshandeln mit großer Erklärungskraft zu verbinden. Hier schließt sich wieder der Kreis zur Multidimensionalität des Handelns.

Wie schon angedeutet wurde, werden in diesem Arbeitsvorhaben grundsätzlich zwei unterschiedliche Arten von Erklärungsmodellen benutzt. Ansätze der Akteursentstehung, wie die Cleavagetheorie (1) und Ansätze des Akteurshandelns, wie etwa Entscheidungs- und Koalitionsbildungstheorien (2). Sowohl als Auswirkung des Untersuchungsgegenstands des Akteurshandelns, als auch durch die Methodenführung der vergleichenden Analyse entsteht auf diese Weise also ein methodischer Pluralismus, der zu einem gezielt begründeten Eklektizismus theoretischer Ansätzen führt. Die empirische Erklärungskraft eines solchen methodisch-theoretischen Brückenschlags ist ein weiterer Ertrag dieser Arbeit.



## 2. Die Datenbank der namentlichen Abstimmungen als Grundlage der Akteursanalyse

Die hier vorliegende Untersuchung der Akteure des Europäischen Parlaments bewegt sich vorwiegend im Forschungsbereich der quantitativen bzw. explorativen Analyse politischer Systeme und Subsysteme.<sup>20</sup> Sie stützt sich hauptsächlich auf eine Datenbank von 6252 namentlichen Abstimmungen. D.h. eine Vollerhebung aller namentlichen Entscheidungen des Europaparlaments von Januar 2000 bis Dezember 2005. Die Datenbank wurde eigens für diese Dissertation erstellt. Die hier gezeigte Untersuchung ist damit unabhängig von zuvor erhobenen, sekundären Daten und Publikationen. Sie bietet darüber hinaus den Vorteil, bereits vorhandene Studien prüfen zu können. Das nachstehende Kapitel beschreibt deshalb, auch im Sinne des Wissenschaftskriteriums der Intersubjektivität bzw. der Nachvollziehbarkeit, wie die grundlegenden Daten gewonnen und verarbeitet werden.

### 2.1. Gewinnung der Daten

Die hier benutzte Datenbank wurde aus den online verfügbaren Protokollen der namentlichen Abstimmungen des Europäischen Parlaments gewonnen. Sie bildet den Ausgangspunkt aller angestellten Berechnungen der vorliegenden Arbeit.

Um an die Rohdaten zu gelangen, wird das zunächst als .pdf (Portable Document Format) Datei vorliegende Protokoll in .html-Text (Hyper Text Markup Language) übersetzt. Danach durchsucht ein Programm die Protokolle nach Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen und der jeweiligen Anzahl der Abgeordneten, die sich für eine der Möglichkeiten entschieden haben.<sup>21</sup> Die so abgegebenen Stimmen werden der jeweiligen Fraktion zugeordnet. Die Namen bzw. Nationalität der Abgeordneten werden allerdings nicht aufgezeichnet. Dies liegt v.a. an der immensen Menge der Daten, die eine Vollerhebung nach sich zieht.<sup>22</sup>

Das Programm, das benutzt wird, um die genannten Daten zu erhalten, ist ein Parser, der im Bereich der Informatik häufig dazu verwendet wird, einen bestimmten Text in eine andere Syntax bzw. Sprache zu übersetzen. Hierbei durchsucht ein Lexer, d.h. ein Scanner, der nach

---

<sup>20</sup> Siehe dazu etwa: Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie: Empirische Methoden der Politikwissenschaft, Paderborn, 2006. Hier v.a. ab S.361.

<sup>21</sup> Nicht anwesende MEPs werden dabei nicht beachtet.

<sup>22</sup> Ein solcher Kompromiss, der weitere interessante Aspekte ausblendet, muss bei einer Vollerhebung im Rahmen einer Doktorarbeit eingegangen werden, da die Größe der Datenbank bei einer Vollerhebung der Abstimmungen des Europäischen Parlaments moderne Personal Computer schon bei den hier vorhandenen Daten, aufgrund der Menge und der Komplexität der Datensätze, an ihre Grenzen bringt. Eine simple Rechnung zeigt dies: Ausprägung der Abstimmung (Ja, Nein, Enthaltung) x Fraktion (7 bzw. 9) x Abstimmungsanzahl 6252 x Nationalität (25) x MEP (732), ... . Dies ist erst die Menge der Rohdaten, die noch nicht in bestimmten Zusammenhängen berechnet wurden.

bestimmten lexikalischen Daten, wie Ja, Nein, Enthaltung, Fraktion, usw. sucht, die Parlamentsprotokolle.<sup>23</sup> Ein solches Suchprogramm wurde für die Zwecke der vorliegenden Analyse, d.h. für die Protokolle der namentlichen Abstimmungen des Europäischen Parlaments, speziell entwickelt und angepasst. Der Parser codiert darauf die .html Texte in ein .csv (Comma Separated Values) Format um, welches bereits die kumulierten Abstimmungsdaten enthält. Diese Art von Datei kann in handelsübliche Tabellenkalkulationsprogramme, wie Excel, CALC oder auch SPSS importiert und dort ausgewertet werden. Auf diese Weise wird auch in der vorliegenden Untersuchung verfahren. Dadurch entsteht die Basisstruktur einer Datenbank, die den Titel und die Nummer der Abstimmung, Datum und Uhrzeit bzw. Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen als Informationen bereitstellt. Diese Angaben sind aufgeschlüsselt für die jeweilige Fraktion enthalten. Um eine Zeit- bzw. Entwicklungsdimension mit einbeziehen zu können, wurden die Daten zusätzlich in die einzelnen Jahre der Legislaturperioden aufgeteilt. Dies beinhaltet zudem den Vorteil der besseren Übersichtlichkeit. Die Datenbank umfasst den Zeitraum von 17.1.2000 – 15.12.2005.<sup>24</sup> Sie ist als Vollerhebung aller namentlichen Abstimmungen angelegt, um ein repräsentatives und damit valides Bild der Untersuchungen zu garantieren. Zudem kann auf diese Weise das oftmals auftretende Problem der mangelnden Signifikanz von Stichproben ausgeschlossen werden.<sup>25</sup>

Ein kurzer Einblick in die Forschungsliteratur kann zeigen, dass dem Aspekt des Akteursverhaltens im Europäischen Parlament in der deutschsprachigen Politikwissenschaft bislang nur sehr wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden ist. Lediglich die Monographie von Volker Neßler betrachtet die transnationalen Fraktionen als eigenständige Akteure.<sup>26</sup> Hier wird allerdings das Augenmerk vorwiegend auf die juristische bzw. staatsrechtliche Position der Gruppierungen gelegt, jedoch nicht auf ihre Arbeit oder ihre Entscheidungsfindungsstrukturen. Der Schwerpunkt der Beschäftigung mit dem EP zentriert sich in der nationalen Forschung auf (Europa)Wahlkampf und -system, Wahlverhaltenstheorien und auf nationale bzw. europäische Parteien.<sup>27</sup> In

---

<sup>23</sup> Programme zur computergestützten Analyse qualitativer Interviews benutzen ähnliche Routinen. Hier beispielsweise beim Zählen bestimmter Schlagworte. So die Software ATLAS.ti.

<sup>24</sup> Dies sind jeweils die Daten der ersten bzw. letzten Plenarsitzung des Europäischen Parlaments im untersuchten Zeitraum.

<sup>25</sup> Vgl. etwa: Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie: Empirische Methoden der Politikwissenschaft, Paderborn, 2006, S.404ff.

<sup>26</sup> Neßler, Volker: Europäische Willensbildung: Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach, 1997.

<sup>27</sup> Gut zu beobachten anhand der Artikelauswahl in einer Ausgabe der ApuZ vom 19. April 2004 (B17/2004): Hier z.B.: Nohlen, Dieter: Wie wählt Europa? Das polymere Wahlsystem zum Europäischen Parlament, S.29 – 37. Binder, Tanja / Wüst, Andreas M.: Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1997 – 1999, S.38 – 45.

politikwissenschaftlichen Lexika werden die Fraktionen des EP zwar erwähnt, dies geschieht allerdings unter dem Eintrag „Europäische Parteien“.<sup>28</sup> Eine somit weitgehend ausgeblendete Analyse der internen Entscheidungsfindungsstrukturen und -muster mag an der bislang mangelnden quantitativen, sich aber im Aufwärtstrend befindenden, methodologischen Tradition der deutschsprachigen Politikwissenschaft liegen.

Etwas differenzierter zeigt sich hingegen die Situation in der internationalen Forschung. Ein Zusammenschluss einer kleinen Gruppe von Forschern, wie etwa Simon Hix, Amie Kreppel, Gail McElroy oder auch Abdul Noury, setzt sich mit der Analyse von Entscheidungsfindungen im EP und deren Auswertung auseinander. Gemeinsam mit einigen anderen bilden sie die European Parliament Research Group.<sup>29</sup> In diesem Rahmen sind bisher etwa 15 wissenschaftliche Aufsätze<sup>30</sup> und drei Monographien<sup>31</sup> erschienen, die sich, mit Hilfe von quantitativen Daten, mit den Prozessen innerhalb des EP beschäftigen.

Bislang existieren aufgrund dieser Forschungslage zur Untersuchung der Entscheidungsstrukturen nur wenige Datenbanken, die die namentlichen Abstimmungen des Europäischen Parlaments dokumentieren können. Zum einen eine Datenbank, die Tsebelis und Kreppel für ihre Untersuchungen benutzen. Diese besteht aus 170 namentlichen Abstimmungen im Zeitraum zwischen 1989 und 1993. Zum anderen eine Datenbank im Rahmen der Forschungsprojekte der EPRG (European Parliament Research Group). Diese umfasst bis dato alle namentlichen Abstimmungen zwischen 1979 und 2001 und wird von Hix, Noury und Roland betreut und verwaltet. Alle bisherigen Untersuchungen des (Wahl)verhaltens von Abgeordneten des EP basieren auf diesen beiden Datensätzen. Der Löwenanteil allerdings auf den Daten der EPRG.<sup>32</sup>

Eine weitere und unabhängige Datenbank bietet deshalb den großen Vorteil, die zuvor angestellten Untersuchungen zu überprüfen und sie zusätzlich durch neue Herangehensweisen und Blickwinkel zu erweitern. Den größten Ertrag bietet allerdings die Aktualität der Datensammlung, die bis zum 15. Dezember 2005 reicht, und damit 4 Jahre der 5. und 1,5 Jahre der 6. Legislaturperiode dokumentieren kann. Damit kann etwa festgestellt werden, ob

---

<sup>28</sup> *Maurer, Andreas / Mittag, Jürgen*: Europäische Parteien, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S. 156-161. Dieser Artikel ist exemplarisch für die Handhabung in politikwissenschaftlichen Lexika.

<sup>29</sup> *Siehe auch*: [www.lse.ac.uk/Depts/eprg](http://www.lse.ac.uk/Depts/eprg).

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> *Hix, Simon / Lord Christopher*: Political Parties in the European Union, London, 1997. *Kreppel, Amie*: The European Parliament and Supranational Partysystem: A Study in institutional Development, Cambridge, 2001. *Raunio, Tapio*: The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament, Aldershot, 1997.

<sup>32</sup> Deren Projekt „How MEPs vote“ wird finanziert durch den Wirtschafts- und Sozialforschungsrat Großbritanniens, die Freie Universität Brüssel, die Nuffield Foundation und den Leverhulme Trust.

sich Veränderungen im Abstimmungsverhalten nach der Vergrößerung des Europäischen Parlaments zeigen, oder ob diese stabil im Untersuchungszeitraum bleiben.

## **2.2. Datenanalyse, Erweiterung und Konvertierung der Datenbank**

Im folgenden Abschnitt werden nun die wichtigsten geleisteten Arbeitsschritte dargestellt wie die Datenbank für die Zwecke einer politikwissenschaftlichen Untersuchung, d.h. die Analyse der internen Prozesse und des Abstimmungsverhaltens zwischen den europäischen Fraktionen, nutzbar zu machen ist. Zudem wird das Vorgehen einzelner Überlegungen zu Berechnungen in ambigen Fällen erläutert. Also etwa bei der Entscheidung ab welcher Anzahl an Abgeordneten im Plenum Koalitionen in dieser Arbeit noch als solche in der Analyse berücksichtigt werden. Die grundlegenden Daten dafür werden, wie bereits erläutert, in ein Datenbank- bzw. Datenanalyseprogramm importiert. Hier werden sie mit Hilfe von weiteren Berechnungen und Tabellenkalkulationen in eine Form gebracht, auf der die Akteursanalyse des Europäischen Parlaments fundiert. Auf diesem Ausgangspunkt werden daraus Tabellen, Grafiken und Schaubilder erstellt. In einem darauf aufbauenden Schritt der Analyse und Interpretation dieser quantitativen Ergebnisse können nun wiederum Prozesse, Strukturen und Handlungslogiken der Akteure des Europaparlaments untersucht werden. Der Umgang mit diesen Daten soll deshalb im Folgenden näher beleuchtet werden.

### 1. Anwesenheit der Mitglieder des Parlaments

Am Anfang des Berechnungs-, Konvertierungs- und Datenanalyseprozesses wird aus den Rohdaten der nach Fraktionen sortierten Abstimmungen (Ja, Nein, Enthaltung) die Anwesenheit der MEPs berechnet. Die Anzahl der Abstimmenden zu kennen, kann Aufschluss über die Anwesenheit der jeweiligen Fraktionen im Plenum geben. Sie wird kalkuliert, indem jeweils die Stimmen für Pro, Contra und Enthaltungen für jede Fraktion abgefragt und addiert. Auf dieser Grundlage kann die Gesamtanzahl der Abstimmenden ermittelt werden. Sie steht sowohl für jede einzelne Abstimmung, als auch im Durchschnitt der einzelnen Jahre der Legislaturperioden und im Gesamtschnitt zur Verfügung.

### 2. Politikfelder

Eine grundlegende Hypothese der vorliegenden Untersuchung ist der Einfluss der inhaltlichen Dimension auf den Willensbildungs- und Handlungsprozess innerhalb, aber auch zwischen den Akteuren des Europäischen Parlaments. Um überprüfen zu können, ob diese Dimension die Arbeit im Parlament tatsächlich beeinflusst, ist es nötig für die weiterführende

Datenanalyse auch entsprechende Daten diesbezüglich zur Verfügung zu haben. Diese Informationen über das jeweilige Politikfeld werden individuell für jede einzelne namentliche Abstimmung eingefügt. Dabei wird so vorgegangen, dass aufgrund der Abstimmungsnummer durch Onlinerecherche auf den Seiten des Europäischen Parlaments der für den Bericht bzw. Verordnungs- oder Gesetzesentwurf zuständige Ausschuss ermittelt und in die Datenbank eingefügt wird.

Es ist in diesem Rahmen davon auszugehen, dass das Arbeitsfeld des zuständigen Ausschusses gleichzusetzen ist mit dem betreffenden Politikfeld, in dem sich der Inhalt der vorliegenden Abstimmung bewegt.<sup>33</sup> Entschließungsanträge, Änderungen der Tagesordnung, Abstimmungen über die Haushaltsplanung oder Misstrauensanträge werden damit auch in die Datensammlung einbezogen. So entsteht eine Aufteilung in die 18-20 Politikfelder der bestehenden ständigen und nicht-ständigen Ausschüsse mit zusätzlichen 4-8 Feldern für Entschließungsanträge und ähnliche Abstimmungsbereiche, die nicht direkt mit dem Legislativverfahren der Europäischen Union gekoppelt sind. Insgesamt können so zwischen 18 und 28 Politikbereiche analysiert werden, die sich mit Variablen wie Anwesenheit, Kohäsion und Koalitionsbildung in Verbindung bringen lassen. Eine solche Vorgehensweise birgt zudem den Vorteil, durch die Analyse der Abstimmungen auch einen Einblick in die Entscheidungsstrukturen der Ausschüsse zu erhalten.<sup>34</sup> In späteren Kapiteln der Analyse wird u.a. die Aufschlüsselung der Politikbereiche noch detaillierter ausgeführt.

### 3. Berechnung der Kohäsion:

Der Zusammenhalt einer Gruppe kann großes Wissen über ihre interne Strukturierung und Arbeitsweise preisgeben. Die Kohäsion innerhalb der Fraktionen des Europäischen Parlaments kann, das sei an dieser Stelle vorweggenommen, durch einen Index ausgedrückt werden, der das Verhältnis von Ja-, Nein-Stimmen bzw. Enthaltungen wiedergeben kann. Der Indexwert ist dabei ein Ergebnis von Kalkulationen mit Hilfe des Datenanalyseprogramms. Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt des Prozesses der Datenaufbereitung. Eine Datenbank mit namentlichen Abstimmungen bildet somit einen Grundstock für die quantitative Analyse des internen Gruppenverhaltens. Diese Maßzahl wird als Index of Agreement bezeichnet. Hier stehen, v.a. durch die Forschung im Bereich des Europäischen Parlaments, zwei verschiedene Indizes zur Verfügung. Während der Index of Agreement von Rae, welcher im Zusammenhang mit der Forschung im Bereich des politischen Systems der USA entwickelt

---

<sup>33</sup> Selbstverständlich ist es auch möglich, dass hier teilweise auch Ausschüsse in der inhaltlichen „Nachbarschaft“ an der Arbeit beteiligt sind.

<sup>34</sup> In den Ausschüssen wird oft von den Berichterstattern oder Schattenberichterstattern ein Orientierungsmeinung gebildet, die als Empfehlung für die Fraktionen und damit dem MEPs, betreffend der Entscheidung der Abstimmung, ausgesprochen wird.

wurde, bei völliger Meinungsverschiedenheit auch in den negativen Anzeigebereich rutschen kann, d.h. von  $-0,33$ - $1$ , so bleibt der von Hix et. al. entwickelte Index stets im Bereich Zwischen  $0$  und  $1$ . Er bietet den Vorteil, dass er sehr gut für weiterführende Korrelationsberechnungen und Vergleiche anderer standardisierter Maßzahlen eingesetzt werden kann. Beide Indizes korrelieren dabei höchst signifikant miteinander.<sup>35</sup> Die Interpretationen der Ergebnisse des Index nach Rae sind damit vollständig auf die Interpretationen des Index nach Hix übertragbar und umgekehrt. Die erstellte Datenbank bietet die Möglichkeit, die erwähnten Maßzahlen zu berechnen, da die Ausprägungen Ja, Nein und Enthaltung für jede einzelne Abstimmung und Fraktion vorhanden sind.

Bei der vorliegenden Untersuchung wurden im Vorfeld der tatsächlichen Auswertung beide Indizes berechnet, um die Möglichkeit offen zu halten, Analysen im Bereich des Europäischen Parlaments mit beiden Indexarten zu verifizieren, Angaben von Forschungen der Systemanalyse anderer politischer Systeme zu vergleichen und weiterführende Studien anstellen zu können. Letztendlich werden die Analysen allerdings auf der Basis der von Hix et. al. zur Verfügung gestellten Maßzahl durchgeführt, um die Vergleichbarkeit mit modernen Studien zu gewährleisten.<sup>36</sup> Durch das Wissen über den jeweiligen Politikbereich der Abstimmungen kann der Wert des Index des Zusammenhalts auch mit der inhaltlichen Dimension in Beziehung gesetzt werden. Dies bietet eine in der Forschung bisher unberücksichtigte Perspektive.

#### 4. Annahmen und Berechnungen der Koalitionsbildung:

Aufgrund der vorhandenen Abstimmungsdaten der einzelnen Fraktionen ist es möglich, die unterschiedlichen Koalitionskombinationen zu identifizieren, die sich bei den jeweiligen Abstimmungen gebildet haben. Mit diesen Ergebnissen können etwa vorhandene Muster der Logik der Entscheidungsfindung aufgedeckt werden. Dazu wird durch die Datenbank abgeprüft, welche Fraktionen gemeinsam koalitiert bzw. opponiert haben. Die Anzahl der Pro- bzw. Contra-Stimmen der Gruppenakteure gibt dabei den Ausschlag dafür, ob eine Fraktion als Koalitionspartner gewertet wird, oder nicht. Die Identifikation der jeweiligen Koalitionskombination wird durch verschiedene miteinander verknüpfte aussagenlogische Abfragen der Abstimmungsergebnisse im Analyseprogramm erreicht. Dieses Verfahren ist sehr aufwendig, da es nur teilweise automatisiert werden kann. Das Prüfen der verschiedenen Koalitionsvarianten erzeugt zudem ein sehr großes Datenaufkommen.

Die Nachvollziehbarkeit dieser Studie fordert an diesem Punkt eine eindeutige Identifizierung dessen, was als Zusammenschluss bzw. Koalition gewertet wird und was nicht. Dies

---

<sup>35</sup> Dies wird an späterer Stelle detaillierter ausgeführt. Siehe Kapitel IV.

<sup>36</sup> Indexwerte des Rae-Indexes können allerdings auf Nachfrage beim Autor eingesehen werden.

geschieht aufgrund von einigen essenziellen Frage- und Problemstellungen, welche die Datenaufbereitung und -konvertierung leiten. Eben diese Überlegungen führen gleichzeitig zu einigen Vorgaben, die die Datenanalyse beeinflussen und nehmen damit auch für die spätere Untersuchung der Koalitionsbildung einen entscheidenden Stellenwert ein.

Zunächst stellt sich etwa die Frage, ob Enthaltungen grundsätzlich in die Berechnungen zur Koalitionsbildung mit einbezogen werden sollten. Damit verknüpft ist wichtig zu wissen, ob es „Enthaltungskoalitionen“ gibt, und wenn ja, wie diese gewertet werden. Ein Beispiel für eine derartige Verteilung von Abstimmungen ist: Ja = 122, Nein = 120, Enthalten = 223.

Eine Möglichkeit darauf eine Antwort zu geben ist, absolute und relative Mehrheiten zu unterscheiden. (1) Ist demnach beispielsweise die Summe derer, die sich nicht Enthalten größer als die Summe der Enthaltungen, so könnte davon ausgegangen werden, dass die Zahl der absoluten Mehrheit, und damit der MEPs, die tatsächlich eine (Meinungs-)Alternative (Ja oder Nein) wählen, größer wäre. Somit könnte das Augenmerk wieder auf Ja- und Nein-Stimmen gerichtet werden. Sind die Enthaltungen allerdings absolut größer als Ja oder Nein, so besteht weiterhin das Paradoxon, dass die Abgeordneten, die durch ihre Enthaltung das Signal „keine Meinung“ geben, die Mehrheit stellen.

Eine alternative Vorgehensweise ist, Enthaltungen nicht zu berücksichtigen, da unter dieser Wahlmöglichkeit weder zugestimmt, noch abgelehnt wird. (2) Es besteht also keine dezidierte oder explizite Meinung der MEPs gegenüber einem zur Abstimmung stehenden Gegenstand, bzw. keine öffentliche Äußerung darüber. Enthaltungen werden in diesem Zusammenhang deshalb nicht als Stimmen gewertet. Sehr unwahrscheinlich ist auch, dass im Vorfeld Absprachen der Fraktionen stattfinden, sich zu enthalten. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass eher das Bestreben besteht, eine Abstimmung und deren Inhalt(e) zustande kommen zu lassen bzw. zu verhindern. Gleichgültigkeit und Zielerreichung in jeglichem Sinne sind Absichten, die sich kontradiktorisch gegenüberstehen und damit ausschließen. Auch das Parlament selbst entscheidet so, indem die Geschäftsordnung für namentliche Abstimmungen besagt: *„Für die Annahme oder Ablehnung werden nur die abgegebenen Ja- und Nein-Stimmen bei der Berechnung des Abstimmungsergebnisses berücksichtigt.“*<sup>37</sup> Aufgrund dessen wird auch analog bei der Berechnung der Koalitionen verfahren. Enthaltungen werden dementsprechend in diesen Fällen nicht in die hier angestellten Untersuchungen mit einbezogen.

Für das strategische oder taktische Verhalten der Fraktionen ist auch interessant zu wissen, ob tatsächlich Abstimmungen existieren, bei denen die Gesamtzahl der Enthaltungen größer ist

---

<sup>37</sup> Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art.160, 16. Aufl., Februar 2006.

als die Zahl der Pro- und Contra-Stimmen. D.h. also, ob es „Enthaltungskoalitionen“ in der Empirie gibt. Die Verteilung der Wahlmöglichkeiten steht für jede namentliche Abstimmung im Untersuchungszeitraum zur Verfügung. Mit Hilfe eines Tests im Tabellenkalkulationsprogramm kann identifiziert werden, welcher Wert (gesamte Stimmen von Ja, Nein oder Enthaltung) am höchsten ist. Eine solche Auffälligkeit der Abstimmungen kann durch einen Vergleich der Werte für die Abstimmungspraxis ausgeschlossen werden. Es gibt demnach keine Fälle, bei denen die Anzahl der Enthaltungen größer ist als die größere der beiden anderen Ausprägungen. Dies bestätigt im Rückschluss, und das ist für den Verlauf der Analyse von großer Bedeutung, die bereits angesprochene Zielgeleitetheit der Akteure des Europaparlaments.

Eine weitere theoretisch denkbare Möglichkeit der Abstimmungsverteilung ist diejenige Situation in der sich die Werte der abgegebenen Pro und Contra-Stimmen gleichen. Auch diesem Sachverhalt wurde durch eine Prüfung in der Abstimmungsdatenbank nachgegangen. Von 6252 Abstimmungen konnte 16 mal festgestellt werden, dass ein gleicher Wert von Ja- und Nein- Stimmen aufgetreten ist.<sup>38</sup> Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments gibt auch hierauf eine Antwort. *„Bei Stimmengleichheit im Falle einer Abstimmung gemäß Artikel 152 Absatz 1 Buchstaben b oder d wird der gesamte Text an den Ausschuss zurücküberwiesen.“*<sup>39</sup> Die Abstimmungen mit Stimmengleichheit werden demnach für die Datenanalyse der Koalitionsbildung nicht berücksichtigt, da dabei de facto kein Beschluss zustande kam.<sup>40</sup>

Neben der Verteilung der Stimmen bestehen nun noch zusätzliche Bereiche, deren Handhabung beim Umgang mit den Daten eindeutig festgelegt werden muss. Ein weiteres zu berücksichtigendes Problemfeld der Datenaufbereitung besteht in der Möglichkeit der Struktur des eher losen Zusammenschlusses der MEPs, die nicht Mitglied einer Fraktion sind. In diesem Zusammenhang ist deshalb zu klären, ob die Quasigruppen der Technischen Fraktion bzw. der Fraktionslosen in den Auswertungen berücksichtigt werden müssen. Für die „Gruppe“ der Fraktionslosen kann davon ausgegangen werden, dass die Ziele dieser MEPs sich stark von denen der bestehenden Fraktionen unterscheiden, sie somit nicht aggregiert werden können und sich damit nicht im Sinne einer sozialen Gruppe typisieren lassen. Die Technische Fraktion setzt sich aus eben diesen MEPs zusammen. Hierbei ist das gemeinsame Ziel jedoch nicht inhaltlicher Natur, sondern zielt v.a. auf institutionelle Vorteile im Rahmen

---

<sup>38</sup> Diese Koalitionen werden zwar in der benutzten Indexberechnungen mit aufgenommen, die Ergebnisse der Koalitionsbildungsdaten werden jedoch davon bereinigt.

<sup>39</sup> Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art.153, 16. Aufl., Februar 2006.

<sup>40</sup> Die Verlässlichkeit der über die Geschichte des Parlaments und seiner Interaktion hinweg entstandenen Geschäftsordnung des Parlaments ist meiner Ansicht nach als sehr groß einzuschätzen.



der Allokation von Gütern durch die Bildung einer Fraktion ab. Weiterhin lässt sich diese Art von Zusammenschluss auch nur unzureichend als Koalition im politischen Sinne verstehen, da die dazu nötige inhaltliche Dimension ausgeblendet wird. Es handelt sich deshalb in einer breiten Definition eher um eine Art Schulterschluss. Die Technische Fraktion bzw. die Fraktionslosen werden aus diesen Gründen nicht in der Datenkonvertierung berücksichtigt. Für die Analyse der Koalitionsbildung ergibt sich daraus der bedeutende Entschluss, diese Abgeordneten auch im weiteren Verlauf der Forschung in der Dissertation nicht mit einzubeziehen. Eine solche im Vorfeld getroffene Entscheidung bestimmt also auch das sich durch die komplette Untersuchung ziehende Vorgehen und Akteursbild.

Eine letzte wichtige und deshalb zu klärende Frage die den Umgang bzw. die Arbeit mit der Datenbank betrifft, ist, mit welcher Zahl von Abgeordneten eine Koalition (noch) als Mehrheitsbündnis definiert werden kann. Bei speziellen Gegebenheiten von anwesenden MEPs sind so Koalitionen, etwa von nur wenig stimmungswichtigen Fraktionen, denkbar, die bei vollständiger Anwesenheit nicht möglich wären. Eine solche Anzahl von Anwesenden festzulegen, ist etwa dafür bedeutend, welche Kombination von Fraktionen noch als Koalitionsvariante betrachtet wird. Eine solche Entscheidung muss gefällt werden, um sowohl hypothetische, als auch empirische Koalitionsmöglichkeiten mit Hilfe der Datenbank identifizieren zu können.

Dies bezieht sich selbstverständlich nicht auf die meist hypothetische Situation der vollständigen Anwesenheit im Plenum, sondern vielmehr auf die empirisch häufiger vorkommende Möglichkeit der Anwesenheit eines Teils der MEPs im Plenum. Hier erweist sich eine Unterscheidung absoluter und relativer Mehrheit als sehr sinnvoll. Nicht nur aufgrund der institutionellen Vorgaben der Regelungen verschiedener Gesetzgebungsverfahren. Die Abstimmungen des Mitentscheidungsverfahrens müssen beispielsweise in der zweiten Lesung nach absoluter Mehrheit getroffen werden. Die Summe der Mehrheit ist damit nicht abhängig von der Anzahl der Anwesenden MEPs, sondern von der Gesamtzahl der Sitze der Kammer. (Art. 251 EGV) Eine absolute Mehrheit liegt damit für die Ergebnisse in EP 5, mit 626 Mitgliedern, bei 314, und in EP 6, mit 732 Abgeordneten, bei 367. Für Initiativberichte etwa, gilt dies hingegen nicht. Hier genügen einfache, d.h. relative Mehrheiten. Dabei stellt sich die Frage, ab wie vielen Anwesenden das Parlament eigentlich noch beschlussfähig ist. Artikel 126 der Geschäftsordnung des Europaparlaments scheint diesbezüglich, wenn auch etwas verschlüsselt, Klarheit zu schaffen.

*„Artikel 49: Beschlussfähigkeit*

- 1. Das Parlament kann ungeachtet der Zahl der Anwesenden jederzeit beraten, die Tagesordnung festsetzen und das Sitzungsprotokoll genehmigen.*

2. *Das Parlament ist beschlussfähig, wenn ein Drittel seiner Mitglieder im Plenarsaal anwesend ist.*<sup>41</sup>

Bis hierhin erscheinen die Anzahlregelungen und Felder, in denen das Parlament beraten und Beschlüsse fassen kann, klar umrissen. Etwas komplexer gestalten sich jedoch die folgenden Ausnahmen.

3. *Jede Abstimmung ist ungeachtet der Zahl der Abstimmenden gültig, sofern nicht der Präsident in Verbindung mit der Abstimmung auf einen zuvor von mindestens 37 Mitgliedern gestellten Antrag hin feststellt, dass die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist. Zeigt die Abstimmung, dass die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist, so wird die Abstimmung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt.(...)  
Bei der Feststellung des Abstimmungsergebnisses müssen gemäß Absatz 2 alle im Plenarsaal anwesenden Mitglieder und gemäß Absatz 4 alle Antragsteller mitgezählt werden. Hierbei kann die elektronische Abstimmungsanlage nicht verwendet werden. Das Schließen der Türen des Plenarsaals ist nicht statthaft.*

*Ist die für die Beschlussfähigkeit erforderliche Zahl von Anwesenden nicht erreicht, so verkündet der Präsident nicht das Abstimmungsergebnis, sondern stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit nicht gegeben ist. (...)*

4. *Die Mitglieder, die die Feststellung der Beschlussfähigkeit beantragt haben, werden bei der Ermittlung der Anwesenheit im Sinne von Absatz 2 auch dann hinzugerechnet, wenn sie im Plenarsaal nicht mehr anwesend sind.*
5. *Sind weniger als 37 Mitglieder anwesend, so kann der Präsident die Beschlussunfähigkeit feststellen.*<sup>42</sup>

Absätze 3-5 spezifizieren genauer, dass jede Abstimmung unter der Annahme der Anwesenheit von einem Drittel der Abgeordneten gültig ist, sofern nicht mindestens 32 MEPs einen Antrag stellen, die Beschlussfähigkeit zu überprüfen. Ist dies der Fall und das Plenum nicht beschlussfähig, so wird dies vom Präsidenten verkündet. Absatz 5 weist auf das explizite Recht des Parlamentspräsidenten hin, die Versammlung bei weniger als 37 Mitgliedern für nicht beschlussfähig zu erklären. Dies bedeutet also, dass für Abstimmungen auf der inhaltlichen Ebene die Mehrheit eines Drittels der Abgeordneten benötigt wird, um einen Beschluss zu fällen. Dies wären  $\frac{732}{6} + 1 = 123$  Abgeordnete.

Angelehnt an diese Regel der Geschäftsordnung wurden deshalb alle möglichen Fraktionskoalitions kombinationen als denkbare Mehrheiten klassifiziert und getestet, die ein Drittel der absoluten Anwesenheit der Abgeordneten, d.h. 244, nicht unterschreiten. Daraus resultiert folgende Arbeitsformel:

---

<sup>41</sup> Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art.149, 16. Aufl., Februar 2006.

<sup>42</sup> Ebd.

$$WENN(A_x \geq 244)DANN = \text{Kombination } K_\alpha^{43}$$

80 verschiedene Kombinationen von Koalitionen wurden aufgrund dieser Anzahlbeschränkung identifiziert und auf ihre Häufigkeit hin getestet. Sie können etwa mit der Anwesenheit oder auch dem Politikbereich in Verbindung gebracht werden. Zudem liegt in dieser Entscheidung auch ein arbeitstechnischer Grund. Das Prüfen von allen möglichen  $7^7 = 823543$  Kombinationen ist nur schwer durchführbar. Auch diese Entscheidung wirkt sich nicht nur auf den Umgang mit den Daten aus, sondern ist bei der Analyse und Deutung der Koalitionsbildung zu berücksichtigen.

Wie nicht nur aus der oben geschilderten Vorgehensweise der Gewinnung und Aufbereitung der Datenbank hervorgeht, nimmt eben sie in der Analyse der Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments einen sehr großen Stellenwert in dieser Arbeit ein. Etwa die Hälfte des Forschungsprozesses der vorliegenden Dissertation wurde ausschließlich für die Erzeugung, Aktualisierung, Pflege und Verarbeitung der Datenbank aufgewendet. Auf ihrer Basis wurden Häufigkeitsverteilungen, (Kreuz)Tabellen, Korrelationen, Schaubilder oder Diagramme erstellt, die eine Interpretation des Akteursverhaltens auf der Ebene des Europäischen Parlaments erst ermöglichen. Sie bildet auf diese Weise die Grundlage für die in den folgenden Kapiteln gewonnenen Forschungsergebnisse. Es zeigt sich weiter, dass die vorausgehenden Annahmen über die Verfahrensweisen mit dem Datensatz oder auch dessen Konvertierung und angestellte Berechnungen nicht nur aus arbeitstechnischer Sicht nötig sind. Auch die Untersuchungen und Interpretationen wichtiger Bestandteile dieser Arbeit werden letztlich davon beeinflusst. In bisherigen wissenschaftlichen Untersuchungen wurde bislang nur unzureichend auf diese Art methodologischer Fragen eingegangen. Darunter leidet teilweise ihre Nachvollziehbarkeit.

Ergänzend zu oben beschriebener Datenbank wurde eine Umfrage, mit Hilfe von Fragebögen, bei den Mitgliedern des Europaparlaments durchgeführt. Ihre Konzeptionierung und Vorgehensweise wird im folgenden Kapitel beschrieben.

---

<sup>43</sup> wobei  $A_x = \text{Anzahl der Abgeordneten}$ ,  $K_\alpha = \text{Art der Koalition}$

### **3. Design der stützenden und erweiternden quantitativen Fragebogenanalyse**

Um die Ergebnisse der Datenbank zu untermauern, aber auch um weitere noch wenig berücksichtigte Teilbereiche und Fragen des Akteurshandelns berücksichtigen zu können, wurde ein Fragebogen konzipiert, der direkt an die Mitglieder des Europäischen Parlaments gerichtet wurde. Dies geschah mit Hilfe von GrafStat, einer für die Sozialforschung konzipierten Software.<sup>44</sup> Ein solches Vorgehen, das ebenfalls vorwiegend im quantitativen Bereich der Sozialforschung angesiedelt ist, bietet zudem einen direkten Kontakt mit dem Untersuchungsfeld. Demnach ist mit unmittelbaren Ergebnissen zu rechnen. Nicht ausschließlich geschlossen gestellte, sondern auch bewusst offen gehaltene Frageformen bilden innerhalb der Methodik der Umfrage einen Übergangsbereich zur qualitativen Forschungsmethodik. Die Durchführung einer Befragung kann deshalb zu zusätzlichen fruchtbaren Ergebnissen führen. Das Design des Fragebogens und die Durchführung der in diesem Rahmen angelegten Erhebung werden hier dargelegt. Folgend wird deshalb geschildert, wie der Datensatz der vorliegenden Untersuchung zustande kommt und verarbeitet wird.

#### **3.1. Stichprobe**

Die Grundgesamtheit der zu befragenden Personen im Europäischen Parlament beläuft sich in der sechsten Legislaturperiode auf 732 Abgeordnete. Davon wurde eine Random-Sample-Auswahlgesamtheit von 239 Abgeordneten erreicht, deren E-Mail Adressen zum Zeitpunkt der Umfrage öffentlich über das Online Portal des Europäischen Parlaments verfügbar bzw. nicht fehlerhaft waren. Diese Auswahlgesamtheit unterscheidet sich in ihren Gesamteigenschaften, d.h. politischer Ausrichtung, Fraktionszugehörigkeit oder nationaler Herkunft, nach Einschätzung des Autors, nicht erkennbar von der Grundgesamtheit. Abgeordnete von allen Mitgliedsstaaten, allen Fraktionen wurden so in die Umfrage mit einbezogen. Auf diese Weise konnte dem Kriterium der Repräsentativität entsprochen werden.

---

<sup>44</sup> GrafStat ist ein Computerprogramm zur Anlage und zur Auswertung von Fragebögen. Es wird von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben und gefördert. Auch um etwa im Gemeinschaftskundeunterricht an sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden heranzuführen. Weitere Informationen siehe: <http://www.grafstat.de/>

### **3.2. Fragebogendesign**

Die Umfrage wurde im März 2005 durchgeführt, d.h. etwa ein Jahr nach der 6. Wahl zum Europäischen Parlament. Ein zweiter Umlauf mit dem gleichen Fragebogen wurde im Juni 2005 gestartet, um die Rückläuferquote zu erhöhen. Aufgrund des gewählten Zeitraums konnten auch Antworten von MEPs aus neuen Mitgliedsstaaten in die Auswertung mit aufgenommen werden. Ziele der Umfrage waren unter anderem die Überprüfung oder Bestätigung bereits vorhandener Hypothesen und die Möglichkeit, durch gezielt offen gestellte Fragen, weitere Hypothesen zu bilden, die bisher unberücksichtigt geblieben sind.

Die Umfrage wurde computergestützt per E-Mail durchgeführt. Dabei wurden 471 MEPs, d.h. alle Abgeordnete, deren E-Mailadresse auf der Homepage zugänglich war, angeschrieben. Ein sehr großer Anteil der offiziell angegebenen E-Mailadressen, ca. 200, war zum oben genannten Zeitpunkt nicht mehr gültig. Von etwa 20 Büros der Abgeordneten wurden persönliche Rückmeldungen an den Autor versandt, dass die jeweiligen MEPs wegen Zeitmangel o.ä. leider nicht an der Umfrage teilnehmen könnten. Von den so 239 erreichten MEPs konnte eine Gesamtzahl von 45 beantworteten Fragebögen ausgewertet werden. Dies entspricht 6,2% der Grundgesamtheit und 18,8% der Auswahlgesamtheit. (genauer hierzu siehe Tabelle 1)

	Anzahl MEPs	Anzahl erreichter MEPS	prozentualer Anteil	Anzahl der Rückantworten
Belgien	24	6	25	3
Tschechien	24	9	37,5	
Dänemark	14	6	42,86	
BRD	99	27	27,27	18
Estland	6	1	16,67	
Griechenland	24	6	25	
Spanien	54	21	38,89	
Frankreich	78	38	48,72	1
Irland	13	3	23,08	2
Italien	78	25	32,05	1
Zypern	6	2	33,33	
Lettland	9	4	44,44	
Litauen	13	8	61,54	1
Luxemburg	6	3	50	1
Ungarn	24	11	45,83	
Malta	5	2	40	
Niederlande	27	8	29,63	2
Österreich	18	4	22,22	4
Polen	54	14	25,93	1
Portugal	23	13	56,52	1
Slowenien	7	1	14,29	2
Slowakei	14	8	57,14	1
Finnland	14	1	7,14	2
Schweden	19	1	5,26	1
GB	78	17	21,79	4
<b>Gesamt</b>	<b>731</b>	<b>239</b>	<b>32,69</b>	<b>45</b>

Tabelle II. 1.: Anzahl der Grundgesamtheit, Auswahlgesamtheit und erreichten MEPs.

Quelle: Auswertung der Fragebögen.

Wie bereits angesprochen, wurde der Fragebogen mit Hilfe eines speziellen Computerprogramms (GrafStat) erstellt, der per E-Mail an die jeweiligen erreichbaren Abgeordneten versandt werden konnte. Er wurde in den Sprachen Deutsch und Englisch verfasst und als Anlage an jede E-Mail mit einem bilingualen Anschreiben verschickt.<sup>45</sup> Die Zeit, die benötigt wird, um den Fragebogen auszufüllen, beläuft sich auf etwa 8 Minuten. Die Abgeordneten hatten nun die Möglichkeit, die Antwort per Post an den Verfasser zurückzusenden oder die Umfrage direkt am Computer auszufüllen. Bei letzterem Verfahren werden die Daten anonym auf einen zentralen Server der Universität Münster übermittelt. Von diesem Punkt aus können die Daten vom Verfasser abgerufen, gesammelt und

<sup>45</sup> Die Fragebögen befinden sich in der Anlage dieser Arbeit.

ausgewertet werden. Die Verarbeitung der Daten wird zum einen mit Hilfe des Fragebogenprogramms GrafStat geleistet, zum anderen existiert die Möglichkeit, die Datensätze der ausgefüllten Fragebögen in lesbare Formate für weiterführende Datenbank- und Datenanalyseprogramme zu exportieren. Da GrafStat nur eine grundlegende Analyse der Umfrage erlaubt, werden für das Erstellen von Tabellen, Diagramme, Schaubilder und umfangreichere Berechnungen andere Tabellenkalkulationsprogramme herangezogen. Durch diese Ergebnisse wird die Umfrage für weitere Analysen und Interpretationen im Rahmen des Akteursverhaltens nutzbar gemacht.

### 3.3. Frageformen

Der Fragebogen bestand aus 30 Fragen gemischter Frageformen. Das bedeutet etwa: offen, geschlossen, halboffen oder Mehrfachnennungen. Die Fragen wurden in verschiedene Themenbereiche unterteilt.<sup>46</sup> Dies geschah, um es den Interviewten zu erleichtern, sich in Struktur des Fragebogens einzufinden. Die Umfrage wurde folgendermaßen strukturiert:

1. Einleitungs- bzw. Einstimmungsfragen
2. Interne Einflussfaktoren der Arbeitsabläufe
3. Äußere Einflussfaktoren der Arbeitsabläufe
4. Abstimmungs- und Arbeitsprozesse innerhalb der Fraktionen (Meinungsbildung)
5. Abstimmungs- und Arbeitsprozesse zwischen den Fraktionen (Koalitionsbildung)
6. Abschlussfragen

In die jeweiligen Fragekomplexe wurden durch Einleitungssätze eingeführt.

**Beispiel:**

*Das Europäische Parlament bildet keine Regierung, die ständig durch eine Mehrheit gestützt werden muss. Es besteht also, auch durch die Gegebenheiten der Sitzverteilung, die Möglichkeit prinzipiell vor jeder Abstimmung unterschiedliche Koalition zu bilden.*

Weiter wurde versucht, die Fragen grammatikalisch möglichst übersichtlich und semantisch eindeutig zu formulieren:

**Beispiel:**

*Wie schätzen sie die Bedeutung des Europäischen Parlaments im System der Europäischen Union ein?*

---

<sup>46</sup> Der vollständige Fragebogen mit einleitenden Formulierungen kann im Anhang eingesehen werden.

Einige Fragen wurden als **offene Fragen** gestellt. Dies fordert den Interviewten und kann, wie bereits erwähnt, zu bisher wenig beachteten Aspekten oder auch zur Bildung weiterer Hypothesen führen.

**Beispiel:**

Frage: *Wie werden die Abstimmungen innerhalb ihrer Fraktion koordiniert?*

Antwortmöglichkeit(en): \_\_\_\_\_

Des Weiteren wurden **halboffene Fragen** benutzt. Bei dieser Hybridform bietet sich dem Interviewten die Möglichkeit, Aspekte zu äußern, die der Interviewer nicht berücksichtigt hat. So können sich Vorteile für Sender und Empfänger des schriftlichen Interviews ergeben.

**Beispiel:**

Frage: *In welchen Fällen stimmen sie gegen die Linie / Vorgaben ihrer Fraktion?*

Antwortmöglichkeit(en):

- *Wenn ich mit den Abgeordneten meines Mitgliedslandes stimme*
- *Ethische Gründe*
- *Eigene Wertvorstellungen*
- *Wenn meine nationale Delegation dagegen stimmt*
- *Sonstiges:* \_\_\_\_\_

**Geschlossene Fragen** mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurden formuliert, um bereits erarbeitete Hypothesen zu überprüfen und zu bestätigen. Dies kann dem Interviewten auch das Finden einer Antwort erleichtern.

**Beispiel:**

Frage: *Sie gehören selbst verschiedenen Akteuren im Parlament an. Nach welcher Gruppe richten sie sich bei den Abstimmungen am stärksten?*

Antwortmöglichkeit(en):

- *Nationale Delegationen*
- *Mitglieder ihres Ausschusses*
- *Ihrer Fraktion*

Oftmals wird an geschlossenen Fragen kritisiert, sie seien zu starr für den Interviewten und würden zu wenig Freiheiten lassen. Dies mag einerseits zutreffen, andererseits besteht die Möglichkeit für den Interviewten, aber Gefahr für den Interviewer, die Frage zu überspringen.



Eine andere Möglichkeit, die Rigidität geschlossener Fragen zu vermindern, sind **Fragen mit Mehrfachnennungen**.

**Beispiel:**

*Frage: An welchen Faktoren orientieren sie sich bei den Abstimmungen vorwiegend?*

*Antwortmöglichkeiten:*

- *Politikbereich*
- *Vorgaben ihrer Fraktion*
- *Vorgaben ihrer Nationalen Delegation*
- *Ethik*
- *Information durch Lobbyisten*
- *Eigene Wertvorstellungen*

Die vorgestellten Frageformen und Inhalte der ausgearbeiteten Umfrage zeigen bereits, dass ein großes inhaltliches Spektrum der Akteure und deren Interaktion abgefragt wurde. Es wurde versucht, den Fragebogen möglichst abwechslungsreich zu gestalten und gleichzeitig den Interviewten nicht zu verunsichern oder zu verwirren. Dies gilt sowohl für die strukturelle, als auch für die inhaltliche Formulierung der Fragen.

### **3.4. Skalenniveau**

Ein weiterer Punkt, der hier einführend erörtert werden soll, ist die Skalierung der Antworten, die schließlich zu einer Datenbank verarbeitet werden. Diese ergibt sich letztlich aus der Formulierung der Fragen bzw. ihrer Struktur. Das Messniveau der Fragen des Fragebogens umfasst die Skalentypen nominal- und ordinalskaliertes Fragen.<sup>47</sup>

Das bedeutet: wird etwa bei geschlossenen bzw. halbgeschlossenen Fragen o.ä. auf Wertungen verzichtet, so resultiert dies in nominaler Skalierung. Fragenbeispiele sind hier etwa Geschlecht oder Fraktionszugehörigkeit. Falls doch Bewertungen vorgenommen werden sollen, so wird in diesem Fragebogen nicht gefordert, diese in exakt vorgegebenen Abständen zu bestimmen. Vielmehr wird etwa gefragt, ob der Einfluss bestimmter Akteure schwach oder stark einzuschätzen ist. Also ähnlich wie bei der Vergabe von Schulnoten. Diese Art der Bewertung, ohne Nullpunkt oder genau zu ermittelndem Abstand, wirken sich in einer

---

<sup>47</sup> Daten, die nach dem Messniveau der Nominalskala eingeteilt werden, können als gleich oder ungleich bezeichnet werden. (Nationalität, Fraktion, nationale Partei, usw.) Daten, die im Skalenniveau der Ordinalskala eingeordnet werden können, lassen sich der Größe nach ordnen. Genaue Abstände zwischen den Ausprägungen sind nicht definierbar. (Größe des Einflusses bestimmter Akteure, Einschätzung des Zusammenhalts innerhalb der Fraktionen, Bedeutung des EP, usw.)

ordinalen Skalierung aus. Bei einigen Fragen ist es allerdings möglich, durch eine Rating-Skala, ein Intervallskalenniveau anzunehmen. *„Bei einer genügend großen Anzahl von Ausprägungen kann jedoch angenommen werden, dass die Abstände auf der Skala von den Befragten als gleiche Intervalle aufgefasst werden.“*<sup>48</sup>

Das Skalenniveau zu kennen, ist deshalb ein wichtiger Schritt für die Operationalisierung, Auswertung oder Korrelation der Variablen und der darauf folgenden Interpretation der Daten.

### 3.5. Auswertung der Fragebögen

Trotz der Vorgehensweise entlang statistischer Kriterien beim Design des Fragebogens, ist ersichtlich, dass die Signifikanz, aufgrund der verhältnismäßig kleinen Rücklaufquote, nicht einer statistischen vollständig aussagekräftigen Irrtumshäufigkeit entspricht. Hierzu wären etwa 100 Rückantworten nötig gewesen.<sup>49</sup> Diese lag nach Berechnungen auf einem Signifikanzniveau von ca.0,75. Das bedeutet, dass aufgrund der Anzahl der zur Verfügung stehenden erhaltenen Fragebögen die Antworten der Befragten nicht für die Grundgesamtheit der Abgeordneten als geltend betrachtet werden können. Dies wäre zwar wünschenswert gewesen, dem ungeachtet kann die Umfrage allerdings ihrem Zweck hinreichend genügen. Im Sinne quantitativer Forschung können auf ihrer Basis Tendenzen erkannt und Hypothesen gestützt oder gebildet werden. Hilfreich sind hierbei insbesondere die Antworten der Abgeordneten auf offen gestellte Fragen.

Nach der Klärung der Spezifika der quantitativen empirischen Sozialforschung wird bei der Auswertung der Fragebögen so vorgegangen, dass aus den Ergebnissen der geschlossenen bzw. halbgeschlossenen Fragen Häufigkeits-, Kreuztabellen und Diagramme erstellt werden. Diese können wiederum analysiert und interpretiert werden. Die Antworten auf offene Fragen werden durch GrafStat gesondert ausgegeben. Sie können daher, etwa neben ihrer Funktion der Hervorbringung unberücksichtigter Aspekte, als Zitate in die vorliegende Analyse übernommen werden. Bei einigen Fragen scheint es sehr sinnvoll, die offenen Antworten zu gruppieren, falls diese sich inhaltlich decken. Eine solche Clusterbildung und -analyse wird etwa bei der Auswertung der Fragen über die interne Koordination von Abstimmungen oder Koalitionen angewendet. Die detaillierten Endergebnisse der Fragebögen sollen jedoch in

---

<sup>48</sup> Mayer, Horst: Interview und schriftliche Befragung: Entwicklung, Durchführung und Auswertung, München, 2002, S.82.

<sup>49</sup> Vgl. dazu: Bühl, Achim/Zöfel, Peter: SPSS 11, Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows, 8. Aufl., München 2002. Kapitel 5 Statistische Grundbegriffe, S.110ff.

diesem Rahmen nicht in einem gesonderten Kapitel erörtert werden.<sup>50</sup> Sie werden, ganz im Sinne der Intention der Umfrage, innerhalb der verschiedenen Teilbereiche der Arbeit dazu genutzt, um Thesen und Sachverhalte genauer zu verdeutlichen und zu beleuchten. Die Befunde der Analyse der Fragebögen werden etwa dazu herangezogen, empirisch zu identifizieren, welche Akteure einen Einfluss auf den Entscheidungsbildungsprozesses ausüben können.

Bevor allerdings die ausschlaggebenden Akteure und die möglichen Entscheidungsmechanismen identifiziert werden, wird in einem theoriebildenden Kapitel auf die Merkmale von Gruppen, deren Strukturen und die Ansätze der Entscheidungstheorien eingegangen.

---

<sup>50</sup> Die Daten der Umfrage befinden sich im Anhang bzw. können beim Autor eingesehen werden.

## **Kapitel III: Theoretische Grundlagen I – Begriffsdefinitionen und Handlungsmotivationen**

### **1. Die Soziologie der (Groß)Gruppen: Positionierung und Handlungskorridore für Akteure**

Nicht Individual- sondern Gruppenakteure und deren Agieren und Interagieren, dies ist bereits angeklungen, stehen im Zentrum der Untersuchung. Nun werfen sich etwa Fragen auf, wie sich die Begriffe „Gruppe“, aber auch „Fraktion“, grundlegend definieren lassen, oder ob innerhalb dieser Kategorien weitere Unterscheidungen notwendig sind. Auch das Handeln von Individuen und Gruppen ist geprägt von deren systemischer aber auch sozialer Umgebung. Dieses Verhältnis muss in die jeweilige Zeilerreichung einkalkuliert werden und beeinflusst diese somit im Gegenzug. Ergebnisse der soziologischen Analyse von Großgruppen können in diesem Zusammenhang über interne Strukturierungen und Interaktionsmuster Aufschluss geben. Die Soziologie der Gruppen und Großgruppensitzungen ist deshalb als ein weiterer theoretischer Baustein im Geflecht des Akteurshandelns zu betrachten.

#### **1.1 Begriffsbestimmungen**

Die Akteure des Europäischen Parlaments, wie Fraktionen, Delegationen, aber auch Ausschüsse und Intergroups können als Gruppen identifiziert werden. Der soziologische Ansatz einer Großgruppensoziologie dient dazu, dies genauer zu spezifizieren, um letztendlich den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit besser fassen zu können. Zunächst werfen sich einige Fragen auf, die eine Antwort auf die Definition des Begriffes geben.<sup>51</sup>

Was ist eine **Gruppe**? Eine Gruppe ist im weiten Sinne eine begrenzte Anzahl von Dingen oder Personen, die eine bestimmte Ordnung oder inneren Zusammenhang haben. Sie grenzt sich gegen die Masse ab, die als unstrukturierte Menschenmenge durch äußere, zufällige Umstände zusammen gekommen ist.

Was ist eine **soziale Gruppe**? Sie umfasst eine bestimmte Zahl von Mitgliedern und bildet sich mit einer Zielerreichungsfunktion über längere Zeit. Ihre Mitglieder stehen in einer

---

<sup>51</sup> Vgl. zur Soziologie der Gruppen und deren Begriffsbestimmung weiterführend etwa: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 1983. oder Schäfers, Bernhard (Hg.): Einführung in die Gruppensoziologie, 3. überarbeitete Auflage, Heidelberg, 1999.

kontinuierlichen Kommunikations- und Interaktionsbeziehung. Sie entwickelt eine Identität, ein Wir-Gefühl. Zur Erreichung des Gruppenziels und zu ihrer Stabilisierung ist ein Normensystem und eine Verteilung von Aufgaben durch ein gruppenspezifisches Rollendifferenzial nötig. Dies soll zum Erreichen der gesetzten Gruppenziele dienen. Der Kommunikationsprozess, auf der Grundlage gemeinsamer Normen und Werte, bestimmt dabei die soziale Dynamik der Gruppe. Die Dynamik hängt wiederum von der Wahrnehmungs- und Verarbeitungsfähigkeit, d.h. v.a. von den Sender-Empfänger-Relationen ab.<sup>52</sup>

Was ist eine **Großgruppe**? Sie übersteigt die Teilnehmerzahl der Kleingruppen merklich, wobei trotzdem individuelle Resonanz und Kommunikationsmöglichkeiten bestehen. Schäfers bestimmt hier eine Anzahl von 25 bis 1000 Personen. Die Abgrenzung zur Masse gelingt hier ausschließlich noch aufgrund des Charakteristikums der face-to-face Kommunikation.<sup>53</sup> Die Mitgliederzahl variiert. Sie grenzt sich, neben der Kommunikationsmöglichkeit zwischen den Gruppenmitgliedern, nur in der Anzahl der Mitglieder zur Kleingruppe ab. Eine maximale Gruppengröße ist schwer und schlecht zu bestimmen.

Die zwei Extreme der Gruppen sind: Die **Kleingruppe** besteht aus mindestens 3 bis höchstens 25 Mitgliedern (Familie/Clique). Weitere Bedingung ist die Möglichkeit einer face to face Kommunikation. **Nation** bzw. **Gesellschaft**, am anderen Ende der Größe von Gruppierungen, umfassen hingegen eine bewusste und gewollte (politische) Gemeinschaft. Prägend für die Nation ist ihre Geschichte, Herkunft und Kultur, teils auch Sprache.

## 1.2. Fraktionen: Begriffsbestimmung und die Charakteristika von Gruppen

Die Fraktionen des Europäischen Parlaments etwa weisen die Merkmale sozialer Gruppen auf. Sie haben verschiedene Ziele, wie die Durchsetzung von inhaltlichen oder politischen Zielen und ein spezifisches Aufgaben- bzw. Rollendifferenzial, wie beispielsweise Fraktionsvorsitzende oder Berichterstatter. Außerhalb der Definition als Gruppe existieren andere Ebenen in verschiedenen Bereichen, die diesen Begriff semantisch umkreisen.

In den Begrifflichkeiten der Chemie ist eine Fraktion ein Teil eines Stoffgemisches, der durch eine physikalische oder chemische Methode davon abgetrennt wurde. Ein Beispiel dafür wäre die Destillation. In einem örtlichen Bezug bezeichnet das Wort Fraktion in der Schweiz oder auch Italien die Ortsteile einer größeren Gemeinde.

---

<sup>52</sup> Vgl. Schäfers, Bernhard (Hg.): Einführung in die Gruppensoziologie, 3. überarbeitete Auflage, Heidelberg, 1999, S19ff.

<sup>53</sup> Vgl. Ebd., S.23.

Die Vokabel **Fraktion** soll allerdings in dieser Arbeit in ihrem Sinne von Personen(-gruppen) benutzt werden. In einer weit gefassten Definition bezieht sich ihr Inhalt auf eine Gruppe von Personen innerhalb einer übergeordneten Gemeinschaft, die eigenständige Interessen verfolgt. Eine Abgrenzung zur Interessengruppe ist bei dieser Spannbreite nur schwer möglich.

Politisch hingegen schränkt sich die Definition ein und wird verständlicher. Die Fraktion als soziale Gruppe ist in diesem Zusammenhang ein freiwilliger Zusammenschluss von Abgeordneten zur Durchsetzung politischer Ziele und Interessen im Parlament. Ihre politische Entstehung in Deutschland reicht zurück bis ins Jahr 1848 und der in der Frankfurter Paulskirche tagenden Nationalversammlung. Hier trugen die Fraktionen allerdings vornehmlich die Namen der Gasthäuser, in deren Versammlungssälen sich die ähnlich gesinnten Abgeordneten berieten und abstimmten. Da noch keine Parteien existierten wurden diesen Clubs Namen wie etwa „Cafè Milani“ (Konservative), „Casino“ (rechte Liberale), „Württembergischer Hof“ (linke Liberale), „Deutscher Hof“ (Linke) oder „Donnersberg“ gegeben.<sup>54</sup>

In der Moderne, d.h. im Bundestag der BRD werden die politischen Gruppierungen wie folgt definiert:

*„Fraktionen sind Vereinigungen von mindestens 5 vom Hundert der Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen. ...“<sup>55</sup>*

*„Die Zusammensetzung des Ältestenrats, der Ausschüsse sowie die Regelung des Vorsitzes in den Ausschüssen ist im Verhältnis der Stärke der einzelnen Fraktionen vorzunehmen. Der selbe Grundsatz wird bei Wahlen, die der Bundestag vorzunehmen hat, angewandt.“<sup>56</sup>*

Die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments definiert Fraktionen und deren Ausformung folgendermaßen:

*„Die Mitglieder können entsprechend ihrer politischen Zugehörigkeit eine Fraktion bilden. Das Parlament braucht die politische Zugehörigkeit von Mitgliedern einer Fraktion nicht zu bewerten. Bilden Mitglieder nach diesem Artikel gemeinsam eine Fraktion, akzeptieren die Mitglieder definitionsgemäß, dass sie eine politische*

---

<sup>54</sup> Siehe dazu etwa Wollstein, Günter: Vorparlament und Paulskirche, in: Informationen zur politischen Bildung: Revolution 1848, Heft 265, 1999, S.17.

<sup>55</sup> Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Textfassung nach dem Stand vom 20. April 2003, §10 (1), zitiert am 1. Februar 2005.

<sup>56</sup> Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Textfassung nach dem Stand vom 20. April 2003, §12, zitiert am 1. Februar 2005.

*Zusammengehörigkeit aufweisen. [...] Einer Fraktion müssen Mitglieder angehören, die in mindestens einem Fünftel der Mitgliedsstaaten gewählt wurden. Zur Bildung einer Fraktion bedarf es mindestens 19 Mitglieder [...]*<sup>57</sup>

Schon hier wird demnach festgelegt, dass sich die MEPs nicht nach nationalen, sondern nach ideologischen bzw. parteilichen Gesichtspunkten zusammen finden sollen. In gewisser Weise wird die Multinationalität der Fraktionen so gefordert. Dies fördert den Charakter der Transnationalität der fraktionellen Gruppen des Europäischen Parlaments und formt damit gleichsam die Ausprägung der Institutionalisierung der Kammer.

Die Merkmale politischer Fraktionen, wie ihre Größe oder auch ihre politisch-ideologischen Werthaltungen, legen damit nahe, diese in ihrer Analyse nicht als indefinite Masse an Individuen, sondern als Großgruppen zu betrachten. Gleiches ist für die parlamentarischen Ausschüsse anzunehmen.

### **1.3. Sitzungen in Großgruppen**

Die parteilichen und überparteilichen Gruppenakteure des Europäischen Parlaments, d.h. sowohl Fraktionen, wie auch Ausschüsse, sind trotz der schwierigen Typisierung von Gruppen also nicht mehr als Kleingruppen zu charakterisieren. Ihre Mitgliederzahl schwankt in der sechsten Legislaturperiode zwischen 30 und 264. Dennoch entsprechen sie dem Merkmal der face-to-face Kommunikation und sind somit noch als Gruppen zu fassen, nicht als indefinite Masse. Sie sollen deshalb in dieser Arbeit, wie bereits erwähnt, als Großgruppen bezeichnet werden. Ihre Arbeit wird bestimmt von Ausschuss- bzw. Fraktionssitzungen, in denen offiziell Entscheidungen gefällt werden. Soziologische Beobachtungen von Großgruppensitzungen können dabei einen theoretischen Rahmen für diese Entscheidungsmechanismen bieten.

Eine basale Ebene der Großgruppen ist ihre soziale Struktur, also ihr Traditions- und Institutionsbereich. V.a. der Wertebereich der Traditionen und die interne Rollenverteilung können so als Grundlage der Handlungsmuster erkannt werden. Ein Wertehorizont wird dabei innerhalb der jeweiligen Gruppe meist schnell ausgelegt und gefestigt. So gewinnt jede Gruppe ihre spezifischen Eigenheiten informeller Beziehungen und Regeln. Der Interaktionsstil ist dabei sowohl kognitiv, als auch affektiv.<sup>58</sup> Geplante, aber auch

---

<sup>57</sup> Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Kapitel 4: Fraktionen, 16. Auflage – Juli 2006, Artikel 29, zitiert am 1. Februar 2005.

<sup>58</sup> Siehe zur dem Verfasser einigen bekannten soziologischen Untersuchung von Großgruppensitzungen: Rauch, Herbert: Partizipation und Leistung in Großgruppensitzungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 1983, S.256 – 274.

unvorhergesehene Handlungen und Ereignisse beeinflussen somit das Zusammenspiel der einzelnen Mitglieder. Im Vergleich zur Kleingruppe ist allerdings davon auszugehen, dass eine Heterogenität der Meinungen und Einstellungen aufrechterhalten wird und bleibt. Der Gruppenprozess ist nicht stetig auf Homogenisierung ausgerichtet. Auch hierin grenzt sich die Großgruppe zur kleinen Gruppe ab. Rauchs Untersuchung der Sitzungen von großen Gruppen zeigte, dass jede inhaltliche Richtung durch 1-3 Hauptsprecher in der Diskussion repräsentiert wurde.<sup>59</sup>

Es stellt sich damit die Frage, wie es möglich ist, dass die Auffassungsunterschiede innerhalb der Gruppen auf Dauer aufrechterhalten werden? Hier gibt es die Annahme des „Hinterlandes“<sup>60</sup>. Ein Hauptsprecher manövriert sich dabei selbst aus dem Mittelpunkt, wenn er nicht bemerkt, dass ihm gegenüber andauernde positive Resonanz fehlt. Es liegt deshalb nahe, auch eine latente Fraktionierung innerhalb der Gruppe anzunehmen. Die inneren Fraktionen bestehen damit aus Hauptsprechern und „Hinterbänklern“. Eine Großgruppe ist demnach vielschichtig in ihrer Gestalt. Die Rollendifferenzierung ist somit für die Hauptfraktion nach Innen und Außen ausgebildet. Zudem existiert eine interne Fraktionierung durch Einstellungsunterschiede. Diese ist wiederum selbst durch die Ausbildung verschiedener Rollen und ihrer Träger gekennzeichnet. Aus diesem Grund ist eine Ausformung und der Bestand weiterer Untergruppen möglich. Damit entsteht ein gruppeninternes Mehrebenensystem.

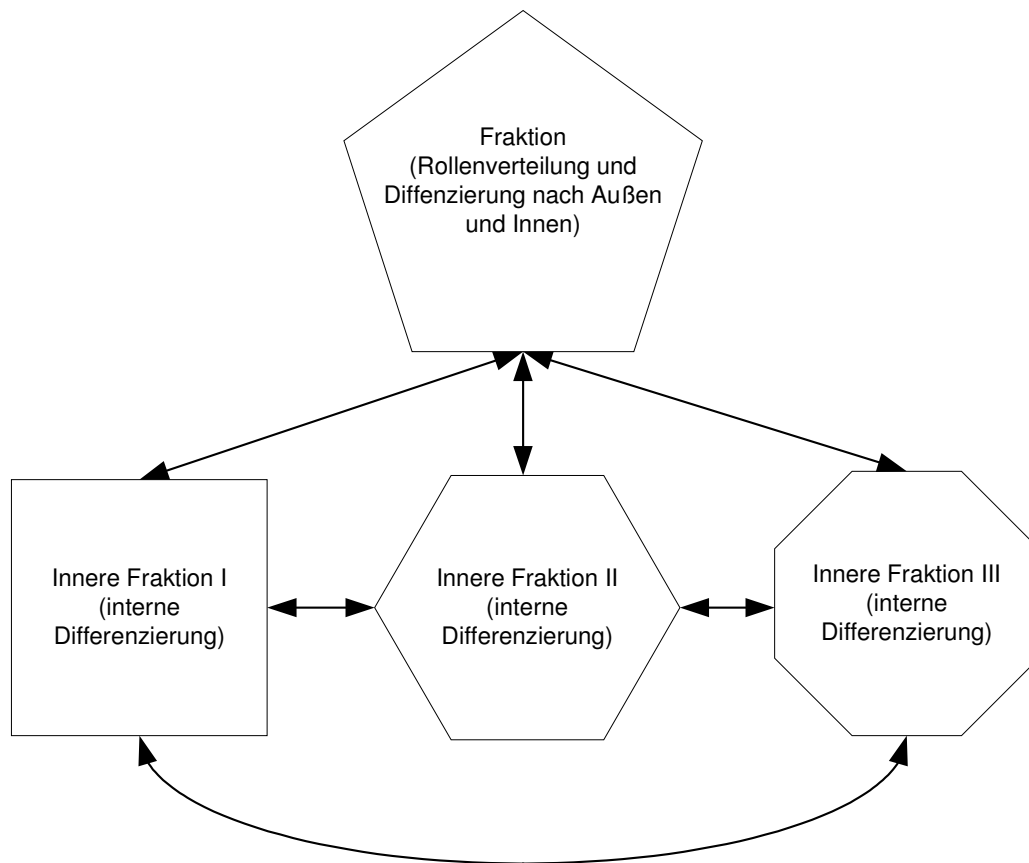
---

<sup>59</sup> Vgl. Ebd. S.262f..

<sup>60</sup> Ebd. S.263.



## Interaktion und Differenzierung der Fraktionen



**Schaubild III. 1: Intrafraktionelle Strukturierung**

**Quelle:** Nach Rauch, Herbert: Rauch, Herbert: Partizipation und Leistung in Großgruppensitzungen

Welche Auswirkungen hat das auf das Individuum und dessen Veraltensanpassung? Die große Gruppe, im Vergleich der Kleingruppe, fordert weniger manifeste Anpassung. Das bedeutet, dass auch Passivteilnehmer möglich sind. Trotzdem ist eine recht hohe kognitive Verarbeitungsleistung gefordert, um etwa die Rollenverteilung oder die Arbeitsprozesse zu durchschauen. Persönliche Eigenschaften treten hier jedoch im Vergleich zu Kleingruppen in den Hintergrund. Wichtiger sind in diesem sozialen Raum Einstellungen, Funktionen bzw. Rollen und Positionen. Rollen sind dabei austauschbar. Es besteht also eine institutionelle und traditionelle Komponente. Die traditionelle Entwicklung ist jedoch, gegenüber der institutionellen, tiefer gelagert und bedeutet Stabilität der Gruppenstrukturen.

Innerhalb der in Rauchs Untersuchung beobachteten Großgruppensitzungen kristallisierten sich eindeutige und wiederkehrende Interaktionsmuster heraus. Die aktiven Hauptsprecher spielten dabei bei der Milieubildung eine große Rolle. Zusammen setzten sie die Hälfte bis ca.

ein Drittel der Interakte. Der innere Kreis des Geschehens wird dabei von ihm als „*Arena*“ bezeichnet. Alle passiven Mitglieder, die meist etwa ein Drittel der Teilnehmer ausmachten, bestritten zusammen kaum soviel Interaktion, wie ein Aktiver. Sie werden hier als „*Galerie*“ bezeichnet. Sie steuerten eine Art passive Resonanz bei. Des Weiteren gab es eine interaktive Mittelschicht, die hauptsächlich aktive Resonanz beisteuerte.<sup>61</sup>

Möglicherweise resultiert diese Einteilung aus physiologischen Kapazitätsgrenzen, insbesondere der Perzeptionsfähigkeit von Menschen, da innerhalb der Arena eine flexible Dynamik zu beobachten ist, die sich folgendermaßen gestaltet:

- A) Hauptsprecher müssen die von ihnen erwarteten Rollenerwartungen erfüllen. (Rollendynamik)
- B) Hauptsprecher müssen als Delegierte der latenten Fraktionen den Erwartungen der Hinterbänkler entsprechen. Ihrer Selbstdarstellung und -entfaltung sind Grenzen gesetzt. Übertritte können mit dem Verlust der Delegiertenfunktion bezahlt werden. (Fraktionsdynamik) Die Gruppe wirkt auf diese Weise ausgleichend.
- C) Innerhalb der Arena herrscht ein unausgesprochener und subtiler Kampf um Rangpositionen und Dominanz. Verschiedene stilistische und rhetorische Mittel werden dabei eingesetzt: Ignorieren, Nichteingehen, Auslachen, Verneinen, Interpretieren, Kommentieren, Bejahen. (Rangdynamik)<sup>62</sup>

Das Verhalten in der Arena ist damit mindestens dreidimensional. Folgende idealtypische Positionierungen können sich daraus ergeben. Durch zuviel Selbstdarstellung und -entfaltung kann es passieren, dass ein Akteur sich selbst in die Isolation rückt. Wird allerdings das extreme Betonen der eigenen Persönlichkeit und deren Eigenarten zugunsten der Annäherung an die Gruppe aufgegeben, so entsteht eine Fusion mit der Gruppe. D.h. der Einzelne wird dadurch eingebunden. Geht dies allerdings soweit, dass gänzlich auf persönliche Konturen verzichtet wird, so hat dies den Ausschluss aus internen Fraktionen zur Folge. Dies kann als die Elimination des Individuums bezeichnet werden.

Der Rolle des Vorsitzes kommt eine besondere Aufmerksamkeit zu. Sie muss die Hinterbänkler vereinigen und mobilisieren. Der Mobilisierung sind jedoch, durch Argumentationsniveau oder auch Wissensgefälle Grenzen gesetzt. Es kommt die Frage auf, wer in der Lage ist, den Vorsitz auszuüben und welche Eigenschaften dafür gefragt sind. personelle und kognitive Züge sind dafür nötig, wie etwa der Wille, Steuerung auszuüben, die

---

<sup>61</sup> Zur den Begriffen Arena und Galerie Vgl. Rauch, Herbert: Partizipation und Leistung in Großgruppensitzungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 1983, S.262.

<sup>62</sup> Vgl. Ebd. S.263.

Fähigkeit zu gliedern und die Übersicht zu behalten, sozialer Charme, Selbstbewusstsein, Humor und Zuwendungsfähigkeit oder auch schlicht Interesse an dem jeweilig zu lösendem Problem.<sup>63</sup>

Alle Teilnehmer einer Gruppe verfolgen bestimmte Ziele und deren Umsetzung. Weshalb versucht dann nicht ein jeder agendasetzend in der Arena zu operieren oder anders gefragt; Warum gibt es passive Teilnehmer? Zum einen wird ein gewisses kognitives Verarbeitungsstadium vorausgesetzt, zum anderen muss ein Akteur sich am Anfang der Diskussion einbringen, da die Toleranz oder Geduld für Neues mit fortschreitender Zeit schwindet und der Erwartungsdruck zunimmt. Weiter spielen Exponierangst und Antriebsschwäche eine Rolle. Die Hierarchie der Bedürfnisse gliedert sich selbstverständlich auch nach Orientierung der Teilnehmer und der Agenda. Eine Strategie kann deshalb auch mit dem Satz umrissen werden: „*sich seinen Teil denken, die anderen reden lassen*“.<sup>64</sup>

Ein letzter wichtiger Hinweis, den Rauch mit seiner Untersuchung bieten kann, ist ein soziologischer Ansatz zur Lösung der Unordnung innerhalb von Gruppen, der die Konsequenz der bisher gezeigten Ergebnisse darstellt. Durch eine aus sozialen Spannungen resultierende Unordnung ist eine Gruppe potenziell gefährdet, sich aufzulösen. Der Faktor Zeit kann dabei eine beeinflussende Variable sein. Eine Gruppe etwa, in der von Beginn an Zucht und Ordnung herrscht, neigt zu rigideren Institutionalisierungen. Umgangsformen werden steifer und Hierarchien verfestigen sich. Danach macht sich Unbehagen breit, da beispielsweise keine interne Fluktuation der Rollen mehr möglich ist und es folgt meist die Auflösung der Gruppe. Andersrum wird eine sehr leger angelegte Großgruppe bald unter Unordnung leiden. Dies löst bei anfälligen Mitgliedern Ungefallen aus, da keine Postenausbildung oder Rollenverteilung mehr möglich ist. Die Zielerreichungsfunktion der Gruppe ist so nur wenig effektiv. Rauch bietet zwischen diesen beiden Extremen als Lösung an, Strukturen auszubilden. Durch eine auf die jeweilige Gruppe zugeschnittene Verteilung von Werten und Rollen ist es möglich, eine geeignete Balance zu erreichen, die ein langfristiges Funktionieren der Gruppe zulässt.<sup>65</sup> Für eine Untersuchung des Zusammenhalts der Fraktionen ist demnach bedeutend und deshalb festzuhalten, dass eine hohe Kohäsion auf die geeignete Strukturierung und Institutionalisierung der internen Werte und Prozesse hinweist, während eine schwächere Bindekraft (noch) auf eine strukturelle Unordnung und

---

<sup>63</sup> Vgl. Rauch, Herbert: Partizipation und Leistung in Großgruppensitzungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 1983, S.262.

<sup>64</sup> Ebd. S.266.

<sup>65</sup> Vgl. Ebd. S.266ff.

geringere Stabilität der Akteure deutet. Letztere könnte die jeweiligen Fraktionen demnach in ihrer dauerhaften Existenz gefährden.

Die Beobachtungen im Rahmen von Großgruppensitzungen können auch einen Hinweis über den Grad der internen Strukturierung der Fraktionen bzw. Ausschüsse des Europäischen Parlaments liefern. Wie sich nicht nur bei einer Untersuchung des Zusammenhalts zeigen wird, sind Fraktionen tatsächlich keine einstellungshomogenen oder strukturlosen Gebilde. Sie beinhalten vielmehr eine interne multisystemische Gliederung und Rollendifferenzierung. Diese zeigt wiederum, dass das Individuum als kleinste Einheit durchaus Einfluss auf den Agendasetting- und Meinungsbildungsprozess ausüben kann. Diese Einflussnahme ist eine Folge von Entscheidungsprozessen, denen sich sowohl Einzel- als auch Gruppenakteure stellen müssen. Als weitere Basis eines theoretischen Ansatzes soll deshalb im nächsten Kapitel auf die Theorien der Entscheidung eingegangen werden.

## 2. Handlungstheoretische Grundlagen: Die Ansätze der Entscheidungstheorie

Eine Einführung in die Modelle der Entscheidungstheorie dient in dieser Arbeit als weitere Grundlage, Probleme und Aspekte der Entscheidung identifizieren und erklären zu können.<sup>66</sup> Hier allerdings auf individuellem Niveau. Entscheidungen sind in diesem Zusammenhang intentionale Vorgänge von Wahlhandlungen. Dabei stehen mehrere Wahlmöglichkeiten zur Verfügung. Ein bestimmtes Ziel der Entscheidung ist dabei anzunehmen. Ziele ergeben sich auch aus den Präferenzen des Entscheidungsträgers.<sup>67</sup> Das Ergebnis der Wahlhandlung ist der Entscheid. Er besteht in einer Handlung oder im Verzicht auf einer Handlung. Verstanden als mehrstufiger Prozess ist der Entscheid dann das Ergebnis mehrerer, sich aneinander reihender Wahlvorgänge. Die vorhandeneren Handlungsvorgänge werden dabei von der jeweilig darunter liegenden Stufe des Handlungsprozesses bestimmt. Die Entscheidung ist also ein Informationsverarbeitungsprozess, der in mehrere Stufen aufgeteilt werden kann, die durch Rückkopplungen aufeinander bezogen sind. Damit sind die grundlegenden Annahmen für die Modelle der Entscheidung dargelegt.

Die Entscheidungstheorie stellt sich dementsprechend Fragen der Informationsverarbeitung, Risikoeinschätzung, Nutzenmessung und Präferenzordnung. Dies geschieht interdisziplinär (BWL, Mathematik, Psychologie, Soziologie und Politikwissenschaft, Kommunikationsforschung und Philosophie). Es gibt jedoch kein einheitliches Theoriegerüst. Ein solches steht damit auch nicht für die vorliegende Analyse zur Verfügung. Um die Vorteile verschiedener Ansätze zu nutzen erweist sich deshalb ein modulähnliches Zusammenfügen der Modelle als sinnvoll. Die Entscheidungstheorie kann also sowohl normativ als auch deskriptiv orientiert sein. Bei der normativen Theorie wird analysiert, wie Entscheidungsträger bei gegebenen Zielen und Situationen handeln sollen. Der Zweck kann etwa eine Entscheidungsberatung sein. Die deskriptive Entscheidungstheorie will das tatsächliche Zustandekommen von Entscheidungen darstellen und erklären. Ablauf und Ergebnis des Entscheidungsprozesses stehen im Mittelpunkt.

Der folgende Abschnitt konzentriert sich darauf zwei unterschiedliche Entscheidungstheorien zu erörtern. Die rationalen und empirisch-deskriptiven Modellannahmen.

---

<sup>66</sup> Zu den Ansätzen der Entscheidung siehe etwa: Klöti, Ulrich: Entscheidungstheorie in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf: Lexikon der Politikwissenschaft, Bd.1, München 2002, S.178-181.

<sup>67</sup> Eine Handlung ohne Zielausrichtung wäre zufällig und damit ohne Intention. Dieses in sich widersprüchliche Handlungsart ist für rational handelnde Akteure jedoch auszuschließen.

## 2.1. Theorie der rationalen Entscheidung

Dieser Ansatz stützt sich auf den methodologischen Individualismus. Entscheidungsträger sind damit individuelle Akteure. Diese wählen Handlungsalternativen aufgrund ihrer Nutzenpräferenzen aus. Letztere erlauben es ihnen, Konsequenzen von Handlungsalternativen zu bewerten und in eine hierarchische Ordnung bzw. Reihenfolge zu bringen. Dies wird als Zweck-Mittel Relation bezeichnet. Generell existieren dabei drei unterschiedliche idealtypische Entscheidungssituationen.

### A) Entscheidung unter Sicherheit

Hier sind die Entscheidungsalternativen und ihre Konsequenzen bekannt. Der theoretisch postulierte und voll informierte und rationale homo oeconomicus als Entscheidungsträger versucht, seinen Nutzen zu maximieren, in dem er aus seinen Zielvorstellungen heraus den Handlungsalternativen Urteile über den zu erwartenden Nutzen zuordnet. Die Theorie der Sozialwahlfunktion, die in dieser Analyse vorwiegend angewendet werden wird, versucht, aus dem heterogenen individuellen Präferenzen mehrerer an der Entscheidung beteiligter Individuen eine eindeutige Präferenzordnung für die Mehrzahl der Individuen zuzuordnen.<sup>68</sup>

### B) Entscheidungen unter Risiko

Bei Entscheidungen unter Risiko führen bekannte Handlungsalternativen nicht mehr zu eindeutigen Konsequenzen. Über ihren Eintritt liegt lediglich eine Wahrscheinlichkeitsannahme vor. Eine solche Entscheidung kann in einer Entscheidungsmatrix veranschaulicht werden.

### C) Entscheidung unter Ungewissheit

Bei einer Entscheidung unter Ungewissheit können den Konsequenzen der Handlungsmöglichkeiten auch keine Wahrscheinlichkeiten mehr zugeordnet werden. Die Spieltheorie und die statistische Entscheidungstheorie versuchen, neue, schwächere Entscheidungsregeln einzuführen. Dabei werden explizit auch die unbekanntes, aber als rational angenommenen Entscheidungen eines Gegenspielers mit ins Kalkül einbezogen. Neue Entwicklungen der Spieltheorie versuchen, durch Einbezug der jeweiligen institutionellen Handlungskontexte komplexe Modelle der strategischen Interaktion zu entwickeln (Gefangenendilemma, chicken game, battle of sexes), um der Komplexität der Entscheidungsprozesse unter Unsicherheit gerecht zu werden. Durch die zunehmende Fähigkeit, die komplexen Motivationen der Akteure in realistischen Situationen modellhaft zu

---

<sup>68</sup> Die theoretische Unmöglichkeit der Einstellungen einer solchen aggregierten und konsistenten Präferenzordnung ist nach ihrem Erfinder Arrow als Arrow – Paradoxon bezeichnet worden.

analysieren, kann die Spieltheorie von wachsendem praktischen Nutzen für das Entscheiden der Akteure sein.

## **2.2 Empirisch-deskriptive Entscheidungstheorien**

Die sozialwissenschaftliche oder deskriptive Entscheidungstheorie geht von einer Kritik am rationalen Modell. Und bildet so einen Gegenpol aus. Sie stellt fest, dass in konkreten Entscheidungssituationen normalerweise weder sämtliche Alternativen noch deren Konsequenzen bekannt sind und dass der Entscheidungsträger meist nicht über ein vordefiniertes und geschlossenes System von Zielen und Präferenzen verfügt. Hier wird eher der zeitliche Ablauf einer Entscheidung betont und versucht, das Zustandekommen von komplexen kollektiven Entscheidungen zu erklären. Es existieren wiederum verschiedene Modelle.

### 6.1.1. kybernetische oder organisatorische Modelle

In kybernetischen oder organisatorischen Modellen wird die Entscheidung als Output einer Organisation verstanden. Das Ziel der Entscheidungseinheit besteht darin, auf einzelnen kritischen Variablen tolerierbare Schwellenwerten zu erreichen oder beizubehalten. Abweichungen davon wird mit einem Repertoire standardisierter Verhaltensmuster begegnet, deren Auswahl dem Prinzip der begrenzten Rationalität folgt. Nutzenkalkulationen erfolgen über einen aus mehreren Schritten bestehenden Prozess, deren Aufbau sich in einem Dreischritt gestaltet: Aktion-Feedback-Anpassung. Dieser Prozess wird als Lernen interpretiert. So passt die jeweilige Entscheidungseinheit sich in Umfang und Verhaltensrepertoire der Dynamik der Umwelt an. Dies geschieht allerdings in kleinen Schritten. Das Resultat dieses Verhaltens ist die Politik der inkrementalen Änderungen (mudding through).

### 6.1.2. Psychologische Modelle

Nach psychologischen Modellen erfolgt die Auswahl eines Verhaltensmusters aufgrund eines etablierten und stabilen Wertesystems. Die individuellen Entscheidungsträger bauen sich durch ihre Entscheidungen eine gewisse oder sichere Umwelt auf. Aktionen zu evt. Verteidigung werden geplant. Trotz bestimmter Ungewissheiten können Entscheidungen in kurzer Zeit und mit Vehemenz, Konsistenz und Entschlossenheit gefällt werden. Das psychologische Modell untermauert so, auf individueller Ebene, die Stabilität und Standardisierung der Verhaltensmuster des kybernetischen Modells.

### 6.1.3. Bürokratische Modelle

Bürokratische Modelle stellen Entscheidungen im politischen Bereich als das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses dar. Eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Interessen, verschiedenen Problemperspektiven und ungleicher Macht beteiligt sich an einem solchen Prozess. Dieser ist durch organisationsspezifische Spielregeln strukturiert. Eine Analyse von Entscheidungsprozessen erfolgt anhand von Fallstudien. Neuere Staatstheorien stellen die entsprechenden Entscheidungsprozesse in den Rahmen der zunehmenden Verflechtung von entwickelten Wohlfahrtsstaaten mit Interessengruppen stellt. Gegenstand der Analyse sind politische Entscheidungen des Wohlfahrtsstaates, die weder pluralistisch noch machtelitentheoretisch sind.

Ein kurzer Überblick über die existierenden Entscheidungstheorien zeigt bereits, dass sich bislang ein Methodenpluralismus entwickelt hat. Am Erfolgreichsten war dabei die Spieltheorie. Es besteht jedoch ein Methodenstreit zwischen der sozialwissenschaftlichen Erklärung und der rationalen Theorie. Möglicherweise können jedoch nur Teile des Handelns mit den Annahmen nur eines Ansatzes erklärt werden. Es erscheint daher am Sinnvollsten dieses Dilemma in der Akteursanalyse zu überwinden und die Vorzüge der rationalistischen und empirisch-deskriptiven Ansätze in einem pluralen Modell zu vereinen, wie dies etwa einige moderne Forschungsvorhaben im Bereich der Koalitionsbildung erfolgversprechend belegen.<sup>69</sup>

---

<sup>69</sup> Siehe dazu etwa: Bäck, Hanna/Dumont, Patrick: A Combination of Methods. The Way forward in Coalition Research. Unveröffentlichtes Paper zur APSA Konferenz, 2004, S.1-29. <http://www.asu.edu/clas/polisci/cqrm/APSA2004/BackDumont.pdf>



### 2.3. James Coleman: Grundlegende soziologische Annahmen über das Handeln von Akteuren

Um das rationale Handeln der Fraktionen des Europäischen Parlaments deutlicher zu charakterisieren, kann eine letzte handlungstheoretische Einführung sinnvoll sein. Nachdem anzunehmen ist, dass soziale Gruppen, und damit auch Fraktionen, eine inhärente Zielerreichungsfunktion zu erfüllen suchen, ist also auch eine Art der Rationalität anzunehmen, die diese Verfolgen. Würden sie dies nicht, so könnte davon ausgegangen werden, dass sie sich aufgrund der sich bildenden chaotischen Unordnung über die Zeit hinweg auflösen.

Das Konzept von James Coleman kann in diesem Zusammenhang zu einer allgemeinen Strukturierung der Handlungen von Gruppen beitragen.<sup>70</sup> Er baut seine Modell auf die Prämissen rational-choice Theoreme auf, modifiziert diese jedoch für die Belange der Soziologie.<sup>71</sup>

*„The appropriate theoretical strategy for sociology, [...], is not to discard notions of purpose, goal-directedness and homeostasis [...], but to limit their employment to the level of actors in the system – not posing them for the system itself“.*<sup>72</sup>

Die Beobachtung des Systems soll der Beobachtung des Individuums und dessen sozialen Verhaltens weichen. Hiermit steht er in der Tradition des methodologischen Individualismus. Basale Elemente seines Ansatzes sind deshalb: Akteure, Ressourcen, Interessen und Kontrolle. Dementsprechend sollen Handlungs- bzw. Kontrollrechte und deren Zuteilung, Ausübung und Entzug genauer betrachtet werden. Ressourcen sind dabei nichts anderes als erlangte Handlungsrechte, die wiederum in Bezug auf Ressourcen ausgeübt, errungen oder durch Zustimmung anderer einem Akteur übertragen werden können. Alle Handlungen sollen dem Zweck der Verwirklichung der Interessen des Akteurs dienen. Aus diesem Grund treten die Individuen einer Gemeinschaft bei. Auch das beckersche Marktaustauschbalancemodell wird demnach von ihm in seinen Annahmen übernommen.<sup>73</sup>

---

<sup>70</sup> Auch Mancur Olson beschäftigt sich mit der Logik des Handelns von Gruppen. Sein Modell wird an späterer Stelle vorgestellt. Siehe dazu: Olson, Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns, 5. Aufl., Tübingen 2004.

<sup>71</sup> Mikl-Horke, Gertraude: Soziologie, Historischer Kontext und soziologische Theorieentwürfe, 5. überarbeitete Aufl., München, 2001, S.406ff.

<sup>72</sup> Coleman, James: Social Theory, Social Research, and a Theory of Action, in: American Journal of Sociology, Vol. 91, No.6, 1986, S.1312.

<sup>73</sup> Gary Becker hat dabei festgestellt, dass es verschiedene Märkte gibt, nicht nur den wirtschaftlichen. Es besteht Angebot, Nachfrage, Ressourcenknappheit und Konkurrenz in allen soz. Bereichen. Z.B. um Gesundheit, Prestige, Güte, Neid, Sex und auch Waren. Beispiel eines als-ob Marktes wäre der Heiratsmarkt. Soziale Individuen handeln hier nicht nach dem jeweiligen Gegenstandsbereich, sondern nach bestimmten Verhaltensprinzipien, die für jedes Handeln gelten. Dies ähnelt auch Bourdieus Annahme der Kapitalsorten.

Die Macht eines Akteurs ist folglich seine Ausstattung mit Ressourcen, also Handlungsrechten. Der Wert von Ressourcen bestimmt sich relational nach dem Interesse, das mächtige Akteure an den Handlungsrechten haben. Transaktionen verursachen Kosten, die kompensiert werden wollen. Die Spieler rechnen auf diese Weise ihre Gewinn- und Verlustwahrscheinlichkeit auf.

Die Autorität der Handelnden entsteht so durch Macht, einseitige Abtretung von Handlungsrechten oder Tausch von Kontrollrechten. Die „conjoint authority“ basiert auf Konsensus über Ziele und Führung. Durch die Entstehung einer solchen Übereinstimmung wird etwa die freiwillige Übertragung von Handlungsrechten möglich. Die „disjoint authority“ beschreibt hingegen eine Kategorie, in der Autorität durch eine Gegenleistung erworben werden muss. Beispiel hierfür ist das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bei Interessensdivergenzen sind Überwachung, Sanktionsandrohung oder Anreize erforderlich. Durch Gewinnbeteiligung kann eine Interessensangleichung herbeigeführt werden. Es gibt verschiedene Arten von Autoritätssystemen, von feudal bis bürokratisch. Transaktionen sind demnach, im Gegensatz zu den downschen Annahmen des freien Marktes, nicht zwangsläufig kostenfrei. Hier entsteht ein Risiko und damit die Notwendigkeit des Vertrauens. In sozialen Verbindungen ist dadurch auch Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit notwendig. Hauptsächlich dort, wo Handlung und Gegenleistung zeitlich auseinanderliegen. Stabiles Vertrauen erhöht die Kosten des Vertrauensbruchs.

Die Möglichkeiten kollektives Handeln vorzusehen sind allerdings grundsätzlich begrenzt. Bsp. Panik nach Hausbrand. Die Wahlentscheidung einzelner kann zu Inkonsistenz führen. Die sich ausbildenden Normen sind rational begründet und entstehen durch Zweckmäßigkeit. Sie setzen jedoch Konsens voraus. Es besteht dabei, wie bei den Kategorien der Autorität, ein Unterschied zwischen „conjoint norms“ und „disjoint norms“. Normen können im Interesse von Individuen aufgestellt werden, zum Schutz vor negativen Externalitäten. Auch durch positive Externalitäten können Normen entstehen. Wechselseitiger Austausch von Gütern kann auf diese Weise zu einer Bargainingsituation, und so zu einer Marktstruktur, auch mit vielen Teilnehmern, führen. Coleman differenziert dabei zwischen Markthandeln und sozialer Entscheidung, deren Voraussetzung die Unteilbarkeit des Ereignisses ist. Körperschaften, also auch Gruppen, werden durch Übertragung von Rechten geschaffen, um negative Externalitäten zu beseitigen oder zu reduzieren. Das Aufstellen von Verfassungsnormen ist ein Instrument, um Rechte zwischen Körperschaften und Personen zu regeln. Hier treten wiederum Autoritätssysteme an den Tag. Aufgrund dieser Annahmen entsteht, sozusagen

---

Siehe dazu etwa Becker, Gary: Die ökonomische Sicht des Verhaltens, in: Ders.: Familie, Gesellschaft, Politik, Tübingen, 1996, S.21-49.

globalisiert, die Interaktion von Körperschaften. Coleman erklärt damit letztendlich sozialen Wandel aufgrund seiner vorhergehenden Annahmen über Akteure und deren Interaktion.

Für die Fraktionen im Europäischen Parlament bedeutet dies, dass sich Handlungsspielräume durch die zur Verfügung stehenden Ressourcen ergeben. Diese sind jedoch nicht ausschließlich über Größen- und Machtverhältnisse zu definieren. Auch die Vertrauenswürdigkeit bzw. Verlässlichkeit der Individualakteure und der Gruppen als Ganzes sind essenzielle Kriterien, die die Handlungsoptionen beeinflussen und steuern. Hieraus ergibt sich eine Art Pfadabhängigkeit, zu deren Veränderung eventuell hohe Kosten entstehen. Es ist demnach anzunehmen, dass unter diesen Bedingungen Akteure rational-zielorientiert und bewusst Zeit- bzw. Zukunftsbezogen handeln werden. Ob und wann es allerdings zu einer Inkonsistenz ihres Verhaltens kommt, kann, wie bereits erwähnt, Situationsabhängig und damit schwer voraussagbar sein. Das Handeln auf der Basis einer „conjoint authority“ scheint jedoch langfristig die kostengünstigste und damit angemessenste Basis der Zusammenarbeit innerhalb aber auch zwischen den Fraktionen zu sein. Dies spricht zudem für die Ausbildung einer auf Konsens basierenden Handlungsorientierung des Europäische Parlaments innerhalb des Akteurssystems der Institutionen der Europäischen Union.

In einem deskriptiven Teil der Arbeit soll deshalb die Entwicklung des Parlaments, vor allem aber auch die Herausbildung und Institutionalisierung seiner Akteure genauer beleuchtet werden. Nur auf diese Weise werden die Ergebnisse der kommenden Analyse nachvollziehbar.

## **Kapitel IV: Geschichtliche und institutionelle Rahmenbedingungen – eine deskriptive Bestandsaufnahme**

### **1. Das Europäische Parlament und seine Parteienkonstellation**

Das Europäische Parlament selbst, aber auch seine Akteure sind in Strukturen eingebunden, die beeinflussend wirken und möglicherweise sogar federführend sein können für denkbare Handlungsoptionen innerhalb des Entscheidungssystems der europäischen Ebene. Dazu gehört seine historische Entwicklung und die damit einhergehende Erweiterung der Befugnisse ebenso, wie etwa die Rahmenbedingungen des jeweiligen Gesetzgebungsverfahrens oder seine Zusammensetzung nach den Europawahlen. Es zeigt sich, dass neben einer Ausdifferenzierung von Rollen und Organen, wie des Parlamentspräsidenten, Ausschüssen oder der Konferenz der Präsidenten, die auch durch Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments begründet werden, eine charakteristische Konstellation verschiedener einflussreicher Akteure existiert. Der folgende deskriptive Teil der Arbeit geht zudem über die genannten Aspekte hinaus und beleuchtet die Strukturen und Einflussmöglichkeiten von europäischen Parteiföderationen, nationalen Parteien und transnationalen Fraktionen. Dies dient letztlich dazu, beurteilen zu können, welche Akteure potentielle Entscheidungsträger sein könnten und sind.

#### **1.1. Historische Entwicklung**

Die historische Entwicklung des Europäischen Parlaments geht Hand in Hand mit der Entwicklung und Herausbildung von Parteien auf europäischer Ebene.<sup>74</sup> Das einzige Organ, dessen Mandatsträger direkt vom Volk gewählt und somit repräsentiert werden, gründet sich unter anderem auf die Artikel 4 und 5 des EU-Vertrages<sup>75</sup>, in denen zum einen die Stellung des Parlaments gegenüber den anderen europäischen Institutionen bekräftigt wird.

---

<sup>74</sup> Es ist momentan zwar fraglich ob bzw. in welcher Form ein neuer Vertrag über die Befugnisse und Entwicklung der Europäischen Union in Kraft tritt. Die vorläufige Version eines Entwurfs des Vertrags über eine Verfassung der Europäischen Union (VVE) liegt jedoch vor. Dies soll hier gewinnbringend eingesetzt werden. Regelungen betreffend dieses Werks in der momentanen Form, zum Juli 2006, werden deshalb in den Fußnoten gekennzeichnet.

<sup>75</sup> Art. I-19 des VVE

Weitere Rechtsgrundlagen sind Art. 7 und Art. 189-201 des EG-Vertrages<sup>76</sup>. Hier wird auf die Organe eingegangen, die die jeweiligen Aufgaben in der Union wahrnehmen. Zudem werden die innere Struktur und die Rechte des Parlaments gegenüber den anderen Institutionen in diesen Textstellen angesprochen.<sup>77</sup>

Historisch geht das Europäische Parlament aus der „gemeinsamen Versammlung“ der EGKS<sup>78</sup> hervor, die sich 1952 in Straßburg konstituierte und deren 78 Mitglieder nicht gewählt, sondern von den Parlamenten entsandt wurden. Die gemeinsame Versammlung vergrößerte sich mit den Römischen Verträgen und der Gründung von EWG<sup>79</sup> und Euratom<sup>80</sup>, so dass die Anzahl der Abgeordneten 1958 auf 142 anstieg. Trotz wenig positiver Resonanz der Mitgliedstaaten gab sich die Versammlung ab 1962 den Namen „Europäisches Parlament“. Nach dem Beitritt von Dänemark, Großbritannien und Irland wurde sie erneut erweitert. 1973 nahmen deshalb 198 Abgeordnete daran teil. Schon in den Römischen Verträgen 1957 ist die Rede davon, dass die Versammlung direkt vom Volk gewählt werden sollte. Diese erste Direktwahl wird dann, allerdings 22 Jahre später, im Jahr 1979 durchgeführt. Und findet seit dem alle 5 Jahre statt. Die Anzahl der Mitglieder des EP (MEP) hat sich nach und nach von 410 auf 732 Abgeordnete erhöht. Dies resultiert aus dem Beitritt weiterer Länder zur „EU der 25“. In Art. 190 des EG-Vertrags ist festgelegt, wie viele Abgeordnete dem jeweiligen Mitgliedsland zustehen. Nach Art. 189 des EG-Vertrags soll die Anzahl der Abgeordneten 700 nicht übersteigen. Diese Zahl wurde durch den Vertrag von Nizza auf 732 nach oben korrigiert, um auch bei einer bevorstehenden Erweiterung einerseits die Bürger der Beitrittsländer gerecht zu repräsentieren, andererseits jedoch die Handlungsfähigkeit des Parlaments zu gewährleisten.<sup>81</sup> Einmal mehr stellt sich bereits hier die Frage, wie eine Legislativkammer eine solche Institutionengröße kompensieren kann.<sup>82</sup>

---

<sup>76</sup> Art. I-18 – I-26 VVE

<sup>77</sup> Kapitel 1 des VVE „Gemeinsame Bestimmungen“, im Titel V „Ausübung der Zuständigkeiten der Union“, stellt dabei das Verhältnis der Organe im Gesetzgebungsprozess der EU in den Vordergrund.

<sup>78</sup> Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

<sup>79</sup> Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

<sup>80</sup> Europäische Atomgemeinschaft

<sup>81</sup> Diese Marke wird im Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE), in Artikel I-19 (2), um weitere 18 Mandate, auf 750 Abgeordnete erhöht.

<sup>82</sup> Zur geschichtlichen Entwicklung des EP siehe auch: Dinan, Desmond: *Ever closer union*, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.292f. Maurer, Andreas: *Europäisches Parlament*, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: *Europa von A – Z*, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S. 188 – 197. Pfetsch, Frank R.: *Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse*, 3. Aufl., München, 2005, S.164ff.

## 1.2. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments

Die zunehmende Bedeutung des Europäischen Parlaments spiegelt sich in der ständigen Erweiterung seiner Befugnisse nach jeder grundlegenden Vertragsänderung der Union wider. Im Hinblick auf die Analyse der im Parlament getätigten Abstimmungen ist es daher nötig, eine Einführung über die Funktionen und Legislativverfahren des Parlaments zu geben. Obwohl das EP keine Regierung stützen muss, orientieren sich die Aufgaben weitgehend an denen nationaler Parlamente. Diese können übersichtlich in verschiedene Kategorien unterteilt werden.<sup>83</sup>

Die *Kontrollfunktion* des Parlaments erstreckt sich weitgehend auf die Kommission. Diese muss dem Parlament Rede und Antwort stehen und ihr kann mit einer Zweidrittelmehrheit das Misstrauen ausgesprochen werden, so dass die gesamte Kommission zurücktreten müsste (Artikel 201 EGV)<sup>84</sup>. Dies ist jedoch noch nicht geschehen, da die Santer-Kommission 1999 aus eigenen Stücken geschlossen zurücktrat.<sup>85</sup> Kontrollrechte gegenüber dem Ministerrat und dem Europäischen Rat können allenfalls indirekt, über die Einsetzung eines Ausschusses (Artikel 193 EGV)<sup>86</sup>, eines Bürgerbeauftragten (Artikel 195 EGV)<sup>87</sup> oder der Berichtspflicht (Artikel 197 und 200 EGV)<sup>88</sup>, geltend gemacht werden. Was die *Wahlfunktion* anbelangt, ist das Parlament, wie oben bereits genannt, nicht dazu berechtigt, eine „europäische Regierung“ zu wählen. Nach Art. 214 EGV hat das Europäische Parlament allerdings das Recht, seine Zustimmung zum Kommissionspräsidenten und den Mitgliedern der Kommission zu geben. Es kann danach allerdings nicht einen einzelnen Kommissar ablehnen, sondern nur die geschlossene Gruppe der Anwärter. Im Jahr 2004 konnte Kommissionspräsident Barroso diese Situation, die paradoxer Weise in den Verträgen nicht explizit berücksichtigt wird, nur dadurch abwenden, dass er sein gesamtes Team zurückzog. Der designierte italienische Kommissar Rocco Buttiglione, der negativ durch Äußerungen gegen die Rechte von Minderheiten aufgefallen war, wäre voraussichtlich nicht vom Europäischen Parlament akzeptiert worden, so dass die Kommission nicht bestätigt worden wäre. Barroso stellte

---

<sup>83</sup> Vgl. Beyme, Klaus von: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 9.Aufl., Wiesbaden, 1999, S.279-299.

<sup>84</sup> Artikel III-243 VVE

<sup>85</sup> Die Möglichkeit, einen einzelnen Kommissar das Misstrauen auszusprechen verbleibt nach VVE Art III-253 dem EUGH nach Antrag des Rats.

<sup>86</sup> Artikel III-235 VVE

<sup>87</sup> Artikel III-237 VVE

<sup>88</sup> Artikel III-239 bzw. 242 VVE

einige Wochen darauf eine etwas veränderte Kommission vor, der das Europäische Parlament zustimmte.<sup>89</sup>

Den Abgeordneten des EP ist es gestattet, im Plenum ihren Willen zum Ausdruck zu bringen.<sup>90</sup> Dies entspricht der *Artikulationsfunktion*. Der *Kommunikationsfunktion* wird nach außen hin mit Wahlen entsprochen. Der Austausch mit anderen Institutionen, wie mit dem Rat oder der Kommission, meist über Befragungen, bildet die interne Kommunikation. Das Parlament besitzt im Rahmen der *Gesetzgebungsfunktion* kein Initiativrecht, Gesetzesvorschläge einzubringen. Es kann jedoch die Kommission zur Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen auffordern.<sup>91</sup> (Artikel 192 EGV)<sup>92</sup>

Schon hier wird deutlich, dass das EP nicht über die vollen Funktionen eines nationalen Parlaments verfügt. Es kann die Wahl- und Kontrollfunktion nur bedingt erfüllen. Die Gesetzgebungsfunktion ist insofern eingeschränkt, dass dem Parlament noch immer nur ein mittelbares Initiativrecht zugebilligt wird. Es ist in diesem Falle abhängig von der Kommission. Das mittlerweile institutionalisierte Verfahren der Mitentscheidung kann laut EGV nicht auf alle Politikbereiche angewandt werden. Es wird deutlich, dass das EP im Rahmen der Gewaltenteilung von den anderen Organen der EU kontrolliert wird. Was schließlich auch als Ziel einer solchen betrachtet werden kann. Dennoch wird offensichtlich, dass das Parlament im Zusammenspiel mit anderen Verfassungsinstitutionen darauf ausgerichtet ist, auf längere Sicht hin die Funktionen einer Legislativkammer erfüllen zu können.

### 1.3. Das Europäische Parlament im Legislativprozess der EU

Auf den funktionalen Charakter eines nationalen Parlaments deuten auch die Verfahren der Gesetzgebung hin, in die das Europäische Parlament mit eingebunden ist.

Durchaus ähnlich ist das Haushaltsverfahren angelegt, das vor den Gesetzgebungsprozessen einfühend betrachtet werden soll. Hierbei wird ein Haushaltsentwurf von der Kommission dem Parlament und dem Ministerrat vorgelegt. Seit 1975 hat das Parlament das Recht, diesen

---

<sup>89</sup> Der Präsident der Kommission wird jedoch im VVE, nach Vorschlag des Rates, vom Europäischen Parlament gewählt. (Art. I-26 VVE (1)) Weiterhin werden, neben dem Außenminister der Europäischen Union, dem Vizepräsidenten, die verbleibenden (23) Kommissare vor ihrer Einsetzung durch das EP befragt (Art. I-26 VVE (2)). Das Recht, einen Kommissar mit Begründung abzulehnen (Art. 214 EGV) ist im EVV derzeit nicht mehr verankert.

<sup>90</sup> Siehe etwa: Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art.142, 16. Aufl., Februar 2006.

<sup>91</sup> Zu den Funktionen des EP siehe auch: Pfetsch, Frank R.: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse, 3. Aufl., München, 2005. S.170ff. Fritzler, Marc/Unser, Günther: Die Europäische Union, 2. Aufl., Bonn, 2001, S. 46f.

<sup>92</sup> Artikel III-234 VVE

abzulehnen und zu verändern. Dies geschah in den Jahren 1979 und 1984. Seither wird ein mittelfristiger Finanzrahmen festgelegt, der mehrere Jahre zur Orientierung dienen soll.<sup>93</sup> 1998 war trotzdem zu beobachten, dass die Nichtentlastung der Kommission, hinsichtlich des Haushalts ein schwerwiegender Schritt sein kann, der zu ihrem Rücktritt führen kann. Im Haushaltsplan selbst wird unterschieden zwischen obligatorischen Ausgaben, dies sind hauptsächlich Fixkosten, und nicht-obligatorischen Ausgaben. In Bezug auf obligatorische Gelder ist das Parlament dazu berechtigt, einen Änderungsvorschlag an die Kommission abzugeben. Bei nicht-obligatorischen Ausgaben hingegen kann es die Verteilung ändern oder Erhöhungen bestimmen.<sup>94</sup> Diese Regelung beschneidet zwar einerseits das Haushaltsrecht des EP, ist jedoch durchaus sinnvoll als Sicherheitsmechanismus gegen eine Verschuldung der Europäischen Union. Ähnlich wie in der Betriebswirtschaft oder einem Unternehmen müssen Mittel für Fixkosten verfügbar sein, die nicht ohne Überlegung, in diesem Fall das Recht eines Änderungsvorschlages an die Kommission, gekürzt oder umgeschichtet werden dürfen, um das Funktionieren eines Betriebes grundsätzlich zu gewährleisten. (Art. 272 EGV)<sup>95</sup>

Abgesehen vom Haushaltsrecht hat das EP mittlerweile eine weitreichende Palette von Befugnissen zur Verfügung, um im Legislativprozess der EU mitzuwirken. Grundsätzlich können hier vier verschiedene Verfahren ausgemacht werden, die das Parlament, je nach Rechtsbereich anwenden kann.

Die *Anhörung* oder Konsultation bildet die erste und historisch älteste Form der Einwirkung des EP auf den Gesetzgebungsprozess der EU. Der europäische Rat legt hier dem Parlament einen Standpunkt vor, der bei dessen Ablehnung nicht sofort rechtskräftig werden kann. Unterschieden wird hier allerdings zwischen einer obligatorischen Anhörung und der Anhörung in nicht obligatorischen Fällen, in denen der Rat die Stellungnahmen des Parlaments zur Kenntnis nimmt.<sup>96</sup> Das Verfahren besteht unter anderem bei der GASP, Agrarpreisfestsetzung oder der Wettbewerbspolitik. Durch Anhörungen kann das Parlament seine Standpunkte immer wieder darlegen. Das trägt des Weiteren zur Kommunikation zwischen den Institutionen bei.<sup>97</sup>

Wird beim Verfahren der *Zusammenarbeit* oder Kooperation (Art. 252 EGV) ein vom Ministerrat verabschiedeter Gesetzestext vom Parlament verändert oder nicht verabschiedet,

---

<sup>93</sup> Vgl. Heinemann, Friedrich: Haushalt und Finanzen in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.242-250.

<sup>94</sup> Pfetsch, Frank R.: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse, 3. Aufl., München, 2005, S.178.

<sup>95</sup> Siehe Kapitel II „Finanzvorschriften“: Art. III308 – III320 VVE

<sup>96</sup> Vgl. Wessels, Wolfgang / Müller, Thorsten: Entscheidungsverfahren, in Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.113.

<sup>97</sup> Heutige Vertragsgrundlage ist Art. 249 EGV.



so kann sich der Ministerrat nur mit einstimmigem Votum darüber hinwegsetzen. Zwei Durchgänge in Parlament, Rat und Kommission sind dafür notwendig. Anwendungsbereiche der Kooperation sind unter anderem Verkehrspolitik, Sozialfonds oder Umweltpolitik. Durch das Verfahren der Zusammenarbeit wurde das EP und dessen Potential, nach der EEA<sup>98</sup> 1986, grundlegend verstärkt und verändert. Den Einstellungen des Parlaments gegenüber Gesetzesbeschlüssen muss so mehr Beachtung geschenkt werden. Da die Beschlüsse als absolute Mehrheitsentscheidungen vollzogen werden müssen, hatte dies einen weitreichenden Einfluss auf das Verhalten der politischen Gruppen im Parlament. Die Herausbildung von europäischen Fraktionen wurde somit gestärkt. Da nicht mehr ausschließlich nationale Interessen der Abgeordneten beachtet werden konnten und können, wirkt sich eine solche Form der Zusammenarbeit in einer Stärkung des Zusammenhalts der Abgeordneten und der Koalitionsbildung aus. „*The cooperation procedure revolutionized the EP’s legislative role and introduced a new dimension into EU decision making*“<sup>99</sup>

Durch das *Mitentscheidungsverfahren* oder Kodezision (Art. 251 EGV) erhält das EP eine „legislative Mitentscheidungskompetenz“<sup>100</sup>. Es kann gemeinsam mit dem Rat einen Rechtsakt erlassen. Wird nach der zweiten Lesung keine Einigung mit dem Ministerrat erzielt, so wird ein Vermittlungsausschuss eingesetzt, der einen Kompromiss ausarbeiten soll. Das EP entscheidet dabei nach der ersten Lesung mit einer einfachen, nach der zweiten und dritten Lesung bzw. nach dem Vermittlungsausschussverfahren mit einer absoluten Mehrheit seiner Mitglieder. Das Verfahren wird unter anderem in den Bereichen Gesundheit, Forschung, Bildung, Binnenmarkt oder Kultur angewendet. Die jeweiligen Abstände zwischen den Lesungen bzw. das Ausarbeiten eines Vermittlungsprozesses sind Abläufe, die viel Zeit kosten können. So ist es möglich, dass ein Rechtsakt etwa ein Jahr in Arbeit ist, bis er erlassen werden kann. Durch die, schon bei wenig detaillierter Beschreibung, sehr komplex wirkende Kodezision wird zwar das Parlament mit dem Rat gleichgestellt, einen Rechtsakt scheitern zu lassen bedeutet jedoch einen großen Verlust von Geldmitteln und Zeit.<sup>101</sup> Indirekt kann dies jedoch auch zu einer schnellen Entscheidungsbildung und Kompromissfindung beitragen. Die möglichst schnelle Ausführung eines Rechtsaktes, unter oben genannten Bedingungen, ist notwendig. Das Verfahren kann somit wiederum mittelbar die Zusammenarbeit und interne Kohärenz, nicht nur bei Parteien und Fraktionen fördern.

---

<sup>98</sup> Einheitlich Europäische Akte

<sup>99</sup> Dinan, Desmond: *Ever closer union*, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.283.

<sup>100</sup> Wessels, Wolfgang / Müller, Thorsten: *Entscheidungsverfahren*, in Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: *Europa von A – Z*, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.113.

<sup>101</sup> Ausführliche Diskussion und Beschreibung: Dinan, Desmond: *Ever closer union*, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.285ff.

Das vierte und letzte Verfahren, welches an dieser Stelle erläutert werden soll, ist das bei „quasi-konstitutionellen“<sup>102</sup> Rechtsakten konstatierte *Zustimmungsverfahren*. Wie oben bereits angedeutet<sup>103</sup> ist das EP dazu berechtigt, die Kommission formal einzusetzen, und somit zuzustimmen (Art. 214 EGV). Ohne die Zustimmung des Parlaments wird ein Beschluss des Ministerrats unwirksam. Dies gilt vor allem für Strukturfonds, Assoziierungsabkommen, alle Bestimmungen über die Wahl des Parlaments, über die mit einfacher Mehrheit abgestimmt wird, (Art. 190 (4) EGV) und die Erweiterung der EU (Art. 49 EUV), die mit einer absoluten Mehrheit bestätigt werden muss. Das Parlament wird damit mit einem vetoähnlichen Instrument ausgestattet, um inneren und äußeren grundlegenden Veränderungen zustimmen zu können oder sie abzulehnen.

Schon durch eine Einführung in die Befugnisse und Beteiligung des EP am Legislativprozess der EU wird deutlich, dass es sich um komplexe Verfahrensweisen handelt. Diese sind für Außenstehende meist nur schwer zu durchschauen und dementsprechend auch wenig Medienwirksam. Die Funktionen des Parlaments gleichen oft derer einer Opposition eines nationalen Parlaments.<sup>104</sup> Hauptsächlich sticht das nicht vorhandene direkte Gesetzesinitiativrecht hervor. Die in den Verträgen festgeschriebenen Artikel scheinen jedoch die Erweiterung der Rechte des Parlaments und somit die Integration zu fördern.<sup>105</sup> Dies wird sogar in einem komplexen Verfahren wie dem Mitentscheidungsverfahren deutlich. Die historische Entwicklung zeigt, dass sich die Befugnisse und Rechte des EP stetig erweitert haben. Die europäische Integration und die Weiterentwicklung der Befugnisse des Parlaments bedingen sich dabei gegenseitig. Dieser Prozess scheint, durch den integrativen Charakter des Parlaments, noch lange nicht zu Ende zu sein. Der Vertrag über eine Verfassung für Europa sähe, zum Stand Juni 2006, etwa die Ausweitung des Verfahrens der Mitentscheidung in weitere Bereiche, wie Verkehrs-, Sozial- und Entwicklungspolitik, den Verbraucher- und Umweltschutz, den Binnenmarkt, Forschung und Entwicklung oder Bildung und Kultur vor. Es würde damit von ca. 40 auf 80 Bereiche ausgeweitet. Auch in den Bereichen: Asylpolitik, Einwanderung, Grenzkontrollen und Zivilschutz. Das Parlament bekäme in der momentanen Fassung des Vertrags allerdings keine weiteren Rechte in Steuerpolitik, Teilen der Sozialpolitik bzw. Außen- und Verteidigungspolitik zugesprochen. Also den Bereichen der sog. high – politics. In diesen Fällen würde der Rat letztinstanzlich entscheiden. Hier spiegelt

---

<sup>102</sup> Wessels, Wolfgang / Müller, Thorsten: Entscheidungsverfahren, in Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.113.

<sup>103</sup> Siehe Wahlfunktion

<sup>104</sup> Vgl. Pfetsch, Frank R.: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse, 3. Aufl., München, 2005. S.175.

<sup>105</sup> Vgl. Neßler, Volker: Europäische Willensbildung: Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach, 1997, S.50.

sich noch immer das Ziel der Nationalstaaten wider, möglichst wenige Souveränitätsrechte abzugeben.

#### 1.4. Die Arbeitsforen im Parlament

Nachdem die institutionellen und rechtlichen Spielräume aufgezeigt worden sind, in denen sich das Europaparlament bewegt, soll nun in seine interne Struktur eingeleitet werden. In diesem Abschnitt wird daher das Augenmerk auf den Präsidenten, die Konferenz der Präsidenten und die Ausschüsse gerichtet.

Der *Präsident* und seine 14 Vize – Präsidenten werden vom Plenum auf zweieinhalb Jahre gewählt.<sup>106</sup> Er ist der erste und oberste Repräsentant des Parlaments. Nach Artikel 19 der Geschäftsordnung des EP vertritt er das Parlament in seinen Beziehungen nach außen und „*soll sämtliche Arbeiten des Parlaments und seiner Organe*“<sup>107</sup> leiten. Somit hat er vielfältige Aufgaben, wie die Leitung der Sitzungen des Plenums, sowie der Sitzungen des Präsidiums und der Konferenz der Präsidenten. Er muss also sowohl politische bzw. taktische als auch organisatorische Fähigkeiten aufweisen. Der Ire Pat Cox (ALDE) löste, in der Wahlperiode von 1999 – 2004, am 15. Januar 2002 die erste, aus Frankreich stammende Präsidentin Nicole Fontaine (EVP) ab. Josep Borrell Fontelles wurde am 20. Juli 2004 zum Parlamentspräsidenten gewählt. Er ist ein Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion. Die Mehrheit der Stimmen während der Wahl konnte für ihn durch eine Absprache mit der Christdemokratischen Fraktion erreicht werden. Die Unterstützung der größten Fraktion des EP wurde durch einen package-deal erreicht. Hans Gert Pöttering, der bisherige Vorsitzende der EVP-ED Fraktion, wurde demnach aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im EP von beiden großen Fraktionen, schon als designierter Nachfolger Borrells bestimmt. Dies wird innerhalb des EP als Beweis für die Existenz einer rechts-links Politiklinie und der Dominanz der beiden Großen Fraktionen betrachtet. Die kleineren Fraktionen geraten dadurch trotz Protest ins Hintertreffen um die Entscheidung der Besetzung von derart wichtigen Positionen im Parlament.<sup>108</sup> Die Wahl des Präsidenten folgt einem national rotierenden Prinzip. Das *Präsidium* bilden der Präsident, die bereits oben genannten Vize-Präsidenten und fünf Quästoren, die eine beratende Stimme haben und nach Artikel 25 der Geschäftsordnung des EP mit „*Leitlinien mit Verwaltungs- und Finanzaufgaben betraut [sind], die die Mitglieder*

---

<sup>106</sup> Europäisches Parlament: Geschäftsordnung, 16. Aufl., Februar 2006, Art. 13-16.

<sup>107</sup> Ebd., Art. 19.

<sup>108</sup> Eine solche Art der Politik zeigt, auch in einer scheinbar um Integration bemühten Kammer, dass Fraktionen im EP, genau wie Fraktionen in nationalen Parlamenten, bemüht sind, ihre Ziele, in diesem Fall office-seeking, durchzusetzen.

*direkt betreffen*<sup>109</sup> Auch sie werden vom Parlament gewählt. Dementsprechend werden finanzielle und administrative Angelegenheiten im Präsidium geklärt.<sup>110</sup> Das dritte Organ, mit dem der Präsident direkt in Verbindung steht, ist die *Konferenz der Präsidenten*. Darin sind, abgesehen vom Präsidenten selbst, die Fraktionsvorsitzenden vertreten. Sie bildet das politische Leitungsorgan des Hauses, das die Tagesordnung des Plenums beschließt, den jährlichen Arbeitskalender der Parlamentsorgane sowie die Zuständigkeiten der Ausschüsse und Delegationen und die Zahl ihrer Mitglieder. Weiter besitzt sie eine allgemeine Organisationszuständigkeit in Fragen der Beziehungen des EP zu anderen EU-Organen sowie zu den nationalen Parlamenten der Mitgliedsstaaten und Drittländern. Außerdem werden von ihr die Sitzordnung des Parlaments bestimmt und die Tagesordnungen der Plenarsitzungen aufgestellt.<sup>111</sup>

Für eine effektive Arbeit des EP sind seine *Ausschüsse* besonders wichtig. Sie werden zur fachlichen Vorbereitung gebildet und beraten die Positionen des EP zu Gesetzgebungsverfahren gegenüber der Kommission und dem Rat.<sup>112</sup> Alle Parlamentarier haben einen Sitz in einem oder mehreren Ausschüssen.

---

<sup>109</sup> Europäisches Parlament: Geschäftsordnung, 16. Aufl., Februar 2006, Art. 25.

<sup>110</sup> Vgl. Nugent, Neill: The government and politics of the European Union, 4<sup>th</sup> Edition, New York, 1999, S.234.

<sup>111</sup> Europäisches Parlament: Geschäftsordnung, 16. Aufl., Februar 2006, Art. 24.

<sup>112</sup> Vgl. auch Maurer, Andreas: Europäisches Parlament, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S. 191.

	Name des Ausschusses	Vorsitz	Fraktion
1.	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	Brock, Elmar	EVP-ED
2.	Haushaltsausschuss	Lewandowski, Janusz	EVP-ED
3.	Haushaltskontrollausschuss	Fazakas, Szabolcs	SPE
4.	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	Cavada, Jean-Marie	LIBE
5.	Ausschuss für Wirtschaft und Währung	Berés, Pervence	SPE
6.	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz	McCarthy, Arlene	SPE
7.	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie	Chichester, Giles Brian	EVP-ED
8.	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	Andersson, Jan	SPE
9.	Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit	Florenz, Karl-Heinz	EVP-ED
10.	Landwirtschaftsausschuss	Daul, Joseph	EVP-ED
11.	Ausschuss für Fischerei	Morillon, Philippe	LIBE
12.	Ausschuss für, Verkehr und Fremdenverkehr	Costa, Paolo	LIBE
13.	Ausschuss für Kultur und Bildung	Sifunakis, Nikolaos	SPE
14.	Entwicklungsausschuss	Morgantini, Luisa	KVEL-NGL
15.	Ausschuss für konstitutionelle Fragen	Leinen, Jo	SPE
16.	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter	Záborská, Anna	EVP-ED
17.	Petitionsausschuss	Libicki, Marcin	UEN
18.	Rechtsausschuss	Gargani, Guiseppe	EVP-ED
19.	Ausschuss für regionale Entwicklung	Galeote Quecedo, Gerado	EVP-ED
20.	Ausschuss für internationalen Handel	Barón Crespo, Enrique	SPE
21.	Nichtständiger Ausschuss zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln in der erweiterten Union 2007 - 2013	Ayala Sender, Inés	SPE

Schaubild IV. 1.: Die Ausschüsse des Europäischen Parlaments und ihre Vorsitzenden.

Grün = Neuer Ausschuss, mint = Veränderung zu 2002

Quelle: Europäisches Parlament, Mai 2006<sup>113</sup>

Die Mitglieder eines Ausschusses werden, wie der Präsident auch, für die Hälfte einer Legislaturperiode bestimmt. Für die einzelnen Mitglieder besteht jedoch keine begrenzte Zeitspanne zur Arbeit in einem Ausschuss. Die Wiederwahl ist also unbegrenzt oft möglich. Dies garantiert unter anderem Expertenwissen und somit Stabilität, andererseits birgt dies die Gefahr einer gewissen Trägheit. Die Ausschussmitglieder werden von der Konferenz der Präsidenten vorgeschlagen. Die meist zwischen 50 und 60 Mitglieder eines Ausschusses werden dann proportional zur Sitzverteilung der Fraktionen im EP gewählt. Hierbei spielen

<sup>113</sup> Die hier aufgeführten Ausschussvorsitzenden spiegeln den Stand im Mai 2006. Die Ausschussstruktur ist jedoch angelehnt an den Zeitraum der Analyse. Dies bedeutet, dass die (Unter)Ausschüsse nach dem Stand 2006 wie: Menschenrechte, Sicherheit und Verteidigung, Zusammenbruch der „Equitable Life Assurance Society“ oder Behauptete Nutzung europäischer Staaten durch die CIA für die Beförderung und das rechtswidrige Festhalten von Gefangenen, nicht berücksichtigt werden.

Erfahrung, individuelle Vorlieben, wie Parteizugehörigkeit, Geschlecht oder Nationalität der Abgeordneten, eine Rolle. Die proportionale Verteilung nach Fraktionsgröße legt aber auch nahe, dass bei größeren Fraktionen auch eine größere Anzahl an Posten zu besetzen sind. Das Amt des Ausschussvorsitzenden ist eine entsprechend wichtige Position. Es wird meist von MEPs der zwei großen Fraktionen EVP-ED und SPE bekleidet.<sup>114</sup> Dieser office-seeking Ansatz<sup>115</sup>, d.h. das Ziel von Akteuren möglichst einflussreiche Positionen zu besetzen, kann für den Zusammenschluss zu möglichst großen Fraktionen als zusätzlicher integrativer Faktor und Anreiz gewertet werden. Eine solche Beobachtung legt nahe, dass nach der Wahl 2004 hinzukommende neue nationale Parteidelegationen sich tendenziell eher großen Fraktionen angeschlossen haben.

Die Erweiterung der Ausschussstruktur des EP, im Vergleich zur vorigen Wahlperiode, kann zum einen dadurch erklärt werden, dass der Aufgabenbereich des Parlaments sich höchstwahrscheinlich mit dem zukünftigen Vertrag über eine Verfassung der Union erweitert. Dies weist auf eine Antizipation der zukünftigen systemischen Ausformung hin. Zum anderen hätte eine Vergrößerung der Anzahl der Sitze im Parlament eine Vergrößerung der Ausschüsse zur Folge gehabt. Um diese arbeitsfähig und die Gruppengröße ähnlich wie bisher zu halten, kann eine Erneuerung der Struktur sich auch aus diesem Blickpunkt erklären.

Es werden momentan 20 ständige Ausschüsse zu allen Politikbereichen gebildet, die in den Aufgabenbereich der EU fallen. Neben den ständigen Ausschüssen gibt es auch noch die sogenannten ad hoc Ausschüsse, die bei speziellen Problemen und Fragestellungen einberufen werden. So etwa die nichtständigen Ausschüsse für die Verbesserung der Sicherheit auf See, für Maul- und Klauenseuche, für Humangenetik und andere neue Technologien in der modernen Medizin oder der Anfang der 6. Wahlperiode eingesetzte nichtständige Ausschuss zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln in der erweiterten Union 2007 – 2013.

Die Ausschüsse des EP nehmen bei der Befragung von Kommissaren vor deren Einsetzung und auch bei Befragungen von Kommissaren bzw. deren Sprechern während der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen einen nicht zu unterschätzenden Teil der Kontrollfunktion des Parlaments wahr. Sie haben zwar kein Gesetzesinitiativrecht, wie dies in einigen Mitgliedsländern, wie Österreich, Italien und Schweden, besteht. Dennoch werden hier durch Auslegung der Geschäftsordnung des EP Initiativberichte entworfen, die während der Redezeit einzelner MEPs, aber auch in Form von Änderungsanträgen der Ausschüsse, im

---

<sup>114</sup> Vgl. Dinan, Desmond: *Ever closer union*, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.293f.

<sup>115</sup> Vgl. Downs, Anthony: *An economic Theory of Democracy*, New York, 1957.

Plenum vorgetragen werden.<sup>116</sup> Dadurch entstehen zwei Arten von Gesetzesvorschlägen (Reports): Legislative Gesetzesinitiativen, die den Ausschüssen von der Kommission zugeleitet werden, und nichtlegislative Gesetzesinitiativen, die innerhalb der Ausschüsse von ihren Mitgliedern entworfen werden.<sup>117</sup> Im Ausschuss wird zur jeweiligen Initiative ein Berichterstatter bestimmt. Er ist dafür zuständig, einen Text für den jeweiligen Report auszuarbeiten. Wer als Berichterstatter fungieren kann und darf, ist dabei zunächst abhängig von der proportionalen Verteilung der Mitglieder nach Fraktionen. Zusätzliche Auswahlkriterien sind Kompetenzzuschreibungen aber auch die Bedeutung eines Berichtes. So besteht beispielsweise in einigen Ausschüssen ein Punktesystem, das sich nach Politikfeldern und nach der jeweiligen Legislativstufe des Gesetzesvorschlags gliedert. Jede Fraktion eines Ausschusses erhält dabei, im Verhältnis zu ihrer Größe, eine bestimmte Anzahl von Punkten. Ähnlich einer Auktion werden diese Punkte von den einzelnen Gruppenkoordinatoren (siehe unten) zu den einzelnen Berichten angeboten. Ein Bericht im Konsultationsverfahren ist beispielsweise im Ausschuss für Forschung, Industrie und Energie 2 Punkte wert, während 3 Punkte für Gesetzesvorschläge im Verfahren der Zusammenarbeit oder der Mitentscheidung angesetzt werden.<sup>118</sup> Auch ein Rotationssystem wird in verschiedenen Ausschüssen angewandt. Zahlenmäßig große Delegationen der Fraktionen sind dabei in einer Vorteilsposition, da ihnen auch ein größeres Kontingent an Punkten zur Verfügung steht.<sup>119</sup> Des weiteren zeigt sich hier die Möglichkeit der Ausbildung von Schlüsselfunktionen einiger MEPs, d.h. auch von Hinterbänklern.<sup>120</sup>

Es wurde bereits versucht, dieses System zu verändern und Berichterstatter auf der Grundlage der Jahresplanung des EP im Vorfeld zu bestimmen. Dieses System hat sich jedoch (noch) nicht etabliert, da es Unsicherheiten bezüglich der tatsächlichen Agenda birgt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Ausschüsse besteht also, neben der Kontrolle der Kommission, darin, nichtlegislative Gesetzesvorschläge zu erarbeiten und legislative Gesetzesvorschläge zu überprüfen, bei denen die Meinung des EP von Nöten ist. Abgestimmt wird dabei meist mit einfacher Mehrheit, um die ausgearbeiteten Vorschläge dem Plenum

---

<sup>116</sup> Europäisches Parlament: Geschäftsordnung, 16. Aufl., Februar 2006, Art. 46.

<sup>117</sup> Diese Aufteilung hat sich bereits in der Geschäftsordnung des EP etabliert: S. ebd, Art.43-45.

<sup>118</sup> Vgl. Mamadouh, Virginie/Raunio Tapio: The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation, in: Journal of Common Market Studies, Vol.41 Nr.2, Oxford, 2003, S.11.

<sup>119</sup> Zur Arbeit in den Ausschüssen siehe v.a.: Mamadouh, Virginie/Raunio Tapio: The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation, in: Journal of Common Market Studies, Vol.41 Nr.2, Oxford, 2003, S.333-351. Und Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.105-129.

<sup>120</sup> Zu den Möglichkeiten einzelner MEPS siehe auch Kapitel IV, 2. Entscheidungsmechanismen im Europäischen Parlament: Empirisch-deskriptive Grundlagen.

zukommen zu lassen.<sup>121</sup> Diese Vorarbeit garantiert eine ausgearbeitete und fachliche Arbeitsbasis für die Plenarsitzungen, beeinflusst im Gegenzug aber auch das agenda setting der Institution. „[...]committees do the preliminary work on which the EP as a whole bases [...]“<sup>122</sup>

Einen wichtigen Posten besetzt dabei der Gruppenkoordinator (group coordinator). Jede Fraktion ernennt dafür einen Sprecher. Dieser wird meist von den Mitgliedern seines Ausschusses gewählt. Die Koordinatoren der jeweiligen politischen Gruppen sind u.a. zuständig für die Verteilung von Gesetzesvorschlägen an die jeweiligen Berichterstatter. Des Weiteren wird in ihren Zusammenkünften die Tagesordnung für ihre Ausschüsse festgelegt. Die Koordinatoren der einzelnen Fraktionen im Ausschuss tragen Sorge für die Aufgabenverteilung innerhalb ihrer Gruppe.

Die Treffen der Koordinatoren können außerdem während der Plenartagungen stattfinden. Hier werden anstehende Abstimmungen, die die jeweiligen Ausschüsse betreffen, Änderungsvorschläge oder Kompromisse diskutiert. Die Koordinatoren nehmen zudem häufig die Rolle von „Einpeitschern“ (whips) ein. Sie sind damit für die Anwesenheit aber auch für die geschlossene Linie ihrer Fraktionsmitglieder mit zuständig. Dies allerdings nicht nur im jeweiligen Ausschuss, sondern auch bei Abstimmungen im Plenum des EP.<sup>123</sup> Das bedeutet, dass der weder in den EU-Verträgen, noch in der Geschäftsordnung des EP verankerten Position des Gruppenkoordinators eine verhältnismäßige große Machtstellung zugeschrieben werden kann. MEPs, die eine solche besetzen, besitzen großen Einfluss. Sowohl auf den internen Zusammenhalt der Fraktionen, als auch für die Koalitionsbildung während der Abstimmungsrunden im Plenum des EP. Dies ist wichtig für den weiteren Fortgang der Arbeit und in die kommenden Untersuchungen mit einzubeziehen.

Zwischen den Ausschusstagen und den Plenarsitzungen tagen die einzelnen Fraktionen. Hier werden Positionen und Taktiken besprochen, die im Plenum und in den Ausschüssen ausgeführt werden sollen. Ein großer Teil der Arbeit des EP findet somit außerhalb des Plenums statt. Rahmenbedingungen werden vom Präsidenten bzw. von der Konferenz des Präsidenten gesetzt. Ähnlich wie bei nationalen Parlamenten werden somit Schlüsselfiguren bestimmt, die wichtige gestalterische Positionen einnehmen. Des Weiteren übernehmen mit Spezialisten besetzte Ausschüsse die Vorarbeiten für die Arbeit im Parlament.<sup>124</sup> Ein

---

<sup>121</sup> Vgl. Mamadouh, Virginie/Raunio Tapio: The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation, in: Journal of Common Market Studies, Vol.41 Nr.2, Oxford, 2003, S.342.

<sup>122</sup> Dinan, Desmond: Ever closer union, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.294.

<sup>123</sup> Zur Position des Gruppenkoordinators vgl.: Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.126f.

<sup>124</sup> Vgl. Hix, Simon/Lord Christopher: Political Parties in the European Union, London, 1997, S.122.



ausgeklügeltes System von Beziehungen zwischen und innerhalb von Parteien bildet somit die Grundlage der Arbeit des Plenums und spiegelt dieses auf einer anderen Ebene wieder.

## 1.5. Die Wahlen zum Europäischen Parlament

Einen wichtigen Teil der Kommunikationsfunktion des Europäischen Parlaments stellen die Wahlen dar. Vor der ersten Direktwahl 1979 wurden die MEPs aus den jeweiligen nationalen Parlamenten in das EP entsandt. Seitdem werden alle fünf Jahre Wahlen zum EP abgehalten, bei denen die Bürger der Union einen Direktkandidaten aus ihrem Wahlkreis bestimmen können. Den verschiedenen Wahlverfahren in den EU-Staaten, wird mit der Forderung nach der Einsetzung eines EU-weiten, einheitlichen Wahlverfahrens entgegengewirkt (Artikel 190 EGV)<sup>125</sup>. Nach einer Übergangsregelung im Vereinigten Königreich 1999, bei der über regionale Listen ein Verhältniswahlverfahren eingebracht wurde<sup>126</sup>, sollte ein solches Wahlverfahren auf einer unmittelbaren Verhältniswahl basieren und zur Wahl 2004 übergreifend eingesetzt werden.<sup>127</sup> Dies kann eine bessere Minderheitenrepräsentation im EP zur Folge haben. Weitere Unterschiede wie verschiedene Wahlhürden für nationale Parteien, unterschiedliche Mindestalter für MEPs oder unterschiedliche Wahltermine, welche sich sogar auf die Entscheidungen der Bürger auswirken können, sollen nach und nach vereinheitlicht werden.<sup>128</sup> Nationale Präferenzen der Mitgliedsstaaten haben jedoch bislang verhindert, dass ein solches einheitliches System auch zur 6. Wahlperiode nicht durchgesetzt werden konnte.

---

<sup>125</sup> Artikel III-232 (1) VVE

<sup>126</sup> Vgl. Corbett, Richard et al.: *The European Parliament*, 6th Edition, London 2005, S.13.

<sup>127</sup> Vgl. Dinan, Desmond: *Ever closer union*, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.270f.

<sup>128</sup> Vgl. Corbett, Richard et al.: *The European Parliament*, 6th Edition, London 2005, S.12ff.

Land	Anzahl der MEPs '99 - '04	Anzahl der MEPs '04 - '09	Einwohner pro MEP '99 - '04	Einwohner pro MEP '04 - '09
Deutschland	99	99	829.000	828.823
Großbritannien	87	78	681.000	751.282
Frankreich	87	78	678.000	774.358
Italien	87	78	663.000	686.966
Spanien	64	54	616.000	729.630
Polen		54		714.815
Niederlande	31	27	508.000	585.185
Griechenland	25	24	422.000	420.000
Tschechien		24		492.167
Belgien	25	24	409.000	425.000
Ungarn		24		425.000
Portugal	25	24	399.000	450.000
Schweden	22	19	402.000	468.421
Österreich	21	18	385.000	385.714
Slowakei		14		385.714
Dänemark	16	14	332.000	378.571
Finnland	16	14	323.000	364.285
Litauen		13		269.230
Irland	15	13	249.000	284.615
Lettland		9		266.666
Slowenien		7		285.714
Estland		6		233.333
Zypern		6		150.000
Luxemburg	6	6	72.000	71.533
Malta		5		80.000
Gesamt EU	626	732	600 000	436 281

**Schaubild IV. 2.: Anzahl der MEPs pro Mitgliedsstaat und Repräsentation pro Einwohner**  
**Quelle: Report des Europäischen Rats in Kopenhagen und [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de)**

Die Anzahl der MEPs ist der Populationsgröße der Mitgliedsstaaten entsprechend degressiv proportional zugeteilt (Art. 190 EGV)<sup>129</sup>. Deutschland, als einwohnerstärkstes Land, entsendet momentan 99 Abgeordnete in das EP, wobei im VVE, Stand Juli 2006, 96 MEPs als höchstes Limit für ein Mitgliedsland vereinbart sind. Malta, als kleinstem und einwohnerschwächstem Land der EU, fällt die Mindestanzahl von 5 Mandaten zu. (Art. 190 EGV)<sup>130</sup> Ein weiteres Phänomen, die Anzahl der Abgeordneten betreffend, ist die Repräsentation eines MEP pro Einwohner betrachtet. Hier fallen auf ein MEP in Deutschland 828.823 Einwohner, bei 99 Sitzen, wohingegen Luxemburg mit 71.533 Einwohner pro MEP die beste Repräsentation seines Volkes sein Eigen nennen kann. Ähnliches ist auch für Malta

<sup>129</sup> Art I-19 (2) VVE

<sup>130</sup> Ebd.

zu beobachten. Je weniger bevölkert ein Mitgliedsstaat ist, desto besser wird er also repräsentiert. Für das 2004 vergrößerte EP wurden die detaillierten Repräsentationsquoten für jedes Mitgliedsland auf dem Europäischen Rat in Kopenhagen 2002, unter der Dänischen Ratspräsidentschaft, festgelegt.<sup>131</sup> Auch hier zeigt sich wieder die Notwendigkeit, innerhalb der institutionellen Regelungen des EP Kompromisse einzugehen. Würde eines der großen Länder wie die BRD, Großbritannien oder auch Polen auf gleiche Repräsentationsquoten bestehen, die für die kleinen Länder ausgehandelt wurden, so wäre die Kammer wohl aufgrund ihrer Größe nicht mehr handlungsfähig. Malta und Luxemburg sind proportional etwa 10 Mal so stark repräsentiert, wie die BRD und Spanien. Könnten diese Mitglieder jedoch noch weniger MEPs nominieren, so könnte sich das dort vorherrschende Parteiensystem keinesfalls auf der transnationalen Ebene abbilden und ihr Einfluss innerhalb des EP wäre möglicherweise vollends zu vernachlässigen.

Mit der zunehmenden Politikintegration, vor allem durch zunehmende Entscheidungs- und Gesetzgebungsrechte auf europäischer Ebene in Kernbereiche der nationalen Politik Einfluss zu nehmen, entstand ein Demokratiedefizit. Durch die Einführung von Direktwahlen wurde versucht, diesem entgegenzuwirken.<sup>132</sup> Kann ein Repräsentationsverhältnis von 1 : 828.823 oder 1 : 714.815 ein Demokratiedefizit beheben? In gewissem Sinne ergänzend und längerfristig betrachtet schon.<sup>133</sup> Durch die Wahl eines Parlaments kann sich ein Bürger am politischen Prozess der EU beteiligen. Weiter wird durch Wahlen sichtbar, welche Unterstützung und Forderungen vom sozialen System ausgehen. Das politische System kann entsprechend darauf reagieren. Wahlen, deren Ergebnisse und Wahlbeteiligung haben in diesem Zusammenhang eine Vermittlungsfunktion zwischen beiden Systemen.

Seit der ersten Direktwahl 1979 werden die Europawahlen als Wahlen zweiter Klasse, nationale Nebenwahlen oder „second order elections“<sup>134</sup> charakterisiert. Das bedeutet, dass nach diesem Modell die meisten Wähler die europäische politische Arena als weniger wichtig betrachten. Ähnlich wie bei deutschen Landtags- oder Kreistagswahlen. Besonders deutlich wird diese Annahme, wenn durch die Wahlen zum EP nationale Regierungsparteien

---

<sup>131</sup> <http://www.eu2002.dk/ewebeditpro2/upload/OW.StaticContent/294/pakke2.pdf> (siehe Report: Annex II zu Annex V, S.134)

<sup>132</sup> Die Diskussion über ein Demokratiedefizit in der EU wird in der Literatur rege geführt. Vgl. Dazu u.a.: Katz, Richard S./Wessels, Bernhard: *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration*, Oxford, 1999, S.8ff. Dinan, Desmond: *Ever closer union*, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999, S.295ff. oder auch Roth, Dieter/Kornelius, Bernhard: *Europa und die Deutschen: Die untypische Wahl am 13.Juni 2004*, in: *ApuZ*, B17/2004., S.46 – 54.

<sup>133</sup> Die Repräsentation in Kammern der Mitgliedsländer reicht annähernd an die Repräsentationsquoten der kleinen Länder (Beispiele: Litauen: 26.170, Tschechische Republik: 51.500, Polen: 83.044, Großbritannien: 89.226, Spanien: 118.571) Quelle: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de).

<sup>134</sup> Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann: *Nine Second Order Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results*, in: *European Journal of Political Research*, 1980, vol. 8, S.3-44.

abgestraft werden, kleinere Parteien am äußeren Rand des Politikspektrums gewählt werden oder die Wahlbeteiligung sehr gering ausfällt. „... *parties of opposition and small parties will tend to do well in European elections. Participation in European elections will, on average, be lower than that in national election, as voters are less motivated to turn out.*“<sup>135</sup> Nach diesem Muster wird also nicht primär die Institution gewählt um die es geht, sondern nationale Fragen stehen im Mittelpunkt der Wahl. Empirisch kann dies bestätigt werden, da in einigen Staaten tatsächlich ein Wahlkampf stattfindet, in dem es nicht nur um Fragestellungen der Europapolitik geht.<sup>136</sup> Dies mag nicht zuletzt daran liegen, dass nationale Parteien die Europawahl als Stimmungsbarometer betrachten und dementsprechend den Schwerpunkt während des Wahlkampfes nicht auf europäische Politik legen. Deutlich wird dies auch bei der Personalisierung der Kandidaten. Während beispielsweise in der BRD 2004 den tatsächlichen Kandidaten für ein Mandat im EP offensichtlich ausschließlich Plakate kleineren Formats zur Verfügung standen, so waren auf großen Straßenplakaten die Bilder nationaler Parteivorsitzender, v.a. des bürgerlichen Lagers, zu sehen. Diese Personen standen allerdings nicht zur Wahl für einen Sitz im EP. Die Personalisierung der Wahl unterliegt so den Wahlstrategen nationaler Parteien.

Als Konsequenz einer Abstrafung der Regierungspartei kann beobachtet werden, dass oft die Oppositionspartei eines Nationalstaates die meisten Abgeordneten stellt. Deutlich wird dies etwa durch den Wahlsieg der Kandidaten der deutschen CDU 2004 nach dem Sieg der SPD bei der Bundestagswahl 2002. Die Unzufriedenheit der Bürger mit dem momentanen politischen status quo eines Nationalstaates lässt sich zum Beispiel durch die Wahl von rechtspopulistischen Parteien, wie den deutschen Republikanern in den 80er Jahren, in das EP empirisch belegen. Europawahlen werden unter diesem Gesichtspunkt als Druckmittel gegenüber der nationalen Regierung benutzt.

Ein weiterer Indikator für eine „second order“ Wahl ist die Höhe der Wahlbeteiligung. Diese liegt im Durchschnitt unter den nationalen Zahlen und sank bei jeder Europawahl weiter.

---

<sup>135</sup> Hix, Simon/Lord Christopher: *Political Parties in the European Union*, London, 1997, S.89.

<sup>136</sup> Vgl. Lodge, Juliet: *Invisible, Irrelevant but Insistent? The European Parliament and Euro-elections*, in: Lodge, Juliet: *The 1999 Elections to the European Parliament*, New York, 2001, S.4f.

Wahlbeteiligung der Europawahlen nach Legislaturperiode und Prozent  
1979 - 2004

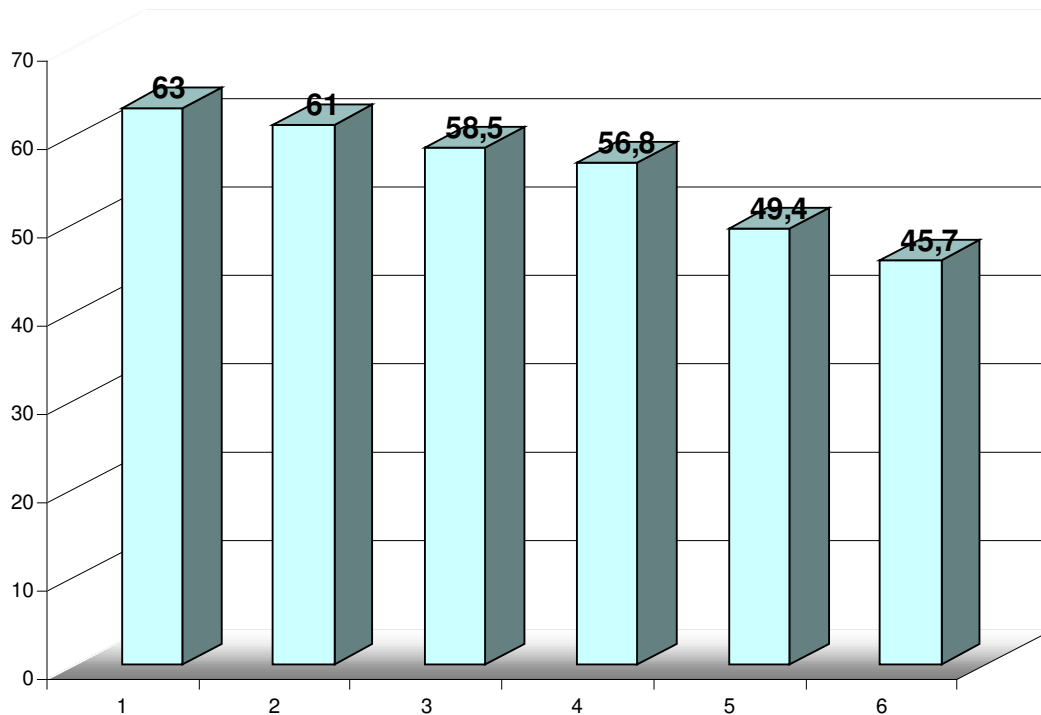


Schaubild IV. 3.: Wahlbeteiligung in der Europäischen Union, in Prozent.  
Quelle: [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de) und [www.elections2004.eu.int](http://www.elections2004.eu.int)

Während 1979 bei der ersten Direktwahl noch 63% der wahlberechtigten EU-Bürger ihre Stimme abgegeben haben, so waren es 2004 nur noch 45,7%. Die Zahlen verringern sich dabei nicht abrupt. Die „Neuheit“ der ersten Wahl zeigt also nicht einen besonders hohen Wert, die anderen einen besonders niedrigen. Ein stetiger Rückgang ist zu beobachten. Dieser geschieht trotz der Erweiterung der Rechte des EP und der Vergrößerung der Union von 9 Mitgliedsstaaten bei der ersten Wahl auf 25 bei der Wahl 2004. Zudem müssen noch die Zahlen aus Belgien (90,81%), Luxemburg (89%), Italien (73,1%) und Griechenland (63,4%) miteinbezogen werden, in denen bisher Wahlpflicht herrschte. In Großbritannien erreichte die Wahlbeteiligung an der Europawahl 2004 mit 38,9% einen Spitzenwert. Dies mag daran gelegen haben, dass es der United Kingdom Independence Party (UKIP) möglich war, viele Wähler mit ihrem euroskeptischen Programm zur Wahl zu mobilisieren. Sehr niedrig, und das ist eine neue Tendenz, ist die Wahlbeteiligung in einigen neuen Mitgliedsstaaten, wie der Slowakei (16,96%), Polen (20,87%) oder Tschechien (28,23%). In Litauen, in dem die Europawahl mit der Präsidentschaftswahl einherging, konnten nicht mehr als 48,83% der Wählerschaft mobilisiert werden. Ein negativer Zusammenhang wird sichtbar. Eine geringere

Wahlbeteiligung müsste hierbei auf eine Unzufriedenheit mit dem politischen System hinweisen. Eine Erklärung für den stetigen Rückgang der Wahlbeteiligung kann darin gesehen werden, dass dieser nicht mit wenig Unterstützung oder Abneigung gegen das EP zu tun hat, sondern der Wähler nicht davon ausgeht, dass Ergebnisse der Europawahl etwas an der jeweiligen nationalen Politik einzelner Parteien zu ändern vermögen.<sup>137</sup>

Alle bisherigen Argumente sprechen für das Modell der „second order election“. Das geschilderte Bild jedoch beschreibt die komplexen Zusammenhänge der Europawahl sehr reduktionistisch. Die Ursprünge des Modells sind im deutschen Föderalsystem zu suchen. Die Charakteristika des Wahltypus in Deutschland und dessen Strukturen sind dabei nicht ohne Weiteres auf die Gefüge der EU übertragbar, da die Ausgangsbedingungen nicht die selben sind. Dies ist vor allem am Parteiensystem der EU zu erkennen.

Der Wahlkampf zum EP wird zwar zumeist unter nationalen Themen- und Politikschwerpunkten geführt. Die dänischen, französischen oder auch britischen Antieuropaparteien oder europaskeptischen Parteien sollten hier jedoch nicht außer Acht gelassen werden.<sup>138</sup> Über die Thematisierung von Europapolitiken tragen diese Parteien dazu bei, dass ein Wahlkampf auf europäischer Ebene über eben solche Politikfelder geführt wird. Damit fördern sie paradoxer Weise auch das Bewusstsein der Bürger über die Europäischen Union und damit möglicherweise die Integration. Um die Wahlen zum EP ausschließlich als „second order“ zu betrachten, fehlt auch die strikte Trennung von Regierung und Opposition im Parteiensystem der EU. Der Unmut des Wählers kann zum Beispiel nicht dadurch zum Ausdruck gebracht werden die Europäische Partei nicht zu wählen mit der er nicht zufrieden ist.<sup>139</sup> Ob eine Wahl als „second order election“ eingestuft werden kann, ist, aus individuenzentrierter Sichtweise schlicht auch abhängig davon, wie der Wähler dies betrachtet. *“European elections are not second order at all for those electors who vote at these elections exclusively by reference to European considerations.”*<sup>140</sup>

Neben dem Versuch, die Wahlen zum EP einem bestimmten Modell zuzuordnen, dessen Erklärungsgehalt auf den zweiten Blick nicht weitreichend genug ist, darf nicht übersehen werden, dass sich ausschließlich durch die Wahl eines Parlaments kein Demokratiedefizit beheben lässt.<sup>141</sup> Weitere strukturelle Elemente müssten dafür eingeführt werden. Einheitliche

---

<sup>137</sup> Vgl.: Hix, Simon: Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate: Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 171.

<sup>138</sup> Vgl. Hix, Simon/Lord Christopher: Political Parties in the European Union, London, 1997, S.92.

<sup>139</sup> Blondel, Jean/Sinnott, Richard and Svensson, Palle: People and Parliament in the European Union, Oxford, 1998, S.17.

<sup>140</sup> Ebd. S.18.

<sup>141</sup> Siehe hierzu auch: Hix, Simon: Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate: Europäische Integration, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 168ff.

Europawahlen und -wahlkämpfe oder eine neue Parteienfinanzierung der europäischen Parteienbünde sind erste Schritte, die mangelnde Transparenz für den Wähler, im Institutionengefüge der EU, abzubauen. So würden Europäische Parteien, die größtenteils schon über eigene Parteiprogramme verfügen, Benachteiligungen durch Wahlkämpfe auf nationale Ebene entgehen und so direkt in den integrativen Prozess der EU positiv eingreifen.

## 1.6. Die Parteienkonstellation im Europäischen Parlament

Die Parteienstruktur des Europäischen Parlaments ist gekennzeichnet durch eine Trias von nationalen Parteien, Europäischen Parteiföderationen und transnationalen europäischen Fraktionen. In diesem Kapitel werden die handelnden Parteien im EP und deren Zusammenwirken beschrieben.<sup>142</sup> Dies dient neben der Verdeutlichung der Strukturen dazu, die Fraktionen als faktische, antreibende politische Akteure im EP zu identifizieren. Der Begriff „Parteien“ soll hier nicht ausschließlich im politischen, sondern auch im ökonomischen bzw. juristischen Verständnis, somit sowohl als Partner, als auch als Konkurrent, zu verstehen sein.

„Parteien“ im politischen Zusammenhang sind *„Zusammenschlüsse von Gesellschaftsmitgliedern in unterschiedlicher organisatorischer Form zum Zwecke der Interessenvertretung und Beeinflussung der Willensbildung eines politischen Systems“*<sup>143</sup> Die Gestalt der Parteien wie ihre Ausdrucks- und Handlungsmöglichkeiten werden durch institutionelle und gesellschaftliche Verhältnisse und den Charakter des betreffenden politischen Systems bestimmt. Umgekehrt wirken sie darauf zurück. Wichtig ist, im Zusammenhang mit der europäischen Ebene, der genannte Aspekt einer Wechselbeziehung von Parteien mit dem System (Art. 191 EGV)<sup>144</sup>. Analog zum Parteienbegriff sind somit auch die Funktionen und Aufgaben der Parteien bestimmt. Dies sind unter anderem das Formulieren politischer Ziele (Artikulationsfunktion), das kumulieren einer Vielzahl von politischen Interessen (Aggregationsfunktion), das Mobilisieren einer Anhängerschaft und Integration der Anhänger in die politische Gesellschaft (Mobilisierungs- und Integrationsfunktion). Weitere Funktionen von Parteien sind die Rekrutierung politischen

---

<sup>142</sup> Es gibt zwar auch Parteien im Ausschuss der Regionen und in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, es soll hier aber ausschließlich auf die Parteien im Europäischen Parlament eingegangen werden. Siehe zu diesem Thema auch: Hix, Simon/Lord Christopher: *Political Parties in the European Union*, London, 1997, S.61. oder Hrbek, Rudolf/Weyand, Sabine: *betrifft: Das Europa der Regionen*, München, 1994, S.112ff.

<sup>143</sup> Grewen, Michel: *Partei*, in: Holtmann Everhard, *Politiklexikon*, 3.Aufl., München, 2000, S.450.

<sup>144</sup> Art. I-45 (4) und Art. III – 233 VVE

Personals (Rekrutierungsfunktion) und die Bildung bzw. die Einsetzung von Regierungen (Regierungsbildungsfunktion).<sup>145</sup>

### **A) Nationale Parteien auf Europäischer Ebene**

Nationale Parteien verfügen über die am weitesten entwickelten Organisationsstrukturen im politischen System der EU. Dies mag daran liegen, dass die Herausbildung nationaler Parteien schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts begann. Ihre ideologischen Wurzeln liegen oft im Aufkommen gesellschaftlicher Konfliktlinien, wie Kirche versus Staat, Stadt versus Land oder auch Arbeit versus Kapital.<sup>146</sup> Für die sich neu bildenden und bereits bestehenden Parteien der neuen Mitgliedsstaaten kann die Theorie der geschichtlichen Spannungslinien nicht uneingeschränkt übernommen werden. Dennoch grenzen sich die Parteien voneinander ab. Genau diese Trennung kann jedoch als vorhandene Spannungslinie betrachtet werden, die geschichtlich selbstverständlich nicht zwangsläufig bis in das vorletzte Jahrhundert zurückreicht.<sup>147</sup>

Nationale politische Parteien sind in die Aktivitäten des EP in verschiedener Weise mit einbezogen. Zunächst werden die Wahlkämpfe zum EP hauptsächlich über nationale Wahlkampagnen durchgeführt und von nationalen Parteien finanziert. Hier werden zwar auch transnationale Parteiprogramme benutzt, die Inhalte der Wahl werden jedoch oftmals mit nationalen Fragestellungen gefüllt. Innerhalb der Fraktionen bestehen kleinere Gruppen nationaler Parteien, die teilweise untereinander ihre Linien und Taktiken bestimmen.<sup>148</sup> Dadurch könnte in den Fraktionen möglicherweise ein hohes Potenzial an Unstimmigkeiten latent vorhanden sein. Dies wird in späteren Kapiteln untersucht.

Das umstrittene duale Mandat wurde zur Wahl 2004 abgeschafft. Dies wurde durch den Rat im Juli und September 2002 verabschiedet und in Artikel 7(2) im „Beschluss zur Einführung allgemeiner und unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments“ aufgenommen.<sup>149</sup> Das ist das allgemeine Dokument, auf dem die Rechtsvorschriften der Wahlen zum EP seit dem 20. September 1976 basieren. Es bildet die Grundlage der

---

<sup>145</sup> Vgl. etwa Gabriel, Oskar W./Holtmann, Everhard: Handbuch politisches System der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., München, 1999, S.504f.

<sup>146</sup> Zum Modell der Spannungslinien siehe: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: Cleavage structures, party systems, and voter alignments, in Meir, Peter: The West European Party-System, 1990. S.91-138.

<sup>147</sup> Siehe dazu Kapitel V, 1. Die Cleavagetheorie als Entstehungsmodell für die europäischen Fraktionen.

<sup>148</sup> Siehe dazu: Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.102f.

<sup>149</sup> Es gelten zeitliche Ausnahmeregelungen für irische Abgeordnete und Abgeordnete des Vereinigten Königreichs, bis zu den jeweilig nächsten nationalen Wahlen. (Siehe Artikel 7(2))



Direktwahl zum EP.<sup>150</sup> Es ist demnach nicht mehr möglich, sowohl Mitglied eines nationalen Parlaments oder einer nationalen Regierung, als auch Mitglied des EP zu sein.<sup>151</sup>

Die wohl weitreichendste Überschneidung der Beziehungen zwischen MEPs und nationalen Parteien ist letztlich die Aufstellung zur Wahl der MEPs durch nationale Parteien. Die Abgeordneten können somit unter dem Einfluss stehen, die Belange der nationalen Parteien durchzusetzen. Falls sie das nicht tun gefährden sie eventuell ihre Wiederwahl. Festzuhalten bleibt jedoch, „*the party structures in the domestic arena are the only true party membership organisations in the EU system.*“<sup>152</sup> Dies wird sich in den nächsten Abschnitten zeigen.

## **B) Parteiföderationen**

Im Moment gibt es sechs europäische Parteiföderationen, die einen Einfluss auf die Arbeit in der Europäischen Union haben. Die Europäische Volkspartei-Europäische Demokraten (EVP-ED), die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), die Europäische Liberale und Demokratische Reform-Partei (ELDR), die Europäische Föderation Grüner Parteien (EFGP), in geringerem Maße die Freie Europäische Allianz (FEA) der regionalistischen Parteien und die Europäische Linke (EL)<sup>153</sup>. Eine Etablierung der anderen politischen Gruppen im EP als Parteien gestaltet sich, durch große ideologische und organisatorische Unterschiede, im Moment problematisch.<sup>154</sup>

Die Vertiefung der Gemeinschaft prägt die Entwicklung der Parteien auf europäischer Ebene. Nach ersten Studien in den 50er und 60er Jahren kündigten die Neofunktionalisten, darunter Ernst Haas<sup>155</sup>, eine steile Entwicklung der europäischen Parteien als Träger der Integration an.<sup>156</sup> Danach erklärt sich die vortschreitende Integration hauptsächlich über das Konzept des spill-over. Dieses besagt kurz gefasst, dass sich vertiefende Kooperation in einem Bereich mit einen weiteren Bereich verflechtet und sich so ausdehnt. Beispiel wäre hier die Zusammenarbeit der Europäischen Union im Politikbereich Binnenmarkt, die sich über einen

---

<sup>150</sup> Das „Verbot der mehrfachen Bewerbung zur Wahl“ wurde auch in das Europawahlgesetz der BRD, in Artikel 6c aufgenommen.

<sup>151</sup> Dies war unter anderem aus zwei Gründen sehr umstritten. Zunächst bestand für die Träger eines dualen Mandates ein zeitliches Problem, da die Arbeit im Parlament das volle Zeitspektrum eines Mitglieds ausfüllt. Andererseits waren solche Abgeordneten auch Mitglieder einer nationalen Partei. Dies konnte ihre Handlungsfähigkeit und -freiheit beschränken.

<sup>152</sup> Hix, Simon/Lord Christopher: *Political Parties in the European Union*, London, 1997, S.58.

<sup>153</sup> Die EL hat sich im Mai 2004 neu gegründet. Es bleibt abzuwarten, wie groß der Einfluss der Dachorganisation im System der EU sein wird.

<sup>154</sup> Vgl. Hix, Simon: *The transnational party federations*, in: Gaffney, John: *Political Parties and the European Union*, London, 1996, S.308.

<sup>155</sup> Vgl. Haas, Ernst: *The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces*, London, 1957.

<sup>156</sup> Vgl. Lord, Christopher: *What Role for Parties in EU politics?*, in *Journal of European Integration*, Volume 24, Number 1, March, 2002.

freien Wirtschaftsraum bis hin zur Währungsunion ausgeweitet hat.<sup>157</sup> In den 70er Jahren war die Gemeinschaft „*in ein qualitativ neues Stadium ihrer Entwicklung getreten*“<sup>158</sup>. Im Zuge der Errichtung des Binnenmarkts, dem Ausbau gemeinschaftlicher Sozial- und Regionalpolitik, also der Weiterentwicklung der Gemeinschaft, war es für die Parteien an der Zeit, sich auf eine neue Situation einzustellen. Weitere Impulse, europäische Parteienföderationen zu schaffen, gingen von den politischen Fraktionen im EP aus. Sie empfanden es immer mehr als unzulänglich, dass sie im Gegensatz zu Parteien in nationalen Systemen keine Parteiorganisationen hatten, und so nicht als deren parlamentarischer Arm wirken konnten. Ihre Entwicklung nahm und nimmt damit einen ähnlichen Weg, wie die Ausbildung der Parteien im britischen Parlamentarismus. Weiter sollten durch transnationale Parteien die Verbindungen zu nationalen Parteien ausgebaut werden.<sup>159</sup> Die europäischen Parteien erkannten, dass sich sowohl im politischen, als auch in gesellschaftlichen Rahmen Organisationen wie Interessenverbände auf europäischer Ebene zu Dachorganisationen zusammengeschlossen hatten. Diese versuchten, das Geschehen in der Gemeinschaft mitunter durch Lobbying zu beeinflussen. Zudem war die Bildung europäischer Parteienföderationen mit großen integrativen Erwartungen verknüpft. Das, durch die Vertiefung und Erweiterung der Union, entstandene Demokratiedefizit sollte auch mit Hilfe der Parteien überwunden werden.<sup>160</sup>

Der Katalysator, der wohl den größten Teil zur Bildung europäischer Parteien beigetragen hat, war die erste Direktwahl zum EP 1979. Den beteiligten Akteuren und Parteien schien es nicht angemessen, sich dem Wähler ausschließlich in einem engen nationalen Rahmen zu präsentieren. Hier beginnt eine Phase des Optimismus in der Entwicklung der Europaparteien. Es war davon ausgegangen worden, dass sie sich, durch oben genannte Gründe, als Institutionen in der Gemeinschaft etablieren könnten. Nach Vorbereitungen in den 50er und 60er Jahren konstituierte sich der „Bund der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien Europas“ 1974. Darauf gründeten sich die „Europäische Volkspartei-Christliche Demokraten“ und die „Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ 1976. Nach den Ergebnissen der ersten Direktwahl war zu sehen, dass die Parteien die gewünschte Forderung, die Integration voranzutreiben, nicht erfüllen konnten und es schwierig sein würde, über den Status einer reinen Dachorganisation

---

<sup>157</sup> Vgl. Haas, Ernst: *The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces*, London, 1957.

<sup>158</sup> Hrbek, Rudolf: *Europäische Parteiföderationen*, in Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard: *Pipers Wörterbuch zur Politik, Europäische Gemeinschaft*, München, 1994, S.221.

<sup>159</sup> Vgl. Hrbek, Rudolf: *Europäische Parteiföderationen*, in Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard: *Pipers Wörterbuch zur Politik, Europäische Gemeinschaft*, München, 1994, S.221.

<sup>160</sup> Vgl. Hrbek, Rudolf: *Europäische Parteiföderationen*, in Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard: *Pipers Wörterbuch zur Politik, Europäische Gemeinschaft*, München, 1994, S.222.

hinwegzugelangen. Eine Stagnation der Entwicklung war an die Stelle der ersten Euphorie getreten. Erst nach den Verhandlungen 1989 und dem Abschluss des Vertrages von Maastricht erschien wieder ein gewisses Interesse an der Arbeit und am Potenzial der Föderationen. Dies führte zu ihrer Ausdehnung und Vertiefung. Während den Verhandlungen zum Vertrag von Maastricht dienten die Parteien als Forum für die Koordination für nationale Parteien und vermittelten in Konflikten, die aus nationalem Interesse entstanden.<sup>161</sup> Nach der Gründung der Europäischen Freien Allianz (EFA) Anfang der 80er Jahre erlebten die Parteiföderationen nach Maastricht eine Phase der Renaissance. 1992 konstituierten sich sowohl die SPE als auch die EVP neu. Ein Jahr später wurde die „Föderation der liberalen und demokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ umbenannt in „Europäische Liberale und Demokratische Reform-Partei“. Auf die Konstituierung der „Europäischen Föderation Grüner Parteien“ (EFGP) 1993 folgt erst 2004 mit der „Europäischen Linken“ (EL), die nächste Gründung eines europäischen Parteiendachverbandes. Diese bildet den bisherigen Abschlusspunkt der Entwicklung europäischer Parteien. Trotz großer Heterogenität ist es jeder der genannten Parteien gelungen, ein Grundsatzprogramm (Manifesto) zu verabschieden. Die Grundsatzprogramme sind allerdings inhaltlich bei Weitem nicht so ausgearbeitet, wie dies bei nationalen Parteien der Fall ist.

Parteiföderationen auf europäischer Ebene verfügen über eine Reihe von Einrichtungen und Organen. Jede von ihnen besitzt ein Sekretariat, einen Kongress, einen Vorstand, einen geschäftsführenden Vorstand und das Treffen der Parteiführung. Wobei der Kongress das oberste beschlussfassende Organ der europäischen Parteien darstellt. Ihm obliegt die Festlegung der Parteistatuten und der politischen Leitlinien. Weiter werden hier die Vorstände, nach bestimmten Quoten im Kongress aufgestellt und gewählt. Aus diesem Vorstand werden Parteiprääsidenten und Vize-Präsidenten gewählt. Dies sind zumeist Personen aus Führungsebenen nationaler Parteien, die die Parteien nach außen hin vertreten.<sup>162</sup> Insgesamt ähnelt die Struktur der Parteiföderationen derer nationaler Parteien. Trotzdem unterscheiden sich die europäischen Föderationen in einigen Gesichtspunkten grundlegend von nationalen Parteien und Fraktionen im EP. Die Rekrutierung des politischen Personals erfolgt nicht aus zuvor nicht politisch aktiven Mitgliedern der Gesellschaft, die der europäischen Organisation beitreten, sondern aus bereits bestehenden politischen Eliten.

---

<sup>161</sup> Vgl. Hierzu auch Hix, Simon: *The transnational party federations*, in: Gaffney, John: *Political Parties and the European Union*, London, 1996, S.312ff. und Lord, Christopher: *What Role for Parties in EU politics?*, in *Journal of European Integration*, Volume 24, Number 1, March, 2002.

<sup>162</sup> Hix, Simon / Lord Christopher: *Political Parties in the European Union*, London, 1997, S.63f.

Ordentliche Mitglieder sind nationale Parteien.<sup>163</sup> Die Föderationen sind weder direkt mit dem Wahlprozess verbunden noch mit der politischen Arena eines Parlaments. „*The federations [...] do not cooperate and compete in a way that directly links voter choice to the outputs of the Union's political system.*“<sup>164</sup> Und genau hier liegt für die Parteiföderationen das Problem der Wählerbindung. Die europäischen Parteien sind damit aus der Verbindung zwischen Wähler und politischem System bzw. politischen Akteur ausgeklinkt. Forderungen und Unterstützungen des europäischen Parteiensystems gehen damit verloren.

Ein weiteres Merkmal, das die Föderationen von nationalen Parteien unterscheidet, ist ihre Finanzierung. Sie wurden bis 2003 zur einen Hälfte von nationalen Parteien, zur anderen Hälfte von den Fraktionen im EP unterstützt.<sup>165</sup> So entstand ein Zwang, dem die europäischen Parteien unterlagen und der die Vermutung nahe legte, dass nationale Parteien, als rational handelnde Akteure, durch eine Kombination von „office-seeking“ und „policy-seeking“ motiviert sind<sup>166</sup>, darauf bedacht sein werden, ihre Unabhängigkeit zu erhalten und sich keinen Entscheidungen der Parteiföderationen unterwerfen würden.<sup>167</sup> So erfüllten diese mit nur schwach ausgebildeter Artikulations- und Rekrutierungsfunktion bzw. mit gänzlich fehlender Regierungsbildungsfunktion nicht die oben genannten Kriterien einer vollständig entwickelten politischen Partei. Europäische Parteiföderationen konnten deshalb, aufgrund ihrer Strukturen und Abhängigkeiten, den Verfassungsauftrag<sup>168</sup> als Organisationen bislang nicht unabhängig von anderen Parteien auf europäischer Ebene erfüllen.

Die Hoffnung auf einen neuen Schub der Entwicklung der Europäischen Parteien gibt allerdings das bereits verabschiedete europäische Parteienstatut. Eine Partei soll damit europäischen Parteienstatus erhalten, wenn sie in wenigstens einem Viertel der Mitgliedsstaaten der EU bei der Europawahl mindestens drei Prozent erreicht hat. Weiter wird die Offenlegung von Spenden über 500 Euro verpflichtend. Spenden über 12 000 Euro pro Einzelspender sind zudem unzulässig. Ein Posten von 8,4 Millionen Euro pro Jahr wurde für die Finanzierung der Europäischen Parteien im EU-Haushalt von der Kommission veranschlagt. Um Mittel daraus zu empfangen müssen die Parteien nun jedes Jahr einen Antrag auf Finanzierung stellen. Von oben genanntem Betrag werden 15% paritätisch auf die

---

<sup>163</sup> Vgl. Maurer, Andreas / Mittag, Jürgen: Europäische Parteien, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S. 159.

<sup>164</sup> Lord, Christopher: What Role for Parties in EU politics?, in Journal of European Integration, Volume 24, Number 1, March, 2002, S.45.

<sup>165</sup> Vgl. Lord, Christopher: What Role for Parties in EU politics?, in Journal of European Integration, Volume 24, Number 1, March, 2002, S.45.

<sup>166</sup> Vgl. Ebd., S.46.

<sup>167</sup> Vgl. Hrbek, Rudolf: Europäische Parteiföderationen, in Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard: Pipers Wörterbuch zur Politik, Europäische Gemeinschaft, München, 1994, S.224.

<sup>168</sup> Siehe Art. 191 EGV bzw. Art. I-45 (4) und Art. III – 233 VVE

Europäischen Parteien verteilt. Die restlichen 85% werden aufgrund der Sitzverteilung im Europäischen Parlament an die Parteien zugewidmet. Die zur Verfügung gestellten Mittel müssen für die im Parteienstatut genannten Ziele, wie etwa Sitzungen, Studien oder Veröffentlichungen bzw. Verwaltungsausgaben benutzt werden. Sie dürfen nicht den nationalen Parteien zukommen.<sup>169</sup>

Innerhalb des Europäischen Parlaments und seiner Fraktionen treffen diese Neuregelungen auf breiten Zuspruch. Wie sich die Parteien auf der Grundlage dieser Legitimierung weiter entwickeln werden, steht allerdings noch abzuwarten. Allerdings wird schon durch eine kurze Einführung deutlich, dass durch dieses Statut die Möglichkeiten zur Emanzipation Europäischer Parteiföderationen von nationalen Parteien und den Quersubventionierungen der Fraktionen deutlich vergrößert wird.

### **C) Fraktionen im Europäischen Parlament**

Da die erhoffte Stärkung und Unterstützung durch transnationale Parteiorganisationen aus oben genannten Gründen bislang ausblieb, verlagerte sich das Schwergewicht im historischen Entwicklungsprozess des EP schnell wieder auf die Fraktionen.<sup>170</sup> Aufgrund ihres hohen Organisationsgrades konnten und können sie leisten, wozu europäische Parteiföderationen (noch) nicht im Stande sind. Sie koordinieren die Geschäfte und den intra- und interinstitutionellen Gesetzgebungsprozess im Europäischen Parlament.

Fraktionen, im anglistischen Sprachgebrauch „*party groups*“ genannt, sind nach eigener Logik handelnde Akteure im EP. Ihre rechtliche Grundlage besteht auf Art. 199 EGV<sup>171</sup>. Damit wird dem Parlament eine Geschäftsordnung eingeräumt. Diese bildet wiederum das Fundament für die Fraktionen. Artikel 29 I. der Geschäftsordnung besagt: „*Die Mitglieder können ihrer politischen Zugehörigkeit entsprechende Fraktionen bilden.*“<sup>172</sup> Das Kriterium zum Beitritt in eine Fraktion ist somit nicht die territoriale bzw. nationale, sondern sozusagen die ideologische Herkunft der MEPs. So wird verhindert, dass sich nationale Parteizusammenschlüsse bilden. Ein solcher supranationaler und damit integrativer Ansatz spiegelt sich auch in Artikel 29 II. der Geschäftsordnung wieder. Danach müssen die Fraktionen Mitglieder aus mehreren Mitgliedsstaaten beherbergen. Um eine Fraktion zu

---

<sup>169</sup> Siehe dazu: Regulation (EC) No 2004/2003 of the European Parliament and of the Council of 4 November 2003 on the regulations governing political parties at European level and the rules regarding their funding.

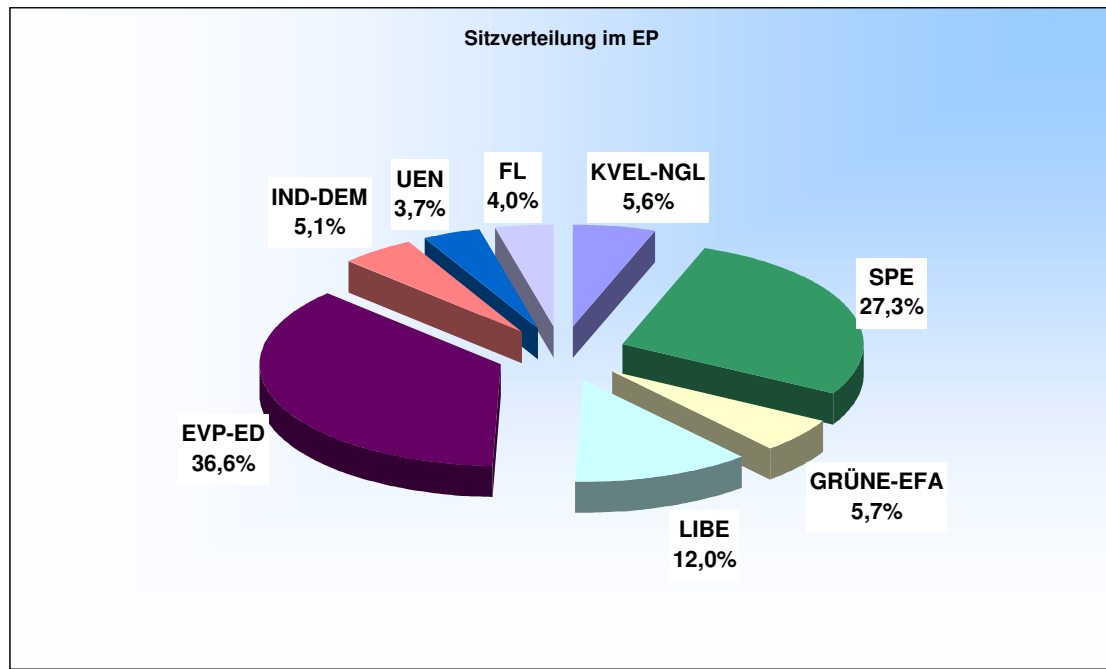
<sup>170</sup> Vgl. Hrbek, Rudolf: Europäische Parteiföderationen, in Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard: Pipers Wörterbuch zur Politik, Europäische Gemeinschaft, München, 1994, S.225.

<sup>171</sup> Art. III-241 VVE

<sup>172</sup> Europäisches Parlament: Geschäftsordnung, 16. Aufl., Februar 2006, Art. 29.

etablieren bedarf es somit mindestens 19 Mitglieder aus mindestens einem fünftel, d.h. aus momentan mindestens fünf der Mitgliedsstaaten. Die Bedingungen sind somit günstiger, eine Fraktion zu bilden, wenn Vertreter aus möglichst vielen Mitgliedsstaaten eine Fraktion gründen wollen. „Je supranationaler eine Abgeordnetengruppe also ist, desto eher erlangt sie Fraktionsstatus.“<sup>173</sup> Regelungen für fraktionslose MEPs trifft Artikel 31 der Geschäftsordnung. Fraktionslosen stehen, gegenüber Abgeordneten in Fraktionen, jedoch weniger Mittel, sich am Geschehen in Parlament zu beteiligen. Beispielsweise ist es für sie schwieriger, Positionen zu bestimmten Politikfeldern durchzusetzen oder wichtige Ämter bzw. Posten zu besetzen.<sup>174</sup> Hier wird demnach ein direkter Druck ausgeübt, der zum Beitritt in eine Fraktion führen soll.

Die Bildung von Fraktionen nach parteipolitischer Gesinnung ist jedoch keine Neuerung, die mit der ersten Direktwahl zum EP eingetreten ist. Schon in der Parlamentarischen Versammlung, seit 1958, sitzen die Mitglieder neben Gleichgesinnten anderer nationaler Parteien. Seit jeher drehen sich damit die Aktivitäten im EP um die Fraktionen. „The political groups are the backbone of the EP’s internal organisation.“<sup>175</sup>



**Schaubild IV. 4.: Fraktionen und Fraktionsstärke im EP**  
**Quelle: Europäisches Parlament, September 2004.**

<sup>173</sup> Neßler, Volker: Europäische Willensbildung: Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach, 1997, S.39.

<sup>174</sup> Vgl. Neßler, Volker: Europäische Willensbildung: Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach, 1997, S.39.

<sup>175</sup> Raunio, Tapio: The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament, Aldershot, 1997.

	1999 - 2004		2004 - 2009	
EVP-ED	233	37,2%	268	36,6%
SPE	175	28,0%	200	27,3%
ALDE	53	8,5%	88	12,0%
KVEL - NGL	50	8,0%	41	5,6%
GRÜNE - FEA	45	7,2%	42	5,7%
UEN	22	3,5%	27	3,7%
EDU	16	2,5%		
IND-DEM			37	5,1%
FL	32	5,1%	29	4,0%
Gesamt	626	100%	732	100%

**Tabelle IV. 1.: Sitzverteilung und Fraktionsstärke im EP 1999 – 2004 und 2004 – 2009 im Vergleich**  
**Quelle: Europäisches Parlament, September 2004**

Im prozentualen Vergleich der Fraktionsstärke der fünften und sechsten Legislaturperiode wird deutlich, dass sich keine fundamentalen Veränderungen ergeben haben. Die Fraktionen haben demnach in ihrer grundlegenden Aufstellung Bestand. Damit ist eine basale Voraussetzung für kommende Analysen gegeben. Hinsichtlich der Größe der Fraktionen ist es damit für den Fortgang der Untersuchung möglich, Interpretationen sowohl auf die fünfte, als auch auf die sechste Legislaturperiode weitgehend gleichbedeutend zu übernehmen.

Die Fraktionen der vormaligen LIBE und EDU haben sich in neuer Besetzung umorganisiert und hauptsächlich umbenannt in ALDE und IND-DEM. Die Sitzverteilung der beiden größten Fraktionen hat sich nur wenig verändert.<sup>176</sup> Noch immer belegt die Fraktion der Christdemokraten und Europäischen Demokraten die meisten Sitze, vor der sozialdemokratischen Fraktion. Die Fraktionen der grünen und linken Parteien haben etwa soviel verloren, wie die Fraktion der Liberalen prozentual zulegen konnte. Dennoch ist ein leichtes Wachstum der Fraktionen zu beobachten, zu denen sich europaskeptische Parteien zusammengeschlossen haben.

Zur Zeit existieren sieben „feste“ Fraktionen, sowie eine Anzahl von Fraktionslosen Mitgliedern im EP:

Die *Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischer Demokraten (EVP-ED)*, die schon 1953 in der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen

<sup>176</sup> Die folgenden Beobachtungen und Berechnungen beziehen sich auf die in der Tabelle genannten Sitzverteilungen. Dem Autor ist dabei bewusst, dass sich etwaige Veränderungen während der Legislaturperiode ergeben können. Stand Mai 2006 sind diese jedoch nicht grundlegend, im Verhältnis zum September 2004. Eine Ausnahme bildet die Fraktion der IND-DEM, die sich momentan augenscheinlich in einer Umstrukturierungsphase befindet. Zur aktuellen Sitzverteilung siehe: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int).

Um der Problematik des „moving target“ Herr zu werden, ist es bei der hier vorliegenden Untersuchung jedoch nötig, ein fixes Datum anzunehmen, das als Bezugspunkt für Berechnungen und Analysen zu werten ist.

Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet wurde, besteht seit der Wahl 2004 aus 44 Parteien aller 25 Mitgliedsstaaten. Mit 268 Abgeordneten bildet sie in der sechsten Wahlperiode die größte und einzige Fraktion in der sich Vertreter nationaler Parteien aller EU-Mitglieder zusammenschließen. Die deutsche CDU-CSU stellt mit 49 Abgeordneten die größte Gruppe. Weitere nationale Parteidelegationen sind die Forza Italia (FI) (16) und die europakritische Conservative Party Großbritanniens (28) oder auch die Platforma Obywatelska (PO (Bürgerplattform)) (15) mit liberaler Tendenz. Sichtbar wird schon hier, dass durch den heterogenen Charakter der Gruppe Probleme entstehen könnten, eine Fraktionslinie zu koordinieren.

Die *Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas* (SPE) stellt mit 200 Mitgliedern, 68 weniger als die EVP-ED, die zweitgrößte Fraktion im Parlament. Dies jedoch erst seit der Wahl 1999. Seit 1989 hatte sie traditionell die meisten Sitze im EP. Ein Hauptgrund dafür könnte die Umstellung des Wahlsystems in Großbritannien sein.<sup>177</sup> In der SPE sind Vertreter aus 28 verschiedenen nationalen Parteien präsent. Hier sind Abgeordnete aus 23 verschiedenen Staaten vertreten. In der SPE überwiegen sozialdemokratische nationale Parteidelegationen aus Frankreich (31), Spanien (24) und Deutschland (23). Sie ist eine verhältnismäßig homogene Gruppe, in der sich „moderne bzw. reformierte“ Sozialdemokraten zusammengeschlossen haben. Im Moment stellt die Fraktion der SPE mit Josep Borell Fontelles den Parlamentspräsidenten. Da beide Fraktionen sich „traditionell“ durch die Größe ihrer Mitgliederzahl von den anderen abheben, werden sie als große Fraktionen bezeichnet. Zusammengenommen stellen sie 63,9% der Stimmen. Bei einer Zusammenarbeit ist es ihnen also leicht möglich, eine Mehrheit bei Abstimmungen im EP zu erreichen.

Die *Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokratien für Europa* (ALDE) hat in der sechsten Legislaturperiode 88 Sitze. Mit Abgeordneten aus 20 Mitgliedsstaaten und 31 nationalen Parteien ist sie die drittgrößte Fraktion. Anzumerken sind hier besonders stark vertretene Gruppe der britischen Liberal Democrats (LD) (12) und die bundesdeutsche FDP (13), der wohl dank ihrer Wahlstrategie und Spitzenkandidatin Koch-Mehrin der Wiedereinzug in das EP gelang. Die liberale Fraktion konnte bis zur Wahl 2004 mit Pat Cox einen charismatischen und medienwirksamen Parlamentspräsidenten stellen. Dieser Umstand ist ungewöhnlich, da dieser seit der Parlamentarischen Versammlung erst drei mal von der

---

<sup>177</sup> Siehe Wahlsystem.



liberalen Fraktion gestellt wurde.<sup>178</sup> Normalerweise wird der Posten von den zwei großen Fraktionen besetzt.

Die Fraktion der *GRÜNEN im Europäischen Parlament und der Europäischen Freien Allianz* (GRÜNE – EFA) repräsentiert Abgeordnete aus 13 Mitgliedsstaaten und Vertreter, die durch 19 nationale Parteien entsandt wurden. Diese Gruppe der GRÜNEN – EFA hatte sich bei der Wahl 1999 im Vergleich zu 1994 mehr als verdoppelt. Dies lag zum einen an der Erweiterung der EU um Österreich, Finnland und Schweden, zum anderen wohl am Erfolg grüner Parteien auf nationaler (Regierungs-)Ebene. Bei der Wahl zur sechsten Legislaturperiode konnte die Fraktion nicht wie zuvor vom Hinzukommen weiterer nationaler Parteidelegationen aus neuen Mitgliedsländern profitieren. Die Allianz zwischen GRÜNEN und EFA bestand schon vor der Gründung der EFGP in der Regenbogenfraktion während der Legislaturperiode 1984 - 89. Dominierende nationale Parteidelegation sind die GRÜNEN aus der BRD (13).

Die *Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken und Nordischen Grünen Linken* (KVEL-NGL) besteht aus Vertretern aus 14 Mitgliedsstaaten und 18 nationalen Parteien. Diese haben 41 Sitze inne. Die nach der Mitgliederzahl stärksten Gruppen sind die italienischen (RC (Partito della Rifondazione Comunista) / PdCI (Partito dei Comunisti Italiani)) und deutschen (PDS) (post)Sozialisten mit jeweils 7 Abgeordneten.

Eine weitere Gruppe bildet die *Fraktion Unabhängigkeit und Demokratie* (IND-DEM). Diese neu gegründete Fraktion löst die Fraktion des Europa der Demokratien und Unterschiede (EDU) ab. Die hier vereinten 10 nationalen Parteien, aus 10 Staaten und deren 37 Mitglieder, sind EU skeptisch eingestellt. Sie wehren sich gegen eine weitreichendere europäische Integration. Dominiert wird diese Fraktion von euroskeptischen Parteien aus Großbritannien (11) (UKIP), Polen (10) (LPR (Liga Polnischer Familien)) und Italien (4) (LN (Lega Nord)). Sie konnte, im Gegensatz zur GRÜNEN-EFA, vom Europawahlssystem des Vereinigten Königreichs und der Vergrößerung der Union profitieren und ihre Mitgliederzahl mehr als verdoppeln.

Die *Technische Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten / Gemischte Fraktion* (TUA) ist, wie der Name verdeutlicht eine rein *technische Fraktion*, die den Mitgliedern den Nutzen einer „festen“ Fraktion bietet. Sie besteht aus 29 fraktionslosen Abgeordneten, die aus 8 Mitgliedsstaaten stammen und erfüllt somit die in Art. 29 der Geschäftsordnung verankerten Bedingungen zur Bildung einer Fraktion. Vertreter aus 13 nationalen Parteien haben sich unter diesen Umständen zusammengefunden.<sup>179</sup> Hier schließen sich v.a. Abgeordnete

---

<sup>178</sup> Vgl. Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.110.

<sup>179</sup> In der Forschungsliteratur wird diese Gruppe durch den Umstand ihres Zusammenschlusses, also nicht zentral aus ideologischer Motivation, nicht als „bestehende“ Fraktion angesehen. Ebenso auch hier. Siehe hierzu:

zusammen, die nicht mit andern Gruppen kooperieren wollen oder dürfen, wie die Abgeordneten des französischen Front National (7) oder Alessandra Moussolini. Diesen losen Verband als Gruppierung oder gar Fraktion zu bezeichnen ist jedoch in Frage zu stellen.

Die kleinste Gruppe und ebenfalls EU- bzw. integrations skeptische Gruppe des EP, die *Fraktion der Unabhängigen für das Europa der Nationen* (UEN) repräsentiert 27 Mitglieder aus 6 Mitgliedsstaaten, die aus 7 nationalen Parteien stammen. Diese Fraktion hat sich vor der Wahl 1999 gegründet und wird von italienischen (Allenza Nazionale), polnischen, lettischen und irischen Abgeordneten dominiert, die sich mit ihren Einstellungen am äußeren Rand des Politikspektrums befinden.

Alle Fraktionen genießen beträchtliche Rechte im EP. Sie werden durch das interne Budget des Parlaments mitfinanziert. Die Summe die eine Gruppe empfängt ist abhängig von ihrer Mitgliedszahl. Das erhaltene Budget der Fraktionen darf jedoch nicht für Wahlkampfzwecke eingesetzt werden. Weiter können von diesen finanziellen Mitteln Angestellte eingestellt werden. Diese sollen für einen internen, externen und technischen Informationszugang sorgen.<sup>180</sup>

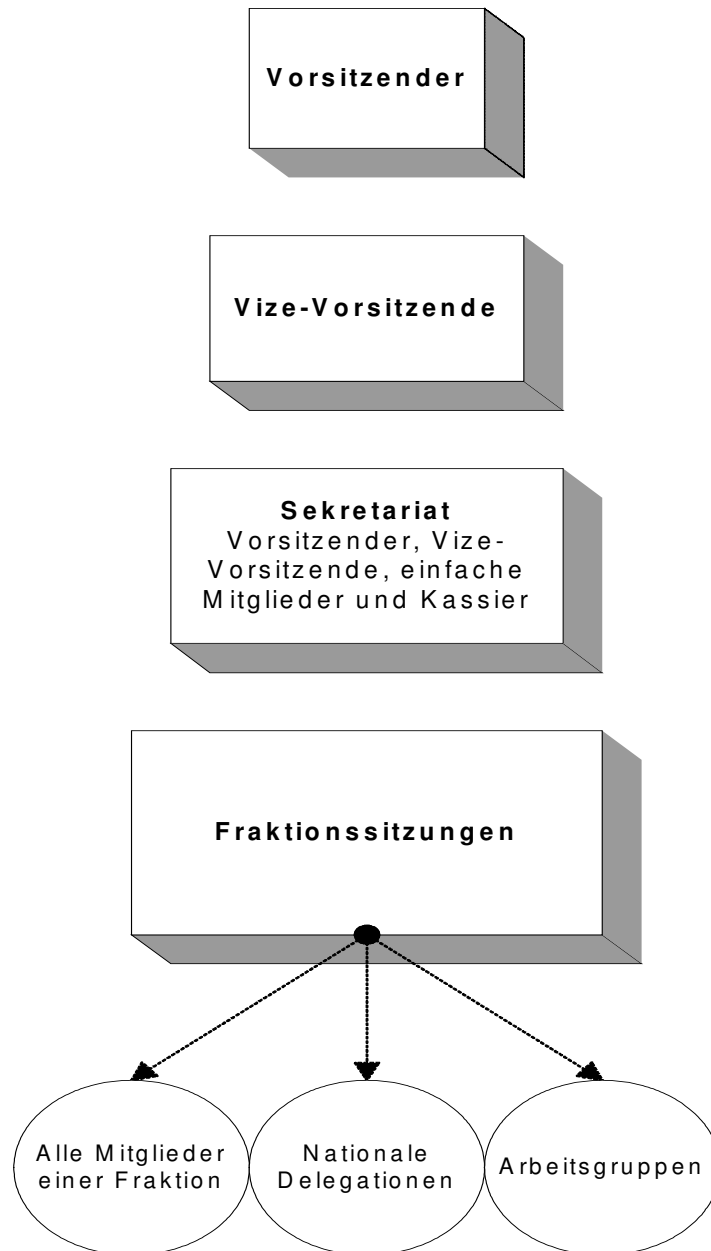
Die interne Organisationsstruktur variiert von Fraktion zu Fraktion. Generell ist sie allerdings stärker institutionalisiert, je größer die Mitgliederzahl einer Gruppe ist. Grundsätzlich sind jedoch alle Fraktionen gleich organisiert. Der Posten eines *Präsidenten*, auch Vorsitzender genannt, ist eine politische Schlüsselfunktion, da er die Fraktion in der Konferenz der Präsidenten repräsentiert. Das wohl wichtigste fraktionsinterne Organ ist das *Sekretariat*, das aus dem *Vorsitzenden*, seinen *Vize-Vorsitzenden*, den *einfachen Mitgliedern* und dem *Kassier* besteht. Posten innerhalb der Fraktionen werden nach den Verhältnissen der nationalen Parteien im EP zugeteilt. Das Sekretariat ist zuständig für die interne Organisation, aber auch für Angelegenheiten in der Tagesordnung des Parlaments. Die Größe der Belegschaft des Sekretariats ist abhängig von der Fraktion und deren finanziellen Mittel. *Nationale Delegationen* besitzen oft eine individuelle hierarchische Schichtung. Sie bestimmen eigene Gruppenleiter, die sie wiederum innerhalb der Verhandlungen in den Fraktionen vertreten. Zudem stellen sie einen wichtigen Teil der internen Struktur europäischer Fraktionen dar. Meist sind sie intern auf einer weiteren Ebene hierarchisch organisiert und besitzen einen Gruppenvorsitzenden. Die *Arbeits- und Fraktionssitzungen* spielen eine große Rolle im Zwischenspiel von nationalen Delegationen. „*These meetings provide the opportunity for*

---

Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.93ff. oder Hix, Simon / Lord Christopher: Political Parties in the European Union, London, 1997, S.68ff.

<sup>180</sup> Vgl. Raunio, Tapio: The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament, Aldershot, 1997, S.45f.

*exchanging opinions, presenting arguments, and letting off steam.*<sup>181</sup> Die Fraktionssitzungen dienen somit dazu, interne Konflikte zu lösen und Kompromisse zu finden.



**Schaubild IV. 5.: Die Organisationsstruktur der Fraktionen**

**Quelle:** Nach Raunio, Tapio: *The European Perspective*.

Es ist des Weiteren anzunehmen, dass die Fraktionsdisziplin der transnationalen Gruppierungen weniger stark ausgeprägt ist, als in nationalen Parlamenten.<sup>182</sup> Dies liegt teilweise wohl an der fehlenden Regierungsbildungsfunktion der Fraktionen und des Parlaments. Weiter können durch den heterogenen Charakter der einzelnen Fraktionen und die regionale, kulturelle und politische Herkunft der Gruppen Konfliktsituationen bei

<sup>181</sup> Ebd. S.50.

<sup>182</sup> Siehe hierzu Kapitel IV.

verschiedenen Politikbereichen und Issues der einzelnen Abstimmungen entstehen. Aus diesen Gründen wird in manchen Fraktionen geduldet, wenn einzelne MEPs oder nationale Delegationen sich den Abstimmungen enthalten oder auch gegen die Linie der restlichen Fraktion abstimmen. Ein Grund für diese eher lockere Auslegung der Fraktionsdisziplin mögen die relativ schwachen Sanktionsmechanismen sein, die eine Fraktion gegenüber ihren MEPs ausüben kann. Die weitreichendsten Sanktionen liegen letztlich in der Hand der nationalen Parteien, die die MEPs bei der nächsten Europawahl nicht mehr in ihre Abstimmungslisten aufnehmen können.<sup>183</sup>

Eine der Funktionen von Fraktionen ist die Strukturierung des politischen Willensbildungsprozesses. *„Ihre Aufgabe ist es, die unterschiedlichen nationalen Interessen untereinander und mit dem europäischen Interesse in Einklang zu bringen.“*<sup>184</sup> Durch finanzielle und personelle Mittel haben sie, im Gegensatz zu den Parteiföderationen, Möglichkeiten zu Informationsvorsprüngen und effizienteren Entscheidungsmechanismen. Es ist deshalb anzunehmen, dass sie einer spezifischen internen Logik folgen und damit in der Lage sind, als eigenständige, sich in einer Schlüsselstellung befindende Akteure den Willensbildungsprozess im System der Europäischen Union zu beeinflussen.

### **1.7. Fazit: Triadische Akteurskonstellation – Vorteilsposition für die Fraktionen**

Im EP existieren, wie gezeigt werden konnte, drei verschiedene Typen mitwirkender Parteien: Nationale Parteien, Parteiföderationen und Fraktionen. Diese stehen untereinander in einem Zusammenhangs- und Spannungsverhältnis. Nationale Parteien befinden sich sozusagen in einer Mittelposition. Sie können über Listenplätze auf Fraktionen, und durch Forderungen und Unterstützungen auf Parteiföderationen Druck ausüben und so indirekt den Legislativprozess beeinflussen. Sie haben somit eine günstige Position und könnten stark auf den Willensbildungsprozess im EP einwirken. Inwieweit dies geschieht ist jedoch abhängig von spezifischen internen Kosten-Nutzenkalkülen und deshalb oft wenig durchsichtig.

Europäische Parteiföderationen werden, v.a. durch die Möglichkeiten die das Parteienstatut hervorbringt, zwar nicht mehr von nationalen Parteien und Fraktionen finanziert und sind aufgrund dessen nicht mehr von ihnen abhängig. V.a. kleine Parteiföderationen stellen allerdings, nicht zuletzt durch relativ wenig zur Verfügung stehende (Geld)Mittel und den

---

<sup>183</sup> Vgl. Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 4th Edition, London 2000, S.89f.

<sup>184</sup> Neßler, Volker: Europäische Willensbildung: Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach, 1997, S.42.

damit zusammenhängenden Leistungen, ein recht schwaches Glied in der Kette der Parteien auf europäischer Ebene dar. Ihr Einfluss auf den Legislativprozess ist (noch) gering. Sie sind jedoch in der Lage, als Dachorganisationen, durch koordinatorische Möglichkeiten, eine Plattform für die anderen teilnehmenden Akteure anzubieten.

Dieses Podium können sich jedoch die Fraktionen zu Nutze machen und als Kommunikations- und Informationsforum anwenden. Sie können zwar durch nationale Parteien beeinflusst werden, sind finanziell jedoch unabhängig und ausreichend mit Mitteln ausgestattet. Diese Unabhängigkeit ist für ihre Arbeit von Nutzen. Sie arbeiten, als unabhängiger Arm der Parteiföderationen, im Parlament an Entscheidungsfindungen und besitzen ausgeprägte und institutionalisierte Strukturen. Somit sind sie der einzige Parteytyp, der direkt in den Legislativprozess im EP einwirken kann. Der Willensbildungsprozess im EP wird daher hauptsächlich von ihnen delegiert und ausgeführt.

Wie unabhängig von anderen Parteien die Fraktionen arbeiten können, liegt jedoch in erster Linie daran, wie effizient verschiedene Einstellungen nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Fraktionen koordiniert werden. Das Ergebnis dieser Koordination in nationalen Delegationen, Fraktionssitzungen und Ausschüssen sind die Abstimmungen im Parlament. Sie bilden die Grundlage kommender Untersuchungen. Vor dem Beginn der empirischen Analysen soll allerdings zunächst, in einem weiteren kurzen deskriptiven Abschnitt, das Augenmerk auf bislang von der Literatur nur sehr wenig beachtete Akteure gelenkt werden: auf parlamentarische Delegationen und Intergroups.

## **1.8. Netzwerkverbindungen: Delegationen und Intergroups**

Neben den Fraktionen und Ausschüssen existieren zwei weitere charakteristische Gruppenakteure innerhalb des Gefüges des Europäischen Parlaments. Parlamentarische Delegationen, die die Beziehungen zu anderen Parlamenten pflegen, und Intergroups, die sich als informelle Gruppierungen bestimmten Sachthemen verpflichtet sehen. Welchen Einfluss diese beiden Akteursgruppen tatsächlich auf den Entscheidungsfindungsprozess innerhalb des Europäischen Parlaments haben, kann mit den vorhandenen quantitativen Daten nur schwer erfasst werden. Dennoch steht fest, dass das Verhalten von Individuen und Gruppen durch ihre Umwelt, d.h. eben auch andere Akteure, geprägt wird. Sie bilden so ihre funktionale Differenzierung aus und konstatieren sich dadurch gleichermaßen. Aus diesen Gründen kann es aufschlussreich sein, über den Tellerrand der intrastrukturellen Interaktion des Europäischen Parlaments hinauszublicken und das Netzwerk etwas genauer zu beleuchten, das es nach Außen hin ausgebildet hat.

### **1.8.1. Parlamentarische Delegationen**

Meist wird den europäischen Parteiföderationen und den Fraktionen des Europäischen Parlaments sehr viel Beachtung geschenkt. Dabei wird oftmals vergessen, dass das Parlament nicht nur in seinen eigenen Hallen arbeitet, sondern auch die Beziehungen mit anderen, externen staatlichen oder auch internationalen nicht-gouvernementalen Akteuren pflegen soll und muss. Dies ist nötig, um Informationen auszutauschen oder auch um gegenüber dritten Akteuren, die außerhalb des Systems der Europäischen Union tätig sind, als Institution zu repräsentieren und ernst genommen zu werden.<sup>185</sup> Hierfür sind spezielle Delegationen des Europäischen Parlaments zuständig.

Die parlamentarischen Delegationen des Europäischen Parlaments sollen deshalb, wie bereits angedeutet, die Beziehungen des EP zu Drittstaaten, Organisationen oder anderen Parlamenten pflegen, und in diesem Zusammenhang aufkommende Verpflichtungen wahrnehmen oder spezifische Fragen klären. Sie bilden sich nach unterschiedlichsten Zuständigkeitsbereichen wie etwa Delegationen mit Verantwortlichkeit für Drittstaaten wie den USA oder Japan, den Mittelmeerstaaten und im geographischen Raum Europas gelegene Drittstaaten, Organisationen, wie der NATO, oder auch die Paritätische Parlamentarische Versammlung der Afrikanisch-Karibisch-Pazifischen Staaten und der EU.

---

<sup>185</sup> Ähnliche Annahmen trifft auch der Sozialkonstruktivismus. Siehe dazu etwa: Wendt, Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: *International Organization*, 46 (2), 1992, S.391-425.

Sowohl die Anzahl der parlamentarischen Delegationen, als auch die Zahl ihrer Mitglieder wächst bis heute, entsprechend der Ausweitung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments, stetig an. Ihnen stehen dabei allerdings nur begrenzte Geldmittel für die Organisation von Treffen (Meetings) oder Reisen in die jeweiligen Staaten zur Verfügung. Das kann einerseits zu einem straffen Zeitplan und einer disziplinierteren Arbeitsweise führen. Birgt aber auf der anderen Seite das Risiko, dass z.B. für wichtige informelle Gespräche, außerhalb der offiziellen Termine, nur wenig Zeit bleibt.

Die Mitglieder der Delegationen, sowie der Vorsitzende und die zwei Vizevorsitzenden werden vom EP gewählt, nachdem Vorschläge der Fraktionen bei der Konferenz der Präsidenten eingegangen sind. Die jeweiligen Abgeordneten werden dabei proportional nach Sitzverteilung und Nationalität vorgeschlagen und für die Dauer einer Legislaturperiode gewählt. Dies ist durch den Artikel 188 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments geregelt.<sup>186</sup> Sie sind so durch Wahl und Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments legitimierte Vertreter des Europaparlaments und damit der Europäischen Union.

Die Arbeitsgebiete der Delegationen sind vielfältig. Eine vorrangige Aufgabe besteht darin, ein Netzwerk von Kontakten aufzubauen und einen andauernden Dialog mit Parlamenten und regionalen oder transnationalen Organisationen, wie der NATO, ASEAN oder der MERCOSUR aufzubauen und zu führen. In diesem Rahmen sollen auch Informationen über die Außenpolitik der EU und den jeweiligen Partnern ausgetauscht werden, um eventuell aufkommende Probleme im Keim zu ersticken oder zu lösen. Dieses Vorgehen gleicht einem good governance oder Mediationsansatz.<sup>187</sup> Auch ad hoc Delegationen können von der Konferenz der Präsidenten bei besonders dringlichen Angelegenheiten eingesetzt werden.

Ein weiteres Ziel von parlamentarischen Delegationen ist es, laut Abgeordneten des Europäischen Parlaments, ein „*ausgleichendes Gegengewicht zu Kommission und Rat in der Arena der Internationalen Beziehungen aufzubauen.*“<sup>188</sup>

Durch den informellen Arbeitscharakter und die mögliche Überschneidung von Zuständigkeitsbereichen der Delegationen, etwa mit parlamentarischen Ausschüssen, könnten Differenzen mit dem Plenum entstehen. Es wird deshalb versucht, dem mit Arbeitsberichten entgegenzuwirken, die an die zuständigen Gremien geleitet werden. Eine weitere Maßnahme,

---

<sup>186</sup> Siehe Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art. 188, 16. Aufl., Februar 2006.

<sup>187</sup> Siehe zum Ansatz der Good Governance bei der Entwicklungszusammenarbeit etwa: Klemp, Ludgera/Poeschke, Roman: Good Governance gegen Armut und Staatsversagen, in: APuZ 28-29/2005, S.18-25. Zu Modellen der Mediation in internationalen Beziehungen siehe: Bercovitch, Jacob (Hrsg.): Resolving international Conflicts: Theory and practice of mediation, Boulder, 1996.

<sup>188</sup> So die Aussage eines MEPs im Rahmen der hier durchgeführten stützenden Befragung.

Konflikte zu verhindern, ist das Einbeziehen verschiedener, in ähnlichen Angelegenheiten arbeitenden individueller MEPs.

Bei genauerer Betrachtung ist zu erkennen, dass sich innerhalb des institutionellen Rahmens des EP, und außerhalb von Fraktionen und Ausschüssen, ein legitimes und spezialisiertes Delegationssystem etabliert, das mit der Vergrößerung der Kammer an Reichweite und Einfluss gewinnen könnte. Delegationen, die für die neuen Mitgliedsländer (Zentral- und Osteuropa bzw. Baltische Staaten) zuständig waren, wurden dabei aufgelöst. Es wird sich im Verlauf der sechsten Legislaturperiode zeigen, ob sie durch ihre Netzwerke mit den Parlamenten einen Beitrag zur Harmonisierung und Integration der 10 neuen Mitgliedsstaaten leisten konnten. Dies könnte dazu führen, dass sie größere Beachtung und Handlungskompetenzen erreichen könnten.

### **1.8.2. Intergroups**

Ein weiterer Schauplatz für Positionen und Rollen außerhalb von Fraktionen sind die Intergroups. Eine Vielzahl wichtiger Entscheidungen kommt a priori nicht in den Plenarsälen der Parlamente oder während offiziellen Sitzungsterminen zustande. Sie werden oftmals in einem informellen Rahmen vorbereitet. Dies ist etwa erkennbar an den Terminplänen der Treffen des Europäischen Rates. Diese beinhalten auch gemeinsame Aktivitäten, wie informelle bilaterale Gespräche oder auch gemeinsame Mahlzeiten. Diese Regeln gelten ebenso für die verschiedensten Anliegen von Parlamentariern des Europäischen Parlaments.

Intergroups, als weitere Gruppenakteure, bestehen nun aus MEPs verschiedenster Herkunft und politischer Couleur. Diese schließen sich zu informellen Gruppierungen, mit einer Größe zwischen 20 und 90 Mitgliedern, zusammen. Das gemeinsame Interesse gilt hierbei einem bestimmten (politischen) Themenfeld wie beispielsweise; der europäischen Verfassung, Tierschutz, Musik, dem Altern oder auch Sport und Fischerei, der Nordsee, Tibet, Ost-Timor oder intellektuellem Eigentum. Ihre Zahl dürfte sich bislang auf mehr als 80 Gruppierungen belaufen.<sup>189</sup> Es wird schon bei einigen Beispielen sichtbar, dass hier, nicht nur aufgrund des informellen Charakters der Intergroups, nicht zwangsläufig eine einheitliche Organisationsstruktur vorherrscht. Auch der Grad an Intensivität der Arbeit, der Teilnahme, die Anzahl der Treffen, die meist während der Sitzungsperioden in Straßburg stattfinden, und die Reichweite der jeweiligen Ziele variieren beträchtlich. Durch ihre Anzahl, ihre

---

<sup>189</sup> Eine tabellarische Aufstellung der verschiedenen Intergroups und einige empirische Beispiele ihrer Geschichte und Arbeitsweise findet sich in: Corbett, Richard et al.: *The European Parliament*, 6th Edition, London 2005, S.176ff.



unterschiedliche Struktur und die bunte Mischung an Themengebieten bzw. Politikfeldern können die Intergroups als solche nur schwierig erfasst werden. Dies mag auch ein Grund sein, weshalb über diese Art von Akteuren nur sehr wenig Information und Literatur vorhanden ist. Um eine neue Intergroup zu etablieren, ist ein detaillierter schriftlicher Antrag an die Konferenz der Präsidenten sowie eine stattliche Zahl an Gründungsmitgliedern erforderlich. Es werden die Unterschriften von Parlamentariern aus mindestens drei verschiedenen Fraktionen benötigt. Ihre Anzahl ist nach einem festgelegten Schlüssel, der die Größe der EP-Fraktionen berücksichtigt, gestaffelt. Das bedeutet 21 Mitglieder von EVP-ED und SPE, acht Abgeordnete der ALDE, GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL, fünf der Technischen Fraktion und jeweils vier Parlamentarier der UEN und IND-DEM.<sup>190</sup> Aufgrund ihrer Menge, ihrer unterschiedlichen Struktur und der erheblichen Fülle an Themenfeldern, haben die Intergroups als solche kein klares Profil und sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Auch gibt es nur wenige Information und Literatur über sie.

Es ist allerdings anzunehmen, dass Intergroups durch ihr Bestehen und ihre parteiübergreifenden Ziele die Kooperation von MEPs aus verschiedenen Lagern bzw. Fraktionen fördern.<sup>191</sup> Sie bringen ein zusätzliches System von Interessen-, Akteurs- und Rollenverteilung hervor. Diese Tatsache kann zu einem höheren Grad an Kommunikation und damit zu steigender Kompromissfähigkeit im Europäischen Parlament führen. In der Vergangenheit wurde indes die Arbeitsweise der Intergroups oftmals kritisiert. Grund dafür waren sowohl der Vorwurf des bezahlten Lobbying an MEPs, aber auch das Problem der Abwesenheit während der Abstimmungen in Plenarsitzungen, aufgrund der stattfindenden Meetings der verschiedenen Gruppierungen zu dieser Zeit. Dem Vorwurf der verdeckten Bezahlung von MEPs wurde deshalb mit der Pflicht der Offenlegung der Finanzierung der Abgeordneten entgegengewirkt. Interne Regelungen des Europäischen Parlaments vermeiden außerdem seit 1995, dass während der Abstimmungsperioden Intergrouptreffen stattfinden dürfen. Dennoch kann der Kritikpunkt des kleinen Zeitbudgets der Parlamentarier und deren seltene Anwesenheit im Plenum während der Lesungen angeführt werden. Dieser kann allerdings durch die positiven Möglichkeiten der Auswirkungen der Intergroups, als etablierte informelle Institutionen, etwas entkräftet werden.

Wie beständig und erfolgreich eine solche informelle Gruppe sein kann, wird deutlich am Beispiel des „Crocodile Club“. Dieser wurde von Altiero Spinelli, einem der Urgesteine der

---

<sup>190</sup> Vgl. Europäisches Parlament: Rules Governing the Establishment of Intergroups. Entscheidung der Konferenz der Präsidenten, konsolidiert, Mai 2004, PE 339.492/BUR.

<sup>191</sup> Auch hier werden abermals die Annahmen des Sozialkonstruktivismus bemüht. Wendt, Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Organization, 46 (2), 1992, S.391-425.

europäischen Föderalismusidee, als informelle Diskussionsgruppe gegründet. Hieraus hat sich bis heute die Intergroup „Europäische Verfassung“ gebildet, die sich als eine der aktivsten Plattformen für das Projekt des Verfassungsvertrages herauskristallisiert hat. Wie sich diese informelle Zusammenarbeit der MEPs in den Intergroups nach der Vergrößerung des Parlaments gestaltet, beeinflusst mit Sicherheit die Arbeitsabläufe des Europäischen Parlaments. Eine Einbindung der Parlamentsmitglieder der neuen Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten in die informellen Strukturen der Intergroups kann dabei einen Grundstein für die erfolgreiche Integration dieser Abgeordneten in die europäische Kammer legen.

Sowohl die Parlamentarischen Delegationen, als auch die Intergroups zeigen, dass das Europäische Parlament als Institution mit seiner Akteursstruktur nicht ausschließlich der Arbeit innerhalb der Kammer verhaftet bleibt. Über die Zeit seiner Entstehung hinweg hat sich damit ein Netzwerk ausgebildet, das in die Zivilgesellschaft, Wirtschaft, aber auch in das Feld der internationalen Beziehungen hineinreicht. Das Europaparlament hat damit seit einiger Zeit sowohl informell als auch formell begonnen, Wurzeln in Aufgabenbereichen nationalstaatlicher Parlamente zu schlagen.

Bereits eine Einführung in die historische Entwicklung und institutionellen Gegebenheiten des Europäischen Parlaments gibt einen Einblick in die Strukturen, in die seine Akteure eingebunden sind. Daraus ergeben sich Handlungskorridore, aber auch Spielräume für die Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb der Gruppenakteure des Europaparlaments. Die informellen und ideologisch übergreifenden Gruppierungen der parlamentarischen Delegationen und Intergroups sind hier wichtige, bisher wenig berücksichtigte Informationskanäle. Trotz eines Parteienstatuts konnten sich die europäischen Parteiföderationen in der Trias der politischen Gruppen (noch) nicht zu einflussreichen Akteuren entwickeln. Auch die nationalen Parteien können nur indirekt auf den Willensbildungsprozess im Europäischen Parlament einwirken. Die transnationalen Fraktionen hingegen können als Agendasetter identifiziert werden, die gesamtgesellschaftliche Entscheidungen treffen. Damit sind sie die entscheidenden Akteure im System des Europaparlaments und somit Hauptgegenstand dieser Analyse. Wie Entscheidungen in der Empirie des europäischen Regierens zwischen den Fraktionen tatsächlich zustande kommen, darüber kann einfühend ein nächstes Kapitel Aufschluss geben.

## 2. Entscheidungsmechanismen im Europäischen Parlament: Empirisch-deskriptive Grundlagen

Um Entscheidungen und deren Mechanismen zu untersuchen, sind zunächst einige strukturell-konzeptionelle Vorüberlegungen nötig. Es stellt sich in diesem Zusammenhang die übergeordnete Frage, wie Entscheidungen zustande kommen? Das heißt aber auch, dass es zu beantworten gilt, wo entschieden wird und wer diese Entscheidungen fällt. Erst nachdem Letzteres geklärt ist, kann genauer auf die Frage nach dem „Wie“ eingegangen werden. D.h. der Weise, in der diese Entscheidungen zustande kommen. Darauf können Hypothesen und Modelle eventueller Regelmäßigkeiten oder Muster gebildet werden, die zum besseren Verständnis interner Mechanismen des Europäischen Parlaments beitragen.

Auf einer methodologischen Ebene sind zunächst Strukturen unerlässlich.<sup>192</sup> Sie sind eine grundlegende Bedingung. Um sie entstehen zu lassen oder dann auch in einem gewissen Maß zu regulieren, werden Grundregeln in Form von kodifizierten und nicht-kodifizierten Normen benötigt. Dies könnten etwa ein Vertragswerk oder eine Geschäftsordnung sein, aber auch soziale Wertvorstellungen oder Hintergründe. Um etwas dergleichen wiederum zu erstellen, und so die funktionale und interne Differenzierung<sup>193</sup> dieser Strukturen auszubilden, sind Forderungen und Unterstützungen obligatorisch. Zur Füllung dieser grundlegenden Gegebenheiten sind Architekten notwendig. Dies sind die Akteure. Dabei kann zwischen Individual- und Gruppenakteuren unterschieden werden, die zirkulär von ihrer Umwelt beeinflusst werden.<sup>194</sup> Individualakteure des Europäischen Parlaments wären beispielsweise Koordinatoren oder Abgeordnete. Gruppen- oder Kollektivakteure sind Intergroups, Ausschüsse, Delegationen oder Fraktionen. Die Akteure ihrerseits haben, innerhalb der durch ihre spezifischen Zielerreichungsfunktion gebildeten Strukturen bestimmte Rollen inne. Ein und derselbe Akteur kann so verschiedene Positionen besetzen und damit auch über ein unterschiedliches Rollenverhalten verfügen. Jede dieser Rollen kann erneut mit unterschiedlich ausgestatteten Kompetenzen gefüllt werden. Wie etwa Abgeordneter und Parlamentspräsident in Personalunion. Die Offenheit und Mehrdimensionalität, auf die schon

---

<sup>192</sup> Ich setze einen weitläufigen Strukturbegriff voraus. „Struktur“ soll deshalb in diesem Zusammenhang verstanden werden, als ein Gefüge von „*Beziehungen zwischen theoretisch unterscheidbaren Elementen eines aufgrund dieser Beziehungen nach außen hin abgrenzbaren Systems.*“ Hilmann, Karl-Heinz: Wörterbuch der Soziologie, 4. Auflage, Stuttgart 1994, S.846.

<sup>193</sup> „Nur die Differenz von System und Umwelt ermöglicht Evolution“, Luhman, Niklas: Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt am Main, 1997, S.433.

<sup>194</sup> Luhmann weist auf die Reziprozität von Systemen und ihrer Umwelt hin und lenkt zudem das Augenmerk auf die nötige Unterscheidung zwischen System und Umwelt, auch aufgrund der für die Systembildung erforderlichen Selbst- und Fremdreferenz willen. Vgl. dazu Luhmann, Niklas: Soziale Systeme, Grundriss einer allgemeinen Theorie, 7. Auflage, Frankfurt am Main, 1999, Kapitel 1: System und Funktion S.30f.

die Verwendung des Plurals von „Strukturen“ hinweist, wird durch die Interaktion und deren Ausformung beider oben genannter Arten von Akteuren gekennzeichnet, wobei die Gestaltung der Kommunikationskanäle formell und informell sein kann. So ergibt sich ein Geflecht, d.h. ein Netzwerk, in dem die einzelnen Akteure eingebettet und beeinflusst von ihrer Umwelt und von strukturellen Gegebenheiten, die sie im Gegenzug auch selbst prägen, interagieren bzw. handeln.

Nachdem nun verschiedene Akteursgruppen und deren Bildung bzw. Interaktion auf einer theoretisch-systemisch Ebene identifiziert wurden, sollen im nächsten Abschnitt formale empirische Rahmenbedingungen erläutert werden. Nach diesem Schritt wird, durch die Unterstützung der im Rahmen der Forschungsarbeit angestellten Umfrage, evaluiert, welche Akteure eine herausragende Bedeutung beim Fällen von Entscheidungen inne haben. Dabei wird deutlich, dass nicht nur einzelne Akteure, sondern auch institutionelle Variablen oder Inhalte bzw. Politikbereiche Einfluss auf die Entscheidungsmechanismen ausüben können.

## 2.1. Reihenfolge der Abstimmung:

Die Reihenfolge der Abstimmung stellt eine solche institutionell-prozedurale Rahmenbedingung dar, die durch die Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments kodifiziert ist.<sup>195</sup>

Bei **Nicht-Legislativtexten** stimmt das Parlament zunächst über Änderungen bzw. Änderungsanträge ab. Meist wird mit dem Antrag begonnen, der am stärksten vom Originaltext abweicht. Der Parlamentspräsident kann darüber entscheiden, ob über ähnliche Änderungsanträge zusammen abgestimmt wird. Dies wird als „en block voting“ bezeichnet. Sollte ein Änderungsantrag angenommen werden, dann bedeutet dies das „Aus“ für konträre Entwürfe. Auf Antrag kann auch über einzelne Paragraphen des Textes abgestimmt werden. Wenn die Abstimmungen über Änderungen abgeschlossen sind, wird über den ganzen Text abgestimmt. Danach sind kurze mündliche Aussprachen möglich. Bei Nicht-Legislativtexten sind meist einfache Mehrheiten nötig. Ausnahmen sind beispielsweise Änderungen der Geschäftsordnungen oder Abstimmungen wie etwa das Aussprechen des Misstrauens gegenüber der Kommission.

Das Verfahren bei **Legislativtexten** ähnelt dem der Nicht-Legislativtexte. Der hauptsächliche Unterschied besteht allerdings in der *ersten Lesung*. Dabei wird differenziert zwischen der Abstimmung des von der Kommission vorgeschlagenen Textes, der etwa Änderungen und

---

<sup>195</sup> Siehe: Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, 16. Aufl., Februar 2006, Titel II: Gesetzgebung, Haushalt und sonstige Verfahren. Vgl. zudem Corbett, Richard, et al.: The European Parliament, 6th Edition, 2005, S.169f.

spezifische Paragraphen oder auch Artikel und den Gesetzesvorschlag als Ganzes beinhaltet (1) und der Abstimmung über den begleitenden, hoch formellen Gesetzesentwurf (2).

Bevor nun über den Kommissionstext abgestimmt wird, wird die Kommission aufgefordert, hinsichtlich der Änderungen des Parlaments unverzüglich Stellung zu nehmen. Falls die Reaktion der Kommission nicht zufriedenstellend ist, so kann der Gesetzesentwurf um bis zu zwei Monate zurückgestellt werden. Solange das Parlament nicht offiziell darüber abstimmt, tritt er damit nicht in Kraft. Diese Prozedur stärkt die Rechte des Europäischen Parlaments. Das Parlament kann während der zweiten bzw. dritten Lesung, in der ausschließlich über den Legislativtext abgestimmt wird, keine Verzögerung erreichen. Es muss hier innerhalb des vorgegebenen dreimonatigen Zeitrahmens abstimmen.

Innerhalb der zweiten Lesung kann der Gesetzesvorschlag des Rates ohne Abstimmung und durch Erklärung des Parlamentspräsidenten angenommen werden, wenn keine Änderungsanträge eingebracht wurden. Um den Vorschlag abzulehnen oder Änderungen zu beantragen ist allerdings die absolute Mehrheit aller Mitglieder des Parlaments nötig.

Beim Verfahren der dritten Lesung stimmt das Parlament über einen Vorschlag ab, den seine Delegation aus dem Vermittlungsausschuss vorlegt. Wenn im Vermittlungsausschuss eine Einigung erzielt wurde, kann diese durch eine einfache Mehrheit angenommen oder abgelehnt werden. Zu diesem Zeitpunkt sind allerdings keine Änderungsanträge mehr möglich.

Bei der Prozedur der **Änderungsanträge** müssen jedoch einige Dinge beachtet werden. Hier gelten bestimmte Regelungen. Änderungen müssen fristgerecht eingereicht werden. Fristen werden für jeden Bericht und jeden Beschluss gesetzt. Dies ist meist der Mittwoch Abend der Woche vor der Plenarsitzung. Bei dringlichen Themen wird die Frist vom Parlamentspräsidenten bekannt gegeben und in der Tagesordnung veröffentlicht. Außerdem kommen Änderungsanträge erst dann zur Abstimmung, wenn sie gedruckt, verteilt und in alle Amtssprachen übersetzt sind. Änderungsanträge können nur durch eine Fraktion, den verantwortlichen Ausschuss oder mindestens 37 Abgeordnete eingebracht werden.

Die einzige Ausnahme Fristen betreffend ist, wenn ein Kompromiss eines Änderungsvorschlags von Fraktionen Ausschussvorsitzenden oder zuständigen Berichterstattern vorgelegt wird. Der Parlamentspräsident muss diesen Kompromissvorschlag vor der Abstimmung über den Text erhalten. Solche Übereinkommen haben meist den Rückzug anderer eingereichter Änderungsanträge zur Folge.<sup>196</sup>

---

<sup>196</sup> Vgl. auch Corbett, Richard, et al.: The European Parliament, 6th Edition, 2005, S.110f.

## **2.2. Verhandlungen innerhalb von Gremien und zwischen Fraktionen:**

Bevor es allerdings zu einer Abstimmung kommt ist es sinnvoll, den Standpunkt anderer Mitspieler zu kennen. Dadurch kann Transparenz aber auch Fairness geschaffen werden. Wie gestalten sich nun die Entscheidungsabläufe vor den eben geschilderten offiziellen Abstimmungen? Hier lohnt sich deshalb ein erster Blick in die Kompromissfindungsabläufe der Gremienstruktur des Europäischen Parlaments. Wie eine Lösung zustande kommen kann, mit der möglichst viele der Beteiligten übereinstimmen, d.h. wie etwa Konflikte vermittelt werden, kann viel über die Arbeitsweise einer Institution verraten.

Im Gesetzgebungsverfahren einen Kompromissvorschlag in letzter Minute zu erreichen, mit dem alle Fraktionen einverstanden sind, ist etwa eine relativ schwierige Angelegenheit. Meist wird dabei deshalb eine Einigung zwischen zwei oder drei Fraktionen erreicht. Dass diese eine Mehrheit der Abgeordneten stellen müssen versteht sich von selbst. Weiter ist es üblich dass zwei oder mehr Fraktionen sich dazu bereit erklären, gegenseitig ihre jeweiligen Änderungsanträge zu unterstützen, ohne dass diese formal zurückgezogen werden.<sup>197</sup>

Bei Entschließungen wie Resolutionen oder Entschließungsanträgen kann es passieren, dass aus den verschiedenen Vorschlägen der Fraktionen ein Kompromissvorschlag entsteht, dem sich die verschiedenen Gruppen anschließen. Andere Vorschläge verlieren somit ihre Wirkung. Um die technische Seite der Kompromiss- und Entscheidungsfindung kümmert sich das jeweilige Sekretariat der Fraktion, die den Vorsitz bei den Treffen der Fraktionsvorsitzenden inne hat. Während diesen sechs Monaten ist das Sekretariat dafür zuständig, sich um Einladungen, Raumreservierungen, Assistenten, Übersetzer usw. zu kümmern. Normalerweise werden zu diesen Sitzungen Vertreter aller Fraktionen eingeladen, die einen Änderungsantrag eingebracht haben. Es gibt keine Regelung welche oder wie viele Personen an diesen Treffen teilnehmen.

Kompromissbeschlüsse werden jedoch oft unter Zeitdruck gefällt. Die Vorschläge werden meist erst am Ende der Sitzungen endgültig unterzeichnet. D.h. erst zu diesem Zeitpunkt sind die Entscheidungen gesichert.

---

<sup>197</sup> Aus der Praxis vgl. Corbett, Richard, et al.: The European Parliament, 6th Edition, 2005, S.171ff.

*„[...] the fact that the EPP and PES can together reach a majority means that there is a premium on compromises between them. The smaller groups often intervene mainly on those points where they have a particular interest.“<sup>198</sup>*

Ein spezielles Problem ergibt sich zudem aus der Tatsache, dass die EVP-EP eine Arbeitsmethode besitzt, die sich von derjenigen der SPE grundlegend unterscheidet. Bei Schlüsselfragen erarbeitet sie eine lange Resolution. Diese beinhaltet eine Anzahl unterschiedlicher Kapitel, die jeweils unter der federführenden Befugnis eines Abgeordneten konzipiert werden. Das bedeutet also, dass bei den Verhandlungen über Berichte, Entwürfe oder Änderungsanträge ein Verantwortlicher der SPE gleich mehreren zuständigen Abgeordneten der EVP-ED gegenüber sieht. Dies muss nicht immer ein Vorteil sein. Oftmals werden auch der Umfang der Texte durch die Verhandlungen vergrößert, da durch den Einbezug weiterer Sachverhalte einfacher Kompromisse ausgehandelt werden können.<sup>199</sup>

Sowohl package deals als auch die voting-power der Spieler nimmt deshalb bei der Entscheidungsbildung innerhalb der Gremien eine entscheidende Rolle ein. Damit ist eine eindeutige Zielorientierung, sowohl auf inhaltlicher, aber auch auf machtorientierter Basis erkennbar, die die Fraktionen, auch aufgrund der Stimmengewichtung, zu Kompromissen anleitet. Die kleinen Fraktionen haben demnach scheinbar verhältnismäßig wenig Mitspracherechte und -möglichkeiten, wenn sie nicht mit den Vorschlägen der größeren Mitspieler übereinstimmen.

### **2.3. Empirische Untersuchungen: Der Blickwinkel der Entscheidungsträger des Europäischen Parlaments**

Eine kurze Einführung, mit Unterstützung aus der praxisorientierten Literatur, konnte einen Einblick in die Entscheidungsstruktur und die unterschiedlichen Arbeitsweisen der Fraktionen liefern. Folgend soll jedoch, auf der Grundlage der im Rahmen dieser Arbeit durchgeführten Umfrage, genauer drauf eingegangen werden, welche Akteure von den Abgeordneten selbst als besonders tragend identifiziert werden und nach welchen Kriterien sich die individuellen Abgeordneten bei den Abstimmungen richten. Diese können dann etwa bei einer späteren Analyse tiefgreifender untersucht werden.

Die Auswertung der Frage an die Abgeordneten, in welchem Maße die jeweiligen Akteure des Parlaments interne Arbeitsabläufe beeinflussen, ergibt, dass sowohl die Konferenz der Präsidenten, also auch v.a. Ausschüsse und die politischen Fraktionen als stark

---

<sup>198</sup> Corbett, Richard, et al.: The European Parliament, 6th Edition, 2005, S.171.

<sup>199</sup> Vgl. Ebd.

einflussnehmend identifiziert werden.<sup>200</sup> Intergroups und nationale Delegationen werden dagegen als weniger entscheidend betrachtet. Dies kann als Rahmenbedingung betrachtet werden, unter der etwa die Koalitionsentscheidungen gefällt werden.

Einfluss	Akteur				
	Konferenz der Präsidenten	Nationale Delegationen	Intergroups	Ausschüsse	Fraktionen
Sehr stark	17,9%	7,5%	0%	32,6%	31,1%
Stark	24,4%	37,5%	15,4%	54,4%	53,4%
Mäßig	22,2%	35%	17,9%	8,7%	11,1%
Schwach	22,2%	15%	35,9%	4,3%	2,2%
Sehr schwach	8,9%	2,5%	20,5%	0	2,2%
Kein Einfluss	4,4%	2,5%	10,3%	0	0
	100%	100%	100%	100%	100%

**Tabelle IV. 2: Einfluss der Akteure im Europäischen Parlament**  
Quelle: Umfrage bei den MEPs

Mehr als die Hälfte der befragten Abgeordneten sehen den Einfluss der Ausschüsse und Fraktionen als stark, etwa ein Drittel sehr stark an.<sup>201</sup> Die Höhe des Einflusses der Konferenz der Präsidenten erreicht bei diesen Ausprägungen etwa die Hälfte der Werte. Die Einschätzungen der nationalen Delegationen und den Intergroups zeigen im Vergleich dagegen ein anderes Bild. V.a. die Werte der Intergroups bewegen sich im Bereich zwischen mäßig und schwach.

Sowohl die Ausschüsse, als auch die Fraktionen können damit als entscheidende Gruppenakteure identifiziert werden. Damit ist im Rückschluss anzunehmen, dass auch die Parlamentarier versuchen werden, zu fällende Entscheidungen und ihrer Ansicht nach wichtige Themen dort einzubringen, damit diese angemessene Beachtung finden.

<sup>200</sup> Ausgewertete Antworten von offenen und geschlossenen Fragen der Umfrage bei den Abgeordneten des EP

<sup>201</sup> Auf die Ausschüsse wird in einem separaten Kapitel genauer eingegangen.



Die Frage, nach welchen Faktoren sich die MEPs bei Abstimmungen orientieren, unterstreicht die Bedeutung der Fraktionen, aber auch des Inhalts bzw. der Politikbereiche. Es wurde wie folgt geantwortet:<sup>202</sup>

<b>Orientierung</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozentualer Anteil</b>
Politikbereich	19	17,6%
Vorgaben ihrer Fraktion	21	19,4%
Vorgaben ihrer nationalen Delegation	8	7,4%
Vorgaben ihrer nationalen Partei	10	9,3%
Ethik	15	13,9%
Informationen durch Lobbyisten	7	6,5%
Eigene Wertvorstellungen	28	25,9%
Summe der Nennungen	108	100%

**Tabelle IV. 3: Orientierung der Abgeordneten bei Abstimmungen**  
Quelle: Umfrage bei den MEPs

Neben den hohen Werten der Nennungen „Vorgaben der Fraktion“ und „Politikbereich“ sticht die Nennung „Eigene Wertvorstellungen“ heraus. Dies spricht zwar für den in der Literatur oft erwähnten großen Eigenkompetenzrahmen der Abgeordneten, könnte aber auch teilweise dem Faktor der sozialen Erwünschtheit angelastet werden. Die Vorgaben durch nationale Parteien, nationale Delegationen und die Informationen durch Lobbyisten werden dagegen weniger häufig als Orientierungsgröße genannt. Es bestätigt sich demnach die oben gestellte Annahme erneut, dass Fraktionen als wichtige Akteure identifiziert werden können. Zudem taucht auch der Politikbereich als bedeutsamer Entscheidungsgrund für eine Wahlhandlung bei einer Abstimmung auf. Dies wird im Fortgang der Arbeit noch näher analysiert.

## **2.4. Interne Koordination der Abstimmungen**

Nachdem die Fraktion auch von den Parlamentariern als (ge)wichtiges Entscheidungsgremium identifiziert wird, stellt sich die Frage, wie die Abstimmungen innerhalb dieser Gruppe koordiniert werden. Die Antworten auf diese offen gestellte Frage

<sup>202</sup> Bei dieser Frage waren Mehrfachnennungen möglich.

zeigen zwar Tendenzen auf, die wiederum in verschiedene Kategorien, im Sinne einer Clusteranalyse, gruppiert werden können.<sup>203</sup>

„Durch den Vorstand“ war eine Antwort, die von den Abgeordneten auf diese Frage gegeben würde.<sup>204</sup> Der Parteivorstand scheint hier ein nicht zu unterschätzendes koordinierendes Gremium zu sein. Dieser umfasst bei der EVP-ED den Vorsitzenden bzw. die Vizevorsitzenden, die Leiter der nationalen Delegationen, die Vorsitzenden der Ausschüsse, die Obleute der Ausschüsse und den Generalsekretär der EVP. Ähnliches gilt für die Fraktion der GRÜNEN-EFA. Hier besteht der Vorstand aus den Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertretern und den Generalsekretären. In dieser Fraktion wird jedoch auf die paritätische Postenverteilung von Männern und Frauen Wert gelegt.

Auch Arbeitsgruppen der Fraktionen können aufgrund dieser Frage als wichtige Arbeitsforen ausgemacht werden. D.h. die Abstimmungen werden koordiniert: „durch Arbeitskreise / Arbeitsgruppen der Fraktionen zu den Ausschüssen“, „durch mehrheitliche Festlegung von Stimmlisten in Arbeitsgruppen und im Plenum der Fraktion“ bzw. „Dialog in der Fraktionssitzung“ oder „durch Koordinierungskreise“ In der EVP-ED beispielsweise existieren 5 Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen, die die Arbeit der Fraktionsmitglieder in den Ausschüssen koordinieren. Diese Arbeitskreise haben demnach auch 5 Vorsitzende. Die Ergebnisse deren Arbeit werden, laut Homepage, dann der Fraktion überbracht, die ihrerseits über ihre Haltung während der Plenarsitzung entscheidet.<sup>205</sup> Während der Fraktionswochen sind sowohl Sitzungen des Vorstandes, als auch Treffen der nationalen Delegationen angesetzt. Hier finden Sitzungen der gesamten Fraktion und Arbeitsgruppensitzungen statt.

Eine weitere entscheidende Rolle kommt den Koordinatoren der Fraktionen zu. Antwortbeispiele hierfür sind etwa: „durch Vorgaben der Experten in konkreten Fachbereichen“, „Durch Koordinatoren (kommt herausragende Rolle zu)“, „Fraktionsobleute“, „durch ein „whip“ System (das sicherstellt, dass die MEPs zu den Abstimmungen erscheinen)“ oder auch „nach der Fraktionssitzung. Wichtige Rolle des Berichterstatters oder Schattenberichterstatters.“<sup>206</sup>

Einen entscheidenden Anteil an der Aufgabenabstimmung der Fraktionen haben in jedem Ausschuss die Koordinatoren.<sup>207</sup> Jede Fraktion wählt dabei ihren Koordinator als Sprecher

---

<sup>203</sup> Die ähnliche Antworten wurden zu Gruppen gebündelt.

<sup>204</sup> Die Antworten wurden teilweise vom Autor ins Deutsche übersetzt.

<sup>205</sup> Siehe dazu <http://www.epp-ed.org/group/de/grouptra.asp>

<sup>206</sup> Ein Schattenberichterstatter kann von einer jeweiligen Fraktion für einen Rapport als Verantwortlicher eingesetzt werden, die nicht offiziell den Berichterstatter stellt. Dies dient dazu, etwa als besonders wichtig erachtete Vorhaben möglichst nahe verfolgen zu können.

<sup>207</sup> Hierzu vgl. Corbett, Richard, et al.: The European Parliament, 6th Edition, 2005, S.110f.

aus.<sup>208</sup> Dieser wird oftmals durch die Fraktionsmitglieder des jeweiligen Ausschusses gewählt. Die Koordinatoren treffen sich meist direkt nach einer Ausschusssitzung, um zum Beispiel Berichterstatterkontingente auszuhandeln und die zukünftigen Tagesordnungspunkte der Ausschusssitzungen zu bestimmen. Sie besprechen des Weiteren aktuelle Problembereiche, bevor diese im Ausschuss zur Sprache kommen. Koordinatorentreffen können auch während der Sitzungsperioden in Straßburg stattfinden, um Abstimmungen zu diskutieren, die direkt den Bereich des Ausschusses betreffen und ebenso wie Kompromiss- oder Änderungsvorschläge. Weiter verteilen sie auch Aufgaben unter den Mitgliedern ihrer eigenen Fraktion. Der jeweilige Koordinator wählt zudem oftmals auch den Berichterstatter aus, falls ein Rapport an die eigene Fraktion geht. Ähnliches gilt für stellvertretende Ausschussmitglieder. Eine weitere Rolle der Koordinatoren ist die eines „whips“<sup>209</sup>. In diesem Zusammenhang werden die angehörigen Fraktionsmitglieder der Fraktion einberufen, bevor eine offizielle Ausschusssitzung beginnt. Es wird versucht, die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder während wichtigen Abstimmungen zu maximieren. Außerdem wird die Linie der Gruppe, bezüglich der jeweiligen Abstimmungen, hier festgelegt. Die Entscheidungsvollmacht zwischen Vorsitzendem, dem Büro und den Koordinatoren unterscheidet sich beträchtlich von Ausschuss zu Ausschuss. Manchmal hat der Vorsitzende die mächtigste Position inne. Andere Vorsitzende handhaben ihren Führungsstil eher offen und stimmen sich mit den Fraktionskoordinatoren ab.<sup>210</sup>

Eine letzte Kategorie der Abstimmungskoordination innerhalb der politischen Gruppen, die sich aus der Umfrage ergibt, kann als parteispezifische Koordination bezeichnet werden.

*„Koordination nur bei Angelegenheiten, die die konstitutionelle Reform / den Vertrag der EU betreffen (IND-DEM)“, „Die Fraktionslinie wird in der Fraktionswoche diskutiert. Danach werden, vor den Abstimmungen, die Wahllisten an jeden verteilt (IND-DEM)“, „[...] Konsens der Mitglieder muss einhergehen mit persönlichen und nationalen Interessen (UEN)“ oder etwa „Nur kontroverse Themen werden in den Fraktionssitzungen abgesprochen (EVP-ED)“ und „Durch die nationalen Delegationen (hier oftmals bei CSU-Mitgliedern, d.h. EVP-ED)“.* Auch hier zeigt sich demnach deutlich, dass sich die interne Arbeits- und Herangehensweise der europäischen Fraktionen voneinander unterscheiden kann.

---

<sup>208</sup> In der deutschen Übersetzung werden diese auch Obleute genannt.

<sup>209</sup> „Whip“ bedeutet frei übersetzt Einpeitscher. Diese Funktion bzw. Rolle ist üblich im Parlament Großbritanniens. Durch einen solchen sollen die Abgeordneten auf die Fraktionslinie gebracht werden und zu den Abstimmungen erscheinen.

<sup>210</sup> Zu Koordinatoren siehe auch Kapitel IV, 1.4. Die Arbeitsforen im Parlament.

## 2.5. Koordination von Koalitionen

Eine Analyse der Umfrage über den Komplex der internen Arbeitsweise der Fraktionen konnte deutlich machen, dass verschiedene Akteure und Gremien an der Entscheidungsbildung beteiligt sind. Nachdem die innere Struktur der Koordination der politischen Gruppierungen beleuchtet wurden, soll an dieser Stelle erörtert werden, welche Aussagen die Abgeordneten zur Bildung von Koalitionen zwischen den europäischen Fraktionen machen. Auch dies geschieht anhand der durch die E-Mail-Umfrage gewonnenen Daten. Auf die Frage: „*Wie wird die Koalitionsbildung in ihrer Fraktion koordiniert*“ können, wie bereits zuvor, die Antwortmöglichkeiten in unterschiedliche Kategorien gruppiert werden.

Eine Kategorie, die hier gebildet werden kann, ist die inoffizielle Koalitionskoordination. Antworten waren dabei etwa: „*Durch Gewinnung weiterer Unterstützung außerhalb der Fraktion*“ oder auch „*durch Gespräche hinter den Kulissen*“. Diese Antworten legen nahe, dass für die Abgeordneten nicht immer eindeutig ist, wie genau die Aufgabenabstimmung von statten geht.

Teilweise wird augenscheinlich auch in den Fraktionsgremien und durch einzelne Rollenträger die Koalitionsbildung abgestimmt. Die oben als separat gezeigten Kategorien müssen hier, bedingt durch die gegebenen Antworten, zu einer Rubrik kombiniert werden. „*Fraktionsdebatte/Vorstand/Generalsekretäre - in dieser Reihenfolge*“, „*In allgemeinen Fragen machen das die Präsidenten der Fraktionen, im spezifischen Fragen Berichterstatter und Schattenberichterstatter*“, „*Über den Fraktionsvorstand*“. Überraschendes und Übereinstimmendes findet sich hinsichtlich dessen bei den Antworten der Gruppe der UEN. Ein Abgeordneter antwortete wie folgt: „*Through the president of the group, who is a member of my national group.*“ Ein anderer hingegen: „*By me*“. Hier herrscht demnach völlige Übereinstimmung über die Koordination von Koalitionen der UEN Fraktion. Sollte bei dieser anonymen Umfrage tatsächlich der momentane Präsident, Brian Crowley, teilgenommen haben, so zeigt sich hier recht eindeutig eine selbstbewusste und führungszentrierte Arbeitsweise dieser politischen Gruppe.

Nicht nur der Vorstand spielt bei dieser Kategorie eine insgesamt wichtige Rolle, „*durch die Arbeitsgruppen, also Mitglieder der Fraktion, die zusammen in den jeweiligen Ausschüssen sitzen*“ kann das Zwischenspiel mit anderen Akteuren vorbereitet werden.“ Auch bereits oben genannte Individualakteure wie „*[...] Berichterstatter, Schattenberichterstatter und Koordinatoren*“ sind an der Entscheidungskoordination beteiligt. „*Der fachlich zuständige*

*Abgeordnete schlägt eine Vorgehensweise vor, die innerhalb der Fraktion diskutiert wird und ggf. Fraktionsmeinung wird.“*

Weitere Wege der Koalitionsfindung können durch die bereits zuvor verwendeten Kategorie der parteispezifischen Koordination charakterisiert werden. Diese sind jedoch auffälliger Weise v.a. bei den kleinen Fraktionen vorhanden. So antwortete ein Abgeordneter der IND-DEM: *„Not coordinated“*. Es stellt sich allerdings die Frage, ob hier eher Missmut gegenüber der Gruppe zum tragen kommt, als eine wohl überlegte Antwort auf die Frage. Ähnliches, wenn auch hier die Führungsgremien der Fraktion angesprochen werden, schwingt bei einer weiteren Antwort eines IND-DEM Mitgliedes mit: *„By the group leadership exclusively, since we're such a big group.“*

Im Unterschied allerdings zur internen Koordination werden die Koalitionen nicht nur aufgrund von Akteuren erarbeitet. Ein weiterer Einflussfaktor ist nach den Aussagen der Delegierten der Politikbereich. *„[...] Auf legislativer Ebene besteht eine zunehmende Tendenz der Koalitionsbildung auf Sachfragen z.B. SPE/EVP im sozialem Bereich, EVP/ALDE im Wirtschaftsbereich, SPE/ALDE/GRÜNE-EFA in gesellschaftspolitischen Fragen.“* Oder auch *„Nach Politikbereichen: Freiheitsrechte mit Liberalen/Grünen, EU-Gesetze auch mit PPE.“* (SPE) Hierbei werden verschiedenen Koalitionsvarianten bereits Politikbereiche zugeschrieben. Diese Kausalität wird im späteren Verlauf der Arbeit detailliert analysiert. Eine weitere Antwort war schlicht: *„Depending on the issue.“* Zudem scheinen die Ausschüsse als Akteure und deren inhaltliche Gliederung und Arbeit einen Einfluss auf die Koalitionsbildungskoordination auszuwirken: *„Themen in den Ausschüssen“, „Separately in each Committee.“* Auch die Mehrheitsvorgabe der jeweiligen Abstimmungen bzw. Stadien des legislativen Weges, gepaart mit dem politischen Inhalt, haben, laut den Antworten der MEPs, einen Einfluss auf die Koalitionsbildung. *„Nach Themen und notwendiger Mehrheit“* oder *„Sometimes leaning to the left, more often to the centre depending on the issue and need for QMV<sup>211</sup>.“* (SPE) Der Untersuchung dieser Kombination an Einflussfaktoren wird im späteren Verlauf der Arbeit Rechnung getragen.

Auf die halboffene Frage, ob Koalitionen aufgrund von Themenbereichen zustande kommen, antworten 39 von 46 Abgeordneten mit Ja, 4 mit Nein. 3 MEPs nannten keine der beiden Möglichkeiten. Bei der Möglichkeit mit Nein zu antworten wurde aufgefordert anzugeben, ob andere Muster erkennbar sind. Die hier abgegebenen Antworten waren *„Themenspezifisch“* und *„auf der Suche nach potentielltem Konsens“*. Obwohl bei einer solchen Frageform gewiss das große Risiko der Falsifikation einer These besteht, gelingt es, durch diese geschlossene

---

<sup>211</sup> Qualified Majority Voting. (Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit)

Frage die These nochmals zu unterstreichen, dass sich Koalitionen im Europäischen Parlament auch entlang von Politikbereichen bilden.

Wie für die Entscheidungsfindung innerhalb der Fraktionen, so haben auch in der Koalitionsbildung die Akteure und deren Interaktion einen großen Einfluss auf das Entstehen von Koalitionsentscheidungen. Dabei existiert nicht eine einzelne Art der Koordination. Vielmehr besteht eine Vielzahl von Koordinationsmöglichkeiten. Dies weist auf ein flexibles Entscheidungssystem hin. Deutlich wird allerdings auf der anderen Seite, dass die Fraktionen und deren strukturelle Multi-Level (Mehrebenen) Konstruktion diesen Prozess steuern. Wie stark der Einfluss ist, den die einzelnen Akteure innerhalb der Gremien ausüben (können), kann durch tiefergehende qualitative Untersuchungen genauer erörtert werden. In dieser Arbeit soll allerdings stärker auf die Einflussfaktoren des Politikbereichs und des Gesetzgebungsverfahrens detaillierter eingegangen werden. Aufgrund der vorhandenen quantitativen Daten liegt es nahe und wird es möglich diesen Teil der Einflussfaktoren aussagekräftig zu analysieren. Dies geschieht bereits im folgenden Kapitel, das die Gegebenheiten des intrafraktionellen Zusammenhalts nun empirisch genauer beleuchtet.

## **Kapitel V: Intrafraktionelle Dimension – Der Zusammenhalt**

### **1. Kohäsion der Fraktionen im Europäischen Parlament: Stabilität oder Zersplitterung?**

In der Zeit vor und kurz nach der Osterweiterung der Union wurden verhältnismäßig viele Forschungsarbeiten im Feld des Europäischen Parlaments durchgeführt und veröffentlicht. Vor allem vor den letzten Wahlen im Jahr 2004. Diese erweiterten nicht nur die substantielle Größe des Europäischen Parlaments von 626 auf 732 Sitze, sondern natürlich auch den Umfang der Einstellungen seiner Mitglieder.<sup>212</sup>

Einige Wissenschaftler haben ihr Augenmerk darauf gerichtet, welche Auswirkung die Vergrößerung des Europäischen Parlaments haben, wer miteinander konkurrieren oder kooperieren wird und wie sich in Zukunft das Verhältnis zu den anderen EU-Institutionen gestalten könnte. Dabei gibt es ein Einvernehmen darüber, dass es dem Europäische Parlament weiterhin möglich sein wird, als ein effizienter Akteur bzw. Agent zu handeln, sofern die Nationalen Delegationen der neuen Mitgliedsstaaten erfolgreich integriert werden können.<sup>213</sup> Aber traten diese Vorhersagen auch tatsächlich ein? Dies wurde bislang noch nicht detailliert beantwortet. Im Folgenden wird deshalb in diesem Zusammenhang der Fokus besonders auf den Zusammenhalt der Fraktionen des Europäischen gelegt. Der Index of Agreement (Zusammenhalt) ermöglicht dabei, die Kohäsion innerhalb des Parlaments und der Fraktionen messbar und vergleichbar auszudrücken. Verschiedene Faktoren, d.h. unabhängige Variablen von denen angenommen wird, dass sie den Zusammenhalt beeinflussen könnten, werden im nachstehenden Kapitel werden in diesem Zusammenhang geprüft. Hier kann gezeigt werden, wann die politischen Gruppierungen besondere Stabilität, aber auch wann sie besonders fragil sind. Dies ist ein erster Schritt, um die oben gestellte Frage zu beantworten.

---

<sup>212</sup> Siehe hierzu etwa Hix, Simon/Marsh, Michael: Predicting the Future. The Next European Parliament, Brüssel, 2004.

<sup>213</sup> Vgl. Noury, Abdoul/Roland, Gerard: Enlargement and the European Parliament, in: Jan Fidrmuc/Nauro Campos (Hrsg.): Political Economy of Transition and Development: Institutions, Politics, and Policies, Kluwer, 2003, S.281-319.

Wie gestaltet sich die aktuelle Situation? Momentan gibt es sieben Fraktionen im Europäischen Parlament, die sich nicht entlang nationaler, sondern aufgrund von parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenschließen.<sup>214</sup>

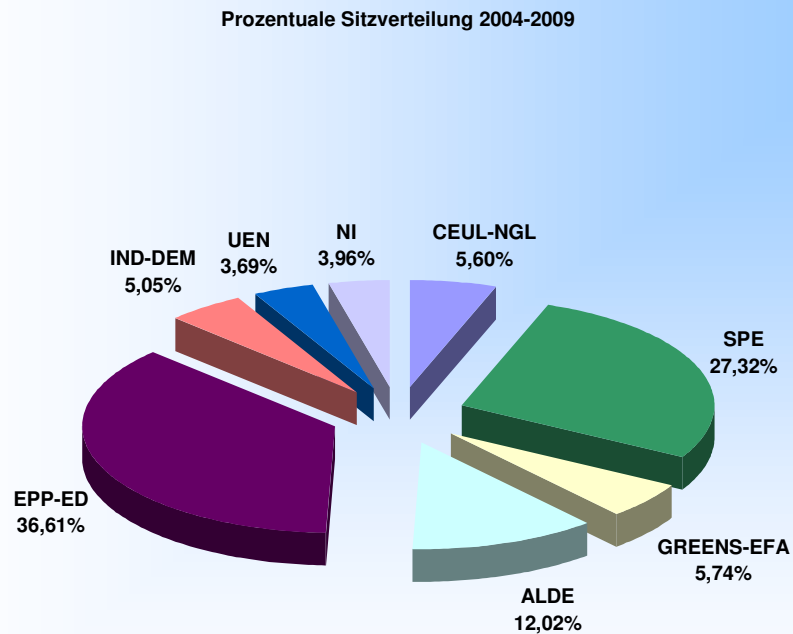


Schaubild V. 1.: Sitzverteilung im Europäischen Parlament  
Quelle: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

Während der Legislaturperiode vor der Vergrößerung mussten diese Fraktionen Mitglieder von etwa 120 Nationalen Parteien und 15 verschiedenen Mitgliedsstaaten integrieren. Nach Juni 2004 ist die Anzahl der nationalen Delegationen allerdings auf 161 angestiegen. Ist es überhaupt möglich, eine solche Menge von 120 verschiedenen Delegationen annähernd auf eine Linie zu bringen? Wie gestaltet sich dies neuen Herausforderung von über 160?

Wenn eine Gruppe oder Fraktion, die Einstellungen ihrer Mitglieder harmonisieren kann, dann bedeutet dies Stabilität und infolgedessen auch Effizienz und Verlässlichkeit. Damit geht auch die Fähigkeit einher, eine individuell gesetzte Zielerreichungsfunktion zu erfüllen. Im Falle des Europäischen Parlaments kann dies die wichtige Fähigkeit bedeuten, sich intern, gegenüber anderen Fraktionen und nach außen hin, etwa gegenüber dem Rat, zu behaupten. Weitgehend unerlässlich ist auch die dadurch gegebene Chance, sich auf bestimmte Akteure

<sup>214</sup> Vgl. Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art. 29, 16. Aufl., Februar 2006



verlassen zu können. Dies betrifft vor allem auch die Verlässlichkeit und Transparenz gegenüber dem Wähler.<sup>215</sup>

In einem generellen politischen Kontext bedeutet Kohäsion damit die Fähigkeit, Entscheidungen trotz Störungen fällen zu können. Kohäsion in einem engeren Fokus der Politikwissenschaft drückt aus, dass die Gelegenheit besteht, Akteurstheorien wie Gruppensoziologie, Prinzipal-Agent Theorie, Spieltheorie oder die Methodologie der Analyse und des Vergleichs von Parteien und Parteiensystemen auf die jeweiligen Akteure anzuwenden. Wenn damit die Fraktionen des Europäischen Parlaments als kohäsiv bzw. kohärent identifiziert werden, würde das nicht nur ihre Stabilität demonstrieren, sondern v.a. einen effektiven Prozess der Gesetzgebung und Interessenaggregation garantieren.<sup>216</sup> Zudem ist so die Grundlage dafür gegeben, sie unter den Annahmen der Theorien rationaler, sozialer und politischer Akteure analysiert zu können. Fraktionen als Gruppenakteure bieten sich darüber hinaus ausgezeichnet dafür an, diese Modelle zu testen.

### 1.1. Empirische Befunde: Der Status quo

Der Zusammenhalt der Fraktionen wird mit einem in der Analyse von Parteiensystemen und Parlamenten häufig verwendeten und etablierten Index of Agreement gemessen. Dieser wurde von Rea entwickelt, von Attinà das erste Mal in einer Forschungsarbeit mit dem Gegenstand des Europäischen Parlaments benutzt und von Hix, Noury und Roland für das Europäische Fraktionensystem modifiziert und angepasst. Der Index drückt das Verhältnis der Wahlmöglichkeiten „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ als Zahl aus.

$$IoA = \frac{\max \{J_i, N_i, E_i\} - \frac{1}{2} [(J_i, N_i, E_i) - \max \{J_i, N_i, E_i\}]}{(J_i, N_i, E_i)}$$

Ein Index von 0 bedeutet dabei einen völlig gleichgewichteten Split (z.B. 50:50:50). Ein Index von 1 drückt einen vollständige Zusammenhalt aus. (150:0:0).<sup>217</sup> Wie bereits zuvor

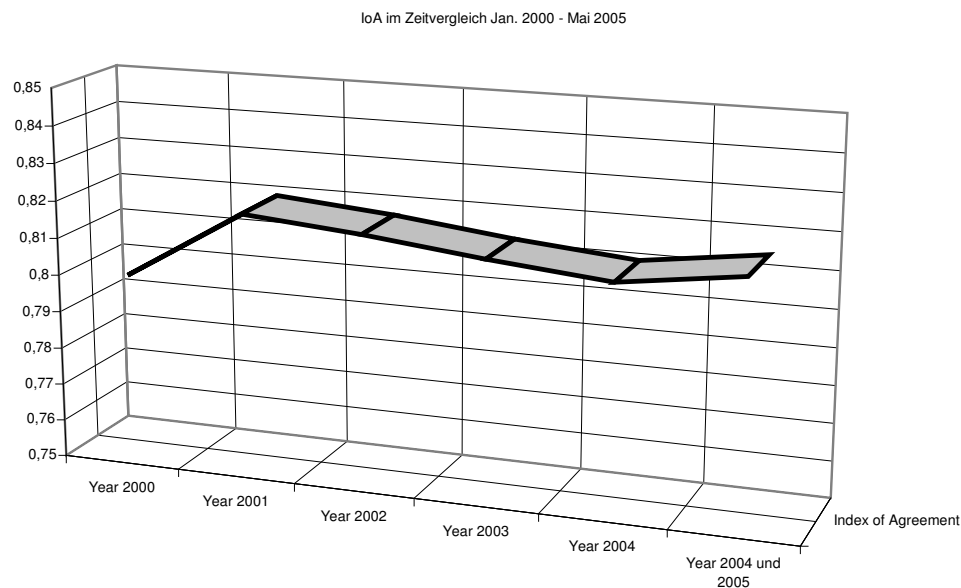
<sup>215</sup> Siehe zu weiteren wichtigen und interessanten theoretischen Annahmen der Kohäsion: Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.115ff. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

<sup>216</sup> Zusammenhalt ist dabei von Disziplin insofern zu unterscheiden, dass er als hierarchisch überliegende Stufe betrachtet werden kann. Bowler, Farrell und Katz treffen dabei folgende Unterscheidung: „*Below some minimal level of coherence, it is impossible, at least within the confines of democratic politics, to impose discipline. Above some level of coherence, the imposition of discipline is pointless, since the members agree anyway.*“ Bowler, Shaun/Farrell, David M./Katz, Richard: Party Cohesion, Party Discipline and Parliaments, in: Dies.: Party Discipline and Parliamentary Governments, Columbus, 1999, S.5.

<sup>217</sup> Vgl. hierzu: Attinà, Fulvio: The Voting Behaviour of the European Parliament Members and the Problem of Europarties, in: European Journal of Political Research, Vol. 18, 1990, S.557-579. und Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.123ff.. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

bemerkt, stieg die Anzahl der Nationalen Delegationen in großem Umfang an. Von 119 auf 161, also um etwa ein Drittel. Das bedeutet größere Vielfalt und kann sich damit zwar durchaus positiv als neue Energie, die in das Parteiensystem eingespeist wird. Allerdings auch negativ, im Sinne einer Zerstreuung der Meinungsbildung, auswirken.

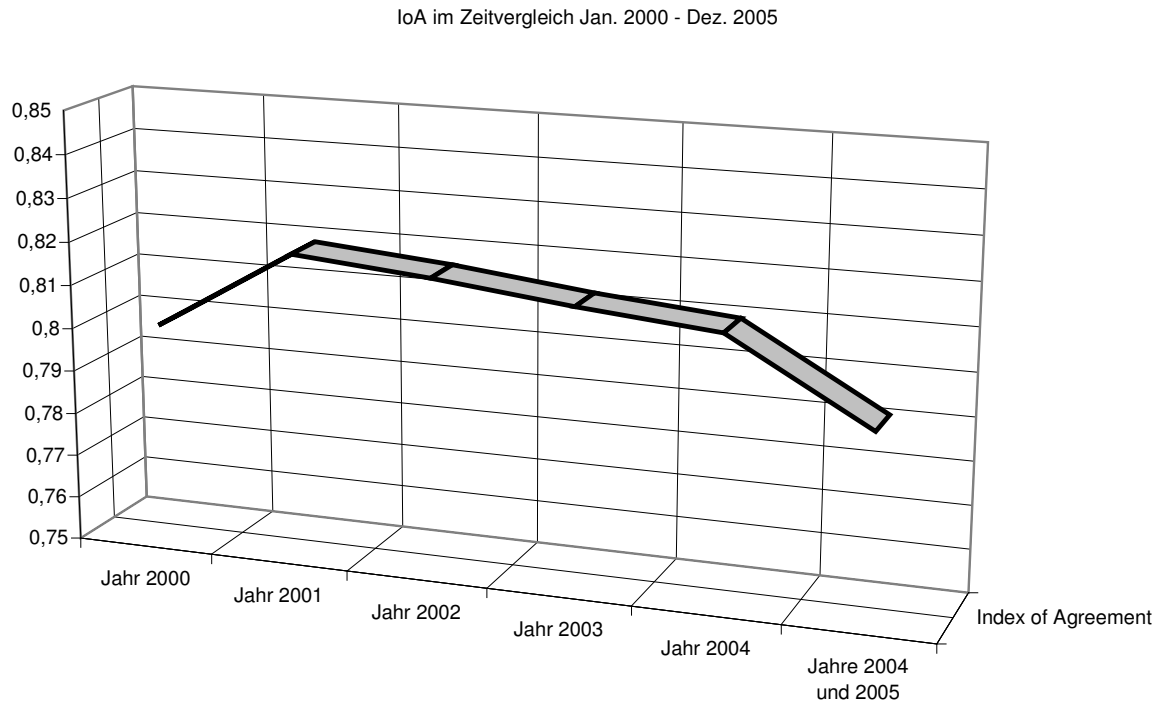
Beispielsweise haben Attinà, Hix, Kreppel, Noury oder Raunio gezeigt, dass es den Fraktionen des EP in der Vergangenheit möglich war, die Höhe ihres Zusammenhalts stetig zu steigern.<sup>218</sup> Aber wie sieht dies nach der Vergroerung 2004 aus? Besteht an sich noch die Möglichkeit, die Kohäsion während der Abstimmungen zu erhöhen? Verglichen mit vorigen Legislaturperioden ist das sechste Europäische Parlament aufgrund seiner Erweiterung bisher parteipolitisch bei weitem am uneinheitlichsten. Es stellt sich damit die Frage, ob es den bestehenden Fraktionen gelingt, die Nationalen Delegationen der neuen Mitgliedsstaaten erfolgreich zu integrieren. Um vorweg eine Antwort zu geben: Es scheint, als konnten die bestehenden Fraktionen die neu hinzutretenden Mitglieder integrieren. Dennoch zeigen sich über den Zeitverlauf der sechsten Legislaturperiode hinweg Veränderungen.



**Schaubild V. 2.: Index of Agreement im Zeitvergleich 2000 – Mai 2005**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

<sup>218</sup> Siehe etwa: Kreppel, Amie: *The European Parliament and the Supranational Party System: A study in institutional Development*, Cambridge, 2002. Oder auch Hix, Simon, Abdul Noury and Gérard, Roland: *Power to the Parties: Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001*, *British Journal of Political Science* 35(2), 2005, S.209-234.

Die Daten des durchschnittlichen Index of Agreement zeigen im Mai 2005 sogar noch einen Anstieg von 0,80 auf 0,81 des Gesamtschnitts des Zusammenhalts aller Fraktionen. Und dies trotz des Anstiegs der Zahl der nationalen Delegationen um über 40.



**Schaubild V. 3.: Index of Agreement im Zeitvergleich Januar 2000 – Dezember 2005**

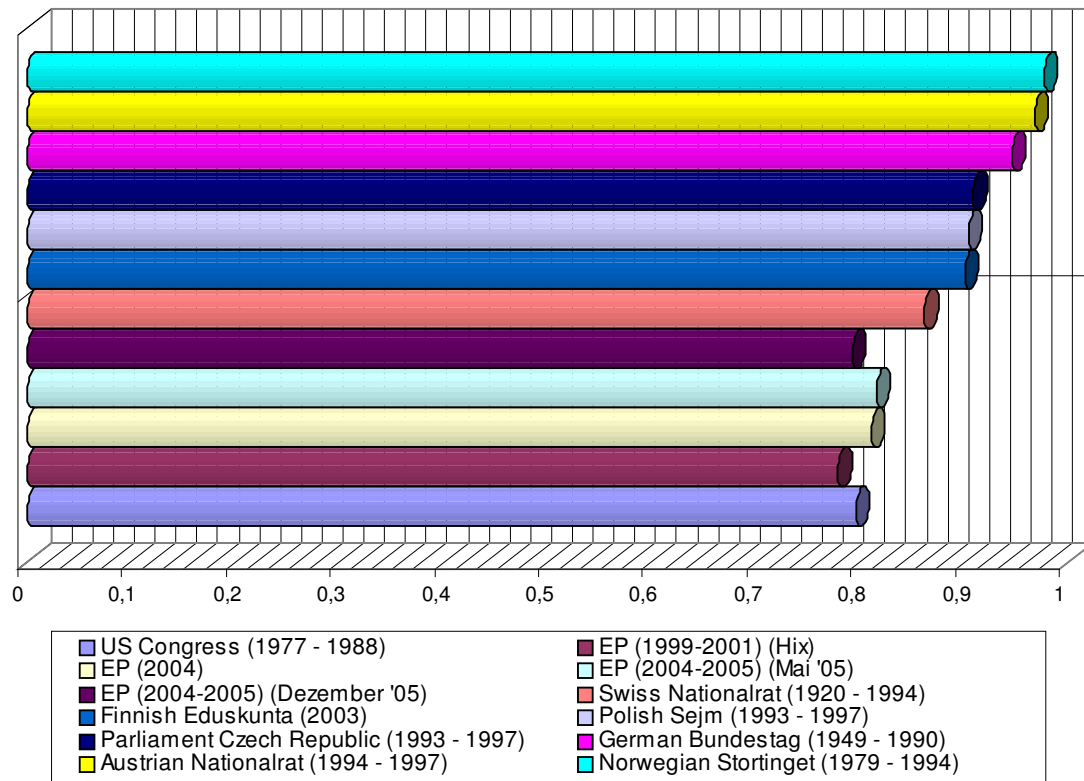
**Quelle: Eigene Berechnung**

Im Dezember des selben Jahres rutscht dieser Wert allerdings leicht, auf 0,79, nach unten. Innerhalb des Zeitraumes von etwa 8 Monaten verschlechtert sich Zusammenhalt und fällt auf das Niveau des Jahres 2000 zurück. Die Kohäsion der Fraktionen erfährt demnach eine leichte Irritation. Bevor jedoch gezeigt wird, woher diese Veräderung rührt, wird in einem weiteren Abschnitt darauf eingegangen, wie der oben beschriebene Indexwert zu bewerten ist.

Um einen Vergleich ziehen zu können, und etwa auch die Höhe des Wertes an sich einschätzen und interpretieren zu können, ist es notwendig, diesen mit den Indizes anderer westlicher Parlamente in Verbindung zu setzen. Da die Forschung im Bereich westlicher Demokratien und Europäischer Parlamente den Index of Agreement mittlerweile als gewinnbringendes Forschungsinstrument anerkannt hat, ist eine ausreichende Vergleichsbasis verfügbar.<sup>219</sup> Diese kann zeigen, in welchem Bereich sich der Zusammenhalt der Fraktionen

<sup>219</sup> Aktuelle Analysen: Pajala, Antti/Jakulin,Aleks: The Finnish Parliament in Year 2003: A Group Cohesion and Voting Similarity Analysis, [http://www.soc.utu.fi/valtio-oppi/mopi/misc/pajala\\_jakulin\\_buntine\\_vers\\_1.pdf](http://www.soc.utu.fi/valtio-oppi/mopi/misc/pajala_jakulin_buntine_vers_1.pdf),

des Europäischen Parlaments bewegt. Wie im nachstehenden Schaubild gezeigt werden kann, ist der Zusammenhalt der Fraktionen des EP nicht so hoch wie im tschechischen oder polnischen Parlament, dem deutschen Bundestag oder auch dem österreichischen Nationalrat. Allerdings ist er gut mit dem Index of Agreement des US Kongresses vergleichbar und erreicht dabei sogar noch höhere Werte.



**Schaubild V. 4.: Index of Agreement in westlichen Demokratien**  
**Quelle: Eigene Berechnungen und Sekundärquellen (s. obige Fußnote)**

Der vergleichsweise hohe Level an Zusammenhalt des polnischen und tschechischen Parlaments kann dabei einen Hinweis darauf geben, warum der Index of Agreement nach der Erweiterung nicht eklatant gefallen ist bzw. bis Mai 2005 sogar noch eine ansteigende Tendenz aufwies. Insgesamt 54 der 106 neuen MEPs kommen aus Polen und 24 aus der Tschechischen Republik. Das sind über 70%. Auch wenn die Annahme getroffen würde, dass die neuen Mitglieder aus diesen Staaten keine ununterbrochene Demokratietradition als politisch-kulturellen Hintergrund aufweisen, ist es dort möglich die Einstellungen der parlamentarischen Parteien auf eine Linie zu bringen. An dieser Stelle ist allerdings

2005. Oder Noury, Abdoul/Roland, Gerard: Enlargement and the European Parliament, in: Jan Fidrmuc/Nauro Campos (Hrsg.): Political Economy of Transition and Development: Institutions, Politics, and Policies, Kluwer, 2003, S. 281-319.

anzumerken, dass Polen kulturhistorisch wohl eine der ältesten europäischen Demokratieformen vorweisen kann, deren Wurzeln, in Form einer Abgeordnetenversammlung der Sejm, bis in das 15. Jahrhundert zurückreichen. Ebenso geht beispielsweise die Geschichte der polnischen Bauernpartei (PSL) (Polskie Stronnictwo Ludowe) zurück bis in das 19. Jahrhundert. Auch die Tschechische Republik hat, was die Landesteile Böhmen und Mähren angeht, eine ähnliche parteipolitische Geschichte aufzuweisen. Dies können etwa die Landtags-Wahlordnungen für die Markgrafschaft Mähren und das Königreich Böhmen, aus dem Jahr 1861, unterstreichen.<sup>220</sup>

Dieser Blick in die zweifellos parteipolitisch-parlamentarische Tradition und Herkunft der neuen Mitgliedsstaaten kann dazu beitragen, sowohl den hohen Zusammenhalt in diesen beiden osteuropäischen Parlamenten, als auch den trotz weiterer sehr starker Pluralisierung nur gering abgefallenen Index of Agreement des Europäischen Parlaments zu erklären.

## 1.2. Einflussfaktoren der Kohäsion

Warum ist der Zusammenhalt der Fraktionen des Europäischen Parlaments nicht so hoch, wie in anderen Europäischen Kammern? Es wurden bereits verschiedene Faktoren herangezogen, um dies zu erklären, wie die fehlende Unterstützung einer Regierung, die Art der Kandidatenauswahl vor Parlamentswahlen, das Fehlen der Parteiidentifikation oder der Sanktionen (wie beispielsweise im US-Kongress) der Partei- bzw. Fraktionsführung gegenüber den Abgeordneten des Parlaments.<sup>221</sup> All dies kann mit Sicherheit den Zusammenhalt innerhalb der Akteure beeinflussen. Detailliertere Aussagen darüber zu machen bzw. deren Einfluss exakt zu bestimmen, gestaltet sich allerdings schwierig.

Welcher Faktor nachweisbar und offensichtlich den Zusammenhalt während der Abstimmungen beeinflusst, ist die Exit-Option. D.h. die Möglichkeit des Ausstiegs ganzer nationaler Parteidelegationen. Dies kann etwa bei einem moralischen Thema genutzt werden. Vorzustellen wäre hier beispielsweise der Ausstieg einer irischen Delegation in Fragen betreffend der Befürwortung von Schwangerschaftsabbrüchen. Oft genannte Beispiele sind dabei die konservativen Parteien in der EVP-ED, wie die britischen Konservativen oder die Abgeordneten der Europäischen Freien Allianz (GRÜNE-EFA), wie die Scottish National Party oder die Volksunie. Grundlegende Untersuchungen darüber liegen bereits vor.<sup>222</sup>

---

<sup>220</sup> Für eine genauere Recherche siehe: <http://www.verfassungen.de/at/>.

<sup>221</sup> Vgl. dazu etwa: Hix, Simon: Parliamentary Behaviour with Two Principals: Preferences, Parties and Voting in the European Parliament, *American Journal of Political Science*, Vol. 46, Nr.3, 2002, S.690ff.

<sup>222</sup> Vgl. etwa: Faas, Thorsten: Why do MEPs Defect? An Analysis of Party Group Cohesion in the 5th European Parliament, *European Integration online Papers (EIoP)* Vol. 6, 2002. <http://eiop.or.at/eiop/texte/2002-002a.htm>

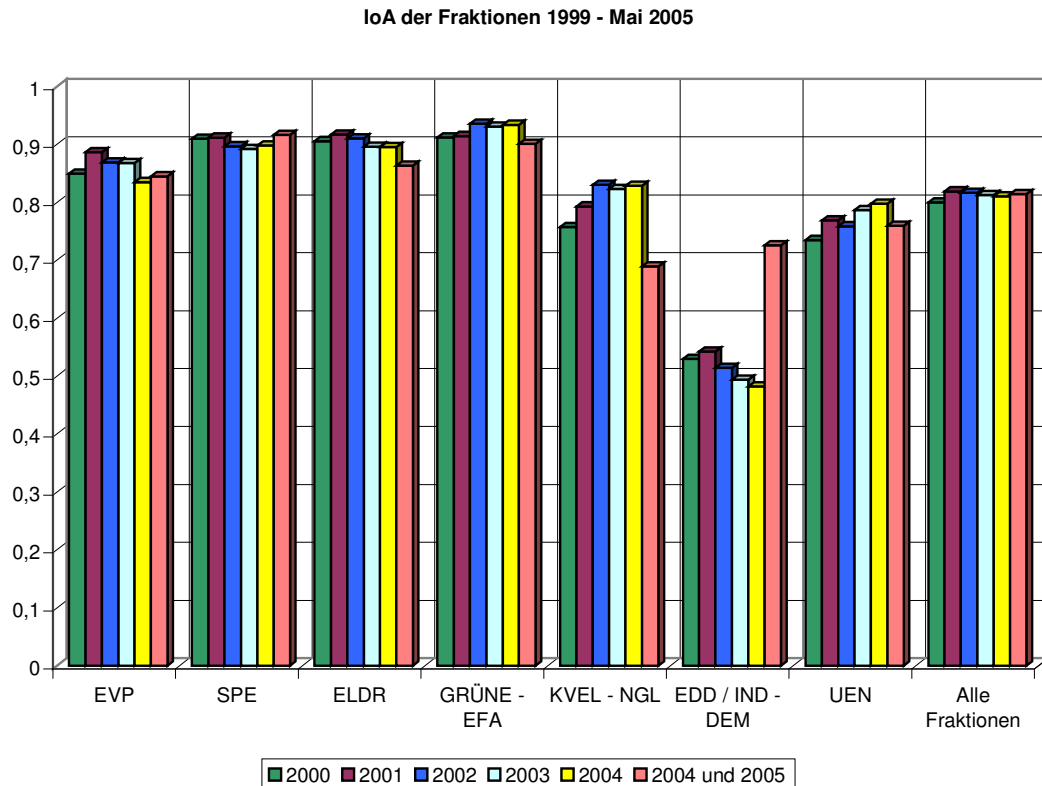
Fraktionen schließen sich demnach jedoch nicht aus nationalen, sondern primär aus ideologisch-parteilpolitischen Motiven zusammen. Eben deshalb ist auch anzunehmen, dass ein Hauptanliegen der nationalen Delegationen und Abgeordneten des Europäischen Parlaments für einen Zusammenschluss zu Fraktionen gerade nicht in der nationalen Herkunft liegt, sondern in zielgerichteter und national übergreifender parteipolitischer Zusammenarbeit. Nichtsdestoweniger ist es wichtig, dass es einen verhältnismäßig hohen Grad an Zusammenhalt gibt. Dies ist besonders auffallend, wenn die einzelnen Fraktionen ins Zentrum der Betrachtung gerückt werden. Die nächste Tabelle kann zeigen, dass der durchschnittliche Index des Zusammenhalts vor allem durch die Fraktionen der KVEL-NGL, IND-DEM und die UEN, d.h. den kleineren Fraktionen, gedrückt wird. Die anderen Fraktionen erreichen dagegen einen Indexwert im Bereich von 0,9. Dies gleicht durchaus den erhobenen Daten anderer Parteien in nationalen Parlamenten. Ein weiterer Faktor, der den Zusammenhalt beeinflussen kann, ist möglicherweise die Größe der Gruppe. Allerdings fällt die Fraktion der GRÜNEN-EFA aus diesem Muster. Hier scheinen die Arbeitsabläufe und die Koordination der Einstellungen gefestigt zu sein. Auffällig ist auch, dass die Fraktionen der SPE, ALDE und EVP-ED, die, ähnlich dem historischen britischen Vorbild, die Bildung eigener Parteiorganisationen schon früh gefördert haben, eine größere Kohärenz aufweisen. Hier kann also ein weiterer Hinweis dafür gefunden werden, dass weniger die elementare Größe der Gruppe ausschlaggebend ist, sondern die Institutionalisierung<sup>223</sup> der Fraktionen zu einem größeren Zusammenhalt beitragen kann. (Vgl. Hypothese 2)

Während die Kurve einiger Fraktionen abfiel, konnten andere ihren Zusammenhalt weiter steigern. Das Beispiel der IND-DEM Fraktion zeigt diese Tatsache am Deutlichsten. Die Fraktion wurde nach der Vergrößerung u.a. durch die nationale Delegation polnischer Abgeordneter erweitert. Es wird damit offensichtlich, dass diese Fluktuationen mit den internen Veränderungen der Gruppen nach den letzten Parlamentswahlen einhergehen.

---

Oder Faas, Thorsten: Präsenz und Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament ? Eine Analyse der Jahre 1999-2003, 2004. [http://www.thorsten-faas.de/pdf/EP\\_Abstimmungen.pdf](http://www.thorsten-faas.de/pdf/EP_Abstimmungen.pdf).

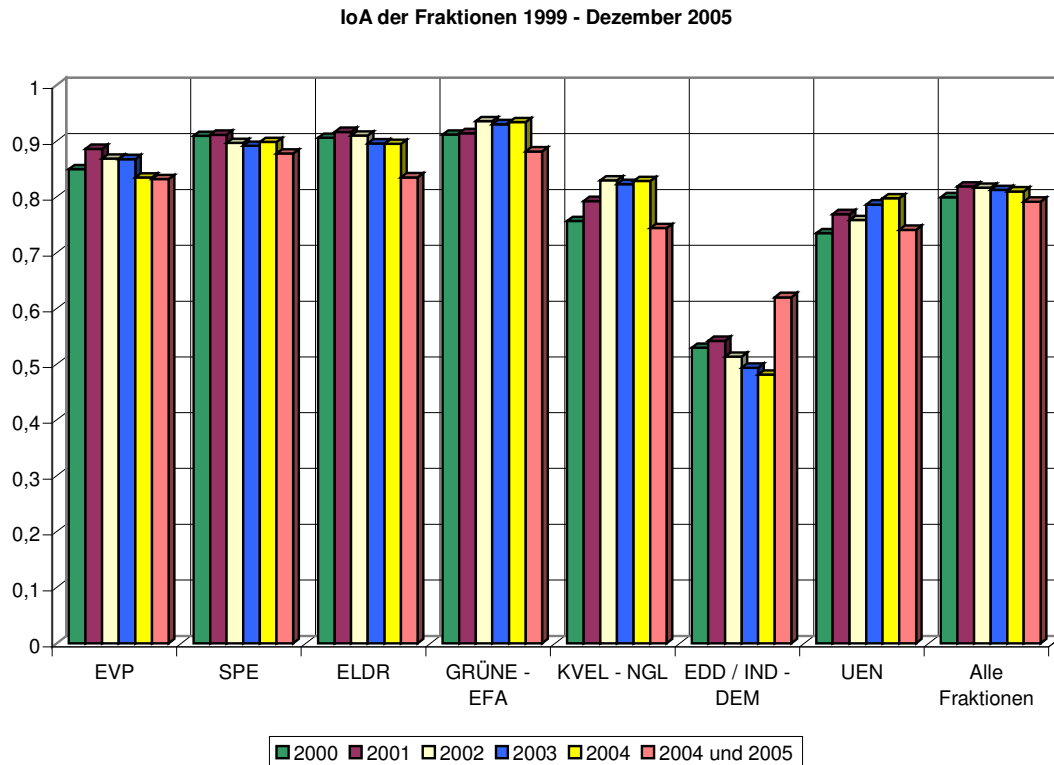
<sup>223</sup> Institutionalisierung verstehe ich grundsätzlich als prozessuale Verfestigung regelmäßiger Verhaltensmuster von Strukturen und Akteuren, die aufgrund ihrer Beständigkeit generalisiert und typisiert werden können.



**Schaubild V. 5.: Vergleich des Index of Agreement im Durchschnitt in den Legislaturperioden fünf und sechs (Stand Mai 2005)**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Der Vergleich der Daten der einzelnen Fraktionen innerhalb der sechsten Legislaturperiode verdeutlicht zudem den leichten Abfall der Kohäsion der gesamten Kammer. Sowohl der Rückgang des Zusammenhalts innerhalb der SPE, als auch der Abfall des dennoch gesteigerten Werts der IND-DEM können erklärend dafür herangezogen werden. Möglicherweise kündigten sich hier bereits die Schwierigkeiten an, die im Frühjahr 2006 zu einer Zersplitterung der Fraktion der Unabhängigkeit und Demokratie führte.<sup>224</sup>

<sup>224</sup> Nach extremistischen Äußerungen im italienischen Nationalwahlkampf sollte die italienische Delegation der Lega Nord diese zurücknehmen. Dies ist jedoch nicht geschehen. Aufgrund dessen wurde ein Antrag gestellt, die Delegation aus der Fraktion auszuschließen. Die polnische Delegation der Liga der polnischen Familien wiederum stimmte nicht gegen einen solchen Ausschluss der italienischen Abgeordneten. Dies führte somit auch zu Zerwürfnissen und Parteiaustritten der Abgeordneten innerhalb der polnischen Delegation. Es scheint sich jedoch hier eher um ein taktisches Manöver gehandelt zu haben, die „unbeliebte“ italienische Delegation mit einem offiziellen Vorwand aus der Fraktion ausweisen zu können. Dies zumindest könnte aufgrund eines Gesprächs mit dem Pressesprecher der IND-DEM interpretiert werden. Hier allerdings auch auf dem Rücken und auf Kosten der polnischen Abgeordneten.



**Schaubild V. 6.: Vergleich des Index of Agreement im Durchschnitt in den Legislaturperioden fünf und sechs (Stand Dezember 2005)**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Ein erstes und sehr wichtiges Ergebnis für den Moment ist, dass die etablierten Fraktionen des Europäischen Parlaments in der Lage waren, die Einstellungen und Haltungen der neuen Parteidelegationen und Parlamentsmitglieder nachhaltig zu integrieren. Dies kann als eine substantielle Grundlage für die Stabilität und Effektivität dieser Institution gewertet werden. Zudem zeigt sich ein sehr stabiler Wert für die Fraktionen der EVP-ED, SPE, ALDE und GRÜNEN-EFA. Dieser besteht über die zufällig gewählten Zeitabschnitte und den vollständigen Untersuchungszeitraum hinweg.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse sollen nun zunächst das Mitentscheidungsverfahren und darauf einzelne Politikfelder von Abstimmungen, hinsichtlich des Zusammenhalts der Fraktionen, untersucht werden, denn es ist zu erwarten, dass diese beiden Faktoren einen maßgeblichen Einfluss auf die Kohäsion der parlamentarischen Gruppen haben. Darauf weisen auch die Ergebnisse der in diesem Rahmen vorgenommenen Umfrage hin.<sup>225</sup> Wie oben bereits geschildert, nehme ich an, dass die MEPs sich aus Gründen ähnlicher politischer Anliegen zu Fraktionen zusammenschließen. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden,

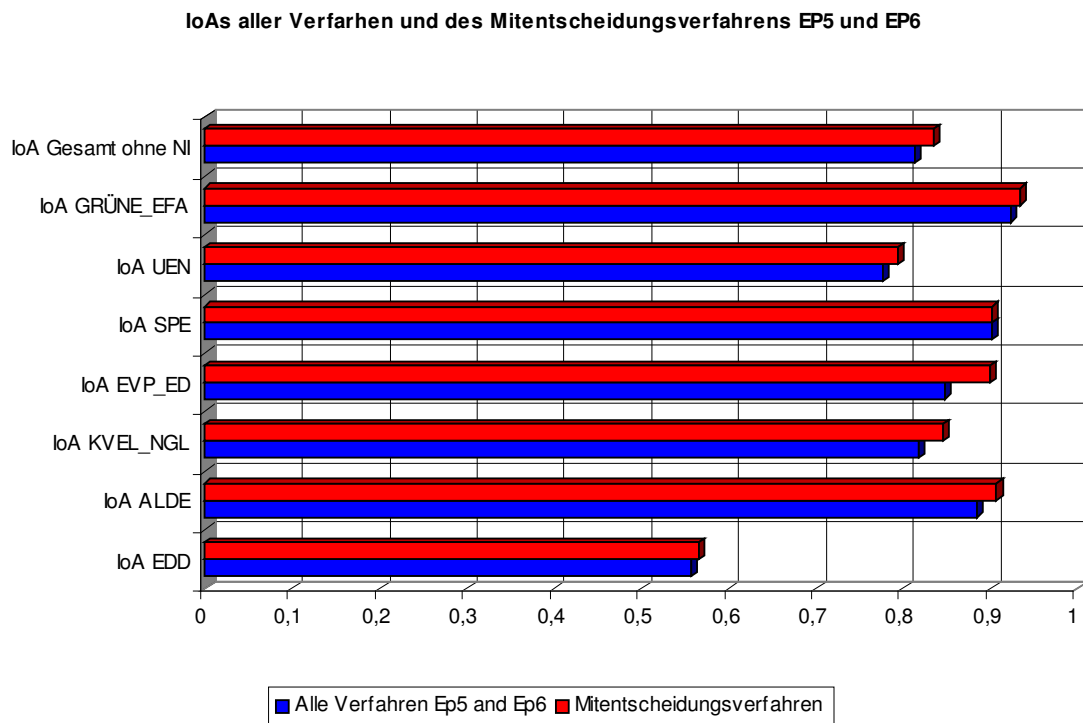
<sup>225</sup> Siehe Kapitel II, 3. Design der stützenden und erweiternden quantitativen Fragebogenanalyse. Des weiteren: Kapitel IV, 2. Entscheidungsmechanismen im Europäischen Parlament: Empirische-deskriptive Grundlagen.



dass die Bedeutung des Legislativverfahrens und damit des gesamten Parlaments im System der Europäischen Union als beeinflussender Faktor auch für den Zusammenhalt der Gruppen von großer Bedeutung ist und damit in die Analysen mit einbezogen werden sollte.<sup>226</sup>

### 1.2.1. Kohäsion im Mitentscheidungsverfahren

Wie bereits erwähnt, kann davon ausgegangen werden, dass das Verfahren der Mitentscheidung die Kohäsion der Fraktionen beeinflusst. Dies gibt dem Parlament beträchtliche Macht und voting power im Legislativprozess der EU. Deshalb wurde bereits des öfteren vermutet, dass die Fraktionen versuchen werden, eben hier mit besonderem Bedacht und Anstrengung Konsens zu erreichen, da das Verfahren auch von dritten Akteuren, wie dem Rat oder der Kommission, mit Aufmerksamkeit verfolgt wird. Und diese Veränderung zeigt sich tatsächlich.



**Schaubild V. 7.: Index of Agreement aller Verfahren und des Mitentscheidungsverfahrens im Vergleich**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Das Schaubild zeigt, im Vergleich mit allen anderen Verfahren, dass, mit Ausnahme der SPE, alle Fraktionen einen größeren Zusammenhalt im Mitentscheidungsverfahren aufweisen.<sup>227</sup>

<sup>226</sup> Vgl. zur Argumentation auch Kreppel, Amie: The European Parliament and the Supranational Party System: A study in institutional Development, Cambridge, 2002.

Der größte Unterschied von Mitentscheidungsverfahren und anderen Beschlussverfahren ist im Fall der EVP-ED zu beobachten. Trotz interner Konfliktlinien, also der Problematik des Zusammenschlusses von konservativen und christdemokratischen Parteien, ist es der Fraktion in wichtigen Sachgebieten einen noch höheren Zusammenhalt zu erreichen. Andere Fraktionen, die in diesem Zusammenhang genauer beachtet werden sollten, sind die GRÜNEN-EFA, die im Vergleich den höchsten Indexwert erreichen. Und diesen auch im Verfahren der Mitentscheidung noch vergrößern. Die trotz der EFA Gruppe, die bisweilen gegen die Linie der Gruppe stimmt.<sup>228</sup> Es scheint damit, als wären sich die Fraktionen auch empirisch über die Bedeutung und Beobachtung ihres Handelns im Klaren und setzen dies auch in verändertes Handeln um. Das individuelle abweichende Abstimmungsverhalten von Parlamentariern oder nationalen Delegationen wird damit zugunsten von Fraktion und Kammer zurückgestellt, wenn die Möglichkeit besteht, aktiv am Legislativprozess mitzuwirken.

### 1.2.2. Politikbereiche im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament und sein Ausschusssystem befassen sich, was in der Natur der Aufgaben von Parlamenten und deren intrainstitutioneller Strukturierung liegt, mit verschiedenen Politikbereichen. Die Politikfelder, auf die die Union als Ganzes Einfluss ausüben kann, sind mittlerweile nahezu identisch mit denen der nationalen Mitgliedsstaaten. Nachdem sich somit selbstverständlich auch die Gesetzgebung der Europäischen Union an (politischen) Inhalten orientiert, sind auch die Abgeordneten des Europaparlaments, die zudem Mitglieder von Ausschüssen sind, hochspezialisierte Experten. Meist in zwei bis drei Themenbereichen. Aufgrund seiner Tradition, Entwicklung und Positionierung im System der Europäischen Union ist das Europäische Parlament eine konsensorientierte Kammer. Dies unterstreicht das vorige Schaubild des Index of Agreement in allen Verfahren und des Mitentscheidungsverfahrens im Vergleich noch deutlicher. Deshalb kann davon ausgegangen werden, dass das Handeln der MEPs und Fraktionen durch den Schwerpunkt der Politikfeldorientierung geleitet wird.<sup>229</sup> Andere Handlungsorientierungen, wie vote- und office-seeking, rücken demnach eher in den Hintergrund.<sup>230</sup> Daraus lässt sich schließen, dass

---

<sup>227</sup> Grundlage der Berechnungen sind die abschließenden Abstimmungen über die endgültigen Gesetzestexte, im Zeitraum von Januar 2004 bis Dezember 2005. Nicht die Änderungsanträge, über die in diesem Rahmen abgestimmt wurde.

<sup>228</sup> Vgl. Faas, Thorsten: Präsenz und Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament ? Eine Analyse der Jahre 1999-2003, 2004, S.8f. [http://www.thorsten-faas.de/pdf/EP\\_Abstimmungen.pdf](http://www.thorsten-faas.de/pdf/EP_Abstimmungen.pdf).

<sup>229</sup> Siehe dazu auch Hypothese 3, Kapitel I, 1.1. Die inhaltliche Dimension der Arbeit.

<sup>230</sup> Vgl. v.a.: Kreppel, Amie: The European Parliament and Supranational Party System: A study in institutional Development, Cambridge, 2002, S.30-51, S.45f1, S.187.

der Faktor des Politikbereiches einen starken Einfluss auf den Zusammenhalt der Fraktionen des Europäischen Parlaments hat. Dies wurde auch schon von Hix, Noury und Roland nachgewiesen, allerdings weniger detailliert ausgeführt und analysiert.<sup>231</sup> Sie konnten zeigen, dass die an Politikbereiche angelehnte rechts-links Dimension, die laut ihren Untersuchungen eine Konfliktlinie darstellt, die Kohäsion im Europäischen Parlament beeinflusst. In dieser Arbeit soll allerdings ausführlicher auf die einzelnen Politikfelder eingegangen werden, aus denen sich die oben genannte Konfliktlinie letztlich zusammensetzt.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wurden die Abstimmungen der Datenbank den jeweiligen Ausschüssen zugeordnet, in denen diese federführend bearbeitet wurden. Auf diese Weise können über 20 unterschiedliche Politikfelder identifiziert werden. Dadurch wird es möglich, auch den Zusammenhalt der Fraktionen mit eben diesen Politikbereichen in Verbindung zu setzen.<sup>232</sup> Bei alledem gilt allerdings auch zu bedenken, dass das Europäische Parlament je nach Politikbereich auch verschieden ausgestattete Mitsprache- und Mitwirkungsrechte im Legislativprozess hat. Diese beiden Variablen können demnach nicht völlig unabhängig voneinander betrachtet werden.

### 1.2.3. Zusammenhalt und Politikbereiche

An dieser Stelle der Analyse sollen nun einige exemplarische Politikfeldlinien mit dem Zusammenhalt gegenübergestellt und genauer analysiert werden. Dabei lassen sich auffällige Muster feststellen.<sup>233</sup>

Zunächst wird das Themenfeld Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, dann Verkehr und Fremdenverkehr und darauf Auswärtige Angelegenheiten bzw. konstitutionelle Fragen untersucht. Im den ersten beiden Fällen kann das Parlament großen Einfluss auf den Legislativprozess auswirken. Hier wird oftmals das Mitentscheidungsverfahren angewandt. Es hat demzufolge, im Vergleich mit anderen EU-Institutionen, große voting-power.<sup>234</sup> Im Bereich der Außenpolitik und konstitutionellen Fragen hingegen hat das Parlament verhältnismäßig begrenzte Einflussmöglichkeiten. Hier kann hauptsächlich das Verfahren der Konsultation, in speziellen Fällen, wie Assoziierungsabkommen oder Beitritt neuer Mitgliedsstaaten, auch das Zustimmungsverfahren eingesetzt werden. Die verschiedenen Bereiche unterscheiden sich

---

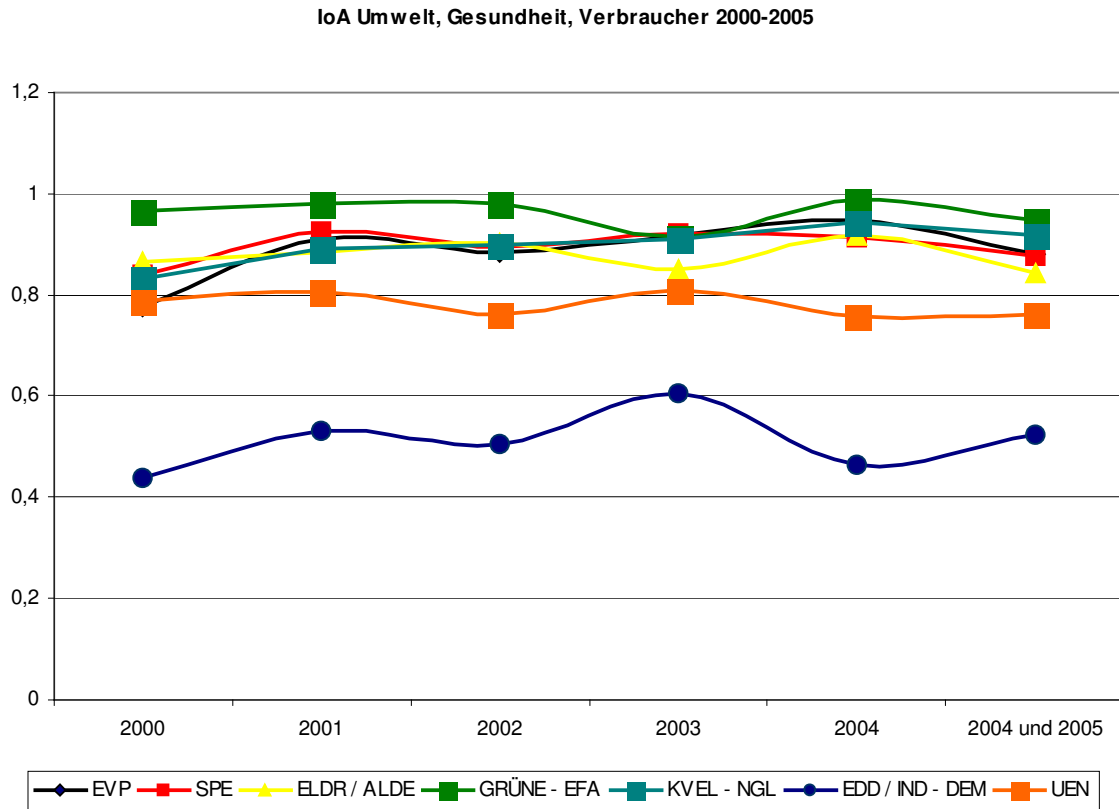
<sup>231</sup> Vgl. Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.123f. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

<sup>232</sup> Im Anhang befindet sich hierzu eine vollständige ausführliche Aufschlüsselung aller Evaluierter Politikbereiche und des Index of Agreement der einzelnen Fraktionen. Diese Daten liegen für jede der sechs eingeteilten Perioden des Untersuchungszeitraumes vor.

<sup>233</sup> Weitere Schaubilder des Index of Agreement im Zeitverlauf der Untersuchung

<sup>234</sup> Zu Voting-Power siehe Kapitel VI, 2. Machtverhältnisse – Voting-Power im Europäischen Parlament.

demnach in zwei Dimensionen. D.h. sowohl nach ihrer Bedeutung, als auch nach ihrem Politikfeld und sollten sich auch in einer dritten Dimension, der Höhe ihres Zusammenhalts, unterscheiden, da wie bereits gezeigt wurde, der Index of Agreement in gewichtigeren Legislativverfahren höhere Werte erreicht.



**Schaubild V. 8.: Politikbereich Index of Agreement Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit im Fraktions- und Jahresvergleich<sup>235</sup>**  
 Quelle: Eigene Berechnung

Das Schaubild zeigt die Werte des Index of Agreement der einzelnen Fraktionen über die Intervalle des Untersuchungszeitraums hinweg. Jedem Akteur wurde eine Farbe zugewiesen. Im Bereich Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit zeigen die Ergebnisse der Indexuntersuchung gerade Linien unterschiedlicher Höhe. Dies bedeutet, dass der Zusammenhalt, auch über mehr oder weniger willkürlich getroffene Messintervalle hinweg, auf dem gleichen Niveau bewegt. Dies trifft auch auf die Zeit nach der Erweiterung des Parlaments zu. Die geringen Schwankungen zeigen ausbalancierte Einstellungen und beständige Positionen aller Fraktionen in diesem Bereich. Damit kann in hier von einem

<sup>235</sup> Es ist offensichtlich, dass ein in dieser Form gewählter Chart suggeriert, dass eine kontinuierliche Messung vorliegt. Diese ist jedoch punktuell, als Jahresdurchschnitt, zu sehen. Eine Verbindung der Messintervalle ist jedoch, aufgrund des zufällig gewählten Zeitpunkts, gerechtfertigt. Sie dient zur besseren Veranschaulichung und Interpretation.

hohen Grad an Konsens und Stabilität ausgegangen werden. Die Fraktion der IND-DEM zeigt sich allerdings als Ausreißer. Dies weist auf einen geringen Grad der Koordinierung in diesem Bereich hin. Eine gemeinsame Linie existiert in diesem Politikfeld damit für diese politische Gruppe nicht. Die Irritationen im Zeitraum 2003 bei SPE und GRÜNEN-EFA sind v.a. im Bereich der „Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Spende, Beschaffung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichen Geweben und Zellen“ (A5-0103/2003)<sup>236</sup> aufgetreten. D.h. in moralischen Fragen. Auch hier zeigt sich die Bereitschaft zur Abweichung der Abgeordneten bzw. nationalen Delegationen. Dies stimmt zudem mit den Ergebnissen der persönlichen Umfrage der MEPs überein, in der 13,9% der Teilnehmer angaben, sich durch ethische Ansichten bei den Abstimmungen leiten zu lassen. Das Feld Verkehr und Fremdenverkehr zeigt zunächst ähnliche Resultate, ist nach der Erweiterung jedoch in geringerem Umfang als beständig zu betrachten. In diesem Zeitraum fällt die Kohäsion relativ stark ab.

IoAs Verkehr und Fremdenverkehr 2000 - 2005

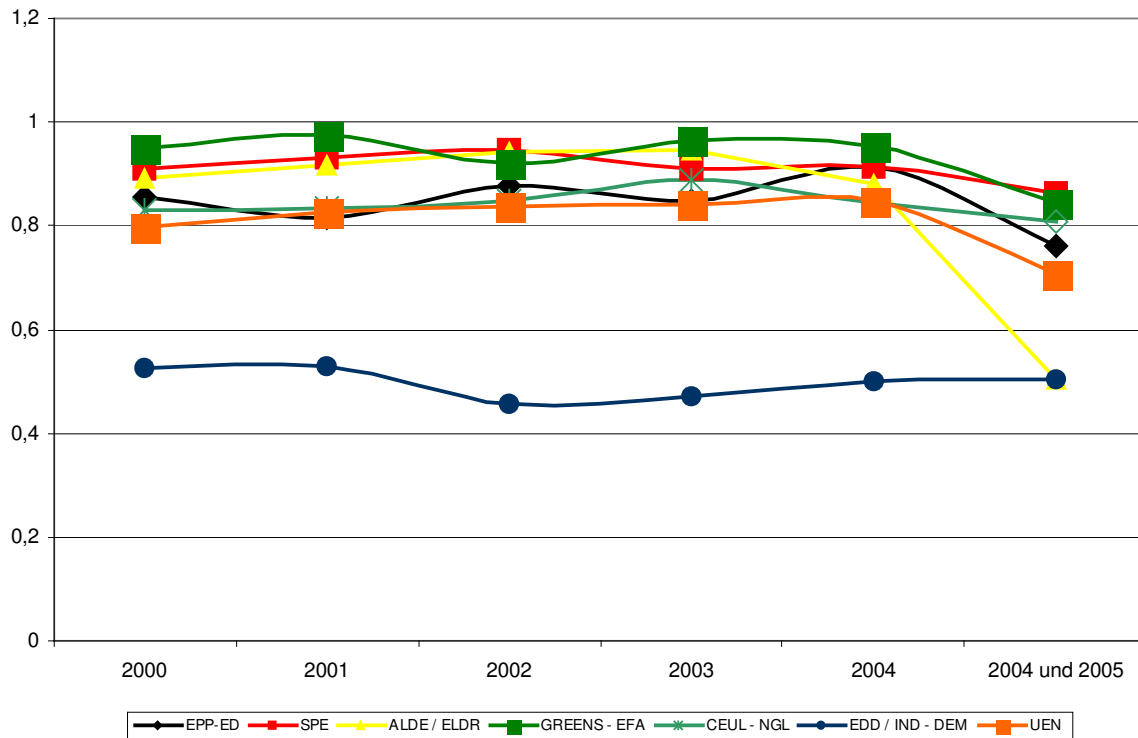
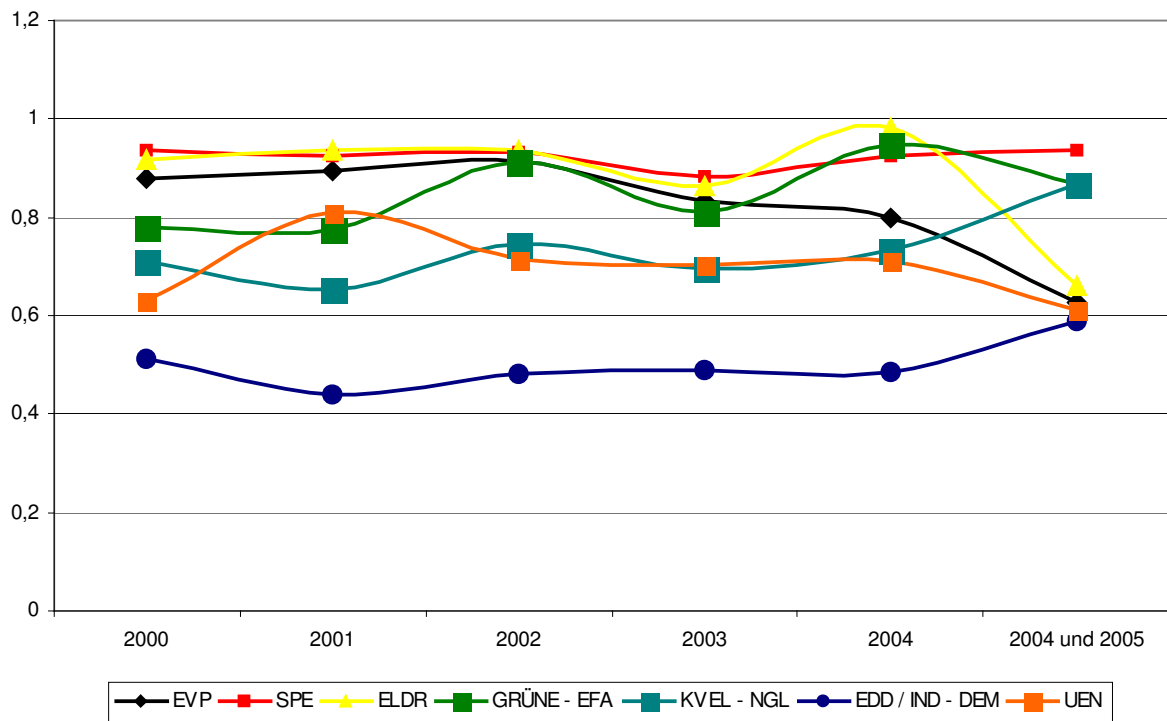


Schaubild V. 9.: Politikbereich Index of Agreement Verkehr und Fremdenverkehr im Fraktions- und Jahresvergleich  
Quelle: Eigene Berechnung

<sup>236</sup> Dokumentennummer des Europäischen Parlaments

Bei der ALDE bestehen sowohl große Unstimmigkeiten in Bereich der Entwicklung von Eisenbahnunternehmen (A6-0143/2005), als auch bei Seeverkehrswegen (A6-0314/2005). Damit ziehen sich diese durch den ganzen Bereich des Politikfelds. Es ist denkbar, dass hier der Beitritt und die Interessen neuer nationaler Delegationen zugrunde liegen. Möglicherweise ist das Absinken des gesamten Index auch auf Unstimmigkeiten im Umkreis des Megaprojekts Transeuropäische Netze, deren Finanzierung bzw. Revision zurückzuführen. Ein ganz anderes Bild zeigt sich hingegen im Politikfeld Auswärtige Angelegenheiten. Es ist offensichtlich, dass sich ausschließlich der Index des Zusammenhalts der SPE Fraktion als eine mehr oder weniger konstante Linie im Schaubild darstellt. Sie kann ihren Zusammenhalt nach der Erweiterung noch verstärken, während die Werte der anderen Fraktionen auf einem insgesamt etwas niedrigeren Niveau oszillieren. Die Indexwerte für die EVP-ED, ALDE und die UEN fallen nach der Erweiterung auf einen Tiefststand ab. Auf der anderen Seite zeigen sowohl IND-DEM, als auch KVEL-NGL einen Höchststand an Kohärenz.

**Auswärtige Angelegenheiten IoAs 2000-2005**



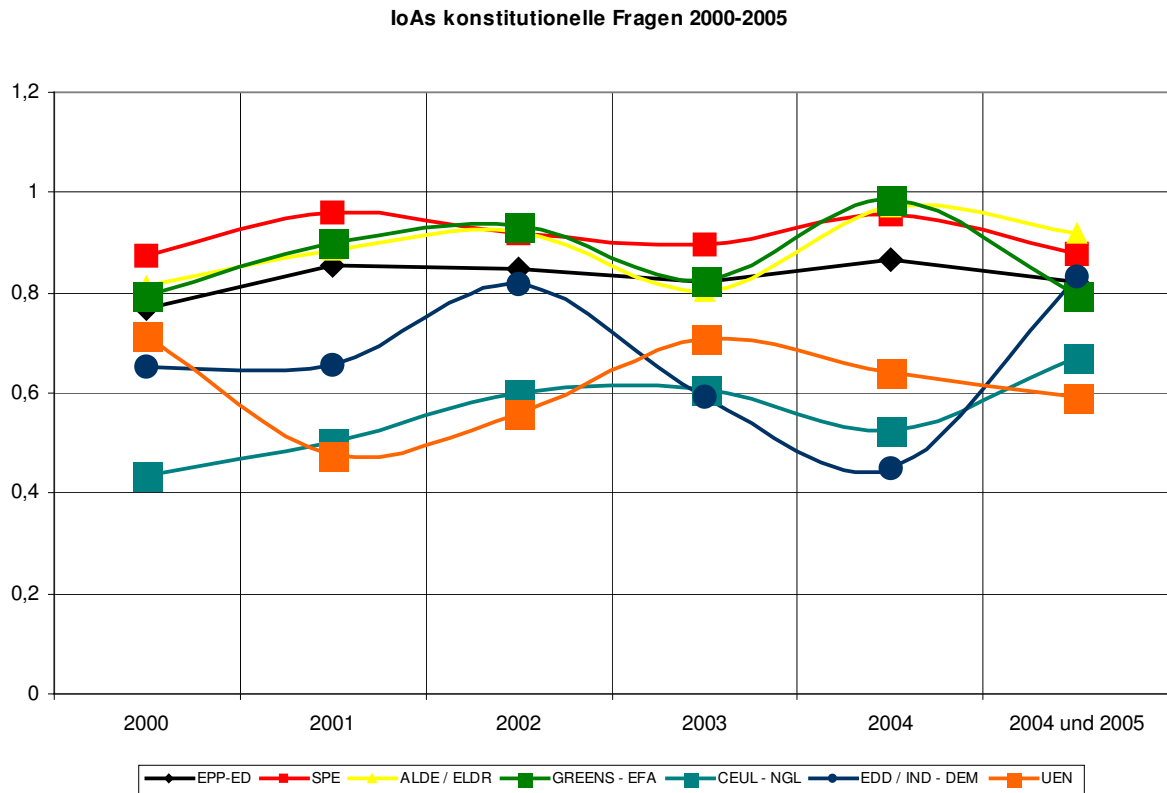
**Schaubild V. 10.: Politikbereich Index of Agreement Auswärtige Angelegenheiten im Fraktions- und Jahresvergleich**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Dieses Feld zeigt sich als eher unstrukturiert und uneinheitlich. Während sich in den Zeitabschnitten 2001 und 2002 im Bereich der Auswärtigen Angelegenheiten die

terroristischen Anschläge in den USA, aber auch Bali, ereigneten, zeigt sich bei den Fraktionen ein vorwiegend homogenes Bild. Zudem kann für 2002 im Bereich des Fortschrittes der ehemaligen Beitrittskandidaten große Einheitlichkeit der EVP-ED, SPE, ALDE und GRÜNEN-EFA beobachtet werden (A5-371/2002). Ähnliches gilt für Entschließungen über die Lage im Irak (A5-157/2002). Im Zeitraum 2003 hingegen, dem Jahr des Beginns des 2. Irakkriegs (bzw. 3. Golfkrieges), ist auch bei den Fraktionen, die im Allgemeinen einen großen Zusammenhalt aufweisen, eine Tendenz des Dissens zu beobachten. Bei GRÜNEN-EFA zeigt sich dies etwa bei Abstimmungen über die Prioritäten und Schwachstellen der neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur (A5-0111/2003). Viele Streitpunkte bietet ebenso der Beitritt der Türkei bei EVP-ED und ALDE in der sechsten Legislaturperiode (A6-0063/2004). Fraglich ist hier, ob sich hierbei auch der Druck der jeweiligen nationalen Parteien bemerkbar macht, die sich, etwa in Wahlkämpfen, für oder gegen einen Beitritt der Türkei zur Union aussprechen.

Das Europaparlament weist damit im Gebiet der Auswärtigen Angelegenheiten eine vergleichsweise geringere Verlässlichkeit, sowohl für die Fraktionen und die Koalitionsbildung innerhalb des Parlaments, als auch für die Einschätzung anderer europäischer, nationaler oder transnationaler Akteure auf. In strittigen Angelegenheiten, in denen es wenig legislative Befugnis ausübt, sind demnach Abgeordnete eher bereit, von der Fraktionslinie abzuweichen.

Die oben bemerkte Oszillation ist, was den Index der Kohäsion anbelangt, auch im Feld Konstitutionelle Fragen gegeben. Sogar teils in größerem Maße. Im Vergleich zum Jahr vor der Erweiterung hat die KVEL-NGL allerdings einen starken Anstieg ihres Zusammenhalts zu verzeichnen, während die Werte der ALDE und EVP-ED nicht im selben Maße fallen, wie diese beim Themenbereich Auswärtige Angelegenheiten der Fall ist, sind dennoch auch im Moment uneinheitlichen Bewegungen zu erkennen.



**Schaubild V. 11.: Politikbereich Index of Agreement konstitutionelle Fragen im Fraktions- und Jahresvergleich**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Der starke Abfall der IND-DEM im Zeitraum 2004 ist v.a. bei Abstimmungen über die Vorsorgemaßnahmen für die Anwendung der allgemeinen Regeln über die Mehrsprachigkeit zu suchen, aus denen wiederum der hohe Wert der GRÜNEN-EFA resultiert (A5-68/2004 und A5-153/2004). Der Tiefstwert in der Periode 2001 der UEN rührt vornehmlich aus einer EntschlieÙung zum Verfassungsprozess und der Zukunft der EU (A5-368/2001). Hier äußert sich die Spannungslinie staatliche Souveränität vs. EU-Integration.

Im Vergleich etwa zum Feld Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit ist davon auszugehen, dass in diesen Bereichen die Einstellungen der Mitglieder des Parlaments nur schwierig von den Fraktionen harmonisiert werden können. Das gilt hauptsächlich für die Fraktionen der KVEL-NGL, UEN und IND-DEM. Dies könnte auch an der Erweiterung des Europäischen Parlaments und damit an der neuen Zusammensetzung der Fraktionen liegen. In Bereichen in denen das Europäische Parlament große Mitspracherechte besitzt, ist, wie gezeigt werden konnte, der Zusammenhalt der Fraktionen konsistenter als in solchen, in denen das Parlament nur wenig oder keine Gesetzgebungsbefugnis inne hat. Wiederrum bestätigt sich damit auch die These, dass das Politikfeld, einhergehend mit der Bedeutung des



legislativen Verfahrens, einen Einfluss auf die Entscheidungen der Fraktionen und deren Mitglieder ausübt. Steigt die Bedeutung des Politikfelds, so steigt auch die Stabilität des Zusammenhalts der Fraktionen an. Dies stützt somit die Ergebnisse der Analyse des Mitentscheidungsverfahrens.

Es kann also festgestellt werden, dass die Fraktionen des Europäischen Parlaments einheitliche Akteure sind. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Höhe ihres Zusammenhalts, sondern auch an verschiedenen Mustern, wie beispielsweise die Beständigkeit des Verhaltens in verschiedenen Politikbereichen, die das Handeln als Akteure kennzeichnen. Selbstredend sind MEPs jedoch keine Lemminge, die Bedingungslos ihrer Gruppe folgen. Etwa aus ethischen und ebenso aus taktischen Gründen, etwa gegenüber der jeweiligen nationalen Partei, die über die Aufstellung der Listen zur Wiederwahl der Abgeordneten bestimmen, sind Exit-Optionen denkbar. Die Verwendung des Index of Agreement, gepaart mit der inhaltlichen Unterfütterung der Abstimmungen, erweist sich als ein angemessenes Instrument, Faktoren zu bestimmen, um das Abstimmungsverhalten der transnationalen Fraktionen analysieren zu können. Einige Fragen bleiben dennoch unbeantwortet und bedürfen weitergehender Analysen. Was bedeuten beispielsweise die Muster des Zusammenhalts für den Arbeitsprozess innerhalb der Fraktionen, die Koalitionsbildung zwischen diesen Gruppen und die Verlässlichkeit des Parlaments als Ganzes? Nach der kommenden Untersuchung des Einflussfaktors der Heterogenität auf den Zusammenhalt, wird darauf in einem zweiten empirischen Hauptteil der Arbeit eingegangen. Dieser beleuchtet detailliert die Mechanismen der Koalitionsbildung.

#### **1.2.4. Heterogenität als einflussreiche Größe: Index of Transnationality und Index of Fractionalisation**

Die Korrelation des Index of Agreement mit verschiedenen Variablen konnte deutlich die Abhängigkeit des Zusammenhalts vom Politikbereich der Abstimmung, aber auch der Bedeutung des Gesetzgebungsverfahrens zeigen. Eine weitere unabhängige Variable, von der anzunehmen ist, dass sie einen Einfluss auf die Kohäsion der Fraktionen ausübt, ist die Heterogenität bzw. Zersplitterung der Fraktionen. Eine größere Anzahl nationaler Delegationen kann etwa zu geringem Zusammenhalt führen oder umgekehrt. Im Bereich der Akteursanalyse existieren weitere Maßzahlen, die eben diese Streuung innerhalb von Gruppen messbar und vergleichbar machen können. Sie besitzen damit außerdem eine Aussagekraft über die interne Strukturierung und Zusammensetzung von Akteuren, in diesem Fall der Fraktionen des Europäischen Parlaments. An dieser Stelle sollen deshalb ein Index of Transnationality und ein Index of Fractionalisation als weitere Untersuchungsinstrumente benutzt werden. Durch sie wird das Verhältnis von Anzahl und Gewichtung der nationalen Delegationen und nationalen Parteien verdeutlicht. Durch eine Gegenüberstellung dieser Indizes mit dem Index of Agreement können weitere Schlussfolgerungen über die Prozesse innerhalb der Fraktionen gezogen werden.

Nach einer bereits zuvor gezeigten deskriptiven Bestandsaufnahme der Gliederung der Fraktionen<sup>237</sup> werden der Index der Transnationalität, im Englischen Index of Transnationality (IoT), und der Index der Fraktionalisierung, Index of Fractionalisation (IoF), berechnet. Auf der Basis ihrer Kalkulation kann ein zeitlicher Vergleich der Legislaturperioden fünf und sechs dazu dienen, die interne Heterogenität der Fraktionen zu verdeutlichen. Sollten sich hierbei Veränderungen ergeben haben, so könnten diese sich etwa auf die internen Strukturen oder auch den Zusammenhalt der Fraktionen niederschlagen.

---

<sup>237</sup> Siehe Kapitel IV, 1. Das Europäische Parlament und seine Parteienkonstellation.

	Nationale Delegationen LP5	Nationale Delegationen LP6
<b>EVP-ED</b>	15	25
<b>SPE</b>	15	23
<b>ALDE</b>	10	19
<b>GRÜNE - EFA</b>	12	13
<b>KVEL - NGL</b>	10	14
<b>EDD / IND - DEM</b>	4	10
<b>UEN</b>	5	6
<b>NI</b>	4	8

Tabelle V. 1.: Vergleich der Anzahl nationaler Delegationen LP5 und LP6  
Quelle: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

Die Tabelle zeigt im Vergleich, wie viele nationale Delegationen sich jeweils in der letzten und momentanen Regierungszeit den einzelnen Fraktionen angeschlossen hatten und haben. Die EVP-ED ist in der sechsten Legislaturperiode die einzige Fraktion, die Delegationen aller Mitgliedsstaaten beherbergt. Sie hat damit gewissermaßen die größte Legitimität, Entscheidungen durch Vertreter und mit der Stimme aller Mitgliedsstaaten zu treffen. Die SPE hat keine Mitglieder aus Zypern und Lettland aufgenommen. Zudem wächst die Zahl der neuen nationalen Abordnungen bei ALDE und IND-DEM von 10 auf 19 und 4 auf 10 stark an. Bei den Fraktionen der GRÜNEN-EFA und der UEN hingegen hat sich die Anzahl der nationalen Delegationen auch nach der Vergrößerung nur geringfügig verändert.<sup>238</sup>

<sup>238</sup> Verschiebungen und der Fraktionswechsel von MEPs sind auch während der Legislaturperiode möglich. Siehe dazu etwa: McElroy, Gail: Party Switching in the European Parliament: Why bother?, Paper zur Präsentation des Treffens European Consortium for Political Research, in Marburg, 2003. <http://www.essex.ac.uk/ECPR/events/generalconference/marburg/papers/12/3/McElroy.pdf>

	Anzahl nationaler Parteien LP5	Anzahl nationaler Parteien LP6
<b>EVP-ED</b>	28	44
<b>SPE</b>	19	29
<b>ALDE</b>	17	31
<b>GRÜNE - EFA</b>	19	19
<b>KVEL - NGL</b>	15	18
<b>EDD / IND - DEM</b>	6	10
<b>UEN</b>	5	7
<b>NI</b>	6	13
<b>Gesamt</b>	115	171

Tabelle V. 2.: Vergleich der Anzahl nationaler Parteien LP5 und LP6  
Quelle: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)

Ähnliches ist im Vergleich des Zuwachses nationaler Parteien zu erkennen. Während sich hingegen bei EVP-ED und ALDE die Vergrößerung durch nationale Delegationen im Anwachsen nationaler Parteien charakteristisch niederschlägt (24 – 44 und 19 – 31), so bleibt die Zahl der nationalen Parteien der IND-DEM gleich mit der Anzahl der nationaler Delegationen. Wie oben bereits gezeigt, verändern sich die strukturellen Verhältnisse in dieser Hinsicht auch nur wenig für die GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL und die UEN. Sowohl EVP-ED, als auch ALDE sind damit gefordert, eine vergleichsweise sehr heterogene Menge an neuen Partnern zu integrieren. Wie drückt sich dies nun in einem Index aus, der die Gewichtung der einzelnen Mitspieler berücksichtigt.

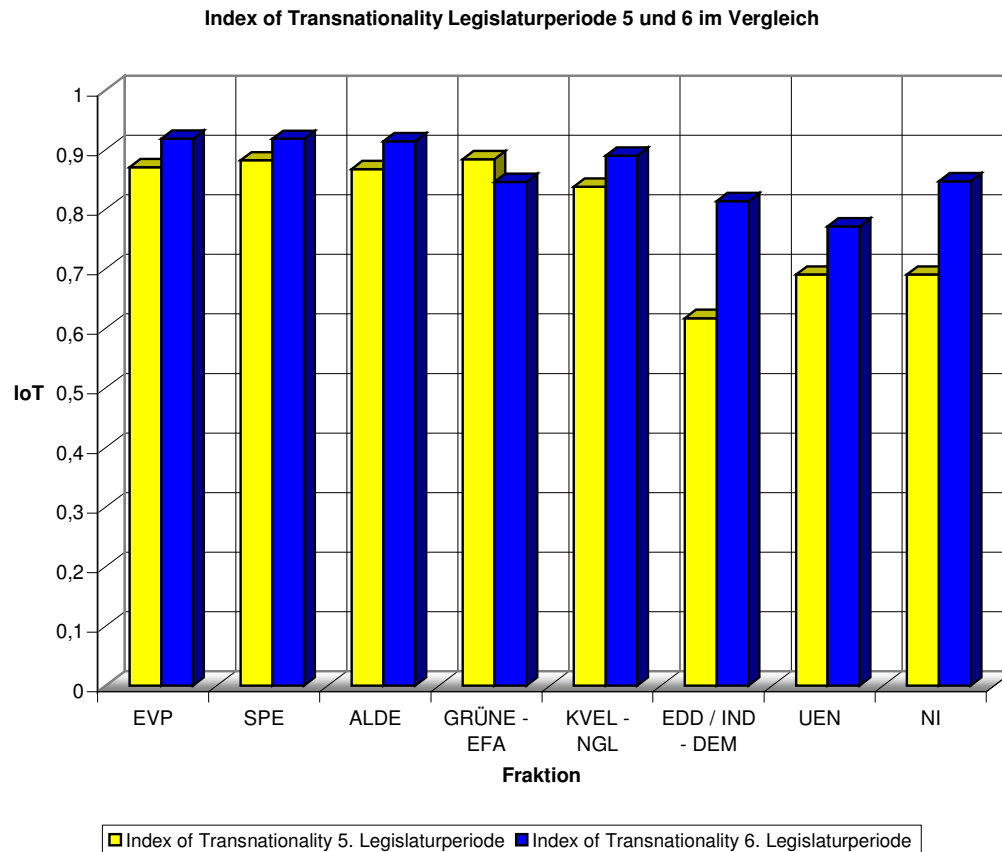
Der *Index of Transnationality* (IoT) wird hierbei benutzt, um den Grad der Transnationalität innerhalb einer Fraktion zu berechnen. Transnationalität bedeutet in diesem Zusammenhang die gewichtete Anzahl der einzelnen nationalen Delegationen. Der Index basiert auf Raes' *Index of Fractionalisation* (IoF), durch den die gewichtete und standardisierte Zersplitterung von Parteien greifbar und interpretierbar gemacht werden kann.<sup>239</sup> Die Fraktionalisierung ist jedoch, im Gegensatz zur Transnationalität, durch die Gewichtung der Anzahl der nationalen Parteien charakterisiert. Die Formel der Berechnung lautet:

$$IoT = 1 - \sum_{i=1}^n (SC^2)$$

SC ist hierbei der Anteil von MEPs der verschiedenen Staaten, innerhalb einer Fraktion. Wobei  $n$  die Anzahl der Mitgliedsstaaten beschreibt. Je größer der Index ist, desto höher ist der Grad der Transnationalität einer Fraktion. Es muss allerdings angeführt werden, dass der

<sup>239</sup> Vgl. Rae, Douglas W.: *The Political Consequences of Electoral Laws*, New Haven, 1967.

größte Indexwert 1 ein hypothetischer Wert ist, da die Anzahl der Mitgliedsstaaten den Level der Transnationalität beschränkt. In der Europäischen Union der 25 Mitgliedsstaaten kann eine Fraktion, die aus nationalen Delegationen gleicher Größe besteht, von jeweils einem Mitgliedsstaat, höchstens den Wert 0,96 erreichen.<sup>240</sup>



**Schaubild V. 12.: Index of Transnationality LP5 und LP6 im Vergleich**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Der Index of Transnationality bewegt sich bei 0,91 für EVP-ED und ALDE. Den gleichen Wert zeigt allerdings auch die SPE. Die zu erwartende hohe Ausprägung der großen Fraktionen ist mit den angehörigen nationalen Delegationen aus 23 bzw. 25 Mitgliedsstaaten zu erklären. Auch die KVEL-NGL erreicht 0,88 in der sechsten Legislaturperiode. Außer bei der Fraktion der GRÜNEN-EFA wirkt sich die Vergrößerung des Europäischen Parlaments auch in einer Heterogenisierung der Fraktionen aus. Bei der Betrachtung der Streuung der nationalen Delegationen zeigt sich damit, dass sich der starke Anstieg der Anzahl nationaler Parteien der EVP-ED und ALDE im Vergleich zu den anderen Fraktionen allerdings nivelliert. Das bedeutet auch, dass zwar viele nationale Delegationen den Fraktionen

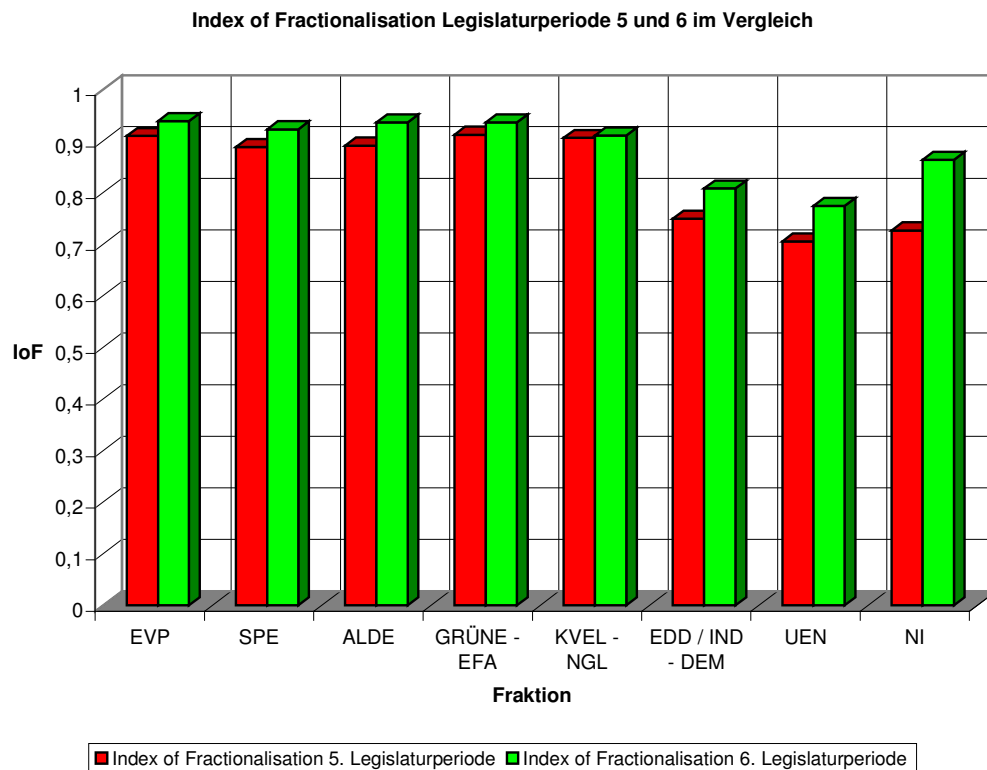
<sup>240</sup> Bei einer gleichen Größe von 4% je nationaler Delegation.

beigetreten sind. Diese haben allerdings ein vergleichsweise geringes Gewicht. Die größten hinzukommenden nationalen Delegationen der EVP-ED stellen Polen, die Tschechische Republik und Ungarn, mit 16, 14 bzw. 13 Abgeordneten. Weitere sind etwa die Slowakei mit 8, Slowenien mit vier oder Lettland und Malta mit jeweils 3 MEPs. Diese stehen im Verhältnis zu je 24 Mitgliedern aus Spanien und Italien, 27 aus Großbritannien oder 49 aus der BRD. Von einer grundlegenden Veränderung der Prozesse innerhalb dieser Fraktionen aufgrund von Sitzverteilung oder Stimmgewichtungen ist deshalb nur bedingt auszugehen. Dies sollte sich auch in einem stabilen Zusammenhalt niederschlagen. Anders verhält sich dieser Zusammenhang v.a. bei der IND-DEM. Die nominale Vergrößerung schlägt sich hier auch durch die Berechnung des Index nieder. Es ist anzunehmen, dass die hinzukommenden nationalen Delegationen gewichtige Akteure innerhalb der Fraktionen sind. Dies zeigt sich etwa an der neu hinzukommenden polnischen Delegation.

Der *Index of Fractionalisation* (IoF) wird in gleicher Weise wie der IoT-Index berechnet. Bei dieser Variante der Berechnung werden jedoch die Anzahl der nationalen Delegationen durch die der nationalen Parteien der MEPs ersetzt. Hier liegt der niedrigste Wert bei 0, der höchste Wert kann 1 erreichen.<sup>241</sup> Somit ist dieser Wert standardisiert und kann etwa mit dem Index des Zusammenhalts korreliert werden.

---

<sup>241</sup> Zur Berechnung der Indizes siehe auch Raunio, Tapio: *The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament*, Aldershot, 1997, S.94.



**Schaubild V. 13.: Index of Fractionalisation LP5 und LP6 im Vergleich**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Analoge Beobachtungen hinsichtlich der Indexentwicklung können für den Index der Fraktionalisierung aufgezeigt werden. Auch hier wird deutlich, dass die Vergrößerung der Kammer und die Heterogenität, bezüglich des Gewichts der nationalen Parteien, nur geringfügig zunimmt. Ein Grund könnte darin liegen, dass diese, wie bereits erwähnt, auch schon zuvor verhältnismäßig hoch war. Die GRÜNE-EFA weist in ihrer Fraktionalisierung hingegen einen höheren Wert in der sechsten Legislaturperiode auf. Dies kann von der Stärkung der deutschen Delegation von BÜNDIS90/DIE GRÜNEN von 7 auf 13 Mitglieder herrühren. Sie hat eine Indexzahl von 0,94. Dies gilt auch für die Fraktionen EVP-ED und ALDE. Die SPE kommt auf 0,92. UEN und IND-DEM liegen in der sechsten Legislaturperiode auf 0,77 bzw. 0,8. Der Anstieg der ALDE von 0,89 auf 0,94 erklärt sich u.a. aus der Aufnahme von nationalen Parteien aus acht von zehn neuen Mitgliedsstaaten und jeweils sogar zwei nationalen Parteien aus Estland und Litauen. Die EVP-ED vereint, wie erwähnt, nationale Parteien aller neuen Mitgliedsstaaten. Drei aus der Slowakei und je zwei aus Ungarn, Polen, Lettland, Litauen und der Tschechischen Republik.

Aus dem Index of Fractionalisation lässt sich allerdings schließen, dass die ohnehin schon hohen Maßzahlen der Heterogenität sich durch die Vergrößerung des Parlaments nicht in immensem Umfang verändert haben. Dies ist selbstverständlich im Hinblick auf das nominale Gewicht neuer nationaler Parteien zu interpretieren. Eine Ausnahme bildet hier lediglich die Fraktion der IND-DEM. Hier schlägt das Hinzukommen der Polnischen Liga der Familien und der United Kingdom Independence Party und deren Gewichtung zu Buche.

Im Vergleich zur Fraktionalisierung in nationalen Kammern sind die Werte innerhalb der Fraktionen des EP hingegen sehr hoch. Im Gegensatz zu Parteien in nationalen Parlamenten, in deren Fraktionen üblicherweise keine Transnationalisierung und in den meisten Fällen auch keine Fraktionalisierung vorherrscht, und deren Wert somit gegen 0 strebt, ergibt sich im EP ein Bild scheinbar großer Zersplitterung innerhalb der Fraktionen.<sup>242</sup> Erst durch den Vergleich mit dem Index of Agreement, der den Grad des Zusammenhalts der einzelnen Delegationen innerhalb der Fraktionen misst, zeigt sich, ob sich dieses Bild einer ausgeprägten Inhomogenität auch in den Abstimmungen der Fraktionen des Europäischen Parlaments widerspiegelt. Durch eine solche Gegenüberstellung wird zudem deutlich, ob ein Zusammenhang von Fraktionalisierung und Kohäsion besteht.

	Index of Transnationality	Index of Fractionalisation	Index of Agreement	Index of Transnationality	Index of Fractionalisation	Index of Agreement
	LP5			LP6		
<b>EVP</b>	0,87	0,91	0,86	0,92	0,94	0,86
<b>SPE</b>	0,88	0,89	0,90	0,92	0,92	0,91
<b>ALDE</b>	0,87	0,89	0,90	0,91	0,94	0,84
<b>GRÜNE – EFA</b>	0,88	0,91	0,93	0,85	0,94	0,91
<b>KVEL – NGL</b>	0,84	0,91	0,81	0,89	0,91	0,80
<b>EDD / IND - DEM</b>	0,62	0,75	0,51	0,81	0,81	0,63
<b>UEN</b>	0,69	0,70	0,77	0,77	0,77	0,73

**Tabelle V. 3.: Indizes of Transnationality, Fractionalisation und Agreement LP5 und LP6 im Vergleich**  
Quelle: Eigene Berechnung

Die Tabelle zeigt den Vergleich von Index of Transnationality, Index of Fractionalisation und Index of Agreement zwischen der fünften und sechsten Regierungsperiode. Nachdem der hier berechnete Index des Zusammenhalts, genau wie der Index der Fraktionalisierung einen standardisierten Wertebereich zwischen 0 und 1 abdecken, können sie direkt miteinander verglichen und dementsprechend interpretiert werden. Dies gilt nicht für den Index der Transnationalität, der, limitiert durch die höchstmögliche Mitgliederzahl der 25 EU-Staaten, höchstens den Wert 0,96 erreichen kann.

<sup>242</sup> Ausnahmen bilden natürlich auch hier Parteibündnisse, wie beispielsweise die Fraktion der CDU und CSU im Deutschen Bundestag. Hier beträgt der IoF nach der Bundestagswahl 2005 mit 180 Stimmen für die CDU und 46 für die CSU **0,32**.



Die Heterogenität der beiden großen Fraktionen ist in der momentanen Legislaturperiode, wie oben gezeigt, relativ zur vorigen, leicht angestiegen. Dennoch bleibt ihr Zusammenhalt noch immer gleich hoch. Die SPE kann diesen sogar noch leicht steigern. Dies gilt nicht für die Fraktion der ALDE. Sie hat einen verhältnismäßig hohen Abfall der Kohäsion von 0,90 auf 0,84 zu verzeichnen. Damit scheint hier eine größere Fraktionalisierung eine negative Auswirkung auf den Zusammenhalt innerhalb der Fraktion zu haben. Gleiches gilt für die Fraktionen der UEN und GRÜNEN-EFA, allerdings auf einem niedrigeren Level. Ganz anders verhält sich dies bei der IND-DEM Fraktion. Trotz des Hinzukommens weiterer nationaler Parteien steigt hier auch gleichzeitig der Index of Agreement von 0,51 auf 0,63. Die zwei großen Delegationen der Liga der Polnischen Familien (LPR) und United Kingdom Independence Party (UKIP) könnten dafür ein stabilisierender Faktor sein.

Eine nominelle Vergrößerung und stärkere Durchmischung der zwei großen Fraktionen hatte damit keine Auswirkung auf deren Zusammenhalt. Sie sind intern so gefestigt und institutionalisiert, dass ein Anstieg der nationalen Parteidelegationen ihre Kohäsion und damit ihre Agieren nicht beeinflusst. Die kleineren und kleinen parlamentarischen Akteure veränderten sich hingegen durch interne strukturelle Veränderungen auch in ihrem Zusammenhalt. Ein einheitliches Muster ist unter dem Aspekt des Vergleichs der Fraktionalisierung und Transnationalität zwischen beiden Legislaturperioden nicht eindeutig zu identifizieren.

Die Fraktionen der IND-DEM und UEN weisen die geringste Fraktionalisierung auf. Sie haben aber auf der anderen Seite den bei weitem geringsten Zusammenhalt. Damit zeigt sich hier indes grundsätzlich ein umgekehrt proportionaler Zusammenhang zwischen Fraktionalisierung und Kohäsion. Während die stark heterogenen Fraktionen des Europäischen Parlaments eine sehr hohe (SPE, GRÜNE-EFA) bis moderate (EVP-ED, ALDE, KVEL-NGL) Geschlossenheit aufweisen, so zeigt sich bei den wenig zersplitterten Fraktionen der IND-DEM und UEN ein verhältnismäßig geringer Grad an Kohäsion. Sie sind demnach nur wenig gefestigt und durch interne Veränderungen geschwächt. Die Stabilität, im Sinne des Zusammenhalts von Fraktionen, ist damit größer, wenn die interne Strukturierung insgesamt heterogener ist. Der Index of Fractionalisation und der Index of Agreement korrelieren dabei rechnerisch, auf einem 95%igen Signifikanzniveau, mit einem Wert von 0,779.<sup>243</sup> D.h. auch auf statistischer Ebene besteht ein deutlicher Zusammenhang.

Der Anstieg der internen Heterogenität der Gruppierungen scheint damit einen höheren Grad an Organisation oder interner Abstimmung der Fraktionen zu fordern. Es ist deshalb

---

<sup>243</sup> Korrelationskoeffizient nach Pearson

anzunehmen, dass sich Strukturen, Positionen, Rollen oder Hierarchien ausbilden, die das Funktionieren der Gruppe garantieren. Für das Europäische Parlament sind dies etwa die Koordinatoren der Fraktionen für die verschiedenen Fachbereiche. Damit auch Schattenberichterstatter oder die Koordinationskreise innerhalb der Fraktion, etwa bei Fraktionswochen. Ebenso wie eine verlässliche Infrastruktur eines Mitarbeiterstabes, mannigfache Informationskanäle, die Ausbildung von Hauptsprechern und Hinterbänklern, also einer Arena und einer Galerie, und damit die Fähigkeit die Agenda zu setzen. Diese Ressourcen können, ähnlich der maslowschen Bedürfnistheorie, auch erst dann abgezweigt bzw. ausgebildet werden, wenn eine grundlegende Arbeitsfähigkeit gewährleistet ist. EVP-ED, SPE, ALDE und GRÜNE-EFA scheinen ihr spezifisches Schwellenniveau zwischen Ordnung und Laisser-faire in ihrem Arbeitsstil erreicht zu haben. KVLEL-NGL, UEN und IND-DEM hingegen befinden sich (noch) in einer Übergangsphase der Gruppeninstitutionalisierung.<sup>244</sup> Eine weiterführende Analyse der Arbeitsprozesse und deren Institutionalisierung könnte dazu beitragen, dieses zunächst paradox erscheinende Ergebnis noch eingängiger zu analysieren und zu erklären.

### **1.3. Fazit: Rückschlüsse auf die interne Stabilität und Struktur der Gruppen**

Der erste grundlegende empirische Teil dieser Arbeit, die Analyse des intrafraktionellen Abstimmungsverhaltens im Europäischen Parlament, konnte Aufschluss über die interne Strukturierung und unterschiedliche Aktionsmuster dieser Akteure bieten.

Der im Verlauf der Untersuchungsperiode stabile Zusammenhalt innerhalb der Fraktionen des Europäischen Parlaments besteht beispielsweise auch über die Erweiterung der Kammer hinweg. Im Vergleich zu anderen Parlamenten nimmt er einen Platz zwischen dem US-Congress, dem Österreichischen Nationalrat oder der polnischen Sejm ein. Die verschiedenen Fraktionen weisen dabei eine unterschiedliche Höhe der Kohäsion auf. GRÜNE-EFA oder auch SPE, ALDE und EVP-ED stehen dabei am oberen Ende, während UEN und IND-DEM das untere Ende der Skala darstellen. Die KVLEL-NGL platziert sich eher in einem Zwischenbereich.

Die Frage nach den beeinflussenden Faktoren des Zusammenhalts zeigt bei eingehender Betrachtung, dass auch hier Regelmäßigkeiten des Gruppenverhaltens auf das Funktionieren der internen Arbeitsabläufe der europaparlamentarischen Fraktionen Hinweise geben. Sowohl die Bedeutung des Legislativverfahrens, als auch der Politikbereich der Abstimmungen

---

<sup>244</sup> Siehe dazu Kapitel III, 1.3 Sitzungen in Großgruppen.

wirken als unabhängige Variablen auf die Kohäsion der Fraktionen ein. Diese beiden Dimensionen sind auf charakteristische Weise durch den Gesetzgebungsprozess und die Befugnisse des Europäischen Parlaments im Legislativprozess der EU miteinander verbunden. Bei größerer Bedeutung des Verfahrens steigt der ohnehin recht hohe Zusammenhalt nochmals an. Dies äußert sich demnach auch in der Beständigkeit des berechneten Indexwertes über den gesamten Zeitverlauf der Untersuchung. Besonders deutlich werden Schwankungen des Zusammenhalts damit beispielsweise in Fragen zum Beitritt der Türkei oder zur Zellforschung. Sehr hohe Indexwerte, um 1,0, treten etwa in Fragen der Entwicklung und Zusammenarbeit bei ALDE und SPE auf.

Ein weiterer Faktor, der die Kohäsion der Fraktionen beeinflusst, ist ihre Heterogenität. Wider Erwarten führt hier allerdings eine große Fraktionalisierung auch zu hohem Zusammenhalt. An diesem Punkt äußern sich die komplexen Formationen sozialer Gruppen. Um ihr Funktionieren aufrecht zu erhalten ist es nötig, institutionalisierte Strukturen zu etablieren. Diese können sich etwa in Regeln, Rollen oder auch Kommunikationsstrategien und -kanälen äußern. Die Fraktionen befinden sich demnach in verschiedenen Stufen der Institutionalisierung. Während eine Gegenüberstellung von Heterogenität und Zusammenhalt bei SPE oder GRÜNEN-EFA nachhaltig ausgebildete Strukturen vermuten lässt, so ist dies für UEN und IND-DEM weniger der Fall. Zu bedenken ist natürlich auch, in wie weit es das Ziel der jeweiligen Gruppe ist, einen solchen Institutionalisierungsgrad zu erhalten.

Der erste zentrale empirische Teil der Analyse des Fraktionenverhaltens im Europäischen Parlament, eine Auseinandersetzung mit dem intrafraktionellen Blickwinkel der Gruppen, zeigt ausgeprägte widerkehrende Handlungsmuster. Die Interaktion zwischen den Fraktionen, d.h. deren Koalitionsbildung, genauer zu beleuchten, ist die konsequente zweite große Komponente dieser Arbeit. Um sie zu verstehen, ist es zunächst nötig, sozio-historische Grundbedingungen der Herausbildung der europäischen Fraktionen, institutionelle Rahmenbedingungen und mögliche Handlungsmotive bzw. -alternativen von Akteuren zu kennen. Diese werden als theoretische Ansätze bzw. Modelle vor der Untersuchung der Koalitionsbildung eingeführt.

## **Kapitel VI: Theoretische Grundlagen II – Akteursentstehung und Entscheidungsfindungsmodelle**

### **1. Die Cleavagetheorie als Erklärungsmodell für die Entstehung der europäischen Fraktionen**

Um nun die Interaktion zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments zu verdeutlichen, ist es sinnvoll zunächst eine theoretisch fundierte Basis ihrer Entstehung zu erarbeiten. Dies bietet wiederum die Möglichkeit, neuere Entwicklungen und Prozesse besser zu verstehen, die Rückschlüsse auf die Logik des individuellen und kollektiven Handelns dieser Akteure bieten. Zunächst soll deshalb die Theorie der Spannungslinien Aufschluss über die Entstehung der Fraktionen bieten. Im Zuge ihrer Entwicklungen stellt sich jedoch die Frage, ob nicht auch soziologisch-zeitnahe Ansätze, wie derjenige der Milieus, die Positionierung der Fraktionen, und damit Verhaltensweisen, erklären können.

Im Rahmen des Wissenschaftszweiges „Analyse und Vergleich politischer Systeme“ beschäftigt sich Lipset und Rokkans Erklärungsansatz mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Untersuchung von Parteiensystemen in Europa.<sup>245</sup> Hierbei bewegen sie sich in der Analyse von Systemen und deren Akteuren („Ursache – Struktur – Konsequenzen“) im Bereich der Ursachenforschung, einem Gebiet des wissenschaftlichen Ansatzes des Behaviorismus und der politischen Soziologie.

Die grundlegende Hypothese der Autoren ist, dass sich nicht nur Parteienentstehung, sondern damit auch das Wahlverhalten anhand der Theorie der Spannungslinien in der Gesellschaft (Cleavages) ableiten lassen. Konflikte werden dadurch gewissermaßen in Parteiensysteme umgesetzt.

*„This conflict-integration dialectic is of central concern in current research on the comparative sociology of political parties. In this essay the emphasis will be on conflicts and their translation into party systems”<sup>246</sup>*

Parteien haben dabei die expressive Funktion der Interessenartikulation und -durchsetzung bzw. der Repräsentation. Durch Problemfelder und den daraus entstehenden Spannungslinien in der Gesellschaft folgt historisch eine Organisation der Interessen, welche in Parteien aggregiert werden. Dies ist in der Vergangenheit sowohl bei der Nationalen Revolution oder Nationenbildung, als auch bei der Industriellen Revolution geschehen. Aus der

---

<sup>245</sup> Lipset, Seymour Martin und Rokkan, Stein: Cleavage structures, party systems, and voter alignments, in: Mair, Peter, The West European Party-System, 1990, S.91-138.

<sup>246</sup> Ebd., S.93.

Nationenbildung entstand beispielsweise die Konfliktlinie *Zentrum vs. Peripherie*. Hierbei versuchten die Anhänger der jeweiligen Nation sich gegen die Anhänger der Beibehaltung der Regionen durchzusetzen.<sup>247</sup> Beispiel hierfür ist etwa die „Christdemokratisch Union“ (CDU), die ausschließlich aus Bundesland Freistaat Bayern Abgeordnete in den deutschen Bundestag entsendet. Die Konfliktlinie *Kirche vs. Staat* entwickelte sich durch die Schaffung von Staaten und einen Souveränitätsverlust zugunsten einer nichtkirchlichen Macht, gegen die sich die kirchliche bzw. religiöse Gruppen politisch zur Wehr setzen.

In der industriellen Revolution bildeten sich zwei weitere Konfliktlinien aus. Der Arbeitskampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern erzeugte das Cleavage *Arbeit vs. Kapital*. Sämtliche westeuropäische kommunistische, sozialistische, aber auch sozialdemokratische Parteien haben hier ihren Ursprung<sup>248</sup>, aber auch wirtschaftsliberale Parteien wie die „*Freiheitlich Demokratische Partei*“ (FDP) der BRD. Aus der Auseinandersetzung der Industriearbeiter mit den in Agrarbetrieben tätigen Arbeitnehmern und gesellschaftlichen Unterschieden in den Städten, im Vergleich zu ländlichen Gebieten, ging die Konfliktlinie *Stadt vs. Land* hervor.

Um eine Spannungslinie tatsächlich in eine Partei umsetzen zu können, müssen allerdings zunächst einige grundlegende Bedingungen erfüllt werden. Unter anderem ist es wichtig, dass überhaupt politische Mitspracherechte bzw. die Möglichkeit zur Organisation vorhanden sind. Um eine Einflussnahme der organisierten Interessen in eine Institution des politischen Systems zu ermöglichen ist zudem noch die Art des Wahlsystems entscheidend. Die Demokratie als Regierungsform ist als weiterer entscheidender Faktor zu betrachten. In einem konsensdemokratischen System ist es grundsätzlich einfacher möglich, Interessen von Minderheiten zu repräsentieren, als in einem mehrheitsdemokratischen System, bei dem zur Wahl mindestens 50%+1 der Stimmen erreicht werden müssen. Erst, wenn die Bedingungen der Interessenorganisation geklärt und vorhanden sind, kann der Wähler sich an den jeweiligen Parteien und deren Programm orientieren.<sup>249</sup>

Aufgrund von dauerhaftem gesellschaftlichem Konflikt und der Organisation des Gegensatzes in Interessengruppen und durch die der Abstützung von Ideologien entstehen Parteien. Die Schlussfolgerung für ein Gesellschaftssystem eines Staates wäre somit: je mehr grundlegende Konflikte in einer Gesellschaft vorhanden sind, desto mehr Parteien bilden sich aus. Lipset und Rokkan lassen ihre Beschreibung der Parteientstehung allerdings in den 1920ern enden.

---

<sup>247</sup> Diese Spannungslinie kann mit den Begriffen Universalismus vs. Partikularismus bezeichnet werden.

<sup>248</sup> Etwa die „*Sozialdemokratische Partei Deutschlands*“ (SPD), oder die französische „*Parti Socialiste*“ (PS)

<sup>249</sup> Vgl. Lipset, Seymour Martin und Rokkan, Stein: *Cleavage structures, party systems, and voter alignments*, in: Meir, Peter, *The West European Party-System*, 1990, S.112ff.

Dies wird damit begründet, dass die Parteiensysteme der 60er Jahre hauptsächlich die Strukturen der Parteiensysteme der 20er reflektieren.<sup>250</sup> Konfliktlinien sind also auch historische Phänomene, die sich viele Jahrzehnte später immer noch auswirken können und sich so an modernen Parteiensystemen ablesen lassen. Im Wesentlichen erfüllen demokratische Systeme die genannten Voraussetzungen. Die Ausbildung und das Zulassen der freien Meinungsbildung und -äußerung, die die Basis jedweder Organisation darstellen, werden durch elitäre oder autoritative Systeme oftmals unterdrückt.

Mit und durch historische Gegebenheiten und systemisch-strukturelle Bedingungen verändern sich demnach Parteiensysteme. Tief in der Gesellschaft verwurzelte Konflikte bleiben zwar meist lange Zeit bestehen, es bilden sich andererseits durch sozialsystemische Veränderungen aber auch neue Spannungslinien aus. Politische Systeme sind somit einem ständigen Wandel unterzogen. Dieser prozessuale Charakter kann zur Bildung weiterer Cleavages beitragen. Lipset und Rokkans Modell ist deshalb keinesfalls als zeitlich abgeschlossene Gegebenheit zu betrachten. Es entstanden und entstehen in Folge von Spannungen in den Gesellschaften weitere gesellschaftliche Konfliktlinien. Dies ist beispielsweise auch in den neuen Mitgliedsstaaten der Fall.

Eine Konfliktlinie, die erst in den letzten Jahrzehnten entstanden ist, ist das Cleavage *Materialismus vs. Postmaterialismus*. Ihre Entstehung ist durch die Theorie des Wertewandels begründet.<sup>251</sup>

*„... especially among young middle-class people in Western democracies, a high priority is accorded to goals like seeing that the people have more say in how things get decided at work and in their communities and giving the people more say in important government decisions“*<sup>252</sup>

Zu diesen Mitentscheidungsrechten werden zudem Komponenten wie die Gleichstellung der Rechte der Frau oder Umweltschutz gerechnet. Eine solche Annahme ist letztendlich angelehnt an Abraham Maslows Bedürfnispyramide. Die Zielerreichung bzw. Motivation von Individuen wird hier als hierarchische Struktur gegliedert. Auf unterster Stufe der Bedürfniserfüllung stehen körperliche bzw. letale Grundbedürfnisse, danach Sicherheit, soziale Beziehungen, soziale Anerkennung und letztlich auf oberster Stufe die Selbstverwirklichung.<sup>253</sup> Es kommt daher erst zum Wunsch nach Erfüllung der

---

<sup>250</sup> Vgl. Ebd., S.134.

<sup>251</sup> Vgl. hierzu auch Lijphart, Arend: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven and London, 1999, S.86.

<sup>252</sup> Ebd.

<sup>253</sup> Siehe dazu: Maslow, Abraham H.: *A Theory of Human Motivation*, ursprünglich veröffentlicht in: *Psychological Review*, 50, 1943, S.370-396. <http://psychclassics.yorku.ca/Maslow/motivation.htm>

Selbstverwirklichung bzw. Wachstumsmotivation, nachdem alle anderen Bedürfnisse gedeckt wurden. Dadurch wird es möglich, sich als Individuum um postmaterialistische Güter zu kümmern und sich (parteilich) zu organisieren.<sup>254</sup> Diese Entwicklung zeichnet der Soziologe Schulze in seinem Ansatz der „Erlebnisgesellschaft“ nach.<sup>255</sup> Hier setzt Ingelharts Annahme der Abhängigkeit von Wohlstand und Glück bzw. Zufriedenheit ein. Wobei wiederum Wohlstand in Zusammenhang gesetzt wird mit dem „Grad der Demokratisierung“ und die Zufriedenheit der Staatsbürger die Regierungsform legitimiert und stabilisiert.<sup>256</sup> In diesem Zusammenhang können die Parteien „BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN“, „Les Vertes“ als prototypische Ausprägung aufgeführt werden.

Als weiteres Cleavage kann das Verhältnis *Ost vs. West* bzw. *Nord vs. Süd* identifiziert werden. Diese Art von Konfliktlinien entstehen und entstanden durch Vergrößerungen von Staatsgebieten oder kulturelle und ökonomische Divergenzen zwischen der Bevölkerung bestimmter Regionen eines politischen Systems. Die deutsche „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) ist ein solches Phänomen. Sie hat ihre Wählerbasis in den neueren Bundesländern der BRD. Aber auch die italienische „Lega Nord“ (LN) stellt eine Partei dar, die aus einer solchen Konfliktlinie resultiert. Sie steht für die Autonomie der wirtschaftlich prosperierenden Region Norditaliens. Ein wirtschaftliches Gefälle in der Europäischen Union war bislang, v.a. seit dem Beitritt Griechenlands 1981 und Portugals bzw. Spaniens 1986, merklich im Nord-Südvergleich existent. Ob sich eine solche wirtschaftliche Ost vs. West Spannungslinie durch den Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten, deren BIP sich momentan zwischen ca. 48% und ca. 79%<sup>257</sup> des Pro-Kopf-Einkommens der alten Mitgliedsstaaten bewegt, auf die Institutionen und Arbeitsabläufe der EU auswirkt, ist noch ungewiss. Definitiv ist allerdings, dass nach der Erweiterung Veränderungen der Kohäsions- und Strukturmittelfonds vorgenommen wurden.<sup>258</sup> Dies führte schon im Vorfeld zu schwierigen Beitrittsverhandlungen. Hinsichtlich der Charakteristika der vorhandenen Daten der hier vorgenommenen Analysen können Zusammenschlüsse nationaler oder gar supranationaler

---

<sup>254</sup> Oftmals werden zu einer solchen Argumentation die Partei die GRÜNEN herangezogen, da diese sich aus der Frauen- bzw. Menschenrechts-, Friedens- und Anti-AKW-Bewegung heraus als Partei etablieren konnte.

<sup>255</sup> Vgl. dazu: Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt a.M., 1992.

<sup>256</sup> Vgl. dazu u.a.: Ingelhart, Ronald: Globalization and post modern Values, in: The Washington Quarterly, 23:1, 2000, S.215-228.

<sup>257</sup> Ca. 46% werden für Lettland angegeben, ca. 48% für Polen, ca. 51% etwa für Litauen, 52% für Estland, ca.53% für die Slowakei, ca. 62% für Ungarn, ca. 71% für die Tschechische Republik und 79% für das „Musterland“ Slowenien. Dies sind Vergleichszahlen die sich auf das durchschnittliche BIP der EU der 25 beziehen. Quelle: Statistisches Bundesamt: [http://www.eds-destatis.de/de/database/nms\\_states.php?th=1](http://www.eds-destatis.de/de/database/nms_states.php?th=1).

<sup>258</sup> Auch schon vor der Erweiterung wurden die neuen Mitgliedsstaaten durch Mittelzuflüsse seitens der EU, wie etwa durch das PHARE Programm, unterstützt, um eine einsetzende Angleichung der Lebensverhältnisse und die Übernahme der Kopenhagener Kriterien zu stimulieren.

Delegationen allerdings leider nicht mit Hilfe empirischer Daten untersucht werden. Es kann jedoch als Hypothese angenommen werden, dass sich regionale Koalitionen oder Allianzen bilden, falls Fragen von eben regionalen Belang, wie vorstellbar in den Politikbereichen Fischerei, Umwelt oder auch Wirtschaft, anstehen.

Die Cleavagetheorie und ihre Anwendbarkeit entfachte, infolge der Entwicklung von Parteiensystemen nach der Transformation der MOE<sup>259</sup> Länder, eine rege Diskussion. Letztendlich sollten jedoch Lipset und Rokkans Annahmen, wie oben bereits erwähnt, nicht als starre Konstruktion betrachtet, sondern, um ihre Fruchtbarkeit und Aussagekraft zu erhalten, als Modell anpassungsfähig ausgestaltet werden. Denn tatsächlich existieren in diesen Staaten gesellschaftliche Spannungslinien, die sich in ihren Eigenheiten auf das dort vorliegende politische System auswirken. Damit steht auch das System der EU, ihre Institutionen und Akteure, vor neuen Herausforderungen, die es zu adaptieren gilt.<sup>260</sup>

Ähnlich der sozio-ökonomischen Cleavages Stadt vs. Land, Nord vs. Süd bzw. Ost vs. West, existieren in den MOE Staaten Spannungslinien, die die Charakteristika des Parteiensystems der Transformationsstaaten prägen. Beispielsweise die Linie *Modernisierungsgewinner vs. Modernisierungsverlierer*. Durch die schnelle Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Systems entwickelten sich damit einhergehende ökonomische Differenzen von Bürgern, die diese Veränderungen besonders gewinnbringend für sich nutzen und Wohlstand anhäufen konnten und denen, die mit dem Systemwandel nicht zurecht kamen und kommen. In besonders radikaler Form ist dies durch die sog. Shock-Therapy zum Beispiel in Polen zu beobachten. Innerhalb weniger Wochen wurde hier, quasi am Reißbrett, ein politisches System entworfen und schnellstmöglich, oft ohne Rücksicht auf bestehende kulturelle oder pfadabhängige Entwicklungen, durchgesetzt.

Eine weitere Spannungslinie zieht sich durch den Bereich *Profiteure des alten Systems vs. Verlierer im alten System*. Während es meist der politischen (Führungs-)Elite gelang, schon während der Zeit des alten Systems Wohlstand anzuhäufen, war dies etwa vielen Intellektuellen, aufgrund systemkonträrer Ansichten, oft nicht möglich. Ähnliches gilt für schicht- bzw. milieuspezifisch wirtschaftlich schlechter gestellten Staatsbürger. Systemtreuen Bürgern war es oftmals eher möglich, vom sozialistischen System zu profitieren. Diese Vergünstigungen sind jedoch häufig nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs weggebrochen. Damit sind diese Schichten nun wirtschaftlich schlechter gestellt, als noch vor dem

---

<sup>259</sup> MOE steht als Abkürzung für mittel- und osteuropäisch.

<sup>260</sup> Siehe beispielsweise für die Tschechische Republik: Machonin, Pavel: Social Cleavages and Political Conflicts in the Contemporary Czech Society, 2001. <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/iii01-406.pdf>



Systemwechsel. Sie sehnen sich deshalb zurück in die Zeit, die für sie bessere Voraussetzungen bot.

Mit den beiden letztgenannten Spannungslinien ist eine weitere in Verbindung zu bringen, die sich nicht nur in den neuen Mitgliedsstaaten herausbildet bzw. herausgebildet hat, sondern auch während der EU der 15 bereits sowohl bei den Mitgliedern, als auch auf EU-Ebene präsent war. Dieses Cleavage kann als Weiterentwicklung der Arbeit vs. Kapital Linie betrachtet werden. Das Gedankengut, dass sie repräsentiert ist historisch teilweise aus den liberalistischen Vorstellungen John Lockes abzuleiten.<sup>261</sup> Eine *staatszentrierte politische Steuerung* trifft hier auf eine *wirtschaftsliberale Politikausrichtung*.

Ein letztes Cleavage, dass an dieser Stelle angesprochen werden soll, sind die *Unterschiede zwischen verschiedenen Minderheiten bzw. Ethnien*. Dies ist zum einen ein Resultat der Aufteilung von Staatsgebieten nach dem zweiten Weltkrieg, zum anderen der Siedlungspolitik der ehemaligen UdSSR. Die mehr oder minder willkürliche Aufteilung eines Staatsgebietes betrifft beispielsweise Ungarn und das Beitrittskandidatenland Rumänien. Über eine Million der ca. 22 Millionen Einwohner Rumäniens sind Ungarn. Im Parteiensystem wird diese Minderheit durch die Partei „*Ungarisch Demokratische Union Rumäniens*“ (UDMR) repräsentiert.<sup>262</sup> Ein weiterer Staat, der einen hohen Anteil, in Relation zu seiner Bevölkerung aufweist, ist Slowenien. Hier leben Bürger der ehemaligen Republik Jugoslawien, die heute Kroaten, Serben/Montenegriner oder Bosniaken sind. Während der Zeit des Eisernen Vorhangs wurden russische Staatsangehörige gezielt in Mitgliedsstaaten der UdSSR umgesiedelt, um soziale und territoriale Besitzansprüche zu sichern. Dieses Phänomen trifft hauptsächlich auf die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen zu.<sup>263</sup> Im politischen System Estlands existiert deshalb die „*Estische Vereinigte Volkspartei*“, die die russische Minderheit repräsentiert, in Lettland die Partei „*Gleiche Rechte*“ oder in Litauen die „*Wahlaktion Litauischer Polen*“. Letztere tritt für die Belange der polnischen Minderheit ein. Diese Parteien sind allerdings nicht im Europaparlament vertreten. Heute müssen die genannten Staaten Wege finden, mit den in ihnen lebenden Minderheiten, die im

---

<sup>261</sup> Demnach ist der Staat ausschließlich zuständig für die Sicherung bzw. den Schutz des (gottgegebenen) und naturrechtlichen Eigentums. Dies wiederum kann jeder in dem Maße, in dem er anderen nicht schadet, beliebig anhäufen. Die staatliche Gewalt greift hier nur dann in den Warenwirtschaftszyklus ein, wenn das (Recht auf) Eigentum der Individuen verletzt wird. Eigentum basiert in diesem Sinne zum einen auf Arbeit und Fleiß, zum anderen auf Handel.

Siehe dazu v.a. Locke, John: Über die Regierung (The second Treatise of Gouvernment), Kapitel V: Das Eigentum, Stuttgart, 1999, S.21ff. und Ebd., Kapitel XI: Das Ausmaß der Gesetzgebenden Gewalt, S.101ff.

<sup>262</sup> Die UDMR hält 6,2% der Sitze.

<sup>263</sup> In Estland leben ca. 62% gebürtige Esten und etwa 28% Russen. Der Rest der Einwohner verteilt sich auf ukrainische, finnische und weißrussische Bürger. Eine ähnliche Aufteilung gilt für Lettland. Im Fall Litauens leben, neben ca. 83% Litauern, etwa 6% Russen und 7% Polen, was sogar auf die Polnisch-Litauische Union bis hinein ins 18. Jahrhundert zurückzuführen ist.

Falle Estlands und Lettlands mit der Konfliktlinie Profiteure bzw. Verlierer im neuen System korrespondieren kann, umzugehen. Die Konfliktlinie zwischen verschiedenen Ethnien ist jedoch kein neues Phänomen der MOE Staaten. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein wird etwa im Landtag repräsentiert.

Die oben angesprochenen Spannungslinien wirken sich, ob nun direkt oder indirekt, auf das System der Europäischen Union, und damit auf das Europäische Parlament, aus. Es ist allerdings zu beobachten, dass Spannungslinien existieren, die sich durch das System der Europäischen Union gebildet haben. Diese sind jedoch nicht nur inhärent, sondern wirken auf die Mitgliedsstaaten der Union zurück. Diese Reziprozität ist ein Aspekt, der zwar charakteristisch für das System – Umwelt Verhältnis ist, der bei Analysen im Bereich der Europäischen Union jedoch oftmals ausgeblendet wird.<sup>264</sup>

Eine direkt die EU betreffende Konfliktlinie stellt das Cleavage *Europäische Integration vs. Nationale Souveränität* dar. Durch die Entstehung der EU entstanden auch Gegenbewegungen, die der weiterführenden Integration Europas skeptisch gegenüberstehen. Diesen gelang es, sich seit den 1980er politisch über das EP zu artikulieren und so Einfluss auf den legislativen Prozess zu erlangen.<sup>265</sup> Auch der nationale Wahlkampf mit EU bzw. Anti-EU spezifischen Themenbereichen, wie weiterer Übertragung von Legislativbereichen an die EU oder dem Beitritt der Türkei, unterstreicht die Reziprozität dieser Konfliktlinie.<sup>266</sup> Abgeordnete der „*United Kingdom Independence Party*“ (UKIP) konnten sich aufgrund dieser Spannungslinie, die sich augenscheinlich im Wahlverhalten niedergeschlagen hat, bei der Europawahl 2004 so einen Platz im Parlament sichern.

Die Existenz der Spannungslinie wurde, im Zuge des in der anglophonen Forschung weit verbreiteten Parteienpositionierungsansatzes, oftmals nachgewiesen. Sie konnte sowohl durch Expertenbefragungen, als auch durch Partei- bzw. Wahlprogramme nachgewiesen werden.<sup>267</sup>

In der Tradition dieser Forschungsrichtung besteht allerdings auch die Tendenz dazu, die Integration vs. Nation Linie unter einer rechts-links Spannungslinie zu subsumieren. Ob ein solches Aufblähen bzw. Überfrachten eines einzigen (künstlichen) Cleavages sinnvoll sein kann, um damit detailreiche Zusammenhänge zu erklären bleibt allerdings zu bezweifeln.<sup>268</sup>

---

<sup>264</sup> Ein Beispiel für die Rückwirkung der Europäischen Union auf ihre Mitgliedsstaaten zeigt Amie Kreppel auf. Vgl.: Kreppel, Amie: Moving in the Other Direction? The Impact of Domestic Party System Change on Italian MEPs, *Journal of European Public Policy*, Vol. 11, No. 6, 2004, S.975-999.

<sup>265</sup> Vgl. Hix, Simon/Lord, Christopher: *Political Parties in the European Union*, London, 1997, S.24.

<sup>266</sup> Jüngst zu sehen etwa am Wahlkampf der CDU zum 16. deutschen Bundestag.

<sup>267</sup> Siehe hierzu u.a.: Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Steenbergen, Marco und Bakker, Ryan: “Cross-Validating Data on Party Positioning on European Integration,” *Electoral Studies*, 2006. [http://www.unc.edu/~gwm/works/articles/crossvalidating\\_data\\_on\\_partypositioning\\_EL.pdf](http://www.unc.edu/~gwm/works/articles/crossvalidating_data_on_partypositioning_EL.pdf)

<sup>268</sup> Vgl. hierzu Kapitel V, 3. Das rechts-links Schema auf dem Prüfstand.

Die Diskussion über einen großen konstitutionellen Themenkomplex lässt sich unter der Konfliktlinie Integration vs. Nation verorten. Das sensible Werk des Europäischen Vertrags über eine Verfassung, welches auch die Fraktionen des Europäischen Parlaments spaltet. Dazu kommen Fragen über eine weitere Erweiterung der EU durch Rumänien und Bulgarien, v.a. aber durch die Türkei.

Auch eigene Forschungsergebnisse im Rahmen der Dissertation bestätigen das Vorhandensein des Problemfeldes Integration vs. Souveränität. Die Umfrage bei den Mitgliedern des Europäischen Parlaments ergibt beispielsweise, dass diese sich der genannten Linie durchaus bewusst sind. Auf die Frage, welche Konfliktlinien neben der bereits in vielen Untersuchungen bestätigten rechts-links Linie innerhalb des Parlaments noch bestehen, antworteten einige Abgeordnete wie folgt:

- pro-europäisch/anti-europäisch
- Integration/less integration
- Enlargement of EU by including turkey
- Ethics is a big issue, also the European constitutional treaty.

Wie an den Antwortbeispielen schon angedeutet, sind die Antworten der MEPs nicht einheitlich. Es können etwa verschiedene Rückmeldungen aufgeführt werden, die eine Kritik an der Annahme einer für sich allein stehenden rechts-links Konfliktlinie innerhalb des EP untermauern und die These unterstützen, dass einzelne Themenbereiche die Arbeit innerhalb des Europäischen Parlaments beeinflussen.

- bei der Frage der Türkei, Abtreibung, Fragen der Homosexuellen
- [...] Federalism, defence, nuclear, fiscal policy
- Environmental sustainability – neoliberalism
- Abhängig von zur Diskussion oder Abstimmung anstehenden Themen, z.B.:
  - o große Differenzen zwischen Konservativen und Sozialen bei Wirtschafts- und Finanzthemen, Sozialunion oder Umweltthemen [...]

Es wird deutlich, dass die Cleavage Theorie, als Modell, die Entstehung von Parteiensystemen, von einem grundlegenden historischen Ansatz aus betrachtet, zu erklären vermag. Sie ist, wie oben beschrieben, angepasst und erweitert, bislang auf alle Mitgliedsstaaten der EU bzw. demokratischen Systeme anwendbar.<sup>269</sup> Durch die legislative Stärkung des Europäischen Parlaments und eine damit einhergehende Vertiefung seiner Integration in das System der Europäischen Union, bildet sich allerdings eine immer stärker werdende funktionale Differenzierung aus. Diese führt, in Interaktion mit der vom globalen

---

<sup>269</sup> Vgl. Lijphart, Arend: Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven and London, 1999, S.78ff.

Kontext beeinflussten Umwelt und den sich weiter entwickelnden Gesellschaften, zu stark differenzierten Problembereichen in verschiedensten Themenfeldern. Schon bei der Erweiterung und Anpassung des Cleavagemodells um einige weitere Konfliktlinien wird deutlich, dass sich die verschiedenen Cleavages nicht mehr als unabhängige Fixsterne betrachten lassen, sondern sich thematisch in ihrer Bahn durchaus kreuzen können. Offensichtlich ist dies an Spannungslinien wie etwa Stadt vs. Land, Ost vs. West und Modernisierungsgewinner vs. Modernisierungsverlierer oder Materialismus vs. Postmaterialismus. Sie beinhalten alle zwar unterschiedliche Grundannahmen oder historische Ausgangspunkte, gemeinsam ist ihnen dennoch der sozioökonomische Faktor, durch den es schwierig wird, sie in bestimmten Fällen voneinander abzugrenzen.

Nun sind aus gesellschaftlichen Spannungslinien nicht nur Parteiorganisationen entstanden, sondern selbstverständlich auch verschiedene Bevölkerungsgruppen, die, meist durch Geburt, in verschiedenen Stände bzw. Klassen zugehörig waren.<sup>270</sup> Durch eine Weiterentwicklung der Gesellschaften und die damit mögliche Pluralisierung der Lebensformen und der Lebensstile der Bürger Europas differenzierten und differenzieren sich diese. Dies geschieht auch in den neuen Mitgliedsstaaten der EU. Das bedeutet, dass nicht nur die soziale Umwelt, sondern durchaus auch innere Werthaltungen der Bürger auf ihr Handeln in der Gesellschaft einwirken. Es stellt sich demnach die Frage, ob die Parteien bzw. in dieser Arbeit die Fraktionen auf europäischer Ebene diese veränderten Bedingungen adaptieren konnten? Haben die makrosozialen Konfliktlinien ihren Stellenwert und Erklärungsgehalt zugunsten heterogener individueller Einstellungen eingebüßt? Es scheint nicht so. Ein erklärender Blick auf die Annahmen und der Ergebnisse den modernen Ansatz der sozialen Milieus kann darüber Aufschluss geben. Dass die Fraktionen den Cleavages zuordenbar sind und Cleavages mit den Milieus in Verbindung gebracht werden können zeigt u.a., dass die Fraktionen die europäische milieuspezifische Gliederung der Gesellschaft widerspiegeln. Cleavages auf der Makro-Ebene zeichnen die Milieus der Meso-Ebene nach und sind somit als Erklärungskonzept auch weiterhin als gültig zu betrachten. Dies erweist sich durch folgende Argumentation.

---

<sup>270</sup> Zum Begriff der Klasse siehe die Arbeiten von Karl Marx, Max Weber und Pierre Bourdieu. Wobei Marx den Klassenbegriff ausschließlich aufgrund von ökonomischem Kapital definiert, Weber hingegen Erwerbs- und Besitzklassen und querliegend dazu Soziale Klasse unterscheidet. Bourdieu geht hier noch weiter, indem er den Kapitalbegriff neu definiert und neben ökonomischem Kapital auch die Begrifflichkeiten des sozialen und kulturellen Kapitals füllt, und die Klassen mit spezifischen Lebensstilen verbindet.

## 2. Milieustrukturen: Über die Gültigkeit des Modells der Spannungslinien oder das Europaparlament als Spiegel der Gesellschaften

Die deutsche Forschungsliteratur im Bereich der vergleichenden europäischen Ungleichheitsforschung und Milieus ist begrenzt. Sie zentriert sich hauptsächlich auf den von Stefan Hradil und Stefan Immerfall herausgegebenen Band: Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich und die Veröffentlichung Jörg Ueltzhöffers „Transnationale Soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union“.<sup>271</sup> Dennoch können gemeinsame Linien herausgearbeitet werden, die unterstreichen, dass die Europäischen Fraktionen Inhalte besetzen, die durch verschiedene Spannungslinien in den Gesellschaften repräsentiert werden. Eine mögliche inhaltliche Abgrenzung der Fraktionen würde dazu in diesem Rahmen beitragen, die Analyse ihrer Koalitionsbildung auf eine gesicherte Grundlage zu stellen.

Hradil definiert Milieus als:

„[...] vielfältige Szenerie von Gruppierungen, die sich im Hinblick auf Lebensziele und Alltagsethiken, Methoden der Lebensführung, Interpretation von Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Stiele des Umgehens mit Mitmenschen sehr unterscheidet.“<sup>272</sup>

Milieus sind durch den Erfolg der Modernisierung der Industriegesellschaft entstandene, postindustrielle Produkte, wie etwa Steigerungen des Freiheitsgrades oder verschiedene sich voneinander abgrenzende Lebensziele, und das Ergebnis geschichtlicher Umwälzungen, die sich bis heute auswirken.<sup>273</sup> Dies können religiös oder etwa kulturell-historische geprägte Einflüsse wie Konfession oder Sozialisationsbedingungen sein, die auch in der Zeitgeschichte stattfinden können.<sup>274</sup> *„Soziale Milieus formen kollektive politische Akteure und soziale*

---

<sup>271</sup> Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997 und Ueltzhöffer, Jörg: Transnationale Soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union, in: Merkel, Wolfgang: Demokratie in Ost und West, Frankfurt am Main, 1999. S.XXX oder [http://www.sigma-online.com/de/Articles\\_and\\_Reports/europa.pdf](http://www.sigma-online.com/de/Articles_and_Reports/europa.pdf)

<sup>272</sup> Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997, S.505.

<sup>273</sup> Vgl. Ebd.

<sup>274</sup> Die Existenz von Milieustrukturen bzw. -gruppen wird oftmals durch Anhänger der Individualisierungsthese kritisiert. Hier wird angenommen, dass das Individuum von sozialen Bindungen loslöst, und so im sozialen Raum frei beweglich ist, was seine Mobilität anbelangt. Ob eine solche jederzeitige Möglichkeit der Ablösung des Individuums von seinen Beziehungen bereits tatsächlich stattgefunden hat, darüber ist ein bis heute andauernder Disput zwischen Schichtungs-, Individualisierungs- und Milieutheoretikern der deutschen Soziologie entbrannt.

Siehe hierzu: Beck, Ulrich: Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main, 1986.

*Bewegungen.*<sup>275</sup> Auch die Fragen der verschiedenen „*Lebensstile prägen die strukturierenden Merkmale der Gesellschaften und die damit verknüpften gesellschaftlichen Spannungslinien* [...]“<sup>276</sup>. Die Linien, die Cleavages auf dem makrosozialen Sektor repräsentieren, zeigen also die Milieus auf einer mesosozialen Ebene der Gruppen. Die Spannungslinien der Milieus werden durch ständige Evaluation überprüft. Sie sind, ihren Grundannahmen entsprechend, in der Gesellschaft evident. Trotz der nationalen und regionalen Besonderheiten der sozialen Milieus und Lebensstile finden sich international ähnliche Strukturen und Gruppierungen.<sup>277</sup>

Milieus werden ermittelt durch verschiedene Faktoren, um die Lebenswelt der ihnen zugehörigen Individuen bzw. Gruppen möglichst genau zu charakterisieren.<sup>278</sup> Dabei ist zu bedenken, dass Milieutypen, ähnlich wie Cleavages, Idealtypen entsprechen und die so zustande gekommenen Klassifizierungen mehrdimensionale Bereiche besetzen. Ermittlungsfaktoren für Milieus sind etwa:<sup>279</sup>

- Typische Aussagen wie: „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder „wer rastet, der rostet.“
- Das Kundenpotential bzw. die Zielgruppenermittlung.
- Soziale Lage wie Alter, Bildung, Beruf, Einkommen etc..
- Freizeitverhalten und -motive: Geselligkeit, Aktivitäten wie Stricken, Basteln, Fernsehen.
- Konsumstil: Orientierung an Qualität bzw. Preisrahmen
- Interesse an Produkten: Gesundheit, Zimmerpflanzen, Ernährung
- Medienverhalten in Print und TV: Analyse der Medien
- Wohnstil: rustikales oder modernes Mobiliar, Dekoration, Sauberkeit
- Alltagsästhetik wie Praktikabilität, Geborgenheit, Gemütlichkeit, Extravaganz, Schönheit und Hässlichkeit von Wohnungen oder Kunstrichtungen bzw. Situationen
- Leitbildqualitäten: Charakterzüge, Bildung, Talente, soziales Engagement
- Umgang mit Geld: Sparen, Sicherheitsdenken oder Risikobereitschaft

---

<sup>275</sup> Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997, S.508.

<sup>276</sup> Ueltzhöffer, Jörg: Transnationale Soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union, 1999, S.4. [http://www.sigma-online.com/de/Articles\\_and\\_Reports/europa.pdf](http://www.sigma-online.com/de/Articles_and_Reports/europa.pdf)

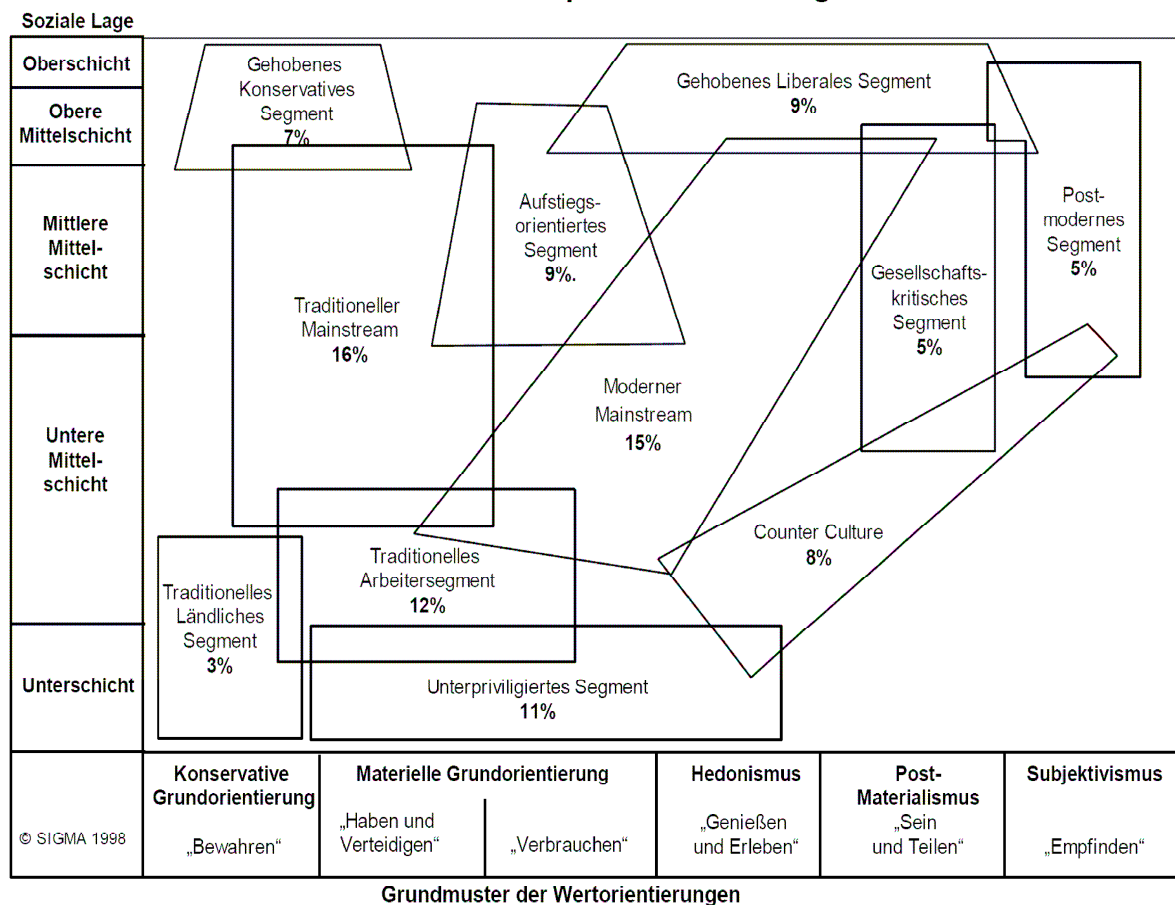
<sup>277</sup> Vgl. Ebd. S.508.

<sup>278</sup> Ich beziehe mich hier auf die Typisierung sozialer Milieus, die v.a. durch das Sinus-Sociovision Insitut für Sozialforschung entwickelt wurden. Der Begriff Milieu geht zurück auf Emile Durkheim, der soviel wie das soziale Umfeld einer Person beschreibt, die in eben diesem aufwächst. Seine weitere Verwendung lässt sich in der frühen Wahlforschung des sozialstrukturellen Ansatzes v.a. von Rainer Lepsius verorten. Ab den 80er Jahren wurden das Konzept der Mileus in der Ungleichheits- und Lebensstilforschung (Hradil bzw. Schulze) weiterentwickelt und von der Markt- und Wahlforschung aufgegriffen.

<sup>279</sup> Siehe dazu: <http://www.sinus-sociovision.de/>

Ueltzhöffer identifiziert zwar Unterschiede im Detail in den fünf größten Europäischen Gesellschaften (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und Großbritannien), stellt allerdings auffällige gleichartige zentrale Segmentierungen fest, die in allen der genannten Mitgliedsstaaten vorhanden sind. Typische Verläufe gesellschaftlicher Spannungslinien werden von ihm in einem zweidimensionalen Raum aufgezeigt. Dieser repräsentiert die soziale Lage (vertikale Achse) und den Wertorientierungen (horizontale Achse).

### Transnationale Europäische Milieusegmente



Ueltzhöffer und Ascheberg 1997; Basis: Wohnbevölkerung ab 15 Jahren in Frankreich, Deutschland West, Großbritannien, Italien, Spanien, 10.000 Fälle at random 1997, gewichtetes Sample (Traditionelles Ländliches Segment nur in Italien und Spanien)<sup>9</sup>

#### Schaubild VI. 1.: Transnationale Europäische Milieus

Quelle: Ueltzhöffer, Jörg: Transnationale Soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union

Es können elf verschiedene Milieusegmente unterschieden werden, deren Vertreter, wie bereits erwähnt, keine idealtypische Ausformung zeigen müssen. Es ist also denkbar, dass Individuen sich innerhalb des Milieus bewegen oder sogar zwischen Milieus, wie etwa dem Modernen Mainstream, Traditionellem Arbeitersegment bzw. Traditionellem Mainstream,

switchen. Dies kann beispielsweise von der sozialen Rolle abhängig sein, in der sich die bzw. der Jeweilige momentan befindet. (Innerhalb des Schaubildes von links nach rechts)

1. **Traditionell ländliches Segment** nur in Italien und Spanien
2. **Traditionelles Arbeitersegment** in industriegesellschaftlich geprägten Gebieten (Stichworte: „blue collars“, Arbeiterschicht-Segment)
3. **Traditioneller Mainstream**, also das kleinbürgerliche Segment
4. **Gehobenes Konservatives Segment**, die traditionellen Eliten
5. **Aufstiegsorientiertes Segment**, zunehmendes soziales Zentrum
6. **Moderner Mainstream**, d.h. gebildete no collars jüngerer und mittlerer Generation im sozialen Zentrum (modern working class Milieu in Großbritannien)
7. **Unterprivilegiertes Segment**, wie alte und neue Armut z.B. durch Arbeitslosigkeit mit gleichzeitiger konsumorientierter hedonistischer und materialistischer Grundhaltung (evtl. Frustrationpotential)
8. **Counter Culture Milieus**, von Eskapismus bis Lifestyle Protest, von proletarischen hedonistische Werten bis zu kommunitären Werten der Form neuer Tauschwirtschaft kombiniert mit postmaterialistischem Lebensstil
9. **Gesellschaftskritisches Milieu**, etwa Alt- und Nachachtundsechziger mit Gemeinschaftswerten von neuen sozialen Bewegungen und Projekten
10. **Gehobene Liberale**, Funktionseliten mit postmateriellen Emanzipations- und Individualismuswerten, die wirtschaftlichen Erfolg und Genussleben in ihrer Lebensphilosophie verbinden
11. **Postmodernes Segment**, radikaler subjektivistisch eingestellter als die Gehobenen Liberalen. „Construction kit“ aus Mitmenschen, Produkten, Kunst, Philosophie, Religion usw., meist in europäischen Metropolen lebend

Die drei letztgenannten postmodernen Gruppierungen lösen sich immer weiter von traditionellen Grundeinstellungen.<sup>280</sup> D.h. die Distanz von „Traditionellem Arbeitermilieu“ und postmodernerer Segmente vergrößert sich zunehmend, wobei die traditionell orientierten Milieus schrumpfen.<sup>281</sup> Diese Milieus können, differenziert innerhalb verschiedener sozialer

---

<sup>280</sup> Vgl. zur Typisierung der transnationalen Milieus: Ueltzhöffer, Jörg: Transnationale Soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union, 1999, S.9ff. [http://www.sigma-online.com/de/Articles\\_and\\_Reports/europa.pdf](http://www.sigma-online.com/de/Articles_and_Reports/europa.pdf)

<sup>281</sup> Vgl.: Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997, S.509.



Spannungslinien, gesichert in jedem der getesteten Mitgliedsstaaten nachgewiesen werden.<sup>282</sup> Durch ähnliche wirtschaftliche und soziale Entwicklungsstränge oder auch die Kopenhagener Kriterien zum Beitritt der EU und die Vereinheitlichung der Lebensbedingungen ist anzunehmen, dass sich eine solche Milieustruktur auch in den neuen Mitgliedsstaaten der EU findet. Wichtig dabei ist jedoch die Bemerkung, dass die Ähnlichkeit der Milieustruktur sich vergrößert, wenn die Konzentration auf die Ebene der diachronen Betrachtung gelegt wird. Das bedeutet, dass

*„zahlreiche Entwicklungen sich von Land zu Land in dieser oder ähnlicher Form wiederholen: Beispiele hierfür sind die Bildungsexpansion, der Einzug von Frauen zuerst in die Bildungsstätten und dann ins Erwerbsleben, die Erhöhung der Erwerbsquoten, die Pluralisierung sozialer Milieus und Lebensstile etc.“<sup>283</sup>*

Neben den von Ingelhart nachgewiesenen gemeinsamen Wertorientierungen<sup>284</sup> werden sowohl von Hradil, als auch von Ueltzhöffer eine, wohlgerne nicht statische, transnational-europäische existierende Milieulandschaft identifiziert, die sich aufgrund von Spannungslinien im mesosozialen Bereich der Großgruppen gegeneinander abgrenzen. Spiegeln nun die sich europaweit angleichende milieustrukturellen Grenzen die im makrosozialen Bereich zu verortenden Cleavages im Europäischen Parlament wider, so kann davon ausgegangen werden, dass die Annahmen des Modells heute noch zur Erklärung des Fraktionenverhaltens beitragen, seine Begrifflichkeiten möglicherweise aber angepasst werden sollten.<sup>285</sup> D.h. das in der Sozialgeschichte verankerte Modell der Parteientstehung könnte das inhaltliche bzw. ideologische Themenspektrum der Fraktionen des Europäischen Parlaments erklären. Es könnte damit, und dies ist ein wichtiger Faktor für diese Arbeit, als Analyseinstrument für die Koalitionsbildungsmechanismen im europäischen Parlament eingesetzt werden. Weiter kann, falls die inhaltliche Unterscheidung der Fraktionen sich mit allen oder vielen der Cleavages bzw. Milieus deckt, so von einer aktuellen und angemessenen Repräsentation der Bürger im Europäischen Parlament ausgegangen werden.

---

<sup>282</sup> Hradil untersucht die EU der 15, während Ueltzhöffer sich auf die “großen” Mitgliedsstaaten Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien konzentriert.

Ueltzhöffer differenziert dabei verschiedene transnationale Milieus, die er durch Nutzung neuer Medien, patriotische oder auch tolerante Äußerungen in den jeweiligen Gruppierungen in ähnlicher Ausprägung über die verschiedenen Gesellschaften hinweg getrennt voneinander herauskristallisieren kann. Hradil konzentriert sich auf verschiedene Formen der Ungleichheit der Lebensverhältnisse und kann feststellen, dass sich die Entwicklungen innerhalb der EU-Staaten stark ähneln.

<sup>283</sup> Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997, S.513.

<sup>284</sup> Vgl.: Ingelhart, Ronald: Globalization and post modern Values, in: The Washington Quarterly, 23:1, 2000.

<sup>285</sup> Dies zeigen auch die aufkommenden neuen Cleavages in den neuen Mitgliedsstaaten.

Fraktion	Milieu(s)	Cleavage(es)
EVP-ED	Traditioneller Mainstream, <i>Moderner Mainstream,</i> <i>Aufstiegsorientiertes Segment</i>	Kirche vs. Staat
SPE	Traditionelles Arbeitersegment, <i>Moderner</i> <i>Mainstream,</i> <i>Aufstiegsorientiertes Segment</i>	Arbeit vs. Kapital
ALDE	Gehobenes Liberales Segment, <i>Aufstiegsorientiertes Segment</i>	Autorität vs. Liberalismus, Modernisierungsgewinner vs. Modernisierungsverlierer
GRÜNE-EFA	Postmodernes Segment, <i>Counter Culture</i>	Materialismus vs. Postmaterialismus (GRÜNE) Zentrum vs. Peripherie (EFA)
KVEL-NGL	Gesellschaftskritisches Segment	Demokratische vs. Revolutionäre Linke
UEN	Gehobenes Konservatives Segment	Demokratische vs. Revolutionäre Rechte
IND-DEM	Unterprivilegiertes Segment, <i>Counter Culture</i>	Europäische Integration vs. Nationale Souveränität

**Schaubild VI. 2.: Milieustruktur und Cleavages im Europäischen Parlament**

**Quelle: Hix, Simon/Lord, Christopher: Political Parties in the European Union, London und eigene Untersuchungen**

Die in der Tabelle dargestellte Typologie macht deutlich, dass jede Fraktion ein oder mehrere Milieus repräsentiert.<sup>286</sup> Verschiedene Milieus, wie das Aufstiegsorientierte Segment, werden von zwei oder mehr Fraktionen abgedeckt.<sup>287</sup> Dies kann ein Resultat der Veränderungen innerhalb der Gesellschaft und der Anpassung nationaler Parteien an ein wachsendes Wählerpotential sein.<sup>288</sup> Dies ist hauptsächlich in den „mittleren Milieus“, des Modernen Mainstreams und des Aufstiegsorientierten Segments zu beobachten. Ähnliches ist am

<sup>286</sup> Das traditionell ländliche Segment Spaniens und Italiens wird nicht durch Abgeordnete des Europäischen Parlaments repräsentiert.

<sup>287</sup> Zu den Verortungen der Fraktionen nach Cleavages siehe auch: Hix, Simon/Lord, Christopher: Political Parties in the European Union, London, 1997, S.24. und Marx, Gary/Wilson, Carole/Ray, Leonard: National Political Parties and European Integration, 2001, American Journal of Political Science, Vol.46, Nr.3, S.587.

<sup>288</sup> Dies entspräche dem Typus der Volkspartei bzw. catch-all-party. Zur Entwicklung von Parteien siehe u.a. Kirchheimer, Otto: Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: PVS 6, Heft 1, 1965, S.20-41.

äußeren Spektrum für die Counter Culture zu beobachten. Einige Milieus lassen sich demnach durchaus den historischen Spannungslinien der Cleavages zuordnen. Auf der anderen Seite wird allerdings die Weiterentwicklung und Pluralisierung der Gesellschaften, v.a. im mittleren und postmodernen Bereich der Wertorientierungen deutlich, die von einer Verschiebung des Schwerpunktes der sozialen Lage hauptsächlich innerhalb der Mittelschichten begleitet wird.<sup>289</sup> Trotzdem wird deutlich, dass sich jeweils ein spezifisches Milieu zu jeder Fraktion zuordnen lässt, welches die Spannungslinien des Cleavagemodells spiegelt. Aufgrund dieser möglichen Unterscheidung der Fraktionen ist es damit möglich, das Modell der Konfliktlinien für das Europäische Parlament als gültiges Analyseinstrument zu verwenden. Obwohl die Milieustruktur heute existierende Spannungslinien auf der Dimension der Lebenslagen und Werthaltungen offen legt, so lassen sich die Fraktionen des Europäischen Parlaments aufgrund ihrer in der Geschichte verankerten Entstehung charakterisieren. Die einzelnen Segmente und Milieus beschreiben zwar die Fraktionen genauer, stellen aber, durch ihre fraktionsübergreifenden Charakteristika, keine eindeutige Typologisierungsmöglichkeit dar. Parteien und insbesondere Fraktionen auf europäischer Ebene sind, in Bezug auf die Milieutheorie und Cleavage Theorie, keine leeren Behälter, in die Einstellungsbereiche oder Issues hier und dort einfließen. Sie sind Organisationen mit historisch verwurzelten Ideologien.<sup>290</sup> Das Europäische Parlament ist damit ein Spiegel der Europäischen Gesellschaften.

*„Above all, the classic party families have persisted because the traditional party organisations have proved remarkably adaptable to changes in the structure of electoral and political competition.“<sup>291</sup>*

---

<sup>289</sup> Vgl.: Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997, S.509.

<sup>290</sup> Vgl. Marks, Gary/Wilson, Carole/Ray, Leonard: National Political Parties and European Integration, 2001, [www.unc.edu/~gwmmarks/cv.htm](http://www.unc.edu/~gwmmarks/cv.htm), S.6.

<sup>291</sup> Hix, Simon/Lord, Christopher: Political Parties in the European Union, London, 1997, S.25.

### 3. Das Rechts – Links Schema auf dem Prüfstand

Das Modell von Lipset und Rokkan kann die Entstehung von Parteien in westlichen Demokratien durch sozio-kulturelle Konfliktlinien des 18. und 19. Jahrhunderts, wie gezeigt wurde, auch heute noch präzise erklären. Die Spannungslinien innerhalb einer Gesellschaft führen dazu, dass sich Interessen aggregieren, die sich in institutionalisierten Organisationen niederschlagen. Diese bringen zunächst Forderungen und Unterstützung in das gesellschaftliche System, später in das politische System mit ein. Exemplarisch für solche Konfliktlinien sind: Arbeit vs. Kapital, Kirche vs. Staat, Zentrum vs. Peripherie, usw. Durch eine Erweiterung der Annahmen kann nicht nur die Entstehung von etablierten Parteien erklärt werden, sondern auch die Entstehung neuerer Parteiorganisationen. Beispiele hierfür wären etwa die Ausbildung grüner Parteien, vor allem in West- und Nordeuropa, oder auch postsozialistischer Parteien, welche sich hauptsächlich in Mittel- und Osteuropa formiert haben.

Durch die technologische und soziale Entwicklung und funktionale Differenzierung von Gesellschaften und deren Umwelt bildet sich analog dazu eine immer größere Anzahl von Fragen mit denen eine Gesellschaft konfrontiert wird und denen sie sich stellen muss. Deren Beantwortung wird auch dem politischen System und damit den Parteien übertragen. Um nun Wähler an sich zu binden, die die Basis der Legitimation und Macht sind, beziehen die bereits bestehenden und etablierten Parteien Stellung zu den jeweiligen Themen. Die Reichweite der Einstellungen, die eine Partei vertritt und abdeckt, kann sich dadurch stetig erweitern. Um eine breite Menge der Einstellungen von Wählern, d.h. größtmöglichen Konsens zu erreichen, vertreten die Parteien in Demokratien somit oftmals gemäßigte Ansichten. So kann zwar zum einen die Herausbildung neuer Parteien verhindert werden, zum anderen aber kräftigt das die Entwicklung hin zu einem stabilen und (konsensorientierten) gemäßigt pluralen demokratischen Parteiensystem. Dies bedeutet, dass sich die Gesellschaft, ihre Fragestellungen und damit auch ihre Parteien durch die dynamische funktionale Differenzierung und Pluralisierung ständig weiterentwickeln müssen, um ihre Funktionen zu erfüllen. Es bleiben durch diese Entwicklung also nur noch Anteile eines Orientierungsrahmens bestehen, die die Partei zum Zeitpunkt ihrer Entstehung charakterisiert hatten.

Ähnliches gilt für das Begriffspaar und die Charakterisierung von Parteien **rechts vs. links**. Die Verwendung des Begriffspaares ist ursprünglich wohl auf die Sitzordnung des französischen Nationalkonvents 1792 zurückzuführen. Ist also auch historischen Ursprungs.

Während die vom Präsidenten aus rechts, und damit auf der ehrenvollen Seite sitzenden Girondisten für den Erhalt des Status quo und strikten Patriotismus waren, so saßen die Jakobiner, die für einen Systemwechsel und damit für die Revolution und die ideale Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eintraten auf der, vom Präsidenten aus betrachteten, linken Seite des Parlaments. Das politische rechts – links Spektrum verdankt seine Herkunft damit der geschichtlichen Entwicklung. Im Frankreich des 18. Jahrhunderts stand der Gegensatz also zunächst für Egalitär vs. Elitär. D.h. die Gleichstellung aller auf der einen Seite und die legitimierte hierarchische Ordnung auf der anderen. Während der Zeit der Industriellen Revolution konnte die Einteilung rechts – links mit den Begriffen progressiv und restaurativ gleichgesetzt werden. Die Linken, d.h. die sich formenden Arbeiterorganisationen und -parteien bemühten sich um eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, während die rechten, restaurativen Kräfte für die Bewahrung von alten Traditionen und Werten, wie Fleiß, Gehorsam oder auch Patriotismus einstanden. Reformen standen hier den Bewahrern gegenüber. Mit dem Anfang des 20. Jahrhunderts und dem Beginn einer langsamen Globalisierung und einer Politik der Ausbreitung von Nationalstaaten fließt dann eine weitere semantische Konnotation in das Gegensatzpaar von rechts – links mit ein. Diese könnte man als internationalistisch vs. nationalistisch beschreiben, also offen vs. offensiv-ausbreitend. Das Begriffspaar rechts – links wurde und wird dabei zunehmend dazu benutzt, die jeweilig andere Seite des politischen Spektrums, meist negativ, zu charakterisieren.

Die Reichweite der Begriffe erweitert sich je nach der einhergehenden Veränderung der parteipolitischen Programmatik zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft. So bedeuten heute linke Werte unter anderem: Gleichheit, Gerechtigkeit, Nähe, Wärme, Formlosigkeit, Spontaneität, das „Du“ und Internationalität. Während rechts konnotiert wird mit der Betonung der Unterschiede, Autorität, Distanz, das „Sie“, Disziplin und dem Nationalen.<sup>292</sup>

Die jeweilige Ausfüllung der Begriffe soll sich danach auf Einstellungen gegenüber (moralischen) Fragen niederschlagen, zu denen die politischen Parteien ihre Positionierung entwickeln und vertreten müssen. Dies wird dann als rechte oder linke Zuordnung gewertet. Hauptkritikpunkt gegen die Eingliederung des politischen Spektrums und seiner Ausprägungen in ein rechts – links Schema ist, wie gezeigt werden kann, die Vereinfachung und Reduktion komplexer Zusammenhänge auf ein Gegensatzpaar. Durch eine häufige Verwendung zur abschätzigen Beschreibung der jeweils anderen Partei sind rechts bzw. links zudem in ihrer Bedeutung auch negativ besetzt. Dies gilt zumindest in der BRD.

---

<sup>292</sup> Vgl. Noelle, Elisabeth: Der Linkstrend ist gestoppt. Eine Untersuchung des Meinungsklimas in Deutschland. In: FAZ, Nr. 263 vom 12. November 2003, S. 5.

	„Das ist links“	„Das ist rechts“
Patriotismus, stolz auf Deutschland zu sein	7	63
Für mehr Recht und Ordnung eintreten	11	53
Für eine entschiedene Bekämpfung der Kriminalität sein	12	40
Für gleiche Chancen der Frauen eintreten	50	6
Für Umweltschutz sein	51	5
Für soziale Gerechtigkeit sein	51	11
Für mehr Zuwanderung in Deutschland eintreten	66	7

**Tabelle VI. 1.: Einschätzungen der Bundesbürger „Das ist links“, „Das ist rechts“**  
**Quelle: Nach Institut für Demoskopie Allensbach**

Die obige Tabelle zeigt sehr deutlich, dass sich rechts – links auch nicht auf ein homogenes Feld von Politikbereichen übertragen lässt. Vielmehr spiegelt sich darin eine semantische Multidimensionalität wider, die beispielsweise Politikfelder wie Innenpolitik, Sicherheits- und Umweltpolitik oder auch Sozialpolitik als Charakterisierung zu vereinen versucht.

Bereits nach dieser kurzen Schilderung ist zu erkennen, dass die schon in der historischen Erstverwendung allegorisch-metaphorischen Begriffe rechts – links rundweg semantisch überfrachtet sind. Dennoch charakterisieren sich Mitglieder des Europäischen Parlaments meist wie selbstverständlich mit diesen Metaphern. Auf die offenen Frage, ob sich die MEPs auf einem rechts – links Spektrum verorten können, antworten 42 von 47 Befragten mit einer Angabe zwischen „rechts“ – „mitte rechts“ – „mitte“ – „mitte links“ – „links“, ohne dass diese Einteilung vorgegeben gewesen wäre. Eine Auffassung einer rechts – links Skala ist also, mit breitem Konsens, offensichtlich vorhanden. Die Trennung der Einstellungen wird jedoch durch die Hinzunahme der Ergänzung „mitte“ zwar vordergründig differenzierter, aber auch gleichzeitig unschärfer hinsichtlich des inhaltlichen Charakters.

Wie kann beispielsweise eine Partei bzw. Fraktion typologisiert werden, die für Soziale Gerechtigkeit und Recht und Ordnung eintritt? Hier verschwimmen die Grenzen und die rechts – links Skala wird indifferent. Es ist also zu bezweifeln, ob eine Untersuchung von Entscheidungsprozessen in einem komplexen Legislativsystem sich lediglich auf eine auf eine fünf-stufig skalierte Einteilung stützen darf. Aus diesem Grund stellen auch Politikfelder, und ausschließlich nicht deren Aggregate, die Untersuchungsgrundlage der vorliegenden Arbeit. Nach diesem Einblick in die Entstehung und ideologisch-inhaltliche Einordnung folgt nun ein Einblick in die Entscheidungsfindungs- bzw. Koalitionsbildungstheorie von Akteuren.

## 4. Die Theorien der Koalitionsbildung als Erklärungsversuche politischen Entscheidungshandelns

Das Zwischenspiel der Fraktionen äußert sich bei der Entscheidungsfindung im Endprodukt der Koalitionsbildung: den Abstimmungen. Sie ist das Destillat der vorausgehenden Verhandlungen und Prozesse. Um sie in ihrer Komplexität zu verstehen, ist es nötig, Begrifflichkeiten, Ansätze und Modelle zu verwenden, die eben dieses Konzentrat der Entscheidung greifbar werden lassen. In diese soll in den nachstehenden Kapiteln eingeführt werden.

### 4.1. Begrifflichkeiten und Faktoren

Zunächst bietet die Darlegung der Bedeutung einiger Begrifflichkeiten und Faktoren, die mit dem Untersuchungsgegenstand des Europäischen Parlaments und seiner Akteure in Verbindung gebracht werden, eine sinnvolle Einführung in den Themenbereich der Annahmen der Entscheidungsfindung.<sup>293</sup>

Spieler oder Teilnehmer der Koalitionen sind im Europäischen Parlament die transnationalen Fraktionen. Dabei ist zu beachten, ob diese als einheitliche Akteure betrachtet werden können bzw. wie sich das Verhältnis von principal (Parteiführung) und agent (Fraktionsbasis/Abgeordneter) gestaltet. Also ob die bestehende Fraktionalisierung der Fraktionen spaltend oder vereinheitlichend wirkt. Wäre jeder einzelne Abgeordnete Spieler einer Fraktion, die damit selbst zur Koalition würde, so wäre die Aufgabe der Analyse interfraktionellen Verhaltens bei Abstimmungen ein stark komplexes Unterfangen. Deshalb ist es sinnvoller anzunehmen, dass die Repräsentanten sich in der Regel zusammenschließen, um ihre gemeinsamen Zielsetzungen zu verwirklichen.

Eine Entscheidung ist die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Alternativen. Gibt es mehrere Spieler, so werden durch die Entscheidung entstehenden Gewinne zwischen diesen in bestimmter Weise verteilt. Diese Verteilung wiederum bestimmt das Gewinnverhältnis zwischen den Akteuren.<sup>294</sup> Die Wahlalternativen und der Gewinn beeinflussen

---

<sup>293</sup> Siehe dazu: Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare: Koalitionsregierungen in Westeuropa – Eine Einleitung, in: Dies.: Koalitionsregierungen in Westeuropa: Bildung, Arbeitsweise und Beendigung Wien, 1997, S.9-46.

<sup>294</sup> Hierbei kann etwa auch zwischen Null-Summen-Spiel und Win-Win-Spiel unterschieden werden. Bei ersterem geht lediglich einem Spieler der Gewinn zu, während der andere Spieler nichts erhält. Bei einer Win-Win Situation wird hingegen der Gewinn zwischen den Spielern aufgeteilt.

möglicherweise zukünftige Entscheidungen. Jeder Teilnehmer bringt dabei seine spezifischen Gewichtungen mit ein, die als Ressourcen bezeichnet werden. Diese beeinflussen die jeweilige strategische Position des Spielers.<sup>295</sup>

Ein weiterer sehr wichtiger Begriff, der inhaltlich zu definieren ist, ist derjenige der Koalition. Sie ist zunächst ein Zusammenschluss oder eine Kooperation verschiedener Individuen oder Gruppen zur Steigerung der Effizienz ihrer Interessenvertretung. Historisch resultiert das Phänomen aus der Arbeiterbewegung. Hier wurde die Bezeichnung der Arbeiterkoalition geprägt.<sup>296</sup> Generell kann als Definition von Koalition als soziale Erscheinung gelten:

*„A coalition is two or more participants in a group of three or more actors who coordinate the use of their resources in controlling or attempting to control a decision.“<sup>297</sup>*

Der politische Koalitionsbegriff hingegen muss, im Zusammenhang mit dem EP, modifiziert und angepasst werden. Ein pluralistisches Demokratiekonzept stellt hierbei den Ausgangspunkt der Überlegungen dar. Politische (Gruppen)Akteure, die am Willensbildungsprozess beteiligt sind, versuchen Absprachen zu treffen, um gemeinsame politische Ziele durchzusetzen oder auch entgegenstehende politische Ziele zu verhindern. Dies geschieht, um demokratisch legitimierte Mehrheitsentscheidungen zu finden.<sup>298</sup> Die Art des Regierungssystems beeinflusst in diesem Zusammenhang stark die Möglichkeiten zur Koalitionsbildung. So wird sie durch ein Verhältniswahlssystem begünstigt. Häufig werden Verbindungen *ad hoc*, ohne formalen Charakter gebildet und lösen sich daher nach der Durchsetzung der jeweiligen Ziele wieder auf. Es besteht die Möglichkeit, dass für verschiedene Entscheidungen in Einzelfragen zum gleichen Zeitpunkt verschiedene Bündnisse nebeneinander bestehen. Das Zustandekommen und Erneuerungen von Verbindungen werden hier in einem Bargaining-Prozess geregelt.<sup>299</sup> Davon kann gerade im EP ausgegangen werden.<sup>300</sup> Die zeitliche Komponente der Koalitionsbildung ist dort, dies ist eine wichtige Modifikation, hingegen einzuschränken. Ähnlich wie in nationalen Parlamenten auch, findet zwar eine erste Phase der Koalitionsverhandlungen innerhalb und zwischen den Parteien statt. Die zweite Phase der Regierungsbildung und der Verhandlungen über

---

<sup>295</sup> Vgl. Gamson, William A.: A Theory of Coalition Formation, in: American sociological Review, Vol.26, No.3, 1961, S.373-382.

<sup>296</sup> Vgl. dazu Begriffserläuterungen in: Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn, 1997, S.242f. Oder Nohlen, Dieter: Kleines Lexikon der Politik, zweite Auflage, München, 2002, S.234f.

<sup>297</sup> Hill, Paul: A Theory of Political Coalitions in Simple and Policymaking Situations, in: Sage Professional Papers in American Politics, Bevelly Hills / London, 1973.

<sup>298</sup> Vgl. Jun, Uwe: Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, Opladen, 1994, S.21.

<sup>299</sup> Vgl. Ebd.

<sup>300</sup> Siehe Kapitel IV, 1.4. Die Arbeitsforen im Parlament.



personelle Entscheidungen bleibt hingegen aus. Eine Ausdehnung des Koalitionsbegriffs mit erweiterter zeitlicher Komponente, wie die Dauer der Legislaturperiode o.ä., ist hier nicht nötig.<sup>301</sup> Deshalb kann im Zusammenhang mit Koalitionsbildungsmechanismen im EP von der oben genannten generellen Definition von Koalition ausgegangen werden. Da die Koalitionsbildungstheorien auch auf soziologische und sozialpsychologische Ansätze zurückgreifen, in denen spieltheoretisch von Entscheidungssituationen rationaler Akteure ausgegangen wird, sind solche Modelle im Europäischen Parlament besonders gut anzuwenden und zu testen.

Der Ausdruck Formateur, als weiterer koalitionstheoretischer Begriff, wird zum einen für einflussreiche Persönlichkeiten verwendet, die in der Lage sind, den Koalitionsbildungsprozess prägen bzw. steuern zu können. Jedoch auch für gewichtige Gruppenakteure bzw. Parteien, die meist aufgrund ihrer Größe für die Koalitionenbildung entscheidend sind. Seine Bedeutung ist demnach nicht eindeutig, sondern kann sich auf die mikro- oder aber auf die mesosoziale Verwendung beziehen. Der jeweilige Gebrauch ist in der Literatur meist aus dem Zusammenhang zu ersehen.

Die Begriffe Kabinetts, Regierung oder Koalitionsvertrag zu erörtern, ist bei der Analyse der Koalitionsbildung im Europäischen Parlament nicht nötig. Es stellt sich allerdings die Frage, wann eine Koalition entsteht oder wieder zerfällt? Hierbei spielt definitiv der Faktor der Zeit eine tragende Rolle, nachdem die Koalitionen im Europäischen Parlament unabhängig von der Zeiteinheit einer Wahl- bzw. Legislaturperiode bestehen. So gab es die informelle aber weithin bekannte Absprache der SPE und EVP in den 80er und 90er Jahren, eine große Koalition zu bilden. Wie lange diese existierte bzw. ob sie noch besteht, ist von einer Reihe von Forschungsarbeiten untersucht worden.<sup>302</sup> So können im Europäischen Parlament, durch den Wegfall eines Kabinetts, Koalitionen über unbestimmte Zeit andauern oder aber nur für eine jeweilige Abstimmung gebildet werden. Eine solche Variabilität und Punktualität gilt dementsprechend auch für die Auflösung von Koalitionen. Das bedeutet, die Koalition wird nicht durch einen Postenwechsel, Misstrauensvotum oder vorzeitige Wahl beendet. Ebenso wenig entscheidend ist die Verteilung verschiedener Minister- oder Sekretärsposten. Weitgehend alle Positionen oder Funktionen werden entweder innerhalb der Fraktionen zugeteilt oder aufgrund von bestehenden Mehrheitsverhältnissen proportional besetzt. So etwa die geregelte Besetzung des Postens des Parlamentspräsidenten oder die Zuteilung bzw. Kontingente bei der Auswahl von Berichterstatern. Die Bürger der Union statten die

---

<sup>301</sup> Zur Definition von Koalition siehe auch: Kropp, Sabine/Sturm, Roland: Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen Opladen, 1998, S.13ff.

<sup>302</sup> Dies soll allerdings an anderer Stelle diskutiert werden.

jeweiligen Fraktionen mit Handlungsmacht aus, die sich im Parlament selbst, durch das Stimmenverhältnis untereinander, als bargaining oder voting-power auswirkt. Dies wird durch zwei wesentliche Kriterien beeinflusst. Zum einen durch den Sitzanteil und zum anderen durch die Platzierung bzw. Einstellung gegenüber den verschiedenen Politikbereichen. Die klassisch-formalen Koalitionsbildungstheorien, die stark an spieltheoretische rationale Grundannahmen geknüpft sind lassen sich dementsprechend unterteilen. Ein Beispiel für ein Koalitionsmodell nach Sitzanzahl ist die *minimum winning* Koalition. Die meist eindimensionalen<sup>303</sup> policy-bind Modelle, werden oftmals durch eine *minimum connected winning* oder *policy viable* Koalitionsannahme vertreten. Sie stellen Mischformen politikfeld- und machtzentrierter formaler Koalitionsbildungsmodelle dar. Die Koalitionsverhandlungen im Europäischen Parlament können deshalb aufgrund oben genannter Kriterien als Free-Style (Freistil) Verhandlungen charakterisiert werden. Denn theoretisch ist jedes denkbare Szenario der Verhandlungen und Koalitionsbildung der Fraktionen untereinander möglich. Dies selbstverständlich im Rahmen der institutionellen Bedingungen und der Sitzverteilung.

## 5. Ansätze der Koalitionsbildungstheorie

Nicht nur das Vorhandensein von Konfliktlinien und die Gewichtung der einzelnen Fraktionen im System bilden den Grundstein für das bessere Verstehen der Koalitionsbildung im Europäischen Parlament, sondern auch Koalitionsbildungstheorien, die als Modelle dienen sollen, können hilfreich sein, das Agieren der europäischen Fraktionen untereinander zu analysieren. Da die Regierungsbildungsfunktion des EP bei Weitem nicht so stark ausgeprägt ist, wie dies in nationalen Parlamenten der Fall ist, ist es nicht nötig, eine andauernde Koalition zu bilden, um mit einer Abgeordnetenmehrheit die Regierung zu stützen.<sup>304</sup> So besteht die theoretische Möglichkeit, zu jeder Abstimmung, Koalitionen aufs Neue zu formieren. Die Koalitionsbildung im Europäischen Parlament ist deshalb sehr gut dazu geeignet, sie mit Hilfe von Koalitionsbildungsmodellen zu überprüfen und diese im Gegenzug an der Empirie zu testen.

Das weitreichendste Ziel, das sich die Modelle der Koalitionsbildungstheorie setzen, ist zu erklären, wann eine Koalition zustande kommt. Sie stellt sich damit die Frage: Unter welchen Voraussetzungen schließen sich welche Akteure zusammen? Dies unter der Annahme, dass diese wiederum bestimmte Ziele verfolgen. Letztendlich wird demnach versucht, in theoretischen Ansätzen vorherzusagen, wann welche Koalitionsmöglichkeit besteht und in

---

<sup>303</sup> Eindimensional bedeutet hier, dass jeder Punkt eines eindimensionalen Objektes ausschließlich eine Koordinate benötigt. Dies resultiert grafisch in einer Linie oder Skala.

<sup>304</sup> Siehe Kapitel IV, 1.6. Die Parteienkonstellation im Europäischen Parlament.

den empirisch geprägten Wissenschaftszweigen überprüft, ob diese jeweils von den Spielern bzw. Akteuren gewählt wird. Im Folgenden werden diese Ansätze vorgestellt.

Verschiedene Muster des Zustandekommens von Koalitionen sind schon ausschließlich aufgrund der Betrachtung der Anzahl der Mitspieler denkbar. *Hinreichende Koalitionen* (minimal winning cabinets) sind Koalitionen, die aus ebenso vielen Parteien wie notwendig bestehen. D.h. bei einem Ausstieg eines Partners ist keine Mehrheit mehr gewährleistet. Die *Minderheitenkabinette* werden nicht von einer Mehrheit im Parlament gestützt. Sie können als Variante im Europäischen Parlament, aus oben bereits genannten Gründen, ausgeschlossen werden. Eine *Übergroße Koalition* (oversized cabinet), zu denen Große Koalitionen oder Allparteienkoalitionen zugerechnet werden können, ist dadurch gekennzeichnet, dass die erforderliche Mehrheit nach dem Ausscheiden einer meist kleineren Partei nicht verloren geht.<sup>305</sup>

Welche Art der Koalition gebildet werden kann oder wird ist dabei abhängig von der Intention der Spieler und der Rahmenbedingungen in denen die Entscheidungsfindung stattfindet. Hinsichtlich dessen lassen sich die drei Hauptlinien der Koalitionsbildungsforschung unterscheiden, die jeweils, wie bereits angedeutet, von verschiedenen Blickwinkeln aus bzw. unter bestimmten Vorbedingungen argumentieren.<sup>306</sup>

Dies sind die macht- oder powerorientierten (1), die politik(feld)orientierten (2) und institutionellen (3) Koalitionsbildungstheorien.<sup>307</sup> Während die machtorientierten oder auch office-seeking Koalitionsbildungstheorien sich vornehmlich aus den Annahmen der mathematischen und ökonomischen Spieltheorie ableiten, resultieren die politikfeldorientierten (auch policy-seeking) und institutionellen Ansätze aus den Prämissen der Soziologie bzw. Sozialpsychologie und der Politikwissenschaft. Das folgende Schaubild veranschaulicht dabei die verschiedenen Koalitionsbildungsansätze.

---

<sup>305</sup> Vgl. dazu auch: Lijphart, Arend: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven and London, 1999, S.90f. oder Jun, Uwe: *Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern*, Opladen, 1994, S.32f.

Einzelparteienformen werden bewusst nicht berücksichtigt, da diese im EP aus Gründen der Sitzverhältnisse im Moment nicht vorkommen können.

<sup>306</sup> Diese Arbeit stellt selbstverständlich nicht den Anspruch alle vorhandenen Theorien der Koalitionsbildung umfassend darzustellen und zu kommentieren. Es sollen einige unterschiedliche Ansätze und ihre Entwicklungslinien, die v.a. für die Koalitionsbildung innerhalb des Europäischen Parlaments als wichtig erachtet werden, ausführlich vorgestellt werden.

<sup>307</sup> Für einen Forschungsüberblick siehe u.a.: Laver, Michael: *Government Formation and Public Policy*, in: *Political Science and Politics*, Vol.33, No.1, 2000, S.21-23.

<b>Parteien:</b>	A (Links)	B	C	D	E (Rechts)
<b>Sitze:</b>	8	21	26	12	33

<b>Ansätze / Modelle</b>					
Minimal winning Koalition	ABC	ADE	BCD	BE	CE
Minimum size Koalition		ADE			
Koalition mit der kleinsten Anzahl von Parteien				BE	CE
Minimal range Koalition	ABC		BCD		CE
Minimal connected winning Koalition	ABC		BCD		CDE
Policy-viable Koalition	ABC		BCD		CE
Dominanter Spieler					E
Zentrumsspieler			C		

**Schaubild VI. 3.: Koalitionen nach acht Koalitionstheorien für eine hypothetische Sitzverteilung**  
 Quelle: Nach Lijphart, Arend: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*

## 5.1. Spieltheoretische bzw. machtorientierte Koalitionsentscheidungen

Die wohl am weitesten verbreitete Annahme der spieltheoretischen Koalitionsbildungsforschung ist die der minimal-winning Koalition (ABC, ADE, ...) <sup>308</sup>. Die Forschung William Rikers konnte deren Annahmen für die Politikwissenschaft nutzbar machen. <sup>309</sup>

Ihre Grundannahmen basieren auf formellen und logischen Bedingungen, die eine jeweilige Entscheidungssituationen kennzeichnen. Die Bedingungen eines *minimal-winning* Ansatzes sind, wie die anderen im Rahmen der machtorientierten Koalitionsbildung erörterten Modelle, zunächst rein theoretischer Natur. Die jeweiligen Spieler besitzen dabei Ressourcen, Ziele und ein gut definiertes Set, das die Regeln des Spiels bestimmt. Sie können auf diese Weise ihre Vorgaben der Zielerreichung abschätzen und sich erst dann entscheiden, wenn alle Faktoren, die auch die Bewegungen ihrer Gegner beinhalten, mit einkalkuliert sind. <sup>310</sup>

<sup>308</sup> Kommende Buchstaben(kombinationen) in Klammern beziehen sich auf das Schaubild: Koalitionen nach acht Koalitionstheorien für eine hypothetische Sitzverteilung.

<sup>309</sup> Vgl. Riker, William: *The theory of political Coalitions*, 3. Auflage, Yale, 1967.

<sup>310</sup> Ein weiterer Ansatz aus der Spieltheorie bzw. Ökonomie ist die *minimum resources theory*. Sie weist darauf hin, dass die Koalitionsbildung durch die relativen Ressourcen der Akteure gesteuert werden, wobei diese nach Nutzenmaximierung streben. Koalitionen werden sich demnach auch bilden, wenn die gesamten Ressourcen so

„*In n-person, zero sum games, where side payments are permitted, where players are rational and where they have perfect information, only minimum winning coalitions occur.*“<sup>311</sup> Durch diesen Satz können die Grundannahmen der Theorie sehr gut charakterisiert werden. Die Spieler werden demnach versuchen, nur so viele Partner wie ausschließlich nötig in die Koalition mit einzubeziehen. Dies führt im Gegenzug dazu, dass alle Akteure pivotal werden und die Koalition sich beim Ausscheiden eines Einzigen auflöst. Die voting-power der Akteure ist demnach sehr groß und, ungeachtet der jeweiligen Stimmenanzahl, gleich hoch. Das Druckpotential, das de facto alle Spieler ausüben können, steigt auf diese Weise an. *Minimum size Koalitionen*, eine weitere Spielart des machtorientierten Ansatzes, werden gebildet, um unnötige Partner auszuschließen (ADE). Die gewinnende Koalition soll so klein wie möglich sein, um den jeweiligen Gewinn unter möglichst wenigen Akteuren aufteilen zu müssen. Hier wird die kleinste Mehrheit der möglichen Parteien vorausgesetzt, um Einflussmöglichkeiten zu vergrößern. Gamson legt dabei zudem großen Wert auf die Ressourcen, die die Spieler einbringen und ihre daraus resultierende proportionale Gewinnverteilung und -maximierung.<sup>312</sup> Dies kann sich auf die Dauer und Stabilität der Koalitionen auswirken. Ähnliches gilt für *Koalitionen mit der kleinstmöglichen Anzahl von Parteien* (bargaining proposition). Mit so wenigen Partnern wie möglich ist es den theoretischen Annahmen nach einfacher, Verhandlungen zu führen und die Bündnisse dauerhaft zusammenzuhalten (BE, CE). Die Einstellungen und Stimmen „überflüssiger“ Partner sind nicht zu berücksichtigen. Dies kann sich auf die Dauer, Arbeitsfähigkeit und Stabilität der Koalitionen auswirken.<sup>313</sup>

## 5.2. Politikfeldorientierte Koalitionsbildungstheorien

Als Gegenentwurf, aber auch als Ergänzung zu bereits bestehenden office-seeking Koalitionsbildungsansätzen, konzentriert sich die eindimensionale politikfeldorientierte

---

klein wie möglich sind, aber dennoch gewinnen. Dieser Ansatz ist jedoch, bei einer engen Auslegung der Grundannahmen, bereits im der minimum winning Theorem vorhanden.

<sup>311</sup> Riker, William: *The theory of political Coalitions*, 3. Auflage, Yale, 1967, S.32.

<sup>312</sup> Vgl. Gamson, William A.: *A Theory of Coalition Formation*, in: *American sociological Review*, Vol.26, No.3, 1961, S.373-382.

<sup>313</sup> Die Forschung der letzten Jahrzehnte hat noch weitere an die Spieltheorie angelehnte experimentelle Modelle hervorgebracht. Die *random-choice* oder auch *utter confusion theory* ist einer dieser Ansätze. Danach werden Koalitionen gebildet, die keiner rationalen Kalkulation entsprechen. Hier spielen auch glückliche, rational nicht erklärbare Umstände eine Rolle. Vgl. dazu etwa Kumar, Sunil: *Parties and Coalition Politics, a Comparative Study*, Neu Delhi, 2004, S.2.

Von einer zufälligen oder regellosen Entscheidungsfindung ist allerdings nicht auszugehen. Es ist, im Gegenteil, anzunehmen, dass die Fraktionen des Europäischen Parlaments zielgerichtet handeln. Dies spiegelt schon die Entwicklung der legislativen Befugnisse der Kammer wieder.

Koalitionsforschung auf das sogenannte *policy-seeking*. Hier wird die alleinige Betonung der Macht als Zielerreichung in den Hintergrund gerückt. Im Blickfeld des *policy-seeking* steht, wie der Name schon vermuten lässt, die Durchsetzung inhaltlicher Ziele und die Implementierung der Politik der Akteure. Die Idee, die hinter diesen Annahmen steckt, geht von einer Präferenzordnung der Spieler aus. Ist diese nicht zu weit von derjenigen der anderen entfernt, so liegt es nahe, dass auf dieser Basis eine Koalition gebildet werden kann. Diese besitzt, im Vergleich zu rein machtorientierten Ansätzen, den Vorteil noch größerer Stabilität durch Interessenkongruenz.<sup>314</sup>

Um die jeweilige Position der Akteure zu ermitteln, wird von einem eindimensionalen Politikfeldspektrum (rechts – links) ausgegangen. Die jeweiligen Spieler besetzen darauf eine Position auf der ordinalen Skala. Die Abstände zwischen den Spielern werden auf dieser als vorhanden eingestuft, wie groß sie sind, bleibt damit allerdings verschleiert.<sup>315</sup> Liegen (die Einstellungen der) Parteien auf diesem Spektrum nebeneinander, sagt die Theorie voraus, dass sie sich wahrscheinlicher zusammenschließen, als die Parteien, die sich am jeweilig äußeren Rand der Skala befinden. So sind sie potentielle Koalitionspartner. Aus einer solchen Affinität der Interessen lässt sich das Modell der *minimal-range* Theorie ableiten. Es ist nach dieser Annahme einfacher, Koalitionen zu bilden und beizubehalten zwischen Parteien, die ähnliche Politikinhalte vertreten (ABC, BCD, ...). Faktoren wie Effizienz und Stabilität werden in dieses Modell miteinbezogen.

Auf ähnlichen Prämissen basiert der *minimal connected winning* Ansatz. Parteien werden danach versuchen mit ihren unmittelbaren Nachbarn zu koalieren. Falls mehr Parteien notwendig sind, werden diese, auch benachbarte, genau so lange hinzugefügt, bis die erforderliche Mehrheit zustande kommt (BCD, CDE). Innerhalb der möglichen Koalitionen ist zudem die Partei begünstigt, die die „core-position“ einnimmt. Etwa eine Partei, die durch ihre verfolgten Politikinhalte für eine Koalitionsbildung in Frage kommt, da sie eine Position innerhalb eines bestimmten Policy-Schnittbereiches einnimmt, und auf diese Weise gute Verhandlungskompromisse eingehen kann. Auch der pivotale Spieler, der schon bei den machtorientierten Koalitionsmodellen eine entscheidende Position einnimmt, wird hier wieder zu einem Drehkreuz des Konstruktes.<sup>316</sup>

Ein Modell, das sich letzten Endes ausschließlich auf Politikfeldinhalte zurückführen lässt, ist die *policy-viable Coalition* Theorie oder Anti-Wettbewerbs Modell. Hier wird

---

<sup>314</sup> Siehe hierzu u.a.: Axelrod, Robert: *Conflict of Interest, A Theory of Divergent Goals with Applications to Politics*, Chicago, 1970.

<sup>315</sup> Zu weiteren Ausführungen siehe auch: De Vries, Miranda W.M.: *Governing with Your Closest Neighbour - An Assessment of Spatial Coalition Formation Theories*, Nijmegen, 1999, S.56f.

<sup>316</sup> De Swaan, Abram: *Coalition Theories and Cabinet Formations*. Amsterdam, 1973.

vorausgesetzt, dass sich die Akteure bzw. Parteien nur um Politikinhalt und nicht um Machterhalt und Machterweiterung kümmern. In diesem idealistisch-konstruktivistischen Ansatz ist damit also unwichtig, wie viele Parteien miteinander koalieren. Es ist ausschließlich nötig, sich über die Durchsetzung gemeinsamer Ziele klar zu sein (BCD, ABCDE, ...). Sie postuliert allerdings, dass sich Koalitionen dort formen, wo der geringste Widerstand zu erwarten ist.<sup>317</sup>

Ein schwerwiegender Kritikpunkt dieser Art von eindimensional politikfeldorientierten Annahmen der Entscheidungsfindung lässt sich mit einer Frage auf den Punkt bringen: Ist es möglich, dass die Koalitionsfähigkeit nur durch die Positionierung auf einer eindimensionalen Skala bestimmt werden? Zudem sind verschiedene Möglichkeiten bzw. Methoden denkbar, Akteure zu positionieren. Wahl- oder Parteiprogramme, aber auch Expertenmeinungen oder Interviews mit Abgeordneten. Welche Methode hier zu möglichst objektiven Ergebnissen führt, ist jedoch strittig.

### 5.3. Akteursorientierte Koalitionsbildungstheorien

Akteursorientierte Koalitionsbildungsmodelle, die auch unter die Kategorie der politikfeldorientierten Ansätze zu subsumieren sind, setzen ihren Blickpunkt noch zentraler an den jeweiligen Eigenschaften des Akteurs an, als die bisher beschriebenen nicht-akteurszentrierten Modelle. Das bedeutet etwa die genauere ideologische Position oder die Größe der Spieler.

So etwa das Konzept des *Dominanten Spielers*. Hier ist Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit im Sinne der Größe der Akteure ein entscheidendes Faktum. Existiert etwa ein proportional besonders großer Spieler, so kann dieser stark prägend auf den Prozess der Koalitionsbildung Einfluss nehmen (E).<sup>318</sup> Er könnte beispielsweise Druck in Form von Agendasetting- oder veto-power ausüben. Dabei stellt sich die Frage, wieso andere Parteien eine Koalition mit einem diktatorischen Partner eingehen? Antworten darauf können sein, dass Spieler stärker daran interessiert sind, an Koalitionen teilzunehmen, als nicht teilzunehmen. Auch bestimmte Mehrheitsverhältnisse können hier beeinflussend wirken. Der dominante Spieler kann beispielsweise nur innerhalb des Subspiels der Koalition besonders dominant sein. Das bedeutet aber nicht, dass er im übergeordneten Spiel, im Sinne des

---

<sup>317</sup> Zu den Koalitionsbildungstheorien vgl. u.a.: Jun, Uwe: Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, Opladen, 1994. / Kropp, Sabine und Sturm, Roland: Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen Opladen, 1998 / Laver, Michael und Schofield, Norman: The Politics of Coalition in Europe, Oxford 1990. / Lijphart, Arend: Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven and London, 1999. / Riker, William H.: The Theory of Political Coalitions, New Haven, 1962.

<sup>318</sup> Hier wird etwa wieder der Begriff des Formateurs relevant.

Wettbewerbs aller vorhandenen Parteien, eine besonders dominante Stellung einnehmen muss.

Ein stärker policyorientiertes Koalitionsbildungsmodell ist das des *Zentrumsspielers* (Mittelakteurs / centre player). Auch hier wird wieder eine eindimensionale Ordinalskala, also ein „Politikfeldspiel“, angenommen. Ein Zentrumsspieler wird dadurch definiert, dass alle anderen Spieler auf der rechten bzw. linken Seite des Spektrums keine Koalition bilden können, wenn dieser sich nicht anschließt (C). Auch hier spielt das Konzept des pivotalen Spielers eine prägende Rolle. Außerdem kann dessen voting-power, bedingt durch die Position, eine starke Aufwertung proportional zu seinem Stimmgewicht erfahren. Durch den Spieler im Zentrum entsteht eine gewisse Balance. Das Politikfeldspiel wird dadurch inhaltlich gemäßigt. Es tendiert damit nicht zu Extremen. Dies ist eine Beobachtung, die auch in die Analysen der Demokratieforschung miteinbezogen werden sollte.

#### **5.4. Institutionelle Theorien der Koalitionsbildung**

An dieser Stelle soll auf institutionelle Rahmenbedingungen und Institutionen eingegangen werden, die die Koalitionsbildung beeinflussen. Institutionen werden in diesem Zusammenhang definiert als verhaltensregulierende und Erwartungssicherheit erzeugende soziale, formelle und informelle Regelsysteme.

Formelle Regeln, die die Koalitionsbildung beeinflussen, sind etwa eine 5% Hürde oder Mehrheitserfordernisse zur Verabschiedung bestimmter Gesetzesvorhaben. Auch der Druck durch andere, außenstehende Akteure beeinflusst die Koalitionsbildung. Dies könnten etwa befreundete bzw. befeindete Staaten oder auch Institutionen des eigenen Systems sein, wie etwa der Ministerrat der EU. Das Verhältnis zwischen den Spielern ist eine weitere Rahmenbedingung, die nicht vernachlässigt werden darf. Hierbei stellt sich die grundlegende Frage, ob die Koalitionsbildung in einem kooperativen oder non-kooperativen Umfeld stattfindet. Also ob die jeweiligen Partner dazu gezwungen sind, eine Koalition einzugehen, oder ob sie dies wünschen.

Einige weitere institutionelle Faktoren, die die Koalitionsbildung beeinflussen, sind Koalitionsaussagen der verschiedenen Spieler und deren Reihenfolge bzw. Agendasettingoption oder auch Präferenzen von gewichtigen Individualakteuren. Zudem beeinflusst die Koalierfähigkeit, das bedeutet die Möglichkeit eine Koalition für einen der Spieler ohne Gesichtverlust einzugehen, die Bildung und Ausformung von Zusammenschlüssen.



Auch die Ausbildung des Parteiensystems ist ein entscheidender Faktor der Koalitionsbildung. Neben der politischen Kultur und den Effekten der gesellschaftlichen Spannungslinien bzw. der damit einhergehenden Pluralisierung, kann seine Ausformung auch als Auswirkung des Wahlsystems festgehalten werden.<sup>319</sup> D.h. etwa die Anzahl der Parteien, ihre verfassungsrechtliche Verankerung, die Verteilung der Sitze oder auch den Grad ihres Einflusses auf den Gesetzgebungsprozess.<sup>320</sup> Im pluralen Parteien- bzw. Fraktionensystem des Europäischen Parlaments, mit sieben Spielern, existieren rechnerisch viele tausend Kombinationsmöglichkeiten, die sich aber bei Einbezug der aktuellen Mehrheitsverhältnisse auf (noch immer) 80 verschiedene Koalitionsarten reduzieren. Sowohl die Anzahl der Sitze als auch der Spieler beeinflussen die Möglichkeiten der Akteure.

All dies zeigt letztendlich, welche Koalitionen grundsätzlich gebildet werden und unter welchen Rahmenbedingungen diese zustande kommen können. Vorweg ist allerdings in diesem Zusammenhang zu bemerken, dass institutionelle Einflussfaktoren keinen reinen Theoriecharakter besitzen. Von Fall zu Fall unterschiedlich stark beeinflussende einschränkende Charakteristika von Koalitionsbildungssituationen können nicht als allgemein gültige Hypothesensysteme betrachtet werden. Sie werden deshalb nicht in diesem Rahmen als hinreichende Analyseinstrumente angewandt. Dennoch sind sie wichtige Variablen, die in die Randbedingungen einer Fallanalyse mit einzubeziehen sind. Gerade im sui generis Akteurs- und Fraktionensystem des Europäischen Parlaments.

## 5.5. Modelle der räumlichen Entscheidungsfindung

Bei den Modellen der *räumlichen Entscheidungsfindung* oder *spatial coalition formation theory* wird davon ausgegangen, dass Entscheidungsfindung nicht eindimensional abläuft, sondern mehrere Dimensionen beinhaltet. Sie bilden einen weiteren Teil der Entscheidungsfindungstheorie. Eindeutige Beispiele hierfür sind etwa linkaging oder package deals. Die Modelle der räumlichen Entscheidungsfindung, wie das Winset Modell, die Heart Solution oder Maximal Satisfaction Solution Theory, nehmen deshalb meist einen

---

<sup>319</sup> Zur Auswirkung des Parteiensystems auf die Koalitionsbildung siehe: Jun, Uwe: Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, Opladen, 1994. Zur Auswirkung des Wahlsystems auf das Parteiensystem siehe: Lijphart, Arend: Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven and London.

<sup>320</sup> Auch Laver und Schofield haben auf einige institutionelle Faktoren hingewiesen: Vgl.: Laver, Michael/Schofield, Norman: Mulitpartygouvernement, the Politics of Coalition in Europe, Ann Arbour, 1998, S.62ff.

zweidimensionalen Politikfeldraum an.<sup>321</sup> Dabei wird versucht, oftmals mit Hilfe von mathematisch-grafischen Darstellungen eines Koordinatensystems, unterschiedliche Dimensionen gegenüber zu stellen, die miteinander korrelieren und in denen die jeweiligen Akteure Entscheidungen treffen. Dies soll zu einer weitreichenderen Erklärungskraft der Modelle, gegenüber der Analyse eindimensionaler politikfeldorientierter Entscheidungstheorien, führen.

Im Forschungsbereich der Europäischen Union bzw. des Europäischen Parlaments besteht noch immer kein Konsens darüber, wie die identifizierten (Konflikt)Dimensionen bei einer Analyse des Systems zu gewichten sind. In verschiedenen Veröffentlichungen können allerdings mehrere grundsätzliche Spannungslinien ausdestilliert bzw. zur Disposition gestellt werden, die teilweise aus Annahmen der Cleavagetheorie herrühren. Diese werden durch die Autoren jeweils unterschiedlich gewichtet.<sup>322</sup> Eine Dimension, über deren Vorhandensein sich die Forschung einig ist, ist die *sozioökonomische rechts – links* Dimension,<sup>323</sup> die eine Kombination verschiedenster Merkmale von Einstellungen darstellt.<sup>324</sup> Auch die *Spannungslinie Integration vs. Nationale Souveränität* bzw. EU-Integration wird als existent betrachtet. Sie ist ein Resultat dessen, wie stark eine Souveränitätsabtretung an die Europäische Union sein kann oder soll und wird meist gemeinsam mit der rechts – links Linie in Beziehung gesetzt.<sup>325</sup> Zudem finden sich in der wissenschaftlichen Diskussion oftmals Indizien für eine Konfliktdimension zwischen *libertärer und autoritärer Politik* im Bereich ökonomischer Steuerung.<sup>326</sup> D.h. hier stellt sich die Frage, wie weit eine staatliche Steuerung des Marktes zugelassen werden sollte oder nicht. Eine weitere Dimension, die erst seit einiger Zeit die Diskussion prägt, ist die des *interinstitutionellen Konfliktes* zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments und den „regierenden“ nationalen Parteien in Rat und Kommission.<sup>327</sup> Damit können vier Dimensionen für das Europäische Parlament bzw. die

---

<sup>321</sup> Zusammenfassend vgl. Etwa: Vgl. De Vries, Miranda W.M.: *Governing with Your Closest Neighbour - An Assessment of Spatial Coalition Formation Theories*, Nijmegen, 1999, S.82ff.

<sup>322</sup> Voeten, Erik: *Legislator Preferences, Ideal Points, and the Spatial Model in the European Parliament*, Institute of Governmental Studies. Paper WP2005-12, 2005. <http://repositories.cdlib.org/igs/WP2005-12>. Oder Marks, Gary/Steenbergen, Marco R. (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*, New York, 2004.

<sup>323</sup> Hix, Simon/Kreppel, Amie: *From Grand Coalition to Left-Right Confrontation: Explaining the Shifting Structure of Party Competition in the European Parliament*, *Comparative Political Studies* 36(1/2), 2003, S.75-96.

<sup>324</sup> Siehe hierzu Kapitel V, 3. Das rechts-links Schema auf dem Prüfstand.

<sup>325</sup> Vgl. etwa, McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament*, *Party Politics*, 2006, S.11. Oder auch schon Hix, Simon/Lord, Christopher: *Political Parties in the European Union*, London, 1997, S.50.

<sup>326</sup> Vgl.: Erik Voeten: *Legislator Preferences, Ideal Points, and the Spatial Model in the European Parliament*, Institute of Governmental Studies. Paper WP2005-12, 2005, S.14 <http://repositories.cdlib.org/igs/WP2005-12>.

<sup>327</sup> Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: *Democratic Politics in the European Parliament*, 2006. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

Europäisch Union identifiziert werden, die, in Beziehung gesetzt, unterschiedliche zweidimensionale Koordinatenfelder und Entscheidungsräume bilden können.

Nun ist es offensichtlich, dass auch die Berücksichtigung von zwei oder sogar drei Dimensionen nur modellhaft den komplexen Prozess der Entscheidungsfindung des Regierens wiedergeben kann. Dennoch können mehrdimensionale Modelle der Koalitionsbildung einen weiteren aufschlussreichen Einblick in die Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments geben. Im Rahmen dieser Arbeit sollen allerdings nicht mathematisch möglichst exakte Modelle berechnet werden, wie dies in der modernen räumlichen Entscheidungstheorie oftmals der Fall ist.<sup>328</sup> Vielmehr sollen bisher angelegte Analysen und Studien und deren Ergebnisse einen Grundstein dazu bilden, die Fraktionen des Europäischen Parlaments in verschiedene zweidimensionale politikfeldorientierte Entscheidungsräume einzubetten. Dadurch können im Rückschluss die durch die Abstimmungsprotokolle des Europäischen Parlaments gewonnenen Daten dazu dienen, die Koalitionsbildung innerhalb des Europäischen Parlaments unter einem weiteren Blickwinkel zu betrachten. Diese empirisch-deduktive Vorgehensweise kann zu weiteren bisher nicht beachteten Erkenntnissen im Rahmen des Gesetzgebungsverhaltens der Europäischen Union führen.

## 5.6. Resümee: Kombination der Modelle

Sämtliche Ansätze der Koalitions- und Entscheidungsbildung haben zu kritischen Stimmen und wissenschaftlichen Diskussionsbeiträgen geführt. Beispiele für die Kritik an spieltheoretischen Modellen sind und waren etwa vor allem ihre Entstehung aufgrund rein theoretischer Konstrukte ohne jeglichen empirischen Bezug oder das Problem der Annahme voller Informiertheit bei reinen rational-choice Annahmen. Vor allem kann die Präferenzordnung machtorientierter Koalitionsbildungsansätze als Kritikpunkt angeführt werden. Diese steht etwa im Gegensatz zum Konzept des homo sociologicus, welches davon ausgeht, dass sich ein Individuum aufgrund seiner inhärenten Rollen bzw. Positionen in einem soziologischen Raum bewegt. Dieser beeinflusst dessen Werthaltungen und Handlungsoptionen.<sup>329</sup> Ähnliches gilt für die Vernachlässigung institutioneller Rahmenbedingungen, die bislang, aufgrund ihrer Variabilität, in theoretische Konzepte der Koalitionsbildung mit eingebunden werden konnten.

---

<sup>328</sup> Vgl. De Vries, Miranda W.M.: *Governing with Your Closest Neighbour - An Assessment of Spatial Coalition Formation Theories*, Nijmegen, 1999, S.82ff.

<sup>329</sup> Vgl. dazu v.a. Dahrendorf, Ralf: *Homo sociologicus, ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*, 7. Aufl., Köln, 1968.

Auch rein politikfeldorientierte Entscheidungsmodelle zeigen ein Defizit, in exakt dem selben Argumentationsmuster. Die Annahmen des ausschließlichen Interesses an der Durchsetzung inhaltlicher Politikziele sind streng betrachtet nicht vereinbar mit den Prämissen des Modells des homo oeconomicus. Ein Beispiel wäre wiederum etwa uneigennütziges Handeln nach einer Logik der Angemessenheit. Auf den Punkt gebracht widersprechen sich damit die grundlegenden Prämissen dieser Konzepte, wenn sie als gegenüberliegende Pole betrachtet werden.

Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen im Bereich der Methodik bzw. Vorgehensweise der Koalitionsforschung nahmen einen ähnlichen Verlauf, wie die Diskussionen über die Motivation, Ziele bzw. Einstellungen der Akteure. Eine theoriegeleitete statistisch-analytische Herangehensweise und eine fallorientiert-empirische Methodenführung stehen sich in diesem Zusammenhang gegenüber. Beide Ansätze können jedoch isoliert voneinander nur einen Teil der empirisch zustande kommenden Koalitionen erklären.<sup>330</sup> Sinnvoller wäre vielmehr eine Kombination der beiden methodischen Vorgehensweisen.<sup>331</sup> Statistische Methoden könnten etwa dazu dienen, analytisch Kausalzusammenhänge der Koalitionsbildung zu erklären. Auffälligkeiten und nur schlecht kausal analysierbare Entscheidungsmechanismen können ergänzend durch empirische Fallstudien begründet werden.

In diesem Sinne bietet damit das Aneinander Heranführen der beiden Extreme der macht- und politikfeldorientierten Koalitionsbildungsmodelle, vervollständigt durch institutionelle Einflussfaktoren bzw. Rahmenbedingungen, einen ertragreicheren Analyserahmen, als ihre strikte Trennung. Bezeichnend hierfür ist etwa die Annahme, des gegenseitigen Zusammenhangs von office- und policy-seeking als Motivation und deren Resultat als noch größere Maximierung ihres Ertrags.<sup>332</sup> Eine solche Vorgehensweise der Öffnung und Verknüpfung der unterschiedlichen Ansätze kann zu einem besseren Verständnis der Entscheidungsprozesse des Europäischen Parlaments führen, da ein ausschließlich machtorientiertes Koalitionsbildungsmodell, jedoch auch ein rein policy orientierter Ansatz für diesen Fall, wie sich in späteren Untersuchungen zeigen wird, als Erklärungsmuster scheitern würde.

---

<sup>330</sup> Vgl. Martin, Lanny W./Stevenson, Randolph T.: Government Formation in Parliamentary Democracies, in: American Journal of Political Science, Vol.45, No.1, 2001, S.34ff.

<sup>331</sup> Siehe dazu etwa: Bäck, Hanna/Dumont, Patrick: A Combination of Methods. The Way forward in Coalition Research. Unveröffentlichtes Paper zur APSA Konferenz, 2004, S.1-29. <http://www.asu.edu/clas/polisci/cqrm/APSA2004/BackDumont.pdf>

<sup>332</sup> Vgl zu dieser Argumentation: Budge, Ian/Laver, Michael: Office Seeking and Policy Pursuit in Coalition Theory, in: Legislative Studies Quarterly, Vol.11, Nr.4, 1986, S.485-506.

Das Argument der Verteilung von Positionen oder (Minister)posten alleine kommt im Europäischen Parlament nicht zum Tragen. Es gibt zum einen keine ministerialen Ressorts zu verteilen, zum anderen werden wichtige Positionen aufgrund von Mehrheitsverhältnissen und interinstitutionellen teils unkodifizierten Regelungen vergeben. Trotzdem versuchen die MEPs und ihre Fraktionen agendasetzende Positionen, wie etwa die des Parlamentspräsidenten bzw. Vizepräsidenten oder eines Berichterstatters, zu besetzen. Dadurch steigt auf der anderen Seite die Wahrscheinlichkeit der Durchsetzung eigener Politikziele. Diese einflussreichen Rollen sind hier ein Teil der Rahmenbedingungen, also der institutionellen Faktoren der Entscheidungsfindung. Es liegt nach dem minimum winning Theorem nahe, dass diese ihrem Zweck nach politikfeld- und nicht ausschließlich machtorientiert sind. Allerdings kann gezeigt werden, dass sich hinter diesen Zusammenschlüssen auch Gründe auf einer anderen Ebene der Rationalität verbergen können. Dies wird im nächsten Kapitel näher ausgeführt.

Trotz der erkennbaren Tendenz des policy-seeking der Kammer des Europäischen Parlaments existieren Koalitionsvarianten, die ebenso die Muster der spieltheoretischen Entscheidungsfindungsannahmen empirisch bestätigen. Office-seeking und interinstitutionelle Rahmenbedingungen gehen, wie schon in einem einführenden Kapitel gezeigt werden kann, Hand in Hand mit der Durchsetzung politischer Ziele der Abgeordneten und Fraktionen. Eine Verknüpfung der oben dargestellten Ansätze der Entscheidungsfindung findet gerade deshalb im Freistilverhandlungssystem des Europäischen Parlaments einen Nährboden zur Bildung neuer Hypothesen oder der Verifizierung von Modellen der Koalitionsbildungstheorie. Eine statistische und parallel fallanalytische Methodenführung ist dabei eine logische und gewinnbringende Konsequenz dieser methodisch-hybriden Vorgehensweise.

## 6. Surplus majority coalitions – Ein Erklärungsmodell für Koalitionen mit Übergröße

Konstant sind etwa zwei Drittel der Koalitionen im Europäischen Parlament Große Koalitionen. Von den insgesamt 5844 im Hinblick auf Koalitionsbildung getesteten Abstimmungen sind 3967 Große Koalitionen. Dies entspricht ca. 67,5%. Eine Anzahl von 491 der 861 Koalitionen mit der EVP-ED als großer Partei und 601 der 1027 Koalitionen mit der SPE als großer Partei werden mit mehr Partnern als nötig gebildet. Das bedeutet, 5059 der hier zur Verfügung stehenden 5874 namentlichen Abstimmungen des Europäischen Parlaments werden durch Koalitionen mit Übergröße gebildet. Das sind ca. 86% der Abstimmungen. Eine solch markante Ausprägung bedarf genauerer Analyse.

Nun ist der Begriff „Übergröße Koalition“ normativ, da durch ihn semantisch davon ausgegangen wird, dass es eine Koalition in „Normalgröße“ gibt. Diese wiederum ist durch Rikers Definition der Minimum winning coalition charakterisiert. Also mit so vielen bzw. so wenigen Koalitionspartnern wie nötig. Eine Koalition mit so wenigen Spielern wie möglich resultiert aus der machttheoretisch rational orientierten Perspektive, in einem Nullsummenspiel die größte erreichbare Einflussmöglichkeit zu bekommen und Positionen bzw. Ämter, in Form von Kabinettsposten o.ä., zu erhalten.

Ann-Catherine Jungars Arbeit über die Überschussmehrheitenkoalitionen in Italien und Finnland gibt in ihrem theoretischen Rahmen Hinweise darauf, wann eine Koalition entstehen kann, die eine größere Anzahl von Partnern beinhaltet, als für eine Parlamentsmehrheit<sup>333</sup> nötig sind.<sup>334</sup> Die Ansätze, die nachfolgend erläutert werden sollen, lassen sich als Hypothesenkonstrukte weder gänzlich der power-orientierten noch der ausschließlich politikorientierten Koalitionsbildungsforschung zuordnen. Jungar geht deshalb implizit von einer gewinnbringenden Kombination beider Forschungsrichtungen aus. Auch unter theoretischer Perspektive ist deshalb eine genauere Betrachtung von Interesse. Sie trifft dabei allerdings die Unterscheidung zwischen Notwendigkeit und Möglichkeit der Bedingungen einer Überschusskoalition. Am Beginn dieser Unterscheidung stehen somit zwei Fragen: „*On the one hand, „why is large government necessary?“ and on the other “why is large government possible?“*“.<sup>335</sup> Grundsätzliche Rahmenbedingung stellen hier wohl v.a. die Parteiendemokratie und eine gewisse Form des Parteienpluralismus dar.

---

<sup>333</sup> Mehrheit ist ein relationaler Begriff.

<sup>334</sup> Vgl. Jungar, Ann-Catherine: Surplus majority government: a comparative study of Italy and Finland, Uppsala, 2000, S.31-65.

<sup>335</sup> Ebd. S.31.

**Notwendigkeiten übergroßer Koalitionen** sind dabei wie folgt ausgeführt:

Der Bedarf besonderer legislativer Mehrheiten. Diese können in bestimmten Situationen hinlängliche legislative Mehrheiten garantieren. Hierunter fallen beispielsweise die großen Koalitionen auf Bundesebene in der Bundesrepublik Deutschland von 1966-1996 und seit 2005. Wichtige legislative Veränderungen wie beispielsweise die Föderalismusreform oder Verfassungsänderungen können hier durch eine Koalition der beiden großen Parteien CDU und SPD und das Erreichen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit durchgesetzt werden. Diese Arten der Koalition, die meist Zweckbündnisse sind, sind demnach gekennzeichnet durch einen Handlungsdruck, der oftmals durch einen Misfit in politischem oder/und gesellschaftlichen Systemen herrührt.

Ähnlich verhält es sich mit übergroßen Koalitionen in Ausnahmesituationen. Die überschüssigen Parteien werden eingeschlossen, um einer außerordentlichen Situation gegenüber zu treten. Die politische Einigkeit kann einen instrumentellen oder symbolischen Wert haben. Jungar weist darauf hin, dass während externen Bedrohungen des Systems oder speziellen Vorkommnissen die politischen und sozialen Eliten eine Vorbildfunktion, hinsichtlich einer Demonstration von Konsens und Kooperationsbereitschaft, übernehmen können.<sup>336</sup>

Obwohl zunächst anzunehmen ist, dass alle Koalitionen, die größer sind, als nötig, von Natur aus der politikfeldorientierten Koalitionsforschung zuzuordnen sind, gibt es einige Annahmen, die sehr wohl auch aus rein rationalen Gründen, und damit aus Gründen der Machtorientierung, für eine Koalition in Übergröße sprechen. Wie beispielsweise der Versuch, undisziplinierte Regierungsparteien zu kontrollieren. Hierbei wird versucht, durch überschüssige Parteien, ggf. abtrünnige Koalitionspartner auszugleichen. So wird wiederum Druck auf eventuelle Abweichler ausgeübt, indem ein Androhungs- bzw. Sanktionspotential, in Form anderer Spieler, vorhanden ist. Ein Akteur, der zu oft abweicht, wird möglicherweise seine Einflussmöglichkeiten verlieren. Demgegenüber wird in einem Nullsummenspiel derjenige zum Profiteur, der dessen Rolle substituieren kann. Die rationalen Spieler werden jedoch versuchen, ihren Gewinn, d.h. ihre Macht, so groß wie möglich zu halten. So entsteht ein regulierendes Gleichgewicht, das auch Stabilität sichert, falls eine Regierungspartei aus dem Bündnis austritt. Es wird sehr deutlich, dass die Notwendigkeit, größere Koalitionen als nötig zu bilden, v.a. dann auftritt, wenn Inkongruenzen innerhalb des politischen Systems oder zwischen politischem und gesellschaftlichem System bestehen. Schon die passende

---

<sup>336</sup> Vgl. Jungar, Ann-Catherine: Surplus majority government: a comparative study of Italy and Finland, Uppsala, 2000, S.45ff.

Verwendung des Wortes „Notwendigkeit“ weist auf Situationen hin, die von einem gewissen Zwang bzw. Druck gekennzeichnet sind.

Den Bedingungen, die eine Koalition mit Übergröße notwendig machen, stehen, falls die Rahmenbedingungen es zulassen, **Möglichkeiten** gegenüber weshalb diese zustande kommen können. Das heißt beispielsweise die Antwort auf die Frage, warum es attraktiver sein kann in der Regierung zu sein, als in der Opposition.

In diesem Zusammenhang bietet die Themennähe zwischen den (Regierungs)Parteien eine Hypothese. Hier wird eine rein rationale Kosten-Nutzen Berechnung der Akteure vorausgesetzt. Zum einen wird die Politikfeldspanne der Einstellungen der Akteure damit nicht erheblich vergrößert. Zum anderen bleiben die Kosten, beispielsweise in Form möglicher Gesichtsverluste bei der Parteibasis, gering. Eine Formateurpartei<sup>337</sup> wird hierbei nur versuchen, weitere Koalitionspartner hinzuzuziehen, wenn ihre Position etwa in einem spezifischen Politikfeld, dadurch gestärkt wird und keinen Schaden nimmt: die Kosten den Nutzen demnach nicht überwiegen. Somit können auch policy-benefits entstehen. D.h. die Möglichkeit in bestimmten Politikfeldern größeren Einfluss mit gewichtigerer Legitimation zu nehmen steigt an. In diesem Zusammenhang stünde die Zielerreichung von Parteien, also der Bereich des policy-seeking, im Vordergrund.<sup>338</sup>

In eine ähnliche Richtung führt die Hypothese: Parteien verlieren keine Stimmenanteile, wenn sie in der Regierung sind. Sie vergrößern somit nicht die Anteile der Opposition. Die Kosten hinsichtlich der Wählerstimmenverluste sind gering bzw. nicht vorteilhaft für die Opposition. Dabei wird allerdings der Bereich des rationalen vote-seeking und der Vorausschau auf zukünftige Ereignisse stärker betont. Vorteilhaft kann auch sein, dass bei Fehlschlägen der schwarze Peter anderen Spielern zugeschoben werden kann. D.h. eine negative Sanktion durch den Wähler fällt eventuell auch nicht direkt auf den Formateur zurück. Die momentane Position der Regierungspartei wird dadurch also auch auf längere Sicht nicht gefährdet.

Eine weitere Annahme, die für die Bildung einer Koalition mit Übergröße spricht, ist die ungestörte Arbeitsfähigkeit der Regierung. Das heißt, dass die agendasetzende Partei (Formateur) in einer solchen Lage die Postenverteilung kontrollieren kann. Die überschüssigen Parteien beeinflussen in diesem Fall nicht die Postenverteilung der Regierung. Hier könnte entweder die Anzahl der Posten vergrößert werden oder informelle Regeln deren Verteilung bestimmen. Die relativen Kosten für die Aufnahme weiterer Parteien wären somit sehr gering. Ein weiterer Kosten-Nutzen Aspekt, der dafür sprechen kann, übergroße

---

<sup>337</sup> Der Begriff Formateurpartei bezieht sich hier auf einen Gruppenakteur.

<sup>338</sup> Vgl. Jungar, Ann-Catherine: Surplus majority government: a comparative study of Italy and Finland, Uppsala, 2000. S.56ff.



Koalitionen zu bilden, ist der den die Einflusskosten der Opposition zu erhöhen. Die Einberufung eines ad hoc Untersuchungsausschusses etwa kann dadurch entgegengewirkt werden, dass versucht wird, die Opposition so klein wie möglich zu halten. Auch die Agendasettingmöglichkeiten einer kleinen Opposition sind geringer, als die einer starken Gegenkraft in den Parlamenten.<sup>339</sup>

Jungars nachvollziehbare und gewinnbringende Hypothesen zur Koalitionsbildung in Übergröße zeigen, dass diese keineswegs immer den Annahmen des spieltheoretisch-rationalen Zweigs der Entscheidungsforschung entgegen stehen müssen. Im Gegenteil: Es finden sich auch Argumentationen für übergroße Koalitionen im Bereich des rationalen vote-seeking.

Obwohl die oben genannten Thesen ein sehr breites Themenspektrum abdecken, konnten durch die Auswertung der empirischen Daten und der Anwendung verschiedener Theorien im Forschungsprozess dieser Arbeit ergänzende Perspektiven entwickelt werden, die den Ertrag, gerade in der Anwendung der Modelle im Bereich des Europäischen Parlaments, noch vergrößern. Zwei weitere Hypothesen, die das Zustandekommen von Bündnissen mit Übergröße erklären können, werden deshalb folgend erläutert und zu Jungars Modell hinzugefügt. Sie sind dabei weder der Möglichkeit noch der Notwendigkeit solcher Entscheidungsstrukturen eindeutig unterzuordnen, sondern stehen zwischen diesen beiden Extremen. Einbindung systemkritischer oder radikaler Parteien in die Legislativverantwortung kann eine Maßnahme sein. Hier werden Parteien am „äußeren Rand“ mit in die Regierungsverantwortung eingebunden. Dies kann möglicherweise durch Zugeständnisse in bestimmten Politikfeldern oder bei der Verteilung von Posten oder Rollen geschehen. Die Einbindung kritischer Kräfte bei wichtigen Entscheidungen kann die Offenheit und Kompromissbereitschaft des Systems für seine Bürger demonstrieren. Die Entscheidungen müssen auf diese Weise von allen Koalitionspartnern gemeinsam getragen werden. Dies wirkt insgesamt regulierend und balancierend.

Auch die Demonstration der Stärke oder des Zusammenhalts einer Institution oder eines Parlaments kann dazu führen, dass sich übergroße Koalitionen bilden. Das Bündnis zeigt sich auf diese Weise besonders geschlossen hinsichtlich bestimmter Politikbereiche oder eventuell unbeliebter Entschlüsse. Dies demonstriert Willen und Stärke gegenüber anderen Institutionen, Akteuren, Wählern oder der Gesellschaft. Dabei muss es sich nicht um eine Situation handeln, in der eine potenzielle Bedrohung für das System herrscht. Die Institution

---

<sup>339</sup> Vgl. zu weiteren Ausführungen im Bereich der Modellbildung von Überschusskoalitionen und zu deren Ergebnissen in der Empirie: Jungar, Ann-Catherine: Surplus majority government: a comparative study of Italy and Finland, Uppsala, 2000, S.56ff.

zeigt sich nicht zwangsweise in ihrer Rolle als Vorbild, sondern behauptet und repräsentiert sich als Organ. Hierin könnte auch ein Erklärungsmuster für Allparteienkoalitionen liegen.

Zudem sollte ein weiterer Blickwinkel nicht vernachlässigt werden: Jungars Hypothesen, wie der Verlust von Stimmanteilen oder auch die Kontrolle kleiner Parteien, beziehen sich hauptsächlich auf die Perspektive der relational größeren Partner, deren Rationalität und Vorteile. Doch auch die bezüglich ihrer Ressourcen kleineren Mitspieler profitieren durch eine Beteiligung an der Koalition. So steigt die Chance auf Einflussnahme stark an. D.h. die jeweiligen Akteure können in den „Genuss“ der Postenverteilung, beispielsweise in Form von Ministerposten bzw. Berichterstattem o.ä., kommen. Dies stellt eine office-seeking motivierte Variante dar. Selbst wenn kleine Spieler nicht bei der Verteilung von Positionen berücksichtigt werden sollten, so besteht mit Sicherheit die Möglichkeit, das Agendasetting zu beeinflussen. Dies fällt in die Zielerrechnung policy-orientierter Bündnispartner. Auch in diesem Bereich steigen damit die Aussichten auf positive Sanktionsmechanismen, wie etwa die Bestätigung der Parteibasis oder das Erreichen neuer Wählerpotentiale. Im Vergleich dazu, als oppositionelle Kraft zu arbeiten, steigt das Gewicht kleiner Parteien bei einer Koalitionsteilnahme also beträchtlich an. Möglicherweise sogar überproportional.<sup>340</sup> In der Koalition zu sein, kann deshalb Einflusssteigerung, im Gebiet der Machterweiterung aber gerade auch die Durchsetzung politischer Ziele, bedeuten. Von diesen Vorteilen zu profitieren, kann damit eine zentripetale Wirkung des Parteien- bzw. Fraktionensystems entfalten. Je höher die Kosten sind, als oppositionelle Kraft zu arbeiten, desto eher werden rationale Akteure versuchen, in einer Mehrheitskoalition mitzuwirken.

Durch die oben gezeigte grundlegende Einführung im Bereich der Entstehung und der Handlungsoptionen von Akteuren in Entscheidungssituationen existiert nun genügend Hilfs- und Interpretationswissen um die Koalitionsbildung der Fraktionen des Europäischen Parlaments detailliert beleuchten zu können. Zunächst sollen jedoch die zwei institutionellen Faktoren der Anzahl der Parteien, und damit der Typologisierung des Parteiensystems, und die theoretische Machtverteilung zwischen den Akteuren als bedeutende Rahmenbedingungen der Koalitionsanalyse verdeutlicht werden.

---

<sup>340</sup> Siehe Kapitel VI, 2. Machtverhältnisse – Voting Power im Europäischen Parlament.

## **Kapitel VII: Interfraktionelle Dimension – Spezifika des Fraktionensystems und Muster der Koalitionsbildung**

### **1. Die Effective Number of Parties: Plurales Mehrfraktionensystem**

Um nach dem vorigen empirischen Analyseschritt der Untersuchung der internen Struktur der politischen Gruppierungen einerseits die äußere Ausformung des Akteurssystems zu charakterisieren und andererseits zu untersuchen, ob im Fraktionen- oder Parteiensystem des EP eine große, dominante Fraktion vorhanden ist, die bei der Koalitions- und Entscheidungsfindung eine monopolartige Stellung einnehmen könnte, kann die Berechnung der Effective Number of Parties weitere Erkenntnisse bringen.<sup>341</sup>

Die *Effective Number of Parties* (ENOP) klassifiziert Parteiensysteme, in dem sie sowohl die Anzahl der Parteien, als auch ihre relative Größe gewichtet. Hierzu werden vier Kategorien gebildet. Wie Tabelle VII.1. zeigt, werden Zweiparteiensysteme natürlich von zwei großen Parteien dominiert. Wenn zusätzlich zu den zwei großen Parteien eine kleinere Partei vorhanden ist, die Koalitionspotenzial hat, so wird dies als Zweieinhalbparteiensystem bezeichnet.

Parteiensystem	Hypothetische Beispiele von Sitzverteilungen	Effective Number of Parties
Zweiparteiensystem	55 - 45	2,0
Zweieinhalbparteiensystem	45 - 40 - 15	2,6
Multiparteiensystem mit dominanter Partei	45 - 20 - 15 - 10 - 10	3,5
Multiparteiensystem ohne dominante Partei	25 - 25 - 25 - 15 - 10	4,5

**Tabelle VII. 1.: Klassifikationen von Parteiensystemen basierend auf der Anzahl der Parteien und ihrer relativen Größe**

**Quelle:** Nach Lijphart, Arend: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven and London, 1999, S.67.

<sup>341</sup> Durch eine Berechnung der Anzahl der Parteien können im Gegenzug auch Rückschlüsse über das Wahlsystem bzw. die Ausprägung der Demokratieform getroffen werden. Je stärker die Zahl gegen zwei strebt, desto wahrscheinlicher ist eine durch das Mehrheitswahlrecht geprägte Demokratie. Je größer die Zahl, desto wahrscheinlicher handelt es sich bei dem System um eine konsensual-demokratisches System.

Systeme, bei der die Anzahl der vertretenen Parteien zweieinhalb übersteigt, werden wiederum unterteilt in Multiparteiensysteme mit oder ohne dominante Partei.

Die Berechnung der ENOP erfolgt durch die Formel:

$$ENOP = \frac{1}{\sum s_i^2}$$

Wobei  $s_i$  für die proportionale Sitzverteilung der einzelnen Parteien steht. Wenn die Sitze unter den Parteien nicht proportional gleich verteilt sind, so ist ENOP hierbei kleiner als die tatsächliche Anzahl der Parteien im Parlament.<sup>342</sup>

Bei einer Sitzverteilung der 5. Legislaturperiode, von 37,2% für die EVP-ED, 28,0% für die SPE, 8,5% für die ELDR, 8% für die KVEL-NGL, 7,2% für die GRÜNEN-EFA, 3,5% für die UEN und 2,5% für die EDU, erreicht das Fraktionen- bzw. Parteiensystem im EP eine ENOP von 4,23.<sup>343</sup>

Die Prozentwerte der Fraktionen der 6. Legislaturperiode setzen sich wie folgt zusammen: 36,6% für die EVP-ED, 27,3% für die SPE, 12,2% für die ALDE, 5,7% für die GRÜNEN-EFA, 5,6% für die KVEL-NGL, 5,1% für die IND-DEM und 3,7% für die UEN. Dies ergibt nach Berechnung mit Hilfe obiger Formel eine ENOP von 4,29. Das bedeutet, dass sich dieser Indexwert im Vergleich zur vorigen Legislaturperiode nur sehr geringfügig verändert hat. Aussagen und Analysen, die hinsichtlich einer Interpretation in diesem Zusammenhang gemacht werden, sind damit für beide Amtsperioden gültig.

Die recht hohe ENOP, die vergleichbar ist mit Mittelwerten der Niederlande (4,98) oder auch Tschechiens (4,86), lässt sich teilweise auf das Mehrheitswahlsystem bei den Europawahlen zurückführen.<sup>344</sup> Auch der pluralistische Charakter des Systems der Europäischen Union spiegelt sich, wie oben erwähnt, im Parteiensystem wider. Eine ENOP von 4,23 ist weiter noch ein Indikator für ein Multiparteiensystem ohne dominante Partei. Im Hinblick auf Koalitionsfähigkeit und Flexibilität der Fraktionen als Akteure bedeutet dies, dass entweder die beiden großen Fraktionen der EVP-ED und SPE koalieren müssten, um mehrheitsfähig sein zu können, oder die jeweilige große Fraktion Koalitionspartner benötigt. Um eine Mehrheit zu erreichen, benötigte die EVP-ED mindestens zwei, die SPE mindestens drei

---

<sup>342</sup> Zur Berechnung von ENOP und weiterführenden Anmerkungen siehe auch: Lijphart, Arend: Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries, New Haven and London, 1999, S.65ff.

<sup>343</sup> Hierbei ist sind die Abgeordneten ohne Fraktion nicht in die Berechnung mit einbezogen. Mit den Fraktionslosen MEPs der TUA wäre die ENOP 4,18.

<sup>344</sup> Die angegebenen ENOPs sind Beispiele aus eigener Berechnung. Weitere errechnete Werte von pluralen Parteiensystemen der Europäischen Union, Stand März 2006 sind etwa: Polen: 5,95, Belgien: 8,93, Dänemark: 5,2, Slowakei: 9,19, Slowenien: 6,04, Estland: 5,51, Litauen: 5,82.

weitere Fraktionen als Partner. Dies ist eine erkenntnisreiche Voraussetzung für die Analyse des Entscheidungsverhaltens der Fraktionen und zugleich eine institutionelle unabhängige Variable für ihre Koalitionsbildung.

## 2. Machtverhältnisse – Voting Power im Europäischen Parlament

Die tägliche parlamentarische Entscheidungsfindung wird von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Eine offensichtliche und institutionelle Variable, die auf diesen Prozess einwirkt, ist die Sitzverteilung der verschiedenen Parteien oder Fraktionen. Dabei ist zu bedenken, dass die jeweilige Anzahl der Sitze nicht zwangsweise mit der Machtposition einer Partei bei der Entscheidungsfindung zusammenhängt. Eine hypothetische Situation kann dies verdeutlichen. Eine denkbare Sitzverteilung in einem gemäßigten Mehrparteiensystem mit (A) 50 : (B) 49 : (C) 1 Sitzen lässt zunächst den Schluss zu, dass die beiden Parteien mit der höchsten Stimmzahl auch die größte Entscheidungskraft innerhalb des fiktiven Legislativkörpers auf sich vereinigen können. Auf den zweiten Blick ist dies jedoch weit gefehlt. In Entscheidungssituationen mit qualifizierter Mehrheit von 51% wird schnell deutlich, dass die Abstimmungsmacht von Partei B und C sich absolut gleichen. Bei dieser Art von Mehrheitsentscheidungen ist es weder für B noch für C möglich, gemeinsam eine Entscheidung herbeizuführen. Partei A hingegen benötigt nur einen Partner. Dabei ist egal, mit welchem sie sich zusammenschließt. In dieser fiktiven Situation können sowohl A und B (99), als auch A und C (51) die nötige Mehrheit bilden. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Anzahl der Stimmen in bestimmten Situationen nicht mit den tatsächlichen Möglichkeiten einer Partei übereinstimmt, Entscheidungen zu beeinflussen. Im Zuge der Weiterentwicklung der mathematischen Spieltheorie wurden Maßzahlen entwickelt, die die Macht eines Spielers in Abstimmungssituationen ausdrücken und vergleichbar machen. Die sogenannten voting-power Indizes. Diese wurden in Zusammenhang mit dem Vertrag von Nizza, genauer der Stimmverteilung im Ministerrat, viel diskutiert. Die Debatte darüber ist während des Konvents zur Ausarbeitung eines Vertrages über die Verfassung der Europäischen Union erneut aufgeflammt. Auch einige aktuelle Forschungsarbeiten über Entscheidungsstrukturen im Europäischen Parlament betrachten die Machtverteilung der einzelnen Fraktionen genauer.<sup>345</sup> Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema, aus dem aktuellen

---

<sup>345</sup> Siehe hierzu u.a.: Leech, Dennis: Designing the Voting System for the EU Council of Ministers, in: Public Choice, vol. 113, 2002, S.437 – 464. und Kirsch, Werner/Machover, Moshé et. al.: Voting in the EU Council – A Scientific Approach, 2004, [www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/publikationen/voting.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/publikationen/voting.pdf), oder auch Kirsch,

Anlass der Verfassungsgebung und deren Konferenz, fand jedoch nicht in einem solchen Maße statt wie dies beim Ministerrat der Fall war.<sup>346</sup> In Zusammenhang mit dem EP existiert hier eher eine ex post Beschäftigung mit dem Thema.<sup>347</sup>

Voting-power Indizes gehen zunächst von einer theoretischen, einer modellhaften Situation aus. Der Blick in die Strukturen der Akteure oder auch ihre Positionierung zu bestimmten Politikfeldern wurde also bisher ausgeblendet. Erst in neuen Arbeiten wird versucht, das Modell und seinen Versuchsaufbau den empirischen Gegebenheiten, beispielsweise des Europäischen Parlaments, weiter anzunähern. Faas, Raunio und Wiberg betrachten in diesem Zusammenhang die Machtverteilung zwischen den verschiedenen Fraktionen des Parlaments nicht mehr nur nach theoretischer Sitzverteilung der Wahlergebnisse, sondern auch schon hinsichtlich der tatsächlichen durchschnittlichen Anwesenheit der MEPs. Da im Europäischen Parlament jedoch „nur“ etwa ein Sechstel der Koalitionen Allparteienkoalitionen, also ein Zusammenschluss aller Fraktionen bei den Abstimmungen, sind, ist es an dieser Stelle notwendig, weitere häufig vorkommende Koalitionsvarianten zu betrachten und die bisherige Forschung auf diese Weise zu ergänzen. Erst dadurch wird deutlich, welche Fraktion in welcher Koalitionskonstellation wie viel Entscheidungsmacht ausüben kann. *„Although the power indices do not model the players' actual behaviour, they do measure each player's potential ability to change the result of the vote.“*<sup>348</sup> Der Tatsache idealer und tatsächlicher Anwesenheit soll natürlich auch in dieser Arbeit Rechnung getragen werden. Es wird so möglich zu beobachten, ob idealtypische theoretische Entscheidungssituationen auch in die Praxis umgesetzt werden.<sup>349</sup> Um die Koalitionsbildung des EP besser zu verstehen, kann es deshalb fruchtbar sein, die Machtverteilung unter den einzelnen Fraktionen in bestimmten Konstellationen zu betrachten. Die Indizes, die für hier angestellte Beobachtungen benutzt werden sollen, sind der Shapley-Shubik Index<sup>350</sup> und der Banzhaf Index<sup>351</sup>. Eine Menge

---

Werner: The new qualified majority in the Council of the EU - Some comments on the decisions of the Brussels summit, 2004, [www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/politik/eu/Brussels.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/politik/eu/Brussels.pdf)

<sup>346</sup> Die Sitzverteilung des Parlaments scheint sich bei Vertragsänderungen, anders als die Stimmverteilung im Rat, weniger aus Machtverteilungsgründen, sondern eher aus Gründen der demokratischen Bevölkerungsrepräsentation und Kompromissen, hinsichtlich der Größe und Handlungsfähigkeit der Kammer, zu ergeben. Weiter noch könnte dies als Indikator für eine etwaige Geringschätzung des Parlaments bei wegweisenden Entscheidungen interpretiert werden.

<sup>347</sup> Siehe dazu: Raunio, Tapio: The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament, Aldershot, 1997, S.68ff. und Faas, Thorsten/Raunio, Tapio/Wiberg, Matti: The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion, Center for European Integration Studies, Discussion Paper C130, Bonn, 2004.

<sup>348</sup> Raunio, Tapio: The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament, Aldershot, 1997, S.68.

<sup>349</sup> Nicht nur zwischen den Fraktionen, sondern auch innerhalb der Ausschüsse oder auch Fraktionen könnte die Berechnung von Machtindizes dazu beitragen, sowohl Fraktions- als auch Koalitionsverhalten besser zu erklären.

<sup>350</sup> Shapley, Lloyd/Shubik, Martin: A Method of Evaluating the Distribution of Power in a Committee System, in: Political Science Review 48, 1954, S.787 – 792.

weiterer Power-Indizes, wie der Steunenberg- oder der Colman-Index stehen mittlerweile zur Verfügung.<sup>352</sup> Die beiden oben genannten haben sich allerdings in der politikwissenschaftlichen Forschung bewährt und durchgesetzt. Ein überzeugender Vorteil der Indizes ist ihre eindeutige und gut verständliche Interpretation. In dieser Arbeit sollen normalisierte bzw. standardisierte Indizes benutzt werden, um Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Durch ihre Standardisierung bilden sie einen Bereich 0 bis 1 ab.

Der Shapley-Shubik Index untersucht, in wie vielen Fällen möglicher Akteurskonstellationen ein Spieler ein Pivotakteur ist, also aus einer Minderheits- eine Mehrheitskoalition entstehen lassen kann. Er fragt demnach, welche Partei zu einer noch nicht siegenden Koalition hinzutreten muss, damit ein Abstimmungssieg, also eine minimal winning coalition, sichergestellt werden kann. Die zuletzt hinzutretende Partei ist damit entscheidend. In diesem Punkt ist der Shapley-Shubik Wert oft kritisiert worden. Er ist abhängig von der Reihenfolge der Akteure.<sup>353</sup> Im Unterschied zum Banzhaf Index lässt sich der Shapley-Shubik Index allerdings als Wahrscheinlichkeit interpretieren. Der Formalismus ergibt sich also wie folgt:

$$\Phi(v) = \sum_{K \ni i; K \subset N} \frac{(k-n)!(n-k)!}{n!} [v(K) - v(K - \{i\})]$$

Klein  $k$  drückt bei der Berechnung des Wertes die Anzahl der Spieler in der Koalition  $K$  aus. Klein  $n$  ist die Gesamtzahl der Spieler. Der Wert  $v(K)$  ist der Wert eines Spieles in Abhängigkeit einer bestimmten Koalition  $K$ . Hier wird eine 0;1 Normalisierung zugrunde gelegt. Der Wert ist also 1, wenn eine Gewinnkoalition zugrunde liegt und 0, falls dies nicht der Fall ist. Der Term  $[v(K) - v(K - \{i\})]$  nimmt also den Wert 1 an, wenn  $i$  pivotaler, d.h. entscheidender, Spieler wird. Für alle anderen Koalitionen ist der Term gleich 0. Diese werden nicht berücksichtigt.<sup>354</sup> Ein Spieler, der somit den Wert 0 erreicht, wird als Dummy-Akteur bezeichnet. Er besitzt keine Entscheidungsmacht.

Auch der (standardisierte) Banzhaf Index bestimmt die relative Macht eines Akteurs in einer Abstimmung. Alle Koalitionen, in denen der Akteur durch einen Koalitionswechsel (Swing) das Abstimmungsergebnis ändert, werden in das Verhältnis gesetzt zu allen Konstellationen, in denen eine konkurrierender Akteur selbiges erreichen kann. Dieser Index stellt also die Frage, wann eine ansonsten gewinnende Koalition durch den Auszug bzw. Defekt eines

<sup>351</sup> Banzhaf, John F.: Weighted Voting Doesn't Work: A Mathematical Analysis, Rutgers Law Review, Vol. 19, 1965, S.317-343.

<sup>352</sup> Vgl. etwa: Steunenberg, Bernard/Schmidtchen, Dieter/Koboldt, Christian: Strategic Power in the European Union – Evaluating the distribution of power in policy games, in: Journal of Theoretical Politics, 11(3), London und Neu Delhi, 1999, S.339-366.

<sup>353</sup> Dies resultiert aus der Berechnung des Index auf Grundlage der Fakultät (!). (Bsp:  $5! = 1 * 2 * 3 * 4 * 5$ )

<sup>354</sup> Vgl. auch zur weiteren Erläuterung: Holler, Manfred, J./Illing, Gernhard: Einführung in die Spieltheorie, 5. überarbeitete Aufl., Berlin, 2003, S.304ff.

Partners den Abstimmungssieg verliert. D.h. wer kann die Koalition sprengen? Die Reihenfolge der hinzutretenden Partner ist beim Banzhaf Index irrelevant.<sup>355</sup> Er berechnet die Anzahl der Koalitionen  $K$ , in denen Spieler  $i$  den Ausgang der Abstimmung verändert.<sup>356</sup>

$$\beta_i = \frac{\text{Zahl der Swings von } i \text{ für alle } K \in P(N)}{\sum_{i=1}^n \text{Zahl der Swings von } i \text{ für alle } K \in P(N)} = \frac{\beta_i}{\sum_{i=1}^n \beta_i}$$

Bei den hier benutzten Indizes ist wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass Macht, als relationales Gut, losgelöst von Politik Sachverhalten und -bereichen zu betrachten ist, ebenso wie etwa von personalen Eigenschaften oder Gegebenheiten. Entscheidend ist vielmehr die Abstimmungsstärke der jeweiligen Spieler. Alle möglichen Koalitionen werden als gleich wahrscheinlich angenommen.<sup>357</sup> Dies ist zu betonen, da der aktuelle Disput über die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der voting-power Indizes sich meines Erachtens nach in Begrifflichkeiten und Unklarheiten über deren Aussagen blockiert. Albert scheint hier nicht zu berücksichtigen, dass Modelle keine eins zu eins Abbildungen der Wirklichkeit sind, sondern dazu dienen, in Annäherung an die Empirie, Hypothesen zu erarbeiten und zu testen, welche wiederum theoriebildend sein können.<sup>358</sup> Dies leisten auch die voting-power Indizes. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Sie stellen im Rahmen dieser Arbeit auch deshalb ein geeignetes Analyseinstrument dar, da ihre Prämissen analog zu den Grundannahmen der spieltheoretischen Koalitionsbildungsansätze gebildet sind.<sup>359</sup> Auf diese Weise können stringente und aussagekräftige Hypothesen entwickelt werden.

Der Frage, was voting-power Messungen leisten können, kann damit entgegnet werden, dass durch sie zunächst die nicht immer offensichtlichen faktischen Machtverhältnisse zwischen den Großakteuren des EP verdeutlicht werden. In diesem Zusammenhang können sie etwa zeigen, ob die Fraktionen sich ihrer Abstimmungsmacht bewusst sind, und diese als Akteure auch gezielt nutzen oder auch ob sie sich als Dummy-Akteure den jeweiligen Koalitionen anschließen.

<sup>355</sup> Die Berechnung aufgrund der Fakultät entfällt. Hier werden alle möglichen Koalitionsvarianten in die Gleichung mit einbezogen ( $2^{n-1}$ )

<sup>356</sup> Vgl. ebd, S.317ff.

<sup>357</sup> Steunenberg, Schmidtchen und Kobold können hingegen Indizes zeigen, die über die Institutionen der EU hinweg, die Präferenzen der Spieler mit einbeziehen. Ob diese jedoch für die Entscheidungsfindung im EP angewendet werden können, wird zu prüfen sein. Siehe: Steunenberg, Bernard/Schmidtchen, Dieter/Koboldt, Christian: Strategic Power in the European Union – Evaluating the distribution of power in policy games, in: Journal of Theoretical Politics, 11(3), London und Neu Delhi, 1999, S.339-366.

<sup>358</sup> Siehe hierzu: Albert, Max: The Voting Power Approach: Measurement Without Theory, in: European Union Politics 4(3), Neu Delhi, 2003, S.351-366. Und als Antwort Felsenthal, Dan S./Leech, Dennis/List, Christian/Machover, Moshé: In Defence of Voting Power Analyses – Responses to Albert, in: European Union Politics 4(4), Neu Delhi, 2004, S.473-497.

<sup>359</sup> Beispiel hierbei wäre etwa die minimum-winning Koalition. Siehe Kapitel V, 5. Ansätze der Koalitionsbildungstheorie.



## 2.1. Ein Blick zwischen die transnationalen Fraktionen

Um nun empirisch die Machtverhältnisse zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments eingehend zu untersuchen, wurden aus den insgesamt 80 getesteten Koalitionsvarianten die jeweilig am häufigsten vorkommenden Kombinationen unter dem Gesichtspunkt der voting-power ausgewertet. Neben dem Vorteil des Abdeckens von etwa 70% der erhobenen Koalitionen, können diese, wie noch gezeigt wird, als exemplarisch für alle nicht in den Berechnungen explizit erfassten, denkbaren und gestesteten Koalitionsvarianten betrachtet werden. Wie bereits angesprochen, werden die standardisierten Werte der Banzhaf und Shapley-Shubik Indizes dazu benutzt, Aussagen über die jeweilig machtorientiert-theoretische Gewichtung der Fraktionen zu statuieren und diese zu interpretieren. Um die Übersichtlichkeit zu wahren, sind die voting-power Berechnungen zunächst in Kombinationen mit der EVP-ED bzw. SPE als dominanter Fraktion unterteilt. Darauf werden Variationen großer Koalitionen, also Zusammenschlüsse von EVP-ED und SPE, analysiert. Schließlich sind die Varianten jeweils der Größe nach aufgeführt.

Zur besseren Veranschaulichung sind links in den folgenden Tabellen jeweils die Prozentwerte der Sitzanteile angegeben, die die Fraktionen inne haben.<sup>360</sup> Die Spalte „Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)“ verweist auf die faktischen Stimmanteile der Fraktionen. Die Form der absoluten Mehrheit ergibt sich dabei indirekt aus der Annahme der vollständigen Anwesenheit aller Abgeordneten. Die darauf folgende Spalte „Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit“, und deren Werte, beziehen sich auf die ermittelte durchschnittliche Anwesenheit von 547 Abgeordneten während des untersuchten Zeitraums der sechsten Legislaturperiode.<sup>361</sup> Dies entspricht 74,8% der 732 Abgeordneten.<sup>362</sup> Daraus wiederum resultiert eine einfache Mehrheit von 274 Mitgliedern. Die Spalte „Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit“ referiert auf spezielle Fälle, wie den des Mitentscheidungsverfahrens.<sup>363</sup> Sie zeigt, wie sich bei geringerer Anwesenheit und einer

---

<sup>360</sup> In diesem Rahmen werden die Sitzanteile der 6. Legislaturperiode als Bezugspunkt gesetzt. Auch die Berechnungen der Indexwerte beziehen sich auf diese. Das ist möglich, da sich auch die Anteile der Fraktionen nur geringfügig verändert haben. Die Berechnungen für die 5. Legislaturperiode sind vorhanden und auf Nachfrage beim Autor zu erhalten.

<sup>361</sup> Die Fraktionslosen Abgeordneten werden dabei nicht hinzugerechnet. Würden sie berücksichtigt, ergäbe sich eine durchschnittliche Anwesenheit von 570 (77,8%).

<sup>362</sup> Die durchschnittliche Anwesenheit für LP5 beläuft sich auf 450 Abgeordnete oder ca. 72%. Auch die Anwesenheit im sechsten Parlament ist damit im Schnitt höher.

<sup>363</sup> Wobei hier empirisch eine höhere Zahl von Abgeordneten anwesend ist, als bei „gewöhnlichen“ Abstimmungen.

absoluten Mehrheitshürde von 50% +1 Stimme, also mindestens 367 Stimmen, die Machtverhältnisse verschieben können.

## 2.2. EVP-Kombinationen

Die erste Kombination, auf die eingegangen werden soll, besteht aus der **EVP-ED**, als größter Fraktion, der **ALDE** und der **UEN**. Sie ist im untersuchten Zeitraum bei 202 Abstimmungen vorgekommen. Gleiche Maßzahlen ergeben sich auch, wenn die Fraktion der UEN durch die IND-DEM ausgetauscht wird. Sie wurde lediglich 28 mal gebildet.

	<i>Sitzanteil LP6</i>	<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
		<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP-ED	36,1%	0,33	0,33	0,33	0,33	Nicht möglich	
ALDE	12,3%	0,33	0,33	0,33	0,33		
UEN/ IND- DEM	4,5%/ 4,1%	0,33	0,33	0,33	0,33		

**Tabelle VII. 2.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, ALDE, UEN/IND-DEM**  
Quelle: Eigene Berechnung

Es wird deutlich, dass sich die Fraktionen insgesamt, sowohl beim standardisierten Banzhaf, also auch beim Shapley-Shubik Index, den Wert 1 teilen. Dies ist bei jeder der gezeigten voting-power Berechnungen der Fall. Die obige Kombination ist ein sehr geeignetes Beispiel dafür, dass die tatsächliche Sitzanzahl in manchen Fällen nur wenig über die relative Macht der Akteure verrät. Beide Maßzahlen geben mit einem Wert von 0,33 für jeden Teilnehmer an, dass das Machtverhältnis unter den drei Spielern gleich verteilt ist. Es wird aber im Vergleich der tatsächlichen Prozentanteile sehr deutlich, dass trotz gleicher Machtverteilung die ALDE nur etwa ein Drittel der Anteile der EVP, die UEN (resp. IND-DEM) nur ca. ein Neuntel der Sitzanteile inne hat. Sowohl ALDE, als auch UEN befinden sich damit in dieser Konstellation einer vergleichsweise sehr mächtigen Position. Sie haben damit große voting-power und können deshalb theoretisch großen Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen. Dies gilt sowohl für absolute, als auch für durchschnittliche Anwesenheiten. Das Erreichen einer absoluten Mehrheit ist bei durchschnittlicher Anwesenheit für diese Zusammenstellung nicht möglich. Gleiches gilt für die Kombination **EVP-ED, ALDE, IND-DEM und UEN**.

	<i>Sitzanteil LP6</i>	<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
		<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP-ED	36,1%	0,375	0,42	0,375	0,42	Nicht möglich	
ALDE	12,3%	0,375	0,42	0,375	0,42		
IND-DEM	4,5%	0,125	0,08	0,125	0,08		
UEN	4,1%	0,125	0,08	0,125	0,08		

**Tabelle VII. 3.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, ALDE, IND-DEM, UEN**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Wieder sind hier die voting-power Werte gleich, hinsichtlich durchschnittlicher und absoluter Anwesenheit. Die Kombination ist 265 mal vorhanden. Deutlich wird dabei allerdings die Verschiebung der voting-power der kleineren Fraktionen. Während die EVP-ED und ALDE zusätzlich an Macht gewinnen, halbiert sich der Index der UEN beim Hinzutreten eines vierten kleinen Spielers. Die ALDE profitiert hingegen von dieser Situation. Dies wirkt sich v.a. bei der Shapley-Shubik Maßzahl von 0,42 aus. D.h. beim Zustandekommen einer Koalition durch ihren Beitritt.

Die beiden am häufigsten vorkommenden Koalitionskombinationen mit der EVP-ED als dominanter Fraktion zeichnen sich demnach dadurch aus, dass dem größten Spieler, im Verhältnis zu seinem Stimmgewicht, angemessene Abstimmungsmacht zukommt. Die EVP-ED erzielt keinen zusätzlichen Gewinn durch diese Zusammenschlüsse. Dies gilt allerdings nicht für ihre Partner. Während die Fraktionen der UEN bzw. IND-DEM bei einer Variante mit zwei weiteren Partnern einen überproportionalen Vorteil genießen, so gewinnt die ALDE in einer Kombination mit zwei kleinen Spielern vergleichsweise stark an potentielltem Einfluss. Kleinere Fraktionen können damit bei EVP-ED Varianten ihren Einfluss steigern. Es ist anzunehmen, dass sie deshalb versuchen werden, mit der EVP-ED als größter Fraktion exklusiv zu koalieren.

### 2.3. SPE-Kombinationen

Eine ähnliche Ausprägung zeigt sich für Varianten mit der SPE als größter Fraktion und drei weiteren Partnern. Diese sind bei absoluter Anwesenheit mindestens nötig, um eine Mehrheit zu erreichen, während bei EVP-Kombinationen zwei oder mehr Spieler für eine Mehrheit notwendig sind.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
SPE	27,3%	0,25	0,25	0,25	0,25	Nicht möglich	
ALDE	12,3%	0,25	0,25	0,25	0,25		
GRÜNE-EFA	5,7%	0,25	0,25	0,25	0,25		
KVEL-NGL	5,6%	0,25	0,25	0,25	0,25		

**Tabelle VII. 4.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Die Variante **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL** existiert im untersuchten Zeitraum 298 mal. Wieder können hier kleinere Fraktionen theoretisch verhältnismäßig viel Macht ausüben. Jeder Spieler erhält, unabhängig von seiner Größe, die gleiche voting-power. Die kleinsten Fraktionen haben wieder den relativ betrachtet höchsten Ertrag. Der größte Partner hingegen kann eine voting-power verbuchen, die seinem Anteil angemessen ist. Beim Hinzutreten eines weiteren kleinen Spielers ist allerdings eine sehr aufschlussreiche Beobachtung augenfällig. Die folgende Tabelle zeigt Indizes für eine Koalition von **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und IND-DEM bzw. UEN**. Die Koalition mit der Fraktion der IND-DEM als fünften Spieler existiert 343 mal im Untersuchungszeitraum. Mit der UEN stattdessen 54 mal.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
SPE	27,3%	0,25	0,25	0,29	0,35	Nicht möglich	
ALDE	12,3%	0,25	0,25	0,29	0,35		
GRÜNE-EFA	5,7%	0,25	0,25	0,14	0,1		
KVEL-NGL	5,6%	0,25	0,25	0,14	0,1		
IND-DEM/ UEN	4,5%/ 4,1%	0	0	0,14	0,1		

**Tabelle VII. 5.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM/UEN**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Tritt zu oben genannter Kombination eine fünfte Fraktion hinzu, so ändert dies bei absoluter Anwesenheit nichts an der bisherigen Machtverteilung. Diese Aussage ist natürlich unter den

gegebenen Stimmverhältnissen der sechsten Legislaturperiode zu verstehen. Weshalb diese Variation dennoch unter den Prämissen der spieltheoretischen Annahmen zustande kommt, zeigt eine Berechnung bei durchschnittlicher Anwesenheit und einfacher Mehrheit. Während eine Abstimmung bei absoluter Mehrheit, wie zuvor auch, nicht vorkommen kann. Hier zeigt sich, dass die jeweilig kleinste Fraktion an voting-power hinzugewinnt, während die zwei größten Partner bei einfacher Mehrheit auch Nutznießer der geringeren Anwesenheit sind. Dieses Muster stellt eine Analogie zu den Viererkombinationen mit der EVP-ED als dominanter Partei dar.

Um in eine Situation zu gelangen, in der theoretisch überdurchschnittliche Macht ausgeübt werden kann, ist zu erwarten, dass GRÜNE-EFA und KVEL-NGL versuchen, ihre Mitglieder zu möglichst vollständiger Anwesenheit zu bewegen. Denn je stärker sich die Anzahl der Abgeordneten der absoluten Anwesenheit nähert, desto höher steigt die voting-power der zwei Fraktionen.

Tritt eine weitere Fraktion hinzu, so zeigt sich ein sehr ausgeglichenes Bild der voting-power.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
SPE	27,3%	0,25	0,3	0,31	0,38	Nicht möglich	
ALDE	12,3%	0,25	0,3	0,31	0,38		
GRÜNE-EFA	5,7%	0,17	0,1	0,13	0,08		
KVEL-NGL	5,6%	0,17	0,1	0,13	0,08		
IND-DEM	4,5%	0,08	0,1	0,06	0,03		
UEN	4,1%	0,08	0,1	0,06	0,03		

**Tabelle VII. 6.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM, UEN**  
Quelle: Eigene Berechnung

**SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM und UEN** bilden in 201 beobachteten Fällen eine Koalition. Die absolute Mehrheit ist hier bei durchschnittlicher Anwesenheit streng genommen nicht möglich. Insgesamt kann eine solche Fraktion die durchschnittliche Anzahl von 334 Abgeordneten erreichen. 367 wären allerdings für eine absolute Mehrheit nötig. Faktisch versuchen die Fraktionen allerdings bei Abstimmungen nach dem Mitentscheidungsverfahren möglichst vollständige Anwesenheit zu erreichen. Die Verteilung der voting-power gestaltet sich bei einer Koalition mit vielen Spielern relativ ausgeglichen. Dies zeigt sich v.a. beim Shapley-Shubik Index, also bei der Möglichkeit, eine Koalition entstehen zu lassen. Der Banzhaf Index spiegelt hier bei absoluter Anwesenheit gleichsam die

Sitzverteilung wider. Die ALDE ist indes einmal mehr größter Gewinner. Sie hat die höchste voting-power der Koalitionspartner, verglichen mit ihrer tatsächlichen Größe. In ähnlicher Weise wie zuvor zeigt sich eine Begünstigung der gewichtigeren Mitspieler bei durchschnittlicher Anwesenheit und einfacher Mehrheit.

Koalitionen mit der SPE als dominanter Fraktion weisen ähnliche Ausprägungen wie Koalitionsvarianten mit der EVP-ED als größtem Spieler auf. Bei einer Viererkombination aus SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVLEL-NGL wird jedoch nicht nur eine der kleinen Fraktionen zu einem gewichtigen Spieler, sondern beide. Auch hier ist der Versuch anzunehmen, eine exklusive Koalition mit der SPE einzugehen.

Die ALDE erweist sich bei Koalitionen mit jeweils einem dominanten Partner als mächtiger Spieler mit pivotaler Tendenz. Sie erfährt insgesamt eine starke Aufwertung durch derartige Konstellationen und erweist sich deshalb als Scharnierpartei bzw. hinge-party<sup>364</sup>, da sie scheinbar mit beiden großen Fraktionen unabhängig Koalitionen eingehen kann.<sup>365</sup> Ihr Verhandlungspotential potenziert sich deshalb, zusätzlich zur voting-power, noch stärker.

Aufgrund dieser Beobachtungen kann die Hypothese formuliert werden, dass Koalitionen mit einer dominanten Fraktion, aufgrund ihrer Machtverteilung zugunsten kleiner Parteien, eine zentripetale Wirkung auf kleine Fraktionen ausüben.

## 2.4. Große Koalitionen

Im Folgenden werden Koalitionskombinationen und deren Machtverhältnisse erläutert, die beide großen Fraktionen, d.h. sowohl die EVP-ED, als auch die SPE beinhalten. Angelehnt an die CDU-SPD Koalitionen der Bundesrepublik werden diese auch als Große Koalitionen bezeichnet. Es konnte bereits durch Argumentationen gezeigt werden, dass diese nicht zwangsweise dem Statut der rationalen spieltheoretischen Entscheidungssituationen widersprechen. Argumente, wie die der Erhöhung der Einflusskosten der Gegenspieler sprechen beispielsweise dafür. Durch die Berechnung der voting-power kann zudem nachgewiesen werden, dass sich durch das Hinzutreten spezifischer weiterer Spieler, bei bestimmten Mehrheitsverhältnissen, eine paradoxe Situation ergibt. Anstelle einer Erhöhung der Einflussmöglichkeiten der hinzukommenden Partner zeigt sich eine Vergrößerung der

---

<sup>364</sup> Die Scharnierpartei ist eine kleine Partei, die im Zentrum, meist zwischen zwei größeren Parteien agiert. Darauf wird in einem folgenden Kapitel noch genauer eingegangen. Siehe Kapitel VI, 3. Eine nötige Typologisierung kleiner Parteien bzw. Fraktionen.

<sup>365</sup> Siehe dazu Smith, Gordon: In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.23-40. Vgl. Auch Kapitel VI, 3. Eine nötige Typologisierung kleiner Parteien bzw. Fraktionen.

voting-power bei anderen Spielern. Dies äußert sich in der bereits erläuterten Tatsache des Vorkommens von Dummy-Spielern. Selbstverständlich existieren im Gegenzug auch Situationen, in denen sich die Einflussmöglichkeiten für hinzutretende Spieler vergrößern. Dies ist ein Argument für rationale Gründe einer übergroßen Koalition.<sup>366</sup>

Die reine große Koalition, die sich ausschließlich aus **EVP-ED** und **SPE** zusammensetzt, wurde von 5874 getesteten Abstimmungen lediglich 28 mal gebildet.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP-ED	36,1%	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
SPE	27,3%	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5

**Tabelle VII. 7.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE**

Quelle: Eigene Berechnung

Wie zu erwarten, ist hier die Machtverteilung beider Partner paritätisch. Beide Akteure sind pivotal. Dies gilt für alle Arten der Anwesenheit und Mehrheit. Sobald beide großen Fraktionen sich zusammenschließen, ist rechnerisch eine absolute Mehrheit schon bei durchschnittlicher Anwesenheit möglich. Diese beträgt 370 Stimmen bei 367 notwendigen Sitzen. Konsistent zu den zu Grunde liegenden theoretischen Annahmen der voting-power Berechnungen verändert sich nichts an diesem Verhältnis, wenn zu **EVP-ED** und **SPE** die Fraktion der **ALDE** hinzutritt.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP-ED	36,1%	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
SPE	27,3%	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
ALDE	12,3%	0	0	0	0	0	0

**Tabelle VII. 8.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE**

Quelle: Eigene Berechnung

Dies ist sogar bei durchschnittlicher Anwesenheit und absoluter Mehrheit der Fall. Trotzdem tritt diese Koalitionsvariante 149 mal auf. Gleiche Ergebnisse entstehen dementsprechend, beim Austausch der ALDE durch jegliche kleinere Fraktion, wie den GRÜNEN-EFA, der

<sup>366</sup> Siehe dazu auch Kapitel V, 6. Surplus majority coalitions – Ein Erklärungsmodell für Koalitionen mit Übergröße.

KVEL-NGL, den IND-DEM oder der UEN (15, 17, 11, 95 mal beobachtet). Es stellt sich damit die Frage, ob sich die ALDE als Spieler dessen nicht bewusst ist oder ob ein Erklärungsmuster, welches auf rein spieltheoretischen Prämissen basiert, diesen Fall nur unzureichend erklärt.

Die Dummyrolle der ALDE verändert sich allerdings, sobald ein weiterer Partner der Koalition beitrifft.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley-Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley-Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley-Shubik</i>
EVP-ED	36,1%	0,5	0,58	0,5	0,58	0,38	0,41
SPE	27,3%	0,3	0,25	0,3	0,25	0,38	0,41
ALDE	12,3%	0,1	0,08	0,1	0,08	0,13	0,08
GRÜNE-EFA	5,7%	0,1	0,08	0,1	0,08	0,13	0,08

**Tabelle VII. 9.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Das bedeutet, dass sie in diesem Fall durch die GRÜNEN-EFA aufgewertet wird. Die auch dadurch an Macht gewinnt. Hier hauptsächlich bei durchschnittlicher Anwesenheit und absoluter Mehrheit des Banzhaf Index. Die Macht vergrößert sich damit bei der Androhung die Koalition aufzulösen. Auch die Machtverteilung zwischen den großen Fraktionen verändert sich. Die EVP-ED behält bei den 155 beobachteten Koalitionen den Banzhaf Wert von 0,5. Beim Kreieren von Koalitionen allerdings (Shapley Shubik Index) steigert das Hinzutreten der GRÜNEN-EFA die voting-power der EVP-ED. Im Gegenzug sinkt der Wert der SPE ab.

Etwas komplexer zeigen sich hingegen die Machtverhältnisse, wenn statt den GRÜNEN-EFA die KVEL-NGL oder die IND-DEM oder auch die UEN gemeinsam mit den zuvor genannten Partnern Bündnisse bilden.



Die Fraktionen des Europäischen Parlaments		Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)		Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit		Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit	
	Sitzanteil LP6	Banzhaf Stand.	Shapley- Shubik	Banzhaf Stand.	Shapley- Shubik	Banzhaf Stand.	Shapley- Shubik
EVP	36,1%	0,5	0,58	0,33	0,33	0,38	0,41
SPE	27,3%	0,3	0,25	0,33	0,33	0,38	0,41
ALDE	12,3%	0,1	0,08	0,33	0,33	0,13	0,08
KVEL-NGL/ IND-DEM/ UEN	5,6% 4,5% 4,1%	0,1	0,08	0	0	0,13	0,08

**Tabelle VII. 10.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, KVEL-NGL/IND-DEM/UEN**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Die UEN ist in dieser Variante 295 Koalitionspartner, die IND-DEM 62 mal. Die KVEL-NGL bildet 34 eine Koalition mit EVP-ED, SPE und ALDE. Die Indexwerte verändern sich zwar nicht für absolute und durchschnittliche Anwesenheit mit jeweils absoluter Mehrheit. Dahingegen ist ein beachtenswerter Umschlag der Machtverhältnisse in der mittleren Spalte, bei durchschnittlicher Anwesenheit und einfacher Mehrheit, zu sehen. In dieser, in der Empirie häufig vorkommenden Variation, zeigt sich ein Bild, dessen Werte der Kombination EVP, ALDE und UEN gleicht. Bei Abstimmungen, in denen eine absolute Mehrheit nicht erforderlich ist, kann die Fraktion der ALDE ihre voting-power steigern. Dies geschieht maßgeblich durch den Beitritt und auf die Kosten der kleinen Fraktionen. Je geringer also grundsätzlich die Anwesenheit, desto stärker vergrößert sich das Machtpotential der ALDE in dieser Konstellation.

Sehr ähnliche Machtverteilungen resultieren aus Fünferkombinationen. Zunächst zeigt der Zusammenschluss von **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL** eine der Sitzverteilung angemessene voting-power. Dieser wurde 229 beobachtet.

		Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)		Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit		Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit	
	Sitzanteil LP6	Banzhaf Stand.	Shapley- Shubik	Banzhaf Stand.	Shapley- Shubik	Banzhaf Stand.	Shapley- Shubik
EVP-ED	36,1%	0,42	0,42	0,42	0,42	0,5	0,5
SPE	27,3%	0,25	0,25	0,25	0,25	0,5	0,5
ALDE	12,3%	0,17	0,17	0,17	0,17	0	0
GRÜNE-EFA	5,7%	0,08	0,08	0,08	0,08	0	0
KVEL-NGL	5,6%	0,08	0,08	0,08	0,08	0	0

**Tabelle VII. 11.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Dennoch findet eine starke Verschiebung bei durchschnittlicher Anwesenheit und absoluter Mehrheit statt. Sie gleicht einer der großen Koalition in Zweier- bzw. Dreierkombinationen.

Nutznieser davon ist die SPE. Sie wird hier überdurchschnittlich aufgewertet. Exakt die selben Werte für diese Art von Anwesenheit und Mehrheit zeigt die Variation **EVP-ED, SPE, IND-DEM und UEN**.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP-ED	36,1%	0,5	0,62	0,6	0,66	0,5	0,5
SPE	27,3%	0,23	0,2	0,2	0,17	0,5	0,5
ALDE	12,3%	0,14	0,11	0,2	0,17	0	0
IND-DEM	4,5%	0,05	0,03	0	0	0	0
UEN	4,1%	0,05	0,03	0	0	0	0

**Tabelle VII. 12.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, IND-DEM, UEN**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Im Gegensatz zur zuvor gezeigten Machtverteilung, kann hier allerdings die EVP-ED eine Position als mit Abstand stärkster Spieler einnehmen. Der Höchstwert von 0,66 des Shapley-Shubik Indexes, bei durchschnittlicher Anwesenheit und einfacher Mehrheit, belegt damit ein sehr hohes Potenzial für die EVP-ED, v.a. beim Entstehenlassen von Koalitionen. Wie auch schon zuvor gezeigt, verlieren IND-DEM und UEN ihren bereits schwachen Status. Sie werden hier, wie in den Viererkombinationen, zu vollkommenen Dummy-Spielern. Vom Standpunkt der EVP-ED aus betrachtet, ist es damit sinnvoll, eine Koalition mit IND-DEM und UEN zu bilden, anstatt mit GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL. Die rechnerischen ohnehin sehr großen Einflussmöglichkeiten steigen in diesem Fall bei gleichzeitigen Verlusten der SPE. Und dieses Erklärungsmuster greift in der Tat. Diese Kombination tritt 327 mal auf. Im dokumentierten Zeitraum damit ca. ein Drittel häufiger als mit GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL.

Diese Tatsache lässt auf einen Parteienwettbewerb schließen, in dem die SPE versuchen könnte, in großen Fünferkombinationen die GRÜNEN-EFA und die KVEL-NGL mit an Bord zu holen, um das Druckpotential der EVP-ED geringer zu halten. Umgekehrt könnte diese versuchen, die IND-DEM und UEN in eine Koalition einzubinden, damit ihre Macht ansteigt. Hierin kann auch, dies ist hervorzuheben, eine weitere Erklärung für die im ausschließlich politikorientierten Ansatz statuierte Beobachtung des rechts-links Wettbewerbs liegen. Daraus wiederum wird oftmals versucht, die Koalitionsbildung nach diesem Schema zu erklären.<sup>367</sup>

<sup>367</sup> Siehe v.a. Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.199. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

Im Gegensatz zu diesem Erklärungsmuster könnten nun aus spieltheoretischer Perspektive die Versuche, die scheinbar rechts bzw. links liegenden Partner einzubinden, an den Bestrebungen der EVP-ED und SPE liegen. Zum einen zur Machterweiterung oder –festigung und zum anderen zu einer Machtbegrenzung des Gegenspielers.

Für einen Wettbewerb der Fraktionen spricht zwar, dass auch eine Koalition aus **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und UEN** 209 mal innerhalb des Untersuchungszeitraums vorliegt.<sup>368</sup> Sie ähnelt in ihren Indexwerten dem Zusammenschluss aus EVP-ED, SPE, ALDE GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL. Dieser Sachverhalt kann allerdings nicht eine Existenz der Koalitionsbildung auf einem inhaltlich stark verdichteten rechts-links Schema bestätigen. In Fünferkombinationen sprechen damit spieltheoretische Argumente gegen die Bildung von Koalitionen entlang einer rechts-links Spannungslinie. Dies schließt auf der anderen Seite dennoch nicht aus, dass sich Zusammenschlüsse entlang von Politikfeldlinien bilden.

Eine weitere Koalitionsvariante ist die eines Bündnisses von sechs Fraktionen. Sie ist selbstverständlich, wie alle anderen großen Koalitionen des Europäischen Parlaments, eine Koalition mit Übergröße. Das bedeutet **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und IND-DEM**. Im Austausch für Letztere auch UEN.

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP	36,1%	0,44	0,45	0,44	0,43	0,38	0,43
SPE	27,3%	0,2	0,2	0,19	0,2	0,38	0,43
ALDE	12,3%	0,16	0,15	0,19	0,2	0,09	0,05
GRÜNE-EFA	5,7%	0,08	0,08	0,08	0,06	0,09	0,05
KVEL-NGL	5,6%	0,08	0,08	0,08	0,06	0,02	0,02
IND-DEM/ UEN	4,5%/ 4,1%	0,04	0,03	0,04	0,03	0,02	0,02

**Tabelle VII. 13.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM/UEN**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Der Analyse liegen dabei 224 Abstimmungen mit der IND-DEM als kleinster Fraktion und 300 mit der UEN zu Grunde. Die Verteilung der voting-power im Vergleich zu den Stimmanteilen ist in dieser Konstellation sehr ausgeglichen. Trotz teilweise sehr niedrigem Index, gibt es keine Dummy-Spieler. Bei durchschnittlicher Anwesenheit und absoluter Mehrheit fällt allerdings eine Steigerung des Index für die SPE auf, während der Wert der ALDE auf das Niveau der GRÜNEN-EFA sinkt. Die Tendenz geht hier in Richtung der zuvor

<sup>368</sup> Die Kombination EVP-ED, SPE, ALDE, KVEL-NGL, UEN liegt 66 mal vor.

erörterten Fünferkombinationen. Je geringer die Anwesenheit, bei absoluter Mehrheit, desto stärker profitiert die SPE. Sie kann ihren Wert und damit ihre Einflussmöglichkeiten verdoppeln. Gleiches ist für die **Allparteienkoalition** zu beobachten. Sie ist die Variante, die mit 921 mal mit Abstand am häufigsten zu den Abstimmungen gewählt wird.<sup>369</sup>

		<i>Absolute Anwesenheit (absolute Mehrheit)</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, einfache Mehrheit</i>		<i>Durchschnittliche Anwesenheit, absolute Mehrheit</i>	
	Sitzanteil LP6	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>	<i>Banzhaf Stand.</i>	<i>Shapley- Shubik</i>
EVP	36,1%	0,43	0,43	0,43	0,43	0,47	0,53
SPE	27,3%	0,17	0,18	0,2	0,2	0,42	0,33
ALDE	12,3%	0,15	0,15	0,16	0,15	0,03	0,03
GRÜNE-EFA	5,7%	0,07	0,07	0,08	0,09	0,03	0,03
KVEL-NGL	5,6%	0,07	0,07	0,06	0,05	0,03	0,03
IND-DEM	4,5%	0,06	0,05	0,06	0,05	0,03	0,03
UEN	4,1%	0,06	0,05	0,02	0,02	0	0

**Tabelle VII. 14.: Voting-power Indizes nach Anwesenheitsmöglichkeiten: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM, UEN**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Auch hier entsprechen sowohl die Banzhaf, als auch die Shapley-Shubik Werte der proportionalen Verteilung der Sitze. Die Situation der absoluten Mehrheit bei durchschnittlicher Anwesenheit zeigt, neben einer Aufwertung der SPE und der Abwertung der ALDE, allerdings nun die UEN als Dummy-Spieler.

Das häufige Vorkommen dieser Variante spricht allerdings nicht mehr zwangsweise für einen Parteien- bzw. Fraktionenwettbewerb um die Teilnahme bei den Abstimmungen. Zumindest nicht im Fall der insgesamt 524 mal vorkommenden Sechserkombinationen und der 921 mal gebildeten Allparteienkoalition. Der zwar verhältnismäßig angemessene, aber doch sehr geringe Wert der vier bzw. zwei kleinsten Parteien wirft die Frage auf, ob tatsächlich noch aufgrund des Ziels der Machtausübung eine Koalition gebildet wird. Dennoch würden beim Wegfall der kleinen Fraktionen, wie oben gezeigt wurde, die größeren Partner noch mächtiger.

## 2.5. Resümee: Nicht nur die Größe ist entscheidend

Sowohl bei EVP-ED, als auch bei SPE-Kombinationen und auch großen Koalitionen zeigt sich, dass die Machtverhältnisse sich an die tatsächlichen Größenverhältnisse annähern, je

<sup>369</sup> Sie ist auch die einzige Kombination, auf die Wiberg, Raunio und Faas eingehen. Siehe dazu Faas, Thorsten/Raunio, Tapio/Wiberg, Matti: The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion, Center for European Integration Studies, Discussion Paper C130, Bonn, 2004.

mehr Partner den Zusammenschlüssen beitreten. Die Fraktion der ALDE kann allerdings als insgesamt größter Profiteur identifiziert werden. Ihre theoretischen Einflussmöglichkeiten im Vergleich zu ihrem Stimmgewicht sind meist außerordentlich hoch. Sie weist oftmals sogar eine pivotale Tendenz auf. EVP-ED und SPE haben in Koalitionen, in denen sie der dominante Spieler sind, ein großes Machtpotential. Hier sind sie pivotal. In großen Koalitionen mit wenigen Partnern sind sie gleichberechtigt. Zusammenschlüsse von vielen Fraktionen hingegen stärken die EVP-ED. Die anderen kleinen Fraktionen können, wie zu erwarten, in Koalitionen mit möglichst wenigen Partnern einen überproportional großen Einfluss haben. Es gibt allerdings Situationen, in denen sie nur wenig Druckpotential vorweisen können oder sogar Dummy-Spieler sind.

Die Berechnung und Darstellung der voting-power Indizes zeigt anschaulich und verständlich, wie sich die Mehrheitsverhältnisse der verschiedenen Koalitionskombinationen auf die potenzielle Macht der Fraktionen auswirkt. Sie zeigen auf, welche Möglichkeiten für sie aufgrund ihrer Größe bestehen, Mitsprache bzw. Druck auf Entscheidungen auszuüben. Verschiedene Mehrheiten und Anwesenheiten resultieren dabei in unterschiedlichen Ergebnissen, die eine Veränderung des taktischen Verhaltens der Akteure injizieren, fördern und fordern können. Ihre Kalkulation gibt Hinweise darauf, dass ein Wettbewerb zwischen den Fraktionen nicht zwangsläufig durch das Vorhandensein und die Positionierung von Akteuren ausschließlich auf einer rechts – links Skala erklärt werden kann. Zudem kann angezweifelt werden, ob eine Parteienkonkurrenz bzw. ein solcher Wettbewerb in allen Fällen bzw. Koalitionsvariationen besteht. Falls nicht, kommt die Frage auf, welche Bedeutung dies für die Zusammenarbeit und Entscheidungsfindungsprozesse und deren Analyse im Europäischen Parlament hat. Es wird in diesem Zusammenhang deutlich, dass die Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments nicht eindimensional, also ausschließlich durch die Anwendung größen- und machtabhängiger Erklärungsmuster, erklärbar ist. Viele der Koalitionsvarianten können allein durch sie nicht erklärt bzw. analysiert werden.

Wie bereits erwähnt, ist der Blickwinkel der angestellten Berechnungen entscheidungstheoretisch und damit ausschließlich auf Macht, im Sinne von Stimmgewicht, ausgerichtet. Eine soziale bzw. soziologische Komponente wird so ebenfalls ausgeblendet. Doch genau darin liegt auch ein weiterer Ertrag dieses Ansatzes. Durch ihn wird deutlich, dass numerisch vergleichsweise wenig beobachtbare Koalitionskombinationen aufgrund rein machtorientierter Zielorientierung erklärt werden können. Ein Erklärungsgrund der Teilnahme von Fraktionen mit sehr geringem Gewicht oder Dummy-Status ist demnach natürlich in der Durchsetzung von Zielen zu suchen, die nicht ausschließlich aus den spieltheoretischen

Modellannahmen stammen. Um die Koalitionsbildung innerhalb des Europäischen Parlaments tiefgreifender zu erklären, ist deshalb eine Suche nach weiteren Erklärungsfaktoren nötig.

Die voting-power Analyse für das Europäische Parlament konnte zudem die Bedeutung kleiner Parteien bzw. Fraktionen in bestimmten Entscheidungssituationen bzw. -kombinationen hervorheben. Aus diesem Grund ist es vorteilhaft, vor der empirischen Analyse der Koalitionsbildung, einen typologisierenden Blick auf kleine Parteien zu werfen.

### **3. Eine nötige Typologisierung kleiner Parteien bzw. Fraktionen:**

Die Parteien- und Fraktionenforschung im Bereich des Europäischen Parlaments konzentrierte sich in den letzten Jahrzehnten mit ihrem Hauptaugenmerk fast ausschließlich auf die zwei großen Fraktionen der EVP-ED und der SPE. Die anderen mittleren und kleineren Fraktionen der ALDE, GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL, UEN und IND-DEM bzw. ihre Vorläufer wurden und werden dabei, meist nur als nebensächlich betrachtet oder ganz außer Acht gelassen.<sup>370</sup> Dafür könnte es verschiedene Gründe geben. Die Materialbeschaffung könnte dabei problematisch gewesen sein. Es ist häufig wesentlich schwerer, auch aufgrund ihrer finanziellen Mittel, genügend Publikationen oder gesicherte Informationen von kleineren Parteiorganisationen zu bekommen, als von größeren. Auf diese Weise entsteht natürlich ein Zirkel, der vergleichsweise stark die Publikationsfülle größerer Organisationen fördert, jedoch glücklicherweise durch das Informationsmedium Internet in den letzten Jahren weitgehend durchbrochen werden konnte. Deshalb stehen mittlerweile auch genügend Informationen und Kontaktmöglichkeiten bezüglich der kleinen Fraktionen des Europäischen Parlaments zur Verfügung.<sup>371</sup>

Wichtiger ist aber noch, dass kleine politische Fraktionen außerdem oftmals fälschlicher Weise, allein aufgrund ihrer Sitzzahl innerhalb der Parlamente, als unwichtig erachtet wurden. Ihr Einfluss auf den Politikprozess wird nach dieser Ansicht sehr gering eingeschätzt. Auch informelle Kanäle und ihre Arbeit im Sinne einer Oppositionsbildungsfunktion werden so vernachlässigt.<sup>372</sup> Die Bedeutung kleiner Parteien bzw. Fraktionen ist jedoch abhängig von der Beschaffenheit des Systems, der Anzahl der Akteure und deren individuellen Position bzw. Akzeptanz. In einem Multi-Parteiensystem, das keine eindeutige dominante Partei aufweist, kann ihnen so große Entscheidungsmacht zukommen. Im Europäischen Parlament sind die kleinen Fraktionen zwar zu einer Mehrheitsbildung nicht nötig, falls ein Kompromiss zwischen EVP-ED und SPE erzielt werden kann. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, so sind auch die zwei großen Fraktionen jeweils auf weitere Mitspieler angewiesen, um v.a. im

---

<sup>370</sup> Dazu etwa: Hix, Simon/Kreppel, Amie: From 'Grand Coalition' to Left-Right Confrontation: Explaining the Shifting Structure of Party Competition in the European Parliament in: *Comparative Political Studies* Vol 36, No 2, 2003, S.75-96.

<sup>371</sup> Zu den Problemen bei der Erforschung kleiner Parteien siehe: Müller-Rommel, Ferdinand: Small Parties in a Comparative Perspective: The State of the Art, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: *Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives*, London, 1991, S.2f.

<sup>372</sup> Zur Funktion von Parteien siehe u.a.: Beyme, Klaus von: *Parteien in den westlichen Demokratien*, 2. Auflage, München, 1984, S.36ff

Mitentscheidungsverfahren Mehrheiten zu erzielen. In diesem Fall verfügen die kleineren Fraktionen, v.a. die der ALDE, über große Mehrheitsbildungs- bzw. Mehrheitsverhinderungsmacht.<sup>373</sup> Hier werden sie zu entscheidenden Akteuren im Parteienwettbewerb und im Legislativprozess der Europäischen Union. Aufgrund dieser Charakterisierung des Parteiensystems des Europäischen Parlaments ist es, im Zusammenhang mit der voting-power der Fraktionen<sup>374</sup> möglich, sie in kompetitiven Situationen zwischen EVP-ED und SPE als einflussreiche Akteure der Koalitionsbildung zu betrachten.

Des Weiteren repräsentieren die kleineren Fraktionen auf der Ebene der Interessenaggregations- und Integrationsfunktion insgesamt etwa 36% der Bevölkerung der Europäischen Union. Dies entspricht ca. 166 Millionen Bürgern.<sup>375</sup> Die Basis der Wählerschaft und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit, die diese Parteien erreichen und evtl. mobilisieren können, ist demnach nicht zu unterschätzen.

Nach größeren Veränderungen in den 80er und 90er Jahren haben sich, trotz einiger Namensänderungen, neben der Fraktion der ALDE die vier kleinen Fraktionen der GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM und UEN durch die zwei vorangegangenen Europawahlen zur fünften und sechsten Legislaturperiode etablieren können. Eine grundlegende Charakterisierung ihrer Positionierung im Verhältnis zu den jeweils anderen Fraktionen kann dazu beitragen, sie als Akteure in der Entscheidungsfindung und Koalitionsbildung deutlicher zu verorten. Gordon Smith unterscheidet dabei in seinem minimal-klassifikatorischen Ansatz kleiner Parteien drei verschiedene Ausprägungen nach ihrer Verortung im politischen Raum, der Nähe zu anderen Akteuren und der damit verbundenen Koalitionsfähigkeit.<sup>376</sup> Diese Annahmen können auch für den Kontext des Europäischen Parlaments als übertragbar betrachtet werden. Er geht bei seiner Analyse allerdings von einer eindimensionalen rechts – links Skala aus. Dabei kann auch ein mehrdimensionales Politikspektrum angenommen werden, ohne dass die Aussagekraft des Modells darunter leidet.

Er identifiziert zunächst die „*hinge party*“ (deutsch: Scharnierpartei). Sie operiert im Zentrum und befindet sich programmatisch zwischen zwei oder mehr großen Parteien. Ihr Koalitionspotenzial ist dabei am größten, wenn sie von diesen akzeptiert werden kann. Ihre

---

<sup>373</sup> Siehe dazu Kapitel VI, 2. Machtverhältnisse – Voting Power im Europäischen Parlament.

<sup>374</sup> Siehe ebd.

<sup>375</sup> Bei dieser Berechnung gehe ich von der Gesamtzahl der Bevölkerung der Europäischen Union von 469,5 Millionen aus. (Siehe: [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/news/2005/mar/demog\\_gp\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2005/mar/demog_gp_de.html)) Eine Berücksichtigung der Wahlbeteiligung wird außer Acht gelassen, da die Kammer des EP ausnahmslos eben alle EU-Bürger repräsentiert und nicht ausschließlich diejenigen, die zur Wahl gehen.

<sup>376</sup> Siehe dazu Smith, Gordon: In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.23-40.



Macht verstärkt sich zudem, wenn sie bei Zusammenschlüssen zwischen den jeweiligen großen Parteien beliebig wechseln kann.<sup>377</sup> Für den Fall des Europäischen Parlaments kann als Scharnierfraktion die ALDE ausgemacht werden. Sie befindet sich programmatisch meist zwischen EVP-ED und SPE. Bei bestimmten Anwesenheitsverhältnissen ist es durch einen Zusammenschluss mit der EVP auch möglich, eine Mehrheit zu bilden. Sie besitzt in diesem Fall eine, im Verhältnis zu ihren Stimmanteilen, sehr große voting-power und damit auch Verhandlungspotential. Im Rahmen der Koalitionsbildungstheorie wird eine solche Partei auch als „core party“, in der Situation in der sie mehrheitsschaffend wird, als „pivotal party“ bezeichnet. Andere EP-Fraktionen kommen momentan für eine solche Charakterisierung und Position nicht in Betracht.

Eine weitere Form kleiner Parteien ist die „*detached party*“ (deutsch: abgelöste / alleinstehende Partei). Sie ist gekennzeichnet durch ihre große inhaltliche Entfernung im Verhältnis zu anderen Parteien, durch die ihre Koalitionsfähigkeit ausgesetzt wird. Im Europäischen Parlament werden bei vielen Abstimmungen Allparteienkoalitionen gebildet. Es existiert im Moment demnach keine Fraktion, die einen solchen Status kennzeichnet. Auf einer weiter unten stehenden, individuellen Akteursebene allerdings besteht eine ähnliche Ausprägung. Einige der Abgeordneten des Parlaments können sich, aufgrund ihrer divergierenden Ansichten, keiner Fraktion anschließen.<sup>378</sup>

Den dritten und letzten Typus kleiner Parteien bildet die „*marginal party*“ (deutsch: Rand- oder Grenzpartei) „*Marginal small parties are situated at the outer extremes of the mainstream [...]*“.<sup>379</sup> Im Europäischen Parlament ist davon auszugehen, dass sich die EVP-ED und die SPE eher im Zentrum des Politikspektrums bewegen.<sup>380</sup> Während Smith jedoch davon ausgeht, dass diese Art der Parteien sich jeweils nur als Koalitionspartei für eine der großen Parteien anbietet, kann diese Annahme allerdings für das Europäische Parlament nicht in vollem Umfang bestätigt werden. Smith leitet sie aus der Prämisse des rechts – links Schemas her. Dies zeigt einmal mehr, dass die Annahme einer ausschließlich eindimensionalen Konfliktlinie im Europäischen Parlament zu kurz greift. Wie auch später noch gezeigt werden wird. Eine marginal party bzw. Randfraktion ist dabei normalerweise

---

<sup>377</sup> Vgl. Smith, Gordon: In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.36

<sup>378</sup> Sie bilden allenfalls eine technische Fraktion.

<sup>379</sup> Smith, Gordon: In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.36.

<sup>380</sup> Vgl. Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Politics like any other: Dimensions of Conflict in the European Parliament, 2003, S.25ff.

<http://www.essex.ac.uk/ecpr/events/generalconference/marburg/papers/12/3/Hix.pdf>

bemüht, sich nicht zu weit von den großen Parteien zu entfernen, um koalitionsfähig zu bleiben und damit Einfluss ausüben zu können.<sup>381</sup> Diese Charakterisierung trifft, wie schon angedeutet, auf die vier kleinen Fraktionen des Europäischen Parlaments zu.

Es besteht hier zwar eine Tendenz dazu, dass sich v.a. die UEN, aber auch die IND-DEM eher der EVP-ED anschließen und die KVEL-NGL und GRÜNEN-EFA der SPE. Dies als axiomatisch zu betrachten, kann ausgeschlossen werden. Die Fraktionen sind darum bemüht, als Koalitionspartner in Frage zu kommen. Sogar die offensichtlich EU-skeptische Fraktion der IND-DEM wird in diesem Zusammenhang als solcher akzeptiert. Dies wird deutlich bei der Bildung von Großen Koalitionen bzw. Überschusskoalitionen.

Eine weitere Art der Klassifikation ist die Größe der Fraktionen.<sup>382</sup> Im Europäischen Parlament sind drei bzw. vier Fraktionsgrößen zu unterscheiden. Diese Typologisierung verläuft weitgehend analog mit dem oben genannten Ansatz der Positionierung. Die beiden *großen Fraktionen* der EVP-ED und SPE, die gemeinsam eine Mehrheit bilden können, oder aber als jeweils große Fraktion in einer Koalition mit anderen. Die Fraktion der ALDE, die gemeinsam mit der EVP-ED eine Mehrheit bilden kann, wenn die durchschnittliche Anwesenheit als Bezugspunkt verwendet wird. Sie wird so, wie bereits erwähnt, zur pivotalen Partei. Die Fraktionen der GRÜNEN-EFA und der KVEL-NGL können, mit jeweils etwas mehr als 40 Mandaten, als *kleinere Fraktionen* bezeichnet werden. Sie können unter bestimmten Situationen aufgrund ihrer Größe Druck ausüben. Die *kleinen Fraktionen*, mit 33 bzw. 30 Sitzen, sind die IND-DEM und die UEN. Ausschließlich aufgrund ihrer Größe betrachtet, können sie, wie im vorigen Kapitel gesehen, nur verhältnismäßig wenig oder situationsbedingten Einfluss auf den Legislativprozess nehmen.

Die Einordnung kleiner Akteure in einen semantischen Rahmen wird sich als wichtig erweisen für die nun folgende Analyse der Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments.

---

<sup>381</sup> Vgl. Smith, Gordon: In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.36.

<sup>382</sup> In den vorigen Ausführungen habe ich diese bereits implizit angenommen.

## **4. Die Koalitionsbildung zwischen den europäischen Fraktionen: Variationsbreite der Entscheidungsfindung**

Eine Analyse der Koalitionsbildung im Europäischen Parlament und deren Mechanismen ist ohne die Darlegung des methodischen Vorgehens ähnlich ertraglos, wie ohne die Beachtung ihrer Rahmenbedingungen. Im Folgenden soll deshalb erläutert werden, welche Daten aber auch welche Kategorisierung der in diesem Rahmen verfolgten Entscheidungsfindungsanalyse zu Grunde liegen. In einem daran anschließenden Abschnitt können daraus abzuleitende deskriptive Beobachtungen bereits einzelne Muster und Regularitäten der Zusammenschlüsse der Fraktionen des Europäischen Parlaments zu Tage fördern.

### **4.1. Typisierung grundlegender Koalitionsvarianten und Regelmäßigkeiten des „who gets what“ der großen Fraktionen**

Um die Koalitionen und deren Varianten semantisch zu fassen, ist eine basale Beschreibung von großem Nutzen. Eine grundsätzliche Typisierung der Koalitionsbildung orientiert sich in diesem Rahmen an den Größenverhältnissen der Fraktionen. Sie folgt dabei einem bereits in Forschung der etablierten Muster, dass sich an den zwei großen Fraktionen der EVP-ED und SPE orientiert.<sup>383</sup> Darüber hinaus lässt sich eine solche Unterteilung durch die faktischen Mehrheitsverhältnisse im Parlament begründen. Eine Koalition der anderen fünf Fraktionen führt, bei absoluter Anwesenheit, nicht zu einer Mehrheit. Auch mit Einbezug der Fraktionslosen wird hier in Legislaturperiode sechs nur eine Sitzanzahl von 268 erreicht. Zu einer erfolgreichen Koalition bei voller Anwesenheit würden allerdings 367 Stimmen benötigt. Auch die Modelle der Koalitionsbildung selbst unterstreichen eine derartige Charakterisierung der möglichen Koalitionsvarianten, indem etwa in spieltheoretischen Modellen eben der Größe der Fraktionen absolutes Gewicht zufällt. Beispiele hierfür sind u.a. die minimum size Annahme oder die akteurszentrierten Prämissen des Modells des Dominanten Spielers. Nur aus dem stringenten Fortführen dieser Annahmen können valide Ergebnisse resultieren.

Um die unterschiedlichen Koalitionsvarianten nun zu charakterisieren und die Forschungsdaten darzustellen, wurden die Kombinationen in solche mit der EVP-ED (1) bzw.

---

<sup>383</sup> Siehe hierzu u.a. Kreppel, Amie: *The European Parliament and Supranational Party System: A Study in institutional Development*, Cambridge, 2002.

SPE (2) als dominantem Partner und diejenigen, die durch einen Zusammenschluss beider Akteure (3) gekennzeichnet sind, eingeteilt. Insgesamt wurden 80 verschiedene Variationen von Koalitionen getestet. Davon waren 880 Zusammenschlüsse mit der EVP-ED als größter Fraktion und 1027 mit der SPE als größtem Partner. 3967 Koalitionen wurden durch einen Zusammenschluss dieser beiden Fraktionen gebildet. Die Tabelle zeigt dies nach sechs Untersuchungszeiträumen aufgeschlüsselt.

	2000	2001	2002	2003	2004	2004 / 2005	Anzahl gesamt
<b>Koalitionen Groß</b>	1015	746	685	541	425	564	3976
<b>Koalitionen EVP</b>	156	149	129	108	114	185	841
<b>Koalitionen SPE</b>	258	207	163	187	113	99	1027
<b>Anzahl der getesteten Koalitionen</b>	<b>1429</b>	<b>1102</b>	<b>977</b>	<b>836</b>	<b>652</b>	<b>848</b>	<b>5844</b>
<b>Enthaltungen größer pro oder contra</b>	0	0	0	0	0	1	1
<b>Ausgang der Abstimmungen pro gleich contra</b>	5	2	3	4	1	1	16
<b>Enthaltungen gleich pro oder contra</b>	x	X	x	X	x	x	0
<b>Anzahl nicht zustande gekommener Koalitionen</b>	5	0	3	1	1	1	11
<b>Fehlende Kombinationen</b>	96	86	67	40	48	43	380
<b>Gesamtanzahl der Abstimmungen</b>	<b>1535</b>	<b>1190</b>	<b>1050</b>	<b>881</b>	<b>702</b>	<b>894</b>	<b>6252</b>
<b>Getestete Koalitionskombinationen</b>	<b>80</b>						

Tabelle VII. 15.: Gesamtanzahl der zur Verfügung stehenden Abstimmungen, Anzahl der getesteten Koalitionen

Quelle: Eigene Berechnung

28 Abstimmungen sind jedoch für eine Untersuchung nicht geeignet. Hier sind die Enthaltungen größer als pro oder contra (1) oder die Abstimmung war pro gleich contra ausgegangen (16). In 11 Fällen sind die Abstimmungen, laut Protokoll, nicht zustande gekommen. 380 Abstimmungen wurden durch die 80 getesteten Koalitionsvarianten nicht erfasst. Dies kommt u.a. dadurch zustande, dass Kombinationen mit unter einem Drittel der absoluten Anwesenheit der MEPs nicht in die Analysen mit einbezogen wurden.<sup>384</sup>

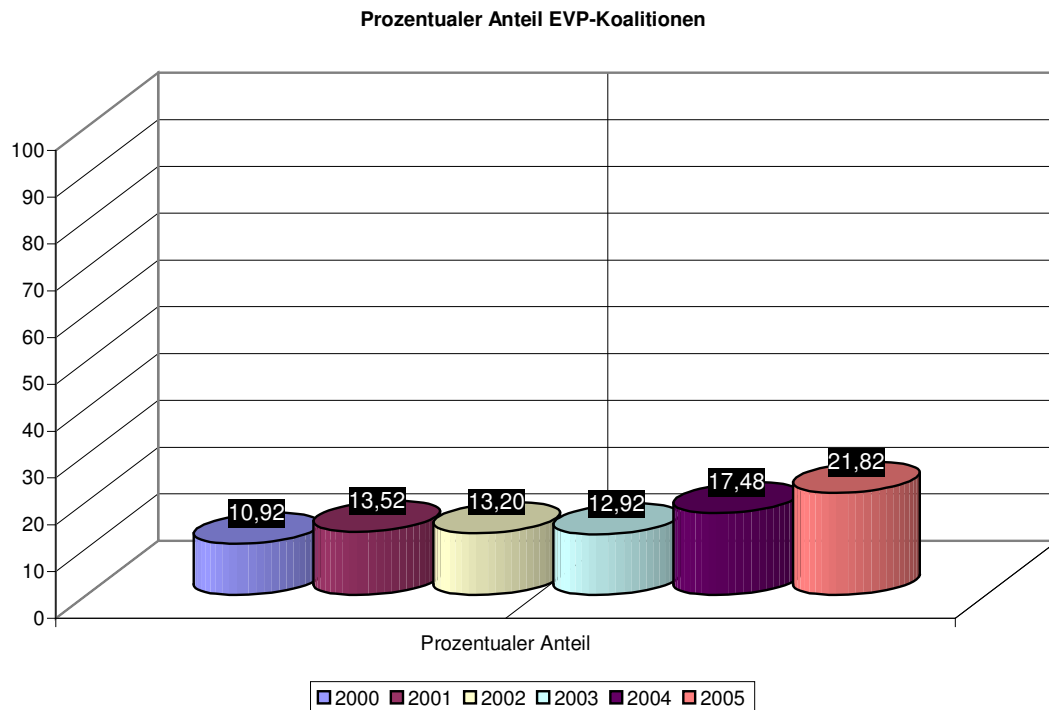
Von den 6252 erfassten Abstimmungen konnten damit 5844 zu einer Analyse der Koalitionsentscheidungen herangezogen werden. Dies entspricht 93,5% der in diesem Zeitraum abgehaltenen namentlichen Abstimmungen. So wird den Kriterien der Reliabilität und Validität Genüge getan.

Die Abstimmungen von 2000 bis 2003 sind in einzelne Jahre, von Januar bis Dezember, unterteilt. Das Jahr 2004 zeigt den Zeitraum bis zur Wahl des EP. D.h. bis zum letzten

<sup>384</sup> Siehe Kapitel II, 2. Die Datenbank der namentlichen Abstimmungen als Grundlage der Akteursanalyse.

Sitzungstag am 6. Mai 2004. 2005 als Angabe umfasst die sechste Legislaturperiode bis Dezember 2005. Diese Einteilung wurde vorwiegend benutzt, um bei einzelnen Auswertungen die Rechnerleistung nicht zu überschreiten, aber auch die Übersichtlichkeit zu wahren. Der letzte Untersuchungszeitraum bietet zudem den Vorteil, Vergleiche zur gesamten vorigen Legislaturperiode zu ziehen. Dennoch ist die Einteilung der einzelnen Abschnitte absolut zufällig.<sup>385</sup> Allerdings sind weniger das Vorgehen, sondern die dadurch erzielten Beobachtungen von Interesse. Trotz des zufälligen Zeitpunkts sind spezifisch Regelmäßigkeiten und Muster der Koalitionsbildung zu erkennen, die im Folgenden dargestellt werden.

Das nachstehende Schaubild zeigt den prozentualen Wert der Koalitionen mit der EVP-ED als größtem Partner. Die Prozentangaben beziehen sich jeweils auf die getätigten Abstimmungen innerhalb eines Zeitraums.<sup>386</sup>



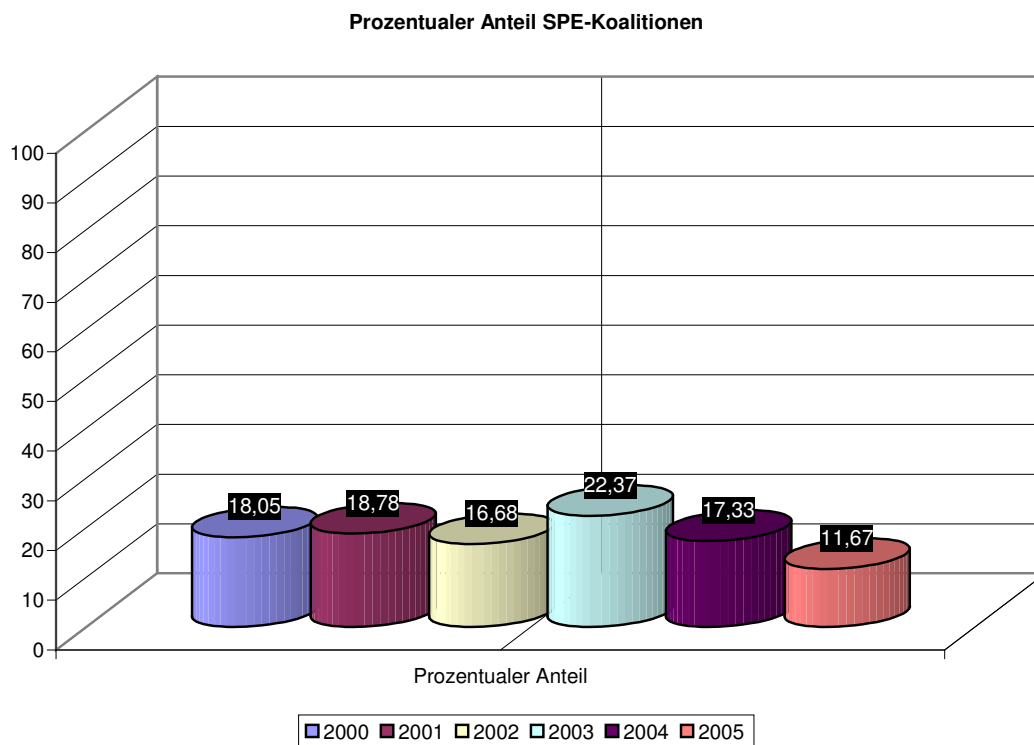
**Schaubild VII. 1.: Prozentualer Anteil der EVP-ED Koalitionen**  
Quelle Eigene Berechnung

Schon hier zeigt sich, dass die Anzahl der Koalitionen für das Jahr 2000 sehr niedrig ist und sich in den Fällen 2001-2003 auf einem relativ stabilem Niveau bewegt. Sie liegt zwischen 10,92% und 13,52%. Es wird deutlich, dass über alle Politikbereiche hinweg und bei der

<sup>385</sup> Die Perioden könnten also auch in 1,2,3, usw. eingeteilt werden.

<sup>386</sup> Bei nachstehenden Schaubildern wird die Anzahl der identifizierten Koalitionen von 5872 zu Grunde gelegt.

Messung zu verschiedenen Zeitpunkten die Anzahl der EVP-Koalitionen relativ stabil bleibt. Ab 2004 ist ein Anstieg der EVP-Kombinationen auf 17,48% zu erkennen. Nach der Vergrößerung des Europäischen Parlaments steigt die Anzahl dieser Varianten sogar auf 21,82%. Eine Erklärung nach der Europawahl 2004 könnte in der Stärkung derjenigen Fraktionen liegen, die sich mit ihrem Politikspektrum näher an dem der EVP-ED bewegen. Sowohl die ALDE, als auch die IND-DEM konnten hier prozentual zulegen. Die SPE, v.a. aber die GRÜNEN-EFA und die KV-EL-NGL konnten anteilig nicht gewinnen und gingen somit relativ geschwächt aus der Wahl 2004 hervor. Dies wiederum hat eine implizite relative Stärkung der anderen kleinen Fraktionen zur Folge. Die bessere Ausgangslage von IND-DEM und UEN, gemeinsam mit ihrer politischen Positionierung, kann somit dazu führen, dass der Anteil der EVP-ED-Kombinationen ansteigt. Dieser Fraktionenblock geht damit gefestigt aus der Wahl 2004 hervor und kann dies zudem in politisches Handeln umsetzen. Es stellt sich die Frage, wie sich dieser Sachverhalt auf die SPE Koalitionen bzw. Großen Koalitionen auswirkt.



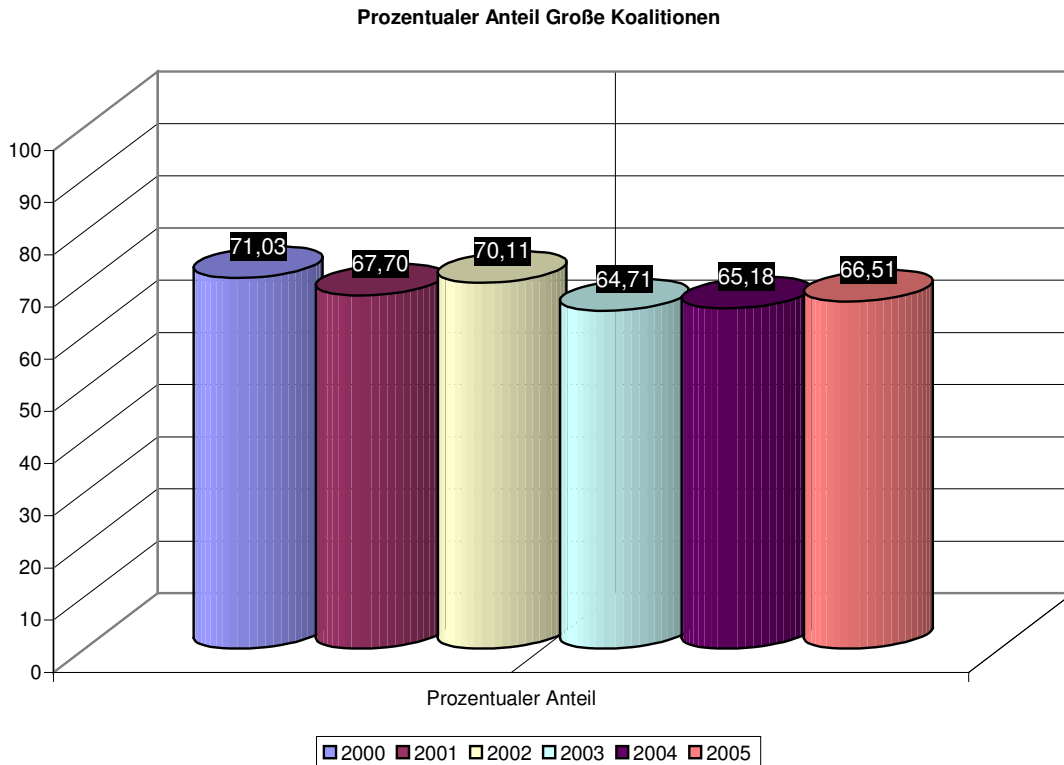
**Schaubild VII. 2.: Prozentualer Anteil der SPE Koalitionen**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Die geschilderte Gegebenheit moderater Bewegung der EVP-Koalitionen zeigt sich auch für Kombinationen mit der SPE als dominanter Fraktion. Hier v.a. in den Jahren 2000-2002 und

auf vergleichsweise höherem Niveau zwischen 16,68% und 18,78%. Im folgenden Zeitraum steigt die Anzahl der SPE-Zusammenschlüsse allerdings auf 22,37% an, pendelt sich 2004 auf einem ähnlichen Wert wie zuvor ein, um daraufhin auf 11,67% abzufallen. In der sechsten Legislaturperiode vertauschen sich damit gleichsam die Häufigkeiten von EVP-ED und SPE Koalitionen. Auf diese Weise schlägt sich die Erhöhung der Koalitionen mit der EVP-ED als dominanter Fraktion direkt auf die Anzahl der Zusammenschlüsse mit der SPE als größtem Partner nieder. Durch die Europawahl zur sechsten Legislaturperiode erfährt der Block der Akteure in näheren Politikfeldbereich die SPE eine Schwächung. Davon kann die EVP-ED im Parteienwettbewerb mit der SPE profitieren.

Schon eine ausschließliche Betrachtung der Menge der Koalitionen mit jeweils einer großen Partei als dominantem Akteur zeigt damit spezifische Muster. Die gesamten Häufigkeiten, in denen die EVP-ED und SPE jeweils als Haupt- oder Pivotakteur Zusammenschlüsse bilden können, sind relativ stabil. Sie liegen im Durchschnitt bei etwa 32%. Die SPE-Kombinationen besitzen allerdings, bis zum Zeitpunkt der Vergrößerung des Parlaments, einen höheren Anteil. Von hier an rochieren die Anteile der EVP-ED und SPE. Zudem ist in diesen Fällen von einem Parteienwettbewerb auszugehen. Dieser Sachlage wird durch die erläuterten Beobachtungen unterstrichen.

Ob in den Ausprägungen einer großen Koalition von einem solchen Wettbewerb, zumindest zwischen den zwei großen Fraktionen auszugehen ist, kann hingegen in Frage gestellt werden. Ein insgesamt immer ähnlich hoch bleibender Wert beider Varianten mit je einer dominanten Fraktion lässt auf einen stabilen Wert großer Kombinationen schließen. Diese umfassen über den Untersuchungszeitraum hinweg durchschnittlich 68,0%.



**Schaubild VII. 3.: Prozentualer Anteil Großer Koalitionen**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

Was bei obiger Tabelle des prozentualen Anteils Großer Koalitionen sofort augenfällig wird, ist das stabile Niveau dieser Ausprägung auf einem sehr hohen Level, zwischen 64,71% und 71,03%. Dieses besteht zudem über beide untersuchten Legislaturperioden hinweg. Der vorige Switch zwischen EVP-ED und SPE hat keinen Effekt auf die Großen Koalitionen. Dies unterstreicht einmal mehr die Bildung konkurrierender Fraktionenblöcke, die sich in dieser Konstellation allerdings aufzulösen scheinen. Die großen Fraktionen neigen anstatt dessen weniger zu Konkurrenz und stärker zu Kooperation. Dieser hohe Grad an Zusammenarbeit weist darauf hin, dass die durch den Wettbewerb geprägte machtorientierte Koalitionsbildung, also office- oder vote-seeking, nur einen Teil der Zusammenschlüsse erklären kann. Die eigentlich nicht zwingend notwendigen Bündnisse auf einem solch hohen Niveau weisen stärker auf den Durchsetzungswillen und das Handeln in Richtung gemeinsamer, inhaltlich orientierter oder institutioneller Ziele hin.

Hix, Noury und Roland referieren darauf, dass zum Erreichen einer absoluten Mehrheit eine Koalition von EVP-ED und SPE unumgänglich sei.<sup>387</sup> Doch sogar bei durchschnittlicher

<sup>387</sup> Vgl.: Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.195. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)



Anwesenheit, dies ist wichtig, wäre es der EVP-ED möglich, als dominante Fraktion, gemeinsam mit der ALDE, der GRÜNEN-EFA, der KVEL-NGL und der IND-DEM eine absolute Mehrheit zu erreichen. Bei solch wichtigen Entscheidungen ist zudem zu bedenken, dass die durchschnittliche Anwesenheit im Mitentscheidungsverfahren, von 74,7% auf 82,4% steigt. Eine solch starre Annahme schießt demnach über ihr Ziel hinaus.

Die grundlegende Analyse der Häufigkeiten der drei verschiedenen Kombinationsvarianten mit jeweils den dominanten Fraktionen EVP-ED, SPE und deren Zusammenschluss als Große Koalition weist wiederkehrende Regelmäßigkeiten auf. Diese finden sich auf gleichbleibender Höhe der prozentualen Anteile der drei Koalitionsvarianten wieder. Während die Koalitionen mit der EVP-ED in der fünften Legislaturperiode weniger häufig gebildet werden als mit der SPE, so verschiebt sich dieser Trend in der sechsten Wahlperiode. Die Anteile beider Koalitionsvarianten scheinen sich gegenseitig zu bedingen. Sinkt der Wert der SPE-Zusammenschlüsse, so steigt die Anzahl derer der EVP-ED. Das Quantum der Großen Koalitionen bleibt hingegen in jedem der gemessenen Zeiträume prozentual jeweils ähnlich hoch. Die Kombinationen mit dominanten Fraktionen teilen sich etwa ein Drittel, während ca. zwei Drittel der Koalitionen durch deren Zusammenschluss gebildet werden. Dies scheint über Jahre hinweg ein stabiler Zustand zu sein, der teilweise auf Wettbewerb, aber maßgeblich auf bereichsorientierte Zusammenarbeit schließen lässt. Es besteht demnach weder grundsätzlich ein konkurrierender Zustand, noch ein Zustand einer bedingungslosen Zusammenarbeit. Bisherige Ergebnisse der Untersuchung des Verhältnisses der einzelnen Fraktionen und deren Verhalten zu- und untereinander können damit zunächst bestätigt werden.<sup>388</sup>

Eine fast schon apodiktische Suche nach parteilicher Konkurrenz, welche scheinbar die Koalitionsbildung bzw. das EP als Parlament „normal“ identifizieren und rechtfertigen soll, ist jedoch mitnichten nötig.<sup>389</sup> Denn die Zusammenarbeit von Akteuren entspricht keineswegs einer Stagnation jedweder (Entscheidungs)Arbeit. Im Gegenteil. Sie ist vielmehr, das können die Annahmen des Veto-Spieler-Theorems unterstreichen, ein Schlüssel zur Anpassung, der erfolgreichen Veränderung eines Systems und damit dessen dauerhaften Existenz.<sup>390</sup> Darüber hinaus ist anzunehmen, dass die Bereitschaft zur Gemeinschaftsarbeit das Europäische Parlament als Institution an den Punkt gebracht hat, an dem es heute steht. Es hat sich de facto zu einer Legislativkammer entwickelt.

---

<sup>388</sup> Vgl. Ebd. S. 207ff.

<sup>389</sup> Vgl. Ebd. S. 196 und sämtliche dort angegebene Literaturangaben.

<sup>390</sup> Vgl. Tsebelis, George: Veto Players: how political institutions work, Princeton, 2002. V.a. Kapitel I.

Über das Switching der EVP-ED und SPE Anteile hinaus, kann ein Trend hin zu einem etwas stärkeren Wettbewerb zwischen den zwei großen Fraktionen nach der Erweiterung des Parlaments durch die Analyse der Anteile der Koalitionsvarianten nicht bestätigt werden. Er verbleibt insgesamt bei ca. einem Drittel. Ob er sich von der ersten bis zur sechsten Regierungszeit verändert hat, kann mit den vorliegenden Daten allerdings nicht untersucht werden. Hier werden ausschließlich die fünfte und sechste Legislaturperiode untersucht. Weiterhin schließen die Beobachtungen selbstverständlich den Parteienwettbewerb zwischen den kleineren und kleinen Fraktionen nicht aus. Eine erste Analyse gibt eher Hinweise darauf, dass ein solcher faktisch und ausgeprägt existiert.

Eine derartige Typisierung, mit Hilfe der zwei gewichtigen Fraktionen, erweist sich demnach als sinnvoll. Sie kann verschiedene Muster aufzeigen und dazu beitragen, die Prozesse der Entscheidungsfindung genauer erläutern.

## 4.2. Koalitionsvarianten und deren Modulation

Eine detaillierte Betrachtungsweise splittet die oben genannten Varianten der EVP-ED bzw. SPE als dominanter Fraktion bzw. deren Verknüpfung als große Koalition. Die möglichen Variationen mit allen anderen Partnern, also der ALDE, GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL, INDEDEM und UEN, und die Häufigkeit ihres Auftretens werden dabei in folgendem Abschnitt getestet.<sup>391</sup> Die Daten dazu wurden aus der oben beschriebenen Abstimmungsdatenbank gewonnen.<sup>392</sup> Durch eine solche Aufschlüsselung kann gezeigt werden, welche Fraktionen wie oft innerhalb der letzten beiden Legislaturperioden einen Zusammenschluss beim Fällen von Entscheidungen gebildet haben und ob es auch hier Regelmäßigkeiten gibt, die die Koalitionsbildung des Europäischen Parlamentes kennzeichnen. Dies birgt zunächst den Vorteil, verschiedene nicht oder nur sehr selten vorkommende Koalitionen auszuschließen und, falls vorhanden, häufige Ausprägungen und Auffälligkeiten in späteren Analysen genauer zu betrachten.

Auf dieser Basis ist es überdies möglich, die aus der Spieltheorie und eindimensionalen Politikfeldorientierung stammenden Koalitionsbildungsmodelle auf die Entscheidungsfindung der Fraktionen im Europäischen Parlament anzuwenden. Ein Nebeneffekt ist dabei die

---

<sup>391</sup> Vorgehensweise siehe Kapitel II, 2. Die Datenbank der namentlichen Abstimmungen als Grundlage der Akteursanalyse.

<sup>392</sup> Siehe Ebd.

Möglichkeit der Überprüfung der oftmals angezweifelte empirischen Gültigkeit dieser theoretischen Ansätze.<sup>393</sup>

Letztlich sollen aussagenlogische Operatoren dazu benutzt werden, im Sinne der Wiederkehr von Entscheidungsstrategien, allgemeine Aussagen zu treffen, die die Häufigkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments generalisieren. Treten also beständig gleiche Muster von Koalition auf, ist es denkbar diese durch Elementaussagen auszudrücken, um Regelmäßigkeiten besser greifbar zu machen und die Entscheidungsprozesse zwischen den Fraktionen zu charakterisieren.

#### **4.3. Exkurs zur Koalitionsbildung: Rechts-links Schema und Politikraummodelle**

Um das weitere Vorgehen der Koalitionsbildungsanalyse zu begründen, ist eine kurze Einführung in die Einteilung des Politikraumes sehr hilfreich.

Obwohl die Charakterisierung eines rechts-links-Politikraums innerhalb des Europäischen Parlaments äußerst schwierig ist, wird dennoch angenommen, dass eine solche Trennungslinie als Richtschnur existiert.<sup>394</sup> Sie semantisch gänzlich zu erfassen, fällt durch ihre Mehrdimensionalität schwer.<sup>395</sup> Die politikwissenschaftliche Forschung, v.a. im anglophonen Bereich, arbeitet dennoch nach wie vor mit dieser Annahme. Dabei wird seine inhaltliche Dimension nicht in Frage gestellt. Beispielsweise wird eine Partei, die sich für das Recht auf Abtreibung einsetzt, mit der Tendenz nach links eingestuft. Eine Partei, die sich gegen staatliche Steuerung der Wirtschaft ausspricht, hingegen eher in den rechten Bereich. Wie ist allerdings eine politische Gruppierung zu verorten, die etwa gegen Abtreibung und gegen staatliche Wirtschaftssteuerung eintritt? Vielleicht in eine Mittelposition? Dies zumindest ist nicht anzunehmen. Schon bei einer kurzen Ausführung werden die Probleme einer inhaltlichen Charakterisierung von Parteien nach dem recht – links Schema deutlich. Als Kompromisslösung dieser Schwierigkeit könnte vorgeschlagen werden, dass diese Kennzeichnung die Komplexität der Wirklichkeit reduziert. Nachdem dies ein Hauptmerkmal von Modellen ist, kann demnach angenommen werden, dass es sich bei der Rechts-links-Skalierung um ein modellartiges Konstrukt handelt. Eine kurze Einführung in diesen Bereich

---

<sup>393</sup> Siehe dazu Kapitel V, 5. Ansätze der Koalitionsbildungstheorie.

<sup>394</sup> Siehe etwa: Kreppel, Amie/Tsebelis, George: Coalition Formation in the European Parliament, in: Comparative Political Studies, Vol.32, Nr.8, 1999, S.933-966. Oder auch Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: A Normal Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001, EPRG working paper Nr.9, 2002. <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/pdf/Working%20Paper%209.pdf>

<sup>395</sup> Siehe dazu Kapitel V, 3. Das Rechts – Links Schema auf dem Prüfstand.

ist an dieser Stelle nötig, um die an ein eindimensionales Politikspektrum orientierten Koalitionsbildungstheorien verständlich zu machen.

Trotz der genannten bedeutungsbezogenen Probleme der Rechts-links-Skala, ordnen die Mitglieder des Europäischen Parlaments ihre Fraktion einer bestimmten Position oder einem Positionenfeld zu. Dies konnte durch eine Umfrage bei MEPs, im Rahmen der Dissertation, bestätigt werden.<sup>396</sup> Die Abgeordneten positionieren ihre Fraktion innerhalb der fünf Stufen Rechts – Mitte Rechts – Mitte – Mitte Links – Links selbst wie folgt:

Fraktion	Positionierung
EVP-ED	Mitte, Mitte-Rechts, Rechts
SPE	Mitte-Links, Links
ALDE	Mitte
GRÜNE-KVEL	Mitte-Links
KVEL-NGL	Links
IND-DEM	Mitte-Rechts
UEN	Mitte-Rechts

**Schaubild VII. 4.: Selbsteinschätzung der MEPs der Verortung ihrer Fraktion auf dem rechts-links Spektrum**

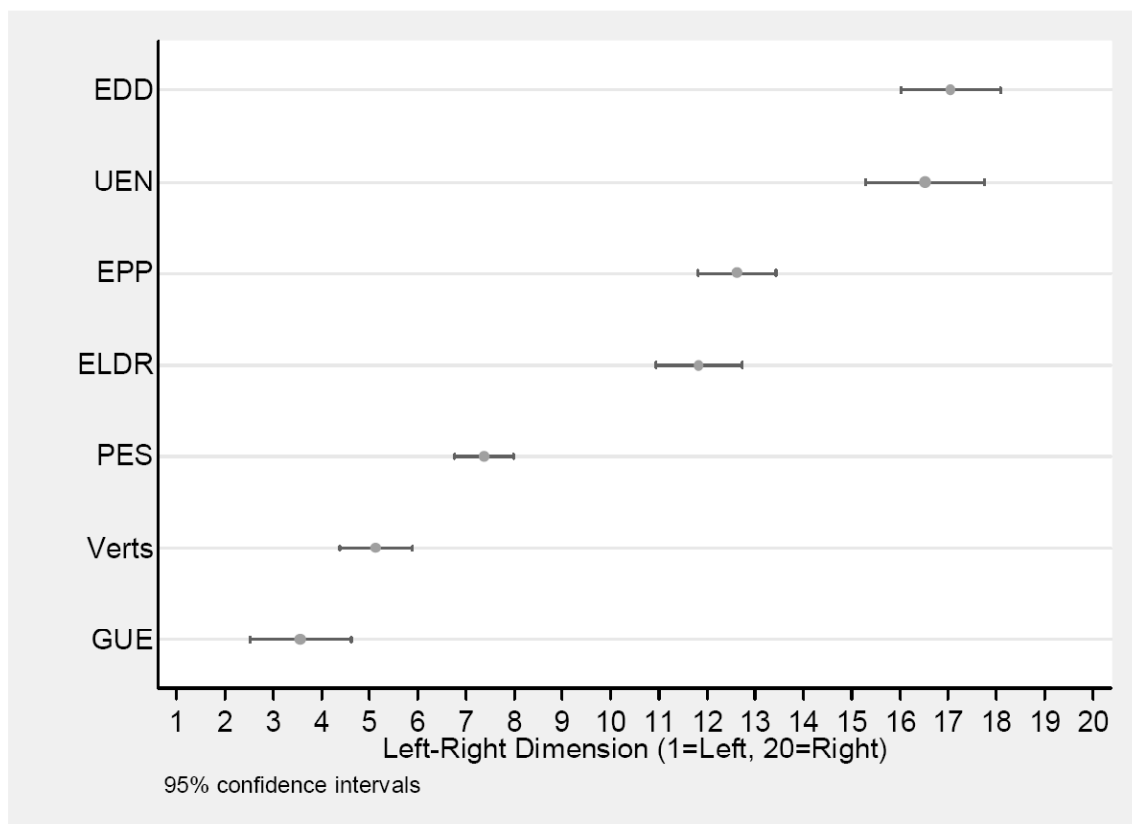
**Quelle: Umfrage bei den MEPs**

Die Frage wurde als Filterfrage mit offener Antwortmöglichkeit formuliert: „*Können sie ihre Fraktion auf einem rechts - links Spektrum verorten? Wenn ja, wo sehen sie ihre Fraktion und wo sehen sie sich?*“ Trotzdem benutzten 39 von 46 Abgeordneten eine der fünf in der Tabelle dargestellten Ausprägungen. Die anderen antworteten nicht auf diese Frage. Dies hat einen zweiseitigen Zusammenhang bei 0,529 nach Pearsons Korrelationskoeffizient auf einem Signifikanzniveau von 0,01% ergeben. Es besteht demnach ein sehr hohe Korrelation d.h. in diesem Fall Übereinstimmung bei den MEPs, in welchem Bereich die jeweilige Fraktion zu verorten ist. Schon hier wird allerdings das große Einstellungsspektrum der zwei großen Fraktionen deutlich. Die Abgeordneten tendieren zwar jeweils in einen Bereich. Eine konkrete Angabe ist aber nicht möglich. Die Mitglieder der kleineren Fraktionen ordnen ihre Gruppe eindeutig zu. Die Verteilung entspricht im Großen und Ganzen auch der Verortung von Parteien in nationalen Systemen. Das bedeutet, dass eine solche Trennungslinie, wenn auch behaftet mit semantischer Ungenauigkeit, de facto, in einem konstruktivistischen Sinne, vorhanden ist. Ob nun bei connected winning oder minimal range Ansätzen explizit rechts –

<sup>396</sup> Vgl. Kapitel II, 3. Design der stützenden und erweiternden quantitativen Fragebogenanalyse.

links Skalierungen benutzt werden müssen, oder ob jegliche Art von Spannungslinien sich dazu eignet die Koalitionsbildung unter dem Aspekt der politisch-räumlichen Nähe vorherzusagen, sei dahingestellt. Mit den oben genannten Ergebnissen jedenfalls besitzen die Annahmen der connected winning Koalitionsansätze ihre Gültigkeit.

Diese Beobachtung bestätigt sich durch bereits vorhandene Analysen der Einstellungsspektren der Abgeordneten des Europäischen Parlaments und kann diese im Gegenzug wiederum belegen. Benoit und McElroy unterteilen jedoch die Skala ihrer Fragebögen an die MEPs in 20 Schritte und erhalten ein weiter gestreutes Feld an Antworten. Im folgenden Schaubild sind die Mittelwerte und ihre Streuungen angegeben. Wenn der Skalenwert 10 als Mittelpunkt gilt, dann stimmen die Ergebnisse hier mit den Beobachtungen aus der selbst durchgeführten Umfrage überein.



**Schaubild VII. 5.: Fraktionen auf dem rechts-links Spektrum**

**Quelle: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: Party Groups and Policy Positions in the European Parliament, Party Politics, 2006.**

Die ALDE (ELDR)<sup>397</sup> besetzt in der Tat die Zentrumsposition, während die SPE (PES), GRÜNEN-EFA (Verts) und die KVEL-NGL (GUE) in der linken Hälfte platzieren und die

<sup>397</sup> In Klammern befinden sich die Abkürzungen der englischen Bezeichnungen für die Fraktionen.

EVP-ED (EPP), IND-DEM (EDD) und die UEN (UEN) sich in der rechten Seite des Spektrums wiederfinden. Eine exakte Benennung der Lage der EVP-ED gestaltet sich dabei allerdings schwer, da sie sich auch in einer verhältnismäßig zentralen Stellung befindet. In Relation zur ALDE ist sie jedoch rechts angesiedelt. Auch diese Beobachtung entspricht den Ergebnissen der selbst durchgeführten Umfrage.

Durch eine solche grundlegende Einführung in die Verortung der Fraktionen auf dem rechts-links Spektrum ist es möglich, die ursprünglichen Annahmen der eindimensionalen politikorientierten Entscheidungsmodelle auf die Prozesse des Europäischen Parlaments anzuwenden. Die spieltheoretischen Koalitionsansätze orientieren sich an der Anzahl bzw. am Gewicht im Sinne der Größe der Fraktionen. Da diese Rahmenbedingungen bereits in vorigen Kapiteln erörtert wurden, muss an dieser Stelle nicht mehr darauf eingegangen werden.

#### **A) Koalitionen mit dominanten Partnern**

Im kommenden Kapitel werden nun die Häufigkeiten der möglichen Zusammenschlüsse analysiert, die sich bei Koalitionen mit den dominanten Partnern der EVP-DE und SPE bilden. Grundsätzlich ist zu beachten, dass in diesen koalitionstheoretischen Entscheidungssituationen der dominante Partner pivotal (koalitionsentscheidend) ist. D.h. ohne die jeweilig große Fraktion kann unter diesen Voraussetzungen keine erfolgreiche Abstimmung stattfinden. Die Fraktionen der EVP-ED und SPE sind allerdings nur innerhalb des Subspiels der spezifischen Koalitionsvariante dominante Akteure. Im übergeordneten System des Wettbewerbs teilen sich beide ein Oligopol. Dies ist zu beachten. Die oben dargestellte kurze Einführung in die Positionierung der Fraktionen dient dabei dazu, neben den spieltheoretischen Ansätzen, auch die eindimensionale Politikfeldorientierung der Koalitionsbildung im Europäischen Parlament zu beleuchten.

Die Interpretation der Untersuchung legt nahe, dass eine Tendenz zur Bildung von minimal range Zusammenschlüssen besteht. Auf der anderen Seite existieren empirisch weitere Koalitionsvariationen, die durch die gegenteiligen zentripetalen Annahmen eines maximal splitted winning Modells gekennzeichnet werden können. In einem weiteren Abschnitt werden häufige Koalitionsvarianten durch aussagenlogische Operatoren beschrieben, um evtl. generalisierte Aussagen über die Koalitionsbildung statuieren zu können.

#### **4.4. EVP-ED Koalitionsvarianten und ihre Analyse durch Koalitionsbildungsmodelle**

### EVP Koalitionen

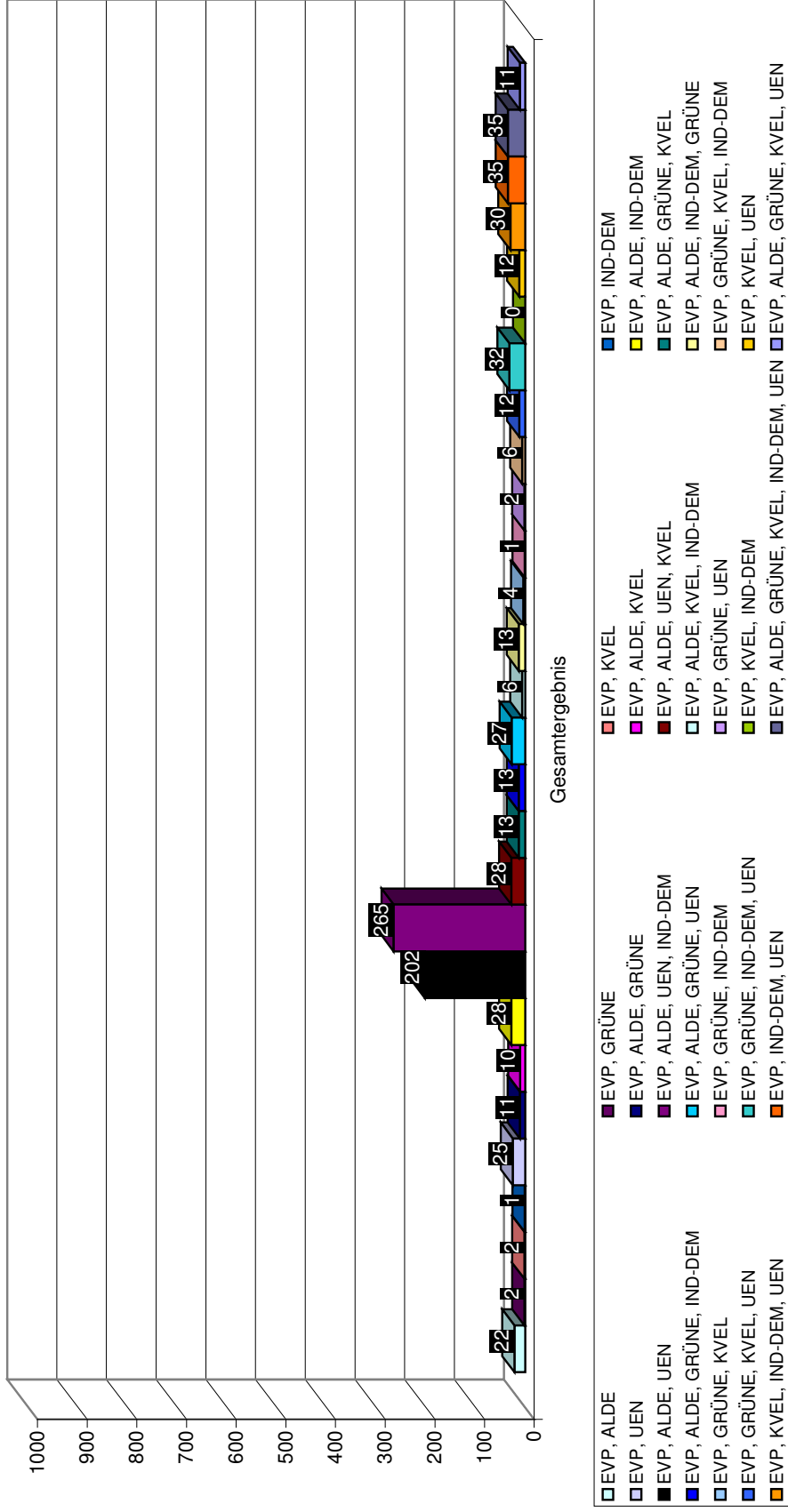


Schaubild VII. 6.: EVP-ED Koalitionskombinationen  
Quelle: Eigene Berechnung

Das Schaubild zeigt 28 verschiedene getestete Kombinationen mit der EVP-ED als dominantem Spieler.<sup>398</sup> Diese reichen von Partnerschaften mit lediglich einer weiteren Fraktion, bis hin zu Entscheidungen mit fünf anderen Fraktionen, außer der SPE. Statt einer ausgeglichenen Streuung, zeigt sich schon bei einem ersten Blick auf die Kombinationsverteilung, dass zwei Ausprägungen herausstechen. Dies sind die Koalitionen von **EVP-ED, ALDE und UEN** bzw. **EVP-ED, ALDE, UEN und IND-DEM**. Von 869 beobachteten EVP-Koalitionen können 467 allein auf diese beiden Kombinationen verteilt werden. Dies entspricht mit 53,7% über der Hälfte der Abstimmungen. Hier handelt es sich um minimal range Kombinationen. Diese sind durch die politische Nähe auf dem eindimensionalen Spektrum gekennzeichnet. Verhältnismäßig viele Koalitionen lassen sich demnach durch die Annahme der kleinsten inhaltlichen Spannbreite erklären.

**EVP-ED und ALDE** ohne weitere Partner haben dabei ausschließlich 22 mal eine Koalition gebildet. Auch hier bestätigt sich die minimal range Annahme. Zusätzlich gelten aber auch die Prämissen des minimum connected winning Ansatzes. Nicht nur die politische Nähe, sondern auch möglichst wenige Partner werden dabei in eine Koalition mit einbezogen. Zudem trifft das minimal winning Theorem bei durchschnittlicher Anwesenheit zu. Es werden ausschließlich so viele Partner wie nötig mit in die Koalition eingebunden. Eine Überschneidung besteht zudem zur minimum size Koalition. Hier werden so wenige Akteure wie möglich mit einbezogen.

Ähnliches gilt für **EVP-ED und UEN** (25 mal). Hier trifft die minimum size Annahme nicht nur auf die Anzahl der Partner, sondern auch auf die mögliche Größe der beiden Fraktionen insgesamt zu. Zwei Dinge werden dabei verdeutlicht. Einerseits treffen bei verschiedenen Konstellationen die Annahmen mehrerer Ansätze zu. Dies ist nicht verwunderlich, da ihre Prämissen aus der gleichen Theorie gewonnen werden. Zum Zweiten allerdings erklären das spieltheoretische minimum size Theorem und die strikt daraus abgeleiteten Modelle empirisch nur wenige Fälle der Entscheidungsfindung mit der EVP-ED als großer Fraktion. Um genau zu sein 5,6%.<sup>399</sup>

Die Dreierkoalition aus **EVP-ED, ALDE und IND-DEM** existiert im untersuchten Zeitraum 28 mal und diejenige aus **EVP-ED, IND-DEM und UEN** kann 35 mal beobachtet werden. Während Letztgenannte eine Koalition mit der geringsten Anzahl an Akteuren ist, so ist sie wie auch die Kombination zuvor, gleichzeitig ein Zusammenschluss mit der kleinstmöglichen Reichweite.

---

<sup>398</sup> Auf eine Kennzeichnung durch die offizielle Abkürzung wird der Übersichtlichkeit wegen im Schaubild verzichtet. EVP steht demnach für EVP-ED, GRÜNE für GRÜNE-EFA und KVEL für KVEL-NGL.

<sup>399</sup> Dies bezieht sich auf Kombinationen mit der EVP-ED als größter Fraktion.



Es ist aus bisherigen Untersuchungen anzunehmen, dass die bereits genannten vier Fraktionen grundsätzlich in einem rechts – links Politikspektrum nahe beieinander liegen.<sup>400</sup> D.h. ihr Programm deckt sich teilweise in spezifischen Feldern. Dies gilt, wie gezeigt, in weitaus geringerem Umfang für die Fraktionen GRÜNEN-EFA oder der KVEL-NGL. Sie sind im politischen Raum vergleichsweise weit entfernt.<sup>401</sup> Dennoch wurden 28 Beschlüsse mit Hilfe der Koalition von **EVP-ED, ALDE, UEN und KVEL-NGL** gefällt und 27 mit **EVP-ED, ALDE, UEN und GRÜNEN-EFA**. Weitere 32 mit **EVP-ED, GRÜNE-EFA, UEN und IND-DEM** bzw. 30 mit **EVP-ED, KVEL-NGL, UEN und IND-DEM**. Die Koalition mit allen Fraktionen außer der SPE (**EVP-ED, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, UEN und IND-DEM**) ist 35 mal vorhanden. Dies sind insgesamt 152 Entscheidungen bei denen Fraktionen koalieren, die nach den Annahmen der minimal range Entscheidungsfindung nicht zustande kommen dürften. Gleiches gilt für die Prämissen der minimal connected winning oder minimum size Modelle.<sup>402</sup> Für diese Fälle ist eine policy viable Koalition oder institutionell- oder politikzielorientierte Entscheidungsfindung anzunehmen. Auffällig ist zudem, dass die UEN bei diesen Kombinationen immer Koalitionspartner ist. Mit diesen Ergebnissen ist zudem keine Fraktion eindeutig auszumachen, die nicht koalitionsfähig ist. Ein diesbezügliches logisches Muster lässt sich nicht feststellen. Es zeigt sich jedoch eine zentripetale Tendenz mit einer Affinität zu ALDE und UEN als Koalitionspartner.

Obwohl auch alle anderen nicht genannten Koalitionen Zusammenschlüsse aus jeglichen Fraktionen oder auch aus Zweier-, Dreier-, Vierer- und Fünferkombinationen bestehen, sind sie weit weniger zu beobachten. Eine Entscheidung mit **EVP-ED, KVEL-NGL und IND-DEM** kommt im Forschungszeitraum nie zustande. Ähnliches gilt für **EVP-ED, GRÜNE und IND-DEM** oder **EVP-ED und IND-DEM** (je einmal) bzw. **EVP-ED und GRÜNE** oder **EVP-ED und KVEL-NGL** bzw. **EVP-ED, GRÜNE und UEN** (je zweimal). Auch dies wären nicht-spieltheoretisch orientierte Verbindungen. Im Gegenteil zu zuvor genannten Kombinationen zeigt sich jedoch, dass die Fraktion der UEN, aber auch die der ALDE nicht beteiligt sind. Diese beiden Koalitionspartner sind somit entscheidend für Koalitionen mit der EVP-ED als dominantem Spieler. Es stellt sich allerdings die Frage, ob diese Kombinationen nicht zustande kommen, weil die UEN bzw. ALDE nicht teilnehmen wollen, oder weil UEN und ALDE im Allgemeinen an Koalitionen mit der EVP-ED teilnehmen, d.h. sich ihr anschließen. Letzteres spräche für die Annahme einer Reihenfolge des Zusammenschlusses

---

<sup>400</sup> Vgl. hierzu auch Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

<sup>401</sup> Ebd. S.28ff.

<sup>402</sup> Siehe dazu Kapitel V, 5. Ansätze der Koalitionsbildungstheorie.

der Akteure. Rein aufgrund der Anzahl der Abgeordneten der Fraktionen GRÜNE-EFA und KVEL-NGL zumindest spricht nichts dagegen, dass es hier kaum Koalitionen ohne UEN und ALDE geben sollte. Eine Mehrheit bei durchschnittlicher Anwesenheit ist für die EVP-ED auch gemeinsam mit den GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL zu erreichen. D.h. es besteht Grund zur Annahme, dass sich die UEN und die ALDE immer dann anschließen, wenn die EVP-ED versucht, als dominanter Spieler im Subspiel eine Koalition zu bilden. GRÜNE-EFA und KVEL-NGL treten damit gewissermaßen als überschüssige Akteure zu EVP-ED, ALDE und UEN hinzu.

Die Konstellation dieser drei Fraktionen und ihre Analyse mit Hilfe der Koalitionsbildungstheorie legt damit die Interpretation nahe, dass sich hier aufgrund rationaler Machtorientierung ein Fraktionenblock bildet, der in Konkurrenz zu anderen Fraktionen steht.

#### 4.4.1. Generalisierte Aussagen

Eine weitere Untersuchung der Kombinationen mit den beiden EVP-ED Partnerfraktionen lohnt demnach, um mögliche generalisierbare Aussagen zu treffen, die die Entscheidungsfindung unter diesen Voraussetzungen genauer kennzeichnen. Hierbei werden folgende aussagenlogischen Zeichen verwendet. Sie bedeuten:

$\wedge$  = und

$\vee$  = und / oder (Disjunktion/nichtausschließendes „Oder“)

$\neg(A \leftrightarrow B)$  = oder (exklusives „Oder“ / entweder oder)

$\neg$  = nicht

Die ausschließliche Kombination der EVP-ED, ALDE und UEN zeigt sich dabei 202 mal. Das sind 24%. Übertragen auf eine allgemeine Aussage bedeutet dies:

$$K_{EVP_A} = EVP - ED \wedge ALDE \wedge UEN$$

Auffällig hingegen ist die Verbindung von EVP-ED und ALDE oder EVP-ED und UEN und deren Kombination bzw. Erweiterung um jegliche Möglichkeiten anderen Partner. Allein die Varianten, bei denen sich die drei Fraktionen zusammenfinden liegen bei 568 Fällen oder 65,4%.<sup>403</sup>

<sup>403</sup> Koalitionen der EVP-ED mit der ALDE und ohne UEN existieren im beobachteten Zeitraum 116mal.

$$K_{EVP} = EVP - ED \wedge ALDE (\vee X_{1,2..}) \wedge \neg UEN$$

Koalitionen der EVP-ED mit der UEN ohne die ALDE kommen mit 148 Zusammenschlüssen sogar noch häufiger vor.

$$K_{EVP} = EVP - ED \wedge UEN (\vee X_{1,2..}) \wedge \neg ALDE$$

$$K_{EVPB} = EVP - ED \wedge ALDE \wedge UEN (\vee X_{1,2,\dots})$$

Die Klammer (...) bedeutet, dass bei dieser Formulierung die Möglichkeit, dass sich andere Fraktionen anschließen, besteht, aber nicht zwingend ist. Zwei Drittel der Koalitionen mit der EVP-ED als dominantem Akteur können somit durch diese Funktion erklärt werden.

Die Annahme der Beteiligung von ALDE und/oder UEN mit oder ohne einem oder weiteren Spielern kann 92,1% der Koalitionen der EVP-ED als großer Fraktion beschreiben. Dieser sehr hohe Prozentsatz ist allerdings eine sehr vage Angabe, die hinsichtlich der Abschätzung des Zustandekommens spezifischer Kombinationen wenig Aussagekraft hat.

$$K_{EVPB} = EVP - ED \vee ALDE \vee UEN (\vee X_{1,2,\dots})$$

Sie zeigt allerdings einmal mehr, dass sich ALDE und v.a. die UEN als flexible und dauerhafte Koalitionspartner für die EVP-ED erweisen. Die ALDE kann dabei, als mittelgroßer Spieler, wie bereits für ihre voting-power gezeigt werden konnte, größeres Gewicht in die Koalition hineinlegen. Die UEN wäre rein vom Gesichtspunkt ihrer Sitzanteile aus betrachtet als einzelne Fraktion allerdings auch durch die GRÜNEN-EFA oder die KVEL-NGL leicht zu ersetzen. Es liegt damit nahe anzunehmen, dass sich die programmatischen Inhalte bzw. Ziele dieser Fraktionen überschneiden. Grundlegend kann also gezeigt werden, dass eine Tendenz dazu besteht, dass unter der Voraussetzung der EVP-ED als pivotalem Akteur der Subkoalition häufiger Zusammenschlüsse mit den Fraktionen UEN, ALDE und IND-DEM zusammenzuschließen, als mit GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL. Die Hypothese der Blockbildung oder Institutionalisierung der Verbindung von EVP-ED, ALDE und UEN wird dadurch nochmals unterstrichen. Es spricht demnach vieles dafür, dass sich bei übergroßen Koalitionen die GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL den drei Partnerfraktionen anschließen. Dieser Argumentation folgend ist eine Reihenfolge der Koalitionsbildung anzunehmen, wie dies auch der Shapley-Shubik Index konstatiert.<sup>404</sup>

#### 4.5. SPE Koalitionsvarianten und ihre Analyse durch Koalitionsbildungsmodelle

---

<sup>404</sup> Siehe voting-power Kapitel XXX

### SPE Koalitionen

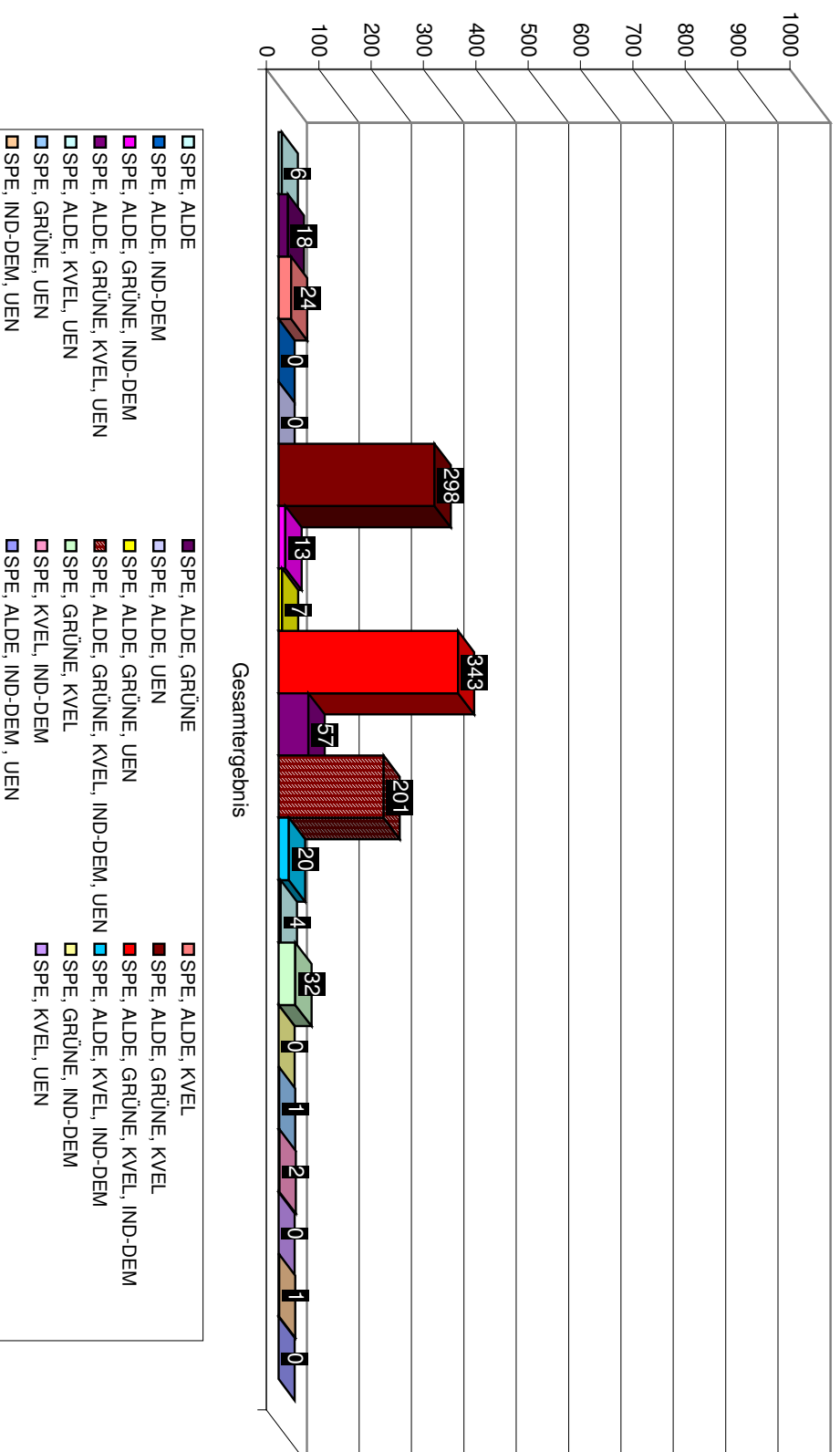


Schaubild VII. 7.: SPE Koalitionskombinationen

Quelle: Eigene Berechnung

Aufgrund dieser Ergebnisse stellt sich die Frage, ob solche Regelmäßigkeiten auch bei Koalitionen mit der SPE als größtem Partner auftreten. Gibt es auch hier spezifische Kombinationen, die häufig auftreten? Falls ja, welche Fraktionen können unter diesen Bedingungen gemeinsam Entscheidungen fällen.

Auch bei den 19 untersuchten SPE-Koalitionsvarianten zeigen sich signifikante Verteilungsmuster. Hier sind allerdings drei auffällige Ausprägungen zu erkennen. **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL** zeigen sich als Zusammenschluss 298 mal. Diese Koalition entspricht einer minimum range Koalition.

Dies gilt nicht für die Koalitionen von **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und IND-DEM**. Sie wurden im Untersuchungszeitraum 343 mal identifiziert. Und auch nicht für die Variante **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM und UEN**, also alle Fraktionen außer der EVP-ED finden sich bei 201 Entscheidungen zusammen. Eine etwas schwächere Anzahl von Koalitionsbildungen findet sich mit einer Anzahl von 57 bei den Fraktionen **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und UEN**. Sie entsprechen allerdings alle nicht dem minimum size, dem minimum connected winning bzw. dem minimal winning Prinzip. Alle Kombinationen weisen mehr Koalitionspartner als nötig auf. Sind also Koalitionen mit Übergröße. Zudem schließen sich hier die Fraktionen der IND-DEM oder auch der UEN an. Diese liegen auf dem eindimensionalen Politikspektrum verhältnismäßig weit entfernt von den anderen Teilnehmern. Die Hypothesen der spieltheoretischen Entscheidungsfindung, aber auch die Art der Rationalität der minimum range Koalitionsbildung greift hier nicht. Eine der Grundannahmen der Theorien der Reichweite zielt auf die Dauerhaftigkeit und Stabilität der Koalition ab. Diese sind jedoch bei der Entscheidungsfindung im Europäischen Parlament von sekundärer Bedeutung. Es ist deshalb anzunehmen, dass sich die Koalitionen mit politisch entfernten und überschüssigen Partnern bei Abstimmungen in spezifischen gemeinsamen, möglicherweise institutionellen Feldern bilden.

42 Entscheidungen werden durch eine Koalition von **SPE, ALDE und GRÜNEN-EFA** bzw. **SPE, ALDE, KVEL-NGL** getroffen. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse sind dies minimal winning Koalitionen. Sie haben die kleinstmögliche Anzahl von Partnern. Ebenso die Variante **SPE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL**. Sie kann im Untersuchungszeitraum 32 mal beobachtet werden. Sie ist zudem eine minimum connected winning Koalition bzw. minimum range Koalition. Ihrer Partner liegen auf der rechts – links Dimension nebeneinander. Während das minimal winning Bündnis von **SPE, IND-DEM und UEN** lediglich einmal auftritt, können Modulationen mit **SPE, ALDE, IND-DEM und/oder UEN** hingegen für

keinen Fall identifiziert werden. Die klassischen Koalitionsbildungsmodelle haben für einen solchen Zusammenschluss auch keine Erklärung. Was diese Ansätze zwar einerseits sozusagen negativ bestätigt. Es zeigt sich allerdings wie zuvor, dass die ausschließlich spieltheoretischen Modelle der Koalitionsbildung nur einen sehr geringen Prozentsatz der SPE-Kombinationen erklären können. In diesem Fall lediglich 7,2%.<sup>405</sup>

Analog zur Koalitionsbildung mit der EVP-ED spiegelt sich damit die Entscheidungsfindung mit der SPE als dominanter Akteurin. Hier sind hingegen ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL Partner- bzw. Stammkoalitionsfraktionen. Dies bestätigt, dass Kombinationen ohne die genannten Akteure höchst selten auftreten. Damit ergibt sich auch hier eine Reihenfolge der Koalitionsbildung, wie sie der Shapley-Shubik Index postuliert. Demnach ist anzunehmen, dass die IND-DEM und die UEN sich erst anschließen, wenn bereits eine Koalition der SPE mit den ALDE, GRÜNEN-EFA und der KVEL-NGL besteht. Wie kann dieser Zusammenhang aussagenlogisch dargestellt werden und welche Häufigkeiten ergeben sich aus diesen Kombinationen?

#### 4.5.1. Generalisierte Aussagen

Es konnte bereits gezeigt werden, dass ein Großteil der SPE-Kombinationen durch einen Anschluss der Fraktionen der ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL gekennzeichnet sind. Mit Hilfe der bereits oben benutzten Operatoren ausgedrückt lässt sich dies folgendermaßen darstellen:

$$K_{SPE_A} = SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL$$

Die so gebildeten 298 Koalitionen wirken sich in 29,0% der beobachteten Fälle aus.

Die Koalition von SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL und/oder weiteren Fraktionen tritt demnach im Ganzen 899 mal auf. Dies sind 87,5% der 1027 SPE-Koalitionen.

$$K_{SPE_B} = SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL(\vee X_{1,2,\dots})$$

Wieder zeigt die Klammer (...), dass bei dieser Formulierung die Möglichkeit, dass sich andere Fraktionen anschließen, besteht, aber nicht zwingend notwendig ist. Die Koalitionshäufigkeiten mit Stammkoalitionspartnern und/oder anderen sind im Vergleich zur EVP-ED damit wesentlich höher.

---

<sup>405</sup> Dies bezieht sich auf die Zahl der Abstimmungen mit der SPE als größter Fraktion. Insgesamt führen Annahmen mit dem minimal winning Theorem zur Erklärungskraft von 1,15% aller gewerteten Abstimmungen.

#### 4.6. Resumee: Stammkoalitionsfraktionen und Variationen

Zweier- und Dreierkombinationen von Koalitionen kommen bei SPE-Zusammenschlüssen, wohl auch bedingt durch die Mehrheitsverhältnisse, d.h. institutionellen Variablen, weniger oft zustande, als Kombinationen mit vier, fünf oder sechs Fraktionen. Somit lässt sich beobachten, dass sich verhältnismäßig mehr Fraktionen bei SPE-Kombinationen zusammenschließen, als bei EVP-Kombinationen. Damit zeigt sich für die SPE als dominantem Spieler ein Faktor der Pluralität, der die Zusammenschlüsse kennzeichnet. Die gemeinsame Entscheidungsfindung von verschiedenen Akteuren ist dabei, so auch Tsebelis, meist bei einem großen Winset möglich.<sup>406</sup> Diese Tatsache spricht dafür, dass es sich hierbei um Abstimmungen handelt, die durch inhaltliche Kompromisse gekennzeichnet sind. Die Teilnahme von GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL bei EVP-Kombinationen kann sich auch auf diese Weise erklären lassen.

Eine weitere Gemeinsamkeit lässt sich erkennen. Während GRÜNE-EFA und KVEL-NGL weit weniger an Koalitionen mit der EVP-ED teilnehmen so gilt dies für die IND-DEM und UEN für Zusammenschlüsse mit der SPE. Damit kann ein weiteres Argument angeführt werden, das den Parteien- bzw. Fraktionenwettbewerb im Europäischen Parlament unterstreicht. Wie bereits erwähnt unter der Voraussetzung der Koalitionsbildung mit jeweils einem dominanten Partner. Die in diesen Fällen vorhandene Konkurrenz der beiden großen Fraktionen scheint sich damit analog auch auf die kleinen Fraktionen abzubilden. Die UEN wird demzufolge versuchen möglichst exklusive Koalitionen mit der EVP-ED zu bilden. Im Gegenzug gilt dies für die GRÜNEN-EFA und die KVEL-NGL bei Koalitionen mit der SPE als Pivotakteur. Die kleinen Fraktionen können dadurch ihre Einflussmöglichkeiten proportional zu ihrem Gewicht sehr stark steigern. Die Ergebnisse der voting-power Berechnungen werden somit empirisch untermauert.<sup>407</sup> Dass eine solche exklusive Koalitionsbildung allerdings nur in ca. einem Viertel bzw. etwa einem Drittel der dominanten Abstimmungen stattfindet, zeugt von einer insgesamt zentripetalen Neigung des Fraktionensystems (Vgl. Hypothese 3) oder aber vom Versuch, den Status der Exklusivität anderer kleiner Parteien verhindern zu wollen. Damit steigt selbstverständlich immer auch der eigene Nutzen der jeweiligen Koalitionspartner.

Die IND-DEM bleibt hingegen außen vor. Sie scheint nicht den Status einer Stammkoalitionsfraktion zur Koalitionsbildung mit einem großen Partner inne zu haben. Dies

---

<sup>406</sup> Vgl. Tsebelis, George: Veto Players: how political institutions work, Princeton, 2002, v.a. Kapitel I.

<sup>407</sup> Siehe Kapitel VI, 2. Machtverhältnisse – Voting-Power im Europäischen Parlament.

mag an ihrer Positionierung im Politikspektrum liegen. Im Vergleich zur UEN kann die Stellung der IND-DEM auf der Rechts-links-Skala dazu allerdings keine Auskunft geben.

Die Stellung der ALDE hingegen unterscheidet sich noch stärker von den kleinen Fraktionen. Sie fungiert indes als Scharnierspieler („hinge party“). Damit ist sie, neben ihrer pivotalen Tendenz, die aus den Mehrheitsverhältnissen des Europäischen Parlaments resultiert, offensichtlich auch in der Lage mit jeglichen Partnern Koalitionen einzugehen. Demnach befindet sie sich nicht nur auf der Ebene der Größenverhältnisse, sondern zudem auf der inhaltlichen Ebene in einer hochflexiblen Zentrumsposition, die es ihr ermöglicht, sich überproportional häufig an der Entscheidungsfindung des Parlaments zu beteiligen und diese somit zu beeinflussen. Sie ist nicht nur Stammkoalitionsfraktion, sondern fester Bündnispartner und Mehrheitsbeschaffer beider großer Fraktionen.

Würde die Koalitionsbildungsanalyse des Europäischen Parlaments dafür benutzt, Vorhersagen zu machen, so zeigt sich sowohl für Kombinationen mit der EVP-ED, als auch für solche mit der SPE als größter Partei jeweils ein sehr häufig vorkommendes Muster. Die aufgestellten aussagenlogischen Funktionen helfen dabei, diese Regularitäten zwar generalisiert aber trotzdem exakt auszudrücken. Während die ALDE sich unabhängig im Raum, zwischen den großen Fraktionen bewegt, schließt sich die UEN häufiger der EVP-ED an, die GRÜNEN-EFA und die KVEL-NGL hingegen öfter der SPE.

<b>Prozentuale Anteile an der Koalitionsbildung</b>							
<b>Periode</b>	<b>EDD / IND-DEM</b>	<b>ALDE</b>	<b>KVEL-NGL</b>	<b>EVP-ED</b>	<b>SPE</b>	<b>UEN</b>	<b>GRÜNE-EFA</b>
2000	60,20	79,74	62,15	81,94	87,36	56,22	68,93
2001	63,16	85,30	64,25	85,12	91,74	70,60	71,60
2002	59,77	84,34	67,86	88,02	91,50	76,87	70,01
2003	60,17	88,28	65,31	80,50	89,71	69,14	68,54
2004	59,36	90,81	64,42	85,12	87,88	69,79	67,94
2004 / 2005	51,65	91,51	54,48	92,10	80,66	83,25	60,85
<b>Gesamt gewichtet</b>	<b>56,49</b>	<b>75,29</b>	<b>60,03</b>	<b>81,00</b>	<b>84,02</b>	<b>66,07</b>	<b>64,99</b>

Tabelle VII. 16.: Prozentuale Anteile der Fraktionen an der Koalitionsbildung

Quelle: eigene Berechnung

Diese Muster der Koalitionsbildung, und damit auch der Status der ALDE als Scharnierpartei, zeigt sich auch im Vergleich der prozentualen Anteile an den Koalitionen. Sie hat mit im Ganzen über 75% den größten Anteil kleinerer Fraktionen.<sup>408</sup> Zudem steigt ihre Koalitionsbildungshäufigkeit, v.a. in der sechsten Legislaturperiode, deutlich an. Während die

<sup>408</sup> Der Durchschnitt der Anzahl der anteiligen Abstimmungen ist hier gewichtet. Das bedeutet, dass nicht die in der Tabelle angegebenen Prozentwerte der Perioden als Bezugspunkt für den Gesamtwert betrachtet werden, sondern die Anzahl der Abstimmungen in diesen Zeiträumen in den Schnittwert mit einbezogen wird. Auf diese Weise kann etwa ein geringerer Wert als Ergebnis aufgeführt werden, als das dies beim schlichter Addition und Mittelwertbildung der Fall wäre.



SPE im gesamten Untersuchungszeitraum an 84,02%, so gilt dies für die EVP-ED für 81,00%. Dennoch ist hier deutlich auf die Zeitspanne 2004 / 2005 zu verweisen. EVP-ED, ALDE und UEN legen hier stark zu, wohingegen SPE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und ebenso IND-DEM weniger an der Koalitionsbildung beteiligt sind. Wie bereits oben gezeigt werden konnte, verschiebt sich damit die Gewichtung nach der Vergrößerung des Parlaments in das christdemokratisch-konservative Lager.<sup>409</sup> Dabei ist anzunehmen, dass sich dies auch auf die inhaltliche Dimension der Legislativdokumente und der Ausrichtung der Kammer als Ganzes auswirkt.

Eine ausschließliche Kombination von EVP-ED, ALDE, UEN und eventuellen weiteren Partnern erklärt etwa ein Viertel der EVP-Koalitionen. Die etwas vagere Annahme der Hinzunahme einer Fraktionen oder weiteren Fraktionen erklärt über 65%. Für eine reine Koalition aus SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL gilt Ähnliches wie zuvor. Es zeigt sich eine Häufigkeit von 29%. Einen weitaus höheren Prozentsatz ergibt hier die weniger bestimmte Formulierung der Annahme des oben genannten Bündnisses mit der eventuellen Erweiterung durch eine Fraktion oder andere Fraktionen. Er liegt bei 87,5%, d.h. bei sieben Achtel der Entscheidungen. Da die Mehrheitsverhältnisse der Kammer auch die Koalitionsmöglichkeiten beeinflussen, ist die SPE, in Konkurrenz zur EVP-ED, dazu gezwungen, weitaus mehr Stimmen zu einer Mehrheitsbildung zu vereinigen. Die Wahrscheinlichkeit von Koalitionen der SPE mit mehreren Partnern steigt also genauso wie die Häufigkeit Kompromisse eingehen zu müssen.

Es kann gezeigt werden, dass 24,5% der EPV-Koalitionen und 29% der SPE-Koalitionen minimal range Entscheidungen sind. Hierbei werden lediglich so viele politische Nachbarn hinzugefügt, bis eine Koalitionsmehrheit entsteht.<sup>410</sup> Rein auf spieltheoretischen Annahmen basierende Konzepte erklären hingegen nur einen Bruchteil der Entscheidungsfindung. D.h. 5,6% bzw. 7,2%. Sowohl mit der SPE als auch mit der EVP-ED bilden sich zahlreiche übergroße Koalitionen. Das minimal winning Theorem erweist sich auf diese Weise für die empirische Koalitionsforschung und -bildung des Europäischen Parlaments als nur wenig aussagekräftig. Auch das Modell der minimal connected winning und damit der minimal range Erklärung weist nicht bei allen Entscheidungen eine Erklärungskraft auf. Es werden durchaus Koalitionen mit Partnern gebildet, die im politischen Raum weiter entfernt liegen. Allerdings erst wenn sich die ALDE und die Partnerfraktionen der SPE, also die GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL, bzw. der EVP, also die UEN, schon angeschlossen haben. Durch ein

---

<sup>409</sup> Vgl. Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Europäischen Fraktionen: Variationsbreite der Entscheidungsfindung.

<sup>410</sup> Zu Koalitionsbildungstheorie siehe Kapitel V, 5. Ansätze der Koalitionsbildungstheorie.

solches Muster zeichnet sich bei einigen Koalitionsbildungen in der Empirie eine kontradiktorische Bewegung ab. Dies könnte als maximal splitted winnig Modell bezeichnet werden.

## **B) Spielarten großer Koalitionen**

Wie verdeutlicht werden konnte, besitzen die Koalitionen mit dominanten Fraktionen besondere Eigenheiten. Die verschiedenen Koalitionsbildungstheorien erklären dabei jeweils nur Anteile der Koalitionsvarianten. Wie verhält sich dies nun bei den Zusammenschlüssen der großen Fraktionen? Eine reine Koalition aus EVP-ED und SPE widerspricht nicht per se dem minimal winning Theorem, den Annahmen rationaler Entscheidungsfindungsmodelle oder der bargaining position, bei der sich möglichst wenige Akteure zusammenschließen, um so viel Verhandlungsmacht wie möglich zu erhalten.

Wie sich jedoch zeigen wird, sind die meisten Varianten großer Koalitionen indes Koalitionen mit Übergröße. D.h. dass sich mehr Fraktionen als nötig in der Entscheidungsfindungssituation zusammenschließen. Eine solche Tendenz konnte auch schon in den vorigen Abschnitten, für die EVP-ED und SPE-Varianten, festgestellt werden. Viele der kurzfristigen Bündnisse sind sogar Allparteienkoalitionen, dass sich die Frage nach der Institutionalisierung einer solchen stellt. Es lohnt sich demnach zu analysieren, welche Motive auf die übergroßen Koalitionen im Europäischen Parlament einwirken. Bereits zuvor angestellte theoretische Vorüberlegungen können bei dieser Analyse hilfreich sein.<sup>411</sup>

Die Vermutung liegt nahe, dass wie bereits zuvor auch hier spezifische generalisierbare Regelmäßigkeiten vorhanden sind, die die Entscheidungsmechanismen der großen Koalitionen kennzeichnen. Die Ergebnisse weisen außerdem darauf hin, dass Teile der großen Koalitionen nicht zwangsweise unter dem Aspekt des Zusammenschlusses der beiden größten Fraktionen betrachtet werden müssen. Es ergibt sich damit die denkbare Möglichkeit, dass einige Kombinationen auf Koalitionen mit einer dominanten Fraktion hinweisen, denen sich eben eine weitere, in diesem Fall große Fraktion anschließt.

## **4.7. Große Koalitionsvarianten und ihre Analyse durch Koalitionsbildungsmodelle**

---

<sup>411</sup> Siehe Kapitel Koalitionsbildungstheorie XXX

### Große Koalitionen

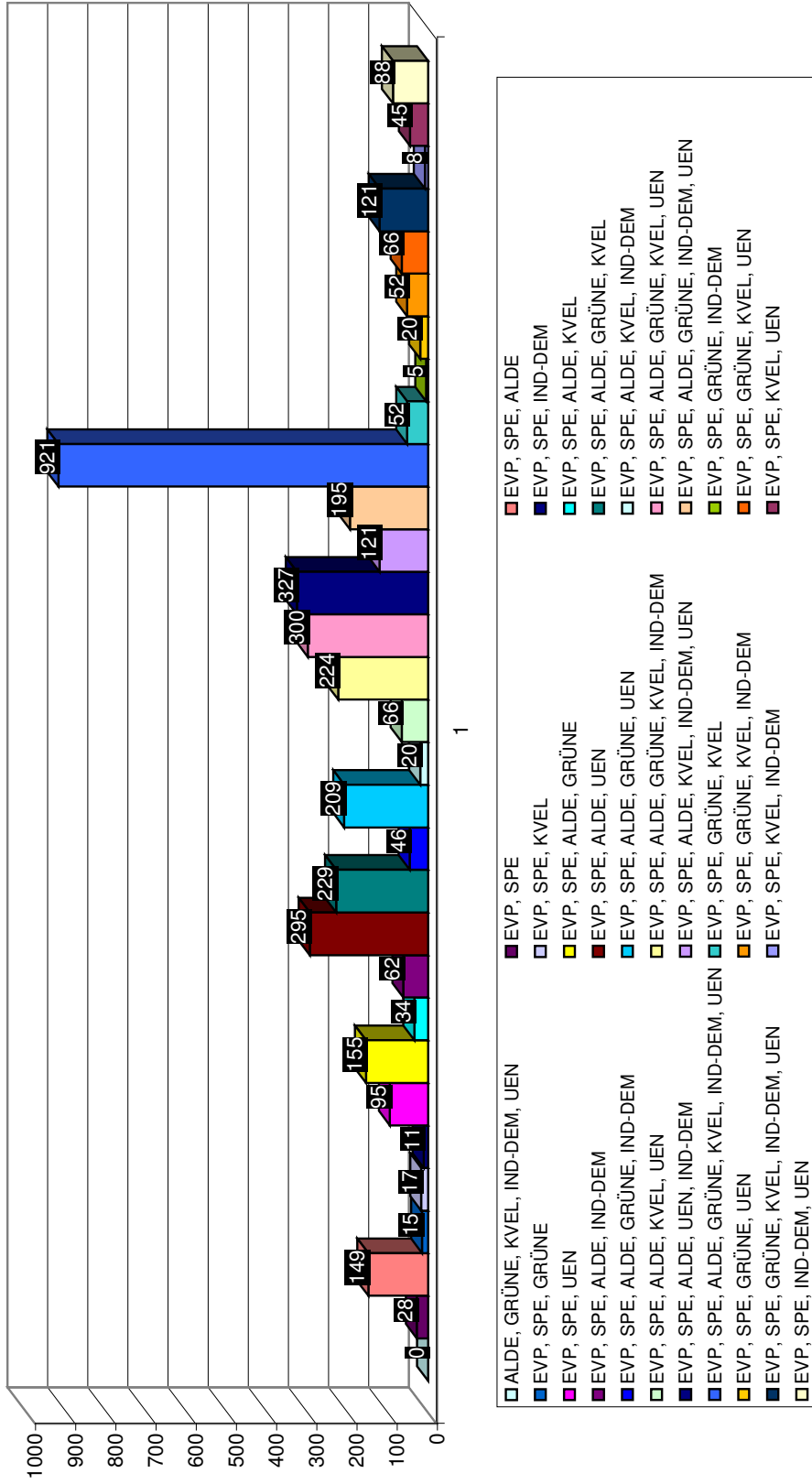


Schaubild VII. 8.: Große Koalitionskombinationen  
Quelle: Eigene Berechnung

Die erste Kombination (links) des Schaubilds bildet alle Fraktionen außer der EVP-ED und SPE, also **ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM und UEN** ab. Sie kann nur in bestimmten Situationen empirisch eine Mehrheit stellen. Denkbar wäre etwa eine insgesamt geringe Anwesenheit bei unterdurchschnittlicher Teilnahme von Abgeordneten der beiden großen Fraktionen im Plenum. Es zeigt sich allerdings, dass diese Kombination nicht als große Koalition, d.h. als Zusammenschluss besonders vieler Akteure, berücksichtigt werden muss. Sie kommt bei 5844 getesteten Abstimmungen niemals vor.

Die weiteren 30 im Diagramm gezeigten Koalitionskombinationen zeigen demnach ausschließlich Variationen von großen Koalitionen, im Sinne der Teilnahme von **EVP-ED und SPE**. Eine reine Koalition dieser beiden Fraktionen ist im beobachteten Zeitraum lediglich 28 mal vorhanden. Damit kann sie in dieser Form als nicht institutionalisiert betrachtet werden. Sie ist die einzige Variante, die sich mit den Theoremen der spieltheoretischen Entscheidungsfindung erklären ließe. Demnach könnte sie sowohl als minimal winning, als auch als minimum size Koalition typologisiert werden. Es schließen sich nur so viele Partner wie nötig an, um eine Mehrheit zu erreichen.<sup>412</sup> Zudem ist durch eine Koalition dieser beiden Akteure schon bei durchschnittlicher Anwesenheit eine absolute Mehrheit zu erreichen, wie sie beispielsweise in der zweiten Lesung des Mitentscheidungsverfahrens von Nöten ist.

Alle weiteren in diesem Zusammenhang beobachteten Koalitionsvarianten sind Koalitionen mit Übergröße. Sie sind nicht durch die Prämissen der rein spieltheoretischen Entscheidungsmodelle zu erklären. Dies bedeutet jedoch nicht, dass keine Rationalität bzw. Willkür die Entscheidungen des Europäischen Parlaments prägt. Vielmehr ist anzunehmen, dass an die Stelle purer größenorientierter Machtzentrierung andere Zielerreichungsfunktionen wie die der Politikorientierung oder der gesamtinstitutionellen Positionsdemonstration und -implementierung rücken. Gegen chaotische oder entropieähnliche Zustände sprechen zudem die vorigen Analysen, die eindeutige Koalitionsbildungsmuster erkennen lassen.

Ein erster Hinweis darauf ergibt sich bereits bei Betrachtung der Dreierkombinationen. Während Varianten mit **EVP-ED, SPE und GRÜNE-EFA bzw. KVEL-NGL oder IND-DEM** insgesamt 43 mal vorkommen, so gibt es eine **große Koalition mit UEN** 95, eine mit **ALDE** sogar 149 mal. Allein die unterschiedlichen Häufigkeiten in der die Varianten auftreten und deren eindeutige Gewichtung sprechen gegen eine beliebige Entscheidungsbildung.

---

<sup>412</sup> Dies gilt selbstverständlich auf der Ebene der Fraktionen bzw. Gruppenakteure und nicht auf Grundlage der Anzahl der MEPs, die nötig wären, um eine Mehrheit zu bilden.

### **Kombinationen mit dominanten Partnern.**

In den Viererkombinationen, die die Fraktion der Liberalen beinhalten (EVP-ED, SPE, ALDE), zeigt sich in 155 Fällen eine Kombination mit den **GRÜNEN-EFA**. Mit **KVEL-NGL** und **IND-DEM** 34 bzw. 62 mal. Ein starker Ausschlag ist bei einer Modulation mit der **UEN** als viertem Partner zu verzeichnen. Dies sind im Gesamten 295 Abstimmungen. Schon hier lässt sich eine Analogie mit den Ergebnissen der vorigen Untersuchung der Zusammenschlüsse mit dominanten Fraktionen erkennen. Trotz des Beitritts der SPE erweist sich die UEN also auch in dieser Konstellation, mit einer ausdrucksstarken Ausprägung, als Stammkoalitionsfraktion der EVP-ED. 7,4% der Großen Koalitionen werden so durch eine dominante EVP-ED Variante gebildet.

Das angesprochene Muster der Partnerfraktionen zeigt sich auch bei Fünferkombinationen mit der ALDE. Also der Variante **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL**. Die GRÜNEN-EFA und die Konföderale Fraktion der Europäischen Linken können dabei wieder als Partnerfraktionen der SPE identifiziert werden. Wenngleich diese Koalitionen keine reinen minimal connected winning oder minimal range Koalitionen nach einem eindimensionalen Politikbereichsschema darstellen, so zeigt sich doch eine gewisse Affinität der Wahl nahestehender Fraktionen. Sie konnte 229 mal registriert werden. Dies sind 5,8%. Ähnliches gilt für den Zusammenschluss von **EVP-ED, SPE, ALDE, UEN und IND-DEM**. Hier zeigt sich die am häufigsten vorkommende EVP-ED Koalition aus der vorigen Analyse 327 mal. Also in 8,2% der großen Koalitionen. Dies unterstreicht die Ergebnisse der bisherigen Untersuchung. Die Untersuchung der Häufigkeiten zeigt, dass trotz der Bildung einer scheinbaren großen Koalition, der Status der Stammkoalitionsfraktion erhalten bleibt. Oder anders ausgedrückt: auch wenn eine weitere große Fraktion hinzutritt, so bleiben die Partnerfraktionen der zuvor jeweils dominanten Fraktion bestehen. In diesem Fall wäre damit nicht der Zusammenschluss der großen Fraktionen der Bezugspunkt, sondern das Modell des Dominanten Spielers würde als Erklärungsansatz greifen. Die Stimmanzahl zum Erreichen einer Mehrheit wären durch diese Konstellationen ja schon im Vorfeld gesichert. So würde etwa nicht die UEN zu EVP-ED, SPE bzw. ALDE hinzutreten, sondern vielmehr die SPE zu EVP-ED, ALDE und UEN. Gleiches gilt demnach für den Beitritt der EVP-ED zu SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL.

Bei diesen Mehrheiten jedoch scheinen sich GRÜNE-EFA und UEN fester an ihre jeweiligen großen Partner zu binden, als die KVEL-NGL. Während **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und UEN** 209 mal als Partner Entscheidungen treffen, so gilt dies für **EVP-ED, SPE,**

**ALDE, KVEL-NGL und UEN** für 66 Abstimmungen. Eine weitere Modulation dessen bildet die Sechserkombinationen mit der ALDE, der SPE Stammformation mit Zutritt von EVP-ED und IND-DEM. **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und IND-DEM**. Sie existiert im untersuchten Zeitraum 224 mal. EVP-ED und IND-DEM würden sich nach diesem Ansatz zu SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL hinzugesellen.

### **Sichere große Koalitionen**

Die Koalitionen von **EVP-ED, SPE, ALDE, KVEL-NGL, IND-DEM und UEN** (121 Koalitionen) bzw. **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, IND-DEM und UEN** (195 Zusammenschlüsse) deuten nur noch schwach auf eine EVP-ED Stammform mit einem Hinzustoßen von SPE, KVEL-NGL bzw. GRÜNEN-EFA und IND-DEM hin. Es ist eindeutig, dass eine solche Varianten zudem mit der Wahl von nahestehenden Partnern auf einem eindimensionalen Politikschema nicht mehr ohne Weiteres interpretiert werden kann. Genauso zeigt sich hier nur noch die Tendenz zum Modell der dominanten Fraktion. Eine eindeutige Typisierung im Rahmen dieses Ansatzes ist aufgrund der Häufigkeiten nicht mehr möglich. Es ist deshalb anzunehmen, dass das office-seeking auch hier beiseite rückt. Im Gegenzug ist stärker vom Ziel einer inhaltlichen Politikimplementierung auszugehen. Es liegt demnach nahe, in diesen Fällen von einer tatsächlichen Großen Koalition, d.h. von Zusammenschlüssen der EVP-ED und SPE mit anderen Partnern auszugehen.

Die selben Annahmen betreffen auch die Koalition **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und UEN**. Bleibt man hier allerdings dem Argumentationsmuster der jeweils dominanten Fraktion treu, so besteht ein Split. D.h. die beiden Fraktionsblöcke stoßen in einer Synthese aufeinander. Sie implodieren gleichsam. Dies kann als ihre vollständige Auflösung betrachtet werden. Damit ist fraglich, ob bei diesen Abstimmungen noch von parteilicher Konkurrenz die Rede sein kann. Hier ist vielmehr anzunehmen, dass die Fraktionen auf der Basis von Kompromissen miteinander kooperieren.<sup>413</sup> Zudem ist eine solche Konstellation im Untersuchungszeitraum 300 mal (7,6%) angewendet worden.

Ein Paradoxon für jegliche Art macht- oder postenorientierter Koalitionsforschung ist die **Allparteienkoalition**. Gleichzeitig ist sie bezeichnend und prägend für die Entscheidungsfindung innerhalb des Europäischen Parlaments. Sie ist wohl auch ein Grund für seinen institutionellen Weg und die Entwicklung seiner Befugnisse innerhalb der Europäischen Union. Zumindest wenn Zusammenarbeit als Möglichkeit betrachtet wird,

---

<sup>413</sup> Zur Entscheidungsfindung im Europäischen Parlament durch Kompromisslösungen siehe: Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.171f.

politischen Wandel herbeizuführen.<sup>414</sup> Des Weiteren ist sie Ausdruck von Kompromiss und konsensualer Entscheidungskoordination und -kultur. Alleine 921 der 3976 Koalitionen mit EVP-ED und SPE sind Allparteienkoalitionen. Dies entspricht 23,2%. Damit ist sie die Variante, die am Häufigsten für das Fällen von Entscheidungen gewählt wird. Auch wenn der Wettbewerb zwischen den Fraktionen sich erst durch seine Institutionalisierung und die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlaments entwickelt und ausgeprägt hat,<sup>415</sup> so kennzeichnet die Bereitschaft zu Kompromisslösungen noch immer die Arbeit der Kammer. Bisherige Befunde des Zerfalls des einheitlichen Stimmverhaltens und des Zusammenhalts des Parlaments als Institution können durch die empirischen Ergebnisse der Entscheidungsfindung in ihrer Absolutheit nivelliert werden.

*“While cohesion of parties has grown, cohesion of the European Parliament as a whole has decreased steadily since 1988, due to a constant decline in the number of votes with near unanimity or high majority. As a result, voting in the European Parliament tends to follow a pattern of most democratic parliaments, of minimum-winning majorities against minimum-losing-oppositions.”<sup>416</sup>*

Es mag zwar sein, dass das Europäische Parlament sich in zurückliegenden Legislaturperioden noch stärker als heute gemeinsam als Institution positioniert hat. Die vorhandenen Daten reichen nicht soweit zurück, um diese zu bestätigen. Dass diese interne Zusammenarbeit jedoch langsam endet und einer vollständigen Konkurrenz weicht, dagegen sprechen schon die vorgelegten Ergebnisse der Häufigkeiten v.a. mit dem Argument des Anteils an übergroßen Koalitionen von 86% und den Allparteienkoalitionen, die 15,8% der gesamten Abstimmungen ausmachen. Eine grundlegende Verschiebung hin zu einer gänzlich machtorientierten Koalitionsbildungspolitik ist jedenfalls nicht auszumachen.

Für die Bildung Großer Koalitionen und gegen eine Koalitionsbildung ausschließlich aufgrund von minimum winning Mehrheiten sprechen weitere Beobachtungen: Koalitionen ohne die liberale Fraktion. Die ALDE ist als mehrheitsbeschaffende Fraktion nicht mehr notwendig, wenn sich EVP-ED und SPE zusammenschließen. Insgesamt werden Entscheidungen während des Untersuchungszeitraums 457 mal nach diesem Muster gebildet. (11,5%) Dabei sticht die Variation von **allen Fraktionen außer der ALDE** heraus (121 mal). Die damit nahezu als Contrakoalition gegen diese Fraktion gewertet werden könnte. Für den expliziten Zusammenschluss beider großer Fraktionen sprechen hingegen die Mehrheitsverhältnisse. D.h. etwa, dass eine Mehrheitsbildung durch EVP-ED, UEN und IND-DEM ohne die SPE nicht möglich wäre. Zumindest bei absoluter Anwesenheit. Eine große

<sup>414</sup> Vgl. Tsebelis, George: Veto Players: how political institutions work, Princeton, 2002.

<sup>415</sup> Vgl. Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: A Normal Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001, EPRG working paper Nr.9, 2002. S.25. <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/pdf/Working%20Paper%209.pdf>

<sup>416</sup> Ebd.

Koalition von EVP-ED und SPE genügt für eine Mehrheit. Die kleinen Fraktionen könnten sich daraufhin den großen Fraktionen anschließen. Vieles spricht damit dafür, dass zunächst eine Mehrheit durch EVP-ED und SPE gesichert wird, der sich dann weitere Partner ansiedeln. Die folgende Argumentation bezieht sich demnach auf die letzte oben erläuterte und nachstehende acht Koalitionsvarianten:

- EVP, SPE, IND-DEM, UEN
- EVP, SPE, KVEL, UEN
- EVP, SPE, KVEL, IND-DEM
- EVP, SPE, GRÜNE, KVEL, UEN
- EVP, SPE, GRÜNE, KVEL, IND-DEM
- EVP, SPE, GRÜNE, UEN
- EVP, SPE, GRÜNE, IND-DEM
- EVP, SPE, GRÜNE, KVEL

Auch hier können abermals keine Argumente für das minimum winning Theorem und seine Folgemodelle gefunden werden. Die Anzahl der Spieler übersteigt das nötige Minimum der Stimmen meist beträchtlich. Auch die Annahme der bargaining Position etwa, bei der sich möglichst wenige Partner anschließen, damit eine bessere Verhandlungsposition aller gewährleistet wird, greift nicht. Ebenso wenig kann ein einzelner dominanter Spieler im Koalitionssubspiel ausgemacht werden. Es kann auf dieser Grundlage davon ausgegangen werden, dass diese Ausprägungen sich aufgrund zuvor gebildeter großer Koalitionen mit politikorientierter Zielausrichtung bilden.

#### **4.7.1. Generalisierte Aussagen**

Wie bereits bei Koalitionen mit dominanten Partnern, sollen im folgenden Abschnitt die aufgrund der Häufigkeiten erkennbaren Regelmäßigkeiten der Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments anhand von aussagenlogischen Operatoren generalisiert werden. Die auffälligen Muster der Koalitionsbildung können auf diese Weise noch besser veranschaulicht werden.

Zunächst wurde verdeutlicht, dass ein gemeinsames Fällen von Entscheidungen der beiden großen Koalitionen nicht zwangsläufig als Bildung einer großen Koalition betrachtet werden muss. Das bedeutet, dass die Stammkoalitionsfraktionen des jeweilig dominanten Partners vorhanden bleiben. Die so gebildete Koalition wird damit lediglich durch eine weitere, in diesem Fall große Fraktion, d.h. EVP-ED und SPE, ergänzt. Die oben aufgestellten Aussagen können auf diese Weise auch für Anteile der scheinbar großen Koalitionen als gültig



betrachtet werden. Es gilt deshalb für die Varianten **EVP-ED, SPE, ALDE und UEN** oder **EVP-ED, SPE, ALDE, UEN und IND-DEM** der selbe logische Ausdruck wie für Variationen mit der EVP-ED als dominantem Spieler:

$$K_{EVP\text{-}C} = EVP - ED \wedge ALDE \wedge UEN (\vee X_{1,2,\dots})$$

$$X = \neg(\text{GRÜNE} - EFA \vee \text{KVEL} - \text{NGL})$$

GRÜNE-EFA und KVEL-NGL müssen jedoch zur eindeutigen Identifizierung der Koalitionen mit dominanten Akteuren als Partnerfraktionen der SPE ausgeschlossen werden. 295 bzw. 327 Abstimmungen können mit Bestimmtheit auf eine derartige Koalitionsbildung zurückgeführt werden. Dies entspricht 15,6% der erfassten Entscheidungen unter dem Aspekt der großen Koalitionen. Werden nun zu diesen 622 Koalitionen die 568 EVP-ED Muster mit dominanter Fraktion zugerechnet (siehe oben), so ergibt sich eine Prozentzahl von 20,4% der insgesamt erfassten Abstimmungen. Das bedeutet, dass etwa ein Fünftel der Abstimmungen durch diese generalisierte Aussage erfasst werden können. Die EVP-ED ist unter diesem Gesichtspunkt die dominante Fraktion in 1190 von 5844 Fällen.

Im Gegenzug ist es in diesem Rahmen möglich, bestimmte Kombinationen der SPE als dominantem Spieler zuzuordnen, die mit der EVP-ED gebildet werden. Die Kombinationen **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL**, mit 229 Abstimmungen, bzw. **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und IND-DEM**, 224 Entscheidungen, fallen in dieses Schema.

$$K_{SPE\text{-}C} = SPE \wedge ALDE \wedge \text{GRÜNE} - EFA \wedge \text{KVEL} - \text{NGL} (\vee X_{1,2,\dots})$$

$$X = \neg UEN$$

Um sicher zu gehen, sind hier die Varianten mit der Fraktion der UEN auszuschließen. Der prozentuale Anteil derartiger Entschlüsse beläuft sich auf 11,4% der großen Koalitionen. Werden diese 453 Abstimmungen den 1027 sicher erfassten Entscheidungen mit der SPE als dominanter Fraktion zugezählt (siehe oben), so beläuft sich deren Gesamtanteil von 1480 Entscheidungen auf 23,3%, d.h. etwa ein Viertel, der erhobenen 5844 Beschlüsse.

Es zeigt sich damit, dass es der SPE trotz einer schlechteren Ausgangsposition, bezüglich der Sitzverteilung, im Subspiel anteilig sogar noch mehr Beschlüsse dominieren kann, als die EVP-ED. Dennoch bleiben all diese Kombinationen Koalitionen mit Übergröße.

Fraglich ist allerdings, ob hier, angesichts des recht hohen Anteils gemeinsamer Beschlussfassung, die SPE als Stammkoalitionsfraktion der EVP-ED betrachtet werden kann, und umgekehrt? Mit Gewissheit ist hingegen zu sagen, dass die beiden Fraktionen bei diesen Abstimmungen zu gemeinsamen (Kompromiss)Lösungen gelangen. Von dieser Art der

gemeinschaftlichen und zugleich konkurrierenden Diplomatie sind auch die tatsächlichen Großen Koalitionen gekennzeichnet. Eindeutig als solche zu identifizieren sind Koalitionen ohne die liberale Fraktion, da im Allgemeinen dann, auch abhängig von der Anwesenheit, ein Zusammenschluss von EVP-ED und SPE nötig ist, um eine Mehrheit zu erreichen. Darunter fallen alle Kombinationen mit zwei und drei Fraktionen (außer der ALDE) und die ersten neun von rechts nach links im obigen Schaubild dargestellten Varianten.

$$K_{Groß_A} = EVP - ED \wedge SPE(\vee X_{1,2,\dots}) \wedge \neg ALDE$$

Dies sind in der Summe 623 Abstimmungen und damit 15,7% der mit EVP-ED und SPE gebildeten Koalitionen. Sie können gewiss als Große Koalitionen identifiziert werden. Eine weitere Variation, die mit Sicherheit als große Koalition in jeder Hinsicht definiert werden kann, ist die Allparteienkoalition.

$$K_{Groß_B} = EVP - ED \wedge SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL \wedge UEN \wedge IND - DEM$$

Wie bereits erwähnt, existiert sie 921 mal im untersuchten Zeitraum, also 23,2%. Wie bei den Untersuchungen der dominanten Fraktionen sind die beiden obigen Ausdrücke mit hoher Gewissheit große Koalitionen. Wird der erfasste Bereich der generalisierten Aussagen jedoch etwas ausgeweitet, können durch eine Definition alle tatsächlichen großen Koalitionen erfasst werden.

Durch die Vermischung der einzelnen Stammkoalitionsfraktionen kann in den übrigen, noch nicht erfassten Kombinationen nicht mehr eindeutig erkannt werden, ob sie einer dominanten Fraktion oder einer großen Koalition zugeordnet werden können. Durch das Hinzutreten und Fluktuieren von beliebig weit voneinander entfernten kleinen Fraktionen ist dies nur noch schwer möglich. Diese Tatsache weist allerdings auf zwei Argumente hin, die eine Subsumierung unter dem Begriff einer tatsächlichen großen Koalition unterstreichen:

1. Wenngleich es unter den geschilderten Voraussetzungen keinen Wettbewerb zwischen den beiden großen Fraktionen zu geben scheint, so besteht durchaus die Annahme zur Konkurrenz zwischen kleinen Fraktionen. Eine inhaltliche bzw. politikfeldorientierte Abgrenzung macht es ihnen möglich, sich teilweise den Koalitionen anzuschließen, oder aber sich zu enthalten. Diese atomaren Bewegungen benötigen auf der anderen Seite einen stabilisierenden Pol. Diesen stellt die Zusammenarbeit von EVP-ED und SPE, also ihre große Koalition, dar.
2. Des Weiteren ist anzunehmen, dass je mehr Fraktionen sich einer Abstimmung anschließen, desto größer ist der Bereich, den diese inhaltlich abdeckt. Dies wiederum kennzeichnet Kompromisslösungen, die große Koalitionen als ein inhaltliches Merkmal prägen und kennzeichnen. Deshalb kann zusammenfassend statuiert werden.

$$K_{Groß_C} = EVP - ED \wedge SPE(\vee X_{1,2,\dots}) \wedge \neg(K_{EVP_C} \vee K_{SPE_C})$$

Große Koalitionen sind demnach im Rückschluss alle Zusammenschlüsse von EVP-ED und SPE und/oder anderen Fraktionen, die nicht als Koalitionen mit dominanten Spielern identifiziert werden können. Diese ergeben eine Summe von 2901 oder 73,0% der bislang als große Koalitionen gekennzeichneten Abstimmungen. Auf die Gesamtzahl von 5844 Entscheidungen entfallen damit 49,6%, in denen sich die beiden Fraktionen zusammenfinden. Etwa die Hälfte aller Entscheidungen des Europäischen Parlaments werden damit offenkundig durch die Bildung einer sicher identifizierbaren Großen Koalition getroffen. Ein weiterer, beträchtlicher Teil der Abstimmungen ist durch dominante Akteure gekennzeichnet, denen sich weitere Spieler anschließen.

Durch die wenigen hier gezeigten, mit Hilfe von aussagenlogischen Operatoren gebildeten objektivierten Aussagen können damit in der Summe 93,3% aller erhobenen Entscheidungsfindungen ausgedrückt werden. Dies zeigt, dass die Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments spezifischen Regelmäßigkeiten unterliegt, die schon aufgrund ihrer Häufigkeiten identifiziert werden können.

#### **4.8. Resümee: Muster und Institutionalisierung der Koalitionsbildung**

Die Koalitionsbildung innerhalb des Europäischen Parlaments zeigt deutliche und wiederkehrende Muster. Ein Fünftel bzw. ein Viertel der Entscheidungen konnten als Koalitionen mit dem dominanten Partner der EVP-ED bzw. der SPE identifiziert werden. Die jeweiligen Spieler sind nach diesem Modell in der Lage, prägend und gestaltend in die Koalitionsbildung und deren Inhalte einzuwirken. Sie sind pivotal, d.h. koalitionsentscheidend. Nun konnte gezeigt werden, dass von den 3976 zunächst als große Koalitionen identifizierten Entscheidungen etwa 73% eindeutig auch als solche bestätigt werden können. Viele Gründe sprechen dafür, dass die verbleibenden Abstimmungen, in denen sich EPV-ED und SPE zusammenschließen, als Koalitionen mit Dominanten Spielern gewertet werden sollten. So zum Beispiel die Identifikation der kleineren Stammkoalitions- bzw. Partnerfraktionen. Dies erschwert zwar die Typologisierung der Zusammenschlüsse nur aufgrund der Größe der Fraktionen, zeigt jedoch auf der anderen Seite, dass die Koalitionsbildung innerhalb des Europäischen Parlaments trotz ihrer Komplexität dennoch erkennbaren Regelmäßigkeiten unterliegt. Die Untersuchung sichert bisherige Ergebnisse, in denen Anziehungskräfte von Fraktionen bestätigt wurden, die sich auf die minimum range

Annahmen stützen.<sup>417</sup> Es gibt demnach Fraktionen, die sich häufiger zusammenschließen, als sie das mit anderen tun. Auch liegen diese Akteure auf einem eindimensionalen Spektrum nahe beieinander. Dies ist streng genommen ja auch für die EVP-ED und SPE der Fall. Dennoch sprechen die hier vorgelegten Ergebnisse dafür, einen Zusammenschluss von EVP-ED und SPE nicht a priori als große Koalition zu bezeichnen. Selbstverständlich wird hier nicht bezweifelt, dass der Zusammenschluss der beiden großen Fraktionen eine große Koalition, im Sinne eines (kurzfristigen) Bündnisses von zwei großen Akteuren ist, die anteilig eine hohe Mehrheit erreichen. Deshalb kann und soll eine solche auch so benannt werden. Auf einer anderen semantischen Ebene, derjenigen der Reihenfolge des Zusammenschlusses bzw. der damit Hand in Hand gehenden Institutionalisierung des Abstimmungsverhaltens, ist eine solche pauschale Bezeichnung nur mit Einschränkungen als plausibel zu betrachten. Bisherige Untersuchungen können deshalb durch diese Ergebnisse aus einem zusätzlichen Blickwinkel betrachtet werden. Ein weiterer Beweis für den ureigenen Charakter der Institution des Europäischen Parlaments und seiner Akteure, der die Notwendigkeit aufzeigen kann, ein eigens angepasstes Modell der Koalitionsbildung zu entwickeln.

Die Funktion der einzelnen Fraktionen ändert sich hierbei nicht. Der ALDE ist es möglich, sich aufgrund ihrer Positionierung grundsätzlich jeder Formation anzuschließen, während die Fraktionen der GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL und UEN Affinitäten zu SPE bzw. EVP-ED zeigen. Die IND-DEM bewegt sich, ganz ihrem Namen nach, in diesem Zusammenhang frei zwischen den Fraktionen. Eine Tatsache verändert sich jedoch grundlegend. Die Fraktion der Liberalen ist bei einem Zusammenschluss der großen Fraktionen nicht mehr pivotal und damit zur Bildung einer Mehrheit nicht mehr nötig.

Dennoch sind insgesamt die Hälfte der Koalitionen große Koalitionen im eigentlichen Sinne. Eine tatsächlich reine große Koalition von EVP-ED und SPE existiert im Untersuchungszeitraum nur in 28 Fällen. Sie ist die einzige große Kombination, die durch das minimal winning Theorem erklärt wird. Das andere Extrem, eine Koalition aller Fraktionen, und damit politisch-inhaltlichen Lager, zeigt sich 921 mal. Theoretisch ist sie hier zwar eine politische Verbindung von nahestehenden Parteien, da dies jedoch alle Fraktionen sind, die damit eine übergroße Koalition bilden, greifen streng genommen auch die an der Spieltheorie orientierten Entscheidungstheorien nicht mehr, die einen eindimensionalen politischen Raum voraussetzen. Eine spezifische Art der Rationalität bzw. Zielgerichtetheit der

---

<sup>417</sup> Vgl. dazu: Hix, Simon/Kreppel, Amie: From Grand Coalition to Left-Right Confrontation: Explaining the Shifting Structure of Party Competition in the European Parliament, *Comparative Political Studies* 36(1/2), 2003, S.75-96.

Entscheidungsfindung der Akteure des Europäischen Parlaments ist allerdings anzunehmen. Darauf weisen schon die erläuterten Koalitionsbildungsmuster hin. Der Faktor der Akteurspluralität scheint hier auch eine Rolle zu spielen. Dies zeugt, neben der Möglichkeit der Pluralisierung des Parteiensystems durch politische Eigenheiten der nationalen Gesellschaftssysteme und des Wahlsystems, auch von einer konsensualen Neigung bzw. einer zentripetalen Tendenz des Binnensystems der Akteure des Europäischen Parlaments. Aber auch auf den Tatbestand der policyorientierten Politikimplementierung. Auch deshalb wird in den weiterführenden Kapiteln erörtert, welche Gründe innerhalb des Europäischen Parlaments dafür sprechen können, eben solche übergroßen Koalitionen zu bilden.

Hix und Kreppel schlagen dabei in einer Argumentation vor, dass EVP und SPE kurzfristig verschiedenartige Ziele verfolgen, langfristig jedoch gemeinsame Zielvorstellungen besitzen, wie z.B. die Wahl des Kommissionspräsidenten oder das vollständige Budgetrecht. Genauso wie die Stärkung der Legitimität des EP und aller anderen EU-Institutionen.<sup>418</sup> Der Untersuchung dieses inhaltlichen Aspekts soll in einem späteren Kapitel die Überprüfung der Koalitionsbildung in einem zweidimensionalen Raum Rechnung tragen. Das eher unspezifische rechts – links Schema wird dabei durch konkrete Politikbereiche ersetzt. Hier kann gezeigt werden, welches Potential für die jeweiligen Koalitionskombinationen besteht und wie dieses in der Empirie durch die Fraktionen umgesetzt wird. Zunächst wird allerdings das Augenmerk auf die empirische Prüfung eines Modells übergroßer Koalitionen gerichtet. Sie sind das Charakteristikum der Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments, das bislang nur in Ansätzen erklärt werden konnte. Deshalb bedürfen sie näherer Betrachtung.

---

<sup>418</sup> Vgl. dazu: Hix, Simon/Kreppel, Amie: From Grand Coalition to Left-Right Confrontation: Explaining the Shifting Structure of Party Competition in the European Parliament, *Comparative Political Studies* 36(1/2), 2003, S.93f.

## 5. Übergroße Koalitionen im Europäischen Parlament: Anwendung eines Modells mit empirischer Erklärungskraft

Wie bisherige Untersuchungen der Entscheidungsfindung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments zeigen, können die aus der Spieltheorie abgeleiteten konventionellen Koalitionsbildungsansätze nur einen sehr geringen Teil der Abstimmungen begrifflich machen. Die Annahme eines Nullsummenspiels, verbunden mit dem daraus resultierenden minimal winning Theorem wirkt sich in der Empirie als Problem aus. Die Prämisse der Machtverteilung auf möglichst wenige Akteure, wirft hier Stöcke zwischen die Beine einer solchen Erklärung. Das Europäische Parlament ist gekennzeichnet durch einen gegenteiligen Trend der Beschlussfassung. Koalitionen die einen oder oftmals sogar mehrere überschüssige Partner beinhalten (maximum winning).

Einen besseren Erklärungsgehalt liefern hingegen die akteurszentrierten Theorien des Zentrumsspielers bzw. des dominanten Spielers. Der Zentrumsspieler, der sich hiernach im ordinalskalierten und eindimensionalen Politikraum in der Mitte bewegt, wird durch die Mehrheitsgestaltung innerhalb einer Kammer pivotal. Im Europäischen Parlament ist der Spieler, der im Zentrum liegt, die liberale Fraktion.<sup>419</sup> Diese charakteristische Situation liegt allerdings nicht grundsätzlich vor. Sie kristallisiert sich erst dann heraus, wenn eine der beiden großen Fraktionen nicht der Koalition beitrifft. Indirekt trägt dies zu einer Balance bei. D.h. die Koalitionsformation bewegt sich dadurch nicht in eine der extremen Politikausrichtungen. Unter einem normativen demokratietheoretischen Gesichtspunkt werden demnach akzeptanz- und stabilitätsfördernde Kompromisse möglich und nötig. In allen Fällen, in denen EVP-ED und SPE zusammenarbeiten, entfällt jedoch die Zentrumsposition der ALDE.

Ähnliche, akteursbezogene Prämissen konstatiert das Modell des dominanten Spielers. Auch ein solcher ist koalitionsentscheidend. Hier spielt jedoch die politische Positionierung eine untergeordnete Rolle. Die Mehrheitsverhältnisse hingegen rücken in das Zentrum der Betrachtung. Die EVP-ED bzw. die SPE werden in bestimmten Situationen zu dominanten Spielern des Subspiels der Koalition. Durch ihre Größe erlangen sie auch eine große Veto-Macht. Damit können sie stark prägend in den Koalitionsprozess eingreifen, sofern sie als dominante Fraktion fungieren.

---

<sup>419</sup> Siehe dazu Exkurs in Kapitel VI, 4.3. Exkurs zur Koalitionsbildung: Rechts-links Schema und Politikraummodelle.

Die Rahmenbedingungen innerhalb des Parlaments üben einen allgegenwärtigen Einfluss auf die Möglichkeiten der Zusammenschlüsse der Fraktionen aus. Sowohl die Mehrheitsverhältnisse als auch die Verteilung im Politikraum fördern und sanktionieren die Koalitionsbildung. Es wird ersichtlich, dass die akteurszentrierten Annahmen über Entscheidungsfindungen nicht alle Abstimmungen dieser Akteure theoretisch erhellen. Wenn allerdings nur eine große Fraktion an einer Abstimmung teilnimmt, dann greifen die Erklärungsmuster beider gezeigter Ansätze der Spielerzentrierung. In diesem Fall, und das ist von großer Bedeutung für ihren Gehalt, weisen die Modelle des Zentrumsspielers und der dominanten Akteure einen Kausalzusammenhang auf. Nur wenn also die Bedingung gegeben ist, dass ausschließlich eine der Fraktionen EVP-ED oder SPE in die Koalition eintritt, transformiert dies die ALDE zeitgleich zum pivotalen Zentrumsspieler und einer der beiden großen Akteure wird dominant. Dies schlägt sich selbstverständlich vorteilhaft in der voting-power der jeweiligen Spieler nieder.<sup>420</sup> Wenn dieser Zusammenhang den Fraktionen bewusst ist, dann ist anzunehmen, dass sie in der Empirie versuchen werden, ihren Einfluss dadurch zu vergrößern, in dem zunehmend Koalitionen mit jeweils einer großen Koalition gebildet werden. Zudem dürfte die ALDE an einer Konkurrenz der anderen beiden großen Fraktionen großes Interesse hegen, denn ihre Koalitionsanteile und damit ihre Einflussnahme würden dadurch insgesamt steigen, da sie sich jeglichem Partner anschließen kann. Im beobachteten Zeitraum ist das allerdings nicht der Fall. Es konnte gezeigt werden, dass der Gesamtanteil der Koalitionen mit EVP-ED oder SPE innerhalb des Untersuchungszeitraums alles in allem nicht größer wird. Dieser Sachverhalt wird demnach nicht von den jeweiligen Akteuren erkannt, implementiert oder aber von anderen verhindert.

Die Modelle der akteurszentrierten Entscheidungen geben auf der anderen Seite nur wenige Hinweise hinsichtlich des Sachverhalts der großen oder übergroßen Koalitionen. Diese Abstimmungen, in denen sich zu den nötigen Partnern noch zusätzliche hinzufinden, belaufen sich auf einen Anteil von etwa 86%. Die genannten Ansätze geben ausschließlich den Anhaltspunkt, dass es für kleine Koalitionspartner aus spezifischen Motiven profitabler sein kann, sich der Koalition anzuschließen, als zu opponieren. Einen Schlüssel für dieses Erklärungsdefizit kann jedoch Jungars Modell des Surplus Majority Government liefern. Er wird an dieser Stelle für das Europäische Parlament modifiziert, ferner nutzbar gemacht und erweitert.

Der Ansatz wird, wie bereits erläutert, aus zwei grundlegenden Fragen abgeleitet. Warum sind Koalitionen mit Übergroße nötig? Und warum sind übergroße Koalitionen möglich? Das

---

<sup>420</sup> Siehe dazu Kapitel VI, 2. Machtverhältnisse – Voting-Power im Europäischen Parlament.

Wort „nötig“ weist dabei schon auf einen gewissen Druck hin, große Koalitionen zu bilden. Es bezieht sich deshalb auf besondere Situationen, wie die Notwendigkeit einer besonderer legislativer Mehrheit. Beschlüsse werden im Europäischen Parlament jedoch meist mit einfacher oder absoluter Mehrheit gefasst. Eine außerordentlich große Mehrheit, etwa von zwei Dritteln, wird hier nur bei einem Misstrauensantrag gegen die Kommission benötigt. Jedoch mit der Einschränkung, dass mindestens die Mehrheit der Abgeordneten das Misstrauen aussprechen muss. Dies müssen zudem zwei Drittel der abgegebenen Stimmen sein.<sup>421</sup> Von großer Anwesenheit ist jedoch bei derartigen wichtigen Abstimmungen auszugehen. Die Fraktionen werden versuchen, auch mit Hilfe der Whips (dt. wörtl. Einpeitscher)/Koordinatoren, möglichst viele der Abgeordneten in das Plenum zu bewegen. Eine Mehrheit in dieser Höhe ist dann schwer zu erreichen, wenn nur eine große Fraktion mit abstimmt. Falls sich jedoch EVP-ED und SPE zusammen entscheiden, die gesamte Kommission abzusetzen, so benötigen sie für die 488 Stimmen eine beliebige weitere kleine Fraktion. Im Untersuchungszeitraum existiert ein Misstrauensantrag gegen die Kommission nur einmal. Er wurde durch 65 vorwiegend der UEN und der IND-DEM bzw. damals EDD Fraktion angehörige Abgeordnete gestellt. Die Unterzeichner kritisierten die Haltung der Kommission zur EUROSTAT-Finanzaffäre. (B5-0189/2004) Der Antrag wurde allerdings mit großer Mehrheit der Fraktionen EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL abgelehnt. Dies geschah am 4.5.2004 mit 515 Nein-Stimmen zu 88 Ja-Stimmen, bei 63 Enthaltungen. Der Zusammenhalt innerhalb der Fraktionen schwankt jedoch für diese Abstimmung für die EVP-ED 0,68, die SPE 0,99, die ALDE 0,95, die GRÜNE-EFA 0,62 und die KVEL-NGL 0,17.<sup>422</sup> Gleiches zeigt sich bei den Fraktionen, die wesentlich am Einreichen des Misstrauensvotums beteiligt waren. Die IND-DEM erreicht einen vergleichsweise überdurchschnittlich hohen Zusammenhalt von 0,91. Dies entspricht der Programmatik des Eurokritizismus bzw. -skeptizismus. Die UEN hingegen beweist hier mit einer schwachen Kohäsion von 0,25 eine unkoordinierte Stellung. Es bildeten sich damit zwar nach außen hin zwei opponierende Blöcke. Innerhalb einiger Gruppen existieren jedoch teilweise sogar sehr stark uneinheitliche Positionen. Die zur Absetzung der Kommission erforderliche Mehrheit konnte nicht erreicht werden. Über zwei Drittel der Abgeordneten sprachen sich gegen das Misstrauensvotum und nicht dafür aus. Auch die Annahme der überdurchschnittlich hohen Anwesenheit bei wichtigen Abstimmungen bestätigt sich. 666 Abgeordnete haben ihre Stimme abgegeben. Dies entspricht 91,0%. Eine übergroße Mehrheit von Fraktionen hat sich

---

<sup>421</sup> EGV Art. 201. bzw. Artikel 34 Absatz 1 GO

<sup>422</sup> Zur Berechnung des Zusammenhalts und weiterführender Interpretation der Maßzahlen siehe Kapitel IV, 1. Die Kohäsion der Fraktionen im Europäischen Parlament: Stabilität oder Zersplitterung?



hier formiert. Allerdings nicht, um einen Misstrauensantrag zu unterstützen, sondern um gegen einen solchen zu votieren. Der gestellte Antrag kann deshalb, schon aufgrund der Mehrheitsverhältnisse, als symbolisches Zeichen bzw. Opponieren eines EU-skeptischen bzw. konservativen Blocks gewertet werden. Es kann somit festgehalten werden, dass zwar eine übergroße Koalition für eine solche Entscheidung nötig ist, dieses Verfahren aber so selten Gebrauch findet, dass es innerhalb des Untersuchungszeitraums nur einmal beobachtet werden kann. Häufige übergroße Koalitionen aufgrund der Notwendigkeit besonderer Mehrheiten sind deshalb im Europäischen Parlament nicht als Erklärungsmuster zu werten.<sup>423</sup>

Auch die Bildung von Koalitionen in Ausnahmesituationen, die das politische System bedrohen, kann hier ausgeschlossen werden. Das System der Europäischen Union befindet sich zwar in einem ständigen Wandel, der einen schwankenden Fortschritt der Integration beinhaltet, eine stark system- bzw. Institutionsbedrohende Situation ist jedoch momentan nicht zu erkennen. Die Ergebnisse der Eurobarometer-Umfragen zeigen über die Jahre hinweg Schwankungen bei der Akzeptanz der EU-Institutionen und des Systems der EU an sich. Eine überwiegende Zufriedenheit ist jedoch, v.a. bei den langjährigen Mitgliedsstaaten, aber auch einigen der neuen Mitglieder wie Slowenien oder Litauen, zu erkennen.<sup>424</sup> Von einer rein auf Notwendigkeit basierender übergroßer Koalition, die Zusammenhalt in einer bedrohenden Ausnahmesituation demonstrieren soll, muss demnach nicht ausgegangen werden.

Die letzte Situation der Notwendigkeit der Bildung von Koalitionen in Übergroße, die Jungar in ihrem Ansatz schildert, ist die Kontrolle undisziplinierter Regierungsparteien. Das Europäische Parlament stellt keine Regierung im Sinne nationaler Parlamente. Daraus folgt, dass auch keine Regierung durch ein langfristiges oder auch stabiles Bündnis von Parteien bzw. Fraktionen gestützt werden muss. Die dauerhafte Kontrolle von teilnehmenden bzw. abweichenden Regierungsparteien bzw. deren Substitutionsmöglichkeit durch andere Akteure entfällt deshalb für die europäische Legislativkammer.

Es zeigt sich demnach, dass die Notwendigkeiten zur Bildung übergroßer Koalitionen im Europäischen Parlament nicht vorhanden sind. Eine Ausnahme bilden besondere Mehrheiten. Hier kann es vorkommen, dass das Europäische Parlament eine solche zu einzelnen Abstimmungen benötigt. Obwohl von SPE und EVP-ED als gemeinsames Ziel definiert, ist von längerfristigen rigiden Koalitionen mit Übergroße mit dem Hintergrund einer

---

<sup>423</sup> Untersuchungen zum Status des EP bei der Wahl des Parlamentspräsidenten siehe etwa: Hix, Simon: Executive Selection in the European Union: Does the Commission President Investiture Procedure Reduce the Democratic Deficit? In: European Integration online Papers, Vol.1, 1997, Nr.21. <http://eiop.or.at/eiop/pdf/1997-021.pdf>

<sup>424</sup> Siehe dazu etwa Eurobarometer 64: [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm)

Grundgesetz- oder Verfassungsreform, aufgrund der (inter)institutionellen Besonderheiten des EU-Systems, im Europäischen Parlament nicht auszugehen.

Der Ausschluss fast aller notwendiger übergroßer Koalitionen spricht jedoch nicht dagegen, dass die Möglichkeit besteht, diese Art von Zusammenschlüssen einzugehen. Ein Bündnis aufgrund der Themennähe zwischen Parteien zu formen, liegt im Europäischen Parlament nahe. Hier können die Koalitionen für jede Abstimmung neu gebildet werden. Damit also auch für die jeweiligen inhaltlich auszugestaltenden Politikbereiche. Auf diese Weise steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die verschiedenen Akteure sich in bestimmten Feldern politisch näher stehen können als bei anderen. Es ist anzunehmen, dass sich ein solcher Sachverhalt auch auf das Fraktionshandeln, damit die Koalitionsbildung und deren Mechanismen niederschlägt. So könnten bei einer Übereinstimmung im Bereich Umwelt GRÜNE-EFA, EVP-ED oder auch IND-DEM koalieren, während dies beispielsweise im Feld der Außenpolitik nicht gezwungenermaßen notwendig ist. Das bedeutet, es müssen keine, durch schmale Gradwanderungen gekennzeichneten Koalitionsverträge ausgehandelt werden, in denen versucht werden muss, das vollständige Politikprogramm für einen vorgegebenen Zeitraum durch einen Kompromiss aufeinander abzustimmen. Mit Hilfe dieser Flexibilität ist es für die Fraktionen nicht erforderlich, langfristige Bindungen einzugehen, die möglicherweise hinsichtlich ihrer damit verbundenen Arbeitsintensität oder Zugeständnissen sehr kostenintensiv sein können. Kurzfristige Koalitionen steigern so den Nutzen für die Fraktionen. Eine solche Argumentation kann zudem die oben genannte Hypothese unterstreichen, dass je nach Zielhorizont der Fraktionen eine Koalition gebildet wird. Sind sich also EVP-ED oder SPE bzw. ALDE inhaltlich einig bei der langfristigen Stärkung der Legislativrechte des Europäischen Parlaments, so könnten sie bei derartigen Abstimmungen eine Koalition bilden. Sie müssen jedoch nicht bei Beschlüssen über die Verfahrensweisen im internationalen Handel oder ethischen Fragen zwangsweise zu einem Kompromiss gelangen. Des Weiteren kann, was hervorzuheben ist, eine themenspezifische Verbindung von Fraktionen vor dem Gesichtsverlust der jeweiligen nationalen Parteien und der Wähler schützen. Darüber hinaus zeugt ein Zusammenschluss vieler Akteure von großer Legitimität der Abstimmungen. Der Nutzen der Koalitionsbildung entlang von Themenbereichen überwiegt augenscheinlich im Europäischen Parlament den Kosten. Zudem können solche Muster durchaus als rationale Handlungen durch Nutzenmaximierung und Kostenminimierung betrachtet werden. Allerdings nicht im Sinne purer Machtorientierung. Vielmehr handelt es sich hierbei um ein weiteres Argument von politikgeleitetem implementationsgeprägtem Akteurshandeln. Nachdem damit viele Hypothesen für eine

themenspezifische Koalitionsbildung sprechen, und dies durch bisherige oberflächliche Untersuchungen untermauert werden kann, wird diese Annahme, wie erwähnt, in einem der folgenden Kapitel genauer analysiert.

Eine weitere Möglichkeit, die für die Bildung übergroßer Koalitionen spricht, ist, dass die Parteien keine Abstimmungsanteile verlieren und dadurch der Anteil der Opposition verringert wird. Hat der Wähler für die Parteien der Opposition gestimmt, so erhält seine Stimme weniger Gewicht oder wird eventuell sogar nicht repräsentiert. Versuchen aber möglichst viele Parteien in die Regierung zu gelangen, so ist die Stimme des Wählers (subjektiv) nicht schwächer, wenn seine Partei die Verantwortung mit trägt. Dies kann sich hinsichtlich des vote-seeking positiv für einzelne Parteien bei zukünftigen Wahlen auswirken. Eventuelle Fehlentscheidungen können so auch auf mehrere oder andere Akteure abgewälzt werden. Die negativen Sanktionen sinken demnach ebenfalls. Eine Koalitionsbildung in Übergroße aus diesen Motiven ist im Europäischen Parlament jedoch wenig wahrscheinlich. Hier existiert keine Opposition, wie sie aus nationalen Parlamenten bekannt ist. Ebenso wenig, wie eine Regierung. Das Parlament wurde bislang eher als Institution in einer solchen opponierenden Rolle betrachtet.<sup>425</sup> Die oppositionellen Kräfte wie die IND-DEM oder die UEN, aber auch die KVEL-NGL sind EU-skeptisch. Sie profilieren sich dadurch, dass sie sich gegen das System aussprechen. Sie werden in ihrer Klientel bzw. in ihrem Milieus deshalb eher an Zuspruch gewinnen, wenn sie sich nicht dem Mainstream der Fraktionen anbieten bzw. anschließen. Sicher greift das Argument, dass die Opposition verringert wird, je größer die Mehrheit ist. Abermals könnten etwa populistische Flügel dies als Beweis eines Ausschlusses von der Verantwortung auslegen und auf diese Weise als quasi Märtyrer sich Bestätigung in ihrer Zielgruppe verschaffen. Auch der Eindruck der Wähler, sie hätten ihre Stimme umsonst abgegeben, wenn ihre Partei nicht mitregiert, ist für diesen konkreten Fall nur schwer haltbar, sondern eher entgegengesetzt. Die Gewinnanteile der jeweiligen Fraktionen im Parlament sind für die Wähler durch die wechselnden Koalitionen wohl sehr schwer zu erfassen und leider wenig transparent. Dies kann nicht als positiv für das oftmals konstatierte Demokratiedefizit der EU betrachtet werden. Es stellt sich damit die Frage, ob die Bürger erkennen können, ob ihre Fraktion für die jeweiligen Gesetze oder Richtlinien verantwortlich ist oder opponiert hat. Übergroße Koalitionen aufgrund derartiger komplex kalkulierter Argumente hinsichtlich von Wählerentscheidungen zu bilden ist demnach im Europäischen Parlament wenig wahrscheinlich.

---

<sup>425</sup> Vgl. Pfetsch, Frank R.: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse, 3. Aufl., München, 2005, S.175.

Eine Annahme, die für die mögliche Bildung von Koalitionen mit mehr Partnern als nötig im Europäischen Parlament spricht, ist hingegen, dass die Teilnahme überschüssiger Fraktionen an den Zusammenschlüssen nicht die Postenverteilung beeinflusst. Davon kann in der Tat ausgegangen werden, da die Postenverteilung der parlamentarischen Positionen formal oder informal an die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen gekoppelt ist. Beispiele dafür wären etwa der Posten des Parlamentspräsidenten, der abwechselnd durch Abgeordnete der EVP-ED, SPE aber auch der ALDE besetzt wird. Genauso wie die Verteilung der Berichterstatterposten durch Punktekongente der Fraktionen.<sup>426</sup> Ob nun eine Fraktion an einer Koalition teilnimmt oder ihr fernbleibt, beeinflusst hier nicht die Verteilung von Ressorts bzw. Ministerposten o.ä.. Verändern sich die Kosten der anderen Fraktionen also wenig, so ist davon auszugehen, dass die sich willentlich zusammenschließenden Pivotakteure keine Einwände gegen überschüssige Partner haben. Dies unterstreicht, wie bereits erörtert, zudem die Legitimität der Abschlüsse und zeugt von der Konsensfähigkeit der Fraktionen. Häufige Kombinationen wie EVP-ED, ALDE, UEN bzw. SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL mit dem Partner der IND-DEM können auf diese Weise erklärt werden. Die Fraktion der IND-DEM kann weder der EVP-ED, noch der SPE als Stammkoalitionsfraktion zugeordnet werden. Es ist anzunehmen, dass sie, als eine Art quasi-oppositionelle Kraft, von den anderen Fraktionen in einer Koalition geduldet wird, da keine erheblichen Zusatzkosten für diese entstehen. Dieses Erklärungsmuster kann somit für Koalitionen des Europäischen Parlaments angenommen werden

Auf der anderen Seite erhöhen sich die Einflusskosten der Opposition, falls diese nicht an den Koalitionen teilnimmt. Im Fall der transnationalen Kammer könnten diejenigen Fraktionen etwa die auszuarbeitenden Texte der Verordnungen oder Gesetze weniger beeinflussen oder Kontrolle auf spezifische Vorgänge ausüben. Fraktionen könnten so vom Entwicklungs- und Erarbeitungsprozess bestimmter Vorhaben ausgeschlossen werden, wenn sie etwa keine Schattenberichterstatter stellen können oder sich dadurch wichtige informelle Informationskanäle schließen. Auch bei dieser Kosten-Nutzen-Rechnung zeigt sich also rationales Verhalten abseits der spieltheoretischen Annahmen. Sie spricht für die zentripetale Tendenz und Heterogenität der Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments. Ob der Versuch der Erhöhung der Einflusskosten von nicht teilnehmenden Fraktionen ein Hauptmotiv darstellt, kann an dieser Stelle zwar durch die genannten Hypothesen angenommen, allerdings nicht näher erörtert werden. Weitere qualitative Daten könnten jedoch über diesen interessanten Ansatz Aufschluss geben.

---

<sup>426</sup> Siehe dazu Kapitel IV, 1.4. Die Arbeitsforen im Parlament.

Zwei weitere Gesichtspunkte, die Jungars Modell nicht abdeckt, sollten für das Europäische Parlament zudem beachtet werden. Dabei können diese weder eindeutig der Notwendigkeit, noch der Möglichkeit zugerechnet werden, übergroße Koalitionen zu bilden. Die Einbindung systemkritischer oder radikaler Parteien in die Legislativverantwortung stellt dabei zusätzliche Hypothese dar. Sie kann eine Sanktionsmaßnahme sein, die Fraktionen am äußeren Rand, wie etwa die IND-DEM, aber auch die UEN, GRÜNE-EFA oder die KVEL-NGL dazu bewegt, sich einem Kompromiss anzuschließen.<sup>427</sup> Durch side payments oder package deals können diesen Fraktionen von Akteuren mit großen Ressourcen Zugeständnisse gemacht werden, die den Beitritt zur Koalition ermöglichen. Im Gegenzug dazu tragen sie die Inhalte der Beschlüsse mit. So kann dies ohne bedeutenden Gesichtverlust beider Seiten geschehen. Diese Tatsache trägt, ähnlich wie das Modell des Zentrumsspielers, zu einer Mäßigung und Regulierung des Parteiensystems bei. Durch Sticks and Carrots können so kritische Fraktionen in den Verlauf der Legislative mit eingebunden werden. So dass es hier zu Pfadabhängigkeit und einer Institutionalisierung der Entscheidungsprozesse kommen kann. Dieser Ansatzpunkt kann eine Erklärung für eher selten ausgeprägte Variationen (über)großer Koalitionen, mit Fraktionen des äußeren Spektrums liefern, die bislang nicht erklärt werden konnten. Beispiele hierfür sind etwa:

- EVP-ED, SPE, ALDE, IND-DEM
- EVP-ED, SPE, ALDE, KVEL-NGL, IND-DEM
- SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, UEN
- EVP-ED, ALDE, KVEL-NGL, IND-DEM

Ein solcher Erklärungsansatz kann zwar nicht das Gros der Koalitionen des Europäischen Parlaments erklären, öffnet dem ungeachtet durchaus einen Korridor für zuvor im abseits gelegene, schwer zu interpretierende Koalitionsvarianten. Die Tatsache der Kompromissfähigkeit der Akteure des Systems beweist auch seinen Bürgern ein gewisses Maß an Kompromissbereitschaft und -willen. Das häufigere Vorkommen der verschiedenen Variationen kann als ein Schritt in Richtung einer Institutionalisierungstendenz betrachtet werden.

Durch die Verteilung der Legislativbefugnisse der Europäischen Union ergibt sich eine weitere Hypothese, die zur Erklärung von Koalitionen mit Übergröße beitragen kann. Diese baut auch auf den Ergebnissen dieser Arbeit auf und soll in diesem Rahmen zum ersten mal getestet werden. Das Europäische Parlament hat keine uneingeschränkte Initiativ- und Gesetzgebungskompetenz. Es muss sich diese mit der Kommission und dem Rat teilen.

---

<sup>427</sup> Siehe Kapitel VI, 4.3. Exkurs zur Koalitionsbildung: Rechts-links Schema und Politikraummodelle.

Zudem haftet ihm von Seiten der EU-Skeptiker das Image eines aufgeblasenen schwarzen Lochs an, das Steuern in sich aufsaugt.<sup>428</sup> So steht es als gesamte Kammer unter ständigem (Leistungs)Druck. Diesem kann entgegengearbeitet werden, indem es sich in seiner Arbeitsweise als einheitlicher Akteur positioniert. Große Kohäsion innerhalb einer Institution zeigt nach außen hin den Willen und die Fähigkeit effektiver Arbeit. Übergroße Koalitionen können somit im Europäischen Parlament zustande kommen, um den Zusammenhalt und die Stärke der Institution (im Mehrebenen-System) zu demonstrieren. Eine solche Erklärung bietet sich für die charakteristische Allparteienkoalition an. Hier schließen sich sogar EU-skeptische Fraktionen bzw. Abgeordnete an. Auch sie stehen etwa unter dem Vorwurf, mit Steuergeldern bedenkenlos umzugehen und sind dazu gezwungen, sich nach außen hin einheitlich zu präsentieren. Ein weiteres Beispiel, das dieses Handeln bzw. Muster bestätigen kann, ist die Bestätigung der Kommission in neuer Zusammensetzung im Jahr 2004.

Nach der EUROSTAT-Affäre waren zwei Kommissare zurückgetreten (Barnier und Solbes). Diese wurden durch zwei neue Amtsträger ersetzt (Barrot und Almunia). Die Abstimmung über die neue Zusammensetzung der Kommission wurde durch Zustimmung des Europäischen Parlaments mit einer Allparteienkoalition angenommen. (B5-0227/2004) Die Institution des Europäischen Parlaments hat sich damit nach außen hin positioniert und quasi einstimmig die Kommission bestätigt. Eine solch deutliche Zustimmung ist als positives Signal für den Rat zu werten, der die Kommissionsmitglieder vorschlägt.<sup>429</sup> Das Parlament hat sich damit aber nicht nur gegenüber den anderen Institutionen als kohäsiv gezeigt. Es demonstriert damit in einer medial viel beachteten Entscheidung auch Einigkeit gegenüber den Mitgliedsstaaten, deren Regierungen, der internationalen Staatengemeinschaft oder den Bürgern der Europäischen Union und signalisiert damit die Einheitlichkeit und Stabilität des gesamten Systems. Die Innensicht der Institution zeigt allerdings nur bedingt starken Zusammenhalt. Einen hohem Indexwert weisen die Fraktionen EVP-ED (0,96) SPE (0,98), ALDE (1), GRÜNEN-EFA (0,95) und UEN (0,92) auf. Sehr geringen Zusammenhalt hingegen die KVEL-NGL (0,25) und EDD (0,25) (heute IND-DEM).<sup>430</sup> Dies lässt auf strategisch-taktisches Verhalten der Abgeordneten und Fraktionen schließen, die sich der Außenwahrnehmung des Parlaments und des gesamten Systems bewusst sind und unterstreicht die Annahme rationalen Handelns der Gruppenakteure des Europäischen Parlaments bei gleichzeitiger Politikfeldorientierung.

---

<sup>428</sup> Beispiel dafür ist etwa die Problematik der Bezüge durch Listeneintragen während der Plenarzeiten.

<sup>429</sup> EGV Art.214

<sup>430</sup> Die Werte in Klammern sind abermals die Ergebnisse der Berechnung des Index of Agreement (IoA)

Da in den bisherigen Hypothesen der Schwerpunkt auf v.a. den Blickwinkel der großen Fraktionen gelegt wurde, ist letztlich an dieser Stelle noch ein zusätzlicher Gesichtspunkt zu erörtern. Die Stellung der kleinen Fraktionen. Es kann für kleine Gruppenakteure sehr profitabel sein, an einer Koalition teilzunehmen. Die Herleitung dieser Hypothese geht letztendlich auf Olsens Logik des kollektiven Handelns zurück. Die Prämissen werden dabei auf Gruppen, also Fraktionen als Akteure übertragen.<sup>431</sup> In diesem Ansatz der Neuen Politischen Ökonomie wird angenommen, dass aus dem kollektiven Handeln anderer ein eigener Nutzen gezogen werden kann, der keine Kosten verursacht. So entsteht das Problem des Trittbrettfahrens, da von den durch Einsatz vieler Mitspieler bereitgestellten kollektiven Gütern jeder profitieren kann. Das bedeutet also, wenn die Anzahl der Gruppenmitglieder bzw. Akteure steigt, so verringert sich der Anteil des Einzelnen, der zur Beschaffung eines Gutes erbracht werden muss. Die Kosten verteilen sich damit. Analog werden Anreize geschaffen, an der Bereitstellung teilzunehmen, da die einzubringenden Mittel sinken. Wird das Gut dadurch vollständig zum öffentlichen Gut, so kann niemand davon ausgeschlossen werden. Es ist nicht mehr exklusiv. Ab diesem Zeitpunkt ist es auch möglich, das Gut zu erhalten, ohne selbst investieren zu müssen. Durch dieses Paradoxon können etwa Austritte aus Gewerkschaften, Kirchen oder anderen Verbänden erklärt werden. Tarifverträge etwa werden für Arbeitnehmer in bestimmten Branchen bereitgestellt, auch wenn diese nicht Gewerkschaftsmitglieder sind.

Wenn auch nicht in diesem Umfang, so ist es möglich, dass die kleinen Fraktionen des Europäischen Parlaments die Ressourcen der großen Fraktionen mit benutzen, um selbst Kosten einzusparen. Wenn die großen Fraktionen in den Ausschüssen damit betraut werden, Legislativdokumente zu verfassen, so profitieren die kleinen Fraktionen von deren Informationskanälen bzw. -infrastruktur und ebenso von ihren Mitarbeitern. Wird also ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet, so wird dies in vielen Fällen von einer der großen Fraktionen ausgearbeitet. Stimmen kleine Fraktionen grundsätzlich den Inhalten zu, so können sie sich dem Prozess und letztendlich der Koalition anschließen. Und dies ohne den Einsatz zusätzlicher Mittel. Sie ziehen einen Nutzen aus derartigen Möglichkeiten indem sie sich indirekt der Ressourcen der größeren Fraktionen bedienen können und werden damit zu Trittbrettfahrern. Aus der unterschiedlichen Größe der Fraktionen gehen also nicht ausschließlich große Akteure als Nutznießer hervor.

Daraus folgt die Hypothese, dass sich kleine Fraktionen dann den Koalitionen des Europäischen Parlaments anschließen werden, wenn sie bei inhaltlicher Zustimmung und

---

<sup>431</sup> Vgl. Olson, Mancur: Die Logik kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, 5.Aufl., Tübingen 2004.

geringen Kosten davon profitieren. Es ist demnach davon auszugehen, dass die inhaltliche Übereinstimmung zwischen den transnationalen Fraktionen, trotz vorhandener Konkurrenzsituationen, ein breites Politikspektrum abdeckt. Die Analyse der Häufigkeiten der Koalitionsvarianten unterstützt diese Annahme. Auf diese Weise lässt sich die zentripetale Tendenz der Koalitionsbildung erklären. Forschungshypothese 3 lässt sich somit bestätigen.<sup>432</sup>

## 6. Resümee: Rationalität ohne minimal winning Theorem

Die Anwendung akteurszentrierter Koalitionsbildungsansätze und die hier eingeführte Erweiterung des Modells der Bildung übergroßer Koalitionen erweist sich als geeignetes Instrumentarium für die Analyse der Koalitionsbildung im Europäischen Parlaments. Die Prämissen der Annahme eines Zentrumsspielers und dominanter Fraktionen bedingen sich unter der Konkurrenzsituation von EVP-ED und SPE kausal. Sie machen die Entscheidungsfindung unter der Wettbewerbssituation deutlich.

Obwohl mit dem Bedarf besonderer legislativer Mehrheiten nur eine der drei Hypothesen der Notwendigkeit von übergroßen Koalitionen im Moment greifen könnte, zeigt dies analog, dass das Subsystem des Europäischen Parlaments im System der Europäischen Union einen stabilen Platz einnimmt. Es besteht damit keine Situation, die nicht formaler Art ist, in der es gezwungen wäre, Koalitionen mit übermäßigen Mehrheiten zu bilden.

Sehr ertragreiche Analyseergebnisse versprechen auf der anderen Seite die Hypothesen zur Möglichkeit der Bildung von übergroßen Koalitionen. Im pluralen europäischen Parteiensystem, das gekennzeichnet ist durch konsensuale Neigung, greifen die gezeigten politik- und kosten-nutzen-orientierten Annahmen. Die Themennähe der Fraktionen und die geringen Aufwendungen, die für Zusammenschluss mit vielen Fraktionen nötig sind, erweisen sich als plausible Erklärungen, ebenso wie die Erhöhung der Einflusskosten der Opposition. Dies resultiert vorwiegend aus der Tatsache, dass die Postenverteilung im Europäischen Parlament formal durch die Mehrheitsverhältnisse der Fraktionen geregelt wird. Nur sehr wenig Erklärungskraft kann im Europäischen Parlament der These des Verlusts von Wählerstimmen durch die Position von Parteien in der Rolle der Opposition zukommen. Es mag etwa für das britische Parlament gültig sein, dass durch die Wahl der Oppositionspartei(en) deren Stimme sozusagen verloren geht. Für die Freistil Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments kann dies jedoch nicht zutreffen. Denn

---

<sup>432</sup> Siehe Kapitel I, 1.1. Die inhaltliche Dimension der Arbeit.



Fraktionen können etwa, je nach dem Inhalt der Abstimmung, einmal koalieren und kurze Zeit darauf wieder opponieren.

Die Erweiterung Jungars Modells um die Hypothese der Einbindung systemkritischer Fraktionen in die legislative Verantwortung erweist sich als gewinnbringend. Wenn auch anteilig eine relativ geringe Anzahl an Abstimmungen durch diese Erklärung erfasst werden, so werden Koalitionsvarianten dadurch begründet, deren Muster bisher noch nicht erkennbar waren. Auch die Ausdehnung des Ansatzes auf die Annahme der Demonstration des Zusammenhalts der gesamten Institution gegenüber Dritten, erweist sich als fruchtbares Erklärungsmuster. Es kann durch das strategische Verhalten der Fraktionen bei der Einsetzung der Kommission in neuer Zusammensetzung auch als solches identifiziert und gefestigt werden. Hier zeigt sich das rationale, strukturgeleitete und bewusste Handeln der Fraktionen als Gruppenakteure. Die zentripetale Bewegung der kleinen Fraktionen lässt sich schließlich durch Annahmen begründen, die der neuen politischen Ökonomie entlehnt sind und sie als Trittbrettfahrer entlarvt. Diese Analyse zeigt damit, dass die Koalitionsbildung innerhalb des Europäischen Parlaments spezifischen Regelmäßigkeiten folgt, die im weiteren Verlauf, hinsichtlich des institutionellen Aspekts der Bedeutung des Legislativverfahrens und der Hypothese der Politikgeleitetheit der Koalitionsbildung, noch genauer analysiert werden.<sup>433</sup>

---

<sup>433</sup> Vgl. Forschungshypothese 3, Kapitel I, 1.1. Die inhaltliche Dimension der Arbeit.

## 7. Koalitionsbildung im Mitentscheidungsverfahren – kein beeinflussender Faktor

Neben dem Verfahren der Zustimmung ist die Möglichkeit der Entscheidung durch das Mitentscheidungsverfahren (Art. 251 EGV) das Gesetzgebungsverfahren, bei dem das Europäische Parlament den größten Einfluss ausüben kann. Es besitzt hier de facto Vetomacht. Vergleichsweise wenig Gewicht erfährt das Parlament dagegen in den Verfahren der Zusammenarbeit und Anhörung.

„Consequently, voting should vary with the type of procedure.“<sup>434</sup> So Tsebelis und Kreppels These für das Verhalten der transnationalen Fraktionen im Europaparlament, die daraus resultiert, dass angenommen wird, dass sie sich der Außenschau Dritter bewusst sind und dass der Anstieg der Macht einen Einfluss auf die Konkurrenz zwischen eben diesen Akteuren hat. Der symbolische Charakter der mit wenig voting-power ausgestalteten legislativen Prozeduren sollte damit, ähnlich wie im US-Senat, einen geringeren Anteil an Zusammenarbeit und großen Koalitionen als eine Auswirkung haben, als Entscheidungen in gewichtigen Verfahren.<sup>435</sup> Nun konnte bereits bei einem Vergleich des Zusammenhalts gezeigt werden, dass dieser sich im Mitentscheidungsverfahren erhöht. Dies legt die Annahme nahe, dass die Fraktionen sind sich der Bedeutung der Entscheidungen und ihrer Beobachtung, etwa durch andere Institutionen, wie den Rat, bewusst sind. Sie können mehr Abgeordnete mobilisieren, die wiederum geschlossener abstimmen, als dies für andere Prozeduren der Fall ist.<sup>436</sup> Es stellt sich damit die Frage, ob sich die Vergrößerung des legislativen Einflusses und die damit verbundene Erhöhung der Kohäsion auch auf die Koalitionsbildung und einen steigenden Anteil großer Koalitionen auswirkt. Falls dies zutrifft, bedeutet das für das Mitentscheidungsverfahren, dass es in der Ausformung seiner Entscheidungsfindung gesondert analysiert werden müsste. Auf der anderen Seite jedoch auch würde eine Erweiterung dieses Verfahrens möglicherweise eine Veränderung der Koalitionsbildungsmuster nach sich ziehen. Falls nicht, so hat dieser mögliche institutionelle Einflussfaktor der Koalitionsbildung keine signifikante Auswirkung auf den Abstimmungsprozess.

---

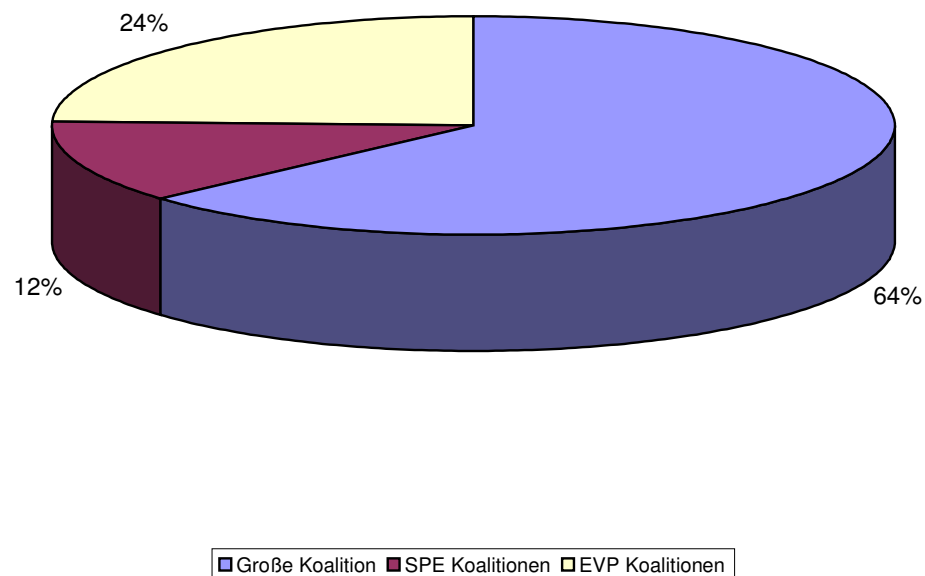
<sup>434</sup> Kreppel, Amie/Tsebelis, George: Coalition Formation in the European Parliament, in: Comparative Political Studies, Vol.32, No.8, 1999, S.937.

<sup>435</sup> Vgl. Kreppel, Amie: Rules Ideology and Coalition Formation in the European Parliament: Past, Present and Future, EPRG Working Paper No.4, 1999, S.7.

<sup>436</sup> Siehe Kapitel IV Intrafraktionelle Analyse – Der Zusammenhalt.

Zur Überprüfung dieser These werden die im Verfahren der Mitentscheidung namentlich abgegebenen Abstimmungen der Jahre 2004 und 2005 herangezogen. Insgesamt sind dies 41 Wahlgänge in allen drei Stadien der Prozedur.

### Anzahl der Koalitionen im Mitentscheidungsverfahren



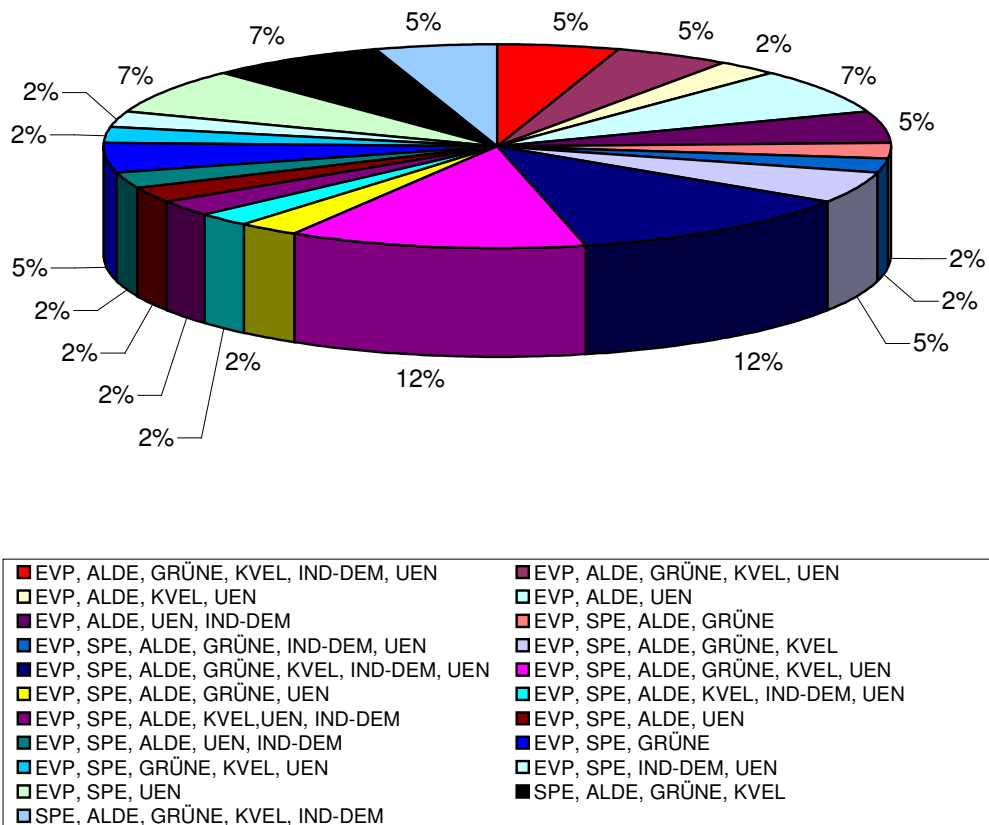
**Schaubild VII. 9.: Prozentualer Anteil Großer, EVP Koalitionen und SPE Koalitionen**  
Quelle: Eigene Berechnung

Das Schaubild verdeutlicht im blauen Bereich die (sicheren und vagen) großen Koalitionen mit 64%igem Anteil, die SPE Koalitionen mit 12% und die EVP-ED Koalitionen mit 24%. Im Vergleich zur Untersuchung aller Legislativverfahren, bei der der Gesamtanteil der großen Koalitionen bei ca. 68% und der Anteil der Koalitionen mit dominanten Partnern bei insgesamt 32% lag, zeigt sich hier wenig Veränderung.<sup>437</sup> Es ist lediglich eine geringe Verschiebung des Anteils dominanter Koalitionen auf insgesamt 36% zu erkennen, während die großen Koalitionen um 4% sinken. Die Anzahl der EVP-Koalitionen im Mitentscheidungsverfahren nimmt einen vergleichsweise hohen Anteil ein. Derjenige der SPE-Koalitionen sinkt dagegen etwas ab. Anstatt des erwarteten Anstiegs großer Koalitionen

<sup>437</sup> Vgl. Kapitel **deskriptive Koalitionsbildung XXX**

deutet dies auf eine Verstärkung des Wettbewerbs zwischen SPE und EVP hin und nicht auf eine konsensfördernde Wirkung.

### Koalitionskombinationen im Mitentscheidungsverfahren



**Schaubild VII. 10.: Aufschlüsselung der Koalitionskombinationen im Mitentscheidungsverfahren**

Quelle: Eigene Berechnung

Auch eine detailliertere Aufschlüsselung der Koalitionsvarianten zeigt, dass 12% der Beschlüsse mit einer Allparteienkoalition getätigt werden und weitere 12% durch eine Koalition aus EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und UEN. Der Anteil beider Kombinationen in allen Gesetzesprozeduren beträgt 20,9%.<sup>438</sup> Damit lässt sich auch unter diesem Aspekt keine grundlegende Veränderung des Koalitionsverhaltens der Fraktionen hinsichtlich konsensualer Zusammenarbeit erkennen.

<sup>438</sup> Siehe Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments: Variationsbreite der Entscheidungsfindung.

Eine Darstellung der Abstimmung nach dem Stadium, d.h. den Lesungen des Mitentscheidungsverfahrens gibt preis, dass der überwiegende Teil der namentlichen Abstimmungen im beobachteten Zeitraum in der ersten Lesung mit großen Koalitionen abgestimmt werden.

	1. Lesung	2. Lesung	3. Lesung	Anzahl
<b>EVP-Varianten</b>	6	3	1	10
<b>SPE-Varanten</b>	2	3	0	5
<b>Große Koalitionen</b>	21	5	0	26
<b>Anzahl</b>	29	11	1	41

Tabelle VII. 17.: Anzahl der Koalitionsvarianten in der 1., 2. und 3. Lesung

Quelle: Eigene Berechnung

Schreitet das Verfahren in die zweite und dritte Lesung fort, so wird der Anteil der großen Koalitionen sogar schwächer. Es können aufgrund dieser Beobachtungen keine stichhaltigen Beweise für eine Zunahme der Zusammenarbeit erbracht werden. „*The rules that establish when absolute majorities are required are consistent; voting behaviour in the EP is affected, but clearly not determined, by those rules.*“<sup>439</sup> Dies kann mit den vorliegenden Daten nicht bestätigt werden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen, hinsichtlich der Koalitionsbildung, erfährt keine auffälligen Veränderungen. Obwohl es einen Einfluss auf den Zusammenhalt der Fraktionen hat, kann das Mitentscheidungsverfahren damit als institutionell beeinflussende Variable der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden. Seine gesonderte Betrachtung erweist sich im beobachteten Zeitraum als nicht notwendig.

<sup>439</sup> Kreppel, Amie: Rules Ideology and Coalition Formation in the European Parliament: Past, Present and Future, EPRG Working Paper No.4, 1999, S.5.

## 8. Politikbereiche: Spiegel der Koalitionsmuster

Die Legislative eines Nationalstaates ist, wie der Name schon sagt, v.a. zuständig für das Fällen von Entscheidungen. Durch die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen und politischen Systeme haben sich deren Inhalte stetig erweitert. So sind nicht mehr ausschließlich die Kategorien der Herrschaft und Sicherheit Zuständigkeiten des Staates, sondern auch etwa die Wohlfahrt. Nicht nur Außenbeziehungen, Verteidigung und Justiz, sondern auch Umwelt-, Entwicklungs-, Kulturpolitik oder die Politik der Chancengleichheit sind Belange, die politische Systeme regeln müssen. Die Gewichtung der jeweiligen Felder ist dabei abhängig von der spezifischen Ausformung des Systems. So nehmen in autoritären Systemen meist Herrschaft und Sicherheit die höchste Priorität ein, während in Demokratien die Wohlfahrt des Staates und seiner Bürger oftmals einen ähnlich hohen oder sogar größeren Stellenwert annimmt.<sup>440</sup> Alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sind demokratische Systeme. Dennoch wird etwa die außenpolitische Souveränität der Staaten im Zusammenspiel der Europäischen Union als ein sehr wichtiges Ziel betrachtet. Trotz der Erkenntnis, dass spezifische Problemstellungen in jeglichen Bereichen gemeinsam oftmals effizienter gelöst werden können, schreitet die Integration der Europäischen Union in den Bereichen der high-politics langsamer voran, als in den Feldern, die den low-politics zugeordnet werden können.<sup>441</sup> Diese Lage wirkt sich direkt auf die Befugnisse des Europäischen Parlaments aus. Trotz der ihm eigenen Verteilung und Gewichtung der Befugnisse, hat es sich über die Jahre seiner Existenz hinweg als Institution zu einem spezialisierten Subsystem entwickelt, das alle Belange der Staatlichkeit be- und verarbeitet. Zu erkennen ist dies sehr auffällig an der Aufteilung seiner Ausschüsse, die das gleiche vollständige Politikspektrum abdecken wie die Komitees der nationalen Parlamente auch.<sup>442</sup>

Wie die Analyse der voting-power der Fraktionen und ihrer Koalitionsbildung zeigen konnte, sind nicht alle der existierenden unterschiedlichen Koalitionsvarianten durch die Annahme der Zielorientierung des Machterhaltes und der Machterweiterung zu erklären.<sup>443</sup> Nur dieser Blickwinkel kann demnach für eine Analyse des Entscheidungsverhaltens der Fraktionen des Europäischen Parlaments nicht ausreichend sein. Bessere Ergebnisse liefern allerdings, wie

---

<sup>440</sup> Dazu etwa: Schmid, Josef: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, 2. Aufl., Opladen, 2002.

<sup>441</sup> Zur Begrifflichkeit vgl. etwa: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela: Theorien internationaler Beziehungen, Opladen, 2003, S.64ff.

<sup>442</sup> Siehe Kapitel IV, 1.4. Die Arbeitsforen im Parlament

<sup>443</sup> Siehe Kapitel VI, 2. Machtverhältnisse – Voting-Power im Europäischen Parlament.

bereits gezeigt werden konnte, die akteurs- und politikfeldorientierten Ansätze.<sup>444</sup> So kann etwa mit der Hypothese 3<sup>445</sup> erklärt werden, dass etwa durch eine verhältnismäßig geringe Wählerbindung, das Fehlen der ständigen Unterstützung einer Regierung durch eine dauerhafte Koalition oder auch die Postenverteilung aufgrund von Mehrheitsverhältnissen, die Motivationen und Ziele des vote-seeking, aber auch des office-seeking sich in den Hintergrund bewegen.<sup>446</sup> Flexibles und angemessenes Regieren wird dadurch möglich.<sup>447</sup> Das Parlament muss jedoch (noch immer) als einheitlicher Akteur auftreten, um sich gegenüber den anderen Institutionen bzw. Organen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten zu legitimieren. Dies setzt im gegebenen Parteiensystem des EP ein konsensual orientiertes Verhalten der Akteure voraus. Es ist deshalb naheliegend, zusätzlich ein rationales policy-seeking Modell des Handelns der MEPs bzw. der Fraktionen anzunehmen. Hinweise darauf konnten bereits im vorigen Kapitel gefunden werden. Aufgrund dieser Annahmen ist es konsistent, die Entscheidungsfindung zwischen den Gruppenakteuren des Europäischen Parlaments tiefgreifend auch mit Hilfe von Modellen zu analysieren, die auf policy-seeking Annahmen der Koalitionsbildung basieren. So kann ein noch besseres Verständnis dieser Zusammenhänge gewonnen werden.

Dass Koalitionen sich entlang von Themenbereichen bilden, darauf weisen auch Aussagen verschiedener MEPs hin: *„Auf legislativer Ebene besteht eine zunehmende Tendenz der Koalitionsbildung auf Sachfragen z.B. SPE/EVP im sozialem Bereich, EVP/ALDE im Wirtschaftsbereich, SPE/ALDE/GRÜNE-EFA in gesellschaftspolitischen Fragen.“* Oder auf dem Punkt gebracht: *„Depending on the issue.“*<sup>448</sup>

Nachdem die Modelle der eindimensionalen Orientierung eines oberflächlichen Rechts-links-Spektrums in der vorigen Analyse erste Hinweise auf die Entscheidungsfindung entlang von Themenbereichen geben konnten, wird in einem späteren Kapitel ein Ansatz verwendet, der spezifische Politikbereiche und einen zweidimensionalen Entscheidungsraum abbildet. Damit kann eine detailliertere Situation simuliert werden, die sich noch stärker an der Empirie anlehnt. Zunächst soll jedoch in einem direkt anschließenden Analyseteil ein detaillierter Einblick in die Ausprägungen der Koalitionsvarianten in den unterschiedlichen

---

<sup>444</sup> Siehe Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments: Variationsbreite der Entscheidungsfindung.

<sup>445</sup> Vgl. hierzu die Forschungshypothesen der Arbeit.

<sup>446</sup> Siehe etwa: Harmel, Robert/Janda, Kenneth: An Integrated Theory of Party Goals and Party Change; Journal of Theoretical Politics, Vol. 6, Nr.4, 1994, S.259-87.

<sup>447</sup> Zur Begründung der Flexibilität im Parteiensystem des Europäischen Parlaments vgl.: Kreppel, Amie: The European Parliament and Supranational Party System: A study in institutional Development, Cambridge, 2002, S.124f.

<sup>448</sup> Dies sind Antworten der bereits erläuterten Umfrage der Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf die Frage: „Wie werden Koalitionen gebildet und wodurch wird dies beeinflusst?“



Politikbereichen geschaffen werden. Die hier gezeigte Untersuchung bewegt sich in einer bislang noch nicht von der Forschungsliteratur aufgegriffenem empirischen Blickwinkel.<sup>449</sup>

Diese umfassende Einführung kann eine Grundlage für die angesprochene politikraumbasierte Analyse bieten. Einführend dazu soll zunächst eine Tabelle Aufschluss über die verwendete Datenbasis und die sich auch daraus hervorgehende Analysestruktur geben:

---

<sup>449</sup> Bisherige Forschungsarbeiten sind vorwiegend statistisch-mathematisch orientiert. Vgl. etwa: Kreppel, Amie: *The European Parliament and Supranational Party System: A study in institutional Development*, Cambridge, 2002. oder Dies.: *Rules, Ideology and Coalition Formation in the European Parliament: Past, Present and Future*, EPRG Working Paper Nr.4., 1999. <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/pdf/Working%20Paper%204.pdf>  
Aber auch: Voeten, Erik: *Legislator Preferences, Ideal Points and the Spatial Model in the European Parliament*, Institute of Governmental Studies, Berkley, Paper WP2005-12. <http://repositories.cdlib.org/igs/WP2005-12/>

Die Fraktionen des Europäischen Parlaments – Zusammenhalt und Muster der Koalitionsbildungen

Politikbereich / Ausschuss	Anzahl der Abstimmungen					Anzahl gesamt	Anzahl prozentual	
	2000	2001	2002	2003	2004			2005
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik	91	20	51	76	31	68	337	5,39
Haushaltsausschuss	81	70	31	19	29	92	322	5,15
Ausschuss für Haushaltskontrolle	99	48	34	22	44	0	247	3,95
Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	179	137	102	113	102	48	681	10,89
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	185	161	58	29	93	53	579	9,26
Ausschuss für Recht und Binnenmarkt	34	39	48	26	67	8	222	3,55
Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	81	81	71	52	13	16	314	5,02
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	37	36	46	30	23	23	195	3,12
Ausschuss für Umweltschutz, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	210	221	196	83	56	136	902	14,43
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	35	17	11	48	37	13	161	2,58
Ausschuss für Fischerei	16	17	44	16	4	11	108	1,73
Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr	78	82	119	99	34	55	467	7,47
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	25	5	5	31	14	11	91	1,46
Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit	1	2	8	46	15	25	97	1,55
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	129	34	22	6	3	22	216	3,45
Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit	17	15	42	9	14	8	105	1,68
Petitionsausschuss	2	2	2	1	0	2	9	0,14
Rechtsausschuss	X	X	X	X	X	0	0	0,00
Ausschuss für regionale Entwicklung	X	X	X	X	X	16	16	0,26
Ausschuss für internationalen Handel	X	X	X	X	X	27	27	0,43
Entwurf des Gesamthaushaltsplans	23	28	12	12	X	35	110	1,76
Nichtständiger Ausschuss für Humanogenetik und andere neue Technologien in der modernen Medizin	X	45	X	X	X	X	45	0,72
Nichtständiger Ausschuss für Maul- und Klauenseuche	X	X	X	X	X	X	9	0,14
Nichtständiger Ausschuss für die Verbesserung der Sicherheit auf See	X	X	X	X	22	X	22	0,35
Nichtständiger Ausschuss zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln in der erweiterten Union	X	X	X	X	X	0	0	0,00
Änderung der Tagesordnung	4	4	3	1	2	3	17	0,27
Sitzungsplanung	3	2	X	X	X	X	5	0,08
Misstrauensantrag gegen die Kommission	X	X	X	X	1	X	1	0,02
Entschließungsanträge gesamt	205	124	136	162	98	222	946	15,15
<b>Gesamtanzahl der Abstimmungen</b>	<b>1535</b>	<b>1190</b>	<b>1050</b>	<b>881</b>	<b>702</b>	<b>894</b>	<b>6252</b>	<b>100</b>

Tabelle VII. 18.: Anzahl der Abstimmungen im Untersuchungszeitraum aufgeschlüsselt nach einzelnen Politikbereichen  
Quelle: Eigene Berechnung

Die hier gezeigte Übersicht schlüsselt die Politikbereiche des Europäischen Parlaments anhand der Ausschüsse und deren Zuständigkeitsbereich auf. Diese und die inhaltlichen Abgrenzungen bzw. Überschneidungen der Ausschüsse werden nach Anlage 6 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments angenommen.<sup>450</sup> Die Veränderung der Ausschussstruktur nach seiner Vergrößerung wurde dabei berücksichtigt, ebenso wie die nichtständigen Ausschüsse. Insgesamt folgen daraus zwanzig Politikbereiche der ständigen Ausschüsse und 4 verhältnismäßig eng eingegrenzte Politikfelder der nichtständigen Ausschüsse. Da diese nicht als Politikbereiche, sondern als terminliche, möglicherweise auch taktische Entscheidungen zu werten sind, werden die Änderungen der Tagesordnung und Sitzungsplanungen gesondert aufgeführt. Gleiches gilt für den bereits erläuterten Misstrauensantrag gegen die Kommission. Die Abstimmungen über den jeweiligen Gesamthaushaltsplan werden auch separat dargestellt und nicht dem Haushaltsausschuss oder dem Ausschuss für Haushaltskontrolle untergeordnet, da diese stärker von der Öffentlichkeit verfolgt werden und eine besondere Taktierung oder Strategie der Fraktionen handlungsbestimmend sein könnte. Alle gestellten und erfassten Entschließungsanträge wurden zu einer Kategorie zusammengefügt.<sup>451</sup> Dies dient zum einen dazu, Überschneidungen von Politikfeldern zwischen Entschließungsanträgen und anderen Verfahren zu vermeiden, zum anderen aber auch zur Wahrung der Übersichtlichkeit und Erfassbarkeit der Daten. Die letzte Zeile zeigt schließlich die Gesamtzahl der Abstimmungen. Die Spalten wurden, analog zu vorigen Tabellen, in die Zeiträume 2000, 2001, 2002, 2003, 2004 und 2004/2005 eingeteilt. Die Phasen 2000 bis 2003 entsprechen dabei den einzelnen Jahren der 5. Legislaturperiode, von der ersten bis zur letzten getätigten namentlichen Abstimmung. Der Zeitraum 2004 beinhaltet die Abstimmungen von der ersten Sitzung des 5. Parlaments, im Januar 2004, bis zu seiner letzten Sitzung am 6. Mai 2004. Die Zeitangabe 2004/2005 bezieht sich demnach auf alle namentlich abgegebenen Entscheidungen von der ersten Sitzung der sechsten Legislaturperiode bis zur letzten Sitzung des Jahres 2005, am 15. Dezember. Die Spalte „Anzahl gesamt“ zeigt die Anzahl der Abstimmungen des jeweiligen Bereiches innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums. „Prozentual“ gibt den Prozentwert an, um die Gewichtung der Abstimmungen zu verdeutlichen. Insgesamt wurden 6252 Abstimmungen hinsichtlich ihres Politikbereichs überprüft und zugeordnet.

---

<sup>450</sup> Siehe hierzu: Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, 16. Auflage, Februar 2006, Anlage VI, <http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PROG=RULES-EP&L=DE&REF=TOC>

<sup>451</sup> Siehe auch Anhang.

Dabei wird schnell deutlich, dass es Politikbereiche gibt, in denen häufiger namentlich abgestimmt wird, als in anderen. Dies ist auch auf die Arbeit der Ausschüsse zurückzuführen, wobei die Quantität der Abstimmungen keinesfalls mit der Qualität der Arbeit der Ausschüsse zu gleichzusetzen ist. Die Anzahl der Entschließungsanträge, über die abgestimmt wurde, zeigt die größte Häufigkeit. Sie sind Anträge, die zu einem auf der Tagesordnung eines Parlaments stehenden Verhandlungsgegenstand gestellt wird. Ein Entschließungsantrag hat akzessorischen (hinzutretenden, nebensächlichen, allgemeinen) Charakter. Hier unterscheidet er sich von selbständigen Anträgen. Über den Entschließungsantrag wird abgestimmt, nachdem über den oben genannten Verhandlungsgegenstand schon beschlossen wurde. Dies bedeutet eine zusätzliche öffentliche Äußerung, die den taktischen Griff zu den namentlichen Abstimmungen unterstreicht.

Grundsätzlich wird in der Forschungsliteratur angenommen, dass namentliche Abstimmungen oftmals aus taktischen Gründen beantragt werden. Um die Abgeordneten der Fraktion zur Disziplin zu bewegen, oder aber um die Haltung der Fraktion zu unterstreichen und sich so in der Öffentlichkeit zu positionieren bzw. von anderen abzugrenzen.<sup>452</sup> Nachdem Entschließungsanträge keine legislative Wirkung entfalten, ist eine Disziplinierung der MEPs nicht nötig. Deshalb ist davon auszugehen, dass Entschließungsanträge dazu genutzt werden, die Position der jeweiligen Fraktion(en) zu demonstrieren. Sie sind damit Abstimmungen repräsentativ-taktischer Natur. 15,5% der Abstimmungen sind so auf derartige Manöver zurückzuführen.

Der nächst höhere Anteil wird mit 902 (14,43%) Abstimmungen im Bereich Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik getätigt. Einem Feld, in dem das Europäische Parlament einen verhältnismäßig hohen Einfluss hat. Weitere hohe Werte erreichen die Themenbereiche der Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten, in dem sich ein Rückgang der namentlichen Abstimmungen abzuzeichnen scheint, (10,89%) oder auch Wirtschaft und Währung (9,26%).<sup>453</sup> Die quantitative Arbeit in diesem Bereich ist demnach verhältnismäßig hoch. Andere Felder hingegen zeigen eine geringere oder sehr geringe Ausprägung, wie Recht und Binnenmarkt (3,55%) oder Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport (1,46%). Ähnliches gilt für das Feld Entwicklung und Zusammenarbeit (1,55%). Allerdings ist dafür zu beobachten,

---

<sup>452</sup> Vgl. Carrubba, Clifford/Gabel Matthew: Roll Call Votes and Party Discipline in the European Parliament: Reconsidering MEP Voting Behaviour, EPRG Working Paper No.2, 1999, S.5ff. <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/pdf/Working%20Paper%202.pdf>

<sup>453</sup> Hier werden exemplarische Fälle ausgewählt.

dass über 15% der Entschließungsanträge in diesem Bereich abgestimmt werden. Auffällig wenige Abstimmungen werden für Petitionen vorgenommen. Nur 9 innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums. Dies kann bedeuten, dass wenige Belange im Tätigkeitsfeld Petitionen eingebracht werden oder aber, dass solche Belange durch den Ombudsmann der Europäischen Union geregelt werden können, und dieser seine Aufgabe zufriedenstellend erfüllt. Es ist aber auch möglich, dass Petitionen im Allgemeinen nicht durch namentliche Abstimmungen gehandhabt werden bzw. dass die Arbeit des Ausschusses sich v.a. auf koordinatorische Aufgaben beschränkt.<sup>454</sup> Tatsächlich hat der Petitionsausschuss innerhalb des Untersuchungszeitraums insgesamt 25 Berichte verfasst. Seine Arbeit scheint deshalb eher qualitativ-formeller Natur zu sein, während der Bürgerbeauftragte direkt für die Bearbeitung der Petitionen zuständig ist.<sup>455</sup> Schon hier wird deutlich, dass die Arbeit in den unterschiedlichen Politikbereichen strukturelle, möglicherweise institutionalisierte Vorgänge beinhaltet. In dieser quantitativ angelegten Studie soll jedoch nicht auf die spezifischen Charakteristika aller politischen Arbeitsfelder des Europäischen Parlaments in ihrer gänzlichen inhaltlichen Fülle eingegangen werden. Dies würde ihren Umfang sprengen. Dennoch kann, im Zusammenhang mit den Entscheidungsmechanismen innerhalb des Europäischen Parlaments, analysiert werden, ob sich spezifische Koalitionsvarianten bei den identifizierten Politikfeldern zeigen oder aber ob solche im Gegenzug nicht beobachtbar sind. Existieren vermehrte Häufigkeiten oder gar Korrelationen, so ist davon auszugehen, dass hier eine Institutionalisierung der Entscheidungsstruktur stattgefunden hat. Untersucht werden die schon zuvor gezeigten Koalitionsvariationen mit häufiger Ausprägung. D.h. die Koalitionen mit dominanten Partnern und deren Stammkoalitionsfraktionen und darüber hinaus verschiedene Variationen großer Koalitionen. Ein solches Vorgehen birgt zwar einerseits die Gefahr, nicht zu erfassen, wenn sich beispielsweise eine selten vorkommende Kombination ausschließlich bei einem Politikfeld zeigt. Es besteht auf der anderen Seite allerdings die bestechende Chance, ohne die Überschaubarkeit bei 80 Varianten zu verlieren, möglichst viele Abstimmungen und deren Auffälligkeiten zu erfassen. Wenn keine der überprüften Variationen einen ausgeprägten Ausschlag in einem Politikbereich zeigen sollte, so kann eben gerade dies zur Kenntnis genommen werden. Eine bislang noch nicht in diesem Umfang und Detailtreue erarbeitete Gegenüberstellung von

---

<sup>454</sup> Mittlerweile ist es sogar möglich, Petitionen online einzubringen: <http://www.europarl.eu.int/parliament/public/petition/submit.do>

<sup>455</sup> Die Homepage des Ombudsmanns, auf der auch seine Jahres- und Sonderberichte einzusehen sind, ist zu erreichen unter: <http://www.europarl.eu.int/parliament/public/petition/submit.do>

Koalitionsvariante und Politikfeld kann so belegen, ob Zusammenhänge oder Tendenzen zwischen Entscheidungsfindung und Themenfeld bestehen.

### **8.1. Dominante Fraktionen und Koalitionsbildung in Politikfeldmustern**

Die erste Koalition, die unter diesem Aspekt beleuchtet werden soll, ist die von **EVP-ED, ALDE und UEN**.<sup>456</sup> D.h. eine Koalition mit dominanten (EVP-ED) und dem sich daraus hervorgehenden bzw. Zentrumsspieler (ALDE) und einer Stammkoalitionsfraktion (UEN).<sup>457</sup> Das Schaubild zeigt den prozentualen Anteil der Koalitionsvariante an den, schon in voriger Tabelle aufgeschlüsselten, Politikfeldern. EVP-ED, ALDE und UEN können damit etwa in 8,12% der Abstimmungen im Bereich Wirtschaft und Währung eine Koalition bilden. D.h. in den Themenfeldern des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs bzw. Finanzdienstleistungen. Ein weiterer Ausschlag erweist sich in Recht und Binnenmarkt, mit 6,76%. Hier wird etwa über freien Warenverkehr, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit beschlossen. Dies sind keine besonders hohen, jedoch evidente Ausschläge. Auffälliger allerdings als dies ist, dass in einigen Bereichen keine Beschlüsse mit dieser Koalition gefasst werden. Dies trifft für die Felder Haushalt, Fischerei und Petitionen zu. Auch in den nach der Vergrößerung ausdifferenzierten Bereichen Recht, Regionale Entwicklung und Internationaler Handel existiert keine solche Koalition.

---

<sup>456</sup> Weitere, hier noch nicht gezeigt Gegenüberstellungen von Koalitionsvarianten und Politikbereichen finden sich im Anhang.

<sup>457</sup> Hierzu siehe auch Siehe Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments: Variationsbreite der Entscheidungsfindung.

### EVP, ALDE, UEN

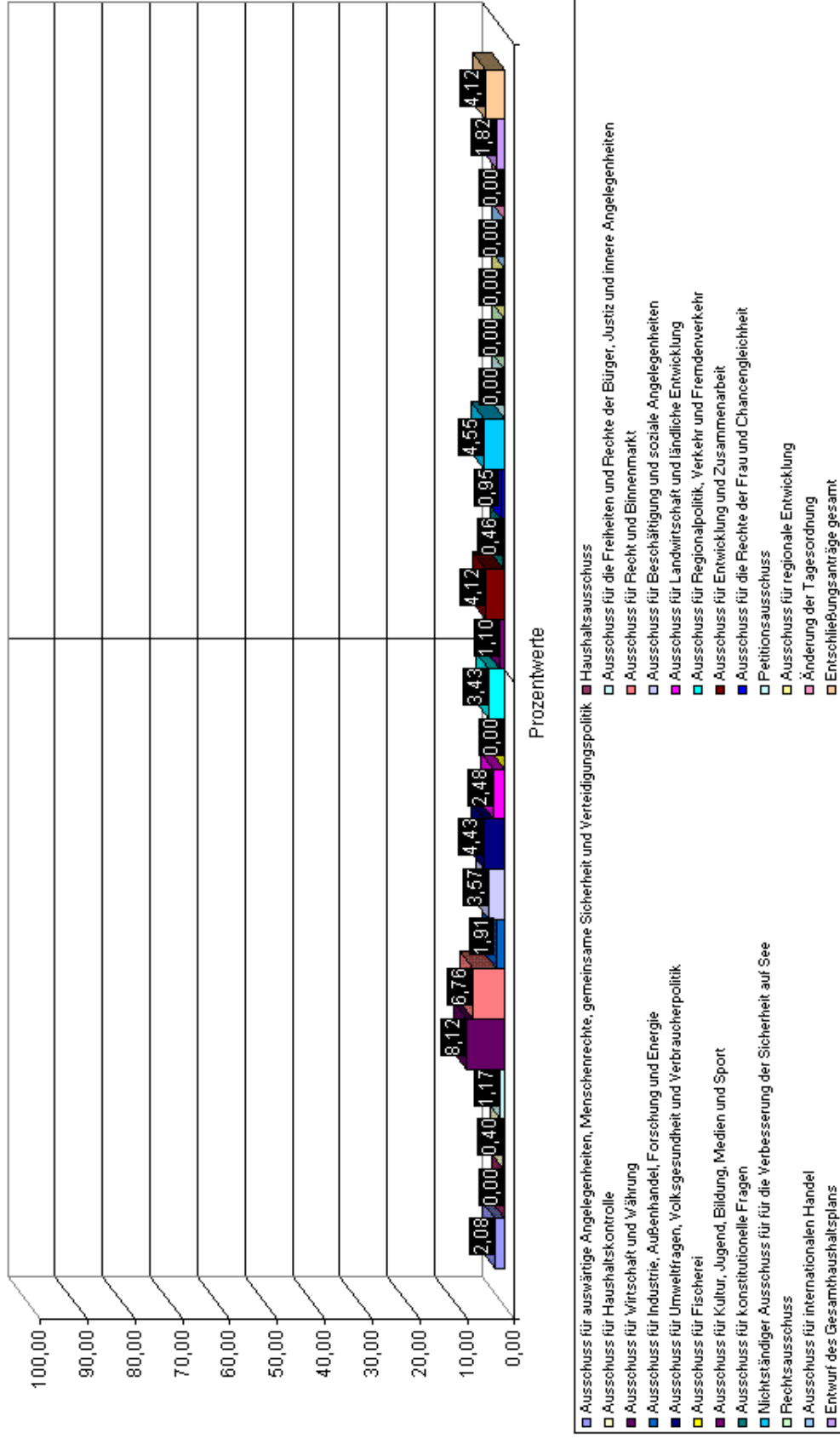


Schaubild VII. 11.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP, ALDE, UEN

Quelle: Eigene Berechnung

Ein etwas anderes Bild ergibt sich beim Hinzustoßen einer weiteren Fraktion. **EVP-ED, ALDE, UEN und IND-DEM:** Auch hier werden zwar noch immer ca. 8% der Abstimmungen im Bereich Wirtschaft und Währung gefällt. Der Anteil des Feldes Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, mit den Inhalten von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Europäischen Sozialfonds oder auch Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Rentnern, erhöht sich im Vergleich jedoch von 3,57% auf 11,22%. Ähnliches ist für das Spezifikum der Sicherheit auf See zu beobachten. Hier steigt der Anteil von 4,55% auf 9,09%. Während noch immer keine Abstimmungen in Petitionen oder regionaler Entwicklung sichtbar sind, so steigt der Anteil im Bereich des internationalen Handels von 0 auf 22,73%. In diesem in der sechsten Legislaturperiode formierten Ausschuss zeigt sich demnach seit dieser Zeit, dass etwa ein Viertel der Abstimmungen durch den Zusammenschluss von EVP-ED, ALDE, UEN und IND-DEM getätigt werden. Dieses neu gebildete Feld ging aus dem Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie hervor. Hier ist jedoch nur ein sehr geringer Ausschlag zu erkennen. Diese Häufigkeit der Koalition der vier Fraktionen, mit diesem nun engeren inhaltlichen Rahmen, existiert damit erst seit 2004. Die Eingrenzung des Themenfeldes führte damit zur Möglichkeit höherer gemeinsamer Übereinstimmung und Entscheidungsfindung dieses Fraktionsblocks und damit zu einem Schritt hin zu seiner denkbaren Stärkung.



### EVP, ALDE, UEN, IND-DEM

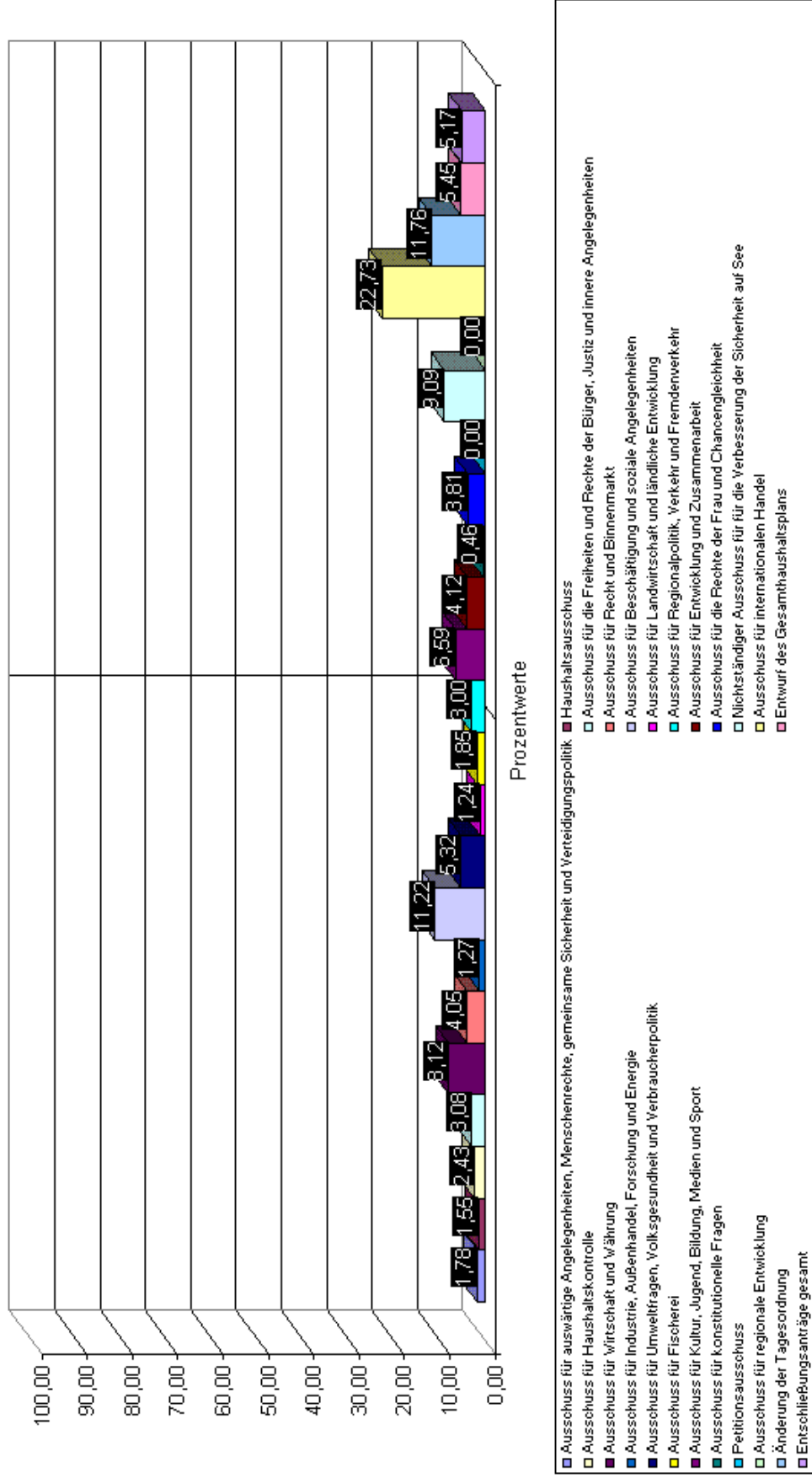


Schaubild VII. 12.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP, ALDE, UEN, IND-DEM

Quelle: Eigene Berechnung

Unter der Annahme von Entscheidungen mit der EVP-ED als sicherer dominanter Fraktion, entsprechend der generalisierten Aussagen die im vorigen Kapitel erarbeitet wurden,

$$K_{EVP_B} = EVP - ED \vee ALDE \vee UEN (\vee X_{1,2,\dots})$$

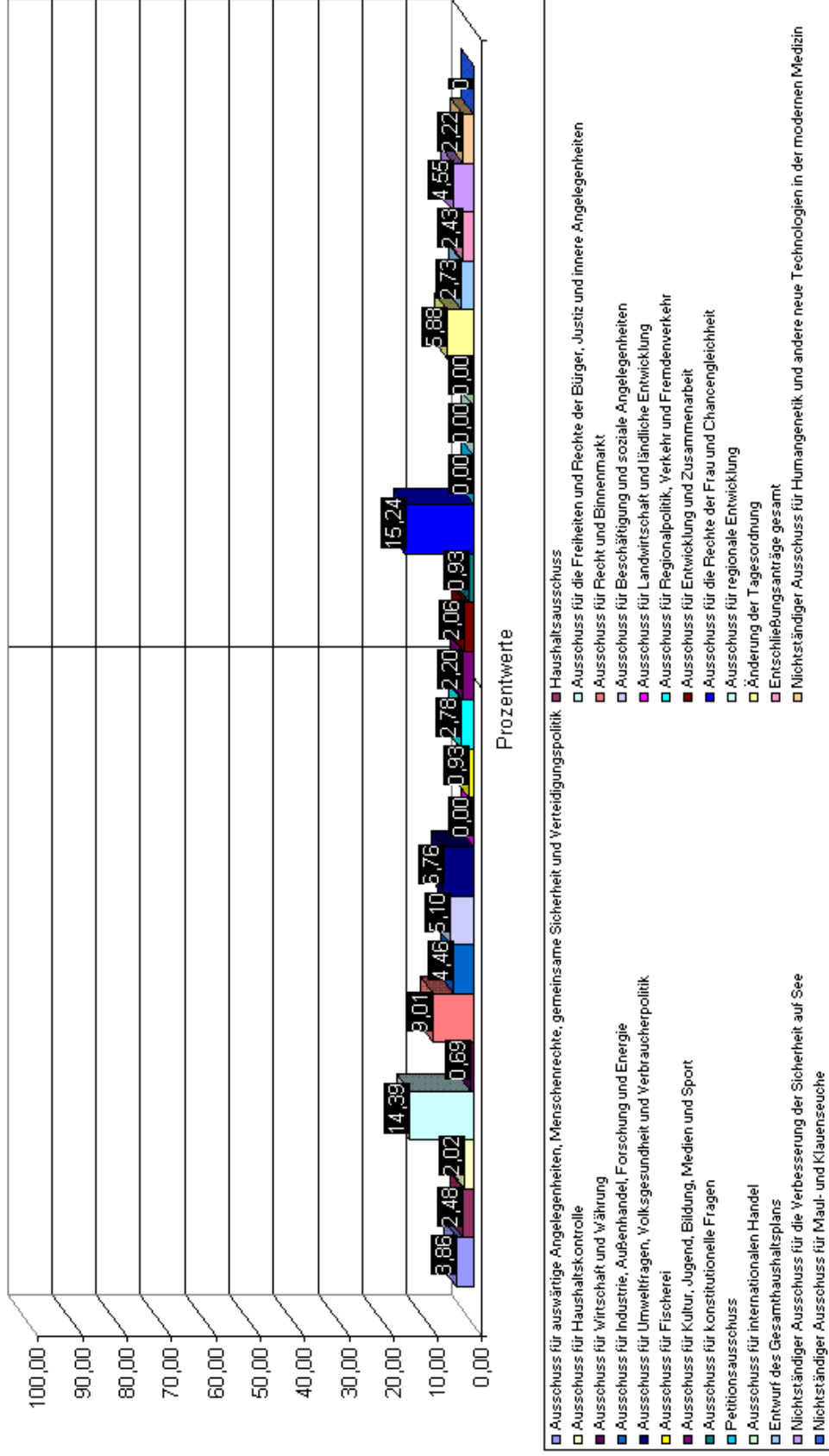
kann damit festgehalten werden, dass in den Varianten mit den häufigsten Abstimmungen 16,24% der Abstimmungen im Feld Wirtschaft und Währung, 14,79% in Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, 13,64% in Sicherheit auf See und 22,73% in internationalem Handel auf diese Art der Koalitionen entfallen.<sup>458</sup> Dies sind Felder, in denen oftmals auch den entsprechenden nationalen christdemokratischen, konservativen oder liberalen Parteien Kompetenzen zugerechnet werden. Diese Ergebnisse belegen, dass sich durchaus Häufigkeiten von Ausprägungen der Koalitionsvariante mit verschiedenen Politikbereichen ausmachen lassen. Zeigt sich eine solche Verbindung auch für Koalitionsvarianten mit der SPE als dominanter Fraktion?

Wie zuvor werden im Schaubild die prozentualen Anteile der Abstimmungen in einem Politikbereich der Koalitionsvariante gegenübergestellt. In diesem Fall dem Zusammenschluss von **SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL**.

---

<sup>458</sup> Für die Herleitung und Bedeutung generalisierter bzw. aussagenlogischer Ausdrücke siehe Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments: Variationsbreite der Entscheidungsfindung.

**SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL**



**Schaubild VII. 13.: Koalitionsvariante und Politikbereich: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL**

Quelle: Eigene Berechnung

Wie in vorhergehenden Analysen bereits belegt, hält die ALDE einmal mehr den Rang eines Zentrumsspielers, die ist SPE die dominante Akteurin und GRÜNE-EFA bzw. KVEL-NGL ihre Partnerfraktionen in dieser Aufstellung. Im Gebiet der Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten erreicht diese Kombination einen Anteil von 14,39% der Entscheidungen. Hier wird ein Themenbereich von Menschen- und Bürgerrechten, Verarbeitung personenbezogener Daten oder auch der Aufbau und die Weiterentwicklung des Raumes der Freiheit, Sicherheit und des Rechts behandelt. Weitere 9,01% bei Recht und Binnenmarkt und 6,76% in Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik. Ein hoher Ausschlag ist im Fachbereich Rechte der Frau und Chancengleichheit zu verzeichnen. Er beträgt 15,24%. Weitere kleinere Anteile sind für Industrie, Außenhandel, Forschung und Industrie (4,46%) bzw. Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (5,10%) vorhanden. Keine Abstimmungen können in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Petitionen, regionale Entwicklung und internationalen Handel beobachtet werden. Im Vergleich zu Varianten mit der EVP-ED als dominanter Fraktion, ist hier nur ein sehr geringer Ausschlag für Abstimmungen über Wirtschaft und Währung zu verzeichnen (0,69%).

**SPE, ALDE, GRÜNE, KVEL, IND-DEM**

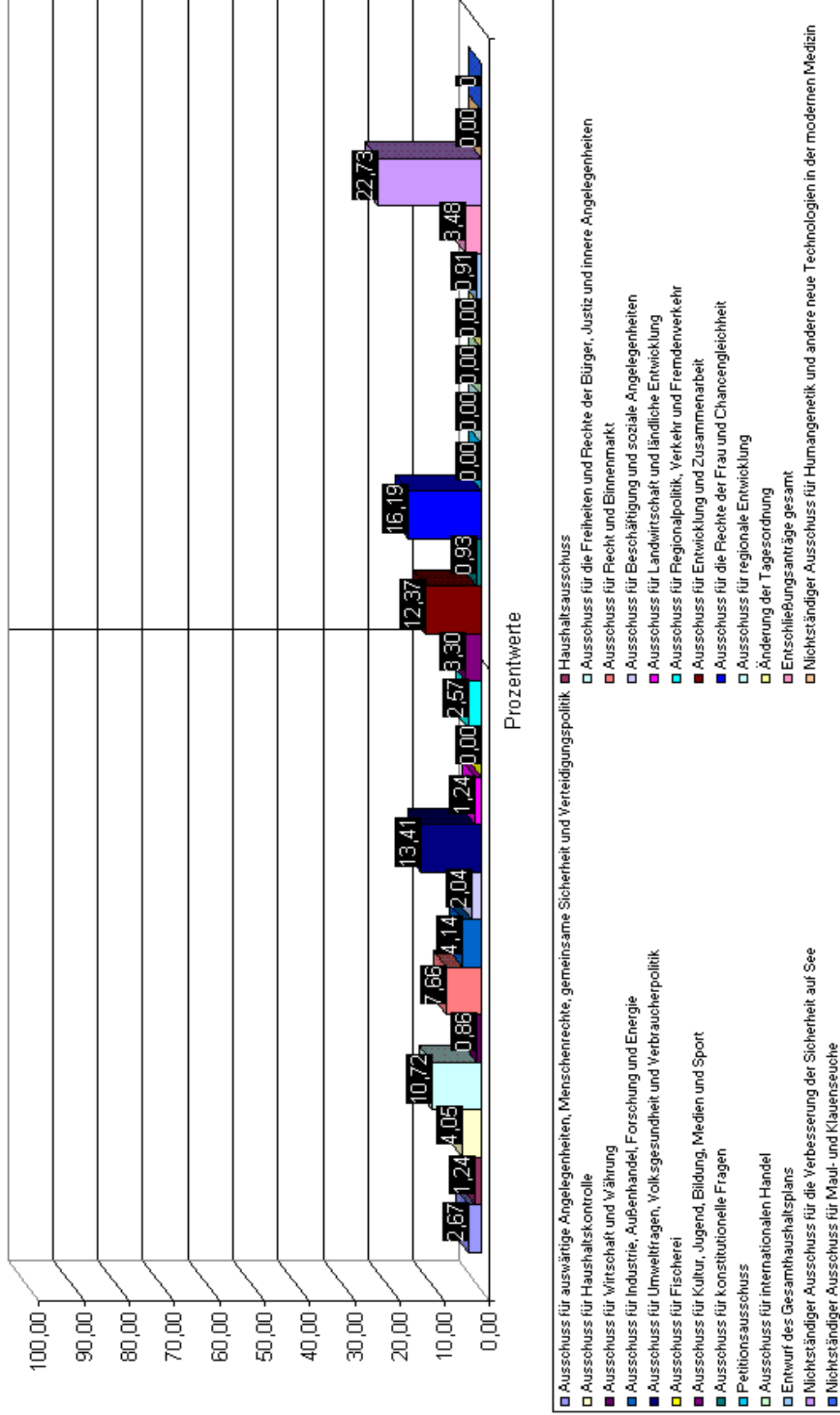


Schaubild VII. 14.: Koalitionsvariante und Politikbereich: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM

Quelle: Eigene Berechnung

Wenn zu oben genannter Koalition noch die Fraktion der IND-DEM hinzutritt, verstärken sich diese Ausprägungen. 10,72% der Entscheidungen werden im Bereich der Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten mit der Variation **SPE, ALDE, GRÜNE, KVEL-NGL und IND-DEM** abgestimmt. Der Anteil der Beschlüsse in Recht und Binnenmarkt sinkt etwas, auf 7,66%, ab. Dagegen steigt er im Gebiet Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik von 6,76% auf 13,41%. Weitere Vergrößerungen der Anteile sind für die Felder Entwicklung und Zusammenarbeit (12,37%) bzw. Rechte der Frau und Chancengleichheit (16,19%) sowie für Sicherheit auf See (22,37%) zu beobachten. Der Bereich Wirtschaft und Währung zeigt mit 0,86% noch immer einen sehr geringen Anteil der Vota. Keine Abstimmungen wurden in dieser Variation in den Politikfeldern Fischerei, Petitionen, regionale Entwicklung und internationaler Handel getätigt. In diesem Punkt zeigt sich eine konsistente Analogie zu den Abstimmungen ohne die IND-DEM. Dies unterstreicht einmal mehr die Annahme, dass sich durch das Hinzukommen einer weiteren Fraktion die grundlegende Konstellation nicht fundamental verändert. Es ist demnach, wie oben ausgeführt, eine Reihenfolge der Koalitionsbildung anzunehmen, in der sich die Partnerfraktionen ihrer Stammkoalitionsfraktion anschließen und sich diese wiederum für eventuelle weitere Partner öffnen. Denkbar wäre dies, wie bereits erläutert, z. B. wenn die Kosten der Akteure für die bereits bestehende Koalitionsformation gering blieben oder sich Übereinstimmungen inhaltlich Art ergeben würden.

Die dritte häufige Koalitionsvariante mit der SPE, die hier vorgestellt wird (**SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM und UEN**) weist diesem Muster folgend wieder einen verhältnismäßig großen Anteil für Recht und Binnenmarkt (5,86%), Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (6,69%) bzw. Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik (7,76%) und für den Bereich der Rechte der Frau und Chancengleichheit (6,67%) auf.

**SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM, UEN**

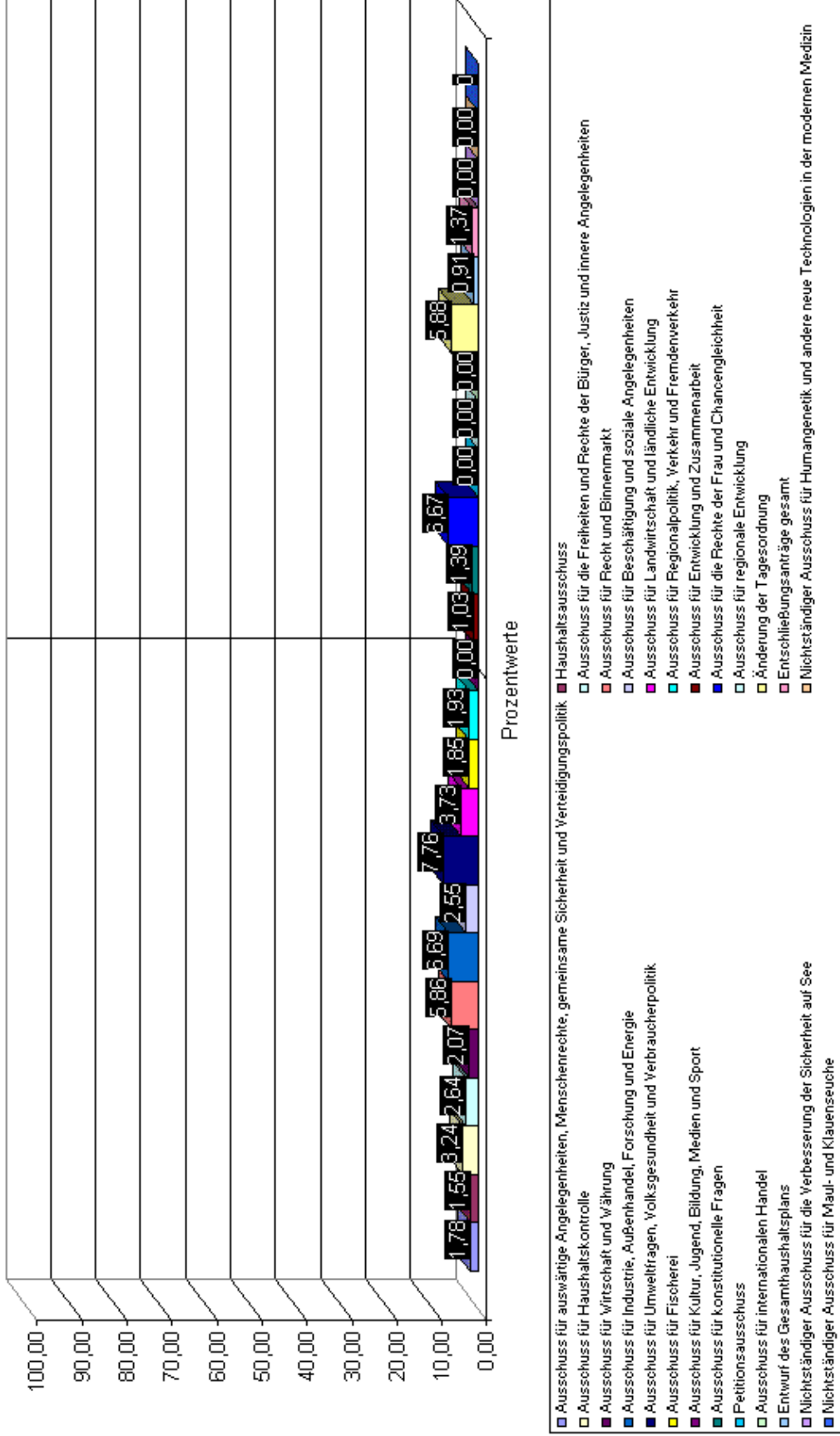


Schaubild VII. 15.: Koalitionsvariante und Politikbereich: SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IDM-DEM, UEN  
Quelle: Eigene Berechnung

Hier lässt sich allerdings ein niedriger Ausschlag für Fischerei (1,85%), sowie für Entwicklung und Zusammenarbeit (1,03%), Sicherheit auf See (1,37%) und Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten (2,64%) erkennen. In diesen Fachgebieten scheint die Fraktion der IND-DEM nicht koalitionsbereit bzw. -fähig. Kompromisse wären damit möglicherweise zu kostenintensiv. Internationaler Handel, regionale Entwicklung und Petitionen werden nicht durch die genannte Modulation zur Entscheidung gebracht. Insgesamt zeigt sich hier allerdings, in Übereinstimmung mit der Verteilung der zuvor berechneten Häufigkeit der Koalitionskombination, dass vergleichsweise weniger Abstimmungen durch diese SPE-Variante erfolgreich zustande kommen. Durch die sicheren Modulationen mit der SPE als dominanter Fraktion, ausgedrückt durch die zuvor abgeleitete aussagenlogische Formulierung:

$$K_{SPE_B} = SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL(\vee X_{1,2,\dots})$$

können deutliche Regelmäßigkeiten der Koalitionsbildung nach Politikfeldeinfluss gezeigt werden. Im Politikbereich Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten sind so insgesamt 27,75% der Abstimmungen zustande gekommen und 22,53% bei Recht und Binnenmarkt. Im Themenfeld Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik werden 21,17% durch Koalitionen mit der SPE als dominantem Spieler geschlossen und 15,46% in Entwicklung und Zusammenarbeit. Ein Politikbereich sticht jedoch signifikant hervor. Die Abstimmungen innerhalb des Raumes der Rechte der Frau und der Chancengleichheit nehmen bei allen drei Varianten zusammengenommen 40,1% der Abstimmungen ein.<sup>459</sup>

---

<sup>459</sup> Die prozentualen Angaben, auch in der Tabelle entsprechen ausschließlich den Kombinationen der hier gezeigten Schaubilder. Weitere Gegenüberstellungen von Politikfeld und Koalitionskombination sind im Anhang einzusehen.



<b>Dominante Fraktion</b>	<b>Domäne</b>	<b>Anteil</b>
<b>EVP-ED</b> $K_{EVP-ED} = EVP - ED \vee ALDE \vee UEN (\vee X_{1,2,...})$	Sicherheit auf See	13,64%
	Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	14,79%
	Wirtschaft und Währung	16,24%
	Internationaler Handel	22,73%
<b>SPE</b> $K_{SPE} = SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL (\vee X_{1,2,...})$	Entwicklung und Zusammenarbeit	15,46%
	Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	21,17%
	Recht und Binnenmarkt	22,53%
	Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	27,75%
	Rechte der Frau und der Chancengleichheit	40,1%

Tabelle VII. 19.: Domänen der Politikbereiche für die dominanten Fraktionen EVP-ED und SPE

Quelle: Eigene Berechnung

Damit zeigt sich auch unter diesen Voraussetzungen, dass die Politikbereiche, die oft von nationalen Parteien der Sozialdemokratie, grünen oder linken Parteien als Kompetenzzentren betrachtet werden, von diesen auch im Europäischen Parlament besetzt werden. Im Gegensatz etwa zum Bereich der Wirtschaft und Währung, in denen sich meist andere Parteien als betont problemlösungsfähig betrachten.<sup>460</sup> Die ALDE allerdings ist damit bewiesener Maßen auch inhaltlich sehr anpassungsfähig, was ihre Positionierung als Zentrumsspieler zementiert. Koalitionen mit der SPE als großer Fraktion betonen somit stärker innenpolitische, gesellschaftspolitische oder postmaterialistische Politikbereiche. Varianten mit der EVP-ED als dominantem Spieler formieren sich hingegen stärker in wirtschafts- und arbeitspolitischen Bereichen. Es lässt sich demzufolge an dieser Stelle zudem eine Deckungsgleichheit der Einordnung der Fraktionen nach Cleavages bzw. Milieus feststellen.<sup>461</sup> Hier ist eine Übereinstimmung mit den Äußerungen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu

<sup>460</sup> Siehe dazu die Informationen über politische Inhalte auf den Homepages der Parteien. Exemplarisch für Deutschland etwa: [www.cdu.de](http://www.cdu.de), [www.spd.de](http://www.spd.de), [www.gruene.de](http://www.gruene.de), [www.fdp.de](http://www.fdp.de). Oder auch kurz: Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7. Aufl., 2006, Tabelle 3. Für eine etwas detailliertere Beschreibung der politischen Inhalte der Parteien der BRD siehe: Niclaß, Karlheinz: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., 2002, Kapitel 5.: Die Hauptakteure, S.37-148.

<sup>461</sup> Vgl. Kapitel V, 2. Milieustrukturen: Über die Gültigkeit des Modells der Spannungslinien oder das Europaparlament als Spiegel der Gesellschaften.

erkennen. Diese Muster werden somit auch von den Akteuren, d.h. sowohl Einzel- als auch Gruppenakteuren, rezipiert.

Die für die jeweiligen Koalitionen mit dominanten Akteuren angegebenen anteiligen Häufigkeiten der Politikbereiche scheinen zunächst relativ gering zu sein. Hinsichtlich der gesamten Anzahl der Abstimmungen unter diesen Voraussetzungen, im Vergleich zu großen Koalitionen, verschiebt sich dieser erste Eindruck allerdings. Die 21,17% der Abstimmungen der SPE-Variation in Umwelt, Gesundheit und Verbraucherpolitik entsprechen 191 Abstimmungen. Im Verhältnis zu den insgesamt 1027 Entscheidungen mit der SPE als dominanter Partnerin wird damit fast jede fünfte Abstimmung (18,9%) in diesem Politikbereich getätigt. Die Aussagekraft steht damit auch immer im Verhältnis zu den Häufigkeiten der Koalitionsvarianten und der Anzahl der Abstimmungen in den jeweiligen Bereichen.

Zudem zeigt sich eine klare Gliederung der Politikbereiche, in denen sich die Fraktionen profilieren bzw. die sie nicht besetzen. Beispiele für letzteres sind u.a. der Bereich der konstitutionellen Fragen oder der Fischereipolitik oder Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. Für sie ist damit zu erwarten, dass sie durch große Koalitionen abgedeckt werden. Die Analyse zeigt demnach weiter, dass Politikräume existieren, in denen eine fraktionelle Konkurrenz vorhanden sein kann. Und zwar zu dem Zeitpunkt, in dem die jeweilig gegenüberstehende große Fraktion versucht, in die Domäne der anderen einzudringen.

Sind solche Versuche empirisch nicht evident, so kann allerdings im Gegenzug davon ausgegangen werden, dass die Fraktionen bzw. Koalitionen spezifische Themenbereiche für sich einnehmen bzw. nicht strategisch als Arbeitsfeld besetzen. Sie dulden damit die jeweils andere und überlassen ihr das Feld, das als weniger relevant betrachtet wird. Durch die gezeigte und deutliche Aufteilung der einzelnen Bereiche ist jedoch tendenziell von einer Duldung auszugehen, die einen konsensual geprägten Entscheidungsfindungsprozess unterstützt.

## 8.2. Große Koalitionen und Koalitionsbildung in Politikfeldmustern

Nachdem die Anteile der jeweiligen Koalitionen mit dominanten Spielern weniger stark auf eine Konkurrenz, sondern auf eine Aufteilung des Politikraumes durch die Fraktionen deutet, soll im Folgenden darauf eingegangen werden, ob sich spezifische Regelmäßigkeiten auch für gemeinsame Koalitionen von EVP-ED und SPE aufzeigen lassen. Hierbei werden häufige Kombinationen ausgewählt, beschrieben und interpretiert, die auffällige Ausprägungen zeigen.<sup>462</sup> Die folgenden zwei Varianten können im weiteren Sinne als große Koalitionen bezeichnet werden, da sie beide große Fraktionen beinhalten. Dennoch spricht, wie gezeigt, vieles dafür, dass es sich um dominante Varianten handeln könnte, zu denen jeweils ein großer Partner hinzutritt.<sup>463</sup> Der Zusammenschluss von EVP-ED, SPE, ALDE, UEN und IND-DEM weist Affinitäten zu dominanten EVP-ED Koalitionen auf, während EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL auf der anderen Seite die Tendenz zur dominanten SPE Modulation findet.

---

<sup>462</sup> Weitere Koalitionsvarianten in der Gegenüberstellung mit Politikbereichen befinden sich im Anhang.

<sup>463</sup> Vgl. Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments: Variationsbreite der Entscheidungsfindung.

EVP, SPE, ALDE, UEN, IND-DEM

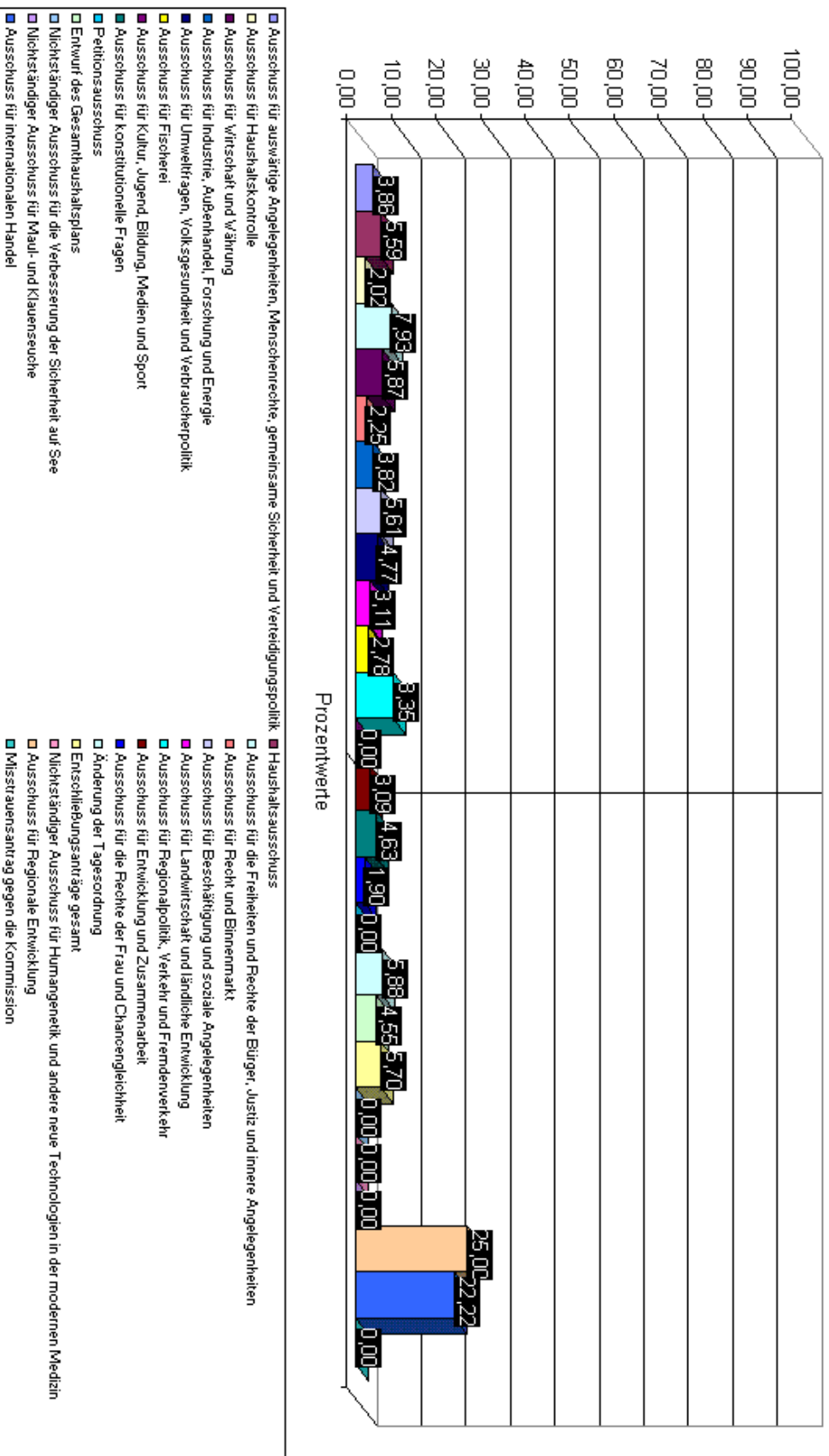


Schaubild VII. 16.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, UEN, IND-DEM  
 Quelle: Eigene Berechnung

Die Grafik zeigt wie zuvor die Gegenüberstellung der Koalitionskombination, in diesem Fall **EVP-ED, SPE, ALDE, UEN und IND-DEM**, und den für das Europäische Parlament ausgewählten Politikbereichen. Sehr auffällig sind in dieser Kombination die Ausschläge in den neuen, gesplitteten Bereichen der regionalen Entwicklung (25,0%) und des internationalen Handels (22,22%). 8,35% der Abstimmungen im Feld Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr wurden durch diese Koalition entschieden. Weiter zeigen sich verschiedene kleinere Erhebungen für Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten (7,39%), Wirtschaft und Währung (5,87%) oder auch Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (5,61%). Entscheidungen im Politikraum der Petitionen werden nicht auf diese Weise getroffen. Obwohl Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten eher als Domäne der SPE-Varianten betrachtet werden könnten, zeigt sich v.a. durch die hohe Ausprägung im Bereich des internationalen Handels, aber auch etwa in Wirtschaft und Währung, eine Nähe zu einer Modulation der EVP-ED Kombinationen. Damit spricht ein weiteres Argument für die generalisierte Aussage:

$$K_{EVP_C} = EVP - ED \wedge ALDE \wedge UEN (\vee X_{1,2,\dots})$$

$$X = \neg(GRÜNE - EFA \vee KVEL - NGL)$$

Wird dies angenommen, so erhöht sich der Anteil der Koalitionen im Bereich internationaler Handel bei dominanten EVP-ED Koalitionen auf 44,95%. Fast jede zweite Abstimmung wird damit auf diese Weise beschlossen. Die anteiligen Entscheidungen für Wirtschaft und Währung liegen in diesem Sinne bei 22,11%, diejenigen in Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten bei 20,4%. Wieder bietet sich auch hier die Möglichkeit durch die größere Spezialisierung der neu gebildeten Fachbereiche des internationalen Handels und der regionalen Entwicklung eine größere Entscheidungsquote zu erzielen. Auch dies weist auf die Muster einer EVP-ED Kombination hin.

### EVP, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVDEL-NGL

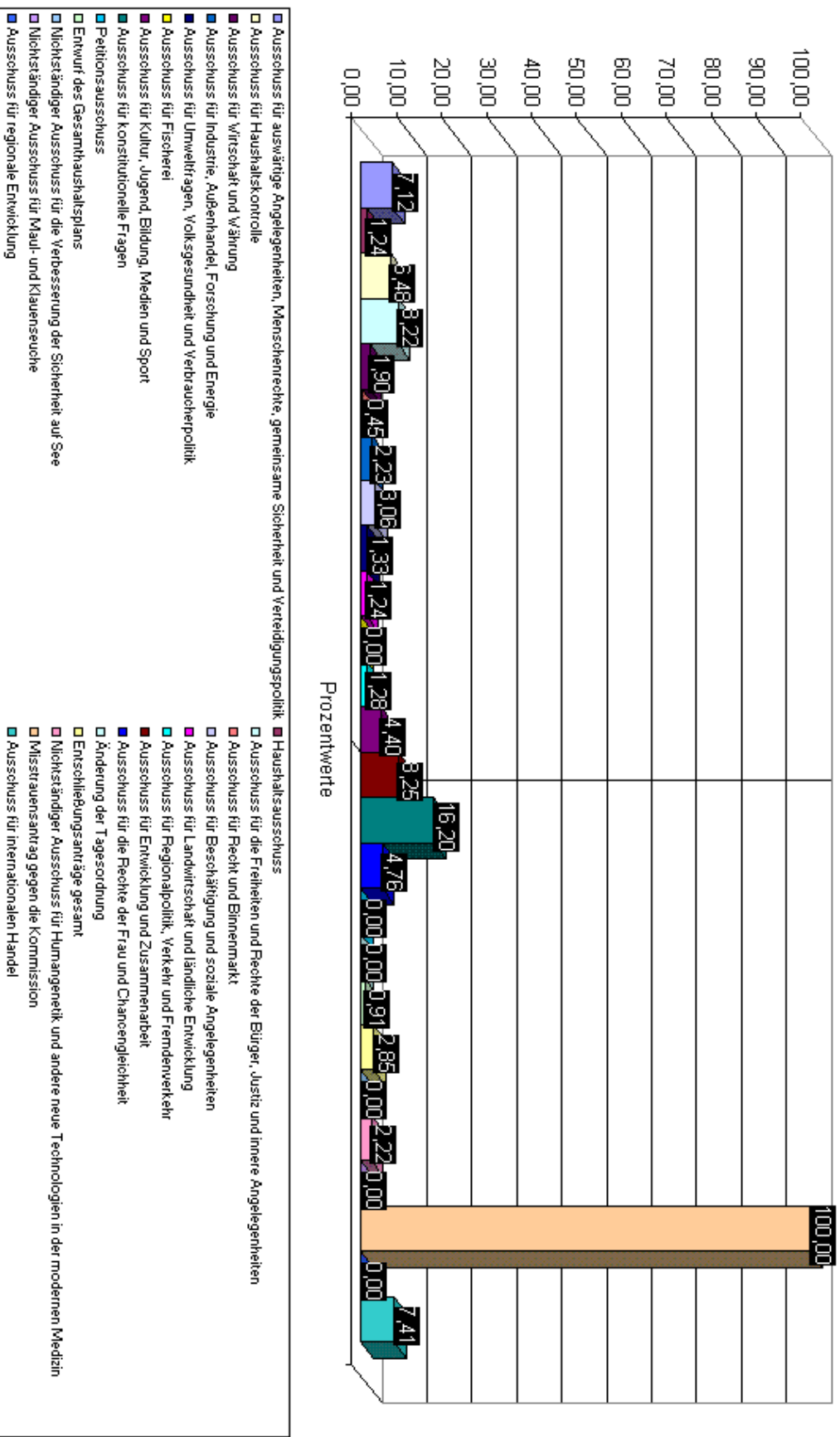


Schaubild VII. 17.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVDEL-NGL  
 Quelle: Eigene Berechnung

Die Koalition von **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL** zeigt einen auffälligen hundertprozentigen Anteil am Misstrauensantrag der Kommission. Wie bereits erläutert, existiert im gesamten Untersuchungszeitraum nur eine dieser besonderen Abstimmungen, die exakt durch diese Variante abgewendet wird. Ein bislang noch nicht in dieser Höhe gesehener Anteil erscheint im Diagramm für das Feld der konstitutionellen Fragen. Er liegt bei 16,2%. Dieser Bereich ist gekennzeichnet durch (positive) Impulse der Integration der Europäischen Union und ihrer Folgenabschätzung.<sup>464</sup> Die genannten Fraktionen könnten durch ihre Zusammenarbeit eine sich institutionalisierende, signalisierende Allianz als Gegenpol zu den skeptischen oder auch konservativen Kräften der UEN und IND-DEM bilden. Zwei weitere Arbeitsfelder, d.h. Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte und Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (7,12%) und Haushaltskontrolle (6,48%), bei denen eine analoge Argumentation zutrifft, zeigen leicht erhöhte Anteile. Es scheint damit, als würde sich hier ein Pro-Integrationsblock formieren.

Wie schon bei den Koalitionen mit der SPE als Formateurfraktion werden verstärkt Zusammenschlüsse in Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten gebildet (8,22%). Gleiches gilt für Entwicklung und Zusammenarbeit (8,25%). Nicht jedoch für die Politikräume Recht und Binnenmarkt oder Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik. Entscheidungen in Rechte der Frau und Chancengleichheit werden in 4,76% der Fälle durch eine Koalition aus EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL getroffen. Wird die generalisierte Aussage der Koalitionsbildung für Verbindungen mit der SPE als dominanter Fraktion wie folgt angenommen,

$$K_{SPE\ C} = SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL (\vee X_{1,2,\dots})$$

$$X = \neg UEN$$

ergibt sich daraus, dass mit 35,97%, also mehr als einem Drittel der Abstimmungen im Bereich Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten, Koalitionen mit der SPE als Hauptakteur geformt werden. 20,22% der Beschlüsse werden durch sie in Entwicklung und Zusammenarbeit durchgeführt. Und sogar 44,86% werden in Entwicklung und Zusammenarbeit dadurch erreicht.

Beide gezeigten Koalitionsvarianten zeigen damit sowohl Affinitäten zu großen Koalitionen, als auch zu dominanten Variationen. Dies geschieht durch das Arbeiten in zuvor noch nicht auffälligen Politikbereichen, wie konstitutionelle Fragen oder regionale Entwicklung und deutet

---

<sup>464</sup> Siehe Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Anhang VI.

auf eine Spezialisierung und Institutionalisierung in den Bereichen der Integration für EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und für eine Politik der Regionen für die EVP-ED, SPE, ALDE, IND-DEM und UEN hin. Auf diese Weise stehen sich zwei konkurrierende Blöcke gegenüber, die merkwürdiger Weise zum Teil aus gleichen Akteuren bestehen. Es ist also anzunehmen, dass EVP-ED, SPE und ALDE einen gemäßigten Politikraum oder anders gesagt dessen Mitte belegen, während die kleinen Fraktionen der GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL, UEN und IND-DEM innerhalb spezifischer Bereiche den Koalitionen beiwohnen.<sup>465</sup>

Dominante Fraktion (trotz Beitritt weiterer großer Fraktion)	Domäne	Anteil
<b>EVP-ED</b> $K_{EVP-C} = EVP - ED \wedge ALDE \wedge UEN (\vee X_{1,2,\dots})$ $X = \neg(GRÜNE - EFA \vee KVEL - NGL)$	Sicherheit auf See	13,64%
	Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	20,4%
	Wirtschaft und Währung	22,11%
	Regionale Entwicklung	25,00%
	Internationaler Handel	44,95%
<b>SPE</b> $K_{SPE-C} = SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL (\vee X_{1,2,\dots})$ $X = \neg UEN$	Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	21,17%
	Recht und Binnenmarkt	22,53%
	Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	35,97%
	Rechte der Frau und der Chancengleichheit	40,1%
	Entwicklung und Zusammenarbeit	44,86%

**Tabelle VII. 20.: Domänen der Politikbereiche für die dominanten Fraktionen EVP-ED und SPE (trotz Beitritt weiterer großer Fraktion)**

Quelle: Eigene Berechnung

Auf der anderen Seite zeigt sich jedoch die Betonung bisheriger als Domänen besetzter Politikfelder, wie postmaterielle Themenbereiche für  $K_{SPE-C}$  und Wirtschafts- bzw. Handelspolitik für  $K_{EVP-C}$ . So lassen sich aufgrund der Analyse der Politikinhalte der Koalitionen

<sup>465</sup> Die prozentualen Angaben, auch in der Tabelle entsprechen ausschließlich den Kombinationen der hier gezeigten Schaubilder. Weitere Gegenüberstellungen von Politikfeld und Koalitionskombination sind im Anhang einzusehen.



keine eindeutigen Belege finden, die sie als große Koalition identifizieren, aber Tendenzen sie als Koalition mit dominantem Akteur einzuordnen. Sie weisen also einen Hybridcharakter auf, der sie typologisch zwischen reinen großen Koalitionen und Koalitionen mit dominanten Spielern manövriert.

Die beiden letzten Koalitionskombinationen, die unter dem Aspekt der Anteile ihrer Abstimmungen in den Politikbereichen des Europäischen Parlaments analysiert werden sollen, sind prototypische große Koalitionen. Die nach folgendem generalisierten Muster gebildet werden.

$$K_{Gro\beta_c} = EVP - ED \wedge SPE(\vee X_{1,2,\dots}) \wedge \neg(K_{EVP_c} \vee K_{SPE_c})$$

Sie weisen in ihrer Zusammensetzung weder den Versuch der parteilichen Machtmaximierung, noch auf die Maxime dominanter Spieler hin. Vielmehr zeigt die Variante EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und UEN ein Zusammentreffen dominanter Akteure und deren jeweiligen Stammkoalitionsfraktionen und damit ihre symbiotische Verschmelzung. Die Beschlussfassung durch eine Allparteienkoalition zeugt weiter noch von der Durchsetzung bzw. dem Willen der Implementierung gemeinsamer Ziele der supranationalen Fraktionen.

Die genannte Koalition **EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und UEN** beinhaltet alle Akteure, außer die IND-DEM.

### EVP, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, UEN

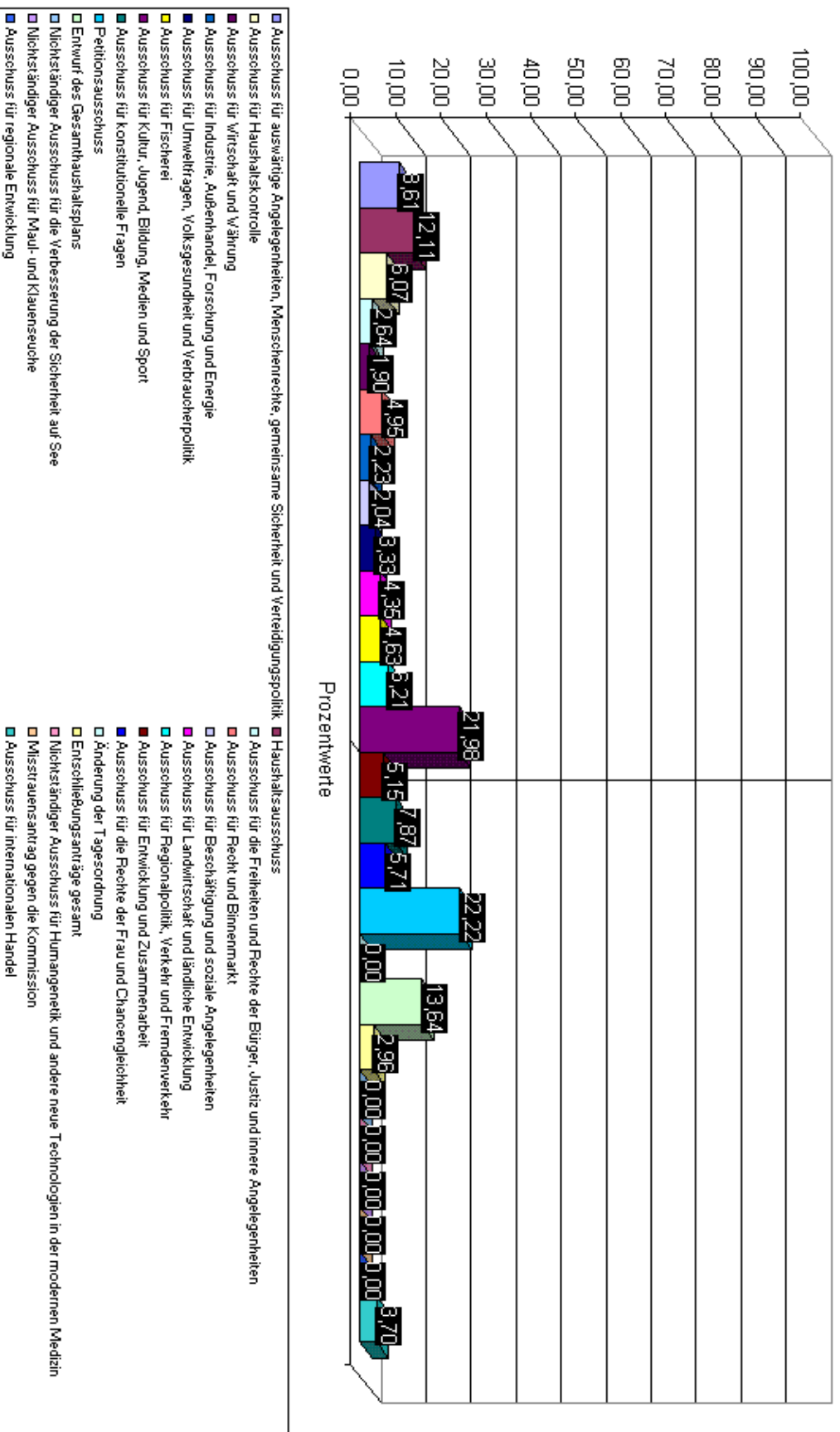


Schaubild VII. 18.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, UEN  
 Quelle: Eigene Berechnung

Die bisher nicht als Auffälligkeit analysierte Politik der Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport zeigt in dieser Variante einen Anteil von 21,9%, d.h. etwa ein Fünftel der Beschlüsse. Hier werden Entscheidungen in den Bereichen der Verbesserung der Kenntnisse über die Kultur, den Schutz der sprachlichen Vielfalt oder der Jugend- und Medienpolitik getroffen. Darüber hinaus zeigt sich nun auch eine Ausprägung bei den Petitionen (22,22%). Differenzierte mittlere Anteile in Haushaltspolitik (12,11%) und den Haushaltsentwürfen (13,64%). Gemeinsam mit den 6,07% des Bereichs der Haushaltskontrolle zeigt sich hier eine Betonung des systemischen Geldmittelmanagements. Sie belegt etwas niedrigere Ausprägungen für Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (8,61%) und konstitutionelle Fragen (7,87%). Außer für die Nichtständigen Ausschüsse und nicht politisch-inhaltlichen Abstimmungen, gibt es kein Politikfeld, in dem keine Beschlüsse in dieser Koalitionsvariation getroffen werden. Mit der Heterogenität der Akteure zeigt sich demnach, was bisher auch schon vermutet werden konnte. Anteilig steigt die Anzahl der Abstimmungen in verschiedensten Bereichen. Der Faktor der Repräsentativität der gesamten Legislativkammer scheint hier, wie bereits durch die Modelle der Koalitionsbildung in Übergröße angedeutet, eine wichtige Rolle zu spielen.<sup>466</sup> Das bedeutet, dass möglichst viele Partner versuchen, durch ihre Teilnahme an der Koalition Position zu beziehen. Dies kann etwa für Abstimmungen über Texte im Bereich der Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport unter einem didaktischen Aspekt mit Zielrichtung auf die Staatsbürger der EU zutreffen. Bei geldpolitischen Entscheidungen stößt zusätzlich der interinstitutionelle Faktor hinzu. Die anderen Organe der Europäischen Union beobachten diese Entscheidungen sorgfältigst. Diese Neigung zeigen auch die nach innen und außen gerichteten institutionellen Politikfelder.

Während die Fraktion der IND-DEM, möglicherweise bei diesen Entscheidungsmanövern mit Berechnung ausgegrenzt wird oder sich selbst taktisch ausgrenzt, um sich etwa vor ihrer Wählerschaft zu profilieren, ist sie bei **Allparteienkoalitionen** ein Teil der Koalitionsbildung.

---

<sup>466</sup> Vgl. Kapitel VI, 5. Übergroße Koalitionen im Europäischen Parlament: Anwendung eines Modells mit empirischer Erklärungskraft.

### Allparteienkoalition

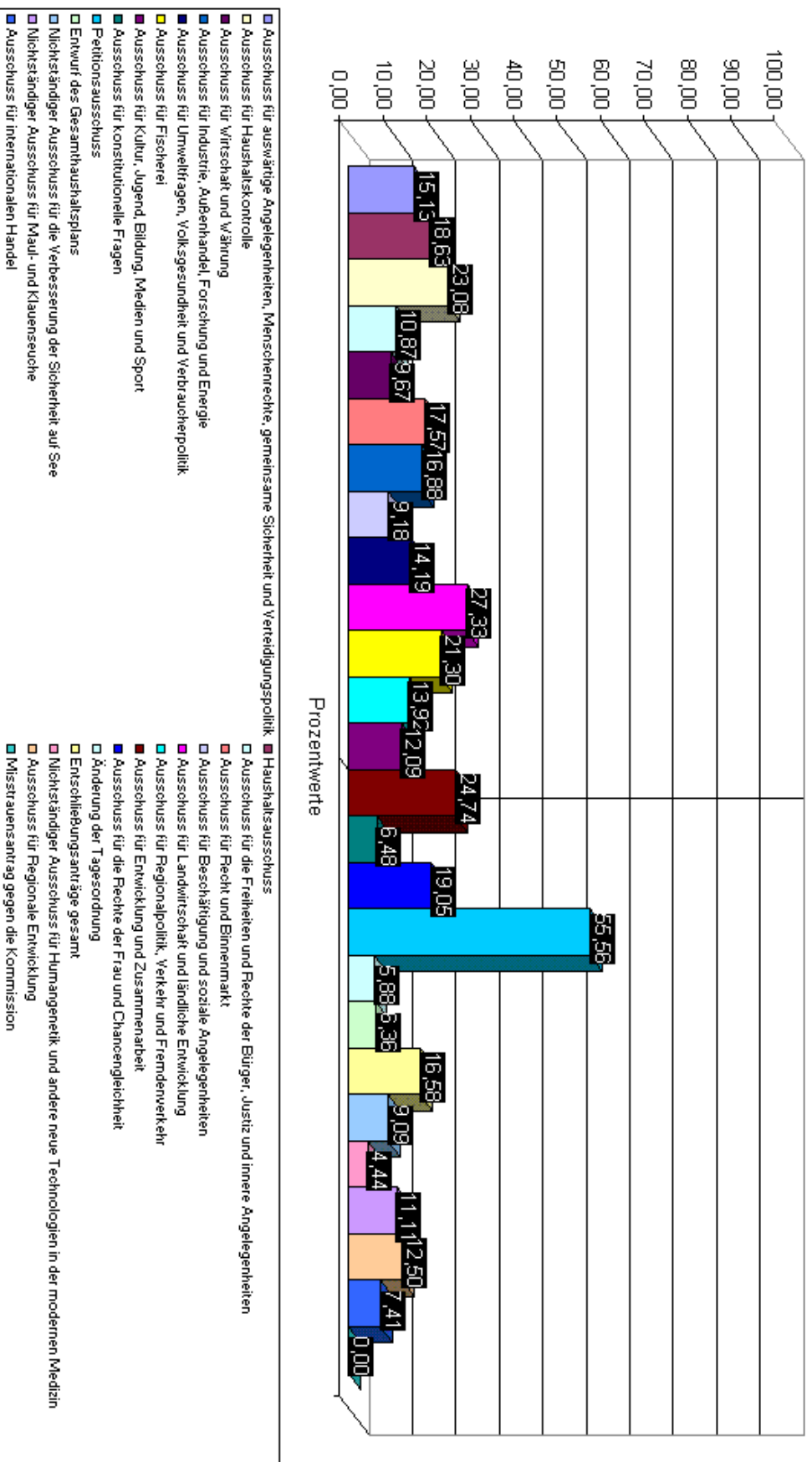


Schaubild VII. 19.: Koalitionsvariante und Politikbereich: Allparteienkoalition

Quelle: Eigene Berechnung

Das unter diesem Sachverhalt abschließende Diagramm bestätigt die vorigen Annahmen. In ausnahmslos allen Politikbereichen finden sich Abstimmungen unter den Voraussetzungen der Allparteienkoalition. Sie steht damit für die Durchsetzung sowohl von Zielen inhaltlicher Politikimplementierung, als auch institutioneller Demonstration des Gewichts des Europäischen Parlaments.

$$K_{GroßB} = EVP - ED \wedge SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL \wedge UEN \wedge IND - DEM$$

Die inhaltliche politische Arbeit der Fraktionen ist damit etwa an den Anteilen der Allparteienkoalition in Landwirtschaft und Ländlicher Entwicklung (27,33%), Frauenrechten und Chancengleichheit (19,06%), den Entschließungsanträgen (16,58%) oder auch Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie (16,88%) bzw. Petitionen (55,56%) zu erkennen. Die einheitliche Positionierung der Kammer gegenüber anderen institutionellen Akteuren zeigt sich andererseits in Bereichen wie Haushaltskontroll- (23,08%) und Haushaltspolitik (18,63%) (systemisches Geldmittelmanagement) aber auch im Feld der Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (15,13%).<sup>467</sup>

Prototypische große Koalitionen (in Tabellen gezeigte Beispiele)	Domäne	Anteil
<b>EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und UEN</b> $K_{GroßC} = EVP - ED \wedge SPE (\vee X_{1,2,\dots}) \wedge \neg (K_{EVPc} \vee K_{SPEc})$	Konstitutionelle Fragen	7,87%
	Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	8,61%
	Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	21,90%
	Petitionen	22,22%
	systemisches Geldmittelmanagement (Bereiche addiert)	31,82%
<b>Allparteienkoalition</b> $K_{GroßB} = EVP - ED \wedge SPE \wedge ALDE \wedge GRÜNE - EFA \wedge KVEL - NGL \wedge UEN \wedge IND - DEM$	Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	15,13%
	Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	16,88%
	Rechte der Frau und Chancengleichheit	19,06%
	Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung	27,33%
	Systemisches Geldmittelmanagement (Bereiche addiert)	41,71%
	Petitionen	55,56%

**Tabelle VII. 21.: Domänen der Politikbereiche für Große Koalitionen**  
**Quelle: Eigene Berechnung**

<sup>467</sup> Die prozentualen Angaben, auch in der Tabelle entsprechen ausschließlich den Kombinationen der hier gezeigten Schaubilder. Weitere Gegenüberstellungen von Politikfeld und Koalitionskombination sind im Anhang einzusehen.

In jedem einzelnen Politikbereich kommen damit Abstimmungen unter der Voraussetzung der Allparteienkoalition zustande. Der bereits in vorigen Ergebnissen angedeutete integrative und konsensuale Charakter der Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments bestätigt sich durch diese Beobachtungen. Die zentripetale Wirkung der Koalitionsbildung schließt damit auch systemskeptische oder -kritische Akteure mit ein und unterstreicht auf diese Weise die Legitimität der Entscheidungen auf der Ebene des Europäischen Parlaments (siehe Forschungshypothese 3). Des Weiteren wird ein Anreiz für kleine Fraktionen geboten, die Infrastruktur der größeren Akteure zu benutzen. Die Fraktionen und deren Zwischenspiel erweisen sich damit, trotz eines mit dieser Methodenführung nur in der Tendenz nachzuweisenden ausgeprägten Kausalzusammenhangs von Koalitionsvariante und Politikbereich, als ziel- und regelgeleitet handelnde Akteure, deren Machtorientierung, zumindest innerhalb des Entscheidungsfindungsprozesses, zugunsten der Implementierung von politischen Entscheidungen zur Seite tritt.

## 9. Koalitionsbildung im Politikraum: Ein empirisches Modell

Die bisher vorgestellten Modelle des politikorientierten Zweiges der Koalitionsbildungsforschung konnten für die Entscheidungsfindung innerhalb des Europäischen Parlaments ein vielversprechendes Analyseraster bereitstellen. Nun zeigt sich allerdings, dass die Postulierung eines rechts-links Schemas nur sehr grob die komplexe Realität des Regierens abbilden kann. Ebenso problematisch ist die Abbildung der Vielschichtigkeit der Politikeinstellungen auf einem eindimensionalen Raum. Wenngleich die Einordnung von Parteien auf diese Weise den Wählern eine vordergründige Identifikationshilfe bereitstellt, so muss es dennoch aktiven Experten des (Forschungs)Bereichs des Europäischen Parlaments und der Europäischen Union möglich sein, die genaue Position der jeweiligen Fraktionen zu einzelnen Politikfragen zu bestimmen, denn sie beschäftigen sich tagtäglich mit der Analyse politischer Entscheidungen. Dies ist eine Auswirkung ihrer Profession. Um das Abstimmungsverhalten der Fraktionen des Europäischen Parlaments in spezifischen Politikbereichen eingehender untersuchen zu können, werden deshalb die Ergebnisse einer Studie von McElroy und Benoit hinzugezogen, die die Positionierung der MEPs nicht aus Wahlprogrammen, sondern aus Fragebögen gewinnen. In diesen sollten die Spezialisten, d.h. vorwiegend Wissenschaftler, nicht die aktiven Individual- bzw. Gruppenakteure, wie MEPS, Fraktionen oder Parteien, zu verschiedenen Sachfragen Stellung nehmen.<sup>468</sup> Die Einschätzungen der Befragten werden darauf zu den Einstellungen der zugehörigen Fraktion aggregiert. Ein solches Vorgehen erscheint sehr plausibel, da durch Expertenbefragungen, im Vergleich zur direkten Interviews mit MEPs, der Faktor der Antworten der sozialen Erwünschtheit verringert werden kann. Zudem unterstreicht die anzunehmende Objektivität der Antworten die Qualität der Forschung.<sup>469</sup> Sie kann aus diesen Gründen als verlässliche Grundlage betrachtet werden.

Dem Kritikpunkt der Projektion von zu vielen Inhalten auf eine einzelne rechts – links Linie soll zudem, auf der Basis dieser Ergebnisse, durch die Betrachtung einzelne Politikfelder Rechnung getragen werden. Außerdem werden die Fraktionen nicht in einem eindimensionalen Raum positioniert. Vielmehr werden zwei Linien spezifischer Politikfelder gegenübergestellt. Hierbei wurden Bereiche gewählt, die inhaltlich miteinander verbunden sein können, aber auch solche,

---

<sup>468</sup> Vgl. McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: Party Groups and Policy Positions in the European Parliament, Party Politics, 2006.

<sup>469</sup> Corbett, Richard et al.: The European Parliament, 6th Edition, London 2005, S.57ff.

die sich nur wenig berühren. Auf diese Weise können etwa Package-Deals (Paketlösungen) simuliert werden. Das in dieser Analyse verwendete Modell der räumlichen Koalitionsbildung soll jedoch weniger, wie der überwiegende Teil der Ansätze, die mathematisch-theoretische Seite der Entscheidungsfindung betonen.<sup>470</sup> Hier wird vielmehr ein empirischer Ansatz verfolgt, der vorhandene Daten bisheriger Untersuchungen mit den Beobachtungen und Ergebnissen dieser Analyse kombiniert. Das bedeutet also, eine Kombination von sekundären und eigenes evaluierten, primären Daten.

Ob eine durch diese Ergebnisse eventuell zustande kommende Blockbildung der Fraktionen des Parlaments sich auch in der Empirie der Koalitionsbildung seiner Fraktionen niederschlägt, ist damit eine Frage, die es zu analysieren gilt.

Um das Vorgehen der Analyse zu verdeutlichen wird daher zunächst der Untersuchungsaufbau der von McElroy und Benoit angelegten Studie dargelegt. Ihre Ergebnisse werden entsprechend auf die Koalitionsbildung der Europäischen Fraktionen übertragen. Im Rahmen einer ausführlich angelegten Arbeit über europäischer Parteien wurden hierbei 36 vornehmlich wissenschaftliche Experten der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments, befragt. Sie wurden gebeten, zu acht differenzierten Politikbereichen Stellung zu nehmen und ferner alle Fraktionen auf einem Rechts-links-Spektrum zu verorten. Die benutzte Scala bewegt sich dabei zwischen den Werten 1 und 20. Die Codierung der Fragen und Politikfelder gestaltete sich folgendermaßen:<sup>471</sup>

**1. Wirtschaftlich (Ausgaben vs. Steuern)**

Die Fraktion bevorzugt die Anhebung von Steuern um öffentliche Dienstleistungen (auf nationaler Ebene) zu verbessern. (1)

Die Fraktion bevorzugt Einschnitte in öffentliche Dienstleistungen (auf nationaler Ebene) um Steuern zu verringern. (20)

**2. Deregulierung**

Die Fraktion bevorzugt starke Regulierungsmaßnahmen und Kontrolle der Märkte, wie Telekommunikation. (1)

Die Fraktion bevorzugt Deregulierung wann immer möglich. (20)

**3. Sozial**

Die Fraktion bevorzugt liberale Politik in Bereichen wie Rechte der Homosexuellen, Abtreibung und Euthanasie. (1)

Die Fraktion ist gegen liberale Politik in Bereichen wie Rechte der Homosexuellen, Abtreibung und Euthanasie (20)

**4. Umwelt**

---

<sup>470</sup> Siehe dazu etwa: De Vries, Miranda W.M.: *Governing with Your Closest Neighbour - An Assessment of Spatial Coalition Formation Theories*, Nijmegen, 1999, S.82ff.

<sup>471</sup> Vom Autor ins Deutsche übersetzt. Siehe: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament, Party Politics*, 2006, S.26.



Die Fraktion befürwortet den Schutz der Umwelt, auch auf Kosten ökonomischen Wachstums. (1)

Die Fraktion befürwortet ökonomisches Wachstum, auch auf Kosten der Beschädigung der Umwelt. (20)

**5. EU-Befugnisse**

Die Fraktion bevorzugt die Erweiterung der Bereiche, in der die EU die Politik festlegen kann. (1)

Die Fraktion bevorzugt die Verringerung der Bereiche, in der die EU die Politik festlegen kann. (20)

**6. Einwanderung**

Die Fraktion bevorzugt eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, dass sich Asylsuchende und Immigranten in der Europäischen Gesellschaft zu integrieren. (1)

Die Fraktion bevorzugt eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, Asylsuchenden und Immigranten den Zugang zur Europäischen Union zu begrenzen. (20)

**7. EU-Föderalismus**

Die Fraktion unterstützt eine föderale Vorstellung der Europäischen Union. (1)

Die Fraktion unterstützt ein Europa der Nationalstaaten (*Europe des Parties*). (20)

**8. Gemeinsame Sicherheit der EU**

Die Fraktion bevorzugt eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik für Mitgliedsstaaten. (1)

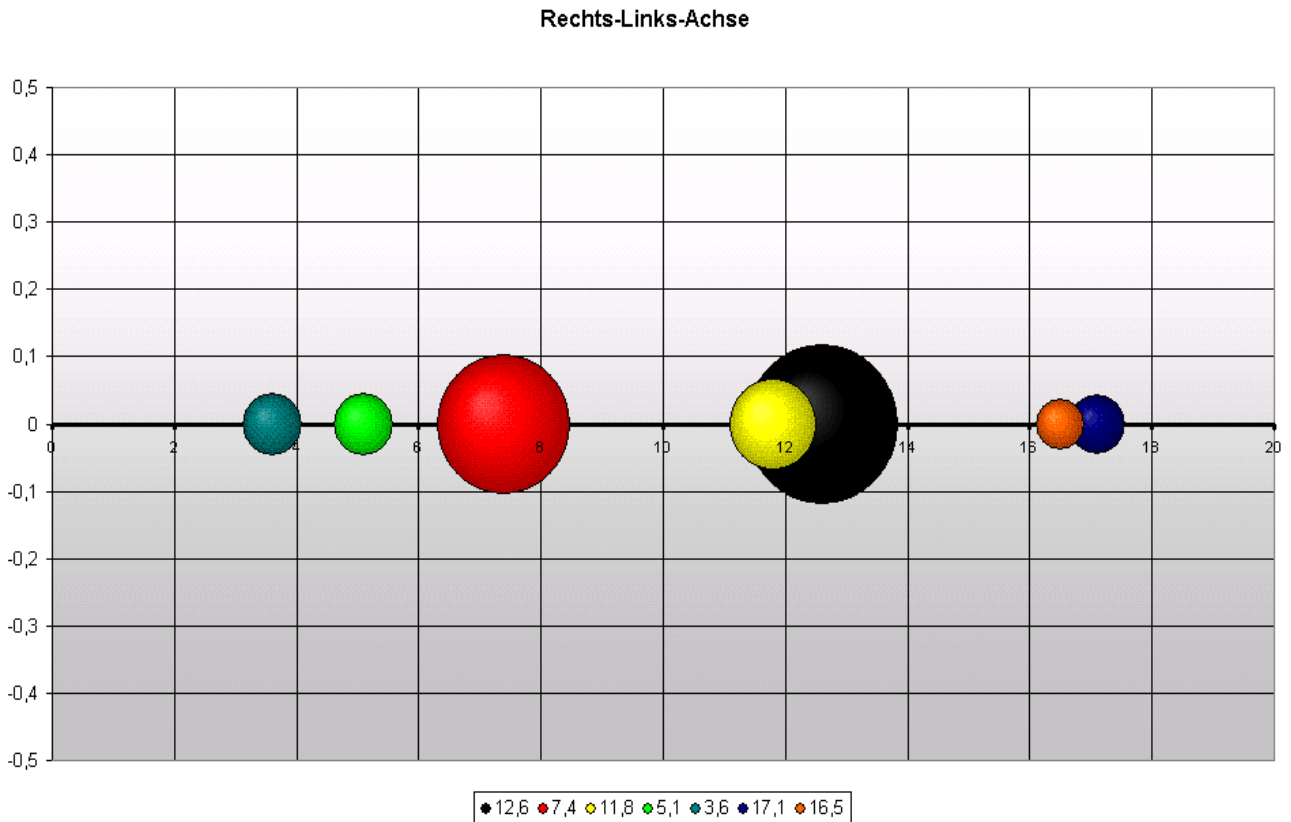
Die Fraktion ist gegen die Ausbildung einer gemeinsamer Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. (20)

**9. Rechts-links**

Bitte verorten Sie jede Fraktion auf einer allgemeinen Rechts-links-Dimension, beachten sie dabei alle Aspekte der Fraktionspolitik. Links (1), Rechts (20)

Aufgrund der Einschätzungen der einzelnen Experten wurde der Mittelwert der Fraktion für die einzelnen Fragen ermittelt. Durch dieses Vorgehen ergibt sich eine Positionierung der unterschiedlichen politischen Gruppen auf den verschiedenen Dimensionen.

Um in die Darstellungsweise einzuführen werden nun zunächst die Ergebnisse der neunten Frage zur Verortung der Fraktionen dargestellt. Diese wurden durch den Autor in die unten stehende Form gebracht.



**Schaubild VII. 20.: Die Fraktionen im rechts-links Spektrum**

Quelle: Nach McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: Party Groups and Policy Positions in the European Parliament

Jeder Ball symbolisiert hierbei eine Fraktion. Seine Position entspricht den Ergebnissen der Studie von McElroy und Benoit. Dunkelgrün steht für die KVEL-NGL, hellgrün für die GRÜNEN-EFA, rot für die SPE, gelb für die ALDE, schwarz für die EVP-ED, orange für UEN und dunkelblau für die IND-DEM. Die Größe der Bälle, und dies ist zu beachten, spiegelt nicht die Größe des Einstellungsspektrums, sondern die Sitzanteile der Fraktionen wieder. Die Berechnung der Kohäsion zum Zeitpunkt der Abstimmungen konnte, im Vergleich der Größen der Fraktionen, vielmehr einen gegenteiligen Trend zeigen.<sup>472</sup> Die Blasengröße dient also lediglich, ähnlich ihrer Farbe, der Illustration. Die X-Achse zeigt im Rechts-Links-Schema einen Wert von 1 bis 20. Die Fraktionen werden also, wie bereits bei der eindimensionalen Koalitionsbildung gesehen, von links nach rechts wie folgt eingeteilt: KVEL-NGL, GRÜNEN-EFA, SPE, ALDE, EVP-ED, UEN und IND-DEM.

Wie damit gezeigt werden konnte sind die Stammkoalitionspartner der SPE (7,4) diejenigen der KVEL-NGL (3,6) und der GRÜNEN-EFA (5,1). Sie stehen links von ihr. Die

<sup>472</sup> Siehe Kapitel IV: Intrafraktionelle Analyse – Der Zusammenhalt.

Stammkoalitionspartner der EVP-ED (12,6), die UEN (16,5), befindet sich rechts von dieser.<sup>473</sup> Die äußerste Position nimmt die IND-DEM Fraktion ein (17,1). Trotz ihrer Lage rechts der Mitte, befindet sich die ALDE (11,8) in der Stellung des Zentrumsspielers. Wird nun eine solche Achse angenommen, so bilden sich die Koalitionen mit dominanten Fraktionen innerhalb des Europäischen Parlaments entlang dieser aggregierten Politikbereiche. Also etwa SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL oder auch EVP-ED, ALDE, UEN, IND-DEM (minimal range). Zusammenschlüsse, die als große Koalitionen oder auch Allparteienkoalitionen identifiziert werden können, entstehen allerdings über dieses Schema hinweg, zwischen beliebigen Fraktionen. Die jeweiligen Akteure verfolgen bei derartigen Entscheidungssituationen gemeinsame Ziele. Würden sie dies nicht, so befänden sie sich in der Opposition. Der Aufbau der hier verwendeten Expertenbefragung besteht aus Skalen- und Fragenkodierungen, die im Extremfall zwei gegenüberliegende Pole bilden. Würde ausschließlich ein solches Schema angenommen werden, so könnten die Fraktionen in bestimmten Politikfeldern keinesfalls zusammen abstimmen, da sie grundsätzlich gegensätzliche Inhalte befürworten. Allparteienkoalitionen kommen jedoch, wie im vorigen Kapitel gesehen, in sämtlichen Bereichen zustande. Das bedeutet, dass es differenzierte Bereiche geben muss, in denen die Akteure gemeinsame, möglicherweise durch Kompromisse herbeigeführte, Abstimmungen fällen können. Es ist deshalb nötig, diese Einstellungen in Politikbereiche zu gliedern, um den Knoten dieses Paradoxon zu lösen. Dies kann durch eine Kombination der oben genannten Analyse von McElroy und Benoit und den bisherigen Ergebnissen dieser Arbeit begonnen werden. Die folgenden beiden Schaubilder analysieren deshalb Felder, die unter den Oberbegriffen der Souveränität bzw. Integration der Europäischen Union zusammengefasst werden können. Die Positionen der Entwicklung der Europäischen Union, hinsichtlich ihres politischen Systems, spiegelt sich in der Frage nach der föderalen Vorstellung. Ob Staatenbund oder Bundesstaat, die Verwirklichung dieser politischen Idee wäre mit der Abgabe von Souveränität an die Ebene der EU verbunden. Auf deren anderer Seite steht das Europa der Nationalstaaten, das zwar durch Zusammenarbeit gekennzeichnet werden kann, in dem die Staaten jedoch ihre vollständige Souveränität beibehalten. Analog gilt dies für die Frage, wie viele Befugnisse an die europäische Ebene abgegeben werden sollen oder nicht. Eine Abgabe von Befugnissen bedeutet möglicherweise einen Verlust an Souveränität und eine Steigerung der Integration. Analoges gilt

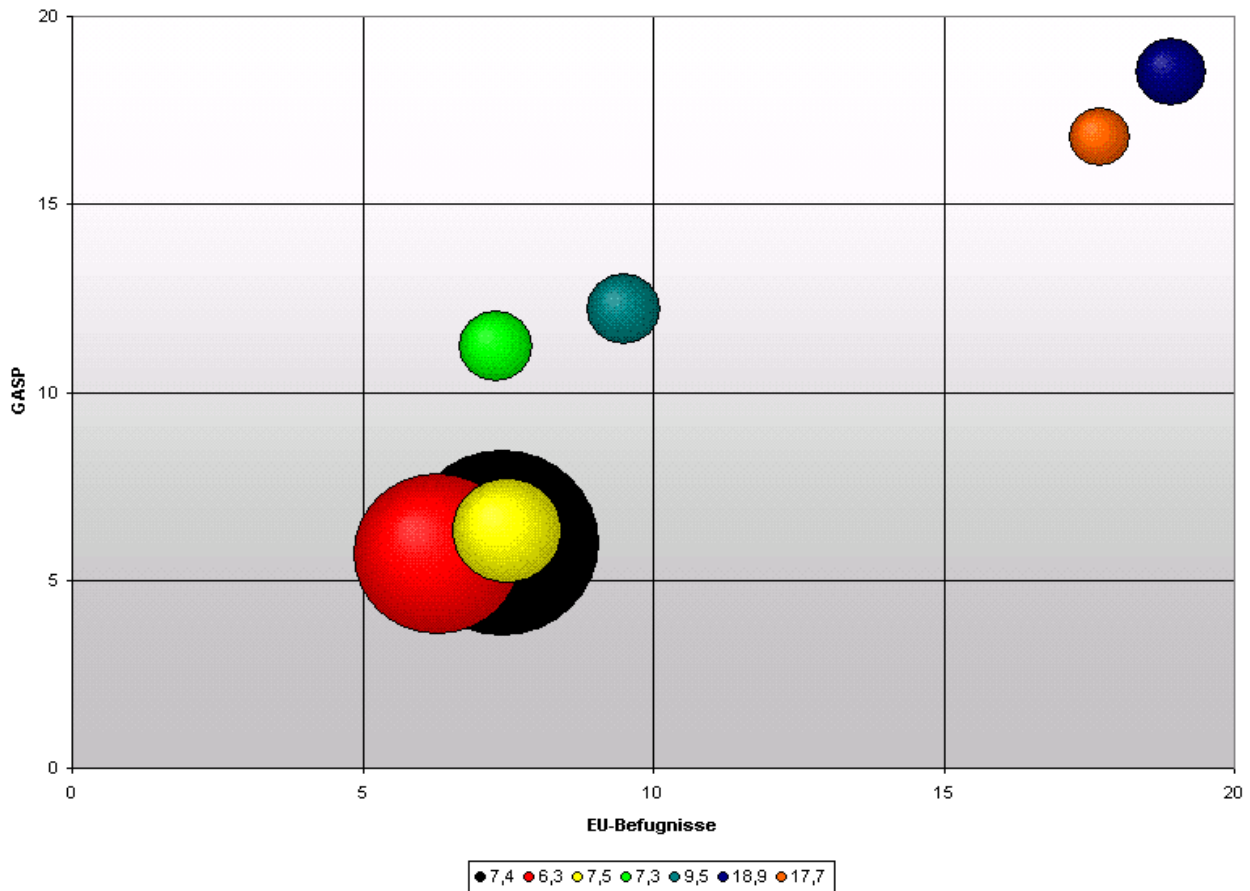
---

<sup>473</sup> Die Zahlen in den Klammern entsprechen der durchschnittlichen Mittelwerten der Positionierungsergebnisse der Studie von McElroy und Benoit. Siehe McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: Party Groups and Policy Positions in the European Parliament, Party Politics, 2006, S.20.

umgekehrt. Je weniger Befugnisse abgegeben werden, desto stärker bleibt die Stellung der Nationalstaaten. Dies gilt ebenso für das spezielle Feld der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Einrichtung eines Europäischen Militärs oder auch der gemeinsamen Koordination der Außenpolitik würde zu einem Verlust der high-politics Politikategorie der Sicherheit der Nationalstaaten führen, während deren Selbstverwaltung die Souveränität der Mitgliedsstaaten in diesem Feld stärken würde. Daraus folgt, dass die Ergebnisse der Umfrage hinsichtlich dieser drei Kategorien einen Zusammenhang aufweisen müssen. Wendet sich die jeweilige Fraktion gegen die Idee eines Föderalen Systems, so ist auch zu erwarten, dass sie nicht für die Befugnisweiterung der Europäischen Ebene und damit auch nicht für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eintritt. In der Ausschuss- und Politikfeldstruktur des Europäischen Parlaments spiegeln sich Politiken v.a. in den Bereichen Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und konstitutionelle Fragen wieder.<sup>474</sup>

---

<sup>474</sup> Siehe Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Anlage VI.

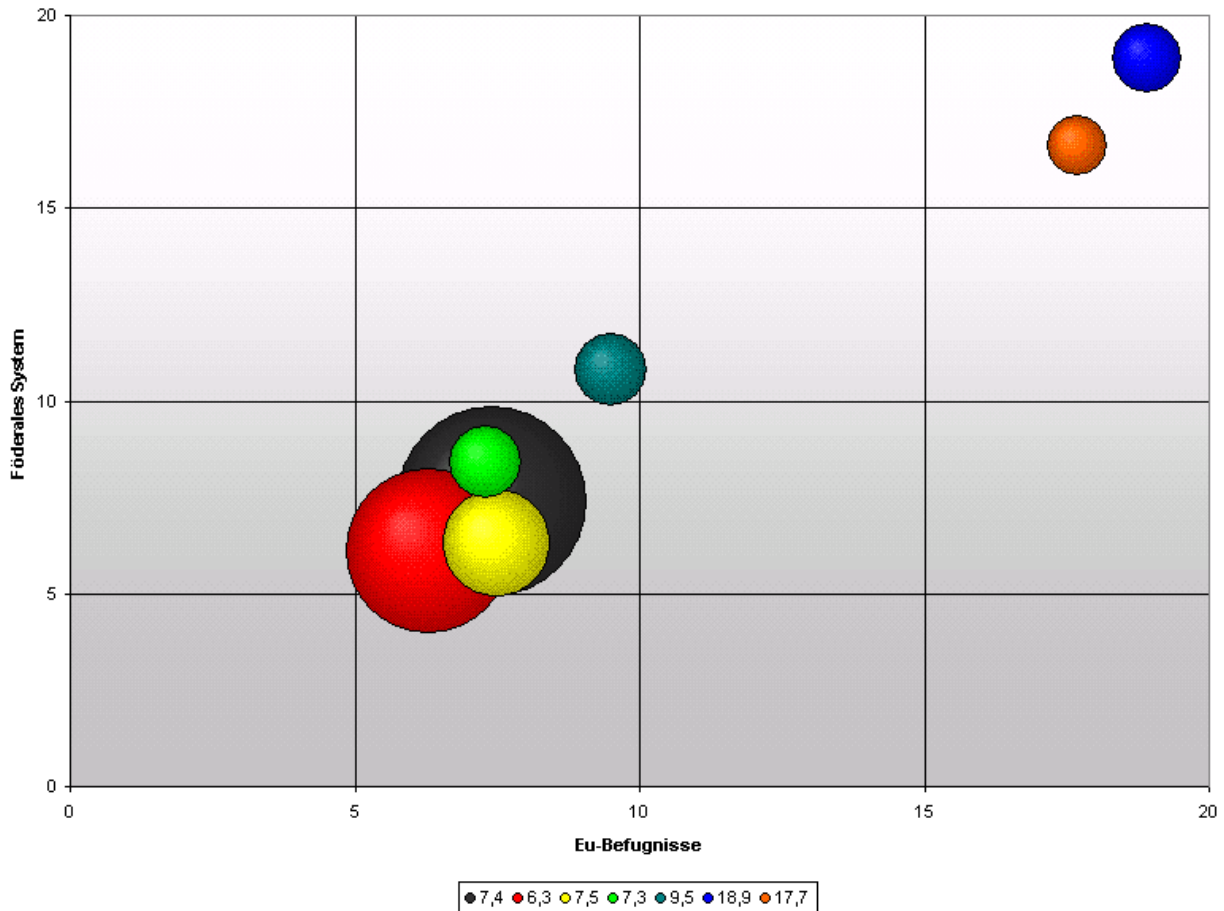


**Schaubild VII. 21.: Die Fraktionen im Politikspektrum: GASP – EU-Befugnisse**

**Quelle:** Schaubild erstellt aufgrund sekundärer Daten nach: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament*

Das Blasendiagramm der Gegenüberstellung der Spannungslinien Gemeinsamer Sicherheits- und Außenpolitik und EU-Befugnisse deutet auf die Bildung eines Pro-Integrationsblocks auf der horizontalen Achse der Befugnisse hin. Hier stehen sich einige Fraktionen nahe. Wenn auch KVEL-NGL (9,5) und SPE (6,3) etwas von einander entfernt liegen, so zeigen sich sowohl für GRÜNE-EFA (7,3), ALDE (7,5) und EVP-ED (7,4) fast übereinstimmende Werte. Diese Fraktionen sind zwar grundsätzlich für eine Erweiterung der EU-Befugnisse, jedoch werden sie nicht als bedingungslos eingestuft. UEN (17,7) und IND-DEM (18,9) sind hingegen am gänzlich gegenüberliegenden Pol des Spektrums zu suchen. Dies betrifft sowohl die Verringerung der politischen Befugnisse der EU, als auch die GASP. Hier liegen UEN und IND-DEM ebenso bei Werten von 16,8 und 18,5. Etwas differenzierter zeigen sich die Einstellungen der anderen Fraktionen gegenüber einer gemeinsamen Politikkoordination im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Während SPE (5,7), EVP-ED (6,0) und ALDE (6,3) eine solche stark

befürworten, so stehen sowohl GRÜNE-EFA (11,2), als auch KVEL-NGL (12,2) dieser eher etwas zurückhaltend gegenüber. Dies könnte allerdings auch von der skeptischen Grundhaltung der MEPs grüner und linker Parteien hinsichtlich der Notwendigkeit eines solchen Aufgabenfeldes herrühren. Die Partei der BÜNDNIS 90/GRÜNEN der BRD etwa hat ihre Wurzeln auch in der Friedensbewegung.



**Schaubild VII. 22.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Föderales System – EU-Befugnisse**

Quelle: Schaubild erstellt aufgrund sekundärer Daten nach: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament*

Eine ähnliche Charakteristik zeigt sich, wenn die Achse der GASP durch diejenige der Befürwortung der Föderalismusidee bzw. der Souveränität der Nationalstaaten ersetzt wird. Hier allerdings rückt die GRÜNE-EFA (8,4) deutlich stärker zu EVP-ED (7,4), SPE (6,1) und ALDE (6,3). UEN (16,6) und IND-DEM (18,9) zeigen, wie zu erwarten, eine eindeutige Positionierung für die Idee des „Europe des Parties“.

Was bedeutet dies nun theoretisch für die Koalitionsbildung? In Fragen der Verstärkung der Integration bzw. Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik müsste sich hier eine klare

Blockbildung ergeben. Die EU-Skeptischen bzw. konservativen Fraktionen müssten den anderen gegenüberstehen. Der KVEL-NGL kommt hingegen eher die Position eines Zentrumsspielers nahe. Für Fragen der GASP gilt das Selbe für die GRÜNEN-EFA. Es ist allerdings zu beachten, dass aus dieser Lage keine Vorteilposition für die Fraktionen entsteht, da sie auch gemeinsam mit den beiden kleinsten Fraktionen keine Mehrheit bilden können. Daher ist anzunehmen, dass sie sich, falls sich ein Nutzen ergibt, bzw. keine Kosten, eher den größeren Fraktionen anschließen.

Bisherige Ergebnisse der vorliegenden Analyse der Politikbereiche und Koalitionsbildungsmuster geben folgend einen tiefergreifenden Einblick. Die Gegenüberstellung der Politikbereiche mit den einzelnen Koalitionsvarianten in Kapitel IV, 8. konnte bereits für die Kombination EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA und KVEL eine leichte Erhöhung der Anzahl der Abstimmungen im Bereich der Auswärtigen Angelegenheiten, Menschenrechte und Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik zeigen. 7,4% der Beschlüsse werden durch diese Variante gefällt.<sup>475</sup> Dieser Wert ist, im Vergleich zu denen anderer Variationen, recht hoch. Auch im Bereich der konstitutionellen Fragen erweist sich diese Koalition, mit 16,1%, als verhältnismäßig häufig. Ihre Beschaffenheit als Pro-Integrationsvariante kann, v.a. in diesem Feld, unterstrichen werden. Hier erklärt sich auch der bereits zuvor erwähnte Hybridcharakter der Kombination aus EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL.<sup>476</sup> Sie ist zum einen eine Pro-Integrationskoalition und kann zudem als dominante SPE Koalition betrachtet werden. Die detailliertere Betrachtung der Politikfelder kann durch diese Ergebnisse einen weiteren Teil zur Erklärung des Entscheidungsfindungsverhaltens beitragen.

Auffällig ist allerdings, dass sich im Feld der auswärtigen Angelegenheiten, Menschenrechte und gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigung weitere größere Anteile für die Koalition aus EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL und UEN (8,16%) und die Allparteienkoalition (15,13%) aufweisen. Dies gilt allerdings nicht für konstitutionelle Fragen (7,87% und 6,48%). Trotz dem gezeigten Split der Fraktionen, ihre Einstellungen betreffend, bilden sich hier eine verhältnismäßig große Anzahl von Zusammenschlüssen. Das bedeutet, dass es über die inhaltlichen Ziele der Akteure hinaus weitere Gründe für die Koalitionsbereitschaft geben kann. Nachdem jedoch rein machtpolitische Orientierungen aufgrund der Koalitionsart kaum in Frage kommen, dies sind keine minimal-winning coalitions, müssen die Fraktionen andere Zwecke als

---

<sup>475</sup> Siehe hierzu Kapitel VI, 8. Politikbereiche: Spiegel der Koalitionsmuster. Die folgenden prozentualen Anteile der Abstimmungen in diesen Politikbereichen beziehen sich auf die Ergebnisse der hier vorliegenden Untersuchung.

<sup>476</sup> Vgl. Kapitel VI, 8. Politikbereiche: Spiegel der Koalitionsmuster.

prioritär betrachten. Alternative rationale Erklärungsmuster, wie etwa das Modell der übergroßen Koalitionen, können in diesem Sinne zu einer Erklärung beitragen.<sup>477</sup> Falls keine Zusatzkosten oder Gesichtsverluste für die Spieler bestehen, ist die Schwelle eines Koalitionsbeitritts demnach sehr niedrig. Zum einen können demnach die kleinen Mitspieler der UEN und IND-DEM, aber auch GRÜNE-EFA und KVEL-NGL, von den Ressourcen der großen Akteure profitieren. Auf der anderen Seite jedoch werden sie dadurch in die Legislativverantwortung mit einbezogen und kontrolliert. Es ist zu erwarten, dass dies auf Kosten eines Kompromisses geschieht. Gelingt es der Pro-Integrativen Seite, die skeptischen Fraktionen mit einzubeziehen, so entsteht zudem, hauptsächlich in Allparteienkoalitionen, eine Demonstration interner Geschlossenheit und Stärke der gesamten Kammer. Dies kann gegenüber Dritten ein wichtiges Signal sein. Auch und gerade in Bereichen, in denen das Europäische Parlament nicht besonders stark mit legislativen Befugnissen ausgestattet ist.<sup>478</sup>

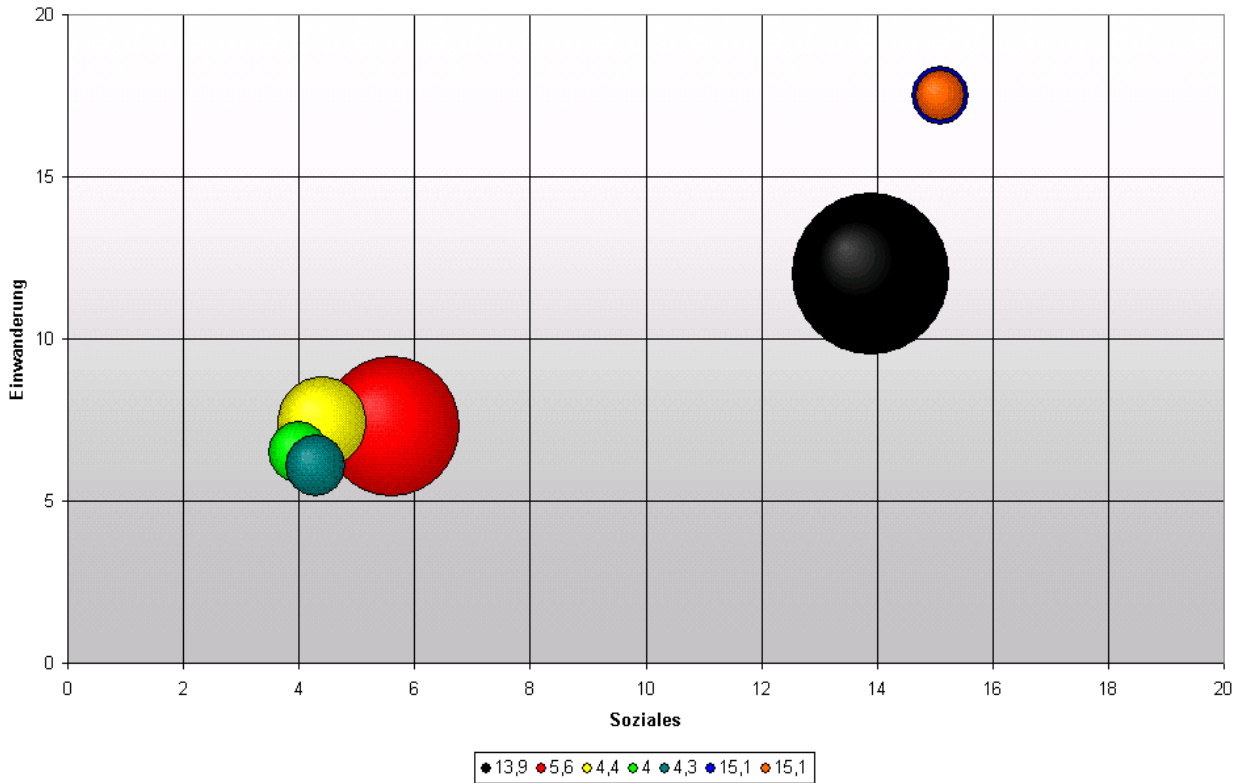
Die nächsten Politikfelder, die in diesem Zusammenhang gegenübergestellt werden, sind im Bereich der Sozial-, Umwelt- und Einwanderungspolitik zu suchen. Also Felder der Innen- und Gesellschaftspolitik. Hier besitzt das Europäische Parlament größere Rechtsetzungsbefugnis. Sozialpolitik, etwa im Sinne des Schutzes von Minderheiten oder Sozialer Sicherheit, wird durch die Arbeitsbereiche Rechte der Frau und Chancengleichheit und Beschäftigung und soziale Angelegenheiten repräsentiert. Die Umweltpolitik durch den Bereich Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. Die Einwanderungs- und Asylpolitik wird durch das Feld bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres abgedeckt.

---

<sup>477</sup> Siehe Kapitel VI, 5. Übergroße Koalitionen im Europäischen Parlament: Anwendung eines Modells mit empirischer Erklärungskraft.

<sup>478</sup> Ebd.





**Schaubild VII. 23.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Einwanderung – Soziales**

**Quelle:** Schaubild erstellt aufgrund sekundärer Daten nach: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament*

Im Vergleich zu den vorigen Schaubildern zeigt sich bei der Politikfeldern im Bereich der Innen- und Sozialpolitik ein bedeutender Unterschied. SPE und EVP driften hier auseinander. Während in Fragen der Einwanderungspolitik SPE (7,3), ALDE (7,4), GRÜNE-EFA (6,5) und KVEL-NGL (6,1) eher eine Öffnung der EU (und deren Gesellschaft(en)) befürworten, so zeigt sich, dass die EVP-ED (12,0) eher dazu tendiert, Einwanderung begrenzen zu wollen. Dies trifft vollends auf die Fraktionen der UEN (17,5) und IND-DEM (17,5) zu. Diese Teilung zweier Blöcke zeigt sich noch stärker im Gebiet der Sozialpolitik. EVP-ED (13,9), UEN (15,1) und IND-DEM (15,1) befinden sich mit ihren Einstellungen auf der Seite, die weniger die Liberalisierung von Minderheitenrechten fordert. SPE (5,6), ALDE (4,4), GRÜNE-EFA (4,0) und KVEL-NGL (4,3) sprechen sich hingegen ausdrücklich für eine solche Liberalisierung aus. Dies sollte demnach für die Entscheidungsfindung bedeuten, dass diese Politiken Bereiche darstellen, in denen es einen parteilichen Wettbewerb gibt. Er sollte in auffälligen Häufigkeiten von Koalitionen mit dominanten Spielern resultieren. Auf der einen Seite werden eben durch eine Koalition von SPE, ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL anteilig insgesamt 15,24% der

Abstimmungen gefällt. Dies konnte die Untersuchung der Koalitionen in Gegenüberstellung mit den verschiedenen Politikbereichen in Kapitel VI, 8. zeigen. Hiernach ist allerdings nicht zu erwarten, dass dieselbe Kombination mit der IND-DEM als weiterer Fraktion auch 16,19% der Abstimmungsanteile entscheidet. Dies lässt sich durch die Verortung der Einstellung nur schwer erklären. Möglicherweise handelt es sich hier um eine Art disziplinierende Maßnahme. Dieser Bereich wird jedoch kaum durch Koalitionen mit der EVP-ED als dominanter Fraktion besetzt.

In Beschäftigung und sozialen Angelegenheiten zeigt sich allerdings, dass die Koalition von EVP-ED, ALDE, UEN und IND-DEM mit 11,22% den höchsten Ausschlag aller im Detail untersuchten Kombinationen zeigt. Hierbei fällt indes auf, dass die ALDE nicht ihren erwarteten Einstellungen entspricht. Möglicherweise fällt der höchste beobachtete Wert hier deshalb relativ gering aus, da die Ausarbeitung eines Kompromisses mit der pivotalen (mehrheitsbeschaffenden) Zentrumsspielerfraktion der ALDE sich schwierig gestaltet. Dies deutet auf den Versuch eines Wettbewerbs hin.

Ähnliche Ergebnisse wie zuvor der Bereich Rechte der Frau und Chancengleichheit ergibt die Analyse des Themenfeldes Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten. Sichere SPE-Kombinationen, auffälliger Weise wieder mit der Fraktion der IND-DEM, zeigen hier einen Gesamtanteil von 25,11%, wohingegen die untersuchten Abstimmungen mit der EVP-ED als dominanter Fraktion lediglich 4,25% ausmachen.<sup>479</sup> Untersuchte vage und sichere große Kombinationen decken in diesem Bereich 45,08% ab.

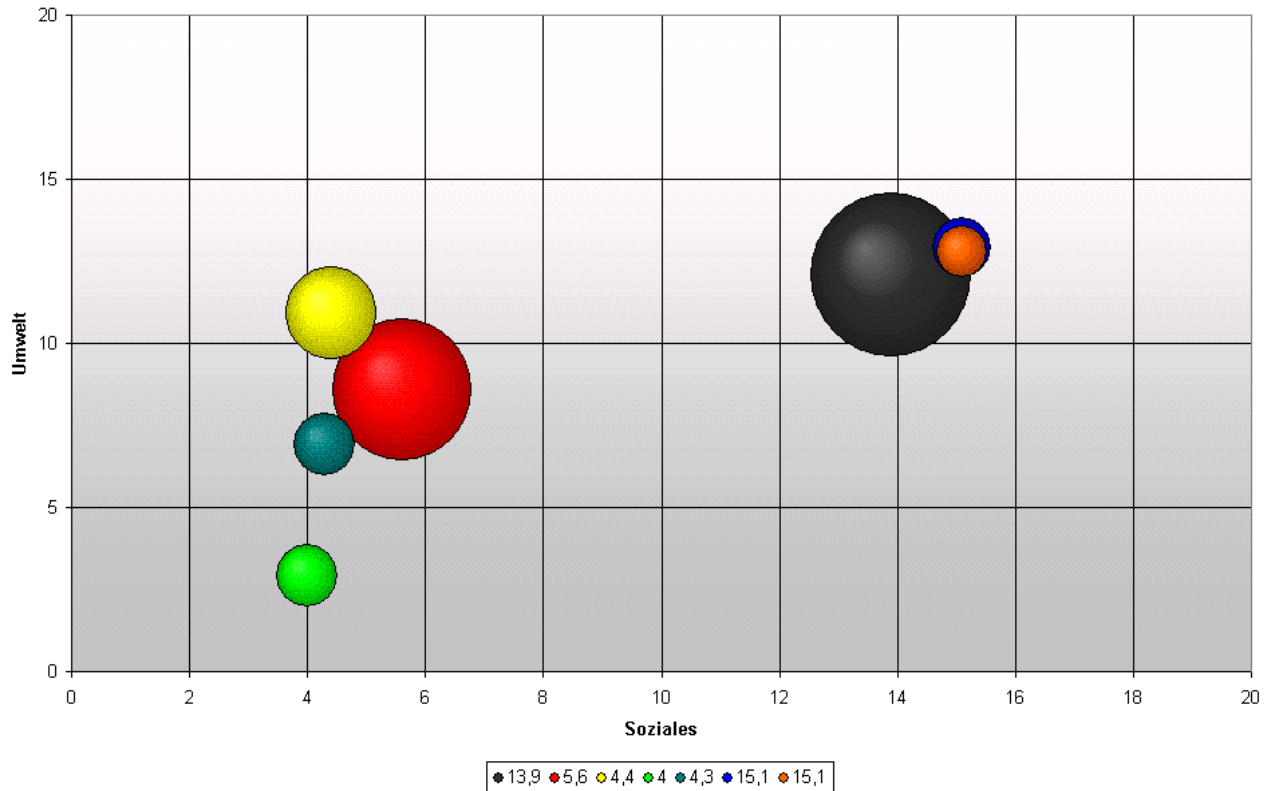
Der erwartete Wettbewerb tritt allerdings nicht ein. Vordergründig besetzen zwar die jeweiligen Koalitionsblöcke vermehrt und wie angenommen jeweils einen starken Anteil an Abstimmungen. Auf den zweiten Blick allerdings konkurrieren EVP-ED und SPE und ihre zugehörigen Partner nicht in diesen Gebieten miteinander. Hier existiert vielmehr, falls dies überhaupt möglich ist, die Tendenz eines Wettbewerbs von SPE und großen Koalitionen.

Wird der Bereich Einwanderung durch das Feld Umwelt ersetzt, bleibt die Bildung von zwei sich gegenüberliegenden Fraktionsblöcken bestehen. Beim Themenbereich Umwelt allerdings driftet der Block aus SPE (8,6), ALDE (10,9), GRÜNEN-EFA (2,9) und KVEL-NGL (6,9) auseinander. EVP-ED (12,1), UEN (12,8) und IND-DEM (12,9) rücken zusammen. D.h. die Abstände der

---

<sup>479</sup> Vage bzw. sicher bezieht sich auf die Möglichkeit, gemeinsame Koalitionen der EVP-ED und SPE auch als Koalitionen dominanter Fraktionen mit dem Hinzutreten einer großen Fraktion zu betrachten. Siehe hierzu generalisierte Aussagen über die Koalitionsbildung, Kapitel VI, 4. Die Koalitionsbildung zwischen den Europäischen Fraktionen: Variationsbreite der Entscheidungsfindung..

Fraktionen werden insgesamt geringer. Die meisten Spieler gruppieren sich v.a. im mittleren Bereich des Spektrums.

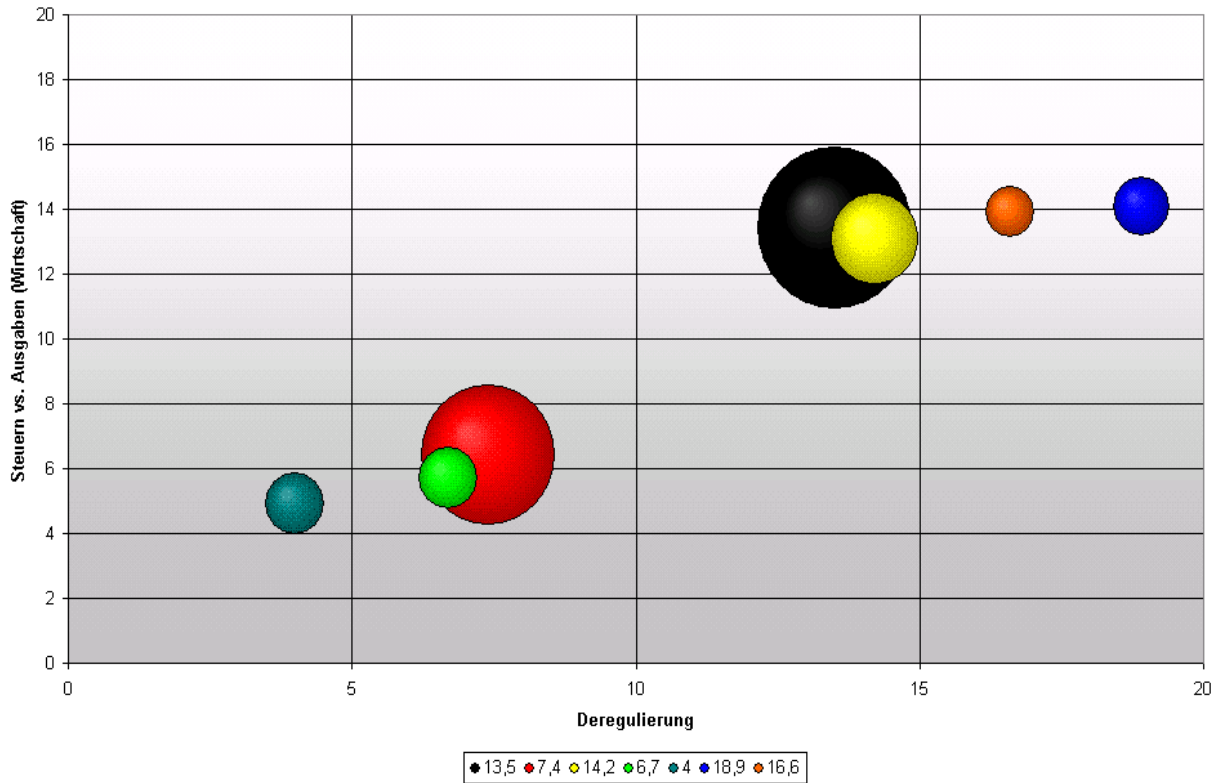


**Schaubild VII. 24.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Umwelt – Soziales**

**Quelle:** Schaubild erstellt aufgrund sekundärer Daten nach: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament*

Diese Ausprägungen sollten eine Kompromissfindung erleichtern. Ein relativ starker Anteil von 13,41% der Abstimmungen im Bereich Umwelt, Verbraucher und Lebensmittelsicherheit kommt mit der Koalition von SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL und IND-DEM zustande. Weitere 7,75% wenn dazu noch die Fraktion der UEN beteiligt wird. Wieder zeigt sich die IND-DEM als koalitionsfähig, wengleich sie einen großen Abstand zu den anderen Fraktionen, v.a. zur GRÜNEN-EFA, aufweist. Die sicheren Koalitionen mit der EVP als dominanter Fraktion zeigen eine schwache Ausprägung der anteiligen Abstimmungen von unter 5%. Diese Beobachtung gilt auch für große Koalitionen. Mit der Allparteienkoalition werden hingegen 14,19% der Abstimmungen in diesem Bereich beschlossen. Wiederum zeigt sich, dass dieses Feld nicht mit Priorität von der EVP-ED besetzt wird, obwohl eventuelle Partner hier durch einen geringen Abstand leichter gefunden werden könnten als etwa im Bereich der Sozialpolitik. Auf der anderen Seite ist anzunehmen, dass ein Package-Deal, in den Feldern Umwelt und Soziales,

aufgrund der Abstände der Einstellungen, nur schwer zu erreichen sein wird. Dennoch zeigt sich, dass die IND-DEM sich als sehr flexibel erweist, was ihre Partnerwahl innerhalb der Koalitionen betrifft. Dies rührt wohl auch daher, dass sie keine Stammkoalitionsfraktion eines großen Akteurs ist. Hier stellt sich auch die Frage, warum die Fraktionsmehrheit die IND-DEM aufnimmt, oder ob diese etwa ohne vorherige Absprache bzw. deren Zustimmung sich der Koalition anschließt. Ein weiterer Bereich, der seit jeher einen Kern der Arbeit der Europäischen Union darstellt, ist derjenige der Wirtschaftspolitik. Die Kategorie der Deregulierung, die auf der Horizontalen abgebildet wird, beschreibt dabei, wie stark Regulierungsmaßnahmen der Märkte durch die staatlichen Institutionen befürwortet werden bzw. ob deren Deregulierung ein Ziel der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Fraktionen ist. Je weiter der Wert zur rechten Seite des Schaubilds tendiert, desto stärker wird eine Deregulierung favorisiert und umgekehrt. Steuern vs. Ausgaben beschreibt auf der vertikalen Achse zwei gegenüberliegende Pole. Je geringer der Wert, desto stärker wird die Anhebung von Steuern zur Finanzierung öffentlicher Dienstleistungen auf nationaler Ebene bevorzugt. Je größer die Maßzahl, desto eher werden Einschnitte in öffentliche Dienstleistungen befürwortet, um die Steuern zu verringern. Also ein einander entgegengesetztes Spektrum zwischen Laisser-faire und Interventionismus.



**Schaubild VII. 25.: Die Fraktionen im Politikspektrum: Steuern vs. Ausgaben – Deregulierung**

**Quelle:** Schaubild erstellt aufgrund sekundärer Daten nach: McElroy, Gail/Benoit, Kenneth: *Party Groups and Policy Positions in the European Parliament*

Wieder befinden sich SPE, GRÜNE-EFA und KVEL-NGL im linken unteren Bereich des Blasendiagramms. EVP-ED, UEN und IND-DEM im Gegensatz dazu, im rechten oberen Sektor. Im Vergleich zur Umwelt- und Sozialpolitik gruppiert sich hier allerdings die ALDE zu den Akteuren um die EVP-ED.

Im Bereich der wirtschaftlichen Regulierung befindet sich die KVEL-NGL bei einem Wert von 4,0, GRÜNE-EFA liegen bei 6,7, die SPE bei 7,4. Die Fraktion der EVP-ED auf der anderen Seite zeigt einen gruppierten Mittelwert bei 13,5, die ALDE bei 14,2. UEN und IND-DEM positionieren sich eindeutig im Bereich der Deregulierung der Märkte, mit 13,0 und 14,6. Ebenso favorisieren SPE (6,4), GRÜNE-EFA (5,7) und KVEL-NGL (4,9) die Erhöhung von Steuern zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben. EVP-ED (13,4), ALDE (13,1), UEN (13,9) und IND-DEM (14,1) hingegen würden Einschnitte in öffentliche Leistungen in Kauf nehmen, um Steuern zu senken. Wie in den beiden zuvor analysierten Bereichen, bilden sich damit in wirtschaftspolitischen Belangen zwei gegenüberliegende Fraktionenblöcke. Im Unterschied dazu wird der Block um die dominante Fraktion der EVP-ED um die Stimmen der ALDE verstärkt.

Während die Bildung von Kompromissen damit in diesen Feldern durch gegensätzliche Einstellungen erschwert wird, ist anzunehmen, dass sich hier eine Betonung der Abstimmungsanteile mit der EVP-ED als größter Fraktion herausbilden wird. Die Politikbereiche des Europäischen Parlaments, die dieses Themenfeld behandeln, sind Wirtschaft und Währung bzw. internationaler Handel.<sup>480</sup>

Eine Dominierung dieser Politikbereiche durch sichere Koalitionen mit der EVP-ED als größtem Akteur lässt sich, wie schon gesehen, feststellen.<sup>481</sup> 16,24% der Abstimmungen in diesem Feld werden durch die geprüften Kombinationen aus EVP-ED, ALDE, UEN bzw. EVP-ED, ALDE, UEN und IND-DEM getroffen. Mit letztgenannter Variation werden auch 22,73% der Anteile des neuen Politikfeldes des internationalen Handels beschlossen. Vage EVP-Koalitionen, mit der SPE als weiterem Partner, weisen zudem einen Anteil von 10,87% auf. Allparteienkoalitionen zeigen für Wirtschaft und Währung 9,67%. Für internationalen Handel 7,41%. Reine SPE-Koalitionen besetzen diese Felder nicht oder nur marginal. Es gibt demnach erneut auch hier keine Konkurrenz der beiden großen Fraktionen bzw. Fraktionsblöcke in diesem Politikbereich. Dies bedeutet, dass die bereits in den Häufigkeiten beobachteten Regelmäßigkeiten vornehmlich auf die inhaltliche Nähe der Fraktionen zueinander zurückzuführen sind. Die Entscheidungsfindung wird demnach durch die inhaltliche Dimension stark beeinflusst. Hiermit kann die These der Politikgeleitetheit der übergroßen Koalitionsbildung untermauert werden.

Es wird aufgrund der gezeigten Ergebnisse deutlich, dass Bereiche existieren, in denen die Fraktionen des Europäischen Parlaments (weitgehend) ähnliche Ziele verfolgen. Auf diese Weise ist es möglich, dass sich Zusammenschlüsse in Form (über)großer Koalitionen bilden können. Die Erklärung der Koalitionsbildung entlang einer polarisierten rechts-links Achse trifft deshalb nur bedingt für bestimmte Politikbereiche zu. Etwa für eine Politik der Deregulierung oder Einwanderung. Sie kann, u.a. aufgrund des Positionswechsels der Einstellungen der ALDE in diesen Themenbereichen jedoch nicht als ausreichend erklärend betrachtet werden. Eine Dechiffrierung des rechts-links Schemas erweist sich dagegen als sinnvoll und nötig.

Für Belange Gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik oder der Integration der Europäischen Union kann eine oben angesprochene rechts – links Reduktion des politischen Raumes auch eine

---

<sup>480</sup> Siehe Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Anlage VI, <http://www.europarl.eu.int/omk/sipade3?PROG=RULES-EP&L=DE&REF=TOC>

<sup>481</sup> Hierzu Kapitel VI, 8. Politikbereiche: Spiegel der Koalitionsmuster

nur unzulängliche Erklärungskraft bieten.<sup>482</sup> Obwohl diese nicht alle Fraktionen in deutlich voneinander abgegrenzten Positionen zeigt, muss zumindest ein weiterer Bezugspunkt bei der Entscheidungsfindung innerhalb des Europäischen Parlaments berücksichtigt werden. Der Bereich der Souveränität und Integration. Hier befinden sich die großen Fraktionen, die ALDE und auch die GRÜNEN-EFA und in manchen Fällen die KVEL-NGL in Kongruenz zueinander, während UEN und IND-DEM gänzlich einen Anti-Integrationsblock bilden, der sie in diesem Bereich als kaum koalitionsfähig abgrenzt.

Es gibt darüber hinaus weitere ausschlaggebende Gründe anzunehmen, dass eine solche Konstellation der Deckungsgleichheit in weiteren Bereichen vorhanden sein können. Folgt die Koalitionsbildung wie erläutert tatsächlich einem inhaltlich geprägten Muster, so ist zu unterstellen, dass eben eine solche Übereinstimmung der Einstellungen in Bereichen zu erwarten ist, in denen Koalitionen mit möglichst vielen Partnern oder auch Allparteienkoalitionen eine solche Regelmäßigkeit aufzeigen. Die als Grundlage benutzte Untersuchungen von McElroy und Benoit kann hinsichtlich dessen leider keine Daten zu weiteren Politikfeldern liefern. Besonders hohe anteilige Werte von Abstimmungen sicherer großer Koalitionen deuten allerdings auf eine solche Konstellation. Die Bereiche der Haushaltspolitik (40,06%)<sup>483</sup>, oder Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport (41,76%) weisen auf eine solche Möglichkeit hin. Obwohl sich die Frage stellt, ob bei solchen Übereinstimmungen noch von der Koalitionsbildung entlag von Konfliktlinien gesprochen werden kann. Weitere Analysen im Bereich des policy mapping wären dazu nötig, um diese Thesen zu überprüfen.

## 10. Fazit: Zentripetale Neigung und Politikfeldorientierung

Die Anwendung der Koalitionsbildungsmodelle am Testfeld der Entscheidungsmechanismen des Europäischen Parlaments leistet einen Ertrag auf zwei Ebenen. Zum einen können Entscheidungsfindungsansätze in der Empirie getestet werden, die sich aufgrund unterschiedlicher Prämissen bzw. Handlungsmotivationen ergeben. Auf der anderen Seite helfen

---

<sup>482</sup> Hix et. al. nehmen an, durch Analyse Beweise dafür gefunden zu haben, dass die Koalitionsbildung entlang einer ausschließlichen recht-links Politikfeldlinie verläuft. Siehe: Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.227ff. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

<sup>483</sup> Diese Zahl bezieht sich auf drei analysierten großen Koalitionsvarianten und die Allparteienkoalition

diese Konstrukte, die Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments und deren Prinzipien zu verdeutlichen und zu verstehen.

Durch das Freistilverhandlungssystem zwischen den Fraktionen des Europäischen Parlaments entwickelt sich die Koalitionsbildung als extrem anpassungsfähiger und zunächst wenig durchschaubarer Prozess. Lediglich 5 der insgesamt 80 im Vorfeld getesteten Koalitionsvarianten konnten innerhalb des Untersuchungszeitraums nicht beobachtet werden. In einem deskriptiven Teil der Analyse der Koalitionsbildung konnten einige hingegen so häufig registriert werden, dass sie als institutionalisiert betrachtet werden können. Schon diese Tatsache trägt dazu bei, die Prozesse innerhalb der Blackbox zu verdeutlichen. Dies lässt sich im Rückschluss auch auf eine sehr große situationsbedingte Anpassungsfähigkeit der Fraktionen des Parlaments zurückführen. Dennoch dürfen institutionelle Rahmenbedingungen wie die Art des Parteiensystems bzw. die Sitzverteilung, d.h. die Größe der Akteure und damit ihre Einflussmacht, bei der Anwendung von koalitionstheoretischen Modellen nicht außer Acht gelassen werden. Dies kann durch die Analyseinstrumente der Effective Number of Parties und der voting-power Indizes geleistet werden. Hier ergibt sich etwa, dass auch kleinere Fraktionen, besonders die ALDE, proportional zu ihrer eigentlichen Größe bei spezifischen Koalitionskombinationen zu einflussreichen und sogar koalitionsentscheidenden (pivotalen) Spielern entwickeln können. Um die Vielzahl der Koalitionsmöglichkeiten zu fassen, wurden diese zunächst in zwei Kategorien aufgeteilt, die sich nach der Art des Fraktionensystems bzw. deren Größe richten. Erstens Koalitionen mit jeweils einer großen Fraktion, d.h. EVP-ED und SPE, und zweitens Zusammenschlüsse bei denen sich eben diese Gruppen vereinen.

Durch die Anwendung der zuvor dargelegten koalitionstheoretischen Modelle erweisen sich einige Entscheidungsmotivationen als evident für das Europaparlament, andere hingegen können nur wenig dazu beitragen, die Koalitionsbildung auszuleuchten. Die Koalitionsbildungstheorien mit spieltheoretischem Hintergrund etwa können durch ihren empirische Einsatz nur wenige Koalitionsvarianten erklären.<sup>484</sup> Hier behindert sie vornehmlich die inhärente Annahme des minimal winning Theorems, das in der Abstimmungspraxis des Europäischen Parlaments nur geringen Niederschlag findet.<sup>485</sup> Die Entscheidungsbildung im Europäischen Parlament sollte

---

<sup>484</sup> Exakte Anteile sind hier schwer zu benennen, da sich die Annahmen verschiedener spieltheoretischer Ansätze in kumulierenden Häufigkeiten auswirken würden. So können sich die Prämissen von minimal winning und minimum size etwa überschneiden. Zudem sind sie auch abhängig von der jeweils nötigen Mehrheit, die für einen Beschluss nötig ist. Vgl hierzu Kapitel V, 5. Ansätze der Koalitionsbildungstheorie.

<sup>485</sup> Dies gilt vor allem bei Entscheidungen unter einfacher Mehrheit. Hier bewegt sich die Erklärungskraft im niedrigen einstelligen Prozentbereich.



deshalb, so auch die Hypothese, nur in geringem Umfang von dieser Art der Rationalität beeinflusst werden.<sup>486</sup> Weitaus mehr Koalitionsvarianten lassen sich dagegen durch die Hinzunahme der Motivation einer inhaltlichen Dimension begreiflich machen. Minimal range bzw. minimal connected winning Annahmen weisen somit eine größere Erklärungskraft auf.<sup>487</sup>

Des Weiteren versprechen akteurszentrierte Annahmen wertvolle Erklärungsmuster. Sie überschneiden sich dabei teilweise mit den spieltheoretisch-inhaltlichen Ansätzen. Implizit beinhaltet auch die eingangs vorgenommene grundlegende duale Typisierung der Koalitionen bereits einen Teil dieser Akteursperspektiven. Besonders aufschlussreich sind dabei diejenigen Koalitionen mit den dominanten Partnern EVP-ED oder SPE. Nimmt nur eine dieser großen Fraktionen an einem Zusammenschluss teil, so führt dies dazu, dass nicht nur sie, sondern auch die ALDE, bei Teilnahme, pivotal wird. Die kleinere Gruppe wird damit zum Zentrumsspieler. Ihre Einflussmöglichkeit wiegt hier also besonders schwer. Im Gesamten entspricht diese Beobachtung etwa einem Drittel der zur Verfügung stehenden Abstimmungen.

Neben der Scharnierfraktion der ALDE ist in diesem Rahmen auch die Rolle der Stammkoalitionsfraktionen zu identifizieren. Während die UEN sich oftmals mit der EVP-ED assoziiert, gilt dies für GRÜNE-EFA und KVEL-NGL und SPE. Dabei sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass zwar die inhaltliche Nähe eine Motivation für diese Auffälligkeit sein kann, aber auch die voting-power der kleinen Akteure sich bei diesen Konstellationen überproportional erhöht.

Die Analyse der Daten deckt zudem auf, dass mit über einem 85%igem Anteil der Abstimmungen die gebildeten Zusammenschlüsse größer sind als dies für einen Mehrheitsbeschluss nötig wäre. Spätestens hier können die Annahmen eines von der Prämisse des minimal winning geleiteten Modells nicht mehr greifen. Etwa zwei Drittel der namentlichen Abstimmungen im Untersuchungszeitraum sind zudem gekennzeichnet durch die gemeinsame Beschlussfassung von EVP-ED und SPE. Wenngleich einige Beweise dafür sprechen, diese, aufgrund der Reihenfolge der Koalitionsbildung, nicht per se als große Koalitionen zu bezeichnen, so sind sie doch Koalitionen mit Übergröße. Ein durchaus auf methodologischem Rationalismus fundierendes Hypothesenkonstrukt kann in diesem Zusammenhang Handlungsmotivationen aufdecken, die zu dieser Art von spezifischen Koalitionsbildungsmustern führen. Dadurch kann auch die besonders häufig zustande kommende und für das Europäische

---

<sup>486</sup> Vgl. Forschungshypothese 3.

<sup>487</sup> Etwa 15% der gesamten Koalitionen.

Parlament charakteristische Allparteienkoalition begründet werden. Vieles spricht dafür, dass sie als Signal zu verstehen ist, bei dem sich die gesamte Kammer gegenüber anderen Akteuren als besonders kohäsiv demonstriert.

Die zentripetale Tendenz der Entscheidungsfindung, d.h. das Beitreten „überschüssiger“, meist kleiner Fraktionen erklärt sich hier zudem durch günstige Möglichkeiten des Kosten-Nutzen-Vergleichs und der Möglichkeit, die Ressourcen großer Parteien mit zu nutzen. Auf diese Weise können auch systemkritische Fraktionen in die Entscheidungsfindung eingebunden werden. Hier befindet sich darüber hinaus ein Ansatzpunkt, Koalitionen mit inhaltlich weit auseinander liegenden Partnern plausibel zu machen.

Ein weiterer Schritt der Koalitionsbildungsanalyse lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Bedeutung des legislativen Verfahrens keinen Hinweis auf einen wachsenden Parteienwettbewerb gibt. Dies ist zwischen den beiden großen Fraktionen, aber auch den kleineren Akteuren, nicht der Fall. Im Vergleich zu Beobachtungen des internen Zusammenhalts der Gruppen wirkt das Gesetzgebungsverfahren damit als unabhängige Variable nicht beeinflussend auf die Koalitionsbildung ein. Vielmehr scheint hier abermals die inhaltliche Dimension der Abstimmungen ein Einflussfaktor für die Ausprägung der Koalition zu sein. Dieser Zusammenhang kann in einem tiefergehenden Untersuchungsabschnitt ermittelt werden. Augenfällige Tendenzen zeigen sich dabei in einer Gegenüberstellung von Koalitionsvariante und Politikbereich. Bei Abstimmungen mit dominanten Partnern kann hier beobachtet werden, dass sich EVP-ED-Zusammenschlüsse häufiger in wirtschafts- und arbeitspolitischen Politikbereichen bilden, die SPE hingegen innen-, gesellschaftspolitische oder postmaterialistische Themenfelder als zentrale Akteurin dominiert. Wenn sich beide Akteure zu einem Bündnis zusammenschließen, erweist sich erneut die Fähigkeit zu Konsens und großer Flexibilität aller Fraktionen. Allparteienkoalitionen kommen etwa in sämtlichen getesteten Politikbereichen zustande.

Ein abschließender Teil der hier vorgenommenen Untersuchung der Entscheidungsfindung im Subsystem des Europäischen Parlaments positioniert die Fraktionen in einem zweidimensionalen Politikraum. Dabei handelt es sich um einen weiteren Ansatz der Koalitionsbildungsanalyse. Hier zeichnet sich deutlich ein Fraktionenblock ab, der eine positive Stellung gegenüber der fortschreitenden Integration der Europäischen Union einnimmt. Weitgehende Einigkeit besteht etwa auch in Belangen der Umweltpolitik. In den Themenfeldern der Innen- und Sozialpolitik bzw. Wirtschaftspolitik stehen sich jedoch zwei konkurrierende Gruppen von Fraktionen

gegenüber. Diese aus einer sekundären Analyse gewonnenen Ergebnisse entsprechen eben den hier gezeigten Untersuchungen und untermauern diese somit. Während es also in differenzierten Bereichen nicht zu einer Zusammenarbeit kommt, so existieren andere Felder, in denen es einen Konsens der Fraktionen geben kann. Dies schlägt sich signifikant in der Entscheidungsfindung nieder. Die Koalitionsbildungsmechanismen werden deshalb augenscheinlich durch die inhaltliche Dimension der Abstimmungen entscheidend beeinflusst. Dieser Zusammenhang äußert sich wiederum in spezifischen, teils institutionalisierten Mustern von Koalitionen der Fraktionen des Europäischen Parlaments.

Auch wenn eine typologisierende Tabelle nicht die Details der einzelnen Koalitionsbildungsansätze widerspiegeln kann, so soll sie an dieser Stelle dazu beitragen, die Ergebnisse der vorliegenden Anwendung der Modelle der Entscheidungsfindung des Europäischen Parlaments grundsätzlich zu beurteilen.<sup>488</sup>

	Koalitionen mit <u>einer</u> großen Fraktion (EVP-ED oder SPE)	Koalitionen mit <u>beiden</u> großen Fraktionen (EVP-ED und SPE)
Prämissen der Spieltheorie	0	-
Prämissen der Spieltheorie + inhaltliche Dimension	+	-
Akteurszentrierte Erklärungen	+	0
Modell Übergroßer Koalitionen	0	+
Politikfeldorientierung bzw. Politikraumorientierung	+	+

**Schaubild VII. 26.: Bewertung der Koalitionsbildungsansätze**  
**Quelle: Eigene Einschätzung aufgrund der Forschungsergebnisse**

Wenngleich, wie bereits erwähnt, die Zusammenhänge im Schaubild nur schemenhaft dargestellt werden, zeigt sich, dass es nötig und lohnenswert sein kann, die Mechanismen und Motivationen der Koalitionsbildung differenziert und nicht von einem ausschließlichen Standpunkt zu betrachten. Um einen möglichst großen Erklärungsgehalt zu erlangen bietet sich demnach ein modulares Baukastensystem eines Koalitionsbildungsmodells an, das die Vorteile der einzelnen Ansätze miteinander zu kombinieren vermag. Dabei ist es für den Bereich des Europäischen Parlaments sicherlich sinnvoll, zwischen den beiden grundlegenden Koalitionsarten, mit jeweils einer oder beiden großen Fraktionen, zu unterscheiden. Ob diese Differenzierung auch in

<sup>488</sup> + = viel Erklärungsgehalt, 0 = wenig Erklärungsgehalt, - = kein Erklärungsgehalt

nationalen Parlamenten anwendbar ist, ist zweifelsohne abhängig vom Parteiensystem, d.h. von den gegebenen Rahmenbedingungen.<sup>489</sup> Während sich damit Koalitionsbildungsmodelle mit reinen spieltheoretischen Prämissen in der Empirie als nahezu marginal einstufen lassen, liegt eine weitaus größere Aussagekraft für das Testfeld des Europäischen Parlaments in Ansätzen, die eine inhaltliche und soziale bzw. soziologische Komponente in ihre grundlegenden Annahmen mit einbeziehen. Die Annahme der Rationalität von Akteuren muss deshalb selbstredend nicht vollständig ausgeblendet werden.

Das Subsystem des Europäischen Parlaments und seine Akteure erweisen sich demnach auch nach der Osterweiterung 2004 als institutionalisiert und gefestigt. Dies können die hier vorgelegten Ergebnisse untermauern. Eine nächste Erweiterung der Europäischen Union ist allerdings nur noch eine Formsache. Beobachter aus Bulgarien und Rumänien haben sich bereits in den Reihen der Fraktionen niedergelassen. Ab 2007 kommt damit eine erneute Heterogenisierung auf das Parlament und seine Akteure zu. Die Parlamentarier zweier weiterer ehemaliger Ostblockstaaten erhalten ihr offizielles Stimmrecht. In einem abschließenden Kapitel soll deshalb, auf der Grundlage dieser Untersuchung, ein Ausblick darauf gegeben werden, wie sich dies auf die Strukturen und Prozesse innerhalb und zwischen den bedeutendsten politischen Entscheidungsträgern des Europäischen Parlaments, den Fraktionen, auswirken könnte.

---

<sup>489</sup> Im Fall der BRD wäre dies zumindest möglich.

## **Kapitel VIII: Die unmittelbare Zukunft des Fraktionensystems und resümierende Bemerkungen**

### **1. Ausblick: Rumänien und Bulgarien - die Aufnahme neuer parlamentarischer Mitglieder in ein heterogenes Parteiensystem**

Nach der Erweiterung um 10 neue Mitgliedsstaaten steht die EU bereits am 1. Januar 2007 vor einer erneuten Vergrößerung.<sup>490</sup> Bulgarien und Rumänien treten der Gemeinschaft bei.<sup>491</sup> Mit nunmehr 27 Mitgliedern erhöht sich nicht nur deren Anzahl, sondern abermals die Heterogenität der Union, der sich ihre Organe stellen müssen. Dies gilt auch für das Subsystem des Europäischen Parlaments. Ein weiteres Argument das dafür spricht, weiter daran zu arbeiten, die EU und ihre Strukturen zukunftsfähig auszurichten.

Es stellt sich damit die Frage, wie bzw. ob dies die Arbeit der Akteure und so v.a. der Fraktionen des Europäischen Parlaments beeinflusst? Wie wird sich eine weitere Heterogenisierung auf ihre Struktur und Arbeitsfähigkeit auswirken? Aufgrund der erhobenen Daten und Ergebnisse lässt sich in dieser Arbeit ein Ausblick darauf geben.

Um eine reibungslose, geschmeidige Integration von Parlamentsmitgliedern aus Beitrittskandidatenländern zu gewährleisten, hat sich bewährt, Abgeordnete aus eben diesen Staaten in das Europaparlament einzuladen. Ihre Anzahl entspricht der späteren Sitzverteilung. Bulgarien erhält damit 18 Sitze, Rumänien 35. Diese werden anteilig an die jeweiligen in nationalen Kammern vertretenen politischen Parteien dieser Beitrittskandidaten vergeben. Auf diese Weise wurde bereits beim Beitritt Österreichs und Finnlands und vor der Erweiterungsrunde 2004 verfahren. Sie erhielten ab dem 26. September 2005 einen Beobachterstatus. So wird ihnen gestattet, beispielsweise an den Ausschuss- und Plenarsitzungen teilzunehmen. Wortmeldungen, Abstimmungen und Kandidaturen für Ämter sind ihnen jedoch (noch) nicht möglich. Damit wird versucht, den Beobachtern die Möglichkeit zu geben, aus der realistischen Perspektive, einen detaillierten Einblick in die Strukturen und Arbeitsabläufe des Europäischen Parlaments zu erlangen. Obwohl die Beobachter später nicht zwangsläufig als Abgeordnete in das Parlament gewählt werden, versetzt sie dies dennoch in die Lage, ihre

---

<sup>490</sup> Dieser Abschnitt wurde im Juli 2006 verfasst. Aktueller siehe: Nachtrag am Ende dieses Kapitels.

<sup>491</sup> Siehe zum Prozess dieser Erweiterung etwa die Monitoringberichte der EU-Kommission: [http://ec.europa.eu/comm/enlargement/report\\_2006/index.htm](http://ec.europa.eu/comm/enlargement/report_2006/index.htm)

Erfahrungen ggf. an die gewählten Abgeordneten weiter zu geben.<sup>492</sup> Die nächste Wahl, bei denen Abgeordnete aus Bulgarien und Rumänien entsandt werden, steht 2009 an. Ab 2007 erhalten sie jedoch bereits Abgeordnetenstatus. Die Verteilung der MEPs und deren Fraktionszugehörigkeit wird sich deshalb voraussichtlich weitgehend bis zur nächsten Europawahl mit derer der bisherigen Beobachter decken.

Die Beobachter verteilen sich momentan wie folgt:<sup>493</sup>

	<b>EVP- ED</b>	<b>SPE</b>	<b>ALDE</b>	<b>GRÜNE- EFA</b>	<b>KVEL- NGL</b>	<b>UEN</b>	<b>IND- DEM</b>	<b>NI</b>	<b>gesamt</b>
<b>Bulgarien</b>	4	6	7	0	0	0	0	1	18
<b>Rumänien</b>	10	12	9	0	0	0	0	4	35
	14	18	16	0	0	0	0	5	53

Tabelle VII. 22.: Sitzverteilung der Beobachter aus Bulgarien und Rumänien

Quelle: [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int) (Stand Juli 2006)

## 1.1. Einschätzungen betreffend des Zusammenhalts der Fraktionen

Der Beitritt neuer nationaler Delegationen wirft bekannte Fragen auf: Welchen Einfluss können die neuen Abgeordneten auf das interne Gruppenverhalten haben oder wie wirkt sich dies auf die Entscheidungsfindung, d.h. die Koalitionsbildung, zwischen den Gruppen aus. Auf mögliche Konsequenzen soll deshalb, in einem Ausblick, im folgenden Abschnitt eingegangen werden.

### i. EVP-ED

Die vier bulgarischen Beobachter der EVP-ED gehören drei unterschiedlichen nationalen Parteien an. Die 10 aus Rumänien stammen aus fünf nationalen Parteien. Dies weist auf eine überproportionale weitere Heterogenisierung der Fraktion nach 2007 hin.

Dennoch sind hier Beobachter der Demokraten für ein starkes Bulgarien (DSB), der Bürgerunion (BPU) und der Vereinigten Demokratischen Kräfte (UDF) vereint. V.a. für die DSB gilt eine pro-europäische Haltung. Diese wird sogar im parteilichen Motto thematisiert: „Für ein starkes

<sup>492</sup> Bei der letzten Erweiterungsrunde wurde nur ein verhältnismäßig geringer Anteil der Beobachter auch tatsächlich in das Parlament entsandt. 3 von 6 aus Estland, 1 von 9 aus Lettland, 2 von 13 aus Litauen, 1 von 5 aus Malta, 12 von 54 aus Polen, 5 von 14 aus der Slowakei, 2 von 7 aus Slowenien, 7 von 24 aus Tschechien, 10 von 24 aus Ungarn und 2 von 6 aus Zypern.

<sup>493</sup> Quelle: <http://www.europarl.europa.eu/members/expert/observersGroupAndCountry.do?language=DE>

*Bulgarien in einem vereinigten Europa!*“ Die Bürgerunion versteht sich als Partei der Agrarier und kleinen Leute. Dies weist zudem auf eine charakteristische Eigenheit des Parteiensystems hin: das Bilden von Vorwahlkoalitionen. Die 1989 in Opposition zur kommunistischen Regierung gegründete UDF ist ein Zusammenschluss verschiedener kleinerer Parteien.<sup>494</sup> Dabei sind sowohl die UDF als Ganzes, als auch die ihr zugehörigen Untergruppierungen der Demokratischen Partei und der Bürgerunion assoziierte Mitglieder der Europäischen Volkspartei. Schon hier deutet sich an, dass die im Bulgarischen System und der politischen Kultur inhärente Heterogenität und Fraktionalisierung ein Aspekt ist, der dem System innerhalb des Europäischen Parlaments gleicht.<sup>495</sup> Es liegt demnach nahe anzunehmen, dass sich die Abgeordneten dieses Beitrittsstaats schnell in die Strukturen und Arbeitsabläufe des Europäischen Parlaments einfinden können.

Für Rumänien gilt Ähnliches. Auch hier spiegelt die Verteilung der Beobachter das nationale plurale Parteiensystem. Obwohl die Splittung insgesamt weniger groß ist, bilden sich auch hier nationale Wahlbündnisse aus zwei bis drei Parteien. Etwa die Demokratische Partei (DP) und die Ungarische Demokratische Union Rumäniens (UDMR) können im Moment jeweils drei Beobachter für die Fraktion der EVP-ED stellen. Während die DP gemeinhin als rechtsorientierte Zentrumsparterie eingestuft wird, und sich damit innerhalb der EVP problemlos eingliedern könnte<sup>496</sup>, so ist die UDMR als Repräsentanz der ca. 1,5Mio Bürger zählenden starken Minderheit der Ungarn in Rumänien zu betrachten. Es ist zu erwarten, dass diese auch die ungarische Delegation der EVP-ED verstärken werden.

Eine gesamte Vergrößerung der EVP-ED von 263 auf 277 Mitglieder erhöht zwar die Pluralität. Auf der anderen Seite haben die vier neuen Mitglieder aus Bulgarien und 10 weitere MEPs aus Rumänien, zumindest ihrer Anzahl nach, nicht die Fähigkeit, stark strukturverändernd auf die Arbeitsabläufe der Fraktion einzuwirken. Dies weist auf die Möglichkeit hin, den relativ hohen Zusammenhalt innerhalb der EVP-ED beibehalten zu können. Damit wird ihre Handlungsfähigkeit nicht grundlegend beeinträchtigt.

---

<sup>494</sup> Union der demokratischen Kräfte, Demokratische Partei, Bauernunion, Georgestags Bewegung, Bewegung für ein gleiches öffentliches Modell

<sup>495</sup> Vgl. für weitere Informationen über das System Bulgariens etwa: Riedel, Sabine: Das politische System Bulgariens, in: Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl., Opladen, 2004, S.593-636.

<sup>496</sup> Vgl. etwa: Datculescu, Petre: Romania: Parties and Issues after 1989, in: Lawson, Kay (Hrsg.): Cleavages, Parties and Voters: studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania, Westport, 1999, S.169-184.

## ii. SPE

Die Fraktion der SPE beherbergt 18 Beobachter. Die bulgarische Delegation, bestehend aus 6 Mitgliedern, wurde dabei ausschließlich von der Koalition für Bulgarien (CfB) entsandt. Ganz in der Manier des dortigen Parteiensystems ist dies keine Partei im westeuropäisch-politischen Verständnis, sondern ein sich in der Regierung befindendes Wahlbündnis, das sich aus acht verschiedenen untergeordneten politischen Parteien zusammensetzt. Darunter befinden sich etwa die Sozialistische Partei (BSP), die Sozialdemokratische Bewegung (PDS), die Bauernpartei (BZNS), die Romapartei (GOR), auch die Grüne Partei Bulgariens (ZPB) oder die EU-skeptische Kommunistische Partei (BKP). Die Stärkste Partei des Wahlbündnisses ist die Partei der Sozialdemokraten (PBS). Sie ist auch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas. Wie bei den Beobachtern der EVP-ED ist auch hier davon auszugehen, dass sie diese aufgrund der Verhältnisse in ihrer nationalen Partei bzw. ihres Wahlbündnisses und damit ihrer politischen Kultur in die Strukturen der Fraktion der SPE und des Europäischen Parlaments einfinden können.

Alle Beobachter der rumänischen Delegation hingegen stammen aus einer weitgehend einheitlichen Partei. Der Sozialdemokratischen Partei Rumäniens (PSD). Auch sie ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas. Allerdings scheint die im Namen geführte sozialdemokratische Orientierung nur bedingt auf die politischen Inhalte zuzutreffen, die diese Partei vertritt. Sie beherbergt Mitglieder aus alten Kadern des sozialistischen Systems. Des Weiteren besteht der Verdacht der Korruption. Zwischen 1992 und 1996 stellte sie die Regierung, in Koalition mit drei als extremistisch bezeichneten Parteien.<sup>497</sup> Die Größe der Delegation weißt zwar nicht darauf hin, dass ihr Abweichen die Grundfeste der SPE Fraktion erschüttert. Setzen sich die Vorwürfe der Korruption allerdings im Europäischen Parlament fest bzw. können sie bewiesen werden, so könnte dies nicht nur zu fraktionsinternen Zerwürfnissen bzw. Konflikten führen. Die im Verhältnis zur EVP-ED große Erhöhung der Sitze von 200 auf 218 könnte so eventuell mit einem hohen Preis bezahlt werden.

Ein ähnliches Szenario war im Juli 2006 zu sehen. Die Slowakische Sozialdemokratische Partei (SMER) koalierte auf nationaler Ebene mit der rechtsextremistischen slowakischen Nationalpartei. Dies war ein Grund für die SPE Fraktion, deren 3 Abgeordnete aus der Gruppe

---

<sup>497</sup> Petre Datculescu: Romania: Parties and Issues after 1989, in: Lawson, Kay (Hrsg.): Cleavages, Parties and Voters: studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania, Westport, 1999, S.176.



auszuschließen und einen Antrag auf Aufhebung der Mitgliedschaft bei der europäischen Parteiföderation zu stellen. Auch hier drohte der Verlust an Glaubwürdigkeit, der durch schnelles Handeln weitgehend abgewendet werden konnte.

### iii. ALDE

Wie bereits nach der Osterweiterung 2004 wird die ALDE Fraktion überproportional vom Beitritt Bulgariens und Rumäniens profitieren. 7 Beobachter aus Bulgarien und 9 aus Rumänien haben sich ihr angeschlossen.

Fünf Mitglieder der bulgarischen Delegation werden von der Nationalen Bewegung Simenon II gestellt. Die Partei des letzten bulgarischen Zaren Simeon Sakskoburggotski<sup>498</sup> ist als vollständig pro-europäisch zu betrachten. Sein erklärtes Ziel als Premierminister war der Beitritt Bulgariens zur EU, an dem er maßgeblich beteiligt war. Seit 2005 ist die Partei allerdings nicht mehr in der Regierung vertreten. Sie sieht sich selbst als liberale Partei.<sup>499</sup> Während der Zeit ihrer Regierung von 2001-2005 war sie eine Koalition mit der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) eingegangen. Diese repräsentiert die etwa 700 000 Bürger der türkischen Minderheit in Bulgarien und entsendet die beiden anderen Beobachter der bulgarischen Delegation. Ein weiteres Novum ist damit die quasi türkische Repräsentanz in der Europäischen Union durch eben diese Abgeordneten.<sup>500</sup> Beide Parteien sind Mitglieder der Europäischen, Liberalen und Demokratischen Reformpartei (ELDR). Sie kennen sich aus der Zeit ihrer nationalen Zusammenarbeit.

Pro-europäische Einstellungen, gewachsene Netzwerkbeziehungen und eine liberale Grundorientierung der nationalen Parteien lassen erwarten, dass sich ihre Beobachter bzw. Abgeordneten innerhalb der Fraktion der ALDE einfügen oder etablieren können. Von bleibendem hohem Zusammenhalt ist deshalb auszugehen. Zudem vergrößert sich die transnationale Fraktion überproportional auf 105 Mitglieder. Die ALDE kann aus dieser Erweiterungsrunde abermals als Profiteur hervorgehen.

---

<sup>498</sup> auch Simon von Sachsen-Coburg-Gotha

<sup>499</sup> Siehe Parteiprogramm auf der Homepage: <http://www.ndsv.bg/>

<sup>500</sup> Ein interessanter Aspekt wäre zu beleuchten, welche Netzwerkverbindungen diese unterhalten und auf EU-Ebene knüpfen. Möglicherweise auch, ob sie sich als Vermittler o.ä. etablieren wollen und werden.

#### **iv. GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, UEN und IND-DEM**

Sehr auffällig ist, dass sowohl die Fraktion der GRÜNEN-EFA, KVEL-NGL und UEN, aber auch der IND-DEM keine Beobachter in ihren Reihen haben.

Die Europapartei der GRÜNEN-EFA hat zwar jeweils eine nationale Partei aus Bulgarien und Rumänien als assoziiertes Mitglied. Sie sind jedoch in den jeweiligen nationalen Parlamenten nicht vertreten und werden dementsprechend nicht mit einem Beobachterplatz im Europäischen Parlament bedacht. Können diese nationalen Parteien auch 2009 keine Wähler mobilisieren, so zählt die Fraktion der GRÜNEN-EFA abermals, wie schon nach 2004, zu den Verlierern einer Erweiterung. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig zu einer Krise der Gruppe führen, sondern kann im Gegenzug auch eine Stärkung, in Form einer deutlichen Positionierung, nach sich ziehen.

Im Falle der KVEL-NGL und UEN stehen auch nach Nachfrage keine Informationen über assoziierte Mitglieder oder Parteien zur Verfügung.<sup>501</sup> Partnerschaften sind jedoch durchaus denkbar. Für die KVEL-NGL etwa mit der Kommunistischen Partei Bulgariens (BKP) oder der Bulgarischen Eurolinken (BE). Im Parteiensystem Rumäniens befinden sich momentan keine eindeutigen möglichen Partner. Die UEN hingegen könnte, ähnlich wie die ALDE 2007, von der Wahl 2009 profitieren. Sowohl in Bulgarien, mit der Bulgarischen Bürgerunion, aber auch in Rumänien, mit der Humanistischen Partei Rumäniens (PUR) und der Partei der neuen Generation (PNG), sind hier Kräfte vertreten, die weitere Abgeordnete stellen könnten.

Ähnliches gilt vordergründig für die Fraktion der IND-DEM. Die bulgarische Ataka und die Großrumänien Partei wurden zu Gesprächen eingeladen. Nachdem jedoch eine Anti-semitische Grundhaltung in der Frage der Roma zum Tragen kam, wurden diese Gespräche abgebrochen.<sup>502</sup> Die insgesamt 5 Beobachter dieser nationalen Parteien sind deshalb nicht Mitglieder einer Fraktion, d.h. fraktionslos. Die für die UEN genannten potentiellen Partner könnten auf diese Weise auch für die IND-DEM interessant werden. Für die drei Fraktionen der KVEL-NGL, UEN und IND-DEM kann deshalb nur schwer abgeschätzt werden, welche Folgen die Erweiterung um bulgarische und rumänische Abgeordnete nach sich zieht. Zumindest bis zur Europawahl 2009.

---

<sup>501</sup> Hier wurde vom Autor mehrmals versucht, Kontakt per E-Mail aufzunehmen. Leider ohne Rückmeldung.

<sup>502</sup> Informationen aus einem Gespräch mit dem Pressesprecher der IND-DEM.

## 1.2. Folgen für die Koalitionsbildung

Welche Folgen kann nun der Beitritt der neuen bulgarischen und rumänischen Parteien bzw. Delegationen für die Entscheidungsfindung und damit die Koalitionsbildung des Europäischen Parlaments haben? Die bereits gezeigten Einschätzungen weisen darauf hin, dass sich, zumindest was die Anzahl der neuen Abgeordneten in den einzelnen Fraktionen und deren voting-power betrifft, verhältnismäßig wenig verändern wird. Während die drei größten Fraktionen vom Beitritt Bulgariens und Rumäniens profitieren, so geht dies mit relativen Verlusten für die vier kleinen Fraktionen einher. Die SPE und ALDE gehen somit um jeweils etwa zwei Prozentpunkt gestärkt hervor, die GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL um etwa ein Prozent geschwächt.<sup>503</sup> Nachdem sich die Mehrheitsverhältnisse nicht grundlegend verändern werden und damit auch die Ziele der politischen Gruppen nur wenig, kann davon ausgegangen werden, dass sich auch die Status der Partnerfraktionen nicht verändern. D.h. während die ALDE noch immer als gestärkter und flexibler Zentrumsspieler agieren kann, wenn es zu Koalitionen mit einem dominanten Partner kommt, so sollte sich die UEN dann der EVP-ED anschließen und die GRÜNEN-EFA bzw. die KVEL-NGL der SPE. Die IND-DEM stünde noch immer frei im Raum. Zudem ist von einer anhaltenden zentripetalen Kraft der Koalitionsbildung auszugehen. Die kleinen Fraktionen werden, möglicherweise verstärkt als Trittbrettfahrer auf die ausgebildete Infrastruktur der großen Fraktionen zurückgreifen. Da auch nicht zu erwarten ist, dass sich die Position, die institutionellen Rahmenbedingungen oder die langfristigen Ziele der Institution des Europaparlaments im System der Europäischen Union verändern, d.h. etwa das Mitentscheidungsverfahren oder auch die Stärkung der Rechte des Parlaments, werden auch in Zukunft große Koalitionen bzw. Allparteienkoalitionen bleibende Charakteristika seiner Entscheidungsfindung bleiben.

Zu bedenken ist jedoch, dass sich aus den neuen Parlamentsmitgliedern gewichtige Rollenträger entwickeln können, die den Willensbildungsprozess innerhalb des Parlaments beeinflussen oder lenken könnten. Die Möglichkeit der Ausbildung solcher Positionen existiert auf der anderen Seite bereits seit dem Beginn der Entwicklung des Parlaments und ist damit kein neues Phänomen.<sup>504</sup>

---

<sup>503</sup> Die prozentuale Sitzverteilung nach der Erweiterung gestaltet sich folgendermaßen: EVP-ED: 35,2%, SPE: 27,9%, ALDE: 13,4%, GRÜNE-EFA: 5,4%, KVEL-NGL: 5,2%, UEN: 3,8%, IND-DEM: 3,6%, FL:5,3%.

<sup>504</sup> Etwa Spinelli, Landsbergis oder auch die formbare Rolle des Parlamentspräsidenten oder von Koordinatoren.

Zu bedenken gilt jedoch, und dies könnte nicht ausschließlich Folgen für die Koalitionsbildung des Parlaments haben, dass die „Gruppe“ der Fraktionslosen immer stärker anwächst. Weiter wird schon innerhalb der ersten Hälfte der sechsten Legislaturperiode zunehmend deutlich, dass die anfangs stark umworbenen nationalen Parteien der MOE Länder aber auch der altväterlichen Mitgliedsstaaten nicht immer leicht in die bestehenden, traditionell-parteilich geprägten Fraktionen eingegliedert werden können. Dies ist zwar nicht besonders deutlich durch den Index of Agreement zu messen, da es sich hier oftmals um weniger als eine Hand voll Abgeordnete handelt, aber prägt dennoch die Arbeit der politischen Fraktionen. Probleme mit der SMER innerhalb der SPE oder der Lega Nord bzw. der Liga der Polnischen Familien innerhalb der IND-DEM weisen auf diese Tatsache hin. Bei beiden Beispielen war das Handeln der jeweiligen Parteien auf nationaler Ebene nicht mit den Grundsätzen der Fraktionen des Europäischen Parlaments vereinbar. Ohne entsprechendes Handeln drohte hier ein Gesichtsverlust. Eine solche Splitterung innerhalb der Fraktionen könnte letztendlich zur Neugründung von Fraktionen führen. Nachdem etablierte Spannungslinien bereits abgedeckt werden, auch diejenige der Europäischen Souveränität, sind bei der Bildung neuer politischer Gruppen zusätzliche Cleavages oder Milieus denkbar die besetzt werden können.<sup>505</sup> Ein politischer Zusammenschluss einer Fraktion für die Belange der mittel- und osteuropäischen Mitglieder wäre so denkbar. Sie könnte das Cleavage Modernisierungsgewinner vs. Modernisierungsverlierer bzw. innerhalb des Systems der Europäischen Union auch die Spannungslinie Ost – West repräsentieren, dem beispielsweise die Mitglieder der polnischen Liga der Familien zugeordnet werden könnten. Auch unzufriedene Abgeordnete von bereits etablierten Fraktionen wie der EVP-ED hätten hier die Möglichkeit sich anzuschließen.<sup>506</sup>

Eine weitere Gruppierung mit Gründungspotential könnte ein Zusammenschluss Abgeordneter von extremistischen, nationalistischen oder populistischen Parteien darstellen. Diese Mitglieder könnten etwa das bereits durch die IND-DEM besetzte Cleavage der Europäischen Integration als politische Zusammengehörigkeit definieren. Denkbar wären etwa Front National, Lega Nord, Vlaams Belang, Ataka oder die Großrumänienpartei. Auch die nach Artikel 29 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Parlaments geforderte transnationale Zusammensetzung, aus mindestens

---

<sup>505</sup> Hinsichtlich der Milieustruktur ist anzunehmen, dass, im Vergleich der westeuropäischen Staaten und den Staaten des ehemaligen Ostblocks, Unterschiede in Wert- und Konsumorientierung bzw. in der Gewichtung sozialer Ungleichheit bestehen.

<sup>506</sup> Tendenzen hierzu sind bereits zu erkennen, nachdem der neuen Vorsitzende der Conservatives in Großbritannien David Cameron dies bereits öffentlich angekündigt hat.

einem Fünftel der Mitgliedsstaaten, könnte von ihnen erfüllt werden.<sup>507</sup> Das genannte Cleavage könnte so als Vehikel für den Versuch benutzt werden, eigene, möglicherweise wenig demokratische Ziele durchzusetzen oder den Willens- und Entscheidungsbildungsprozess innerhalb des Europaparlaments zu stören oder zu blockieren.

Im Verhandlungsprozess um die Koalitionsbildung und damit die Entscheidungen zwischen den Fraktionen hätten solche extremistischen Gruppierung jedoch insgesamt nur wenig Stimmgewicht (voting-power). Eine radikale Gruppe etwa könnte, wie im Moment die INDEDEM, freischwebend im Raum der Koalitionsmuster stehen oder auch gar nicht koalitionsfähig sein. Letzteres scheint wahrscheinlicher. Wie stark solche Akteure in den Willensbildungsprozess des Parlaments einwirken können, hängt zudem ab von der Integrationsfähigkeit der etablierten Fraktionen. Ein spitzer Ausschlag am extremen Ende der Skala könnte auf diese Weise etwa zum Zusammenrücken der bereits bestehenden Fraktionen und so zur Bildung bzw. Stärkung eines großen, definitiv positionierten, demokratischen und pro-integrativen Lagers auf in ihrem gemäßigten mittleren Bereich führen.

### **1.3. Fazit: Viel geübt und doch ist integrative Arbeit nötig**

Der Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur Europäischen Union ist ein wichtiger Schritt, der zu einer größeren Sicherheit innerhalb Europas, aber auch zur Erschließung neuer Märkte beitragen kann. Dies sind die Chancen einer erneuten Erweiterung. Ähnlich allerdings wie bei der Osterweiterung 2004, oder sogar in möglicherweise größerem Umfang, existieren auch Probleme wie ausgeprägte Tendenzen zur Korruption oder Armut. Sie schlagen sich in einem erst wenig konsolidierten Parteiensystem nieder. Im System der Union betrifft dies auch direkt die Hauptakteure des Europäischen Parlaments: die Fraktionen.

Aufgrund ähnlicher geschichtlicher politischer Verhältnisse gleicht die Struktur der gesellschaftlichen Spannungslinien derer der neuen Mitglieder der MOE Staaten. Sie lassen sich ebenso mit den Begriffen: Gewinner vs. Verlierer der Transformation, Freiheitlich (Liberal) vs. Sozialistisch oder auch National-Ethnische Konflikte und Spannungen im Bereich internationaler Politik und Orientierung fassen.<sup>508</sup> Die Fraktionen und ihre strukturelle Arbeit, aber auch die Arbeit des Europäischen Parlaments stellt sich demnach schon oftmals bekannten

---

<sup>507</sup> Vgl. Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments, Art.29, 16. Aufl., Februar 2006.

<sup>508</sup> Siehe dazu etwa: Petre Daculescu: Romania: Parties and Issues after 1989, in: Lawson, Kay (Hrsg.): Cleavages, Parties and Voters: studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania, Westport, 1999, S.169-184. oder Karasimeonov, Georgi: Past and New Cleavages in Post-Communist Bulgaria, in: Ders, S.109-121.

Herausforderungen. Diese variieren natürlich in ihrer detaillierten Ausprägung. Von der bewährten Vorgehensweise des Beobachterstatus, bis hin zum Mandat eines Abgeordneten sind auch diese Arbeitsmethoden der Heranführung von Mitgliedern der Beitrittsstaaten für die Fraktionen ein bekanntes Instrument. Es spricht vieles dafür, dass große Irritationen des Akteurssystems des Europaparlaments ausbleiben. Ein Beispiel hierfür wäre die zu erwartende gleichmäßige Verteilung der neuen Mandate auf die großen Fraktionen und die ALDE. Wie bereits in einer Einführung gezeigt werden konnte, bestehen neben den Chancen, die sich für die Akteure, wie etwa für die ALDE bieten können, auch Risiken. Die Fraktion der SPE muss beispielsweise schnell erkennen, ob ihre neuen Partner ihre Reputation und damit ihre interne und externe Positionierung insgesamt verschlechtern könnten.

Es zeigt sich weiter, dass Beschlussfähigkeit des Europäischen Parlaments und damit seine Koalitionsbildung auch durch die Neugründung weiterer kleiner Gruppierungen nicht schwerwiegend beeinträchtigt werden würde. Die etablierten Fraktionen wirken hier zu gewichtig und dominant. Die Ausbildung extremistischer Ansichten auf der einen Seite kann auf der anderen Seite zu einem Gegenpol an Fraktionen führen, die noch stärker für demokratische europäische Grundwerte einstehen.

Handeln die Fraktionen also mit dem gleichen Voraussicht wie bei der Osterweiterung, so kann, zumindest soweit dies bis heute zu erkennen ist, die Integration neuer nationaler Delegationen aus Bulgarien und Rumänien für die etablierten Fraktionen zu einer positiven Bereicherung an Einstellungen und neuen Impulsen für das Regieren der Europäischen Union führen.

## **Nachtrag:**

Zur Drucklegung der Arbeit, im Spätsommer 2007, ist aus dem Ausblick bereits Gegenwart geworden. Rumänien und Bulgarien sind der EU offiziell beigetreten. Die Anzahl der Abgeordneten hat sich bis zur Wahl 2009 auf 785 erhöht. Dies entspricht (noch) nicht den im anvisierten neuen Vertrag festgelegten 750 Mandaten.

Für den Zeitraum ab dem Beitritt der beiden neuen Staaten liegen leider keine aktuellen Abstimmungsdaten vor. Dennoch zeigt sich, dass die Fraktionen der EVP-ED, SPE, UEN und überproportional die ALDE einen Zuwachs an neuen Mitgliedern zu verzeichnen haben. KVEL-NGL und GRÜNE-EFA stagnieren bzw. verlieren proportional. Die Fraktion der IND-DEM hat hingegen etwa ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt. Für den Zusammenhalt gilt damit, von der Außenperspektive betrachtet, was zuvor bereits ausgeführt wurde. Es ist anzunehmen, dass v.a. die drei etablierten Fraktionen mit Hilfe ihrer ausgebildeten Rollenverteilung, ihres Institutionalierungsgrads und ihren Strukturen die Integration der neuen Abgeordneten leisten können.

Wie vermutet, hat sich eine neue Fraktion „Identität, Tradition und Souveränität“ (IST) formiert. Hier haben sich vormals fraktionslose MEPs und stark europaskeptische Abgeordnete bzw. Parteidelegationen zusammengefunden. Für die Koalitionsbildung bedeuten diese Entwicklungen, dass die Bildung von Mehrheiten durch einen Zusammenschluss der zwei bzw. drei größten Fraktionen jedoch noch immer leicht zu erreichen ist. Der europaskeptische Block hat jedoch insgesamt an Stärke gewonnen. Es ist indessen fraglich, ob durch die Bildung einer weiteren Fraktion mögliche gemeinsame Interessen auch aggregiert, koordiniert oder formuliert werden können. Deshalb liegt es nahe davon auszugehen, dass die Stabilität und Institutionalisierung der Entscheidungsfindungsprozesse dadurch nur wenig beeinflusst werden. Möglicherweise ist sogar anzunehmen, dass eine weitere Polarisierung der europaskeptischen Flügel zur deutlichen Stärkung eines pro-integrativen bzw. pro-europäischen Blocks der etablierten Fraktionen führen kann.

## **Schlussbetrachtung: Ertrag und Grenzen einer quantitativen Akteursanalyse**

Der im Vordergrund der Arbeit stehende Leitaspekt ist, die Beschaffenheit der internen Logik des Handelns der Akteure des Europaparlaments eingehend zu untersuchen. Die vorliegende Analyse ist in diesem Rahmen auf der Grundlage zweier unterschiedlicher Intensionen motiviert: Der unabhängigen Prüfung bewährter Analysemethoden (1) und dem Aufzeigen noch nicht beachteter Blickwinkel, Herangehensweisen und Ergebnisse (2). Auf einem solchen inhaltlichen Fundament können wiederum weiterführende Hypothesen gebildet und Untersuchungen vorgenommen werden, um einen zusätzlichen Beitrag zu oben gezeigten Ergebnissen zu leisten.

Im Rahmen einer Studie von Akteuren erweist sich ein dreigliedriger Untersuchungsaufbau als sehr geeignet. Dieser ergibt sich bereits aus dem Forschungsfeld. Eine Akteursanalyse muss deshalb zunächst sowohl ihre historische Entwicklung, als auch die institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigen. Ein erster deskriptiver Teil kann auf diese Weise die Pfadabhängigkeit und die Handlungskorridore des Forschungsgebietes berücksichtigen und verdeutlichen (1). Diese Einflussfaktoren sind zudem als unabhängige Variablen zu identifizieren, die das Handeln der Akteure beeinflussen können.

Werden nun Gruppen, in diesem Fall die europaparlamentarischen Fraktionen, als Akteure identifiziert, so resultieren aus ihrer Struktur die beiden anderen Untersuchungsschritte. Sie stellen gemeinsam den empirischen Teil der Analyse dar und lassen sich zudem, wie erwähnt, auf das Forschungsobjekt zurückführen. Als leitend kann hierbei die Hypothese angenommen werden, dass das Handeln von Akteuren sich sowohl in ihrer internen Struktur als auch in der Interaktion mit anderen äußert. Daraus entwickelt sich ein empirisches Analysekonzept auf zwei unterschiedlichen und dennoch miteinander verknüpften Pfeilern: Des Intra- und Interakteurshandelns. Dieser Dualismus, der damit auch inhärent ist für die Fraktionen des Europäischen Parlaments, führt im vorliegenden Fall zu einer Analyse ihres Zusammenhalts (2) und der Entscheidungsfindung zwischen den politischen Gruppen, d.h. zur Koalitionsbildung im Europäischen Parlament (3). Im Detail gliedert sich damit der Aufbau der Arbeit folgendermaßen:

Zunächst wurden, um die inhaltliche Dimension abzudecken, Fragestellungen aufgeworfen, die beantwortet werden sollen, sowie Arbeitshypothesen aufgestellt, die wiederum das methodische



Vorgehen und den Aufbau der Arbeit prägen. Zudem konnte ein metatheoretischer Abschnitt die Verwendung verschiedener theoretischer Ansätze durch den Untersuchungsgegenstand und die quantitative Methodenführung begründen.

Nach diesem Schritt wurde die Gewinnung der Daten und deren Bestandteile dargelegt. Dies ist ein wichtiges Vorgehen, das zur Nachvollziehbarkeit dieser bedeutenden Untersuchungsgrundlage beiträgt, dem jedoch in vorigen Studien oftmals nur sehr wenig Beachtung geschenkt wurde. Eine direkt an die Mitglieder des Europäischen Parlaments gerichtete Umfrage im computergestützten Fragebogendesign wurde ferner als Hilfsinstrument und Impulsgeber zu den Abstimmungsdaten hinzugezogen.

Verschiedene theoretische Ansätze des Akteurshandelns aus den Wirtschafts- und Politikwissenschaften, aber auch der Soziologie der Akteure bzw. Gruppen und Entscheidungstheorien führen danach in einem ersten theoretischen Teil in den Untersuchungsgegenstand, der Fraktionen des Europäischen Parlaments, ein. Eine soziologische Einführung in die Dynamik von Großgruppensitzungen verdeutlicht, wie die Akteursstruktur von Ausschuss-, Fraktions- und Plenarsitzungen ausgestaltet sein kann. Ein Einblick in die Theorien der Entscheidung kann dabei die Handlungsoptionen der Akteure innerhalb dieser Gremien aufzeigen. Schon hier zeigt sich, dass die Theoriegrundlage dieser Analyse nicht auf einen großen Ansatz fundiert, sondern, im Zeichen des dahrendorfschen Eklektizismus, dass ein aus unterschiedlichen Modulen bestehendes Modell von Theorien mittlerer Reichweite zu einem Gesamtbild zusammengefügt wird. Anstatt also eine einzelne Großtheorie zu bemühen und möglicherweise deren Annahmen mit weitreichenden Folgen anpassen zu müssen, wird hier der in diesem Rahmen fruchtbarere Weg eingeschlagen, die Vorzüge verschiedener Ansätze zu überprüfen und zu vereinen.

Auf dieses Kapitel folgt die Erläuterung der vorhandenen Rahmenbedingungen für die politischen Gruppen im Umfeld des Europäischen Parlaments. Das bedeutet, es wird auf die historische Entwicklung und Befugnisse eingegangen, um darauf auch die Stellung der Kammer im Legislativprozess einzuordnen. Auf diese Zusammenhänge baut die wichtige Kartographie der Akteure der subsystemischen Ebene des Europäischen Parlaments auf. Dabei zeigt sich, dass zwar sowohl europäische Parteiföderationen als auch nationale Parteien einen gewissen Einfluss auf die Strukturen des Parlaments ausüben können. Die Fraktionen sind jedoch die entscheidenden Akteure auf dieser Ebene. Sie formieren sich zu Ausschüssen, Delegationen oder Intergroups und stellen Rollenträger, wie den Parlamentspräsidenten, Berichterstatter oder

Koordinatoren zur Verfügung. Damit sind eben sie in der Position der Agendasetter. Zudem werden diesem deskriptiven Rahmen erste Analysen hinsichtlich der empirischen Entscheidungsstrukturen aus der Literatur und den Ergebnissen der oben angesprochenen Umfrage beigeordnet. Hier zeigt sich abermals, dass Fraktionen, aber auch Ausschüsse maßgeblich am Prozess der internen Entscheidungsfindung und Koalitionsbildung beteiligt sind und dass dieser oftmals durch konsensuale Verhaltensmuster der Akteure geprägt wird.

In einem ersten Teil der nun analytischen Untersuchung der Fraktionen, mit Hilfe der Abstimmungsdatenbank, wurde die interne Strukturierung der Akteure beleuchtet. Dies geschieht vorwiegend durch die Interpretation des Index of Agreement. Die über beide untersuchten Legislaturperioden hinweg hohe Kohäsion der Fraktionen beweist insgesamt einen beträchtlichen Grad an Stabilität der politischen Gruppierungen. Der Vergleich zwischen dem Anfang und der Mitte der sechsten Wahlperiode weist jedoch eher im Durchschnitt auf einen Abwärtstrend hin. Dieser ist jedoch vorwiegend auf Schwierigkeiten innerhalb der IND-DEM zurückzuführen. Ein Vergleich mit den Indexwerten von Parlamenten anderer demokratischer Systeme veranschaulicht, dass die Werte des Europäischen Parlaments eher denen einer präsidentiellen Demokratie entsprechen. Die politische Kultur der neuen Mitglieder des Europaparlaments erweist sich indessen als möglicher Einflussfaktor für deren bislang mögliche positive Integration in die politischen Gruppen der europäischen Ebene. Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Analyse des Zusammenhalts ist die erneute Vergrößerung des Zusammenhalts durch das Mitentscheidungsverfahren. Die starke Bedeutung des Parlaments im Legislativprozess hat damit einen Einfluss auf das Gruppenverhalten. Auch der Politikbereich, der im Zusammenhang mit dem Gesetzgebungsverfahren steht, hat eine Auswirkung auf die Kohäsion der Fraktionen. Dies kann u.a. auf das Handeln dritter Akteure gegenüber dem Parlament beeinflussend wirken.

Die Berechnung weiterer Indizes der Transnationalität und Fraktionalisierung drückt den Grad der Heterogenität der Akteure aus und macht ihn mit dem Index des Zusammenhalts vergleichbar. Dabei kann grundsätzlich ein Anstieg erstgenannter Maßzahlen nach der Erweiterung der Kammer beobachtet werden. Wider erwarten ist hier allerdings festzustellen, dass der Zusammenhalt mit der Heterogenität einer politischen Gruppierung wächst, und nicht umgekehrt. Die SPE scheint hier stärker institutionalisiert zu sein, als dies beispielsweise für die UEN der Fall ist. Dies lässt zudem Rückschlüsse auf die Stabilität der Akteure zu. Die gesammelten Ergebnisse können auf diese Weise einen Einblick in die internen Prozesse und Strukturen der Fraktionen geben. Ein weiteres Resultat dieses Forschungsabschnitts ist die

Erkenntnis, dass diese politischen Akteure einen insgesamt so hohen Grad an Geschlossenheit aufweisen, um sie als faktisch als (soziale) Gruppen zu kategorisieren.<sup>509</sup> Erst dadurch ist die Anwendungsmöglichkeit akteursorientierter Analyseinstrumente und Modelle der Analyse und des Vergleichs von Systemen gewährleistet.

Nach diesem ersten Analyseschritt, der die internen Vorgänge der Fraktionen des Europäischen Parlaments ausleuchtet, führt ein theoretischer Exkurs in die Theorie der Spannungslinien in die Dimension der Interaktion zwischen den transnationalen Fraktionen ein. Mit Hilfe der Erweiterung des Modells der Cleavagetheorie um in der Moderne entstandene Spannungslinien lässt sich auch die Ausbildung von Parteien in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten nachvollziehen. Nachdem die europaparlamentarischen Fraktionen sich nicht national, sondern programmatisch aus Mitgliedern verschiedenster nationaler Parteien zusammenschließen, ist es möglich ihre politische Herkunft und damit verbundene grundlegende thematische Ziele zu charakterisieren. Hier lässt sich eine erste inhaltliche Positionierung der politischen Gruppen vornehmen.

Die Gültigkeit der Annahmen der Cleavagetheorie für das Europaparlament lässt sich durch den bislang meist in der Soziologie angewandten Ansatz der Milieus überprüfen. Für die politikwissenschaftliche (Wahl)Forschung bedeutet dies, dass politische Parteien Wählerpotentiale in Milieus erkennen und diese strategisch bedienen. Auch die Fraktionen des Europäischen Parlaments lassen sich den jeweiligen Milieus zuordnen. So sind sie ein Spiegel der Europäischen Gesellschaft(en). Da einige Fraktionen allerdings verschiedene Milieus repräsentieren, dies liegt möglicherweise an der inhärenten Durchlässigkeit der Modellprämissen, wird weiterhin das eindeutig zuordenbare Modell der Cleavages zu einer ersten politischen Positionierung der Fraktionen verwendet. Dennoch zeigt dieser Ausflug über den Tellerrand rein politikwissenschaftlicher Ansätze hinaus, dass die politischen Gruppierungen hinsichtlich des oftmals diskutierten Demokratiedefizits durchaus in der Lage sind, sowohl historisch, als auch auf soziologischer Ebene die Bevölkerung und ihre Struktur zu repräsentieren.

Bevor endgültig das Zwischenspiel der Entscheidungen der Fraktionen empirisch untersucht werden kann, ist es nötig, ein weiteres Modul des theoretischen Rahmens der Modelle des Akteurshandelns hinzuzufügen: Die verschiedenen Ansätze der Koalitionsbildungstheorie. Eine Einführung in ihre Prämissen gliedert sich in Konstrukte mit spieltheoretischen Prämissen,

---

<sup>509</sup> Zur Charakterisierung von Gruppen als Akteure siehe etwa auch: *Mayntz, Renate: Organisations, Agents and Representatives*, in: Egeberg, Morten / Leagreid, Per: *Organizing Political Institutions. Essays for Johan P. Olsen*, Oslo, 1999, S.81-91.

politikfeld- und akteursorientierte Koalitionsbildungstheorien. Weitere Teilbereiche bilden institutionelle Ansätze und Modelle der Räumlichen Entscheidungsfindung. Die Diskussion der Koalitionsbildungsannahmen belegt, dass nicht die strikte Trennung von policy- und office-seeking Ansätzen, sondern ihre Öffnung und die Kombination ihrer Stärken gewinnbringende Ergebnisse erwarten lässt. Dies zeigt das Erklärungsmodell der Übergroßen Koalitionen. Durch dieses finden sich zahlreiche und verschiedenartige weitere Argumentationen, Koalitionen in Übergröße, die nicht auf den Annahmen der Spieltheorie basieren, dennoch als rationale Akteurshandlungen zu erklären.

Die aus dem Vergleich der Parteiensysteme stammende Berechnung der Effective Number of Parties dient nun als erster Analyseteil der interfraktionellen Untersuchung und führt zu dem Ergebnis, dass das Fraktionen- bzw. Parteiensystem des Europaparlaments ein Multiparteiensystem ohne einzelne dominante Partei ist. Kooperation, d.h. Koalitionsbildung, wird dadurch zur Beschlussfassung nötig. Die rationalen Machtverhältnisse der Gruppen untereinander können darauf durch die Indizes der voting-power zum Ausdruck gebracht und vergleichbar gemacht werden. Dabei zeigt sich eindrücklich, dass gerade im Europäischen Parlament Kombinationen der Zusammenschlüsse von Fraktionen entstehen können, die die ursprüngliche Gewichtung der Sitzverteilung außer Kraft setzen. Kleine Akteure erhalten infolgedessen überproportionale Macht. So weist die Fraktion der UEN bei einer Koalition mit EVP-ED und ALDE theoretisch das selbe Machtpotential auf, wie die beiden größeren Partner. Sie hat hier die Fähigkeit, eine Koalition entstehen zu lassen bzw. eine solche zu sprengen und profitiert damit in allen Fällen, in denen sich EVP-ED und SPE nicht zur Entscheidung zusammenfinden. Genau in diesem Punkt liegen die Vorteile einer solchen Analyse. Sie deckt die Machtverhältnisse im Europäischen Parlament auf, die aus der Größe der Akteure resultieren können.

Die Erforschung kleiner Parteien bzw. Fraktionen ist in der Politikwissenschaft und v.a. im Bereich der Analyse der Akteure des Europäischen Parlaments häufig als Stiefkind behandelt worden, obwohl eben diesen, wie zuvor gezeigt werden konnte, eine entscheidende Stellung zukommen kann. Ein Grund mehr, sie in diesem Rahmen genauer theoretisch zu beleuchten und zu typologisieren.

Eine nachfolgende Typisierung der Koalitionsvarianten aufgrund der Größe der Pivotakteure in Koalitionen mit den dominanten Partnern EVP-ED, SPE und große Koalitionen ist eine weitere grundlegende Erfordernis für die Analyse der Koalitionsbildungsmechanismen des Europäischen

Parlaments. In einer Gegenüberstellung der Anteile der jeweiligen Variationen wird offensichtlich, dass große Koalitionen über den Untersuchungszeitraum hinweg ca. zwei Drittel der gesamten Zusammenschlüsse bilden. EVP-ED und SPE als dominante Partner teilen sich die übrigen ca. dreißig Prozent, wohingegen sich die Anteile nach der Vergrößerung des Parlaments zugunsten der EVP-ED verschieben. Die 80 getesteten Koalitionsmöglichkeiten fördern zutage, dass es häufig wiederkehrende Zusammenschlüsse von EVP-ED und SPE Kombinationen gibt. Während die EVP-ED dazu tendiert mit der ALDE und der UEN eine Zusammenarbeit einzugehen, erweist sich bei der SPE eine nahezu institutionalisierte Partnerschaft mit ALDE, GRÜNEN-EFA und KVEL-NGL. Operatoren, die aus der Aussagenlogik entlehnt sind, können diesen Sachverhalt verdeutlichen. Eine reine große Koalition aus EVP-ED und SPE existiert hingegen in nur sehr begrenzter Zahl. Große Koalitionsvarianten existieren in jeglicher Art und Häufigkeit. Dabei wird die Allparteienkoalition bei circa einem Sechstel der Abschlüsse gebildet. Diese auffällige Ausprägung ist ein gestaltender Teil des Freistilverhandlungssystems sui generis des Europaparlaments. Es lassen sich allerdings auch Hinweise darauf finden, dass Zusammenschlüsse von EVP-ED und SPE nicht zwangsläufig als Große Koalitionen typologisiert werden müssen. Vielmehr ist bei verschiedenen Varianten anzunehmen, dass diese als oben beschriebene dominante Modifikationen mit der Hinzunahme eines weiteren großen Akteurs charakterisiert werden können. Dies deutet demnach auf eine Reihenfolge der Entscheidungsfindung hin. Weitere Ergebnisse, in Verbindung mit den Modellen der Koalitionsbildung sind, dass akteurszentrierte Ansätze bei Koalitionen mit dominanten Partnern besonders erklärungskräftig sind. Entscheidet sich ein großer Spieler dazu, nicht an der Koalition teilzunehmen, wird der jeweils andere zum dominanten Akteur des Subspiels der einzelnen Koalition, während die ALDE damit in jedem Fall zum Zentrumsspieler (Pivotalakteur) wird. Die Anwendung des Modells der Koalitionen mit Übergröße ist besonders gewinnbringend für die Erklärung von Großen und Allparteienkoalitionen. Eine Erweiterung dieses Ansatzes legt das Ergebnis nahe, dass erstere vorwiegend aufgrund einer zentripetalen Tendenz der Fraktionen entstehen, nachdem die Kosten für große Fraktionen beim Zusammenschluss mit kleineren gering bleiben, während die kleinen Fraktionen davon profitieren können, als Trittbrettfahrer die Infrastruktur der anderen zu nutzen. Eine Erklärung für das häufige Zustandekommen der Allparteienkoalition liegt hingegen in der Möglichkeit, hiermit den Zusammenhalt bzw. die Position des Parlaments als Institution gegenüber Dritten demonstrieren zu können.

Ein weiterer Befund dieser Arbeit ist zudem, dass sich die Koalitionsbildung hinsichtlich der Anteile Großer Koalitionen bzw. von Koalitionen mit dominanten Partnern im Mitentscheidungsverfahren, wider erwarten, nicht grundlegend von allen anderen Abstimmungen unterscheiden. Sie müssen deshalb bei der Entscheidungsfindung nicht gesondert betrachtet werden.

Auf dieses Ergebnis folgt eine bislang noch nicht in dieser Ausführlichkeit gezeigte Gegenüberstellung von häufigen Koalitionsvarianten in 20 differenzierten Politikbereichen. EVP-ED und SPE besetzen als dominante Akteure dabei jeweils verschiedene charakteristische Felder, wie internationalen Handel (EVP-ED) oder Rechte der Frau und Chancengleichheit (SPE). Interessanter Weise ohne um diese zu konkurrieren. Dies spricht nicht für besonders aktiven Wettbewerb der großen Fraktionen, da dem Gegenüber die jeweilige Domäne zugestanden wird. Zudem lassen sich weitere Argumente dafür finden, Koalitionen mit EVP-ED und SPE nicht a priori als große Koalitionen einzustufen. Es existiert quasi ein Hybridstadium zwischen dominanten und großen Koalitionsvarianten. Allparteienkoalitionen konnten ausnahmslos in jedem Themenfeld registriert werden. Es lässt sich damit eine Tendenz zum Konsens der Fraktionen feststellen, die bereits durch die Mehrheitsverhältnisse gefördert wird.

Ein abschließender Analysekomplex konzentrierte sich darauf mit der Positionierung der Fraktionen in zweidimensionalen Politikräumen. Hier wurden etwa Felder wie Umwelt und Soziales, aber auch GASP und EU-Befugnisse gegenübergestellt. Er beschäftigt sich u.a., aufbauend auf vorhergehende Untersuchungen, damit, ob die Lage der Fraktionen in diesen Räumen auch den empirischen Entscheidungsstrukturen entspricht. Liegen die Einstellungen von EVP-ED und SPE in ähnlichen Quadranten, so häufen sich auch in der Empirie die Koalitionen in diesen Themenfeldern. Gleiches gilt für Varianten mit dominanten Spielern. Die Einstellungen in Bezug auf Themenbereiche können so als beeinflussende Variablen auf den Prozess der Koalitionsbildung identifiziert werden. Dies ist ein weiterer Hinweis auf die Betonung des policy-seeking in der Entscheidungsfindung.

Neben den benannten Ergebnissen liegt der Ertrag der vorliegenden Arbeit außerdem in der Möglichkeit, durch eine unabhängige Datenbasis bereits vorliegende Untersuchungen im Bereich des Fraktionenverhaltens im Europäischen Parlament zu überprüfen. In diesem Rahmen ist festzustellen, dass die Ergebnisse der Berechnungen der Zusammenhalts mit bisherigen Forschungsarbeiten übereinstimmen. Dies gilt sowohl für die Kohäsion der gesamten Kammer,

als auch für die Werte der einzelnen Fraktionen.<sup>510</sup> Gleiches kann für die voting-power Indizes<sup>511</sup> oder grundlegende Beobachtungen in Bereich der Koalitionsbildung bestätigt werden.<sup>512</sup> Aufgrund der Veränderung des Blickwinkels und der Verfeinerung von Beobachtungs- und Analysetechniken ist es jedoch außerdem möglich, tiefgreifendere Befunde über Machtverhältnisse oder Einflussfaktoren des Entscheidungshandelns zu erarbeiten. Aufgrund der Aufschlüsselung einzelner Abstimmungen und deren Politikfelder verdeutlicht sich dabei ein Zusammenhang von Politikfeld bzw. Legislativverfahren und Zusammenhalt. Des weiteren lässt die Gegenüberstellung der Kohäsion mit der Heterogenität der einzelnen Fraktionen, kombiniert mit soziologischen Beobachtungen von Gruppen, Rückschlüsse auf die interne Strukturierung und Stabilität der politischen Akteure zu. Der detaillierte Einblick in die Koalitionsbildung zeigt starke Tendenzen, die auch hier für einen beträchtlichen Einfluss des Politikbereichs bei der Entscheidungsfindung sprechen. Dies kann durch eine Kombination von sekundären und primären Daten untermauert werden. In diesem Zusammenhang sind klare Handlungsmuster zu erkennen. Dass sich der Entscheidungsprozess mit dem eines „normalen Parlaments“ vergleichen lassen kann, darauf deutet allerdings nur wenig hin.<sup>513</sup> Dies wird bereits durch die fast schon institutionalisierte Allparteienkoalition deutlich. Ohne die Motivationen des vote- und office-seeking dabei gänzlich auszuschließen, gilt deshalb für das Handeln der Fraktionen des Europäischen Parlaments: „policy matters“. Gerade aufgrund seines sui generis Charakters hat sich das Europäische Parlament zu einem (ge)wichtigen Akteur im Mehrebenen-System der Europäischen Union entwickelt.

Einen eindeutigen Wissensvorsprung kann die vorliegende Arbeit für die sechste Legislaturperiode aufweisen. Auch noch zum Juli 2006 liegen keine weiteren Forschungsarbeiten vor, die (Abstimmungs)Daten nach der Zeit der Osterweiterung im Jahr 2004 in ihre Analysen mit einbeziehen. Das hier vorhandenen statistische Material von den ersten 18 Monaten des sechsten Europäischen Parlaments zeigt, dass die MEPs aus den mittel- und osteuropäischen Mitgliedsstaaten sich gut in die politische Arena eingliedern konnten. Zudem liegen keine

---

<sup>510</sup> Hierzu u.a.: Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: Democratic Politics in the European Parliament, 2006, S.115ff. [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)

<sup>511</sup> Vgl. *Faas, Thorsten/Rauino, Tapio/Wiberg, Matti*: The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion, Center for European Integration Studies, Discussion Paper C130, Bonn, 2004.

<sup>512</sup> Vgl. u.a.: Kreppel, Amie/Tsebelis, George: Coalition Formation in the European Parliament, in: Comparative Political Studies, Vol.32, Nr.8, 1999, S.933-966.

<sup>513</sup> Vgl. A Normal Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001, EPRG working paper Nr.9,2002. Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard: A Normal Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001, EPRG working paper Nr.9,2002. <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/pdf/Working%20Paper%209.pdf>.

Hinweise vor, die auf eine bedeutende Veränderung oder Einschränkung des Koalitionsbildungsprozesses nach deren Beitritt deuten. Das Europäische Parlament und seine Akteure erweisen sich damit als integrativ und stabil. Ob die Eingliederung der neuen Mitglieder in vollem Maße als konsolidiert zu betrachten ist, kann, auch im Hinblick auf die bevorstehende Erweiterung um Bulgarien und Rumänien, zwei Jahre nach der großen Erweiterungsrunde nicht abschließend beantwortet werden. Kleinere Irritationen und Veränderungen der Zusammensetzung von Fraktionen konnten bereits während des Untersuchungszeitraumes festgestellt werden. Nur sehr wenig weist aber auf eine weitreichende Veränderung des Fraktionensystems hin.

Eben in diesem Ausblick erheben sich die Grenzen einer quantitativen Analyse von Akteuren. Sie interpretiert die internen Vorgänge und Prozesse. Das vollständige Öffnen der Blackbox bleibt ihr verwehrt. Um beispielsweise Netzwerke oder Hierarchien der politischen Gruppen aufzudecken und damit ihre Handlungsmechanismen noch genauer zu verstehen, sind deshalb zusätzliche qualitative Forschungsvorhaben nötig. Ein Schritt in diese Richtung wurde in dieser Arbeit durch die weiterführende inhaltliche Untersuchung von Abstimmungsprotokollen, die direkte Kontaktaufnahme mit dem Forschungsfeld und das Zulassen offener Antworten bei der stützenden Umfrage geleistet. Dennoch liegen in der quantitativen Methodenführung die Intension der Hypothesenbildung und eine hohe Fallzahl, in diesem Fall eine Vollerhebung, begründet. Diese Vorteile und ihre inhärente Position erweisen sich als unerlässlich für den Prozess der politikwissenschaftlichen Forschung.

Die in diesem Rahmen angewandte modulare Verwendung von Modellen bzw. Ansätzen im Bereich der Akteursentstehung und des Akteursverhaltens resultiert aus der mehrdimensionalen Intension von Handlungsvorgängen. Wie sinnvoll ein begründeter theoretischer Pluralismus sein kann, erweist sich hier vornehmlich im Bereich der Koalitionsbildung. Nicht durch die dogmatische Verfolgung starrer Prämissen, sondern erst durch die Kombination verschiedener handlungstheoretischer Annahmen entsteht die Möglichkeit, das System der Entscheidungsfindung weitreichend erfassen zu können.

Das Subsystem des Europäischen Parlaments und seine Arbeitsfelder erweisen sich als komplex und vielfältig. Zudem wird der Forschungsprozess durch die Dynamik des sich ständig entwickelnden Forschungsfeldes auf die Probe gestellt. Doch eben hierin verbirgt sich dessen Potenzial. Das Europäische Parlament und seine Fraktionen weisen handlungslogische Muster und Strukturen auf, die sich geradezu dazu anbieten, bereits vorhandene Modelle und



Analyseinstrumente zu testen und, möglicherweise auch auf dieser Grundlage, neue politikwissenschaftliche Hypothesen und Ansätze zu entwickeln.

## Literaturverzeichnis:

- *Albert, Max*: The Voting Power Approach: Measurement Without Theory, in: *European Union Politics* 4(3), Neu Delhi, 2003, S.351-366.
- *Alemann, Ulrich von/Tönnemann, Wolfgang*: Grundriß: Methoden in der Politikwissenschaft, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.) *Politikwissenschaftliche Methoden: Grundriss für Studium und Forschung*, Opladen, 1995.
- *Attinà, Fulvio*: The Voting Behaviour of the European Parliament Members and the Problem of Europarties, in: *European Journal of Political Research*, Vol. 18, 1990, S.557-579.
- *Axelrod, Robert*: *Conflict of Interest, A Theory of Divergent Goals with Applications to Politics*, Chicago, 1970.
- *Bäck, Hanna/Dumont, Patrick*: A Combination of Methods. The Way forward in Coalition Research. Unveröffentlichtes Paper zur APSA Konferenz, 2004, S.1-29.
- *Banzhaf, John F.*: Weighted Voting Doesn't Work: A Mathematical Analysis, *Rutgers Law Review*, Vol. 19, 1965, S.317-343.
- *Becker, Gary*: Die ökonomische Sicht des Verhaltens, in: Ders.: *Familie, Gesellschaft, Politik*, Tübingen, 1996, S.21-49.
- *Bercovitch, Jacob* (Hrsg.): *Resolving international Conflicts: Theory and practice of mediation*, Boulder, 1996.
- *Behnke, Joachim/Baur, Nina/Behnke, Nathalie*: *Empirische Methoden der Politikwissenschaft*, Paderborn, 2006.
- *Beyme, Klaus von*: *Parteien in den westlichen Demokratien*, 2. Auflage, München, 1984.
- *Beyme, Klaus von*: *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 9.Aufl., Wiesbaden, 2004.
- *Beyme, Klaus von*: *Die Politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*, 8. Aufl., München, 2000.
- *Binder, Tanja/Wüst, Andreas M.*: Inhalte der Europawahlprogramme deutscher Parteien 1997 – 1999, in: *APuZ* (B17/2004), Bonn, 2004, S.38-45.
- *Blondel, Jean/Sinnott, Richard and Svensson, Palle*: *People and Parliament in the European Union*, Oxford, 1998.
- *Budge, Ian/Laver, Michael*: Office Seeking and Policy Pursuit in Coalition Theory, in: *Legislative Studies Quarterly*, Vol.11, Nr.4, 1986, S.485-506.
- *Bühl, Achim/Zöfel, Peter*: *SPSS 11, Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows*, 8. Aufl., München 2002.
- *Carrubba, Clifford/Matthew Gabel*: *Roll-Call Votes and Party Discipline in the European Parliament: Reconsidering MEP Voting Behavior*, 1999
- *Corbett, Richard et al.*: *The European Parliament*, 6th Edition, London 2005.
- *Cassirer, Ernst*: *Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur*, Frankfurt, 1990. (Im Original von 1944)
- *Coleman, James*: Social Theory, Social Research, and a Theory of Action, in: *American Journal of Sociology*, Vol. 91, No.6, 1986, S.1309-1335.
- *Dahrendorf, Ralf*: *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*, 15. Aufl., Opladen, 1977.

- *Datculescu, Petre*: Romania: Parties and Issues after 1989, in: Lawson, Kay (Hrsg.): Cleavages, Parties and Voters: studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland, and Romania, Westport, 1999, S.169-184.
- *De Swaan, Abram*: Coalition Theories and Cabinet Formations. Amsterdam, 1973.
- *De Vries, Miranda W.M.*: Governing with Your Closest Neighbour - An Assessment of Spatial Coalition Formation Theories, Nijmegen, 1999.
- *Dinan, Desmond*: Ever closer union, London, 2<sup>nd</sup> ed., 1999.
- *Downs, Anthony*: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen, 1968.
- *Faas, Thorsten*: Why do MEPs Defect? An Analysis of Party Group Cohesion in the 5<sup>th</sup> European Parliament, 2002.
- *Faas, Thorsten*: Präsenz und Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament ? Eine Analyse der Jahre 1999-2003, 2004. [http://www.thorsten-faas.de/pdf/EP\\_Abstimmungen.pdf](http://www.thorsten-faas.de/pdf/EP_Abstimmungen.pdf)
- *Felsenthal, Dan S./Leech, Dennis/List, Christian/Machover, Moshé*: In Defence of Voting Power Analyses – Responses to Albert, in: European Union Politics 4(4), Neu Delhi, 2004, S.473-497.
- *Fritzler, Marc/Unser, Günther*: Die Europäische Union, 2. Aufl., Bonn, 2001.
- *Gamson, William A.*: A Theory of Coalition Formation, in: American sociological Review, Vol.26, No.3, 1961, S.373-382.
- *Gehring, Uwe W./Weins Cornelia*: Grundkurs Statistik für Politologen, Wiesbaden, 1998
- *Glaser, Barney G./ Strauss, Anselm L.*: Grounded Theory: Strategien qualitativer Forschung, Bern, 1998.
- *Grewen, Michel*: Partei, in: Holtmann, Everhard: Politiklexikon, 3.Aufl., München, 2000, S.450.
- *Haas, Ernst*: The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces, London, 1957.
- *Harmel, Robert/Janda, Kenneth*: An Integrated Theory of Party Goals and Party Change, in: Journal of Theoretical Politics, Vol. 6, Nr. 4; 1994, S. 259-87.
- *Heinemann, Friedrich*: Haushalt und Finanzen in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.242-250.
- *Hill, Paul*: A Theory of Political Coalitions in Simple and Policymaking Situations, in: Sage Professional Papers in American Politics, Bevelly Hills / Lonon, 1973.
- *Hilman, Karl-Heinz*: Wörterbuch der Soziologie, 4. Aufl., Stuttgart 1994.
- *Hix, Simon*: The transnational party federations, in: Gaffney, John: Political Parties and the European Union, London, 1996, S.309-331.
- *Hix, Simon /Lord Christopher*: Political Parties in the European Union, London, 1997.
- *Hix, Simon*: Executive Selection in the European Union: Does the Commission President Investure Procedure Reduce the Democratic Deficit? In: European Integration online Papers, Vol.1, 1997, Nr.21. <http://eiop.or.at/eiop/pdf/1997-021.pdf>
- *Hix, Simon*: A Comparative Perspective on Democracy in the European Union, in: West European Politics, Vol. 21, No.3, 1998, London, S.19-52.
- *Hix, Simon*: The political System of the European Union, New York, 1999.
- *Hix, Simon*: How MEPs vote, unveröffentlichtes Paper, 2000.
- *Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland Gerard*: A Normal Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979 – 2001, 2002.

- *Hix, Simon*: Parliamentary Behavior with Two Principals: Preferences, Parties and Voting in the European Parliament, *American Journal of Political Science*, Vol. 46, Nr.3, 2002, S.688-698.
- *Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard*: A Normal Parliament? Party Cohesion and Competition in the European Parliament, 1979-2001, EPRG working paper Nr.9, 2002. <http://www.lse.ac.uk/collections/EPRG/pdf/Working%20Paper%209.pdf>
- *Hix, Simon*: Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate: *Europäische Integration*, 2. Aufl., Opladen 2003, S. 151-183.
- *Hix, Simon/Kreppel, Amie*: From Grand Coalition to Left-Right Confrontation: Explaining the Shifting Structure of Party Competition in the European Parliament, *Comparative Political Studies* 36(1/2), 2003, S.75-96.
- *Hix, Simon/Marsh, Michael*: Predicting the Future. The Next European Parliament, Brüssel, 2004.
- *Hix, Simon/Noury, Abdul/Roland, Gerard*: Democratic Politics in the European Parliament, 2006. (noch nicht veröffentlicht) [http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working\\_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf](http://personal.lse.ac.uk/HIX/Working_Papers/HNR-DPEP-Feb20-final.pdf)
- *Holler, Manfred, J./Illing, Gernhard*: Einführung in die Spieltheorie, 5. überarbeitete Aufl., Berlin, 2003.
- *Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan*: Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich, Opladen, 1997:
- *Hradil, Stefan*: Soziale Ungleichheiten, Milieus und Lebensstile in den Ländern der Europäischen Union, in: Hradil, Stefan/Immerfall, Stefan: *Die Westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich*, Opladen, 1997, S.474-519.
- *Hrbek, Rudolf/Weyand, Sabine*: betrifft: Das Europa der Regionen, München, 1994.
- *Hrbek, Rudolf*: Europäische Parteiföderationen, in Nohlen, Dieter / Woyke, Wichard: *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Europäische Gemeinschaft, München, 1994, S.220-227.
- *Ingelhart, Ronald*: Globalization and post modern Values, in: *The Washington Quarterly*, 23:1, 2000.
- *Jun, Uwe*: Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern, Opladen, 1994.
- *Jungar, Ann-Catherine*: Surplus majority government: a comparative study of Italy and Finland, Uppsala, 2000.
- *Karasimeonov, Georgi*: Past and New Cleavages in Post-Communist Bulgaria, in: Ders, S.109-121.
- *Katz, Richard S./Wessels, Bernhard*: The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration, Oxford, 1999.
- Kirsch, Werner/Machover, Moshé et. al.: Voting in the EU Council – A Scientific Approach, 2004. [www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/publikationen/voting.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/publikationen/voting.pdf)
- *Kirsch, Werner*: The new qualified majority in the Council of the EU - Some comments on the decisions of the Brussels summit, 2004. [www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/politik/eu/Brussels.pdf](http://www.ruhr-uni-bochum.de/mathphys/politik/eu/Brussels.pdf)
- *Klöti, Ulrich*: Entscheidungstheorie in: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf: *Lexikon der Politikwissenschaft*, Bd.1, München 2002, S.178-181.
- *Klemp, Ludgera/Poeschke, Roman*: Good Governance gegen Armut und Staatsversagen, in: *APuZ* (28-29/2005), Bonn, 2005, S.18-25.
- *Kreppel, Amie*: Rules Ideology and Coalition Formation in the European Parliament: Past, Present and Future, EPRG Working Paper No.4, 1999, S.5.

- *Kreppel, Amie/Tsebelis, George*: Coalition Formation in the European Parliament, in: *Comparative Political Studies*, Vol.32, Nr.8, 1999, S.933-966.
- *Kreppel, Amie*: *The European Parliament and Supranational Party System: A study in institutional Development*, Cambridge, 2002.
- *Kreppel, Amie*: Moving in the Other Direction? The Impact of Domestic Party System Change on Italian MEPs, *Journal of European Public Policy*, Vol. 11, No. 6, 2004, S.975-999.
- *Kropp, Sabine/Sturm, Roland*: *Koalitionen und Koalitionsvereinbarungen*, Opladen, 1998.
- *Kumar, Sunil*: *Parties and Coalition Politics, a Comparative Study*, Neu Delhi, 2004.
- *Laver, Michael/Schofield, Norman*: *Multipartygovernment, the Politics of Coalition in Europe*, Ann Arbour, 1998,
- *Laver, Michael/Schofield, Norman*: *The Politics of Coalition in Europe*, Oxford 1998.
- *Laver, Michael*: Government Formation and Public Policy, in: *Political Science and Politics*, Vol.33, No.1, 2000, S.21-23.
- *Leech, Dennis*: Designing the Voting System for the EU Council of Ministers, in: *Public Choice*, vol. 113, 2002, S.437 – 464.
- *Lijphart, Arend*: *Patterns of Democracy: Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*, New Haven and London, 1999.
- *Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein*: Cleavage structures, party systems, and voter alignments, in Meir, Peter: *The West European Party-System*, 1990. S.91-138.
- *Locke, John*: *Über die Regierung (The second Treatise of Government)*, Stuttgart, 1999.
- *Lodge, Juliet*: Invisible, Irrelevant but Insistent? The European Parliament and Euro-elections, in: *Lodge, Juliet: The 1999 Elections to the European Parliament*, New York, 2001, S.3-12.
- *Lodge, Juliet*: *The 2004 Elections to the European Parliament*, Basingstoke, 2005.
- *Lord, Christopher*: What Role for Parties in EU politics?, in *Journal of European Integration*, Volume 24, Number 1, March, 2002.
- *Luhmann, Niklas*: *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt am Main, 1997.
- *Luhmann, Niklas*: *Soziale Systeme, Grundriss einer allgemeinen Theorie*, 7. Auflage, Frankfurt am Main, 1999.
- *Machonin, Pavel*: Social Cleavages and Political Conflicts in the Contemporary Czech Society, 2001. <http://skylla.wz-berlin.de/pdf/2001/iii01-406.pdf>
- *Marks, Gary /Wilson, Carole /Ray, Leonard*: *National Political Parties and European Integration*, 2001.
- *Marks, Gary/Steenbergen, Marco R.* (Hrsg.): *European Integration and Political Conflict*, New York, 2004.
- *Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Steenbergen, Marco/Bakker, Ryan*: “Cross-Validating Data on Party Positioning on European Integration,” *Electoral Studies*, 2006. [http://www.unc.edu/~gwmarks/articles/crossvalidating\\_data\\_on\\_partypositioning\\_EI.pdf](http://www.unc.edu/~gwmarks/articles/crossvalidating_data_on_partypositioning_EI.pdf)
- *Maslow, Abraham H.*: A Theory of Human Motivation, ursprünglich veröffentlicht in: *Psychological Review*, 50, 1943, S.370-396. <http://psychclassics.yorku.ca/Maslow/motivation.htm>
- *Martin, Lanny W./Stevenson, Randolph T.*: Government Formation in Parliamentary Democracies, in: *American Journal of Political Science*, Vol.45, No.1, 2001, S.33-50.
- *Maurer, Andreas*: *Europäisches Parlament*, in: *Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration*, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.188-197.

- *Maurer, Andreas / Mittag, Jürgen*: Europäische Parteien, in: Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration, 7. Auflage, Bonn, 2000, S. 156-161.
- *Mamadouh, Virginie/Raunio Tapio*: The Committee System: Powers, Appointments and Report Allocation, in: Journal of Common Market Studies, Vol.41 Nr.2, Oxford, 2003, S.333-351.
- *Mayer, Horst*: Interview und schriftliche Befragung: Entwicklung, Durchführung und Auswertung, München, 2002.
- *Mayntz, Renate*: Organisations, Agents and Representatives, in: Egeberg, Morten / Leagreid, Per: Organizing Political Institutions. Essays for Johan P. Olsen, Oslo, 1999, S.81-91.
- *McElroy, Gail*: Party Switching in the European Parliament: Why bother?, Paper zur Präsentation des Treffens European Consortium for Political Research, in Marburg, 2003. <http://www.essex.ac.uk/ECPR/events/generalconference/marburg/papers/12/3/McElroy.pdf>
- *McElroy, Gail/Benoit, Kenneth*: Party Groups and Policy Positions in the European Parliament, Party Politics, 2006. (im Erscheinen)
- *Mikl-Horke, Gertraude*: Soziologie, Historischer Kontext und soziologische Theorieentwürfe, 5. überarbeitete Aufl., München, 2001.
- *Minzel, Alf / Immerfall, Stefan*: Parteiensystem. In: Holtmann: Politiklexikon, 3.Aufl., München, 2000, S.461-465.
- *Müller, Wolfgang C./Strøm, Kaare*: Koalitionsregierungen in Westeuropa – Eine Einleitung, in: Dies.: Koalitionsregierungen in Westeuropa: Bildung, Arbeitsweise und Beendigung Wien, 1997, S.9-46.
- *Müller-Rommel, Ferdinand*: Small Parties in a Comparative Perspective: The State of the Art, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.1-22.
- *Neidhardt, Friedhelm* (Hrsg.): Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 1983.
- *Neßler, Volker*: Europäische Willensbildung: Die Fraktionen im Europaparlament zwischen nationalen Interessen, Parteipolitik und europäischer Integration, Schwalbach, 1997.
- *Niclauß, Karlheinz*: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., 2002.
- *Nohlen, Dieter*: Kleines Lexikon der Politik, zweite Auflage, München, 2002.
- *Nohlen, Dieter*: Wie wählt Europa? Das polymere Wahlsystem zum Europäischen Parlament, in: APuZ (B17/2004), Bonn, 2004, S.29-37.
- *Noelle, Elisabeth*: Der Linkstrend ist gestoppt. Eine Untersuchung des Meinungsklimas in Deutschland. in: FAZ, Nr. 263 vom 12. November 2003.
- *Norton, Philip*: Discipline without Cohesion: Party Voting in the House of Lords, in: Journal of Legislative Studies, Vol. 9, Nr.4, 2003.
- *Noury, Abdoul/Roland, Gerard*: Enlargement and the European Parliament, in: Jan Fidrmuc/Nauro Campos (Hrsg.): Political Economy of Transition and Development: Institutions, Politics, and Policies, Kluwer, 2003, S.281-319.
- *Nugent, Neill*: The government and politics of the European Union, 4<sup>th</sup> Edition, New York, 1999.
- *Olson, Mancur*: Die Logik des kollektiven Handelns: Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, 5. Aufl., Tübingen 2004.

- *Pfetsch, Frank R.:* Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Prozesse, 3. Aufl., München, 2005.
- *Pajala, Antti/Jakulin, Aleks:* the Finnish Parliament in Year 2003: A Group Cohesion and Voting Similarity Analysis, [http://www.soc.utu.fi/valtiooppi/mopi/misc/pajala\\_jakulin\\_buntine\\_vers\\_1.pdf](http://www.soc.utu.fi/valtiooppi/mopi/misc/pajala_jakulin_buntine_vers_1.pdf), 2005.
- *Rae, Douglas W.:* The Political Consequences of Electoral Laws, New Haven, 1967.
- *Rauch, Herbert:* Partizipation und Leistung in Großgruppensitzungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.) Gruppensoziologie. Perspektiven und Materialien, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen, 1983, S.256 – 274.
- *Raunio, Tapio:* The European Perspective, Transnational Party Groups in the 1989 – 1994 European Parliament, Aldershot, 1997.
- *Raunio, Tapio and Matti Wiberg:* Controlling Outcomes: Voting Power in the European Parliament 1979 – 2000, in: Journal of European Integration, Vol. 24, No.2, Oxfordshire, 2002, S.75-90.
- *Reif, Karlheinz / Schmitt, Hermann:* Nine Second Order Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 1980, vol. 8, S.3-44.
- *Riedel, Sabine:* Das politische System Bulgariens, in: Ismayr (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 2. Aufl., Opladen, 2004, S.593-636.
- *Riker, William H.:* The Theory of Political Coalitions, New Haven, 1962.
- *Roth, Dieter/Kornelius, Bernhard:* Europa und die Deutschen.: Die untypische Wahl am 13.Juni 2004, in: ApuZ (B17/2004), Bonn, 2004, S.46 – 54.
- *Rudzio, Wolfgang:* Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7. Aufl., 2006.
- *Saalfeld, Thomas:* Parteisoldaten und Rebellen: Eine Untersuchung zur Geschlossenheit der Fraktionen im Deutschen Bundestag (1949 - 1990), Opladen, 1995.
- *Schäfers, Bernhard* (Hrsg.): Einführung in die Gruppensoziologie. Geschichte-Theorie-Analysen. Wiesbaden 1994.
- *Schäfers, Bernhard/ Korte, Hermann:* Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, 5. Aufl., Opladen, 2000.
- *Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela:* Theorien internationaler Beziehungen, Opladen, 2003.
- *Schmid, Josef:* Wohlfahrtsstaaten im Vergleich: soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme, 2. Aufl., Opladen, 2002.
- *Schmitter, Philippe C.:* Examining the Present Euro-Polity with the Help of Past Theories, in: Marks Gary et al.: Governance in the European Union, London, 1996, S.1-14.
- *Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke:* Methoden der empirischen Sozialforschung, 6. Aufl., München, 1999.
- *Shapley, Lloyd/Shubik, Martin:* A Method of Evaluating the Distribution of Power in a Committee System, in: Political Science Review 48, 1954, S.787 – 792.
- *Steunenberg, Bernard/Schmidtchen, Dieter/Koboldt, Christian:* Strategic Power in the European Union – Evaluating the distribution of power in policy games, in: Journal of Theoretical Politics, 11(3), London und Neu Delhi, 1999, S.339-366.
- *Smith, Gordon:* In Search of Small Parties: Problems of Definition, Classification and Significance, in: Müller-Rommel, Ferdinand/Pridham, Geoffrey: Small Parties in Western Europe, Comparative and National Perspectives, London, 1991, S.23-40.

- *Thomassen, Jacques/Hermann Schmitt: Partisan Structures in the European Parliament*, in: Katz, Richard S. und Wessels, Bernhard: *The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration*, New York, 1999, S.129-150.
- *Tsebelis, George: Veto Players: how political institutions work*, Princeton, 2002.
- *Ueltzhöffer, Jörg: Transnationale Soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union*, in: Merkel, Wolfgang: *Demokratie in Ost und West*, Frankfurt am Main, 1999. S.XXX oder [http://www.sigma-online.com/de/Articles\\_and\\_Reports/europa.pdf](http://www.sigma-online.com/de/Articles_and_Reports/europa.pdf)
- *Voeten, Erik: Legislator Preferences, Ideal Points, and the Spatial Model in the European Parliament*, Institute of Governmental Studies. Paper WP2005-12, 2005. <http://repositories.cdlib.org/igs/WP2005-12>
- *Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe*, 6. Aufl., Tübingen, 1984.
- *Wendt, Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics*, in: *International Organization*, 46 (2), 1992, S.391-425.
- *Wessels, Wolfgang/Müller, Thorsten: Entscheidungsverfahren*, in Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang: *Europa von A – Z, Taschenbuch der europäischen Integration*, 7. Auflage, Bonn, 2000, S.110-122.
- *Wollstein, Günter: Vorparlament und Paulskirche*, in: *Informationen zur politischen Bildung: Revolution 1848*, Heft 265, 1999.

### **Institutionelle Texte:**

- Vertrag über eine Verfassung für Europa (Unterzeichnet am 29. Oktober 2004, (noch) nicht in Kraft getreten)
- *Deutscher Bundestag: Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages*, Textfassung nach dem Stand vom 20. April 2003.
- *Europäisches Parlament: Rules Governing the Establishment of Intergroups*. Entscheidung der Konferenz der Präsidenten, konsolidiert, Mai 2004, PE 339.492/BUR.
- *Europäisches Parlament: Geschäftsordnung*, 16. Auflage, Februar 2006.

### **Internetquellen (Stand September 2006):**

- [www.europarl.eu.int](http://www.europarl.eu.int)
- [www.eiop.or.at](http://www.eiop.or.at)
- [www.ise.ac.uk](http://www.ise.ac.uk)
- [www.unc.edu/~gwmarks/cv.htm](http://www.unc.edu/~gwmarks/cv.htm)
- <http://www.sinus-sociovision.de/>
- [http://europa.eu.int/comm/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm)



## **Anhang**

# 1. Fragebogen für die Mitglieder des Europäischen Parlaments

## Umfrage: Die Arbeitsabläufe im Europäischen Parlament

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
das Europäische Parlament hat sich zu einem bedeutungsvollen Akteur im politischen System der Europäischen Union entwickelt. Seine Gesetzgebungsbefugnisse und deren Reichweite werden wenig beachtet und meist von Wissenschaft, Öffentlichkeit und Medien unterschätzt. Ich versuche mit meiner Dissertation einen Teil dazu beizutragen, die Prozesse innerhalb des Europäischen Parlaments zu verdeutlichen und der Wissenschaft, und damit auch der Öffentlichkeit, zur Verfügung zu stellen.  
Ich möchte sie deshalb bitten sich einige Minuten Zeit zu nehmen und meine Arbeit durch das Ausfüllen des beigefügten Fragebogens zu unterstützen. Ich versichere Ihnen dabei völlige Anonymität im Umgang mit den erhobenen Daten.*

*Bei einigen Fragen des Fragebogens sind Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Andere Fragen sind so formuliert, dass sie eine offene Antwort geben können. Hier genügen auch kurze Sätze oder Stichworte.*

*Ich bedanke mich für ihre Mithilfe!  
Bernhard Patry*

*Zunächst einige Fragen zu ihrer Person und ihrer Einbindung in die Strukturen des Europäischen Parlaments:*

**1) Wie lange sind sie bereits als Mitglied des Europäischen Parlaments tätig?**

\_\_\_\_\_ Jahre

**2) Aus welchem Mitgliedsstaat stammen sie?**

\_\_\_\_\_

**3) Welcher Fraktion gehören sie an?**

- A ALDE
- B EVP
- C GRÜNE-EFA
- D IND-DEM
- E KVEL-NGL
- F SPE
- G UEN
- H Keiner Fraktion

**4) Welcher nationalen Partei gehören sie an?**

\_\_\_\_\_

**5) In welchem Ausschuss sind sie vorwiegend tätig?**

---

**6) Im Vergleich zu ihren Kollegen in nationalen Parlamenten, wie schätzen sie die Bindung an ihren Wahlkreis ein?**

- A höher
- B gleich
- C niedriger

**7) An welchen Faktoren orientieren sie sich bei den Abstimmungen vorwiegend?**

- A Politikbereich
- B Vorgaben ihrer Fraktion
- C Vorgaben ihrer nationalen Delegation
- D Vorgaben ihrer nationalen Partei
- E Ethik
- F Informationen durch Lobbyisten
- G Eigene Wertvorstellungen

**8) In welchen Fällen stimmen sie gegen die Linie / Vorgaben ihrer Fraktion?**

- A Wenn ich mit den Abgeordneten meines Mitgliedslandes stimme
- B Ethische Gründe
- C Eigene Wertvorstellungen
- D Wenn meine nationale Delegation dagegen stimmt
- E Sonstiges

*Die Mitglieder des Europäischen Parlaments schließen sich verschiedenen Gruppierungen und Arbeitsnetzwerken an. Die Arbeitsabläufe innerhalb des Parlaments werden von diesen beeinflusst. Bitte machen sie Angaben dazu, wie stark diese Gruppenakteur*

**9) Mitglieder des Europäischen Parlaments**

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mäßig
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 kein Einfluss

**10) Nationale Delegationen**

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mäßig
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 kein Einfluss

**11) Ausschüsse**

- ]1 sehr stark
- ]2 stark
- ]3 mäßig
- ]4 schwach
- ]5 sehr schwach
- ]6 kein Einfluss

**12) Konferenz der Präsidenten**

- ]1 sehr stark
- ]2 stark
- ]3 mäßig
- ]4 schwach
- ]5 sehr schwach
- ]6 kein Einfluss

**13) Fraktionen**

- ]1 sehr stark
- ]2 stark
- ]3 mäßig
- ]4 schwach
- ]5 sehr schwach
- ]6 kein Einfluss

**14) Intergroups**

- ]1 sehr stark
- ]2 stark
- ]3 mäßig
- ]4 schwach
- ]5 sehr schwach
- ]6 kein Einfluss

**15) Haben nationale Delegationen aus kleinen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit, Entscheidungen innerhalb des Parlaments zu beeinflussen? Wenn ja, wie.**

- ]a Nein
- ]b Ja

*Andere Akteure wirken von Außen in den Entscheidungsprozess des Europäischen Parlaments mit ein. Bitte machen sie Angaben, wie stark der Einfluss dieser Gruppen oder Institutionen ist*

**16) Lobbyisten**

- ]1 sehr stark
- ]2 stark
- ]3 mäßig
- ]4 schwach
- ]5 sehr schwach
- ]6 kein Einfluss

**17) Rat**

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mäßig
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 kein Einfluss

**18) Nationale Parteien**

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mäßig
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 kein Einfluss

**19) Kommission**

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mäßig
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 kein Einfluss

**20) EU-Bürger**

- 1 sehr stark
- 2 stark
- 3 mäßig
- 4 schwach
- 5 sehr schwach
- 6 kein Einfluss

*Die Mitglieder des Europäischen Parlaments schließen sich zum großen Teil zu Fraktionen zusammen. Bitte beantworten sie im nächsten Abschnitt einige Fragen zu deren internen Arbeitsweise.*

**21) Wie werden die Abstimmungen innerhalb ihrer Fraktion koordiniert?**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**22) Sie gehören selbst verschiedenen Akteuren im Parlament an. Nach welcher Gruppe richten sie sich bei den Abstimmungen am stärksten?**

- a Nationale Delegationen
- b Mitglieder ihres Ausschusses
- c Ihrer Fraktion

**23) Können sie ihre Fraktion auf einem rechts - links Spektrum verorten? Wenn ja, wo sehen sie ihre Fraktion und wo sehen sie sich?**

---

---

---

---

---

---

**24) Existieren weitere Konfliktlinien oder Spannungsfelder zwischen den Fraktionen im Europäischen Parlament, wenn ja, welche können sie identifizieren und wo sehen sie sich?**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**25) Wie hoch schätzen sie den Zusammenhalt in ihrer Fraktion ein?**

- 1 sehr hoch
- 2 hoch
- 3 gering
- 4 sehr gering
- 5 kein Zusammenhalt

*Das Europäische Parlament bildet keine Regierung, die ständig durch eine Mehrheit gestützt werden muss. Es besteht also, auch durch die Gegebenheiten der Sitzverteilung, die Möglichkeit prinzipiell vor jeder Abstimmung unterschiedliche Koalition zu*

**26) Wie wird die Koalitionsbildung in ihrer Fraktion koordiniert?**

---

---

---

---

---

---

---

---

---

---

**27) Bilden sich Koalitionen abhängig von den Themenbereichen der jeweiligen Abstimmungen? Wenn nein, sind andere Muster erkennbar?**

- a Ja
- b Nein

**28) Gibt es eine informelle Große Koalition im Europäischen Parlament, wenn ja wie stabil ist diese?**

- a Nein
- b Ja

*Zum Schluss noch einige Fragen zum Europäischen Parlament als Organ und Institution.*

**29) Wie hat sich der Arbeitsprozess innerhalb des Europäischen Parlaments nach seiner Vergrößerung verändert?**

---

---

---

---

---

---

**30) Wie schätzen sie die Bedeutung des Europäischen Parlaments im System der Europäischen Union ein?**

- 1 sehr hoch
- 2 hoch
- 3 gering
- 4 sehr gering
- 5 kein Einfluss

## 2. Kohäsion der Fraktionen: Weitere Tabellen und Schaubilder

### 2.1. Index of Agreement nach Jahren und Anwesenheit

Jahr 2000	Index of Agreement Rae / Attina	Index of Agreement Hix / Nouri	Anwesenheit 2000
EVP	0,79	0,85	170,12
SPE	0,87	0,91	136,37
ELDR	0,87	0,91	38,01
GRÜNE - EFA	0,88	0,91	36,36
KVEL - NGL	0,67	0,76	30,68
EDD / IND - DEM	0,35	0,53	15,53
UEN	0,65	0,73	17,67
NI	0,50	0,64	5,03
TDI	0,40	0,61	9,24
Gesamt	0,67	0,76	454,39

Tabelle Anhang 2.1.: Indices of Agreement und Anwesenheit 2000

Quelle: Eigene Berechnung

Jahr 2001	Index of Agreement Rae / Attina	Index of Agreement Hix / Nouri	Anwesenheit 2001
EVP	0,85	0,89	177,28
SPE	0,88	0,91	142,12
ELDR	0,89	0,92	41,48
GRÜNE - EFA	0,89	0,91	35,76
KVEL - NGL	0,73	0,79	30,82
EDD / IND - DEM	0,37	0,54	13,23
UEN	0,69	0,77	14,00
NI	0,29	0,53	13,81
TDI	0,41	0,60	10,21
Gesamt	0,67	0,76	473,78

Tabelle Anhang 2.2.: Indices of Agreement und Anwesenheit 2001

Quelle: Eigene Berechnung



<b>Jahr 2002</b>	<b>Index of Agreement Rae / Attina</b>	<b>Index of Agreement Hix / Nouri</b>	<b>Anwesenheit 2002</b>
<b>EVP</b>	0,82	0,87	184,77
<b>SPE</b>	0,86	0,90	141,09
<b>ELDR</b>	0,88	0,91	41,15
<b>GRÜNE - EFA</b>	0,92	0,94	35,00
<b>KVEL - NGL</b>	0,78	0,83	34,85
<b>EDD / IND - DEM</b>	0,34	0,51	13,23
<b>UEN</b>	0,68	0,76	13,83
<b>NI</b>	0,27	0,47	19,28
<b>Gesamt</b>	0,69	0,77	483,02

Tabelle Anhang 2.3.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2002

Quelle: Eigene Berechnung

	<b>Index of Agreement Rae / Attina</b>	<b>Index of Agreement Hix / Nouri</b>	<b>Anwesenheit 2003</b>
<b>EVP</b>	0,82	0,87	180,03
<b>SPE</b>	0,85	0,89	137,73
<b>ELDR</b>	0,86	0,90	39,62
<b>GRÜNE - EFA</b>	0,91	0,93	35,45
<b>KVEL - NGL</b>	0,77	0,82	35,70
<b>EDD / IND - DEM</b>	0,31	0,49	13,37
<b>UEN</b>	0,71	0,79	14,55
<b>NI</b>	0,25	0,45	20,07
<b>Gesamt</b>	0,69	0,77	476,52

Tabelle Anhang 2.4.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2003

Quelle: Eigene Berechnung

<b>Jahr 2004</b>	<b>Index of Agreement Rae / Attina</b>	<b>Index of Agreement Hix / Nouri</b>	<b>Anwesenheit 2004</b>
EVP	0,82	0,83	162,17
SPE	0,86	0,90	135,35
ELDR	0,88	0,89	38,66
GRÜNE - EFA	0,91	0,93	34,82
KVEL - NGL	0,79	0,83	33,87
EDD / IND - DEM	0,31	0,48	12,62
UEN	0,70	0,80	13,55
NI	0,21	0,42	20,22
<b>Gesamt</b>	<b>0,69</b>	<b>0,76</b>	<b>451,27</b>

**Tabelle Anhang 2.5.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2004**

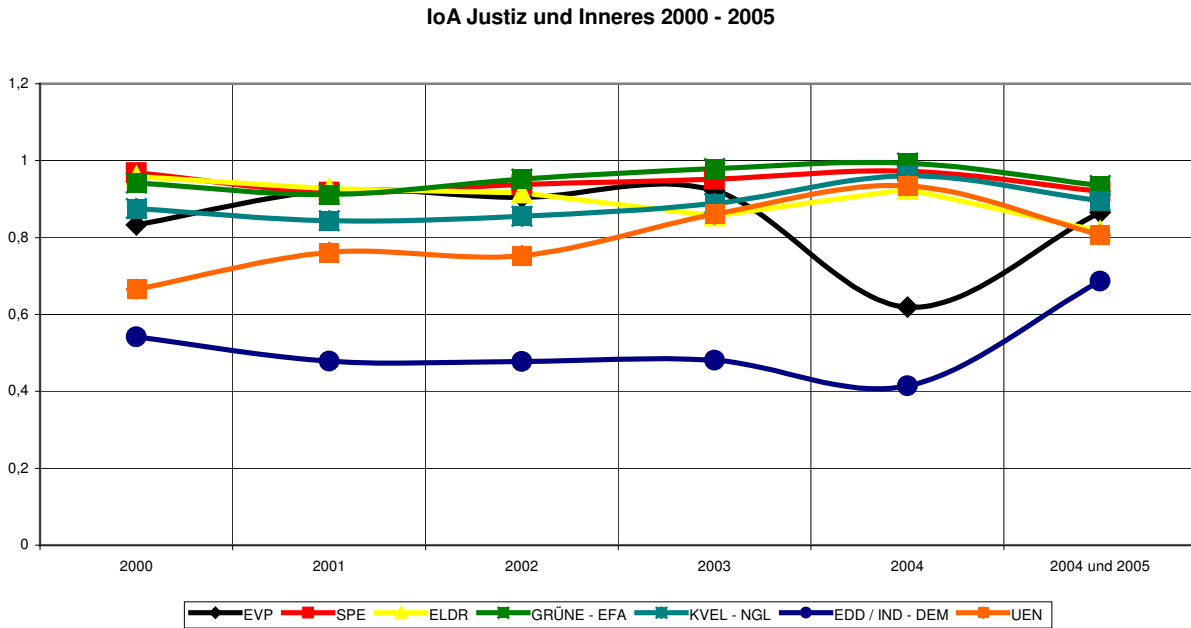
Quelle: Eigene Berechnung

<b>Jahr 2004 und 2005</b>	<b>Index of Agreement Rae / Attina</b>	<b>Index of Agreement Hix / Nouri</b>	<b>Anwesenheit 2004 und 2005</b>
<b>EVP</b>	0,80	0,86	213,04
<b>SPE</b>	0,87	0,90	156,66
<b>ELDR</b>	0,81	0,86	67,17
<b>GRÜNE - EFA</b>	0,88	0,91	34,63
<b>KVEL - NGL</b>	0,75	0,80	29,71
<b>EDD / IND - DEM</b>	0,47	0,61	26,43
<b>UEN</b>	0,67	0,76	19,53
<b>NI</b>	0,24	0,45	22,33
<b>Gesamt</b>	<b>0,69</b>	<b>0,77</b>	<b>569,49</b>
<b>Gesamt ohne NI</b>	<b>0,75</b>	<b>0,82</b>	<b>547,17</b>

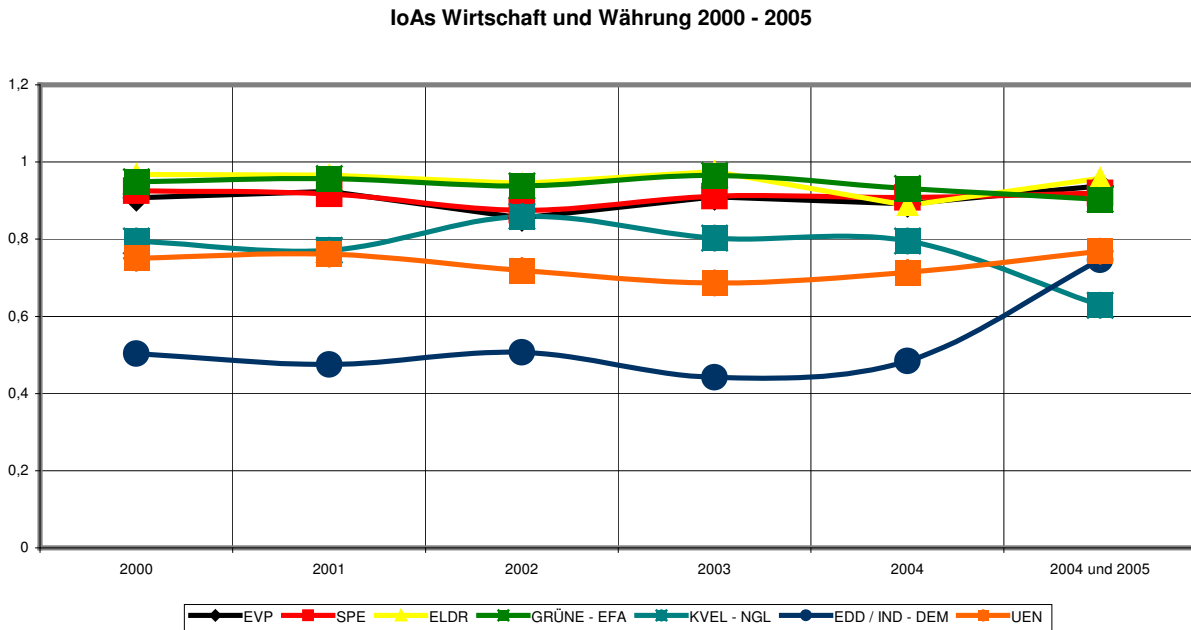
**Tabelle Anhang 2.6.: Indizes of Agreement und Anwesenheit 2004 – 2005**

Quelle: Eigene Berechnung

## 2.2. Index of Agreement in spezifischen Politikfeldern



**Schaubild Anhang 2.1.: Politikbereich Index of Agreement Justiz und Inneres im Fraktions- und Jahresvergleich**  
 Quelle: Eigene Berechnung



**Schaubild Anhang 2.2.: Politikbereich Index of Agreement Wirtschaft und Wahrung im Fraktions- und Jahresvergleich**  
 Quelle: Eigene Berechnung

IoAs GASP 2000-2005

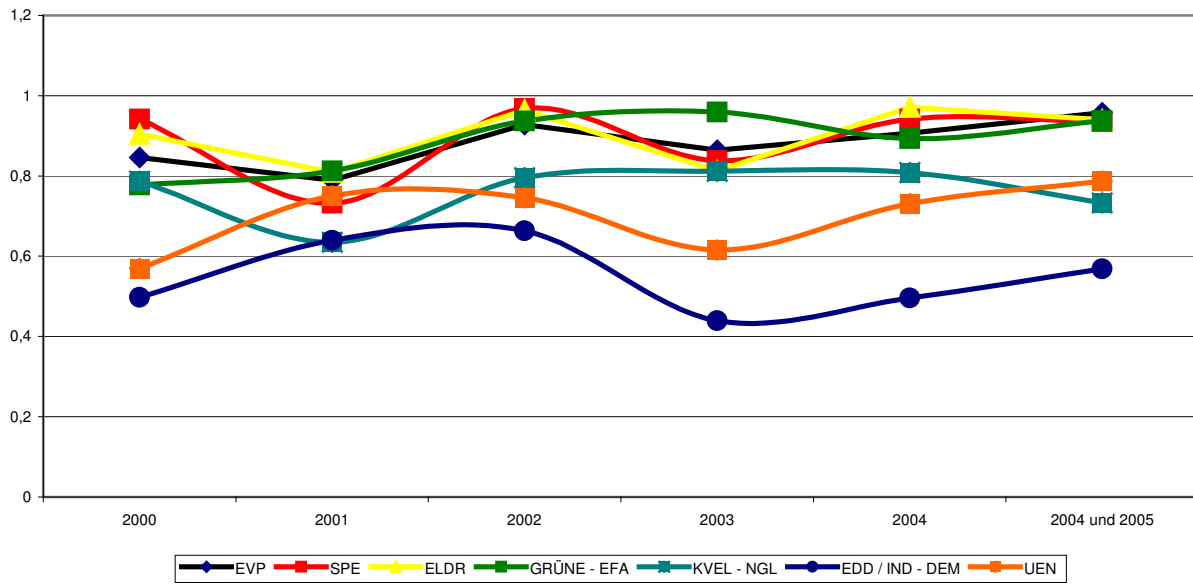


Schaubild Anhang 2.3.: Politikbereich Index of Agreement Auswärtige GASP im Fraktions- und Jahresvergleich  
Quelle: Eigene Berechnung

IoAs Entwicklung und Zusammenarbeit 2000-2005

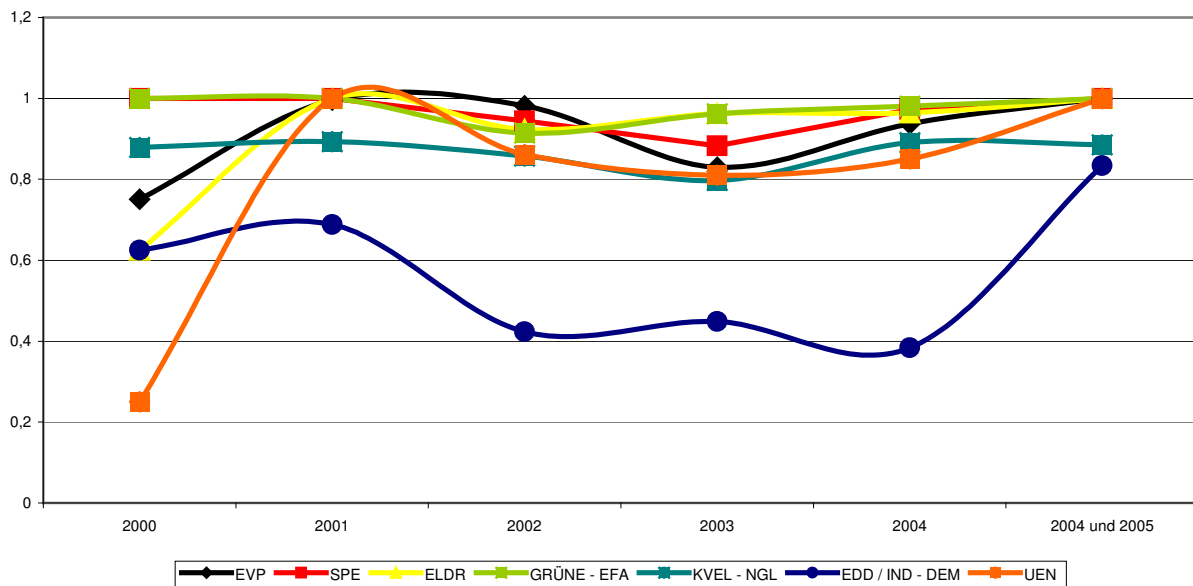


Schaubild Anhang 2.4.: Politikbereich Index of Agreement Entwicklung und Zusammenarbeit im Fraktions- und Jahresvergleich  
Quelle: Eigene Berechnung

### 2.3. Index of Agreement und alle evaluierten Politikbereiche in der Gegenüberstellung

Politikbereich / Ausschuss 2000	Anzahl der Abstimmungen	IoA EDD	IoA ALDE	IoA KVEL_NGL	IoA EVP	IoA SPE	IoA UEN	IoA GRÜNE	EFA	IoA Gesamt
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik	91	0,51	0,92	0,71	0,88	0,94	0,63		0,78	0,77
Haushaltsausschuss	81	0,44	0,93	0,72	0,93	0,95	0,82		0,95	0,82
Ausschuss für Haushaltskontrolle	99	0,67	0,96	0,68	0,89	0,89	0,81		0,92	0,83
Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	179	0,54	0,96	0,88	0,83	0,97	0,67		0,94	0,83
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	185	0,50	0,97	0,79	0,91	0,93	0,75		0,95	0,83
Ausschuss für Recht und Binnenmarkt	34	0,61	0,84	0,81	0,82	0,89	0,82		0,93	0,82
Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	81	0,49	0,94	0,81	0,91	0,96	0,79		0,95	0,84
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	37	0,03	0,86	0,84	0,77	0,98	0,63		0,94	0,72
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	210	0,44	0,86	0,83	0,78	0,84	0,79		0,97	0,79
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	35	0,53	0,90	0,65	0,85	0,89	0,89		0,95	0,76
Ausschuss für Fischerei	16	0,51	0,96	0,83	0,96	0,97	0,94		0,77	0,85
Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr	78	0,53	0,89	0,83	0,86	0,91	0,80		0,95	0,82
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	25	0,63	0,80	0,71	0,80	0,96	0,70		0,97	0,80
Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit	1	0,63	1,00	0,88	0,75	1,00	0,25		1,00	0,79
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	129	0,65	0,81	0,43	0,77	0,87	0,71		0,79	0,72
Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit	17	0,44	0,94	0,92	0,82	0,96	0,65		0,96	0,81
Petitionsausschuss	2	0,25	1,00	0,85	1,00	0,99	1,00		1,00	0,87
Änderung der Tagesordnung	4	0,52	0,99	0,93	0,93	0,69	0,76		0,92	0,82
Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2001	23	0,50	0,90	0,77	0,86	0,93	0,61		0,94	0,79
Sitzungsplanung für 2001	3	0,40	0,77	0,47	0,57	0,69	0,83		0,48	0,60
Entschließungsanträge Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	51	0,50	0,90	0,79	0,85	0,94	0,57		0,78	0,76
Entschließungsanträge Entwicklung und Zusammenarbeit	22	0,52	0,96	0,79	0,93	0,90	0,73		0,98	0,83
Entschließungsanträge Umwelt- und Atompolitik	34	0,59	0,86	0,86	0,95	0,83	0,69		0,98	0,82
Entschließungsanträge konstitutionelle Fragen	55	0,58	0,89	0,65	0,83	0,83	0,62		0,86	0,75
Entschließungsanträge Wirtschaftspolitik	9	0,46	0,85	0,78	0,92	0,94	0,42		0,99	0,77
Entschließungsanträge Biotechnologie und Gentechnik	13	0,72	0,83	0,60	0,88	0,87	0,99		0,64	0,79
Entschließungsanträge Rechte der Frau und Chancengleichheit	4	0,25	0,79	0,74	0,79	0,96	0,96		0,98	0,78
Entschließungsanträge Sonstiges	17	0,58	0,73	0,75	0,78	0,92	0,68		0,90	0,76
<b>Gesamt IoAs Gewichtet</b>	<b>1535</b>	<b>0,52</b>	<b>0,91</b>	<b>0,76</b>	<b>0,85</b>	<b>0,91</b>	<b>0,74</b>		<b>0,91</b>	<b>0,80</b>

Tabelle Anhang 2.7.: Index of Agreement und Politikbereich 2000

Quelle: Eigene Berechnung

Politikbereich / Ausschuss 2001	Anzahl der Abstimmungen	IoA EDD	IoA ALDE	IoA KVEL	IoA NGL	IoA EVP	IoA SPE	IoA UEN	IoA GRÜNE	IoA EFA	IoA Gesamt
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik	20	0,44	0,94		0,65	0,89	0,92	0,81		0,77	0,78
Haushaltsausschuss	70	0,59	0,96		0,72	0,94	0,94	0,72		0,96	0,83
Ausschuss für Haushaltskontrolle	48	0,60	0,89		0,77	0,81	0,88	0,80		0,91	0,81
Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	137	0,48	0,93		0,84	0,92	0,92	0,76		0,91	0,82
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	161	0,47	0,97		0,77	0,92	0,92	0,76		0,96	0,82
Ausschuss für Recht und Binnenmarkt	39	0,47	0,87		0,69	0,83	0,85	0,63		0,88	0,75
Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	81	0,48	0,92		0,86	0,86	0,88	0,74		0,91	0,81
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	36	0,54	0,93		0,95	0,82	0,95	0,76		0,98	0,85
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	221	0,53	0,88		0,89	0,91	0,93	0,81		0,98	0,85
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	17	0,66	0,61		0,66	0,87	0,78	0,95		0,79	0,76
Ausschuss für Fischerei	17	0,49	0,93		0,74	0,86	0,85	0,81		0,72	0,77
Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr	82	0,53	0,92		0,83	0,81	0,93	0,83		0,97	0,83
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	5	0,36	0,71		0,76	0,86	0,97	0,90		0,98	0,79
Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit	2	0,69	1,00		0,89	1,00	1,00	1,00		1,00	0,94
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	34	0,65	0,88		0,50	0,85	0,96	0,48		0,90	0,75
Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit	15	0,43	0,96		0,94	0,80	0,97	0,68		0,96	0,82
Petitionsausschuss	2	0,53	0,91		0,80	0,97	0,99	0,80		0,87	0,84
Nichtständiger Ausschuss für Humangenetik und andere neue Technologien in der modernen Medizin	45	0,80	0,89		0,56	0,79	0,86	0,88		0,44	0,75
Änderung der Tagesordnung	4	0,42	0,88		0,98	0,95	0,85	1,00		0,98	0,86
Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2002	28	0,48	0,93		0,75	0,93	0,91	0,72		0,97	0,81
Sitzungsplanung für 2002	2	0,39	0,88		0,43	0,35	0,65	0,48		0,76	0,56
Erschließungsanträge Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	25	0,64	0,81		0,63	0,79	0,73	0,75		0,81	0,74
Erschließungsanträge Entwicklung und Zusammenarbeit	33	0,75	0,94		0,87	0,95	0,96	0,93		0,92	0,90
Erschließungsanträge Umwelt- und Atompolitik	13	0,71	0,90		0,72	0,83	0,91	0,82		0,95	0,84
Erschließungsanträge konstitutionelle Fragen	49	0,54	0,96		0,71	0,89	0,88	0,64		0,83	0,78
Erschließungsanträge Sonstiges	4	0,77	0,98		0,69	0,81	0,84	0,81		0,97	0,84
<b>Gesamt IoAs Gewichtet</b>	<b>1190</b>	<b>0,54</b>	<b>0,91</b>		<b>0,79</b>	<b>0,88</b>	<b>0,91</b>	<b>0,77</b>		<b>0,91</b>	<b>0,82</b>

Tabelle Anhang 2.8.: Index of Agreement und Politikbereich 2001

Quelle: Eigene Berechnung

Politikbereich / Ausschuss 2002	Anzahl der Abstimmungen	IoA EDD	IoA ALDE	IoA KVEL_NGL	IoA EVP	IoA SPE	IoA UEN	IoA GRÜNE_EFA	IoA Gesamt
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik	51	0,48	0,93	0,75	0,91	0,93	0,71	0,91	0,81
Haushaltsausschuss	31	0,57	0,97	0,82	0,94	0,98	0,75	0,98	0,86
Ausschuss für Haushaltskontrolle	34	0,73	0,96	0,88	0,78	0,87	0,70	0,91	0,83
Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	102	0,48	0,92	0,86	0,90	0,94	0,75	0,95	0,83
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	58	0,51	0,94	0,86	0,86	0,87	0,72	0,94	0,81
Ausschuss für Recht und Binnenmarkt	48	0,52	0,82	0,85	0,79	0,80	0,69	0,96	0,78
Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	71	0,43	0,85	0,85	0,86	0,83	0,79	0,89	0,79
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	46	0,47	0,88	0,80	0,79	0,94	0,70	0,96	0,79
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	196	0,51	0,90	0,90	0,89	0,90	0,76	0,98	0,83
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	11	0,47	0,89	0,76	0,78	0,90	0,64	0,84	0,75
Ausschuss für Fischerei	44	0,51	0,86	0,72	0,83	0,68	0,89	0,80	0,76
Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr	119	0,46	0,94	0,85	0,88	0,95	0,84	0,92	0,83
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	5	0,45	0,83	0,78	0,98	1,00	0,94	1,00	0,89
Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit	8	0,42	0,92	0,86	0,98	0,94	0,86	0,91	0,84
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	22	0,82	0,92	0,60	0,85	0,92	0,56	0,93	0,80
Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit	42	0,37	0,87	0,93	0,83	0,90	0,76	0,96	0,80
Petitionsausschuss	2	0,39	1,00	0,93	0,96	0,99	0,86	1,00	0,88
Nichtständiger Ausschuss für Maul- und Klauenseuche	9	0,52	0,99	0,87	0,89	0,91	0,87	0,98	0,86
Änderung der Tagesordnung	3	0,33	0,98	0,65	0,82	0,88	0,83	0,88	0,77
Haushaltsentwurf 2003	12	0,40	0,96	0,82	0,89	0,98	0,73	0,99	0,82
Entschließungsanträge Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	51	0,66	0,96	0,80	0,93	0,97	0,75	0,94	0,86
Entschließungsanträge Entwicklung und Zusammenarbeit	19	0,67	0,93	0,81	0,97	0,94	0,89	0,99	0,88
Entschließungsanträge Sonstige	66	0,59	0,89	0,68	0,85	0,86	0,65	0,88	0,77
<b>Gesamt Gewichtet</b>	<b>1050</b>	<b>0,51</b>	<b>0,91</b>	<b>0,83</b>	<b>0,87</b>	<b>0,90</b>	<b>0,76</b>	<b>0,94</b>	<b>0,82</b>

Tabelle Anhang 2.9.: Index of Agreement und Politikbereiche 2002

Quelle: Eigene Berechnung

Politikbereich / Ausschuss 2003	Anzahl der Abstimmungen	IoA EDD	IoA ALDE	IoA KVEL	IoA NGL	IoA EVP	IoA SPE	IoA UEN	IoA GRÜNE	IoA EFA	IoA Gesamt
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik	76	0,49	0,87		0,70	0,83	0,88	0,70		0,81	0,75
Haushaltsausschuss	19	0,52	0,98		0,71	0,97	0,98	0,75		0,98	0,84
Ausschuss für Haushaltskontrolle	22	0,66	0,94		0,82	0,75	0,96	0,84		0,90	0,84
Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	113	0,48	0,86		0,89	0,92	0,95	0,86		0,98	0,85
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	29	0,44	0,98		0,80	0,91	0,91	0,69		0,97	0,81
Ausschuss für Recht und Binnenmarkt	26	0,51	0,76		0,76	0,85	0,84	0,71		0,95	0,77
Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	52	0,41	0,96		0,86	0,79	0,91	0,74		0,76	0,78
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	30	0,49	0,95		0,90	0,85	0,84	0,81		0,99	0,83
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	83	0,61	0,85		0,91	0,92	0,92	0,81		0,92	0,85
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	48	0,53	0,90		0,79	0,82	0,71	0,95		0,96	0,81
Ausschuss für Fischerei	16	0,57	0,96		0,57	0,77	0,78	0,98		0,84	0,78
Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr	99	0,47	0,95		0,89	0,85	0,91	0,84		0,97	0,84
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	31	0,56	0,97		0,81	0,94	0,93	0,76		0,96	0,84
Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit	46	0,45	0,96		0,80	0,83	0,88	0,81		0,96	0,81
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	6	0,59	0,80		0,61	0,82	0,90	0,71		0,83	0,75
Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit	9	0,34	0,94		0,90	0,75	0,97	0,73		1,00	0,80
Petitionsausschuss	1	1,00	1,00		0,25	1,00	1,00	1,00		1,00	0,89
Änderung des Tagungskalenders	1	0,36	0,93		0,55	0,71	0,44	0,81		0,45	0,61
Entwurf des Gesamthaushaltsplans 2004	12	0,50	0,81		0,83	0,83	0,85	0,69		0,95	0,78
Entschließungsanträge Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	84	0,44	0,81		0,81	0,86	0,84	0,62		0,96	0,76
Entschließungsanträge Entwicklung und Zusammenarbeit	14	0,62	0,95		0,77	0,98	0,96	0,62		0,97	0,84
Entschließungsanträge konstitutionelle Fragen	21	0,53	0,95		0,75	0,88	0,88	0,79		0,98	0,84
Entschließungsanträge Wirtschaftspolitik	30	0,47	0,82		0,79	0,92	0,88	0,83		0,93	0,81
Entschließungsanträge zu Euromed	9	0,23	0,96		0,88	0,89	0,93	0,79		0,95	0,80
Entschließungsanträge zur Hitzewelle	4	0,21	0,94		1,00	0,98	0,91	0,86		0,98	0,84
<b>Gesamt IoAs Gewichtet</b>	<b>881</b>	<b>0,49</b>	<b>0,90</b>		<b>0,82</b>	<b>0,87</b>	<b>0,89</b>	<b>0,79</b>		<b>0,93</b>	<b>0,81</b>

Tabelle Anhang 2.10.: Index of Agreement and Politikbereich 2003

Quelle: Eigene Berechnung



<b>Politikbereich / Ausschuss 2004</b>	<b>Anzahl der Abstimmungen</b>	<b>IoA EDD</b>	<b>IoA ALDE</b>	<b>IoA KVEL_NGL</b>	<b>IoA EVP</b>	<b>IoA SPE</b>	<b>IoA UEN</b>	<b>IoA GRÜNE_EFA</b>	<b>IoA Gesamt</b>
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik	31	0,49	0,98	0,73	0,80	0,92	0,71	0,95	0,80
Haushaltsausschuss	29	0,49	0,87	0,79	0,76	0,92	0,73	0,84	0,78
Ausschuss für Haushaltskontrolle	44	0,75	0,89	0,77	0,79	0,81	0,68	0,77	0,77
Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten	102	0,41	0,93	0,96	0,62	0,97	0,93	0,99	0,83
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	93	0,48	0,89	0,80	0,89	0,91	0,71	0,93	0,80
Ausschuss für Recht und Binnenmarkt	67	0,46	0,90	0,85	0,90	0,89	0,77	0,95	0,82
Ausschuss für Industrie, Außenhandel, Forschung und Energie	13	0,40	0,95	0,79	0,87	0,88	0,74	0,94	0,79
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	23	0,48	0,82	0,90	0,90	0,94	0,90	0,92	0,84
Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik	56	0,46	0,92	0,94	0,95	0,92	0,76	0,99	0,85
Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	37	0,60	0,83	0,64	0,80	0,61	0,90	0,91	0,76
Ausschuss für Fischerei	4	0,46	0,92	0,58	0,88	0,82	1,00	0,89	0,79
Ausschuss für Regionalpolitik, Verkehr und Fremdenverkehr	34	0,50	0,88	0,84	0,91	0,91	0,85	0,96	0,84
Ausschuss für Kultur, Jugend, Bildung, Medien und Sport	14	0,38	0,98	0,85	0,95	0,83	0,84	0,92	0,82
Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit	15	0,38	0,96	0,89	0,94	0,97	0,85	0,98	0,85
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	3	0,45	0,97	0,52	0,87	0,95	0,64	0,99	0,77
Ausschuss für die Rechte der Frau und Chancengleichheit	14	0,29	0,92	0,92	0,68	0,86	0,67	0,97	0,76
Nichtständiger Ausschuss für die Verbesserung der Sicherheit auf See	22	0,60	0,88	0,85	0,82	0,94	0,85	0,94	0,84
Änderung der Tagesordnung	2	1,00	0,86	0,96	0,90	0,61	1,00	0,79	0,88
Entschließungsanträge Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	37	0,50	0,97	0,81	0,91	0,94	0,73	0,89	0,82
Entschließungsanträge Entwicklung und Zusammenarbeit	1	1,00	1,00	0,81	0,99	1,00	1,00	1,00	0,97
Entschließungsanträge konstitutionelle Fragen	50	0,43	0,91	0,80	0,90	0,91	0,77	0,96	0,81
Entschließungsanträge Wettbewerbspolitik	4	0,44	0,97	0,84	0,98	0,99	1,00	0,95	0,88
Entschließungsanträge zu Eurostat	3	0,96	0,93	0,91	0,90	0,98	0,95	0,75	0,91
Entschließungsanträge zur Raumfahrt	4	0,38	0,99	0,88	0,91	0,94	0,98	0,89	0,85
<b>Gesamt IoAs Gewichtet</b>	<b>702</b>	<b>0,49</b>	<b>0,91</b>	<b>0,84</b>	<b>0,84</b>	<b>0,90</b>	<b>0,80</b>	<b>0,93</b>	<b>0,81</b>

**Tabelle Anhang 2.11.: Index of Agreement und Politikbereich 2004**

**Quelle: Eigene Berechnung**

Politikbereich / Ausschuss 2004 – 2005	Anzahl der Abstimmungen	IOA IND_DEM	IOA ALDE	IOA KVEL_NGL	IOA EVP	IOA SPE	IOA UEN	IOA GRÜNE_EFA	IOA Gesamt
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	68	0,59	0,66	0,87	0,63	0,93	0,61	0,87	0,74
Haushaltsausschuss	92	0,66	0,90	0,83	0,85	0,94	0,79	0,94	0,84
Haushaltskontrollausschuss	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres	48	0,69	0,82	0,90	0,87	0,92	0,81	0,94	0,85
Ausschuss für Wirtschaft und Währung	53	0,75	0,96	0,63	0,94	0,92	0,73	0,90	0,83
Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz	8	0,48	0,79	0,93	0,85	0,99	0,63	0,98	0,81
Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie	16	0,50	0,86	0,76	0,91	0,94	0,86	0,96	0,83
Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten	23	0,68	0,90	0,79	0,94	0,95	0,78	0,83	0,84
Lebensmittelsicherheit	136	0,52	0,84	0,92	0,88	0,88	0,76	0,95	0,82
Landwirtschaftsausschuss	13	0,59	0,98	0,90	0,86	0,93	0,91	0,98	0,88
Fischeriausschuss	11	0,53	0,87	0,91	0,86	0,88	0,70	0,90	0,81
Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr	55	0,51	0,88	0,81	0,76	0,86	0,71	0,85	0,77
Ausschuss für Kultur und Bildung	11	0,38	0,97	0,86	0,88	0,98	0,74	0,92	0,82
Entwicklungsausschuss	25	0,83	1,00	0,57	0,99	1,00	1,00	1,00	0,91
Ausschuss für konstitutionelle Fragen	22	0,83	0,92	0,67	0,82	0,88	0,59	0,80	0,79
Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter	8	0,46	0,73	1,00	0,70	0,92	0,56	0,87	0,75
Petitionsausschuss	2	0,41	0,98	1,00	1,00	0,99	1,00	0,91	0,93
Rechtsausschuss	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Ausschuss für regionale Entwicklung	16	0,25	1,00	0,88	1,00	1,00	0,93	1,00	0,86
Ausschuss für internationalen Handel	27	0,87	1,00	0,43	1,00	0,99	1,00	0,91	0,83
Nichtständiger Ausschuss zu den politischen Herausforderungen und Haushaltsmitteln in der erweiterten Union 2007 – 2013	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderung der Tagesordnung	3	0,44	0,30	0,45	0,88	0,92	0,75	1,00	0,68
Haushaltsentwurf 2006	35	0,59	0,82	0,79	0,80	0,86	0,78	0,93	0,79
Entschließungsanträge GASP	82	0,57	0,94	0,73	0,96	0,94	0,79	0,94	0,84
Entschließungsanträge Entwicklungspolitik	31	0,69	0,96	0,71	0,89	0,93	0,78	0,97	0,85
Entschließungsanträge konstitutionelle Fragen	38	0,66	0,80	0,70	0,84	0,74	0,81	0,90	0,78
Entschließungsanträge Umweltpolitik	6	0,52	0,98	0,84	0,95	0,91	0,57	0,95	0,82
Entschließungsanträge Geld- und Wirtschaftspolitik	59	0,75	0,80	0,52	0,87	0,91	0,79	0,88	0,79
Entschließungsanträge ethnische Fragen	6	0,68	0,78	0,73	0,91	0,94	0,90	0,91	0,83
<b>Gewichteter Durchschnitt</b>	<b>894</b>	<b>0,62</b>	<b>0,84</b>	<b>0,74</b>	<b>0,83</b>	<b>0,88</b>	<b>0,74</b>	<b>0,88</b>	<b>0,79</b>

Tabelle Anhang 2.12.: Index of Agreement und Politikbereich 2004 – 2005

Quelle: Eigene Berechnung

### 3. Koalitionsbildung

#### 3.1. Koalitionsvarianten in Politikbereichen

EVP, SPE, ALDE, UEN

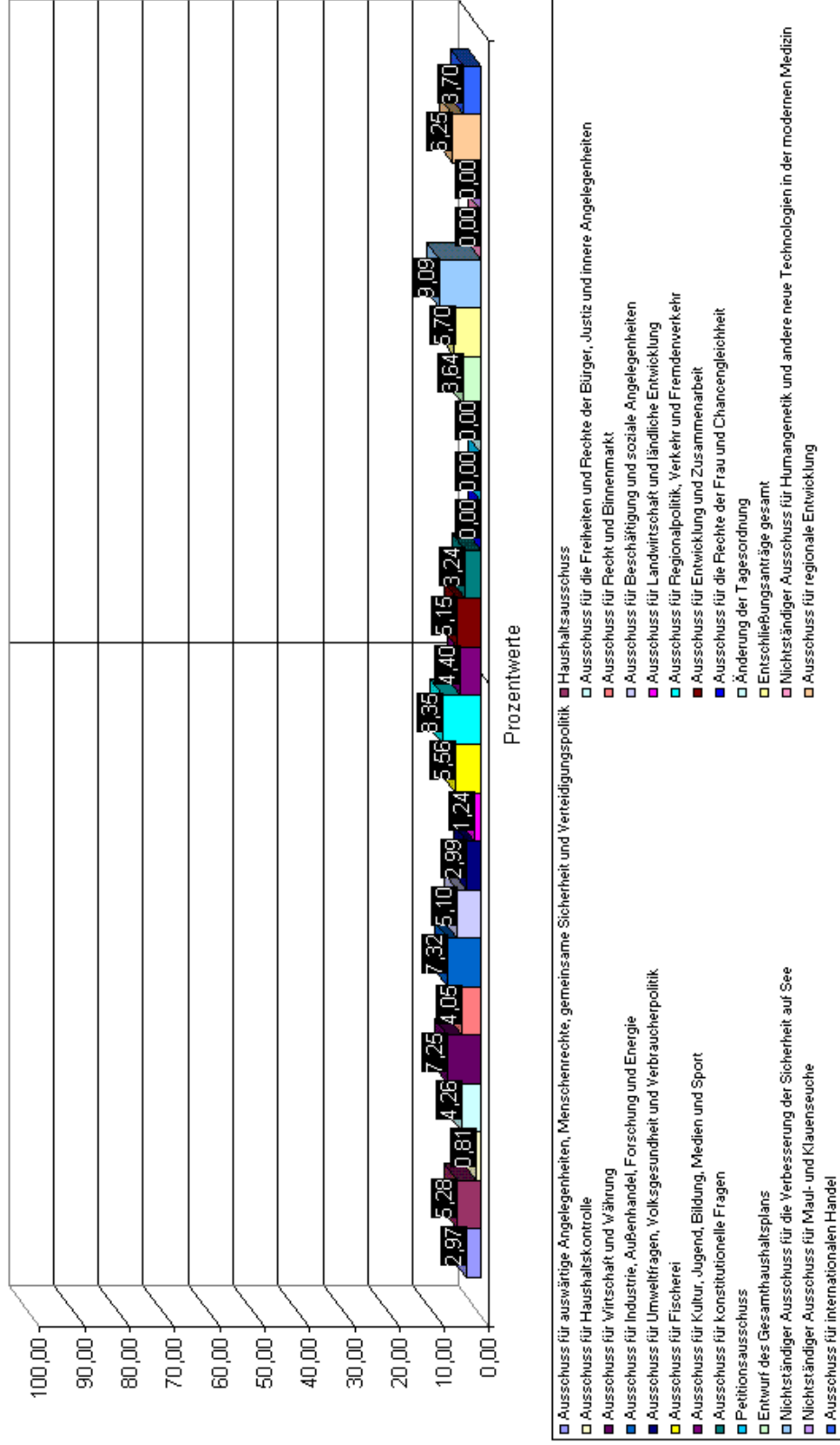


Schaubild Anhang 3.1.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, UEN

Quelle: Eigene Berechnung

### EVP, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, UEN

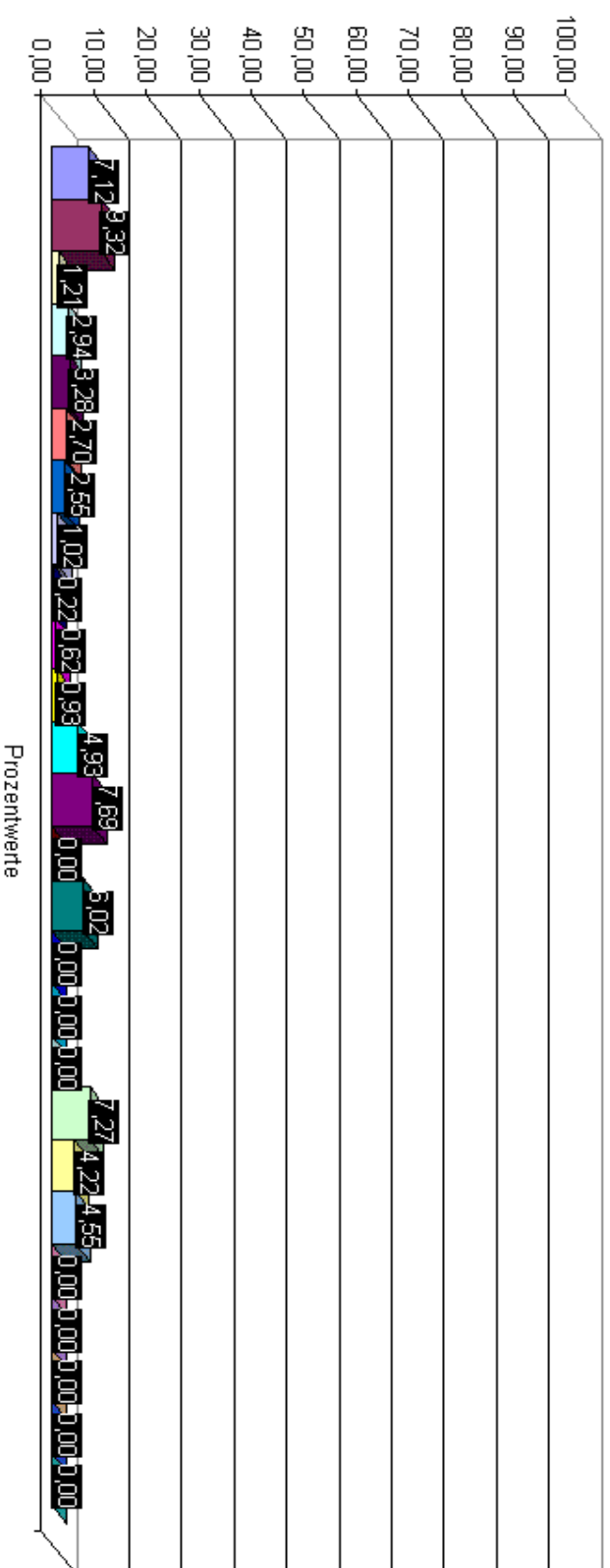
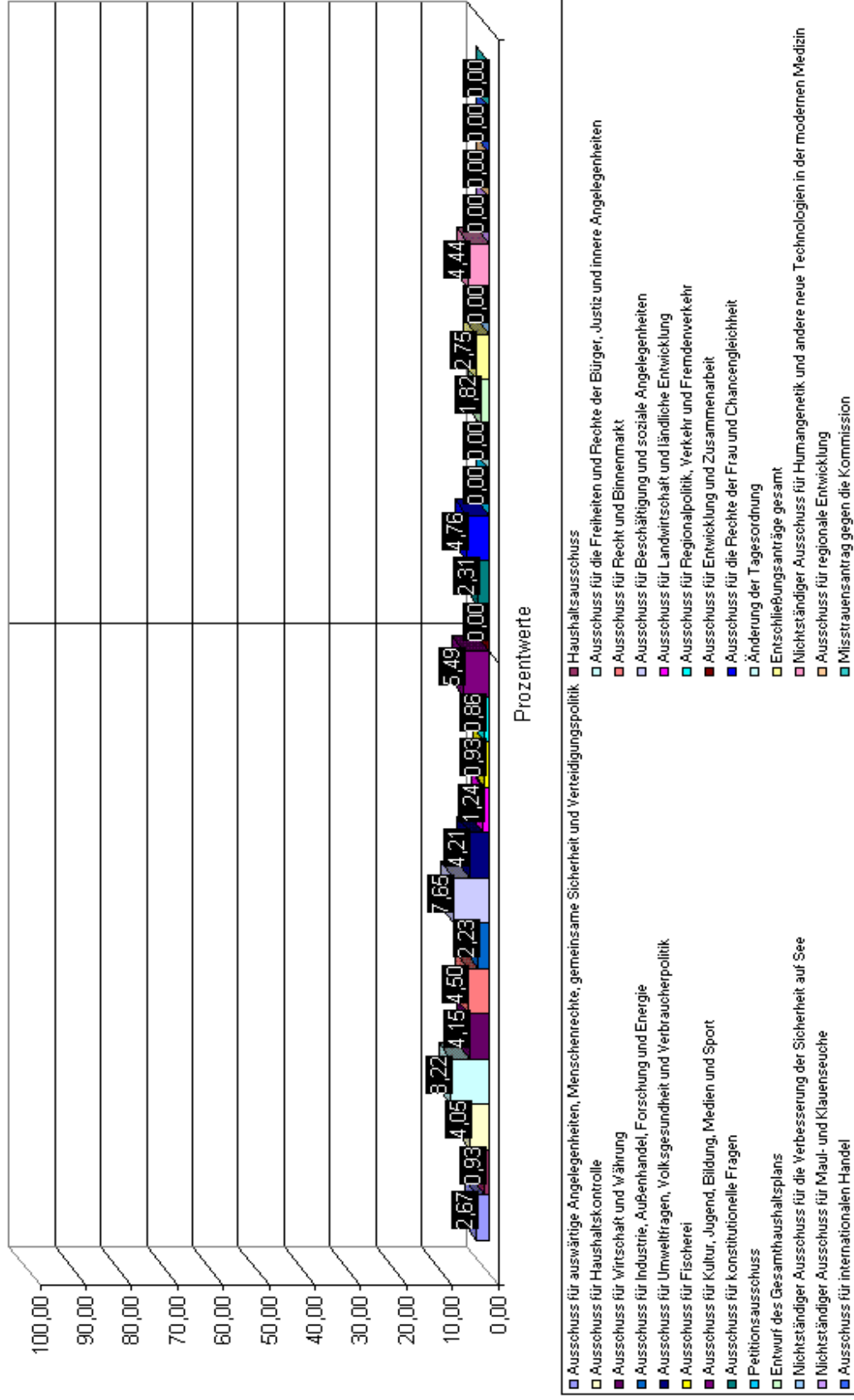


Schaubild Anhang 3.2.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, GRÜNE-EFA, UEN  
 Quelle: Eigene Berechnung

**EVP, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM**



**Schaubild Anhang 3.3.: Koalitionsvariante und Politikbereich: EVP-ED, SPE, ALDE, GRÜNE-EFA, KVEL-NGL, IND-DEM**  
 Quelle: Eigene Berechnung